(c) Instituto Cervantes de Madrid

(c) Institut für Denkmalpflege

Instituto Cervantes de Madrid

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Gs I 45
R. 21504
M I 6.

K. F. Becker's

Weltgeschichte.

Geschenk des Herrn Julius Rocherheler 20.5.12.

Neu bearbeitet

und bis auf die Gegenwart fortgeführt

von

Wilhelm Müller,

Professor in Tübingen.

F. A. 7

Mit Illustrationen.

Elfter Band.

DEUTSCHE SCHULE MADRID
11509

Stuttgart.

Druck und Verlag von Gebrüder Kröner.

1886.

INSTITUTO DE BACHILLERATO "CERVANTES" BIBLIOTECA

(c) Instituto Cervantes de Madrid

(c) Instituto Cervantes de Madrid

INSTITUTO DE BACHILLERATO "CERVANTES" BIBLIOTECA
R 21304

Inhalt des elften Bandes.

Seite

Neueste Zeit.

Elfter Zeitraum (Verfassungs- und Nationalitätenkämpfe). Fortsetzung.

3. Die Pariser Februarrevolution und ihre Folgen (1848 bis 1852) 3
1) Die Februarrevolution in Paris (1848—1852) . 3
2) Revolutionen in Italien (1848—1849) . . . 14
3) Revolutionen in Deutschland und in Ungarn (1848 bis 1850) 23
4. Das zweite französische Kaiserreich und seine Uebermacht in Europa (1853—1862) 55
1) Der Krimkrieg (1853—1856) 55
2) Kaiser Alexander II. und der polnische Aufstand (1857—1863) 70
3) Die Türkei und Griechenland (1860—1863) . . 75
4) König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen und die Regentschaft (1850—1859) 78
5) Der italienische Krieg (1859—1866) 84
6) Die Engländer in Ostindien (1857—1885) . . 109
7) Die Vereinigten Staaten von Nordamerika (1797 bis 1869) 113
8) Das mexikanische Kaisertum (1861—1867) . . 126

Neueste Zeit.

Zwölfter Zeitraum (das Zeitalter des Fürsten Bismarck).

1. Preußens Kämpfe um die Hegemonie in Deutschland (1862—1866) 137
1) Konstitutionelle Versuche in Oestreich (1862—1865) 137
2) König Wilhelm von Preußen und der Ministerpräsident von Bismarck (1861—1863) 142
3) Die schleswig-holsteinische Frage (1863—1865) . 160
4) Krieg Preußens und Italiens gegen Oestreich (1866) 172

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Seite

2. Rüstungen und Gegenrüstungen (1866—1870) . . . 216
   1) Preußen und der norddeutsche Bund (1866 bis 1870) 216
   2) Der Luxemburger Streit (1867) 226
   3) Oestreich-Ungarn (1867—1870) 233
   4) Großbritannien und Irland (1867—1870) . . 238
   5) Italien und das Vatikanische Konzil (1867 bis 1870) 242
   6) Die pyrenäische Halbinsel (1867—1870) . . . 250
   7) Die Balkanhalbinsel (1866—1869) 255
   8) Das russische Reich (1864—1870) 258
   9) Frankreichs innere und äußere Politik (1868 bis 1870) 261

Zwölfter Zeitraum Fortsetzung in Band XII.

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Illustrationen des elften Bandes.

	Seite
Barrikade bei der Porte St. Denis	4
Louis Philipps Landung in England	7
Louis Blanc	8
Ledrü-Rollin	9
Louis Napoleon Bonaparte als Präsident der französischen Republik	10
Eugenie, Kaiserin von Frankreich	13
Papst Pius IX.	15
Joseph Mazzini	16
Einzug der Franzosen in Rom	17
Karl Albert, König von Sardinien	20
Feldmarschall Graf Radetzki	21
Christian VIII., König von Dänemark	24
Die Paulskirche zu Frankfurt a. M.	26
Erstürmung des Danewerks durch preußische Truppen unter General Wrangel am 23. April 1848	27
Friedrich Hecker	29
Robert Blum	33
Feldmarschall Graf von Wrangel	37
Heinrich von Gagern	41
Gottfried Kinkel	42
Erzherzog Stephan von Oestreich	44
Fürst Windischgrätz	45
Ludwig Kossuth	46
Reichsverweser Erzherzog Johann	49
Franz Joseph I., Kaiser von Oestreich	51
Omer Pascha	58
Russisches reguläres Militär	60
Russisches irreguläres Militär	61
Hauptturm der Festung Bomarsund	62
Marschall St. Arnaud	63
Der Hafen von Balaklawa	64
Ansicht von Sebastopol	65
Lord Raglan	67
Der Malakowturm nach der Erstürmung	68
Alexander II., Kaiser von Rußland	70
Marian Langiewicz	72
Sultan Abdul Aziz	75
König Georgios von Griechenland	77
Kaiser Wilhelm als Prinz von Preußen	82
Graf Camillo Cavour	84
Garibaldis Wohnhaus auf Caprera	85
Giuseppe Garibaldi	87
Viktor Emanuel, König von Italien	91
Der Uebergang der französischen Truppen über den Mont Cenis	93
Marschall Mac Mahon	95
Franz II., König von Neapel	101
General Lamoricière	103
Belagerung von Gaeta	105
Nana Sahib	110
General Campbell	111
Der Königspalast zu Delhi	112
Auf einer Baumwollplantage	115
General Scott	116
James Buchanan	118
Abraham Lincoln, Präsident der Vereinigten Staaten von Nordamerika	119
Jefferson Davis	120
General Lee	121
General Mac Clellan	122
Präsident Andrew Johnson	124
Benito Juarez	127
Ansicht von Mexiko	128
Maximilian, Kaiser von Mexiko	130
Charlotte, Kaiserin von Mexiko	133
Anton Ritter von Schmerling	138
Franz Deak	140
Kriegsminister von Roon	144
Krönungsthaler vom Jahre 1861	147
von der Heydt	148
Otto von Bismarck im Jahre 1856	153
Christian IX., König von Dänemark	160
Herzog Friedrich von Augustenburg	161
Feldmarschallleutnant von Gablenz	164
Siegesdenkmal auf den Düppeler Höhen	165
Prinz Friedrich Karl von Preußen	166
Uebergang über den Alsensund	167
König Johann von Sachsen	180
Prinz Alexander von Hessen	182
Prinz Karl von Bayern	183

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Seite

Preußische Heerführer im Jahre 1866: Kronprinz Friedrich Wilhelm. von Steinmetz. von Moltke. Vogel von Falckenstein. Herwarth von Bittenfeld 184
Feldzeugmeister von Benedek . . . 185
Dragoner-Attacke bei Nachod . . . 187
König Wilhelm auf der Höhe von Dub am Morgen des 3. Juli 1866 . 191
Gefecht bei Chlum 193
Erzherzog Albrecht von Oestreich . . 194
General von Fransecky 198
Ansicht von Nikolsburg 201
Admiral Persano 204
Kontre-Admiral Tegethoff 205
Der Einzug der heimkehrenden Truppen in Berlin 209

Seite

Das neue große Staatswappen von Preußen 215
Fürst Hohenlohe-Schillingsfürst . . 221
Nördliche Ansicht der Festung Luxemburg 227
Marschall Niel 232
Graf Andrassy 234
Graf Beust 236
W. Gladstone 239
König Theodor von Abessinien . . 240
Isabella II., Königin von Spanien . 251
Ferdinand von Lesseps 258
Kardinalstaatssekretär Antonelli . . 259
Henry Rochefort 261
Napoleon III., Kaiser der Franzosen 262
Eugène Rouher 263
Emile Ollivier 264

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Neueste Zeit.

Elfter Zeitraum (Verfassungs- und Nationalitätenkämpfe). 1816—1862.

(Fortsetzung des X. Bandes.)

(c) Instituto Cervantes de Madrid

(c) Instituto Cervantes de Madrid

3. Die Pariser Februarrevolution und ihre Folgen.

(1848—1852).

1) Die Februarrevolution in Paris.

(1848—1852.)

Die Revolution gegen die Regierung Louis Philipps nahm am 23. Februar 1848 eine sehr ernste Gestalt an. Waren schon am 22. Februar Barrikaden errichtet und vereinzelte Straßenkämpfe geliefert worden, so nahm am folgenden Tage die Zahl derselben zu. Selbst aus den Reihen der Nationalgarde hörte man den Ruf: „Nieder mit Guizot!" Da erkannte der König, daß er mit seinem Ministerpräsidenten nicht mehr länger fortregieren könne, entließ das Ministerium Guizot und berief den Grafen Molé nebst einigen Mitgliedern des linken Zentrums. Dies war zwar nicht der Mann, welchen die Reformpartei verlangte, da nur die Berufung Odilon Barrots, des eigentlichen Führers derselben, sie befriedigen konnte; dennoch hatte die Nachricht von der Entlassung Guizots, die sich am Abend des 23. in Paris verbreitete, die Einstellung der Feindseligkeiten und die Beleuchtung der Stadt zur Folge. Die Revolution schien bereits zu Ende zu sein. Dies war den alten Revolutionären, welche sich keine Revolution ohne Ausrufung der Republik und ohne Schaffung chaotischer Zustände denken konnten, nicht erwünscht. Ein solcher, namens Charles Lagrange, zog mit einer wilden Rotte, die eine rote Fahne und Fackeln trug, über die Boulevards und machte vor dem Ministerium des Auswärtigen, wo Guizot wohnte, Halt. Ein Wachtposten von etwa 50 Mann stand

(c) Instituto Cervantes de Madrid

dort. Die Menge forderte die Beleuchtung des Gebäudes. Zugleich fiel aus der Volksmenge (man sagt, von Lagrange mit voller Berechnung des Erfolgs) ein Schuß. Der Posten, welcher darin einen Angriff sah, gab eine volle Salve auf den dichtgedrängten Haufen. Sofort stürzten 52 Menschen tot oder verwundet zusammen. Diese wurden auf einen Karren geladen und unter dem Geschrei: „Mord! Verrat! Zu den Waffen!" durch die Straßen geführt. Den Reformern

Barrikade bei der Porte St. Denis.

wurde von den Revolutionären die Leitung aus der Hand gerissen. Die Sturmglocke ertönte, Barrikaden wurden in der ganzen Stadt errichtet und Tausende von Bewaffneten standen zur Verteidigung derselben bereit. Das Innere von Paris war in eine Festung umgewandelt.

Auf dies hin ging Louis Philipp noch einen Schritt weiter, entließ das kaum eingesetzte Ministerium Molé und berief Odilon Barrot und Thiers. Diese erließen am Morgen des 24. Februar eine Proklamation, in der sie die Auflösung der Kammer und die Ernennung des beliebten Generals Lamoricière zum Befehlshaber der Nationalgarde verkündigten. Aber es war zu spät. Der Barrikadenkampf durch-

(c) Instituto Cervantes de Madrid

tobte die ganze Linie, die Truppen wurden überwältigt oder beteiligten sich gar nicht am Kampfe; die Nationalgarde weigerte sich, auf die Aufständischen zu schießen; das Palais Royal, das Privateigentum der Familie Orleans, wurde vormittags von den Aufrührern genommen und alle Gerätschaften zertrümmert. Darauf zog die Menge gegen die Tuilerien. Dort herrschte Verwirrung, Kopflosigkeit und Furcht vor der anwachsenden Gefahr. Die Beschlüsse wechselten. Bald wollte man den tüchtigen Marschall Bugeaud, Herzog von Isly, bald den altersschwachen Marschall Gérard zum Oberbefehlshaber der Truppen ernennen, bald den äußersten Kampf wagen, bald willenlos in sein Schicksal sich ergeben. Mehrere, selbst der Herzog von Montpensier, verlangten, um den Thron für die Dynastie zu retten, die sofortige Abdankung des Königs. Endlich unterzeichnete Louis Philipp die Abdankungsurkunde zu gunsten seines Enkels, des Grafen von Paris, und verließ mit seiner Gemahlin, der Herzogin von Nemours und deren Kindern die Tuilerien. Sie bestiegen zwei Fiaker und fuhren nach St. Cloud und von da mit anderen Mitgliedern der königlichen Familie nach dem Schlosse Dreux, wo der König von den Aufregungen der letzten Tage auszuruhen gedachte.

Inzwischen hatte sich die Herzogin Helene von Orleans mit ihren beiden Söhnen und dem Herzog von Nemours in die Abgeordnetenkammer begeben, um das Interesse des Grafen von Paris zu wahren. Sie fand dort in ihrem Unglück wenige Verteidiger. Bald drangen bewaffnete Haufen in den Saal ein. Es kamen immer mehr, zuletzt auch betrunkene Blusenmänner, welche sich der Tuilerien bemächtigt, ihrer Zerstörungswut freien Lauf gelassen und in den Kellern sich gütlich gethan hatten. Ein unaufhaltsamer Menschenstrom brach in den Saal ein unter fürchterlichem Lärm und Geschrei. Man hörte die Rufe: „Nieder mit der Regentschaft! Nieder mit den Bourbonen, den neuen wie den alten! Nieder mit der bestochenen Kammer! Nieder mit allen Verrätern!“ Alles war verloren. Die meisten Abgeordneten flohen; die Herzogin und ihre Söhne retteten sich mit Mühe und reisten einige Tage darauf über Belgien nach Deutschland; der Herzog von Nemours entkam in ein Hintergebäude und entfloh von da in der Kleidung eines Nationalgardisten.

Auf die Nachricht von diesen Vorgängen verließ Louis Philipp am 25. Februar das Schloß Dreux und eilte dem

(c) Instituto Cervantes de Madrid

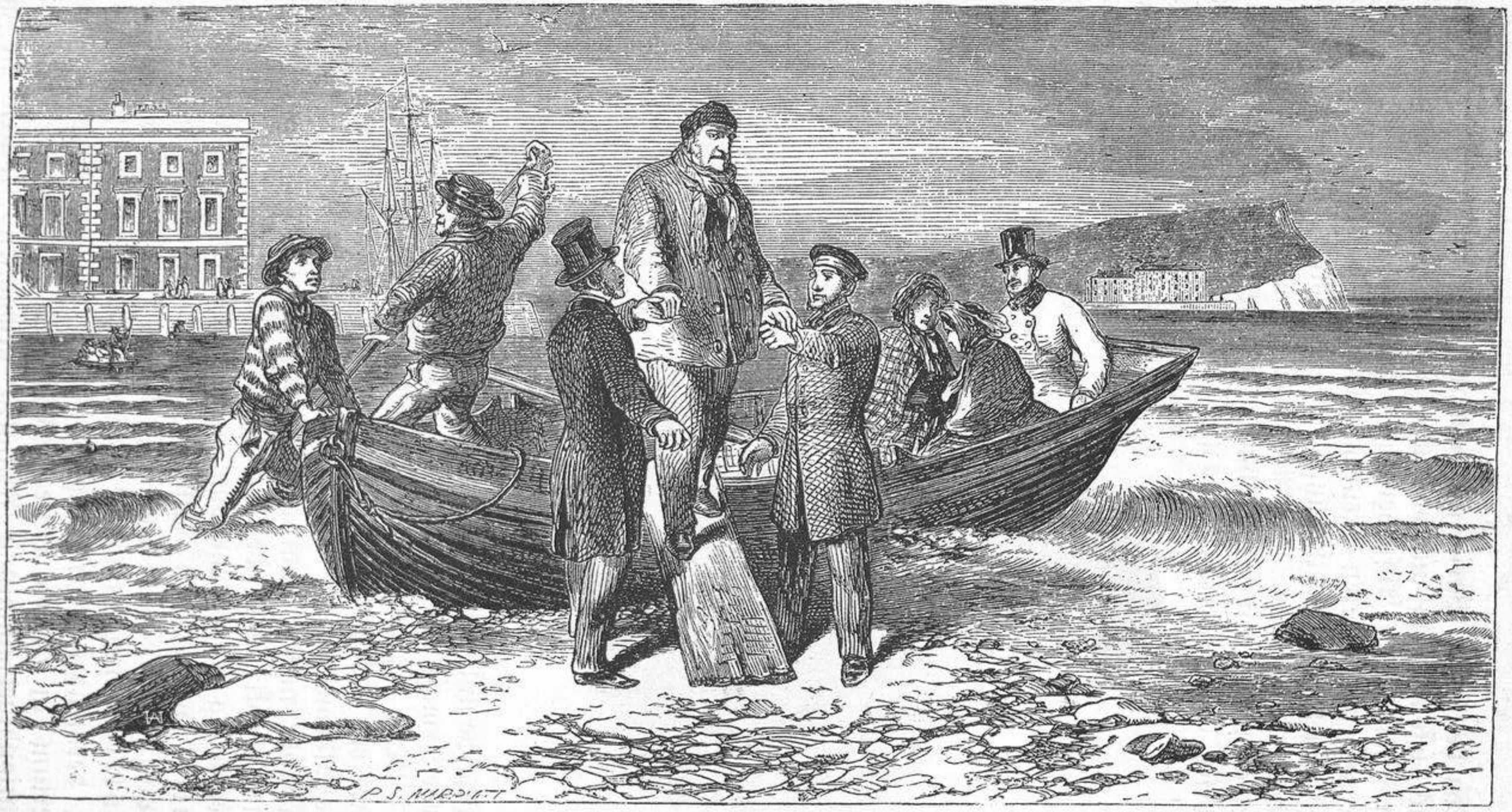
Meere zu, um sich nach England überzuschiffen. Nachdem er einige Tage an der Küste der Normandie umhergeirrt war, wagte er es, nach Havre zu gehen; dort bestieg er ein englisches Postschiff und kam glücklich nach England, wo er seinen Aufenthalt in Claremont nahm, das seinem Schwiegersohn, dem König Leopold von Belgien, gehörte. Dort fand sich allmählich die ganze königliche Familie zusammen. Auch Guizot und den übrigen Ministern war es gelungen, ins Ausland zu flüchten. Louis Philipp starb in Claremont am 26. August 1850 in einem Alter von 77 Jahren.

Im Saale der Abgeordnetenkammer wurde, nach jener Ueberrumpelung durch die Pöbelmassen, eine provisorische Regierung gebildet, an deren Spitze der alte Republikaner Düpont de l'Eure stand; die übrigen Mitglieder derselben waren: Lamartine, Arago, Marie, Garnier-Pagès, Ledrü-Rollin und Crémieux. Diese nahmen von dem Stadthaus Besitz und mußten, da in den Redaktionszimmern der Journale „Réforme" und „National" gleichfalls eine provisorische Regierung eingesetzt war, auch die auf dieser Liste befindlichen weiteren fünf Mitglieder aufnehmen: die Redakteure Flocon und Marrast, den Verleger Pagnerre, den Wortführer des Sozialismus, Louis Blanc, und als Repräsentanten des Arbeiterstandes den Schlossergesellen Albert. Die provisorische Regierung hatte gegenüber den Versuchen des vierten Standes, sich der Herrschaft zu bemächtigen, einen schweren Stand. Die von sozialistischen und kommunistischen Schlagwörtern erfüllte Volksmenge rief am 25. Februar vor dem Stadthause: „Es lebe die demokratische und sozialistische Republik!" und verlangte „Einführung der Gütergemeinschaft, Errichtung einer Proletarierregierung und Annahme der roten Fahne und Kokarde anstatt der dreifarbigen". Mit Mühe konnten die lärmenden Haufen zur Ruhe gebracht werden. Die schon am 24. Februar ausgerufene Republik wurde am 27. auf dem Bastilleplatz feierlich verkündigt.

Bei dem drohenden Auftreten der Arbeitermassen konnte die Regierung nicht umhin, das „Recht auf Arbeit" anzuerkennen, „den Unterhalt des Arbeiters durch Arbeit zu gewährleisten" und „Nationalwerkstätten" zu errichten, in welchen jedem französischen Bürger Arbeit und Lohn vom Staate geboten wurde. Diese Arbeiten, an welchen sich bald gegen 100 000 Menschen beteiligten, beschränkten sich auf nutzlose

(c) Instituto Cervantes de Madrid

(c) Instituto Cervantes de Madrid



Louis Philipps Landung in England.

Erdarbeiten in Paris und einigen anderen großen Städten und liefen zuletzt auf vollständigen Müßiggang hinaus. Um den finanziellen Anforderungen zu genügen, mußte die Regierung die direkten Steuern um 45 Prozent erhöhen, welche Maßregel die Begeisterung des Landvolks für die Republik bedeutend abkühlte. Ein Arbeiterparlament, meist aus Handwerksgesellen und Tagelöhnern bestehend, tagte unter dem Vorsitz des „Apostels" Louis Blanc im Palast Luxemburg, wo früher die Pairskammer sich versammelt hatte, und debattierte über die brennende nationalökonomische Frage, wie man bei möglichst wenig Arbeit möglichst viel Lohn verdienen könne. Die Presse und die Klubs der Sozialdemokraten hetzten täglich das Volk gegen die bestehende Ordnung auf und versuchten mehrmals an die Stelle der Regierung die Anarchie zu setzen. Aber weder am 16. März noch am 16. April gelang es ihnen; die Nationalgarde und die neugeschaffene Mobilgarde traten den großen Arbeitermassen mit Festigkeit entgegen.

Louis Blanc.

Das Ergebnis der Wahlen zur Nationalversammlung war ein Sieg der Ordnungspartei, eine Niederlage der Sozialdemokraten. Dieselbe wurde am 4. Mai eröffnet, die Republik noch einmal als die bleibende Staatsform Frankreichs proklamiert, der Bericht der abtretenden provisorischen Regierung entgegengenommen und am 10. Mai eine „Exekutivkommission" gewählt, welche aus den Abgeordneten Arago, Garnier-Pagès, Marie, Lamartine, Ledrü-Rollin bestand und die Regierung bis zur Vollendung der zu beratenden Verfassung durch ein verantwortliches Ministerium zu führen hatte. Bevor diese Exekutive und die Nationalversammlung Festigkeit gewannen, sollten sie ge-

(c) Instituto Cervantes de Madrid

sprengt und eine sozialdemokratische Diktatur eingesetzt werden. Am 15. Mai drangen die Sozialdemokraten unter ihren Führern Blanqui und Raspail in den Sitzungssaal der Nationalversammlung ein, erklärten dieselbe für aufgelöst und setzten auf dem Stadthause eine Regierung unter Louis Blanc, Blanqui, Ledrü-Rollin, Raspail, Proudhon, Albert, Barbès und vier anderen ein. Aber die Regierung, welche rasch die Nationalgarde aufbot, bemächtigte sich wieder des Stadthauses und nahm mehrere von den Führern gefangen. Darauf wurde die Besatzung von Paris auf 55 000 Mann erhöht und diese unter den Befehl des Generals Cavaignac gestellt, welcher zum Kriegsminister ernannt war und aus Algier zurückberufen wurde. Als die Regierung damit umging, die Nationalwerkstätten, in welchen 117 000 Arbeiter eingeschrieben waren und je zwei Frank täglich erhielten, zu schließen, eröffneten die Sozialdemokraten einen Kampf auf Leben und Tod. Die Regierung war gerüstet; Cavaignac hatte für die bevorstehenden Straßenkämpfe einen förmlichen Feldzugsplan ausgearbeitet. Vom 22. bis zum 26. Juni dauerte der wütende Kampf. Die Aufständischen hatten 40 000 Bewaffnete und verübten große Grausamkeiten. Der General Brea wurde von ihnen trotz seiner Eigenschaft als Unterhändler ermordet, der Erzbischof Affre, welcher Worte der Versöhnung und des Friedens an sie richtete, tödlich verwundet. Endlich errangen die Regierungstruppen einen vollständigen Sieg. Mehr als 10 000 Menschen lagen tot in den Straßen, gegen 14 000 Aufständische wurden gefangen genommen und von diesen viele zur Deportation verurteilt, die Führer vor das Kriegsgericht gestellt.

Ledrü-Rollin.

Die Nationalversammlung ernannte am 28. Juni, nachdem die Exekutivkommission zurückgetreten war, den General

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Cavaignac zum Haupt der Exekutivgewalt und Kabinettspräsidenten. Dieser bildete ein neues Ministerium und übertrug den Oberbefehl über die Nationalgarde dem General Changarnier. Die Nationalwerkstätten wurden geschlossen, die extremen Zeitungen und Klubs unterdrückt, der am 24. Juni über Paris verhängte Belagerungszustand verlängert. Am 12. November wurde die neue Verfassung feierlich verkündigt und am 10. Dezember die Wahl eines Präsidenten der Republik vorgenommen. Nach einer Bestimmung der Verfassung sollte dieselbe nicht von der Nationalversammlung, sondern unmittelbar vom Volke ausgehen. Dies hatte ein allgemein überraschendes Ergebnis zur Folge.

Louis Napoleon Bonaparte als Präsident der französischen Republik.

Louis Napoleon, in Paris und in drei anderen Wahlbezirken zum Abgeordneten gewählt, war am 26. September 1848 zum erstenmal in der Nationalversammlung erschienen und hatte keinen bedeutenden Eindruck hervorgebracht. Seine Freunde wirkten für seine Erwählung zum Präsidenten mit aller Macht und hatten namentlich bei dem Landvolk einen günstigen Erfolg. Von den 7300000 Stimmen, welche abgegeben wurden, erhielt Louis Napoleon 5430000, Cavaignac nur 1448000; der Rest der Stimmen zersplitterte sich auf Ledrü-Rollin, Raspail, Lamartine und Changarnier. Am 20. Dezember wurde Louis Napoleon, nachdem Cavaignac sein Amt niedergelegt hatte, als Präsident der Republik ausgerufen und auf die Verfassung beeidigt. Er erhielt den Palast Elysee-Bourbon zu seiner Residenz und wurde dort von seinen Verwandten und Anhängern bereits als Souverän angesehen.

Am 26. Mai 1849 löste sich die konstituierende Nationalversammlung auf, und am 28. Mai eröffnete die gesetzgebende

(c) Instituto Cervantes de Madrid

ihre Sitzungen; die Mehrheit der letzteren bestand aus Legitimisten und Orleanisten. Noch einmal versuchten die Sozialdemokraten einen Aufstand, als der Antrag Ledrü-Rollins, daß der Präsident und seine Minister wegen der Expedition gegen die römische Republik in Anklagestand versetzt werden sollen, von der Nationalversammlung abgelehnt wurde. General Changarnier unterdrückte am 13. Juni 1849 den Aufstand ohne viele Mühe; Ledrü-Rollin floh nach England. Das allgemeine Wahlrecht wurde durch ein Gesetz vom 31. Mai 1850 beschränkt, auch der sozialdemokratischen Presse Zügel angelegt. Durch diese und andere Beschränkungen der republikanischen Freiheiten verlor die Nationalversammlung an Achtung und Beliebtheit, während der „Prinzpräsident" auf jede Weise die Armee für sich zu gewinnen suchte, dem General Changarnier den Oberbefehl abnahm, die Präfektenstellen und andere wichtige Aemter mit seinen Anhängern besetzte und auf seinen Rundreisen die Zuneigung der Bevölkerung durch Freigebigkeit und Gnadenakte erwarb. Seinem Ehrgeiz, welcher zunächst eine Wiederwahl erstrebte, stand die Verfassungsbestimmung entgegen, welche die Dauer der Präsidentschaft auf vier Jahre festsetzte und erklärte, daß der abgehende Präsident erst nach einem Zeitraum von vier Jahren wieder wählbar sei. Da von der Nationalversammlung die beantragte Verfassungsreform, wodurch seine Wiederwählung im Jahre 1852 möglich gemacht werden sollte, nicht zu erlangen war, so wagte Napoleon, wie sein Oheim am 18. Brümaire 1799, den Staatsstreich vom 2. Dezember 1851, dem Jahrestag der Krönung Napoleons I. und der Schlacht bei Austerlitz. Den Plan, welchen Napoleon mit seinem vertrautesten Anhänger, Viktor Fialin (später: Vikomte von Persigny), der schon bei den Attentaten von Straßburg und Boulogne für ihn thätig gewesen war, ausgearbeitet hatte, kannten nur folgende Personen: der Kriegsminister St. Arnaud, der Abgeordnete Graf Morny, ein natürlicher Bruder Napoleons (Sohn der Exkönigin Hortense und des kaiserlichen Adjutanten, Grafen Flahault), der Polizeipräfekt Maupas und General Magnan, Befehlshaber der ersten Militärdivision.

Nach Mitternacht ließ der Polizeipräfekt gegen hundert Personen, Mitglieder der Nationalversammlung und Chefs der geheimen Verbindungen, verhaften. Darunter befanden sich die Generale Changarnier, Cavaignac, Lamori-

(c) Instituto Cervantes de Madrid

cière, Bedeau, Oberst Charras, Thiers, Lagrange. Die wichtigsten Punkte der Stadt wurden besetzt und mehrere Dekrete angeschlagen, worin die Auflösung der Nationalversammlung, die Wiederherstellung des allgemeinen Stimmrechts, die Verhängung des Belagerungszustandes über Paris und zehn benachbarte Departements und die Berufung von Urversammlungen des französischen Volkes angekündigt wurde. Die letzteren sollten über die Grundlagen der künftigen Versammlung abstimmen, und als solche wurden bezeichnet: die zehnjährige Dauer der Präsidentschaft, die ausschließliche Abhängigkeit der Minister vom Staatsoberhaupt, die Ausarbeitung der Gesetzentwürfe durch den Staatsrat, die Einsetzung zweier parlamentarischen Körperschaften, eines Senats und eines gesetzgebenden Körpers. Napoleon hatte die Konsularverfassung seines Oheims in ihren wesentlichen Zügen nachgeahmt.

Gegen zweihundert Abgeordnete versammelten sich am 2. Dezember, als ihnen der Eintritt in den Sitzungspalast versperrt war, in der Mairie des zehnten Stadtbezirks; sie beschlossen, daß der Präsident abgesetzt und die vollziehende Gewalt an die Nationalversammlung übergegangen sei, und ernannten den General Oudinot zum Befehlshaber sämtlicher Streitkräfte in Paris. Da diese Abgeordneten trotz des Befehls der Polizei nicht auseinander gingen, so wurden sie ergriffen und in verschiedene Gefängnisse und Forts abgeführt. Barrikaden wurden errichtet und drei Tage lang gegen die neue Regierung gekämpft; aber diese hatte 80 000 Mann aufgeboten und warf die Republikaner und Sozialdemokraten mit eiserner Faust nieder. In gleicher Weise wurde gegen die Aufständischen in Lyon und anderen Städten verfahren. Von den Gefangenen wurden viele Hunderte nach Cayenne oder Algier deportiert, von den verhafteten Abgeordneten die meisten entlassen, Cavaignac, Changarnier, Lamoricière, Bedeau, Thiers, Viktor Hugo und andere in die Verbannung geschickt. Bei der Volksabstimmung vom 20. und 21. Dezember sprachen sich 7 1/2 Millionen Stimmen gegen 650 000 für die von Napoleon vorgelegte Verfassung aus, vermöge deren er die Präsidentenwürde auf weitere zehn Jahre, mit monarchischen Machtbefugnissen ausgestattet, erhielt. Darauf siedelte Napoleon vom Palast Elysee in die Tuilerien über und ließ am 14. Januar 1852 die neue Verfassung bekannt machen. Ein Dekret vom 22. Januar

(c) Instituto Cervantes de Madrid

brachte den Orleans einen Schlag bei; dasselbe verfügte die Konfiskation aller derjenigen Besitzungen der Familie Orleans, welche Louis Philipp am Tage vor seiner Thronbesteigung, anstatt sie dem alten Brauche gemäß mit den Staatsdomänen zu vereinigen, als Privateigentum auf seine Kinder hatte übertragen lassen. Der Senat und der gesetzgebende Körper, in welchen fast nur Anhänger Napoleons gewählt worden waren, wurden am 29. März eröffnet; ihre Befugnisse waren sehr beschränkt; der Staatsstreich wurde als eine „rettende That" bezeichnet. Der Gehalt des Prinzpräsidenten wurde auf 12 Millionen Frank erhöht; für Ausführung öffentlicher Bauwerke wurden, um die Arbeiterbevölkerung zu gewinnen, 80 Millionen verlangt und genehmigt.

Eugenie, Kaiserin von Frankreich.

Die zehnjährige Präsidentenwürde war die zweite Etappe zum Kaiserthron, welchem Napoleon mit vollen Segeln zusteuerte. Um die Befürchtungen des Auslandes, das sich ein napoleonisches Kaiserreich nicht ohne Krieg und Eroberungen denken konnte, zu beschwichtigen, sagte er bei einer Bankettrede in Bordeaux: „Frankreich scheint zum Kaisertum zurückkehren zu wollen. Das Kaisertum, meinen manche, sei der Krieg. Nein, meine Herren, das Kaisertum ist der Friede." Von den Generalräten wurden Petitionen um Proklamierung des Kaisertums an den Senat eingeschickt, und dieser beschloß am 7. November die Wiederherstellung desselben. Dieser „Senatskonsult" wurde in der Volksabstimmung vom 21. und 22. November mit 7 800 000 Stimmen gegen 253 000 bestätigt, worauf am 2. Dezember 1852 „Napoleon III. durch die Gnade Gottes und durch den Nationalwillen als Kaiser der Franzosen" ausgerufen wurde. Die Zivilliste wurde auf 25 Millionen Frank festgesetzt. Von den auswärtigen Mächten beeilten sich die drei Ostmächte nicht mit der Anerkennung des neuen Kaisers, und Nikolaus von Rußland gab ihm in seinem Antwortschreiben nicht den üblichen Titel „Bruder",

(c) Instituto Cervantes de Madrid

sondern nannte ihn seinen „guten Freund". Da die Ostmächte der Erfüllung seines Wunsches, sich mit einer Prinzessin aus einem der alten Fürstenhäuser zu vermählen, entgegentraten, so vermählte er sich am 30. Januar 1853 mit der schönen Spanierin Eugenia Montijo, Herzogin von Teba. Am 16. März 1856 wurde ihm ein Thronfolger, der Prinz Napoleon Eugen Louis, geboren. Das zweite Kaisertum schien infolgedessen eine gesicherte Existenz zu haben.

2) Revolutionen in Italien.

(1848—1849.)

An der Spitze der italienischen Bewegung stand, was unerhört war, der Papst Pius IX., welcher, wie wir gesehen haben, am 16. Juni 1846 zum Papst gewählt worden war. Dieser trat sofort, schon vor der Pariser Februarrevolution, mit Reformen hervor, welche das Papsttum und die alte Welthauptstadt Rom wieder zum politischen Mittelpunkt Italiens machen sollten. Er erließ eine Amnestie für alle politischen Vergehen, gestattete der Presse eine freiere Bewegung, eröffnete den Laien die Bahn zu höheren Staatsämtern, führte eine Besteuerung der Klöster des Kirchenstaats ein, bildete aus den Notabeln der Provinzen einen Staatsrat, welcher Vorschläge zu Reformen machen sollte, gab der Stadt Rom eine liberale Gemeindeordnung und traf Vorbereitungen zur Errichtung einer italienischen Konföderation, an welcher Bevollmächtigte sämtlicher italienischen Staaten teilnehmen sollten, um in der Bundesstadt Rom über Krieg und Frieden, über Zölle, Handelsverträge und andere gemeinschaftliche Angelegenheiten zu beraten. Nach der französischen Revolution vom 24. Februar 1848 gewährte er dem Kirchenstaat eine Repräsentativverfassung, wonach eine Erste Kammer vom Papste ernannt, die Zweite vom Volke gewählt werden sollte, neben welchen das unverantwortliche Kardinalkollegium eine Art Geheimrat bildete. Ganz Italien war von Begeisterung für den neuen Papst erfüllt; in Mailand, Modena und Neapel galt ein Evviva auf Pio nono für einen revolutionären Ruf.

Aber das tolle Jahr 1848, das so rasche Uebergänge vom Absolutismus zum Liberalismus und vom Liberalismus zum Radikalismus sah, vergönnte der Begeisterung für Pio nono keine lange Dauer. Als er sich weigerte, die römischen

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Truppen zu der Armee des Königs Karl Albert von Sardinien stoßen zu lassen und an Oestreich den Krieg zu erklären, verwandelte sich bei den extremen Parteien die Begeisterung in Feindschaft und Haß. Um zur Durchführung des konstitutionellen Systems einen ebenso energischen als besonnenen und gemäßigten Mann an der Spitze des Ministeriums zu haben, berief Pius am 17. September 1848 den Grafen Pellegrino Rossi aus Carrara, welcher früher in Genf die Rechtswissenschaft gelehrt und unter Louis Philipp diplomatische Dienste geleistet hatte, an die Spitze des Ministeriums. Dieser ergriff das Staatsruder mit fester Hand und bemühte sich, Ruhe und Ordnung wiederherzustellen. Dadurch machte er sich die Anarchisten, welche auf einen allgemeinen Umsturz hinarbeiteten, zu Feinden. Obgleich gewarnt, fuhr er am 15. November 1848 nach dem Sitzungshaus der Kammern, um diese nach ihrer Vertagung mit einer Rede zu eröffnen, in welcher er Aufhebung der Kardinalsregierung und Einführung eines Laienregiments verheißen und für die Unabhängigkeit und Einheit Italiens sich aussprechen wollte. Als er aus dem Wagen stieg, traf ihn aus einem Haufen Gesindels ein Dolchstoß in den Hals, worauf er lautlos zu Boden sank. Am folgenden Tage zog der bewaffnete Pöbel, vom Fürsten Karl von Canino, dem Sohne des Lucian Bonaparte geleitet, vor den Quirinal, griff die aus Schweizersöldnern bestehende Wache an und nötigte den Papst, in dessen Vorzimmer die Kugeln eindrangen, ein radikales Ministerium unter Mamianis Leitung anzunehmen und die Schweizertruppen zu entlassen, an deren Stelle eine unzuverlässige Bürgerwehr trat. Dem Zwang der Umsturzpartei preisgegeben und selbst des Lebens nicht

Papst Pius IX.

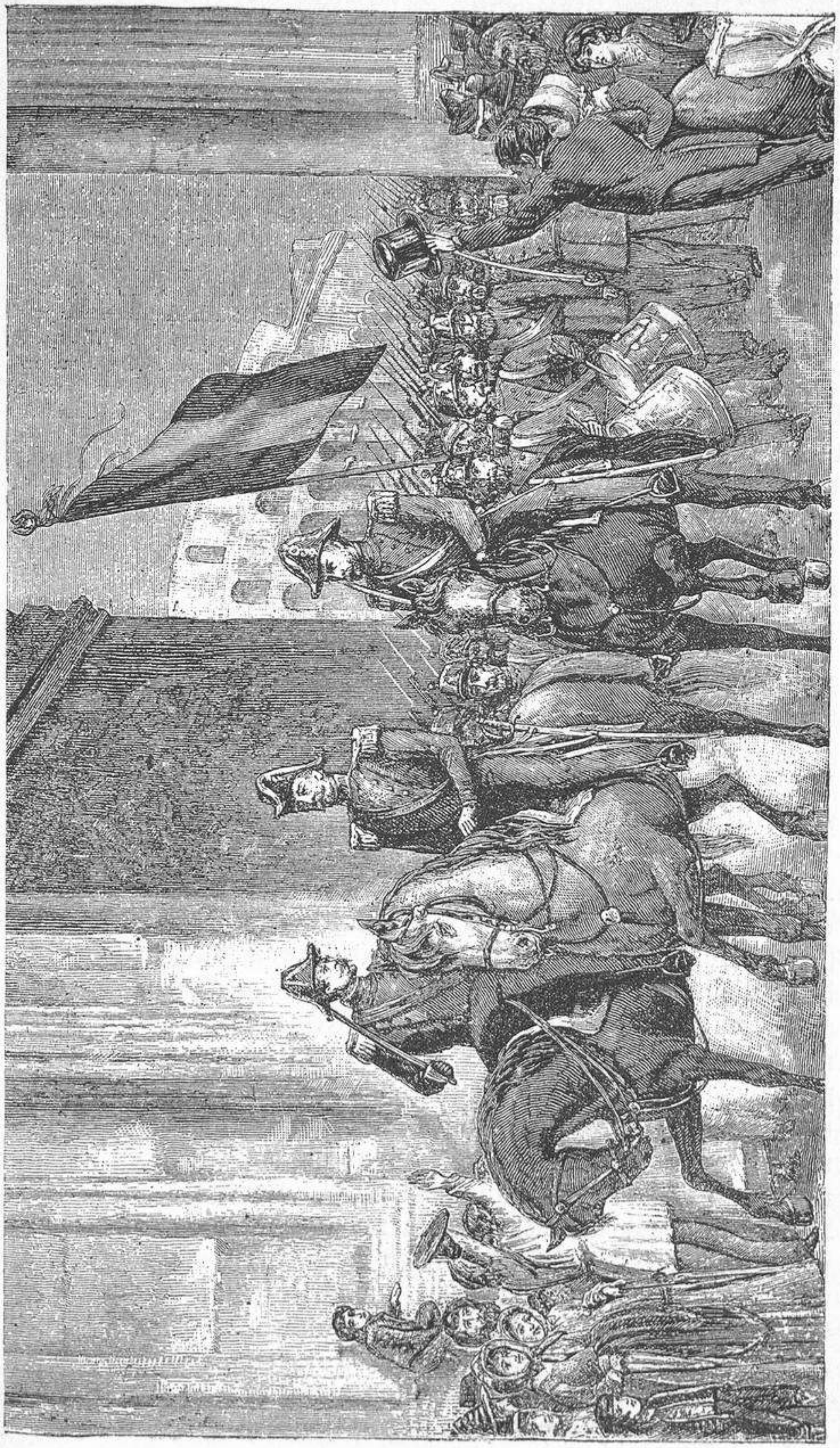
(c) Instituto Cervantes de Madrid

mehr sicher, floh Pius am 24. November 1848 mit Hilfe des bayrischen Gesandten, Grafen Spaur, verkleidet aus Rom und suchte in Gaeta bei dem König von Neapel Schutz. Dort bildete er ein neues Ministerium und legte gegen alle Beschlüsse der römischen Regierung Protest ein.

In Rom wurde nach der Flucht des Papstes eine konstituierende Versammlung berufen. Diese erklärte am 5. Februar 1849 die weltliche Macht des Papsttums für aufgehoben und proklamierte die römische Republik. Zugleich wurde beschlossen, auf die Vereinigung sämtlicher Staaten der Halbinsel zu einer italienischen Republik hinzuwirken. Toscana, wo der Großherzog Leopold II. schon am 17. Februar 1848 eine Verfassung gegeben hatte, aber durch das republikanisch gesinnte Ministerium Guerazzi zur Flucht nach Gaeta genötigt worden war, schloß sich als Republik an Rom an. Dort war eine provisorische Regierung eingesetzt worden; Joseph Garibaldi, der kühne Freischarenführer aus Nizza, organisierte die Volkswehr und traf Vorkehrungen zur Verteidigung der Stadt; der alte Revolutionär Mazzini war der thatsächliche Leiter der Republik. Auf den Hilferuf des Papstes rückten die Truppen der katholischen Mächte gegen Rom vor. Während die Oestreicher Bologna und Ancona nahmen und von Süden her ein neapolitanisches Heer im römischen Gebiet eindrang, landeten am 26. April 1849 8000 Mann französischer Truppen unter Marschall Oudinot in Civita-Vecchia; denn diese Gelegenheit, durch die Unterstützung des Papstes die französische Geistlichkeit für seine weiteren Pläne zu gewinnen und seine Regierung mit kriegerischen Trophäen zu schmücken, wollte der Prinzpräsident Napoleon nicht unbenutzt lassen. General Oudinot rückte am 30. April vor Rom, eröffnete zuerst Unterhandlungen, und als seine Vorschläge zurück-

Joseph Mazzini.

(c) Instituto Cervantes de Madrid



Einzug der Franzosen in Rom.

(c) Instituto Cervantes de Madrid

gewiesen wurden, griff er an. Aber er fand bei Garibaldi und dessen republikanischem Heere einen so tapferen Widerstand, daß er mit einem Verlust von 700 Mann sich nach Civita-Vecchia zurückziehen und die Ankunft von Verstärkungen abwarten mußte. Das neapolitanische Heer wurde von Garibaldi am 19. Mai 1849 bei Velletri geschlagen, während die spanischen Truppen, welche dem Papst gleichfalls Hilfe leisten sollten, gar keinen Kampf wagten. Nach Ankunft der Verstärkungen rückte General Oudinot am 3. Juni mit 35000 Mann zum zweitenmal vor Rom. Die 19000 Mann Freiwillige und Nationalgarden, welche Garibaldi unter sich hatte, wehrten sich lange und verzweifelt gegen die numerische und artilleristische Ueberlegenheit der Franzosen, wurden aber zuletzt überwältigt. Rom mußte kapitulieren, und am 4. Juli zog Oudinot in die schweigende Hauptstadt ein. Garibaldi, Mazzini und ihr Anhang retteten sich durch die Flucht, die provisorische Regierung wurde aufgelöst und eine militärische Fremdherrschaft eingesetzt. Pius IX. kehrte erst am 4. April 1850 von Gaeta nach Rom zurück, legte seine Reformen beiseite, führte die alte Priesterherrschaft wieder ein und ließ sich in den Legationen bis 1859 durch die östreichischen, in Rom und Civita-Vecchia bis 1866 und 1870 durch die französischen Truppen gegen die revolutionären Anwandlungen seiner Unterthanen beschützen.

Inzwischen war auch in Neapel und in Sizilien die Revolution niedergeschlagen worden. Die Bewegung ging dort von Palermo aus, wo am 12. Januar 1848 der Aufstand gegen die neapolitanische Regierung ausbrach. Um der Ausbreitung des Aufstandes nach Neapel vorzubeugen, gab König Ferdinand II. am 24. Februar 1848 eine Verfassung und ernannte ein liberales Ministerium. Die provisorische Regierung von Sizilien nahm diese Verfassung, die für Neapel und Sizilien ein vereinigtes Parlament schuf, nicht an, sondern verlangte ein besonderes sizilisches Parlament und die sizilische Verfassung von 1812. König Ferdinand II., durch den Ausbruch der Februarrevolution in Schrecken versetzt, gewährte die Forderungen und berief das sizilische Parlament. Damit begnügten sich die Sizilianer, sobald sie von den Erfolgen der Pariser Republikaner hörten, nicht mehr, sondern stellten die weitere Forderung, daß zwischen Neapel und Sizilien eine Personalunion bestehen und letzteres nicht bloß ein sizilisches Parlament, sondern auch ein eigenes

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Ministerium, ein besonderes Heer und besondere Finanzverwaltung haben sollte. Ferdinand verwarf diese Forderungen, und die Neapolitaner stimmten ihm bei. Da erklärte das sizilische Parlament den König der Krone Siziliens für verlustig und die Dynastie Bourbon für ausgeschlossen und wählte am 11. Juli 1848 den zweiten Sohn des Königs von Sardinien, den Herzog Ferdinand von Genua, zum König von Sizilien. Aber Karl Albert nahm die dornenvolle Krone für seinen Sohn nicht an, und die Engländer begünstigten zwar die Trennung, leisteten aber keinen Beistand. Die Sizilianer waren somit auf ihre eigene Kraft angewiesen.

Inzwischen war auch in Neapel die Revolution ausgebrochen. König Ferdinand wurde gezwungen, 13000 Mann unter dem alten Revolutionär Wilhelm Pepe nach Oberitalien gegen die Oestreicher zu schicken. Die Radikalen begnügten sich nicht mehr mit Verfassung und Parlament, sondern wollten die Republik einführen und errichteten am 15. Mai 1848 Barrikaden. Der König schickte seine Schweizersöldner gegen die Aufständischen und ließ dieselben vernichten, worauf die Lazzaroni die Stadt plünderten. Darauf wurde die Nationalgarde entwaffnet, das Parlament aufgelöst, ein reaktionäres Ministerium gebildet und das Hilfsheer aus Oberitalien zurückgerufen. Dasselbe kehrte, mit Ausnahme von etwa 1500 Mann, die mit Pepe nach Venedig zogen, nach Neapel zurück. Ferdinand war nun in der Lage, bedeutende Streitkräfte gegen Sizilien zu verwenden. 8000 Mann landeten unter General Filangieri in Sizilien. Die Stadt Messina wurde bombardiert und am 7. September 1848 erstürmt und geplündert. England und Frankreich machten Vermittlungsvorschläge, und Ferdinand war bereit, den Sizilianern ein besonderes Parlament und besondere Verwaltung zu gewähren, verweigerte ihnen aber ein besonderes Ministerium für Krieg und für auswärtige Angelegenheiten. Darauf griffen die Sizilianer aufs neue zu den Waffen und ernannten den Polen Mieroslawski, einen internationalen Revolutionär, zum Oberbefehlshaber. Dieser konzentrierte seine Streitmacht in Catania; Filangieri ließ die Stadt durch die Schweizertruppen erstürmen (6. April 1849), zog vor Palermo, beschoß die Stadt von der Land- und Seeseite aus und zwang sie zur Kapitulation. Am 17. Mai 1849 hielt er seinen Einzug in Palermo. Eine drückende Militärherrschaft wurde auf der Insel eingerichtet, Parlament und Verfassung aufgehoben.

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Die Freiheits- und Einheitsbestrebungen der Bewohner Mittel- und Unteritaliens standen in engem Zusammenhang mit dem in Oberitalien ausgebrochenen Kriege. Wenn auf den alten Schlachtfeldern Italiens, in der zwischen Alpen und Po gelegenen Ebene, glücklich für die nationale Sache gekämpft wurde, so war auch südlich vom Po der Sieg derselben sicher. Die östreichische Herrschaft in der Lombardei und in Venetien war schon als Fremdherrschaft verhaßt. Die Metternichsche Regierung war nicht geeignet, eine günstigere Stimmung hervorzurufen. Als Pius IX. 1847 mit seinen Reformen hervortrat, erhob sich in Oberitalien das nationale Gefühl in hellen Flammen. Die Bewohner desselben verlangten von der östreichischen Regierung ein Parlament, italienische Minister und Entfernung aller nichtitalienischen Truppen. Als sie eine abschlägige Antwort erhielten, suchten sie der Regierung dadurch zu schaden, daß sie sich des Tabaks und Lotteriespiels enthielten, womit die östreichische Regierung ein Monopol trieb. In den größeren Städten entstanden Konflikte zwischen Zivil und Militär. Da brach der Aufstand in Sizilien aus, und Karl Albert von Sardinien, welcher seit 1831 dem klerikalen Absolutismus gehuldigt hatte, gab seinem Volke eine Verfassung. Oestreich antwortete mit den strengsten Maßregeln und verhängte am 22. Februar 1848 den Belagerungszustand über die Lombardei. Da kam die Nachricht von der Pariser Februarrevolution und von der Wiener Revolution vom 13. März. Nun war die nationale Leidenschaft nicht mehr zu halten. Die Stadt Mailand erhob sich am 18. März, und der zweiundachtzigjährige Feldmarschall Graf Joseph Radetzki mußte nach zweitägigem Straßenkampfe mit seinen Truppen die Stadt räumen. Er zog auch die Besatzungen der anderen Städte an

Karl Albert, König von Sardinien.

(c) Instituto Cervantes de Madrid

sich und nahm hinter dem Mincio Stellung. In Venedig wurde der östreichische Kommandant Graf Zichy am 22. März zur Kapitulation gezwungen, die ganze Provinz fiel von Oestreich ab; der Advokat Manin trat an die Spitze einer provisorischen Regierung. Die absolutistischen Herzoge Franz IV. von Modena und Karl II. von Parma konnten sich in ihren von der allgemeinen Bewegung fortgerissenen Ländern nicht mehr halten und flohen nach Oestreich. Auch dort wurden provisorische Regierungen eingesetzt, die Truppen der Herzogtümer und Toscanas über den Po geschickt, um unter dem Kommando Karl Alberts die östreichischen Heere aus Italien hinauszutreiben.

Feldmarschall Graf Radetzki.
Nach einer Lithographie von Kriehuber.

Dieser stellte sich an die Spitze der einheitlichen und nationalen Bewegung und hatte trotz seiner antinationalen Vergangenheit Ehrgeiz genug, die Krone von Oberitalien und eben damit zum mindesten die Hegemonie in Italien erkämpfen zu wollen. Er hatte ein schlagfertiges Heer; aber die Zuzüge, die aus den Herzogtümern und aus Mailand kamen, waren weder an Zahl noch an Tüchtigkeit bedeutend. In raschem Zuge rückte er gegen den Mincio vor, gewann am 30. Mai das Treffen bei Goito und nahm die Festung Peschiera. Inzwischen hatte Radetzki Verstärkungen aus Oestreich erhalten, die Sardinier am 6. Mai bei Santa Lucia, südwestlich von Verona, geschlagen und am 29. die Verschanzungen von Curtatone erstürmt. Die Erfolge Karl Alberts und die Bedrohung seines Rückens durch die Alpenjäger Garibaldis geboten Radetzki zunächst Halt. Vicenza und andere venetianische Städte wurden von ihm erobert. Die unter Englands Vermittlung eröffneten Unterhandlungen

(c) Instituto Cervantes de Madrid

zwischen Oestreich und der Lombardei führten bei den übertriebenen Forderungen der letzteren zu keinem Resultate. Da ergriff Radetzki eine kräftige Offensive, erfocht am 25. Juli einen glänzenden Sieg bei Custozza, schlug die Sardinier bei Goito und Volta zurück und rückte gegen Mailand vor. Der geschlagene König wurde des Verrats beschuldigt und mußte die Stadt räumen; dort erhob sich ein so gefährlicher Pöbelaufstand, daß Radetzki durch eine städtische Deputation zum schleunigen Einrücken aufgefordert wurde. Er zog am 6. August in Mailand ein und benahm sich als menschenfreundlicher Sieger. Mit Karl Albert schloß er am 9. August einen Waffenstillstand, worauf dieser seine Truppen nach Piemont zurückführte.

Dort war das gemäßigte Ministerium, an dessen Spitze der Jesuitenfeind Gioberti stand, von den Radikalen gestürzt worden, und diese drängten Karl Albert zu einem neuen Feldzug, obgleich die Aussichten sehr ungünstig waren. Am 12. März 1849 kündigte er den Waffenstillstand auf und rückte ins Feld. Den Oberbefehl übertrug er dem polnischen General Chrzanowski und gab dem General Ramorino den Befehl, die Uebergänge am Po zu bewachen. Radetzki kam ihm zuvor, überschritt den Ticino und schlug auf sardinischem Gebiet, am 21. März bei Mortara, am 23. bei Novara, den Feind so vollständig, daß dieser nach einem viertägigen Feldzug kampfunfähig war. Ramorino, welcher seinen Auftrag nicht ausgeführt und dadurch den Oestreichern das Vordringen erleichtert hatte, wurde vom Kriegsgericht wegen Verrats zum Tode verurteilt und erschossen. Karl Albert, dessen Pläne so rasch zertrümmert waren, legte noch in der Nacht des 23. März in Novara die Krone nieder, übergab sie seinem ältesten Sohne Viktor Emanuel II. und verließ sofort sein Land. Er reiste nach Portugal und starb dort in Oporto am 26. Juli 1849 an wiederholten Schlaganfällen. Der neue König begab sich am 24. März in das Lager Radetzkis und schloß mit ihm einen Waffenstillstand. Die Friedensverhandlungen wurden in Mailand geführt und am 6. August beendigt, nachdem Oestreich auf Frankreichs und Englands Aufforderung seine Ansprüche ermäßigt hatte. Sardinien verlor nichts von seinem Gebiet und mußte Oestreich 75 Millionen Lire Kriegsentschädigung zahlen. Der Aufstand in Brescia wurde von General Haynau nach Erstürmung der Stadt am 1. April 1849

(c) Instituto Cervantes de Madrid

mit Strenge und Grausamkeit unterdrückt. Nun konnte sich auch Venedig, das von Haynau belagert wurde, nicht mehr halten. Es kapitulierte am 22. August, worauf die Häupter der dortigen Revolution, Manin und Pepe, in die Verbannung gingen. Die Revolution war auf allen Punkten niedergeschlagen. Die vertriebenen Fürsten kehrten unter Oestreichs Schutze wieder in ihre Länder zurück; die Lombardei und Venetien waren wieder östreichische Provinzen; Bologna und Ancona blieben von den Oestreichern besetzt. Die einzige Hoffnung der italienischen Patrioten blieb trotz Custozza und Novara das Haus Savoyen, das der konstitutionellen Fahne treu blieb und den nationalen Gedanken festhielt. Der italienische Nationalverein, in den fünfziger Jahren gegründet und konstitutionelle Monarchisten und Republikaner umfassend, verfolgte den Plan, unter dem savoyischen Kreuz die Befreiung und Einigung Italiens herzustellen.

3) Revolutionen in Deutschland und in Ungarn.

(1848—1850.)

Die Mißstimmung und Unzufriedenheit mit den politischen Zuständen war in Deutschland allgemein. Die Schmach des deutschen Bundestages wurde tief gefühlt. Deutschland wollte nicht mehr das Aschenbrödel unter den europäischen Mächten sein und glaubte durch Umwandlung des Staatenbundes in einen Bundesstaat und durch Einführung eines vom Volk gewählten Parlaments die ihm gebührende Stellung erringen zu können. Die kirchliche Bewegung jener Zeit, die kritische Richtung mehrerer hervorragenden Zeitungen und Zeitschriften und die „politischen Lieder" einiger talentvollen Dichter trugen zur Anfachung der politischen Begeisterung nicht wenig bei. Die Teurung des Jahres 1847 dehnte die Unzufriedenheit in die untersten Schichten aus und veranlaßte in Stuttgart und in anderen Städten Brotkrawalle. Die Metternichsche Regierung war von der ganzen Nation verurteilt; wer die Verhältnisse genau kannte, war überzeugt, daß es bald zu einem Bruch kommen müsse. Die Erfolge, welche die schweizerischen Liberalen in dem Sonderbundskrieg und durch denselben errungen hatten, fanden in Deutschland die wärmste Teilnahme. Der von dem dänischen König Christian VIII. am 8. Juli 1846 veröffentlichte „offene Brief" rief geradezu eine kriegerische Stimmung in Deutschland hervor. Da nämlich Christians

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Sohn und Bruder kinderlos waren, so rückte die Gefahr nahe, daß Dänemark die beiden Herzogtümer Schleswig und Holstein verlieren sollte; denn nach dänischem Gesetz war bei dem Aussterben des oldenburgischen Mannsstammes auch die weibliche Linie successionsfähig, nach schleswig-holsteinischem nur der Mannsstamm, infolgedessen in den Herzogtümern der Herzog Christian August von Augustenburg zur Thronfolge bestimmt war. Um die Verkleinerung des Königreiches abzuwenden, dehnte König Christian VIII. in dem „offenen Brief" das dänische Erbfolgerecht auf Schleswig-Holstein aus und hielt an der Union der Herzogtümer und Dänemarks fest. Als ihm am 20. Januar 1848 sein Sohn Friedrich VII. auf dem dänischen Thron folgte, veröffentlichte dieser eine freisinnige Verfassung für sämtliche Teile der Monarchie. Aber die Herzogtümer protestierten gegen diese Gesamtstaatsverfassung und beharrten auf ihrem Recht der besonderen Erbfolge, der besonderen Verfassung und ihrer Unteilbarkeit. Ganz Deutschland folgte der Entwicklung dieser schleswig-holsteinischen Frage mit gespannter Aufmerksamkeit und nahm entschieden Partei für das Recht des verlassenen Bruderstammes.

Christian VIII., König von Dänemark.

Das lebhafte, politisch gebildete und geschulte badische Volk zeigte sich für die politischen Eindrücke jener Zeit am empfänglichsten. Dort wurden schon im September 1847 in einer Versammlung in Offenburg von dem Advokaten und Landtagsabgeordneten Hecker und dem Journalisten Struve sozialdemokratische Ideen dargelegt. Im Oktober verlangte eine aus Oppositionsmitgliedern verschiedener Kammern bestehende Versammlung zu Heppenheim eine Volksvertretung am Bundestag. In der badischen Kammer wurde am 12. Februar 1848 von dem Abgeordneten Bassermann

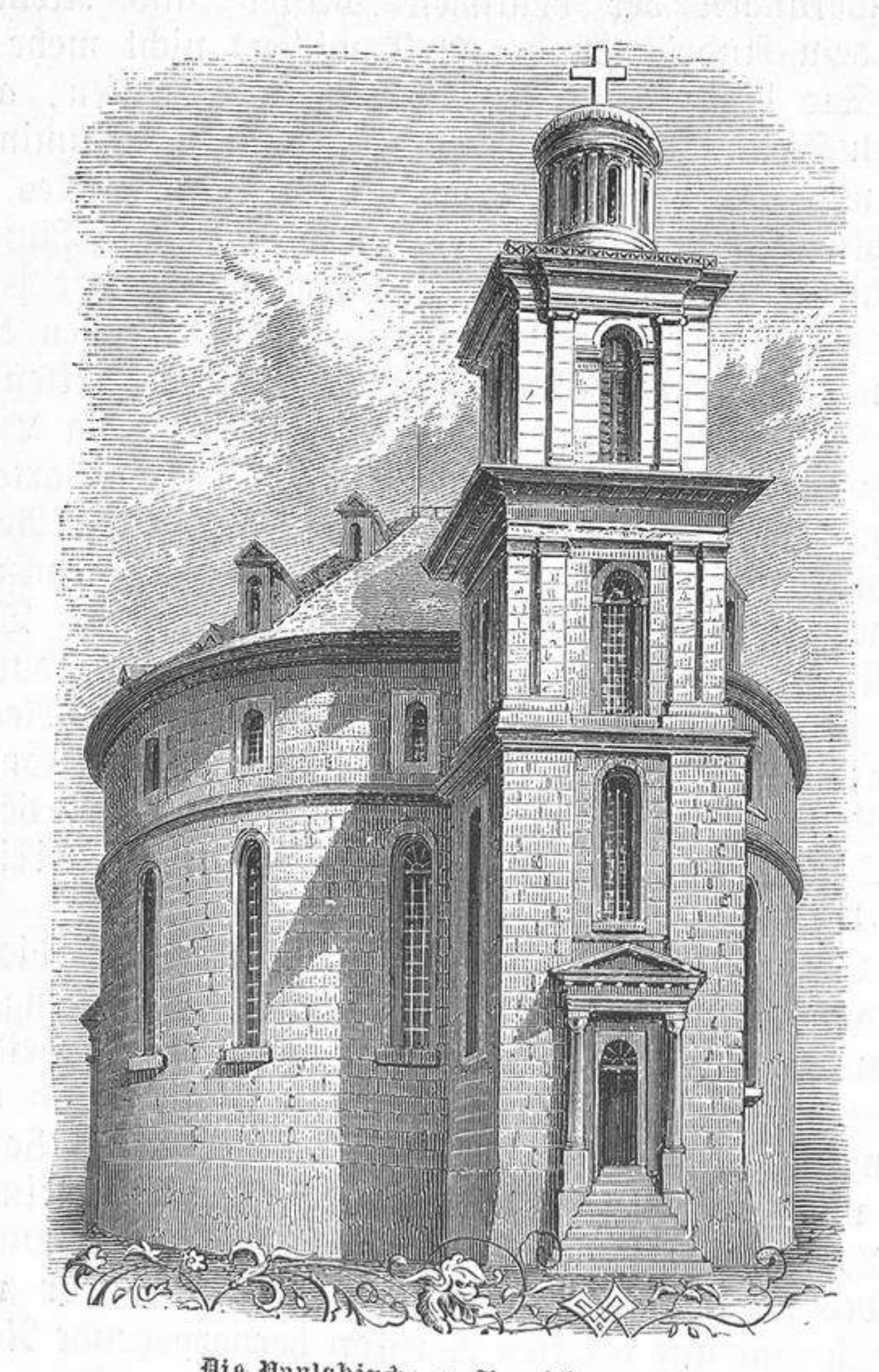
(c) Instituto Cervantes de Madrid

aus Mannheim der Antrag auf Berufung eines deutschen Parlaments gestellt. In diese allgemeine Aufregung fiel die Nachricht von der Pariser Februarrevolution und der Verkündigung der Republik in Frankreich wie ein zündender Funke. Die Regierungen der deutschen Mittel- und Kleinstaaten konnten dem Andrängen des Volkswillens nicht mehr widerstehen. Die bisherigen Minister wurden entlassen, aus der bisherigen Kammeropposition die sogenannten Märzministerien berufen und von diesen den Forderungen des Volkes, welche hauptsächlich auf Abschaffung der Feudallasten, auf Einführung der Geschworenengerichte, der Volksbewaffnung, der Preßfreiheit, vor allem aber auf Gründung eines deutschen Bundesstaates mit Zentralgewalt und Parlament hinzielten, volle Rechnung getragen. In Bayern sah sich König Ludwig, welcher sich den Eingebungen der ultramontanen Partei lange Zeit hingegeben und durch sein Kniebeugungsedikt viel Aergernis verursacht hatte, am 20. März 1848 zur Abdankung genötigt, weil er durch die Erhebung der spanischen Tänzerin Lola Montez zur Gräfin von Landsfeld und durch den Einfluß, den er dieser bayrischen Dübarry auf die Regierung gestattete, sich in einen für ihn schmachvollen Konflikt zu seinem Volke gesetzt hatte. Sein Nachfolger auf dem bayrischen Thron war sein ältester Sohn, Maximilian II. (1848—1864).

In Süddeutschland stellten sich die Führer der bisherigen Kammeroppositionen an die Spitze der Bewegung. Sie hielten am 5. März 1848 eine Versammlung in Heidelberg, erließen einen Aufruf an die deutsche Nation und wählten eine Kommission, welche bezüglich des Parlaments Vorschläge machen und ein Vorparlament nach Frankfurt einberufen sollte. Letzteres versammelte sich am 31. März unter dem Vorsitz des Heidelberger Professors Mittermaier und beschloß, daß eine aus direkten Wahlen hervorgehende Nationalversammlung im Mai in Frankfurt zusammenkommen und über die künftige Reichsverfassung entscheiden solle. Damit waren die Führer der badischen Radikalen, Hecker und Struve, nicht zufrieden: sie beabsichtigten die Einführung der Republik, erregten einen Aufstand im badischen Oberland und lieferten den hessen-darmstädtischen Truppen unter General Friedrich von Gagern ein Treffen bei Kandern, wobei letzterer erschossen, die Aufständischen aber in die Flucht geschlagen wurden. Die deutschen Arbeiter aus Frankreich

(c) Instituto Cervantes de Madrid

welche mit dem Dichter Herwegh ins Badische einrückten, wurden von württembergischen Truppen bei Dossenbach auseinander getrieben. Die republikanische Partei war damit vorläufig unterdrückt. In den Main- und Taubergegenden

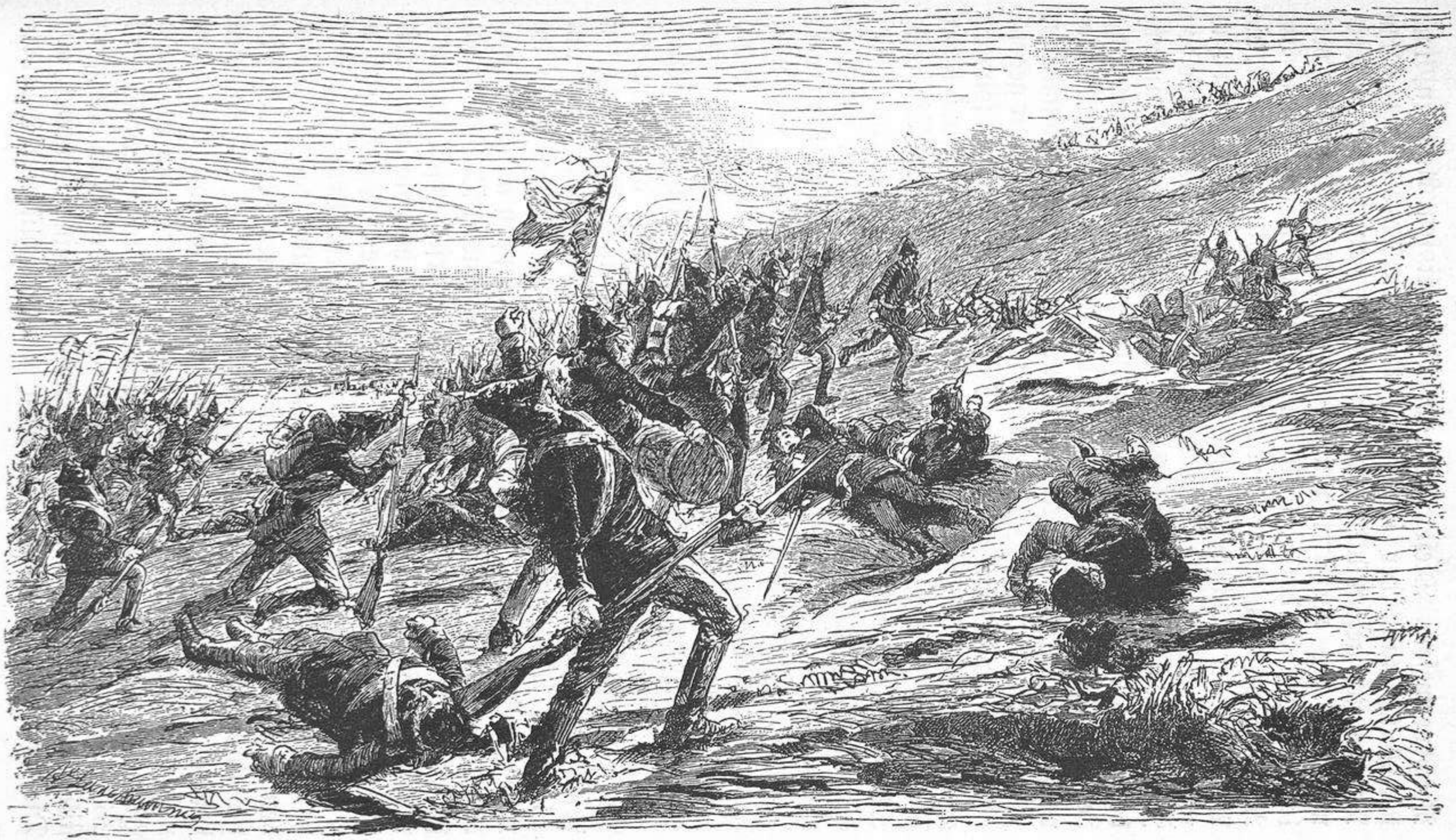


Die Paulskirche zu Frankfurt a. M.

und im Odenwald, der alten Heimat des Bauernkrieges, erhob sich das Landvolk gegen die Grundherrschaften, vernichtete die Archive mit den Grund- und Zehntbüchern und zerstörte einige Schlösser.

Die Nationalversammlung wurde am 18. Mai 1848 in der Paulskirche zu Frankfurt eröffnet, wählte am 19. den hessischen Minister Heinrich von Gagern zum Präsidenten und am 29. Juni den Erzherzog Johann von Oestreich zum

(c) Instituto Cervantes de Madrid



Erstürmung des Danewerks durch preußische Truppen unter General Wrangel am 23. April 1848.
Von A. Langhammer.

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Reichsverweser. Dieser trat am 12. Juli sein Amt an, und der Bundestag, der inzwischen mit den Farben des alten Reiches sich geschmückt, durch Berufung von 17 Vertrauensmännern sich verstärkt und dadurch seine Existenz zu verlängern gesucht hatte, legte seine Gewalt in die Hände des Reichsverwesers nieder. Aber anstatt ihre wichtigste Aufgabe, die Beratung der Reichsverfassung, rasch in Angriff zu nehmen und zu vollenden und unter dem Druck der Volksgewalt dieselbe den Regierungen der 35 souveränen Bundesstaaten aufzudrängen, brachte die Nationalversammlung eine lange Zeit mit Beratung der Grundrechte des deutschen Volkes zu und ließ den Regierungen der größeren Staaten, zumal der beiden Großmächte, Zeit, wieder eine feste Haltung anzunehmen und nicht nur gegenüber den Volksvertretungen in Wien und in Berlin, sondern auch gegenüber der Nationalversammlung in Frankfurt ihren souveränen Willen zu betonen und durchzusetzen. Die erste Störung wurde durch die schleswig-holsteinische Frage veranlaßt. Die Stände der Herzogtümer hatten, um die Einverleibung derselben in den dänischen Gesamtstaat zu verhindern, eine provisorische Regierung errichtet, sich nach Frankfurt um Aufnahme Schleswigs in den deutschen Bund gewandt und ein Hilfegesuch an den König von Preußen gerichtet. Das Vorparlament bewilligte das Aufnahmegesuch und beauftragte Preußen, in Verbindung mit den Truppen des zehnten Bundesarmeekorps Holstein und Schleswig zu besetzen. Der preußische General Wrangel überschritt am 21. April 1848 als Bundesfeldherr die Eider und trieb im Verein mit den schleswig-holsteinischen Truppen am 23. April die Dänen aus dem Danewerk; am folgenden Tage wurden sie von dem zehnten Armeekorps bei Deversee geschlagen und nach der Insel Alsen verjagt. Ganz Schleswig war frei. Wrangel rückte in Jütland ein, schrieb eine Kriegssteuer von 3 Millionen Thalern aus und wollte diese Provinz besetzt halten, bis die Dänen, welche mit ihrer überlegenen Flotte den preußischen Ostseehandel beeinträchtigten, den Preußen für ihre Verluste Entschädigung gegeben hätten. Aber dieses kräftige Vorgehen erregte die Eifersucht Rußlands, Englands und Schwedens in hohem Grade, und durch die drohende Haltung dieser Staaten eingeschüchtert, schloß Preußen am 26. August 1848 zu Malmö (in Schweden) einen Waffenstillstandsvertrag mit Dänemark und rief seine Truppen ab. Diesem Vertrage gemäß wurden alle Beschlüsse der provi-

(c) Instituto Cervantes de Madrid

sorischen Regierung für ungültig erklärt, für die Herzogtümer eine teils von Dänemark, teils vom deutschen Bunde zu ernennende gemeinschaftliche Regierung eingesetzt und die schleswigschen Truppen von den holsteinischen getrennt. Da dieser auf die Einverleibung Schleswigs in Dänemark hinzielende Malmöer Vertrag am 16. September 1848 von der Mehrheit der Nationalversammlung genehmigt wurde, so glaubten die Radikalen in Frankfurt die allgemeine Mißstimmung zur Organisierung eines Aufstandes benutzen zu können, dessen Zweck die Sprengung der Nationalversammlung, die Ausrufung der Republik, die Einsetzung eines Konvents war. Die Menge, welche am 17. September in der auf der Pfingstweide bei Frankfurt gehaltenen Volksversammlung von den Führern der Radikalen zur Ausführung von Gewaltstreichen aufgereizt worden war, suchte am 18. September in die Paulskirche einzudringen, wurde aber von den aus Mainz herbeigerufenen östreichischen und preußischen Truppen zurückgewiesen und die Barrikaden ohne viel Blutvergießen genommen. Aber die zwei Abgeordneten General Auerswald und Fürst Lichnowsky, welche vor der Stadt von einem Pöbelhaufen verfolgt wurden und in einer Gärtnerwohnung auf der Bornheimer Heide Schutz suchten, wurden aus der-

Friedrich Hecker.
Nach einer gleichzeitigen Darstellung.

(c) Instituto Cervantes de Madrid

selben hinausgeschleppt und unter den schändlichsten Mißhandlungen ermordet. Darauf wurde Frankfurt in Belagerungszustand erklärt, die Vereine aufgehoben und strengere Maßregeln zur Aufrechthaltung der Ordnung getroffen. Diese Frankfurter Septembertage brachten bei vielen Gemäßigten die Märzrevolution um ihren Kredit und öffneten der Reaktion wieder die Bahn, zumal da die Ereignisse in Wien und in Berlin diesem Ausgang zutrieben.

Die beiden deutschen Großmächte wurden durch die Revolution weit heftiger erschüttert als die Mittelstaaten. Die Regierungen von Wien und von Berlin glaubten, als sie die durch die Pariser Februarrevolution hervorgerufene allgemeine Aufregung sahen, in gewohnter Metternichscher Weise das politische Fieber behandeln zu können und kamen miteinander überein, am 15. März einen Fürstenkongreß in Dresden zu halten, um über die zur Sicherung der Monarchien und zur Beschwichtigung des Volkes nötigen Maßregeln zu verhandeln. Aber zu solch diplomatischer Behandlung der Sache, wie sie auf den früheren Fürsten- und Ministerkongressen üblich gewesen war, wurde den Regierungen keine Zeit gelassen. Metternich glaubte dem Sturme trotzen zu können und hielt es für sehr unstaatsmännisch, sich Zugeständnisse abzwingen zu lassen, daher er die Petitionen und Adressen nicht beachtete. Als aber am 13. März 1848 bei der Eröffnung des niederöstreichischen Landtags viele tausend Menschen sich vor dem Landhause versammelten und diese, aufgereizt durch die von einem Studenten vorgelesene Rede des ungarischen Oppositionsführers Kossuth, die Stände nötigten, sich in die Hofburg zu begeben und die Wünsche des Volkes vorzutragen, und die Staatskonferenz (Erzherzog Ludwig, Fürst Metternich und Graf Kolowrat) ihnen einen nichtssagenden Bescheid gab, da brach die Revolution aus. Weder Regierung noch Militär konnte dem massenhaften Andrang standhalten. Metternich sah sich zur Abdankung genötigt und floh, wie Louis Philipp, nach England. Ein Zugeständnis nach dem anderen, Preßfreiheit, Volksbewaffnung und Einberufung von Abgeordneten aller Provinzialstände, wurde der Regierung abgerungen. Die Gewalt war nun in den Händen der Wiener Studenten und der Bürgerwehr, welche die Revolution permanent zu erhalten und die Erfüllung jeder Forderung durch bewaffnete Aufzüge zu erzwingen suchten. Ein solcher fand am 15. Mai statt und nötigte das neue

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Ministerium, in welchem Graf Fiquelmont und Freiherr von Pillersdorff waren, das aus Studenten und Nationalgarden zusammengesetzte und eine förmliche Nebenregierung bildende Zentralkomitee bestehen zu lassen und einen konstituierenden Reichstag, dessen Wahl aus dem allgemeinen Stimmrecht hervorgehen sollte, einzuberufen. Kaiser Ferdinand begab sich der Ruhe und Sicherheit wegen am 17. Mai mit dem Hofe nach Innsbruck. Dies war den loyalen Wienern zu viel. Petitionen wurden an den Kaiser gerichtet und bestürmten ihn, wieder in seine Hauptstadt zurückzukehren. Die Minister verlangten als erste Bedingung, unter welcher die Rückkehr erfolgen könne, die Auflösung der Studentenlegion und veröffentlichten das Auflösungsdekret. Dagegen erhob sich am 26. Mai der dritte, heftigste Aufstand. Barrikaden wurden errichtet, und die Minister sahen sich gezwungen, das Dekret zurückzunehmen, die Linientruppen in die Kasernen zurückzuziehen, die Einsetzung eines aus Gemeinderäten, Nationalgarden und Studenten zu bildenden Sicherheitsausschusses zu genehmigen und den bisherigen Störern der Ordnung die Herstellung derselben zu überlassen. Damit hatte man in Wien eine Volksdiktatur, einen Konvent.

Zu den Aufständen in Wien und in Italien kam noch die Erhebung der Tschechen in Böhmen, welche in Verbindung mit Mähren und Oestreichisch-Schlesien ein besonderes slawisches Königreich bilden wollten und einen allgemeinen Slawenkongreß nach Prag berufen hatten. Dieser wurde am 2. Juni 1848 eröffnet, Palacky zum Vorsitzenden gewählt, gegenüber dem unfreien Ministerium in Wien eine provisorische Regierung eingesetzt und Rieger beauftragt, eine tschechische Konstitution auszuarbeiten. In diesem tschechischen Wenzelreich war für die Deutschen kein Raum. Da sie den Tschechen gegenüber in der Minderheit waren, so war ihnen das Los beschieden, sich von diesen beherrschen und als Parias behandeln zu lassen. Es entstanden Straßenkonflikte zwischen beiden Nationalitäten, bei welchen das Militär einschreiten mußte. Am 12. Juni kam es vor dem Palast des Fürsten Alfred Windischgräz, des Militärgouverneurs in Prag, zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen den Tschechen und dem Militär. Die ersteren wurden am 13. Juni durch das Artilleriefeuer bewältigt und der Slawenkongreß gesprengt. Die Gemahlin des Fürsten, welche während des Kampfes am Fenster lauschte, wurde von einer Kugel tödlich getroffen.

(c) Instituto Cervantes de Madrid

In Wien trat am 8. Juli das Ministerium Fiquelmont-Pillersdorff zurück und wurde durch ein neues ersetzt, in welchem Wessenberg die Präsidentschaft und Latour das Kriegsministerium übernahm. Bei der Eröffnung des konstituierenden Reichstages am 22. Juli ließ sich der Kaiser durch den Erzherzog Johann, den Reichsverweser, vertreten. Erst am 12. August kehrte Kaiser Ferdinand auf den besonderen Wunsch des Reichstages nach Wien zurück. Der Antrag auf Aufhebung aller Robot- und Unterthänigkeitsverhältnisse gegen eine vom Staate zu leistende Entschädigung an die Berechtigten wurde vom Reichstag genehmigt. Die Arbeitervereine und das täglich zunehmende Proletariat riefen Pariser Zustände hervor. Oeffentliche Arbeiten mußten von der Regierung angewiesen und den Müßiggängern ein Tagelohn aus der Staatskasse bezahlt werden. Letztere hielt einen solchen Abfluß nicht lange aus, daher das Ministerium zunächst den Arbeitslohn herabsetzte. Ein Aufstand der widerspenstigen Arbeiter wurde mit Hilfe der Nationalgarde am 23. August unterdrückt. Inzwischen entschied sich der völlige Bruch mit Ungarn. Ein Teil der Wiener Besatzung erhielt den Befehl, am 6. Oktober nach Ungarn abzumarschieren. Als ein Grenadierbataillon den Gehorsam verweigerte und durch die Reiterei zum Abmarsch gezwungen werden sollte, brach ein neuer Aufstand aus. Die Meuterer wurden von der Nationalgarde, den Studenten und den Arbeitern unterstützt, mehrere Kanonen von diesen erbeutet, Barrikaden errichtet, die Sturmglocke geläutet. Ein Haufe eilte nach dem Kriegsministerium, um Latour aufzusuchen, dessen Maßregeln gegen die Ungarn den Wiener Demokraten und Anarchisten nicht sympathisch waren. Latour wurde aus seinem Versteck hervorgeholt, in den Hof geschleppt, mit Hammerschlägen und Säbelhieben aufs grausamste gemordet und, aus 43 Wunden blutend, an einem Gaskandelaber aufgeknüpft. Darauf wurde das Zeughaus erstürmt und die dort erbeuteten Waffen unter die Menge verteilt. Der Reichstag erklärte sich für permanent und richtete eine Adresse an den Kaiser, worin er die Bildung eines neuen Ministeriums und die Absetzung des Banus von Kroatien, Jellachich, verlangte, welcher mit seinen Kroaten die Ungarn bekämpfte. Die Wiener Demokratie war am 6. Oktober vollständig Siegerin; aber eben deshalb war sie verloren.

Am 7. Oktober verließ Kaiser Ferdinand zum zweitenmal seine Hauptstadt. Er begab sich unter starker Bedeckung

(c) Instituto Cervantes de Madrid

nach Olmütz in Mähren und gab dem Besieger der Tschechen, dem Fürsten Windischgrätz, den Befehl, das rebellische Wien zu unterwerfen. Dieser rückte mit seinem Heere von Prag nach Wien, wo er am 20. Oktober ankam, zog die Truppen Jellachichs und die Wiener Besatzung, welche der Kommandant Graf Auersperg aus der Stadt geführt hatte, an sich und forderte am 23. Oktober von den Behörden der Stadt unbedingte Unterwerfung. Die Radikalen, welche sich keine Hoffnung auf Schonung machen durften und von den Ungarn Hilfe erwarteten, wollten nichts von Unterwerfung wissen und begannen einen verzweifelten Kampf. In der Stadt befehligte der ehemalige Leutnant Messenhauser die Nationalgarde, der polnische General Bem die akademische Legion und die aus bezahlten Proletariern bestehende Mobilgarde, und die zwei Mitglieder des Frankfurter Parlaments, Robert Blum und Julius Fröbel, kämpften unter den Freischaren mit. Eine ganze Woche lang wurde auf beiden Seiten mit der größten Erbitterung gekämpft. Als die Vorstädte erobert waren, unterhandelte am 30. Oktober eine Deputation des Gemeinderats mit Windischgrätz über die Unterwerfung. Da näherte sich ein ungarisches Hilfskorps. Sofort nahmen die Aufständischen den Kampf wieder auf und teilten das Kommando zwischen Messenhauser und Fenner von Fenneberg. Aber eine von Windischgrätz abgeschickte Truppenabteilung trieb die Ungarn zurück, worauf am 31. Oktober ein allgemeiner Angriff auf die Stadt erfolgte. Wien wurde im Sturm genommen und am Abend dieses Tages alle öffentlichen Plätze besetzt. Der Belagerungszustand wurde über die Stadt verhängt, viele Rebellen erschossen. Wer fliehen konnte, floh. Bem und Fenneberg entkamen; Blum und Fröbel wurden gefangen genommen, ersterer am

Robert Blum.

(c) Instituto Cervantes de Madrid

9. November erschossen, letzterer entlassen. Auch Messenhauser, der vom Ministerium und vom Reichstag als Kommandant anerkannt worden war, erlitt den Tod. Ein strenges Militärregiment trat an die Stelle der Anarchie.

Der Reichstag von Wien war schon am 22. Oktober von Wien nach dem mährischen Städtchen Kremsier berufen worden. Die dort herrschende politische Stille war geeigneter als Wien zur Beratung der neuen Konstitution. Am 21. November trat Fürst Felix Schwarzenberg an die Spitze eines neuen Ministeriums, in welchem Graf Franz Stadion das Innere, Baron Bruck das Handelsministerium übernahm. Wenige Tage darauf folgte ein anderer Wechsel. Kaiser Ferdinand legte am 2. Dezember die Krone nieder; sein Bruder, Erzherzog Franz Karl, verzichtete auf die Thronfolge, und der Sohn des letzteren, Franz Joseph, welcher am 18. August 1830 geboren war, bestieg den von den Habsburgern gegründeten Thron. Alles dies deutete auf die Einführung eines strammen Regiments hin. Der am 22. November in Kremsier eröffnete Reichstag, welcher sich von seiner radikalen Vergangenheit nicht losmachen konnte, wurde am 7. März 1849 aufgelöst und eine Verfassung für Gesamtöstreich verkündigt, welche jedoch nie ins Leben trat und nach der Unterwerfung Ungarns 1851 auch formell zurückgezogen wurde. Im März 1849 war die Revolution überall besiegt, in Prag, in Wien und in Italien; nur in Ungarn dauerte der Kampf noch fort.

Auch in Berlin war eine blutige Revolution ausgebrochen, hatte den Sieg errungen und denselben in demokratischer Weise eine Zeitlang ausgebeutet. In der ersten Hälfte des März 1848 wurden mehrere Volksversammlungen in Berlin gehalten; es entstanden Konflikte mit dem Militär, das am 15. und 16. März von der Schußwaffe Gebrauch machte, und Deputationen des Berliner Magistrats wurden an König Wilhelm IV. geschickt. Eine Deputation aus Köln sprach am 17. März von der drohenden Stimmung der Rheinprovinz; eine neue Abordnung aus Berlin verlangte am 18. die Entlassung des Ministeriums, die Einführung einer freisinnigen Verfassung und Volksbewaffnung. Am nämlichen Tage wurden zwei königliche Patente veröffentlicht, worin der „Vereinigte Landtag" auf den 2. April einberufen und die vollständige Erfüllung der Verfassungswünsche Preußens und Deutschlands zugesichert wurde. In dem einen dieser Patente

(c) Instituto Cervantes de Madrid

wurde unverzügliche Einberufung eines deutschen Parlaments, Einführung konstitutioneller Verfassungen in allen deutschen Ländern, Einrichtung einer allgemeinen deutschen Wehrverfassung und anderes verheißen. Die Bevölkerung Berlins zog vor das Schloß, um dem König für die Gewährung ihrer Bitten zu danken. Auf den wiederholten Ruf: „Militär fort!" sprengten die auf dem Schloßplatz aufgestellten Dragoner auf die Menge ein und drängten sie zurück; eine Kompanie Grenadiere drang aus dem Schloßportal mit gefälltem Bajonett gegen die Mitte des Platzes vor, das Volk vor sich hertreibend, und aus ihren Reihen fielen, offenbar aus Zufall oder Versehen, wie dies in dem Gewühl leicht möglich war, zwei Schüsse, die niemand verwundeten. Sofort ertönte, wie in Paris in der Nacht auf den 24. Februar, der Ruf: „Wir sind verraten! Zu den Waffen!" Der Barrikadenbau und der Straßenkampf begann. Die Truppen, welche in ihrer Treue nicht wankten, nahmen Straße um Straße und waren eben im Begriff, den Aufstand vollends niederzuschlagen. Da kam in der Frühe des 19. März vom König der Befehl an die Truppen, nicht mehr angriffsweise vorzugehen, sondern sich in der Defensive zu halten, und wenige Stunden nachher der weitere Befehl, sich in die Kasernen zurückzuziehen, worauf der Abmarsch aus der Stadt folgte. Des Königs ältester Bruder, der Prinz Wilhelm von Preußen (der jetzige Kaiser), hatte mit allem Nachdruck dafür gesprochen, daß die Truppen erst dann zurückgezogen werden sollten, wenn die Aufrührer die Barrikaden geräumt hätten; denn militärisch wie politisch schien es ihm ein Mißgriff der schlimmsten Art zu sein, wenn das Ehrgefühl der Armee so wenig geschont würde, daß man ihr sogar den Befehl erteilte, angesichts der Barrikadenkämpfer den Rückzug anzutreten, und wenn die ohnedies zur Schrankenlosigkeit aufgelegte Revolution durch bedingungsloses Nachgeben geradezu eingeladen würde, die Schwäche der Monarchie für ihre Zwecke auszubeuten. Auch der König hatte eine Zeitlang diese Ansicht gehabt und dieselbe gegen die Abordnungen der Bürgerschaft geäußert; aber seine Festigkeit hielt nicht stand. Er wurde von aller Schuld an dem blutigen Zusammenstoß freigesprochen, der Prinz von Preußen allein für die Opfer vom 18. und 19. März verantwortlich gemacht. Letzterer begab sich, aber nur auf ausdrücklichen Befehl des Königs, am 22. März nach London, „um dem befreundeten englischen

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Hofe Aufschluß und Erklärung über die Zustände und Ereignisse in Preußen zu geben", und kam erst am 7. Juni wieder nach Potsdam zurück.

Nachdem das Militär die Stadt geräumt hatte, übernahm die Bürgerwehr den Schutz derselben und des Schlosses. Der König berief ein neues Ministerium, an dessen Spitze Graf Arnim-Boytzenburg stand, das aber schon am 29. März einem Ministerium Camphausen Platz machte. Die 216 Leichen der Barrikadenkämpfer wurden auf Bahren oder offenen Wagen in den Schloßhof gebracht und der König gezwungen, in Begleitung der Königin ihnen mit entblößtem Haupte seine Achtung zu bezeigen. Am 20. März wurde eine Amnestie für alle politischen Vergehen erlassen, infolgedessen die wegen des Aufstandes von 1846 in Berlin gefangen gehaltenen Polen freigelassen wurden und Mieroslawski wie im Triumph durch die Stadt zog. Zum Dank dafür begab er sich nach Posen und organisierte dort einen neuen Aufstand, der im April und Mai durch die preußischen Truppen unterdrückt wurde. In seiner Proklamation vom 21. März an die deutsche Nation erklärte der König, daß er sich zur Rettung Deutschlands an die Spitze des Gesamtvaterlandes stelle; er hielt einen Umritt durch die Stadt und verkündigte, daß von nun an Preußen in Deutschland aufgehe. Am 22. März mußte der König vom Balkon des Schlosses aus wieder mit entblößtem Haupte zusehen, wie eine Menge von etwa 20 000 Menschen den Barrikadenleichen das Geleite nach dem Friedrichshain gab.

Der Vereinigte Landtag trat am 2. April zusammen, um das auf dem allgemeinen Stimmrecht beruhende Wahlgesetz für die Nationalversammlung zu beraten. Letztere wurde am 22. Mai eröffnet und sollte sich mit dem Ministerium über eine neue preußische Staatsverfassung verständigen. Aber sie faßte die extremsten Beschlüsse, deren Ausführung das Bestehen des Königtums unmöglich gemacht hätte, und stand ganz unter dem Einfluß der Straßendemokratie, welche am 15. Juni das Zeughaus stürmte und plünderte und jeden Abgeordneten mit dem Tode bedrohte, der nicht in ihrem Sinne sprach oder abstimmte. Das Ministerium Camphausen trat am 7. September ab und wurde durch das Ministerium Pfuel ersetzt, welches, als die Haltung der Nationalversammlung energische Regierungsmaßregeln verlangte, gleichfalls zurücktrat. Darauf übernahm Graf Brandenburg, ein

(c) Instituto Cervantes de Madrid

natürlicher Sohn des Königs Friedrich Wilhelm II., am 2. November die Bildung eines neuen Ministeriums, in welchem von Manteuffel zum Minister des Innern ernannt wurde. Nun wurde der Herrschaft der Berliner Demokratie ein rasches Ende bereitet. Die Nationalversammlung wurde vertagt und nach Brandenburg verlegt, Wrangel erhielt den

Feldmarschall Graf von Wrangel.

Befehl, mit seinen Truppen in Berlin einzurücken, die Stadt wurde in Belagerungszustand erklärt, die Bürgerwehr aufgelöst, eine allgemeine Entwaffnung angeordnet und die politischen Vereine geschlossen. Der Protest der radikalen Mehrheit der Nationalversammlung, welche bis zur Steuerverweigerung vorging, war erfolglos. Die in Brandenburg wieder zusammentretende Versammlung wurde am 5. Dezember aufgelöst und eine Verfassung oktroyiert, welche auf liberaler

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Grundlage ruhte und den beiden neu zu wählenden Kammern zur Prüfung und Bestätigung vorgelegt werden sollte. Diese wurden am 26. Februar 1849 eröffnet, konnten sich aber mit dem Ministerium über den Verfassungsentwurf nicht einigen, worauf der König am 30. Mai ein neues Wahlgesetz, das Dreiklassenwahlgesetz, für die zweite Kammer erließ. Die nach diesem Gesetz gewählte Kammer, welche am 7. August 1849 eröffnet wurde und eine Revision der oktroyierten Verfassung vornahm, verständigte sich endlich mit der Regierung, worauf die neue Verfassung am 31. Januar 1850 verkündigt und von dem König, den Ministern und den Kammern beschworen wurde. Diejenigen Bestimmungen dieser Verfassung, wonach jede Religionsgesellschaft ihre Angelegenheit selbständig ordnen und verwalten sollte und das Ernennungs- und Bestätigungsrecht der Regierung bei Besetzung kirchlicher Stellen, wenn dasselbe nicht auf einem Patronatsrecht beruhte, aufgehoben wurde, benutzten die preußischen Bischöfe, um hinsichtlich der Erziehung und Bildung der Kleriker, der Anstellung und Absetzung der Geistlichen, der Gründung von Klöstern, der Leitung der Schulen sich eine unbeschränkte Herrschaft anzueignen und solche Zustände zu schaffen, welche zwei Jahrzehnte nachher zu dem sogenannten Kulturkampf führten.

Inzwischen war in Baden ein neuer Aufstand ausgebrochen und von Struve die deutsche Republik ausgerufen worden. Der Freischarenzug wurde am 24. September 1848 in dem Gefecht bei Stauffen von dem badischen General Hoffmann zersprengt, Struve gefangen und nach Bruchsal ins Gefängnis geführt. Hecker hatte kurz vorher, aus Verzweiflung an dem Gelingen seiner Pläne, Deutschland verlassen und nach Nordamerika sich eingeschifft. Im Frankfurter Parlament begann endlich, nachdem die Beratung der Grundrechte beendigt war, die der Reichsverfassung. Die Frage, ob Oestreich in den deutschen Bundesstaat aufgenommen oder davon ausgeschlossen werden solle, verursachte die Spaltung der Versammlung in Großdeutsche und Kleindeutsche. Da mit der Aufnahme Oestreichs keine bundesstaatliche Einheit erzielt werden konnte, so beschloß die Mehrheit der Versammlung, daß alle deutschen Staaten, außer Oestreich, einen engeren Bundesstaat bilden, daß zwischen diesem und Oestreich ein bloßes Unionsverhältnis bestehen, daß an die Spitze des engeren Bundesstaates ein erblicher „Kaiser der Deutschen" gewählt und daß diese Würde dem König von Preußen über-

(c) Instituto Cervantes de Madrid

tragen werden solle (28. März 1849). Aber der östreichische Ministerpräsident, Fürst Schwarzenberg, erklärte, daß Oestreich sich weder aus dem deutschen Bunde hinausstoßen, noch seine deutschen Provinzen von der ungeteilten Monarchie lostrennen lasse; der Kaiser von Oestreich und andere Fürsten weigerten sich, dem neuen Kaiser sich unterzuordnen; der König von Preußen, welchem am 3. April 1849 eine Deputation von 34 Mitgliedern den Beschluß des Parlaments überbrachte, nahm eine Krone, welche ihm nicht von den deutschen Fürsten, sondern nur von einer Parlamentsmehrheit angetragen wurde, welche ihm nur ein suspensives Veto zugestand und ihn in den Dienst der Revolution von 1848 stellte, nicht an, obgleich sich bereits 28 Regierungen und die preußischen Kammern für die Annahme der Reichsverfassung und des preußischen Erbkaisertums ausgesprochen hatten. Damit war das Werk des Frankfurter Parlaments thatsächlich bereits gescheitert. Was noch nachkam, waren nur die letzten verzweifelten Kraftanstrengungen einer verlorenen Existenz. Hatte man auch den König Wilhelm von Württemberg durch einen Adressensturm zur Annahme der Reichsverfassung gedrängt, so setzten doch Oestreich, Bayern, Hannover und Sachsen derselben ihren partikularistischen Willen entgegen.

Trotz dieser Hindernisse glaubte das Frankfurter Parlament die Anerkennung der Reichsverfassung in den deutschen Staaten durchsetzen zu können, und die demokratische Partei griff an mehreren Orten zu den Waffen. Im Mai 1849 entstanden Aufstände in den preußischen Städten Krefeld, Elberfeld, Düsseldorf, Iserlohn und anderen; aber sie wurden von den Truppen rasch unterdrückt. In Dresden griffen am 3. Mai 1849 Freischaren und Bürgerwehr das Militär an; der König floh mit seiner Familie und den Ministern nachts auf den Königstein; eine provisorische Regierung unter Tzschirner, Heubner und Todt wurde in Dresden gebildet, die Verteidigungsanstalten von dem russischen Flüchtling Bakunin geleitet; aber auf den Hilferuf des Königs von Sachsen kamen preußische Truppen und eroberten nach den hartnäckigen Kämpfen vom 6. bis 9. Mai die Hauptstadt. Einige der Führer entkamen in die Pfalz und nach Baden; Heubner und Bakunin wurden gefangen, das Gefängnis von Waldheim mit Aufständischen überfüllt, Belagerungszustand, Kriegsgerichte und Ausnahmegesetze eingeführt.

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Zu gleicher Zeit brach in der Pfalz und in Baden der Aufstand aus. Dort wurde am 1. Mai 1849 eine große Volksversammlung veranstaltet und Lostrennung von Bayern, Errichtung einer provisorischen Regierung und Organisation einer Volkswehr beschlossen. An die Spitze derselben wurde zuerst Fenner von Fenneberg, dann der frühere Weinreisende Blenker, zuletzt der polnische General Sznayde, der von deutschen Eltern, welche „Schneider" hießen, abstammte, gestellt. Aus den Festungen Landau und Germersheim traten viele Deserteure in die Volkswehr ein. Von der Pfalz verpflanzte sich der Aufstand nach Baden, obgleich die dortige Regierung die Reichsverfassung angenommen hatte. Am 11. Mai empörte sich die Besatzung von Rastadt, am 13. Mai verlangte die Volksversammlung von Offenburg die Einberufung einer konstituierenden Landesversammlung und setzte einen „Landesausschuß" ein, und in Karlsruhe entstand eine Soldatenmeuterei. Der Großherzog Leopold floh nachts mit seiner Familie nach Germersheim, begab sich von da nach Frankfurt und bat die preußische Regierung um Absendung von Truppen. Nach des Großherzogs Abreise war am 14. Mai der Abgeordnete Brentano mit dem Landesausschuß in Karlsruhe eingezogen und hatte sich an die Spitze der Regierung gestellt. Die Kammern wurden aufgelöst und auf den 10. Juni eine konstituierende Versammlung einberufen. Ein allgemeines Aufgebot der wehrfähigen Mannschaft wurde erlassen, Abenteurer aus allen Gegenden Deutschlands, aus Frankreich, Ungarn und Polen fanden sich ein, mit der Pfalz wurde ein Schutz- und Trutzbündnis geschlossen, der Oberbefehl über das badische Militär dem früheren Leutnant Sigel, später dem Polen Mieroslawski übertragen. Mit den Demokraten der Nachbarländer, Hessen-Darmstadt und Württemberg, wurden Verbindungen angeknüpft, um auch diese in den Revolutionsstrudel hineinzuziehen. Aber die hessen-darmstädtischen Truppen schlugen das badische Militär am 30. Mai bei Heppenheim bis Heidelberg zurück, und in Württemberg blieb die Regierung Herr nicht bloß über die Demokratie, sondern auch über das Parlament.

Das Frankfurter Parlament hatte den Einzelregierungen gegenüber alle Autorität verloren. Nach dem Beschluß über die Kaiserwahl und über die Verbindlichkeit der Reichsverfassung berief die östreichische Regierung alle ihre Landesangehörigen ab. Die preußische Regierung that das Näm-

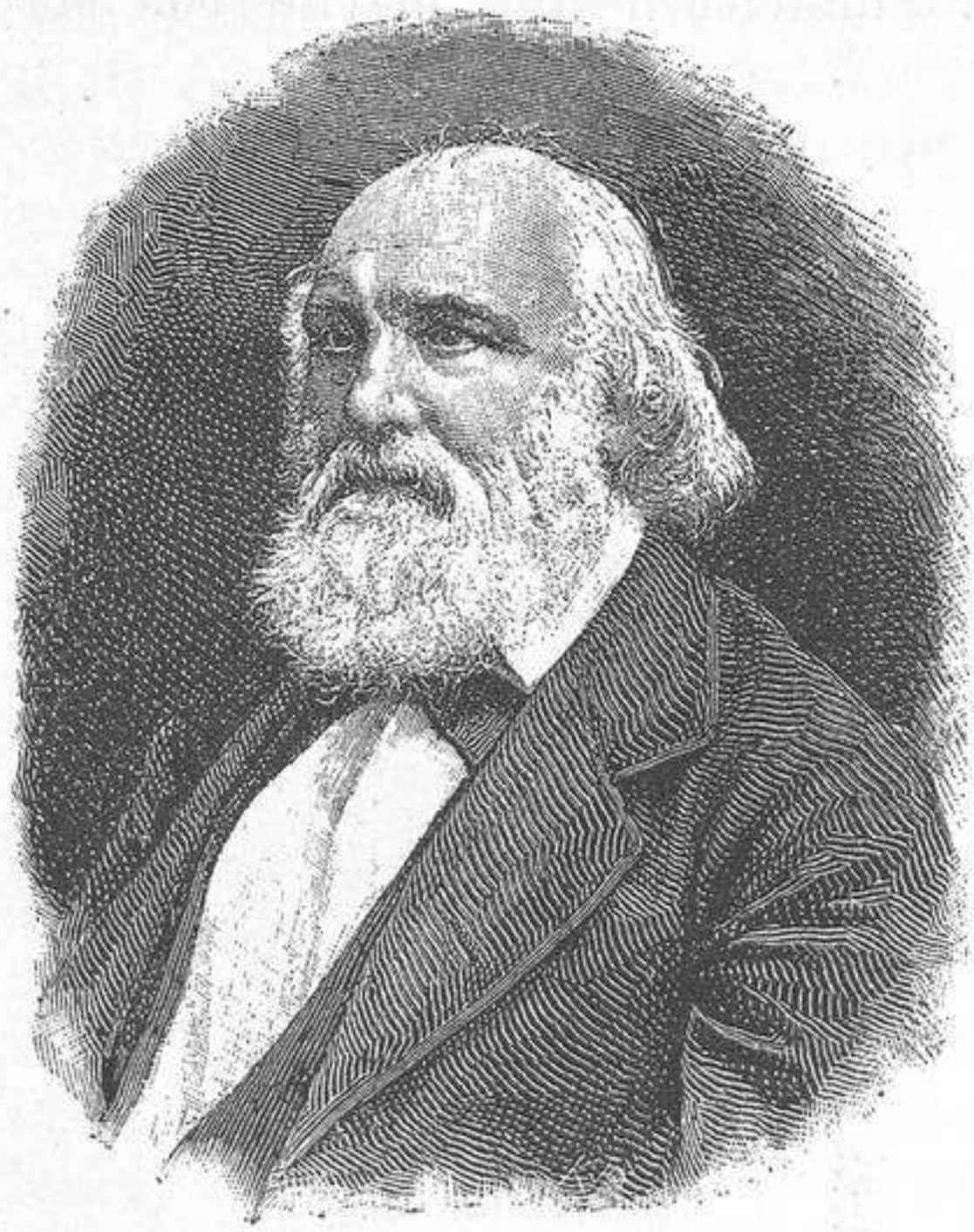
(c) Instituto Cervantes de Madrid

liche, als das Parlament am 10. Mai 1849 die preußische Intervention in Dresden für einen schweren Reichsfriedensbruch erklärte, und andere Staaten folgten diesem Beispiel; gegen 100 Abgeordnete, darunter Gagern, Dahlmann, Arndt, Welcker, legten freiwillig ihr Mandat nieder; infolgedessen mußte die beschlußfähige Zahl auf 100 herabgesetzt werden. Auch mit dem Reichsverweser kam das Parlament in Konflikt. Die Ernennung des Ministeriums Grävell, Jochmus, Detmold wurde als eine „Beleidigung der Nationalrepräsentation" angesehen und bereits von der Ernennung eines Reichsstatthalters gesprochen, der mit einem neuzuwählenden Parlament der Verfassung gemäß regieren sollte. Zunächst siedelte das „Rumpfparlament" am 30. Mai von Frankfurt nach Stuttgart über, um ganz Süddeutschland in die Revolution hineinzuziehen. Am 6. Juni hielt es dort seine erste Sitzung, ernannte eine Reichsregentschaft von fünf Mitgliedern: Raveaux, Vogt, Heinrich Simon aus Breslau, Schüler und Becher, beschloß die Absetzung des Reichsverwesers, billigte die pfälzische und badische Revolution und verlangte von der württembergischen Regierung Geld und Mannschaft. Die Demokratie Württembergs wollte badische Zustände herbeiführen. Die Reutlinger Volksversammlung vom 27. Mai hatte diesen Zweck, und von Karlsruhe wurde Heckers Freund, Fickler, mit ziemlichen Geldmitteln nach Stuttgart geschickt, um das Militär zu bestechen. Das württembergische Ministerium, an dessen Spitze thatsächlich der Justizminister Römer stand, „ein Mann mit fester Hand und hartem Kopf", erkannte die Gefahr für das Land und erwog, daß das Rumpfparlament keine Vertretung Deutschlands mehr, sondern nur noch eine Vertretung der demokratischen Partei sei und eben deshalb keine parlamentarischen Befugnisse mehr habe. Er kündigte daher dem

Heinrich von Gagern.

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Rumpfparlament das Gastrecht auf und verlangte dessen Uebersiedlung nach einem anderen Orte. Da dasselbe, auf die Majestät der Volkssouveränität pochend, nicht darauf achtete, ließ Römer am 18. Juni 1848 das Sitzungslokal im Reithaus sperren und die in feierlichem Zuge sich dahin begebenden Abgeordneten, unter denen sich sein Schwiegervater Schott und sein Freund Uhland befanden, durch Reiterei und Fußvolk auseinander sprengen, die auswärtigen Mitglieder erhielten den Befehl, sofort abzureisen, Fickler wurde verhaftet, das Militär in der Treue erhalten.



Gottfried Kinkel.

Dieser Ausgang des Frankfurter Parlaments entschied auch über den Ausgang des badisch-pfälzischen Aufstands. Von der Bergstraße her drangen die Reichstruppen unter General Peuker, durch eine preußische Truppenabteilung unter General Gröben verstärkt, gegen Heidelberg vor, während der Prinz von Preußen, welcher den Oberbefehl über die ganze Interventionsarmee führte, zwischen Kreuznach und Saarbrücken in die Pfalz eindrang, die Aufständischen in kleineren Gefechten zurückdrängte und das von diesen belagerte Landau entsetzte. Bei Germersheim ging er über den Rhein und zog nach den Gefechten bei Wiesenthal, Waghäusel, Ubstadt, Durlach in Karlsruhe ein. Hinter der Murg hielten die Aufständischen unter Mieroslawski noch einmal stand. Sie wurden bei Bischweiler und bei Kuppenheim aufs neue geschlagen und mußten sich, etwa 10000 Mann stark, auf Schweizer Gebiet flüchten. Die Festung Rastadt ergab sich am 29. Juli auf Gnade und Ungnade. Das ganze Land war in der Gewalt der Sieger und blieb von den Preußen besetzt. Die Kriegsgerichte fällten über die gefangenen Führer strenge Urteile. Der Reichstagsabgeordnete von Trützschler, der Gouverneur von Rastadt Tiede-

(c) Instituto Cervantes de Madrid

mann, der Redakteur des „Festungsboten" Elsenhans und der Veteran aus den griechischen Befreiungskriegen Böning wurden erschossen. Der Dichter Gottfried Kinkel, welcher den Zeughaussturm in Siegburg mitgemacht hatte und in Baden ergriffen worden war, wurde zu lebenslänglicher Zuchthausarbeit verurteilt; er wurde in Spandau in harter Haft gehalten, wurde aber im November 1850 durch die mutige Hilfe seines Freundes Karl Schurz, des späteren Senators und Ministers in Washington, befreit und entkam glücklich nach England. Hecker war auf die Nachricht von dem Ausbruch des badischen Aufstands aus Amerika zurückgekehrt und kam am 16. Juli 1849 in Straßburg an; als er dort hörte, daß die Revolution vollständig niedergeschlagen sei, reiste er nach Amerika zurück. Dorthin begaben sich Struve, der gleich beim Beginn des Aufstandes aus dem Bruchsaler Gefängnis befreit worden war, Brentano, Sigel und viele andere, während die Unteroffiziere und Soldaten bald die Erlaubnis erhielten, aus der Schweiz in die Heimat zurückzukehren. Der Großherzog Leopold, durch die letzten Erlebnisse tief erschüttert, starb am 24. April 1852.

Oestreich beobachtete mit Mißtrauen das militärische Vorgehen Preußens in Sachsen, in der Pfalz und in Baden, wodurch dessen Einfluß in Deutschland erhöht wurde, und sah es höchst ungern, daß Preußen durch den Erbvertrag vom 7. Dezember 1849, den es mit den verwandten Fürsten von Hohenzollern-Sigmaringen und Hechingen schloß, die hohenzollerischen Lande samt der Stammburg erwarb und dadurch festen Fuß in Süddeutschland faßte. Da aber der Kampf mit den Ungarn noch nicht beendigt war, so mußte Fürst Schwarzenberg die Ausführung seiner auf die Demütigung Preußens gerichteten Pläne noch kurze Zeit aufschieben. Die Ungarn strebten nach möglichster Unabhängigkeit von Oestreich und wurden von dem Advokaten und Journalisten Ludwig Kossuth, welcher eine glänzende Beredsamkeit, aber keine staatsmännische Kunst besaß, in fortwährender Aufregung erhalten. Kaiser Ferdinand, von der Wiener Revolution bedrängt, bewilligte am 10. April 1848 die Forderungen des ungarischen Reichstags; ein nationales Ministerium wurde eingesetzt; die sogenannten ungarischen Nebenländer (Kroatien, Slawonien, Siebenbürgen, Militärgrenze) sollten mit Ungarn vereinigt werden. Gegen dieses

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Projekt protestierte Kroatien und verlangte die gänzliche Lostrennung von Ungarn und die Errichtung des dreieinigen Königreichs Kroatien, Slawonien, Dalmatien nebst der Militärgrenze. Es lag im Interesse der östreichischen Regierung, eine Nationalität durch die andere im Schach zu halten. Sie ernannte daher den Magyarenfeind Baron Jellachich zum Banus von Kroatien und unterstützte ihn in seinen Rüstungen gegen Ungarn. Er rückte als Verteidiger des „einigen" Oestreichs in Ungarn ein. Der dortige Reichstag beschloß eine Aushebung von 200 000 Mann und die Ausgabe von 42 Millionen Gulden Papiergeld. Der Krieg schien bereits unvermeidlich. Erzherzog Stephan, der neugewählte Palatinus von Ungarn, suchte vergebens zu vermitteln und legte seine Würde nieder. Graf Ludwig Batthyani, Präsident des Ministeriums, nahm seine Entlassung, da in demselben nur Kossuth, der das Finanzministerium leitete, und die Kriegspartei etwas galten. Darauf wurde, um die Feindseligkeiten nicht zum Ausbruch kommen zu lassen, der Oberbefehl über sämtliche ungarischen und kroatischen Truppen vom Kaiser dem General Lamberg übertragen und eben damit Jellachich vorläufig seines Kommandos enthoben. Aber der ungarische Reichstag protestierte gegen Lambergs Ernennung und die Menge schrie über Verrat, und als jener nach Pest kam, wurde er am 27. September 1848 auf der Donauschiffbrücke mit Aexten und Knütteln totgeschlagen, ohne daß die ungarische Regierung eine energische Verfolgung der Mörder angeordnet hätte.

Erzherzog Stephan von Oestreich.

Infolgedessen erließ Kaiser Ferdinand am 3. Oktober 1848 ein Manifest, worin er die Auflösung des ungarischen Reichstags, die Ungültigkeit seiner vom Kaiser nicht bestätigten Beschlüsse, die Verhängung des Kriegszustandes über ganz Ungarn und die Uebertragung des Oberbefehls

(c) Instituto Cervantes de Madrid

und der Statthalterwürde in Ungarn an Jellachich verkündigte. Der ungarische Reichstag ließ sich dadurch in seiner Thätigkeit nicht stören, erklärte das Manifest für ungesetzlich und ungültig und Jellachich für einen Hochverräter. Eine provisorische Regierung wurde eingesetzt, in welcher Kossuth als Diktator schaltete. Jellachich wurde nach der östreichischen Grenze gedrängt und unterstützte Windischgrätz bei der Unterwerfung Wiens. Als Franz Joseph am 2. Dezember den Thron bestieg, wurde ihm vom Reichstag die Anerkennung als Kaiser verweigert, solange er nicht als König von Ungarn gekrönt sei und die Verfassung beschworen habe. Darauf erhielt Windischgrätz den Befehl, mit seiner mehr als 100000 Mann starken Armee in Ungarn einzumarschieren. Er drängte die ungarischen Heerhaufen zurück, nahm die Städte Oedenburg, Preßburg, Raab und besetzte am 5. Januar 1849 Ofen und Pest, nachdem die Regierung und der Reichstag nach Debreczin übergesiedelt waren und die Armee sich nach dem Süden zurückgezogen hatte. Aber der östreichische General Schlick wurde von den ungarischen Generalen Görgei und Klapka, General Buchner von dem polnischen General Bem geschlagen und ihrem Vorrücken gegen Pest zur Vereinigung mit Windischgrätz Halt geboten. Als der polnische General Dembinski, welchem Kossuth den Oberbefehl übertragen hatte, gegen Pest anrückte, wurde er am 26. Februar 1849 geschlagen und auf das Verlangen der ungarischen Generale, welche dem Nicht-Magyaren keinen Gehorsam leisten wollten, des Oberkommandos enthoben. General Görgei, der bedeutendste unter allen ungarischen Generalen, unternahm darauf als Oberbefehlshaber mit 50000 Mann gleichfalls den Zug gegen Pest und besiegte die Truppen des Fürsten Windischgrätz am 6. April bei Gödöllö, am 9. bei Waitzen und entsetzte am 24. Komorn, worauf letzterer abberufen und dem General Welden

Fürst Windischgrätz.

(c) Instituto Cervantes de Madrid

der Oberbefehl übergeben wurde. Dieser räumte Pest und ließ in Ofen eine Besatzung unter dem tapferen General Hentzi. Ofen wurde von Görgei angegriffen und trotz der mutigsten Gegenwehr Hentzis, der dabei umkam, am 21. Mai erstürmt. Bereits hatte nach Veröffentlichung der Schwarzenbergschen Gesamtverfassung, welche Ungarn als eine östreichische Provinz behandelte, der Reichstag in Debreczin am 14. April, auf Betreiben Kossuths und gegen den Rat Görgeis, „das Haus Habsburg der Herrschaft verlustig und aus Ungarn für ewige Zeiten verbannt" erklärt. Ungarn wurde Republik, Kossuth der verantwortliche „Gouverneurpräsident" derselben, Görgei übernahm das Kriegsministerium. Der Reichstag wurde wieder nach Pest zurückverlegt.

Ludwig Kossuth.

Oestreich, dessen europäische Machtstellung durch den Abfall Ungarns einen schweren Stoß erlitt, bot alles auf, um die rebellische Provinz wieder zu unterwerfen. Es übertrug den Oberbefehl dem General Haynau und rief Rußlands Hilfe an. Kaiser Nikolaus, der nach der vollständigen Befreiung Ungarns einen polnischen Aufstand zu befürchten hatte und den jungen östreichischen Monarchen sich zu verpflichten und an seine Politik zu fesseln wünschte, entsprach dem östreichischen Hilfegesuch und schickte den Feldmarschall Fürsten Paskewitsch mit 80 000 Mann über die Karpathen. Einer solchen Uebermacht waren die Ungarn nicht gewachsen. Die Russen rückten von Norden und Osten in Ungarn ein, Jellachich zog mit einem serbisch-kroatischen Heere nach dem südlichen Ungarn, Haynau marschierte von Westen her nach Komorn, schlug dort am 11. Juli 1849 den General Görgei, zwang ihn, sich nach der Theiß zurückzuziehen, und hielt am 12. Juli

(c) Instituto Cervantes de Madrid

seinen Einzug in Ofen-Pest, das zum zweitenmal von Kossuth verlassen worden war. Dieser begab sich mit dem Reichstag und mit der Banknotenpresse, welche in unausgesetzter Thätigkeit geblieben war, nach Arad an der Maros, wo auch Görgei, nachdem er unter günstigen Gefechten seinen Rückzug vollzogen hatte, sein Heer konzentrierte. Zu gleicher Zeit wurde General Bem von dem russischen General Lüders bei Schäßburg und an anderen Orten geschlagen und aus Siebenbürgen verdrängt und General Dembinski in den Kämpfen vom 5. bis 9. August von dem rasch nachrückenden Haynau bei Szöreg und Temeswar besiegt. In dieser verzweifelten Lage blieb den Ungarn nichts übrig, als sich zu ergeben. Kossuth legte am 10. August seine Gouverneurstelle nieder, Görgei übernahm am 11. die Diktatur und streckte, von Russen und Oestreichern eingeschlossen, mit 23000 Mann und 130 Kanonen am 13. August 1849 bei Vilagos vor dem russischen General Rüdiger die Waffen. Damit war der ungarische Aufstand beendigt. Paskewitsch meldete dem Kaiser Nikolaus: „Ungarn liegt besiegt zu den Füßen Eurer Majestät.“ Haynau und die anderen östreichischen Generale, die bei diesem Ausgang ganz in Schatten gestellt waren, obgleich sie zum Sieg so viel beigetragen hatten als die Russen, fühlten sich sehr verletzt. Görgei erhielt für seine Person Begnadigung, wurde in Klagenfurt interniert und kehrte erst 1867 nach Ungarn zurück. Nach der Kapitulation von Vilagos ergaben sich alle Festungen und alle Truppenabteilungen, und die Honveds (Landwehrmänner) eilten in ihre Heimat. Kossuth, Bem, Dembinski und andere Führer retteten sich mit 5000 Mann in die Türkei. Von den Zurückgebliebenen wurden viele, darunter der frühere Ministerpräsident Graf Batthyani, hingerichtet und ihre Güter eingezogen, andere ins Gefängnis geworfen. Die Verfassung wurde aufgehoben, Ungarn als ein neuerobertes Land, das alle früheren Rechte verwirkt habe, angesehen und behandelt. Nicht durch versöhnende Schonung, sondern durch Blutgerichte, welche an die im Jahre 1687 in Eperies verübten Racheakte erinnerten, sollte Ungarn in der Botmäßigkeit erhalten werden.

Nach der Unterdrückung des ungarischen Aufstands trat Fürst Schwarzenberg den preußischen Unionsbestrebungen mit allem Nachdruck entgegen. Die preußische Regierung hatte inzwischen den Versuch gemacht, die Hegemonie in

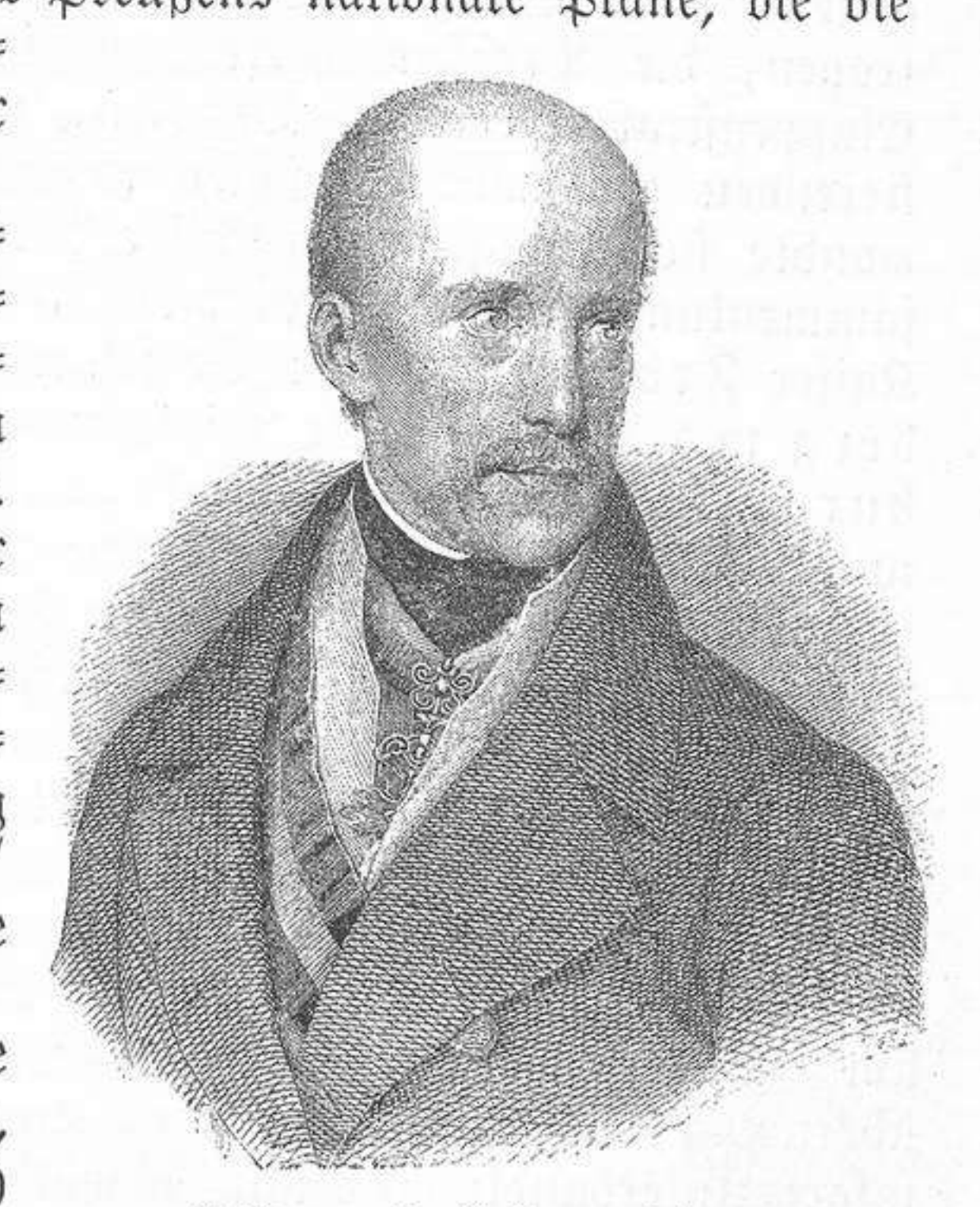
(c) Instituto Cervantes de Madrid

Deutschland, welche sie aus der Hand des Volkes nicht hatte annehmen wollen, durch freies Uebereinkommen mit den Fürsten zu erhalten. Das zwischen Preußen, Sachsen und Hannover am 26. Mai 1849 auf ein Jahr abgeschlossene „Dreikönigsbündnis", an welches die meisten Mittel- und Kleinstaaten sich anschlossen, sicherte ersterem die militärische und diplomatische Leitung des Bundes und behielt die wichtigsten Bestimmungen der Reichsverfassung und der Grundrechte bei. Diese neue „Union" hatte die Unterstützung der Frankfurter Kaiserpartei, welche am 26. Juni 1849 bei einer Zusammenkunft in Gotha sich fast einstimmig für das preußische Projekt aussprach. Aber Sachsen und Hannover ließen sich von Oestreich, das die Regierungen von Bayern und von Württemberg ganz für sich gewonnen hatte, überreden, die preußische Fahne mit der östreichischen zu vertauschen. Es erfolgte, im Gegensatz zu der preußischen Union, zwischen Bayern, Württemberg, Sachsen und Hannover der Abschluß des „Vierkönigsbündnisses", welchem Oestreich, falls es möglich wäre, sogar als Gesamtreich beitreten zu wollen versprach. Doch beharrte Preußen auf dem eingeschlagenen Wege, legte dem Erfurter Parlament, wozu die Vertreter der Unionsstaaten eingeladen waren, am 20. März 1850 den Entwurf der Unionsverfassung vor, und nachdem derselbe angenommen war, berief es sämtliche Unionsfürsten zur endgültigen Entscheidung der Verfassungsfrage auf 9. Mai 1850 nach Berlin. Eine Entscheidung kam dort nicht zustande, da die Mittel- und Kleinstaaten weit mehr Neigung hatten, wieder in die alten Bundestagsverhältnisse in Frankfurt zurückzukehren, als der strammen preußischen Hegemonie sich zu fügen.

Auf Oestreichs Einladung hatte sich Preußen bereits am 30. September 1849 zur Annahme des sogenannten „Interim" verstanden, wonach Bevollmächtigte beider Staaten provisorisch die Zentralgewalt übernahmen und der Reichsverweser Erzherzog Johann am 20. Dezember 1849 in die Hände dieser Interimskommission sein Amt niederlegte. Darauf berief Oestreich am 26. April 1850 den „engeren Rat" des alten Bundes nach Frankfurt, ohne sich um den preußischen Protest zu kümmern, und lud in einem Rundschreiben vom 14. August sämtliche früheren Bundestagsmitglieder ein, auf den 1. September den Bundestag wieder zu beschicken. Preußen protestierte gegen die Wiederherstellung des 1848

(c) Instituto Cervantes de Madrid

mit Einstimmigkeit aufgehobenen Bundestags; aber es stand ganz allein: die Unionsfürsten folgten dem Rufe Oestreichs, und Nikolaus von Rußland sprach sich bei einer Zusammenkunft, die er im Juni 1850 mit dem Prinzen von Preußen und mit dem Fürsten Schwarzenberg in Warschau hatte, für die östreichischen Pläne aus, welche den russischen Interessen weit mehr entsprachen als Preußens nationale Pläne, die die Einigung Norddeutschlands unter preußischer Führung bezweckten.



Reichsverweser Erzherzog Johann.

Zu diesen Verwicklungen kam noch der Konflikt des Kurfürsten Friedrich Wilhelm I. von Hessen mit seinem Volke. Jener hatte, nach der Entlassung des liberalen Ministeriums am 22. Februar 1850, das Ministerium Hassenpflug (vom Volke „Hessenfluch" genannt) berufen, die Ständeversammlung, welche das ihr vorgelegte Budget nicht genehmigte, zweimal aufgelöst und sich angeschickt, ohne Landstände zu regieren und willkürlich die Steuern fortzuerheben. Da sämtliche Gerichte dieses Verfahren für verfassungswidrig erklärten, so verhängte der Kurfürst am 7. September 1850 den Kriegszustand über das ganze Land, konnte aber, da nicht bloß alle Beamten, sondern auch fast alle Offiziere, ihrem auf die Verfassung geleisteten Eide gemäß, ihre Entlassung nahmen, seinem Kriegsdekret keine Folge geben. Daher begab er sich nach Frankfurt und rief die seit dem 1. September dort versammelten Bundesbevollmächtigten um Hilfe an. Diese sagten sie ihm in Metternichscher Weise zu; Kaiser Franz Joseph hatte am 11. Oktober mit den Königen von Bayern und von Württemberg eine Zusammenkunft in Bregenz; der Einmarsch eines östreichisch-bayrischen Heeres in Hessen-Kassel wurde beschlossen. Aber Preußen, das den Bundestag noch nicht anerkannt hatte und an der

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Union noch festhielt, protestierte gegen das Vorgehen des Bundestags und gegen die Vergewaltigung des kurhessischen Unionsgebietes. Der General von Radowitz, ein entschiedener Anhänger der Union, wurde ins Ministerium berufen und übernahm die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten. Das preußische Heer wurde auf den Kriegsfuß gestellt, dem Prinzen von Preußen der Oberbefehl übertragen, die Preußen vertragsmäßig zustehenden hessischen Etappenstraßen besetzt. Der Krieg zwischen den zwei rivalisierenden Großmächten schien unvermeidlich. Noch einmal wandte sich Preußen an Kaiser Nikolaus. Eine neue Zusammenkunft fand im November 1850 in Warschau statt. Kaiser Franz Joseph nebst seinem Minister Schwarzenberg und der preußische Ministerpräsident Graf Brandenburg kamen dort mit Nikolaus zusammen. Letzterer unterstützte die östreichischen Forderungen, welche hauptsächlich das Aufgeben der Union und die Anerkennung des Bundestags betonten, und sprach in so harten, beleidigenden Worten über seinen königlichen Schwager und dessen Regierung, daß jedes Preußenherz darüber empört sein mußte und Graf Brandenburg in ein heftiges Gehirnfieber verfiel und seine Sendung nur wenige Tage überlebte.

In Berlin siegte die Friedenspartei. Radowitz nahm am 2. November 1850 seine Entlassung; Manteuffel übernahm das Ministerium des Auswärtigen und eröffnete sofort Unterhandlungen mit Schwarzenberg. Der preußische Befehlshaber in Kassel, Graf von der Gröben, erhielt, als das östreichisch-bayrische Heer in Hessen einrückte, den Befehl zum Rückzug; das kleine Vorpostengefecht, das am 8. November zwischen Preußen und Bayern bei Bronzell (unweit Fulda) stattfand, wurde als „militärisches Mißverständnis" bezeichnet, und Manteuffel selbst reiste nach Olmütz, um dort mit dem Fürsten Schwarzenberg Frieden um jeden Preis zu machen. Dieser hatte die althabsburgischen Worte: „avilir la Prusse, puis la démolir" (Preußen erniedrigen, dann vernichten) in sein deutsches Programm aufgenommen und suchte bei den Olmützer Verhandlungen, die vom 27. bis 29. November 1850 dauerten, zunächst den ersten Teil desselben zur Verwirklichung zu bringen. In dem Olmützer Vertrag vom 29. November 1850 verpflichtete sich Preußen, auf die Union zu verzichten, Kurhessen und Baden zu räumen, die östreichische Politik in der Ordnung der schleswig-holstei-

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Franz Joseph I., Kaiser von Oestreich.

nischen Angelegenheit zu unterstützen und den Beschlüssen der Dresdener Konferenz, auf welcher die deutschen Bundesverhältnisse durch die Bevollmächtigten sämtlicher Regierungen definitiv entschieden werden sollten, sich zu unterwerfen.

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Dieser Vertrag war unstreitig eine schwere Demütigung Preußens und verwundete jedes patriotische Herz; da aber Preußen, wenn es diese Bedingungen nicht unterzeichnete, sich in einen Krieg mit Oestreich und den meisten anderen deutschen Staaten, vielleicht sogar mit Rußland verwickelte, zu dessen Führung es genötigt gewesen wäre, die deutsche Revolution zu entfesseln, um nachher schlecht genug von ihr behandelt zu werden, so blieb vorderhand kein anderer Ausweg übrig. Friedrich Wilhelm IV. war nicht der Mann, um solchen Gefahren die Spitze zu bieten, und that wohl gut daran, Preußen nicht in eine Lage zu bringen, in welcher Schwarzenberg dem „avilir" auch noch das „démolir" hätte hinzufügen können. Unter günstigeren Konstellationen konnte die „Schmach von Olmütz" getilgt und die Unionsbestrebungen wieder aufgenommen werden.

Der Kurfürst von Hessen kehrte in sein Land zurück, die Verfassung von 1831 wurde durch einen Beschluß des Bundestags aufgehoben und ein Willkürregiment eingeführt, das sich in massenhaften Einquartierungen, Beamtenentsetzungen und Einkerkerungen äußerte. Es galt nun, auch Schleswig-Holstein zu unterwerfen. Dort war im Jahre 1849 der Krieg aufs neue ausgebrochen. Von der Frankfurter Zentralgewalt war an die Stelle der von Dänemark und Preußen errichteten „gemeinschaftlichen Regierung" eine Statthalterschaft eingesetzt und dieser Posten dem Grafen Reventlow-Preetz und Wilhelm Beseler übertragen, Reichstruppen (Preußen, Hannoveraner, Bayern, Württemberger) zur Unterstützung abgeschickt und der preußische General Bonin zum Oberbefehlshaber ernannt worden. Darauf kündigten die Dänen am 26. März 1849 den Waffenstillstand. Ihr Angriff auf Eckernförde am 5. April wurde zurückgeschlagen, die Düppeler Schanzen am 13. April von den Reichstruppen erstürmt und die Dänen auf die Insel Alsen zurückgetrieben. Die Schleswig-Holsteiner eroberten die jütische Grenzstadt Kolding und zwangen die Dänen zum Rückzug nach der Festung Fridericia, erlitten aber vor derselben durch einen nächtlichen Ausfall am 6. Juli eine Niederlage. Auf das Andrängen Englands und Rußlands, welche Schleswig-Holstein lieber in den Händen des kleinen Dänemark als in den Händen Deutschlands oder Preußens sahen, schloß letzteres am 10. Juli 1849 einen Waffenstillstand mit Dänemark und am 2. Juli 1850 einen definitiven Frieden

(c) Instituto Cervantes de Madrid

zu Berlin, worin es Schleswig an Dänemark auslieferte. Infolge des Waffenstillstandes mußten die deutschen Truppen Schleswig räumen; der nördliche Teil desselben wurde von schwedischen, der südliche von preußischen Truppen besetzt. Die oberste Verwaltung des Landes wurde von einem preußischen und einem dänischen Kommissär geleitet. Das schleswig-holsteinische Heer mußte sich hinter die Eider zurückziehen. Nach den Bestimmungen des Berliner Friedens sollte Schleswig von Holstein getrennt werden und, wenn es auch eine besondere Verfassung erhielt, doch politisch mit Dänemark verbunden sein. Die Statthalterschaft erkannte diesen Frieden nicht an und stellte ein neues Heer unter dem preußischen General Willisen auf. Dieser wurde am 25. Juli 1850 von dem an Zahl überlegenen dänischen Heere bei Idstedt geschlagen und der Angriff bei Missunde am 12. September und der Sturm auf Friedrichsstadt am 4. Oktober von den Dänen zurückgewiesen. Darauf wurde das Oberkommando dem General von der Horst übertragen. Aber es war zu spät. Die Sache der Herzogtümer war verloren. Auf der Olmützer Konferenz wurde der schleswig-holsteinische Kampf, welcher eine rechtliche Basis hatte, auf eine Linie mit dem badischen und pfälzischen Aufstand, welcher aus den Zügellosigkeiten der Demokratie und des Sozialismus hervorgegangen war, gestellt und von den deutschen Großmächten die Erstickung dieser nationalen Flamme beschlossen. Am 6. Januar 1851 trafen zwei Kommissäre, ein östreichischer und ein preußischer, in Holstein ein und übernahmen die Regierung des Landes. Ein östreichisches Armeekorps unter Feldmarschall Legeditsch besetzte nebst einer preußischen Truppenabteilung die wichtigsten Orte. Die Statthalterschaft legte ihr Amt nieder, die Landesversammlung und die Armee wurden aufgelöst, die auf alten Verträgen beruhende Verbindung der beiden Herzogtümer aufgehoben und die Idee des dänischen Gesamtstaates nicht bloß auf Schleswig, sondern auch auf das deutsche Bundesland Holstein ausgedehnt. Vor dem Abzug der deutschen Truppen wurde die Regierung dem dänischen König übergeben und das schleswig-holsteinische Kriegsmaterial ausgeliefert. Die Erbfolgefrage wurde in dem Londoner Protokoll vom 8. Mai 1852 dahin entschieden, daß, mit Umgehung der weiblichen (hessischen) und der augustenburgischen Linie, von sämtlichen Großmächten Prinz Christian von Glücksburg als der künftige Beherrscher

(c) Instituto Cervantes de Madrid

der Gesamtmonarchie anerkannt wurde. Daß weder der deutsche Bundestag, noch die Stände von Schleswig und Holstein dem Protokoll ihre Zustimmung gaben, konnte später für Dänemark unangenehme Folgen haben. Letzteres übte seinen Sieg über die deutschen Herzogtümer trotz aller Friedensbestimmungen mit einer Brutalität und Schamlosigkeit aus, welche nicht bloß in diesen, sondern in ganz Deutschland die heftigste Erbitterung hervorrufen mußte. Das Deutschtum in Schleswig durch jedes, auch das schändlichste Mittel auszurotten, war das Ziel der dänischen Politik.

Den Schluß des revolutionären Dramas bildeten die Dresdener Konferenzen, welche vom 23. Dezember 1850 bis zum 15. Mai 1851 dauerten. Die verschiedenen Vorschläge, welche zur Neugestaltung Deutschlands gemacht wurden und welche die Einsetzung eines östreichisch-preußischen Direktoriums mit unumschränkter Entscheidung über Krieg und Frieden, die Einführung eines dreiköpfigen Direktoriums, der sogenannten Trias, die Errichtung eines deutschen Parlaments, den Eintritt Gesamtöstreichs in den deutschen Bund betrafen, wurden alle, zum Teil infolge des Widerspruchs Rußlands, abgelehnt und zu den alten Einrichtungen zurückgegriffen. Am 30. Mai 1851 war der Bundestag als der Vertreter der deutschen Fürsten in der alten Weise wiederhergestellt, und Oestreich, das schwere Aufstände innerhalb seiner Grenzen niedergeschlagen und Preußen gedemütigt hatte, behauptete ein ganz entschiedenes Uebergewicht am Bundestag. Reichsverfassung und Grundrechte wurden, auch in denjenigen Staaten, in welchen sie anerkannt worden waren, beseitigt, die liberalen Verfassungen der Einzelstaaten in vormärzlichem Sinne verändert, die Freiheit der Presse und der Vereine beschränkt, die ultramontane Partei gehätschelt und in den Konkordaten, welche zum Abschluß kamen, die Hoheitsrechte des Staates an die Kurie ausgeliefert. In dem Konkordat vom 18. August 1855 gab Oestreich der katholischen Geistlichkeit unbeschränkten Einfluß auf das Unterrichtswesen, verletzte die Rechte anderer Konfessionen und kehrte zur alten Unduldsamkeit und zu den Zeiten vor Joseph II. zurück. Unter einer solchen Regierung konnte weder Intelligenz noch Patriotismus sich entwickeln. Als die badische und die württembergische Regierung ähnliche Konkordate abschlossen, wurden diese von den Abgeordnetenkammern der beiden Staaten, und zwar in Baden 1860, in Württemberg

(c) Instituto Cervantes de Madrid

1861, verworfen, daher jene Regierungen sich veranlaßt sahen, das Verhältnis zwischen Staat und Kirche auf dem Wege der Landesgesetzgebung zu regeln.

4. Das zweite französische Kaiserreich und seine Uebermacht in Europa.

(1853—1862).

1) Der Krimkrieg.

(1853—1856).

Die Revolution von 1848 hatte Rußland nicht berührt; nicht einmal die Polen hatten einen Aufstand gewagt. Dagegen hatte Kaiser Nikolaus bei der Unterdrückung des ungarischen Aufstandes Oestreich gute Dienste geleistet, Preußen auf seiner Siegesbahn gegen Dänemark zweimal zurückgehalten, die Unionsbestrebungen desselben vereitelt und bei der Neugestaltung Deutschlands ein entscheidendes Wort gesprochen. Kein Wunder, daß er sich als den ersten Monarchen in Europa fühlte; daß er seine Macht und seinen Einfluß überschätzte; daß er die Pläne Peters des Großen und der Kaiserin Katharina II. wieder aufnehmen zu können glaubte. Rußland beanspruchte schon längst ein Schutzrecht über die Christen griechisch-katholischer Konfession auf der Balkanhalbinsel, übte es auch vielfach thatsächlich aus, ohne hierfür eine staatsrechtliche Grundlage zu besitzen; in der Frage der heiligen Stätten in Jerusalem und in Bethlehem, in welcher Frankreich, auf einen Vertrag von 1740 sich stützend, die gleichen Rechte für die Lateiner (die Römisch-Katholischen) wie für die Griechen beanspruchte, hatte die Pforte den letzteren größere Zugeständnisse als jenen gemacht. Zunächst wünschte Kaiser Nikolaus ein förmliches, von der Pforte anerkanntes Schutzrecht Rußlands über sämtliche griechische Christen im türkischen Reiche zu erhalten. Gelang ihm dies, so nahmen die Interventionen Rußlands in die inneren Verhältnisse des türkischen Reiches gar kein Ende.

Von den europäischen Großmächten glaubte Nikolaus keinen ernsthaften Widerstand fürchten zu müssen. Der Freundschaft Preußens war er sicher; Oestreich war ihm für seine Hilfeleistung in Ungarn zu Dank verpflichtet, und dort war der herrische Ministerpräsident Schwarzenberg, welcher den Satz ausgesprochen hatte: „Oestreich wird die Welt durch

(c) Instituto Cervantes de Madrid

seine Undankbarkeit in Erstaunen setzen", am 5. April 1852 gestorben; Frankreich, wo Louis Napoleon soeben den Kaiserthron bestiegen hatte, schien Nikolaus zu erschöpft und zu zerrissen, als daß es auf große Unternehmungen sich einlassen könnte; mit England, das in allen orientalischen Fragen die „britischen Interessen" bedroht sah, glaubte er sich verständigen zu können, zumal da er mit dem Premierminister Lord Aberdeen auf dem freundlichsten Fuße stand. In den Gesprächen, die er mit dem englischen Gesandten in Petersburg, Sir Hamilton Seymour, führte, bezeichnete Nikolaus die Türkei als einen „kranken Mann", dem nicht mehr zu helfen sei; die Vorsicht gebiete, über dessen Hinterlassenschaft beizeiten feste Bestimmungen zu treffen; Bulgarien, Serbien und Bosnien sollten zu selbständigen Staaten erhoben und nebst der Moldau und Walachei unter das russische Protektorat gestellt werden; England solle sich dafür in den Besitz von Aegypten und von der Insel Kandia setzen; wenn sie beide, Rußland und England, die allein greifbare Interessen in der Türkei hätten, einig in dieser Sache seien, so hätten sie nach den anderen Mächten nichts zu fragen. Endlich glaubte Nikolaus, falls es zu kriegerischen Verwicklungen komme, auf die allgemeine Erhebung der griechischen Christen für ihren russischen Schirmherrn rechnen zu dürfen.

Alle diese Berechnungen, mit Ausnahme der ersten, erwiesen sich als trügerisch. Oestreich, das an der unteren Donau sehr wichtige Interessen hatte, konnte nicht wünschen, daß dort eine russische Uebermacht sich festsetze, und glaubte die Pflicht der Dankbarkeit erst in zweiter Linie berücksichtigen zu müssen. Eben damals, zu Anfang des Jahres 1853, als die Montenegriner einen Raubeinfall ins türkische Gebiet machten und Omer Pascha mit einem türkischen Heere verwüstend in Montenegro eindrang, erzwang Oestreich durch die Sendung des Grafen Leiningen nach Konstantinopel die Einstellung der türkischen Feindseligkeiten, nicht als ob es die Montenegriner hätte unterstützen wollen, sondern weil es Rußland den Anlaß zu einer Intervention benehmen wollte. Kaiser Napoleon ergriff trotz seines Ausspruches: „l'empire c'est la paix", mit Heißbegierde jede Gelegenheit, um seinen neuen Thron mit kriegerischen Trophäen zu umgeben, und haßte persönlich den Kaiser Nikolaus, der ihn nicht als einen Ebenbürtigen behandelte. England sah recht wohl ein, daß ein russisches Protektorat nichts anderes als

(c) Instituto Cervantes de Madrid

eine russische Herrschaft sei und daß Rußland, wenn es einmal das Protektorat über Moldau, Walachei, Serbien, Bosnien und Bulgarien habe, in kurzem sein Protektorat bis nach Konstantinopel und über die ganze Balkanhalbinsel ausdehnen würde, und in einer solchen Eventualität erblickte es eine gefährliche Bedrohung seiner Interessen im Mittelmeer, seiner asiatischen Besitzungen und seines levantischen Handels, wogegen die Besitznahme Aegyptens, die England in einen Krieg mit Frankreich verwickeln würde, kein genügendes Aequivalent wäre. Die griechischen Christen aber hatten die Schneidigkeit des türkischen Säbels schon zu oft kennen gelernt, als daß sie nicht, bevor sie losschlugen, große Siege der russischen Heere hätten abwarten wollen.

Kaiser Nikolaus rüstete im Süden seines Reiches Heer und Flotte und schickte, in der Hoffnung, daß durch ein gebieterisches Auftreten von der Pforte alles zu erreichen sei, den Admiral Fürst Menschikow als außerordentlichen Gesandten nach Konstantinopel, um für Rußland ein religiöses Protektorat über alle griechischen Christen des türkischen Reiches zu erlangen. Menschikow erschien am 2. März 1853, über alle Regeln der Etikette sich hinwegsetzend, im Paletot und mit bestaubten Stiefeln bei den türkischen Ministern und richtete seinen Auftrag aus. Da der Sultan den russischen Kaiser nicht zum Mitregenten annehmen wollte, so gab er dem Gesandten eine abschlägige Antwort, worauf dieser am 21. Mai unter lauten Drohungen von Konstantinopel abreiste. Darauf bat der Sultan Abdul Medschid die Westmächte um Hilfe und bestätigte in einem Ferman die Rechte der Christen, um diese in der Treue zu erhalten. Napoleon nahm das Hilfegesuch an und zog das englische Kabinett trotz der Bedenklichkeiten Lord Aberdeens nach sich. Am 14. Juni 1853 legte sich die englisch-französische Flotte in der Besika-Bai, am Eingang der Dardanellen, vor Anker. Auf dies hin gab Nikolaus dem Fürsten Michael Gortschakow den Befehl, mit zwei Armeekorps den Pruth zu überschreiten und die Donaufürstentümer als „materielles Pfand" in Besitz zu nehmen, bis die Pforte seine Forderungen erfüllt haben würde. In einem Manifest verkündigte er der griechisch-katholischen Bevölkerung, daß der Einmarsch des russischen Heeres nur die Verteidigung des heiligen orthodoxen Glaubens zum Zweck habe. Die Diplomatie suchte den Ausbruch des Krieges zu verhindern. In den Wiener Konferenzen vereinigten sich die

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Gesandten der Großmächte zu einer „Vermittlungsnote", in welcher die Pforte aufgefordert wurde, einige von den Forderungen Rußlands zu bewilligen, das Protektorat aber, das nicht zugestanden werden sollte, mit Stillschweigen übergangen wurde. Dies gab dem Kaiser Nikolaus Gelegenheit, der Note die Auslegung zu geben, daß auch das Protektorat zugestanden werde, was in London und in Konstantinopel große Entrüstung erregte. Im englischen Unterhaus wurde das russenfreundliche Ministerium von Layard heftig angegriffen, und die alttürkische Partei in Konstantinopel ließ dem Sultan keine andere Wahl als Abdankung oder Verwerfung der Note. Die Pforte rüstete sich aufs eifrigste zum Krieg, rief Freiwillige auf, berief die Kontingente der Vasallenstaaten Aegypten und Tunis, erhob die Steuern auf mehrere Jahre zum voraus und fachte den religiösen Fanatismus an. Am 4. Oktober erklärte sie den Krieg an Rußland, falls dieses nicht sofort die Donaufürstentümer räume.

Omer Pascha.

Die türkische Hauptmacht stand auf dem rechten Donauufer unter dem Oberbefehl Omer Paschas. Dieser ging bei Widdin auf das linke Ufer, befestigte Kalafat und schlug am 4. November bei Oltenizza die Angriffe der Russen zurück. Aber der russische Admiral Nachimow überfiel an einem nebeligen Tage, am 30. November, von Sebastopol aus die bei Sinope unter Osman Pascha stehende türkische Flotte und vernichtete sie fast vollständig. In England entstand dadurch große Aufregung. Lord Aberdeen mußte aus dem Ministerium austreten, und Lord Palmerston, welcher vor kriegerischen Verwicklungen nicht zurückscheute, gewann mehr Einfluß im Kabinett. Eine neue Note der Wiener Konferenz

(c) Instituto Cervantes de Madrid

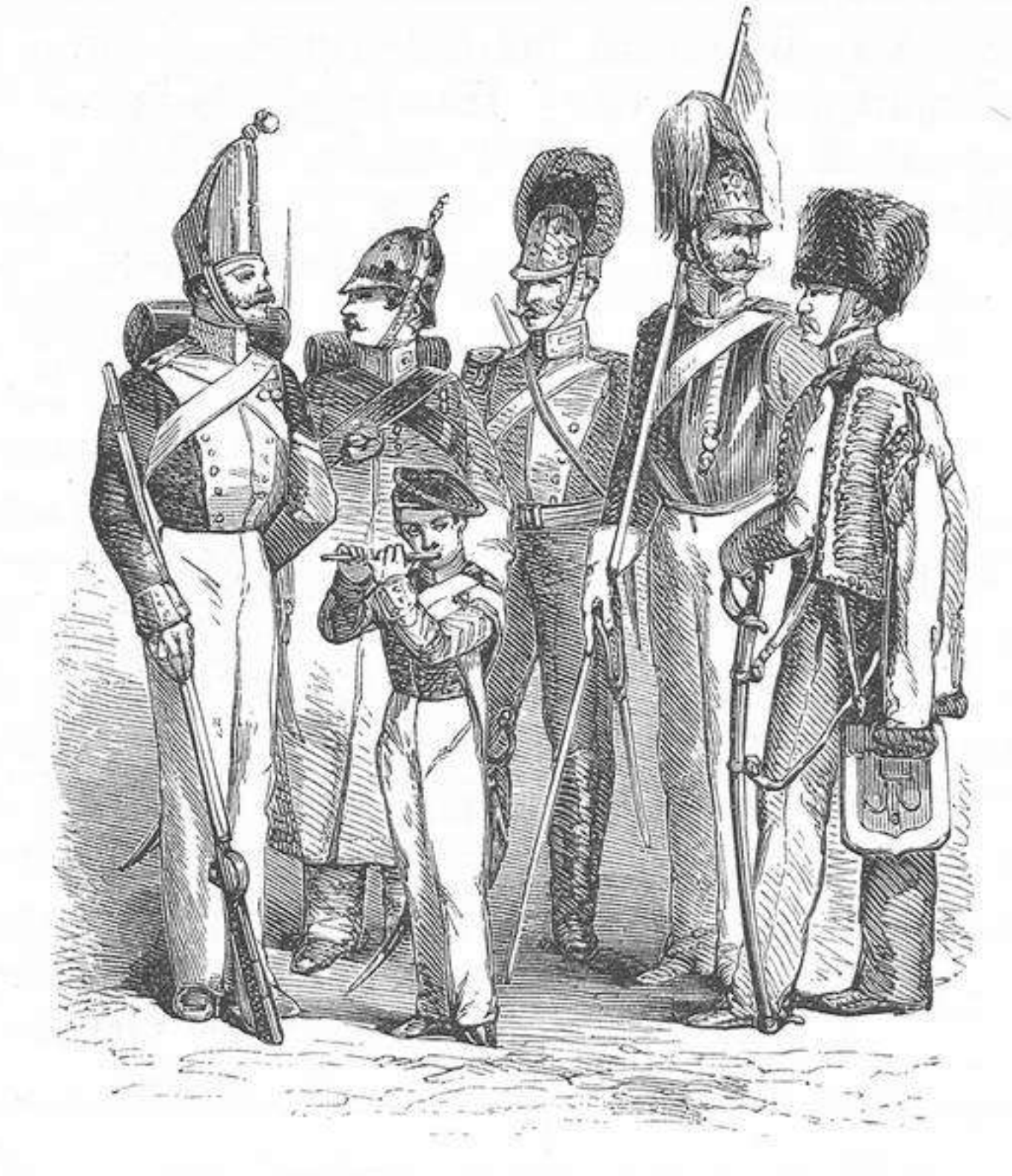
(vom 5. Dezember) machte Rußland einige Zugeständnisse, forderte aber zugleich die Räumung der Donaufürstentümer. Da Nikolaus nicht darauf einging, so schlossen die Westmächte am 12. März 1854 mit der Türkei ein Offensiv- und Defensivbündnis und erklärten am 28. März an Rußland den Krieg. Oestreich und Preußen ließen sich zur Teilnahme am Kriege gegen ihren bisherigen Bundesgenossen nicht bewegen, suchten aber zugleich im Interesse des Handels und des europäischen Gleichgewichts die Uebermacht Rußlands an der unteren Donau zu verhüten. Um beide Mächte in der Neutralität zu erhalten, hatte Nikolaus 1853 in Olmütz eine Zusammenkunft mit Franz Joseph gehabt und seinen Schwager in Berlin besucht. Jener ließ sich in Olmütz von Nikolaus das Versprechen geben, daß die russischen Heere die Donau nicht überschreiten würden. Am 20. April 1854 schloß Oestreich mit Preußen eine Konvention, wonach beide Staaten Rußland zur Räumung der Donaufürstentümer bestimmen und, falls es den Balkan überschreite, an dem Angriffskriege gegen dasselbe teilnehmen sollten. Beide Mächte verlangten in einer Note von Rußland die sofortige Räumung der Donaufürstentümer. Nikolaus glaubte diese Forderungen nicht ernsthaft nehmen zu dürfen und ließ sich in seinem Feldzugsplan nicht stören. Aber Oestreich schloß am 14. Juni 1854 einen Vertrag mit der Pforte, worin es sich verpflichtete, mit einem Heere, das bereits an der südlichen Grenze stand, in den Donaufürstentümern einzurücken und diese zu besetzen. Wenn dies geschah, so war für ein russisches Heer, das die Donau überschritt, die Rückzugslinie bedroht.

Von den christlichen Völkerschaften der Balkanhalbinsel stellte sich bei dieser politisch-militärischen Lage keine einzige auf die Seite Rußlands. In Griechenland entstand eine nationale Bewegung. Dort fühlte man sich mit Recht in der Richtung nach Thessalien und Epirus sehr schlecht situiert und glaubte die Verlegenheit der Pforte benutzen zu können, um diese Provinzen an sich zu reißen; die kühnsten Optimisten sprachen geradezu von der Erneuerung des byzantinischen Reiches. Aber die Westmächte, welche den Kriegsschauplatz nicht sich erweitern lassen wollten, schickten einige Schiffe in den Piräus und zwangen die griechische Regierung, in Verbindung mit den französischen Truppen, welche ans Land gesetzt worden waren, die Bewegung niederzuhalten. Dies gelang zwar, abgesehen von einigen Einfällen raublustiger Kleph-

(c) Instituto Cervantes de Madrid

then in Thessalien und Epirus; aber dem König Otto wurde es von den Hellenen sehr übel genommen, daß er für die „nationale Idee" so wenig Interesse gezeigt hatte.

Rußland stand der Koalition der drei Mächte, Türkei, England und Frankreich, wozu noch, wenn auch nicht aggressiv, das „undankbare Oestreich" kam, allein gegenüber. Die Angriffe der Russen auf Kalafat wurden zurückgeschlagen; bei



Russisches reguläres Militär.

Cetate erlitten sie durch den Ueberfall des ehemaligen polnischen Grafen Jelinski, Iskender Bei, bedeutende Verluste. Darauf übernahm Fürst Paskewitsch den Oberbefehl, überschritt die Donau und belagerte, während Omer Pascha sich nach der Festung Schumla zurückzog, die Donaufestung Silistria. Dieselbe wurde von dem Kommandanten Mussa Pascha und dem preußischen Artillerieoffizier Grach so tapfer und so geschickt verteidigt, daß Paskewitsch, trotz der vortrefflichen Operationen seines im Ingenieurwesen ausgezeichneten Generals Schilder, die Belagerung am 21. Juni aufgab und sein Heer über die Donau und sogar über den Pruth zurückführte. Zu diesem raschen Rückzug bestimmte ihn teils die Landung einer Truppenabteilung der Westmächte

(c) Instituto Cervantes de Madrid

in Varna, teils die drohende Haltung Oestreichs, dessen Heer denn auch nach dem Abzug der Russen sofort die Donaufürstentümer besetzte. Zu gleicher Zeit lief eine englisch-französische Flotte unter den Admiralen Charles Napier und Baraguay d'Hilliers in die Ostsee ein, um gegen Kronstadt und Petersburg vorzudringen. Schweden, das zum Anschluß an die Westmächte bewogen werden sollte, verharrte in seiner Neutralität. Auf Kronstadt, das in den letzten Jahren zu einer uneinnehmbaren Festung gemacht worden war, wagte die verbündete Flotte keinen Angriff. Die Eng-

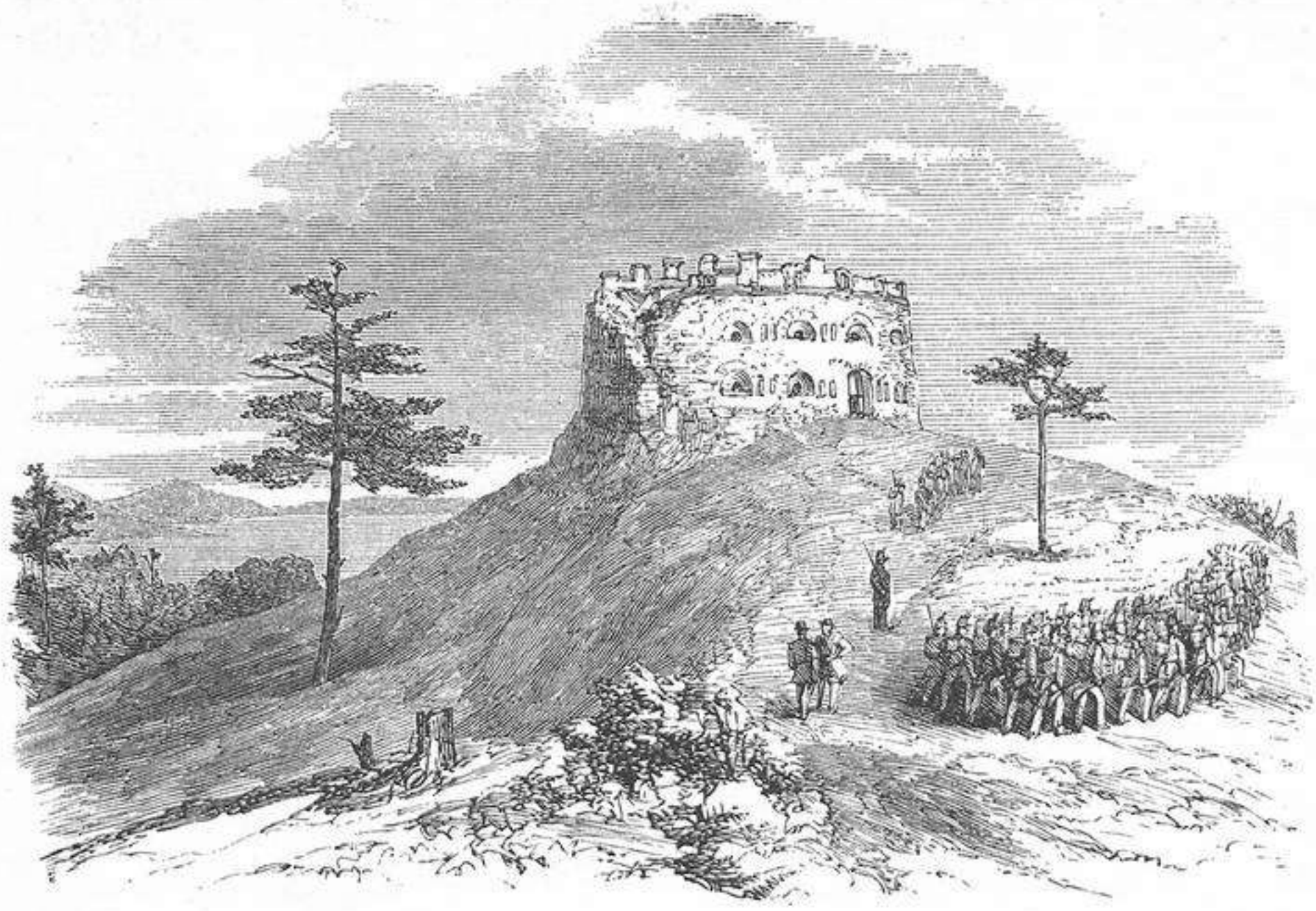
Russisches irreguläres Militär.

länder nahmen einige Handelsschiffe, beschossen friedliche finnische Dörfer und zündeten Magazine an; die Franzosen eroberten am 16. August 1854 die auf einer der Alandsinseln gelegene Festung Bomarsund. Nach diesen Thaten kehrte die Flotte im Herbst wieder zurück.

Inzwischen hatten sich die Westmächte, als Paskewitsch vor Silistria stand, entschlossen, größere Truppenmassen an die Küste des Schwarzen Meeres zu entsenden. England schiffte im April 1854 ein Heer von 20000 Mann unter dem Oberbefehl Lord Raglans ein, welcher bei Waterloo einen Arm verloren hatte, während Kaiser Napoleon 50000 Mann unter dem Marschall St. Arnaud abschickte. Der Herzog von Cambridge und der Prinz Napoleon, Sohn

(c) Instituto Cervantes de Madrid

des ehemaligen Königs Jerome von Westfalen, machten den Feldzug mit. Die verbündete Flotte, welche ins Schwarze Meer eingelaufen war, bombardierte die Handelsstadt Odessa, ohne sie zu stark zu beschädigen, da viele englische Güter dort lagen. Die Landtruppen kamen endlich in Gallipoli an, von wo sie teils zur See, teils zu Land nach Varna geführt wurden. Ihr Marsch in die Dobrudscha kostete ihnen 2000 Mann, die infolge der Augusthitze und der Cholera,



Hauptturm der Festung Bomarsund.

welche auch im Lager bei Varna ausbrach, starben. Im Kriegsrat der Verbündeten wurde beschlossen, von Varna, das nach dem Abzug der Russen für die Kriegführung keine Bedeutung mehr hatte, das Heer nach der Halbinsel Krim überzuführen und den bedeutendsten dortigen Kriegshafen, Sebastopol, zu erobern. St. Arnaud hauptsächlich war es, welcher auf dieses Ziel hinwies, um, da er fieberkrank einem baldigen Tod entgegensah, sein Leben mit einer glänzenden Waffenthat zu beschließen.

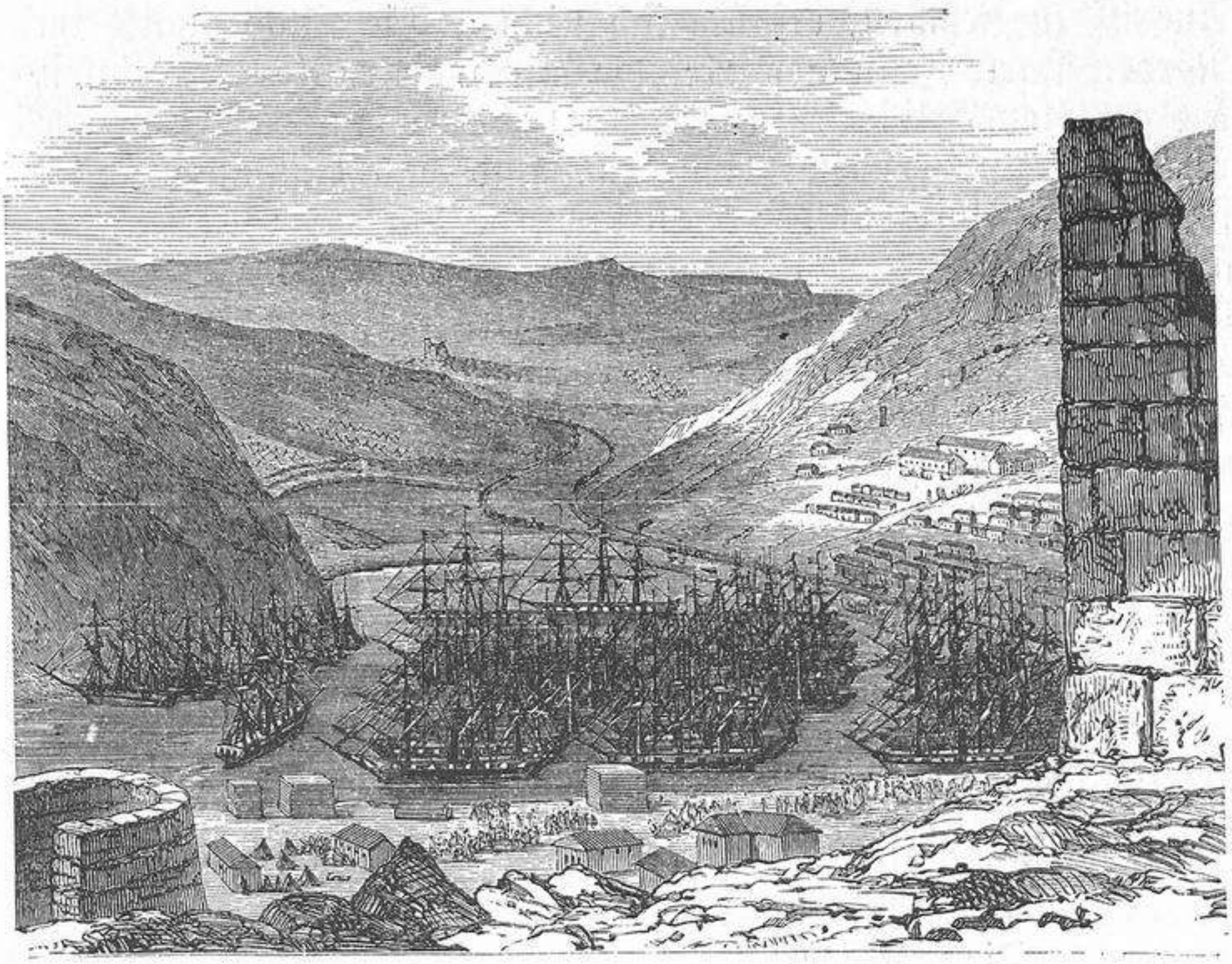
Die Krimexpedition wurde von den Verbündeten im September 1854 unternommen. Am 14. landeten 55000 Franzosen und Engländer nebst 6000 Türken bei Eupatoria auf der Westseite der Halbinsel und schlugen am 20. an dem Flusse Alma den Fürsten Menschikow, den Gouverneur von der Krim. Ihre Hoffnung, Sebastopol in einem raschen

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Angriff zu nehmen, erfüllte sich nicht. Die Stadt hatte im Norden starke Festungswerke, die durch die rastlose Thätigkeit des genialen Artillerieoffiziers Totleben von Woche zu Woche verbessert und erweitert wurden, und das Einlaufen einer feindlichen Flotte in den Hafen wurde durch die Versenkung sieben großer Kriegsschiffe unmöglich gemacht. Die Verbündeten mußten sich daher zu einer regelmäßigen Belagerung entschließen, die Herbeischaffung von Belagerungsgeschützen abwarten und lagerten sich im Süden der Stadt, die Franzosen an der Bucht von Kamiesch, die Engländer an der von Balaklawa. St. Arnaud, dessen Zustand sich verschlimmerte, schiffte sich, nachdem er den Oberbefehl dem General Canrobert übergeben hatte, nach Konstantinopel ein, starb aber am 29. September 1854 unterwegs auf dem Schiffe an der Cholera. Die Belagerungskämpfe, welche sehr hartnäckig und blutig waren, begannen am 17. Oktober mit einem Angriff der Verbündeten auf die Festung, den die Landbatterien und die Flotte mit einem heftigen Bombardement unterstützten. Aber der Angriff wurde zurückgeschlagen. Darauf griff der russische General Liprandi am 25. Oktober die Engländer bei Balaklawa an und brachte ihrer Reiterei große Verluste bei. Am 5. November erfolgte die Schlacht bei Inkermann, wo die Engländer verloren gewesen wären, wenn nicht die französischen Generale Canrobert und Bosquet ihnen noch zu rechter Zeit zu Hilfe gekommen wären und die Russen nach mörderischem Kampf zum Rückzug in die Festung genötigt hätten. Das Eintreten des Winters, der heftige Regengüsse brachte, machte in den nächsten Wochen die Fortsetzung der Kriegsoperationen unmöglich. Da die Truppen für einen Winterfeldzug gar nicht eingerichtet waren und es an warmer Kleidung, an guter Nahrung und sonstiger Verpflegung fehlte, so litten dieselben ungeheuer, und Tausende wurden von der Cholera und Ruhr weggerafft.

Marschall St. Arnaud.

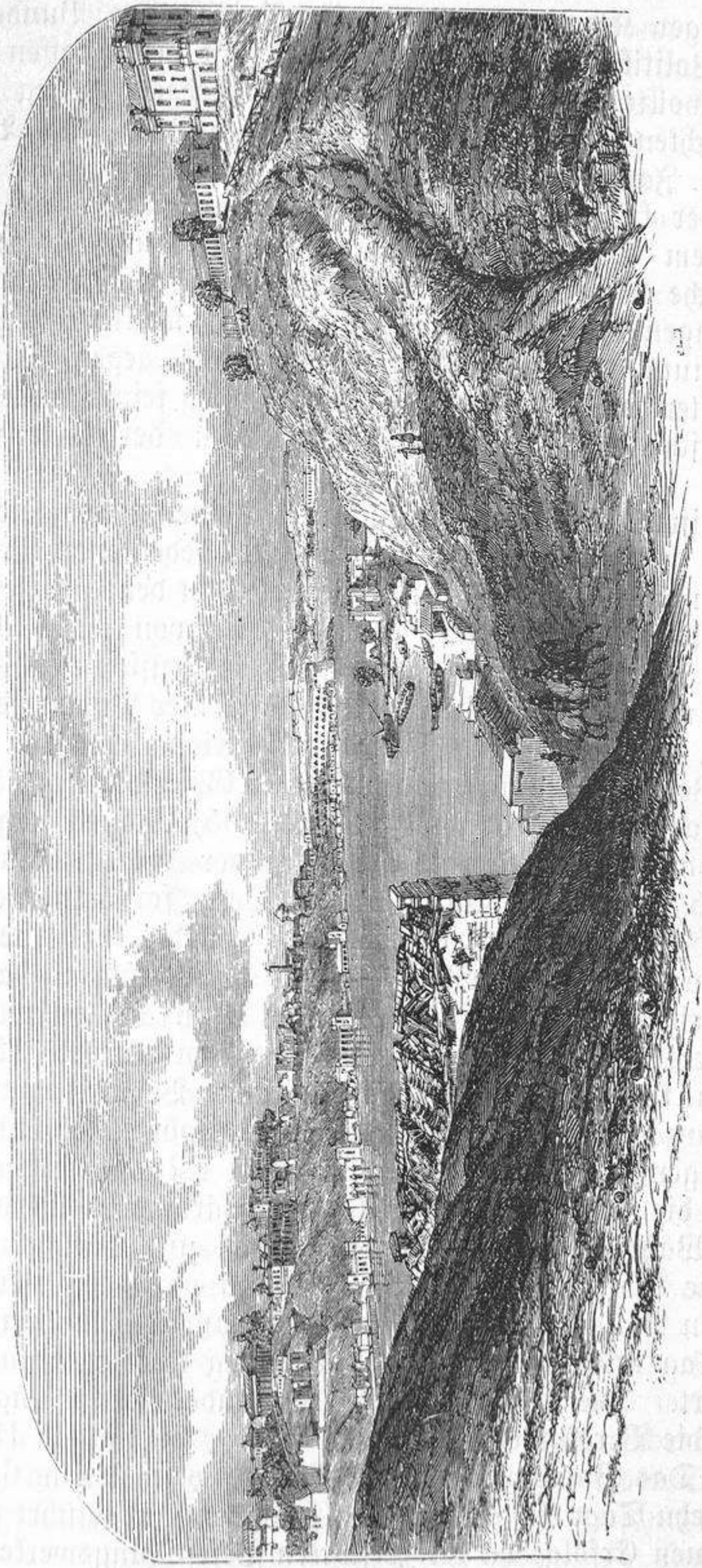
(c) Instituto Cervantes de Madrid



Der Hafen von Balaklawa.
Aus Macfarlane, History of England.

Während dieser unfreiwilligen Waffenruhe trat die Wiener Konferenz wieder in Thätigkeit und suchte den Frieden herbeizuführen. Aber Nikolaus verwarf die ihm gestellten Bedingungen, infolgedessen Oestreich am 2. Dezember 1854 ein Schutz- und Trutzbündnis mit den Westmächten schloß und seine Heere in Siebenbürgen und Galizien verstärkte. Da es aber keine Truppen ins Feld schickte, so erwarb es sich weder bei den Westmächten noch bei Rußland Dank und schadete durch die nutzlosen Truppenaufstellungen seinen Finanzen. Preußen, von Rußland und besonders von den Westmächten zum Anschluß gedrängt, ließ sich aus seiner Neutralität nicht hinausbringen. Friedrich Wilhelm IV. wies alle Aufforderungen der letzteren zurück, da er es nicht über sich gewinnen konnte, seinen Schwager und langjährigen Bundesgenossen zu bekriegen, und da er nicht dazu beitragen wollte, durch die Demütigung Rußlands die Macht Frankreichs zu verstärken und dadurch für das linke Rheinufer eine Gefahr hervorzurufen. Um seine Neutralität gegen alle Angriffe aufrechthalten zu können, setzte Preußen seine Armee in Kriegsbereitschaft und hielt dadurch auch die mittelstaatliche

(c) Instituto Cervantes de Madrid



Ansicht von Sebastopol. Aus Macfarlane, History of England.

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Bamberger Konferenz, welche im Namen des Bundestages große Politik treiben und Rußland mit den Waffen unterstützen wollte, in der Neutralität. Dagegen gelang es den Westmächten, mit dem Königreich Sardinien den Vertrag vom 26. Januar 1855 zu schließen, wonach dasselbe in die Reihe der kriegführenden Mächte eintrat und 15000 Mann unter dem General Lamarmora in die Krim schickte. Der sardinische Ministerpräsident, Graf Cavour, ein Mann von hervorragendem politischem Scharfblick, wollte durch diese Hilfeleistung die Westmächte zum Dank gegen Sardinien verpflichten und, wann er zur Ausführung seiner italienischen Pläne schritt, auf die Gegenleistungen derselben rechnen können.

Kaiser Nikolaus veranstaltete eine allgemeine Aushebung in seinem Reiche und schickte bedeutende Truppenmassen nach der Krim, von denen viele in den Schneefeldern Südrußlands umkamen. Der Feldzug von 1855 begann am 17. Februar mit einem Angriff des russischen Generals Chrulew auf die bei Eupatoria unter Omer Pascha stehenden Türken, wobei die Russen eine Niederlage erlitten. Diese vielen Verluste erschütterten zuletzt die Gesundheit des Kaisers Nikolaus. Er starb am 2. März 1855, und es folgte ihm sein Sohn Alexander II., ein milder und friedliebender Monarch, auf dem Kaiserthron. Doch forderte die Ehre Rußlands, daß der Krieg fortgesetzt wurde, und die Westmächte andererseits wollten vor der Eroberung Sebastopols keinen Frieden schließen. Dem Fürsten Menschikow wurde der Oberbefehl abgenommen und derselbe dem Fürsten Michael Gortschakow übertragen. Auf Seite der Verbündeten wurde dem französischen Oberbefehlshaber Canrobert der tüchtigste Kriegsingenieur, der Artilleriegeneral Niel, beigegeben, welcher die Leitung der Belagerungsarbeiten übernehmen sollte. Während letzterer die Laufgräben und Verschanzungen gegen die südliche Vorstadt Karabelnaja vorschob, schuf Totleben den Malakowturm zu einem fast uneinnehmbaren Bollwerk. Tag und Nacht dauerte der Krieg über und unter der Erde fort. Die Heere hatten bedeutende Verstärkungen erhalten: die Verbündeten hatten 175000, die Russen 150000 Mann. Das Bombardement der Stadt, welches vom 6. April an vierzehn Tage lang mit 500 Geschützen ausgeführt wurde, hatte keinen Erfolg, da die zerstörten Befestigungswerke sofort wiederhergestellt wurden. Ein Teil der verbündeten Flotte

(c) Instituto Cervantes de Madrid

segelte im Mai 1855 nach dem Asowschen Meere, um die Städte Kertsch, Jenikale, Mariopol, Taganrog und Anapa mit ihren reichen Vorräten zu vernichten. In Kertsch, dem ehemaligen Pantikapäum, wo der alte König Mithridates von Pontus sich den Tod gegeben hatte, wurden wertvolle Sammlungen von Altertümern von den modernen Vandalen zu Grunde gerichtet.

In Paris, wo die Siegesbotschaft mit Ungeduld erwartet wurde, war die Regierung mit Canroberts Erfolgen nicht zufrieden, nahm ihm das Oberkommando ab und übertrug dasselbe dem durch seine rücksichtslose Kriegführung in Algerien bekannten General Pelissier. Lord Raglan starb am 28. Juni 1855 an der Cholera, worauf General Simpson den Oberbefehl über die englischen Truppen erhielt. Der russische General Nachimow, der Sieger von Sinope, wurde am 11. Juli, als er die Festungswerke besichtigte, von einer Kugel tödlich getroffen.

Lord Raglan.
Nach dem Porträt von Andrew Morton.

In der Ostsee erreichten die verbündeten Flotten so wenig als im vorigen Sommer. Die Beschießung der finnischen Stadt Sweaborg am 7. August war die einzige bemerkenswerte That dieser Seeexpedition.

Vor Sebastopol war die Entscheidung nahe. Nachdem am 16. August 1855 der Ausfall der Russen, welche von der Tschernaja aus die feindlichen Linien zu durchbrechen versuchten, durch die Tapferkeit der Franzosen und der Sardinier zurückgeschagen worden war, dauerte die Beschießung der Stadt und ihrer Verteidigungswerke vom 17. August bis 8. September fort, so daß an eine Wiederherstellung der

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Der Malakowturm nach der Erstürmung.
Aus Macfarlane, History of England.

zerstörten Werke nicht zu denken war und viele tausend Russen auf den Wällen und in den Straßen getötet oder verwundet wurden. Am 8. September mittags zwölf Uhr schwieg die Kanonade und begann auf allen Seiten der Angriff. Die Franzosen unter den Generalen Mac Mahon und Bosquet erstürmten nach mörderischem Kampfe den Malakowturm, die Engländer den großen Redan; doch wurden letztere wieder hinausgetrieben. Fürst Gortschakow ließ die noch übrigen Festungswerke der südlichen Stadt in die Luft sprengen und den Rest seiner Schiffe versenken und nahm auf der Nordseite des Meerbusens eine feste Stellung ein, wo er mit Perekop und dem übrigen Rußland in Verbindung blieb. Die Verbündeten fanden in der Stadt große Vorräte an Kriegsmaterial und Schiffsbauholz. Die Belagerung hatte elf Monate gedauert und allen Beteiligten große Verluste gebracht, daher der Wunsch nach Abschluß des Friedens allgemein war. Für die Russen war der Umstand günstig, daß General Murawiew in Kleinasien am 28. November 1855 die Festung Kars zur Uebergabe zwang und daß die Verbündeten kein russisches Gebiet, selbst nicht in der Krim, innehatten, außer Sebastopol.

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Am 25. Februar 1856 wurde in Paris der Friedenskongreß unter dem Vorsitz des französischen Ministers Grafen Walewski, eines natürlichen Sohnes des Kaisers Napoleon I., eröffnet, an welchem außer Frankreich, England, Oestreich, Rußland und der Türkei auch Sardinien teilnahm und schließlich, wegen etwaiger Abänderungen der Wiener Verträge, auch Preußen zugelassen wurde. Die Unterzeichnung des Pariser Friedensvertrags erfolgte am 30. März 1856. Rußland erhielt Sebastopol zurück, mußte Kars herausgeben und einen Teil von Bessarabien an die Türkei, beziehungsweise an die Moldau abtreten; die Integrität der Pforte wurde bestätigt, die von der Pforte bereits am 18. Februar 1856 verkündigte Gleichberechtigung der in der Türkei wohnenden Christen mit den Mohammedanern anerkannt und jene unter den Schutz sämtlicher Großmächte gestellt, den Fürstentümern Moldau, Walachei und Serbien, welche türkische Vasallenstaaten waren, zugleich der Schutz der Vertragsmächte zugesagt, die Donauschiffahrt für frei erklärt und Rußland verboten, Arsenale am Schwarzen Meere zu errichten und dort mehr Kriegsschiffe als die Türkei zu halten. Durch diesen Friedensschluß wurde die Türkei trotz ihres unverwischbaren asiatischen Gepräges in das europäische Konzert aufgenommen; die erste Rolle in Europa spielte nicht mehr Rußland, sondern der Parvenü Napoleon III.; gegen das „undankbare Oestreich" hegte Rußland den tiefsten Groll, während es die wohlwollende Haltung Preußens durch freundschaftliches Entgegenkommen erwiderte. Fürst Alexander Gortschakow, ein Bruder des oben erwähnten Generals, welcher von 1854 bis 1856 russischer Botschafter in Wien gewesen war, als solcher den Wiener Konferenzen beigewohnt hatte und am 29. April 1856, nach Abschluß des Pariser Vertrags, als Nachfolger des Grafen Nesselrode die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten (seit 1862 mit dem Titel „Reichskanzler") übernommen hatte, bezeichnete in seinem Rundschreiben vom 2. September 1856 das neueste Programm Rußlands mit den Worten: „Rußland schmollt nicht, es sammelt sich," und empfahl sich den nationalen Kreisen Petersburgs durch die Worte: „Oestreich ist kein Staat, das ist nur ein Gouvernement."

(c) Instituto Cervantes de Madrid

2) Kaiser Alexander II. und der polnische Aufstand.

(1857—1863.)

Kaiser Alexander II. stellte bei der Zusammenkunft, die er im September 1857 in Stuttgart, am Hofe des Königs Wilhelm von Württemberg, mit dem Kaiser Napoleon III. hatte, die freundlichen Beziehungen Rußlands zu Frankreich wieder her. Durch den Bau von Eisenbahnen, durch den Abschluß von Handelsverträgen, durch Verbesserung des Unterrichtswesens suchte er die Wohlfahrt seines Landes zu fördern. Seine bedeutendste That war die Aufhebung der Leibeigenschaft, in welcher 23 Millionen Menschen lebten. Nachdem 1858 ein Komitee für diesen Zweck eingesetzt worden war, verkündigte das Manifest vom 17. März 1861 die Gründe und die Bedingungen dieser großen Reform, in deren Durchführung sich der Kaiser weder durch den Widerstand des in seiner Macht bedrohten Adels, noch durch Aufstände von Bauern, welche ohne irgendwelche Leistungen sich in den Besitz der Güter setzen wollten, abhalten ließ. Die leibeigenen Bauern sollten von den Grundherren ein Gehöfte erhalten und in den Stand gesetzt werden, binnen zwölf Jahren durch Geld oder andere Leistungen sich das Eigentumsrecht in denselben zu erwerben, während solche Leibeigene, welche ein Gewerbe trieben oder häusliche Dienste besorgten, binnen zwei Jahren sich von ihren Verpflichtungen gegen ihre Herren frei machen konnten. Alexander II. ging mit dem guten Beispiel voran, daß er alle Leibeigene des kaiserlichen Hauses für frei erklärte und ihnen die von ihnen bebauten Güter unentgeltlich überließ. Durch diesen zivilisatorischen Akt wurden die sozialen, finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse des Reiches wesentlich umgestaltet.

Alexander II., Kaiser von Rußland.

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Die Reformthätigkeit des Kaisers erstreckte sich auch auf Polen, wo das Gerichts- und Unterrichtswesen verbessert, die bäuerlichen und die städtischen Verhältnisse neu organisiert und eine weitgehende Amnestie erlassen wurde. Aber die Polen konnten, zumal in einer Zeit, welche, hauptsächlich auf Napoleons III. Veranlassung, das Prinzip der nationalen Selbstbestimmung auf ihre Fahne schrieb, die frühere Selbständigkeit und territoriale Größe ihres Vaterlandes nicht vergessen. Der Adel, die Emigranten, der römisch-katholische Klerus, die gebildete und halbgebildete Jugend der Städte, die zahlreiche jüdische Bevölkerung, der die bürgerliche Gleichstellung mit den Christen versagt war, schürten das nationale Feuer. Der Kaiser ernannte nach dem Tode des Statthalters Fürsten Paskewitsch, der am 1. Februar 1856 erfolgt war, den Fürsten Michael Gortschakow, den Verteidiger von Sebastopol, zum Statthalter von Polen und gab ihm 1861 den polnischen Grafen Wielopolski, einen gemäßigten Patrioten, für die Verwaltung des Kultus und des Unterrichts zur Seite. Die Bewegung begann 1861 mit öffentlichen Umzügen und patriotischen Demonstrationen, welche zu blutigen Konflikten mit dem russischen Militär führten, mit Veranstaltung von Trauerfestlichkeiten zum Andenken an die Revolution von 1830 und zu Ehren des in Paris verstorbenen Fürsten Adam Czartoryski. Die Trauerfarbe wurde zur Nationalfarbe, in den Kirchen wurden revolutionäre Lieder gesungen, der adelige „landwirtschaftliche Verein" wurde als revolutionärer Klub benutzt. Graf Lambert, der Nachfolger Gortschakows, verhängte am 14. Oktober 1861 über ganz Polen den Belagerungszustand, und General Lüders, welcher jenem folgte, ließ mehrere angesehene Männer verhaften. Im Juni 1862 wurde der Großfürst Konstantin, der Bruder des Kaisers, zum Statthalter von Polen und Wielopolski, welcher im Dezember 1861 zurückgetreten war, zum Chef der Zivilverwaltung und zum Adlatus des Großfürsten ernannt. Aber so sehr auch die neue Regierung sich bemühte, durch Einführung von Reformen die Aufregung zu beschwichtigen und die Bevölkerung zu gewinnen, so richtete sie doch nichts aus; denn diese stand unter dem Terrorismus einer geheimen Verschwörung, welche das Leben des Großfürsten, des Grafen Wielopolski und des Generals Lüders mit Mordanschlägen bedrohte.

Um einen großen Teil der revolutionären Elemente

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Warschaus fortzuschaffen, veranstaltete die russische Regierung, nachdem in Polen mehrere Jahre keine Rekrutenaushebung stattgefunden hatte, in der Nacht des 14. Januar 1863 eine gewaltsame Aushebung. Alle jungen Leute in Warschau, welche im Verdacht standen, an der nationalen Bewegung teilzunehmen, wurden ergriffen und unter das Militär gesteckt. Dies gab den Häuptern der nationalen Partei den Anlaß, zur offenen Revolution überzugehen, die Flüchtlinge und die Genossen der patriotischen Vereine in Wäldern und abgelegenen Orten zu sammeln und den Volkskrieg gegen die Russen zu organisieren. Es bildete sich eine provisorische Nationalregierung, welche das ganze Volk zur Freiheit aufrief und die Bauern durch eine Proklamation, worin sie als die freien und erblichen Eigentümer der von ihnen bebauten Grundstücke erklärt wurden, für den nationalen Kampf zu gewinnen suchte, ohne jedoch bei der mißtrauischen Bauernschaft viel Erfolg damit zu haben. General Mieroslawski, welcher in den Revolutionsjahren 1848 und 1849 die Rolle eines militärischen Abenteurers gespielt hatte, wurde zum Diktator ernannt. Nach wenigen Tagen wurde er von den Russen geschlagen und mußte über die preußische Grenze flüchten. Darauf sammelte der aus Posen stammende Langiewicz Scharen von Aufständischen, lieferte den Russen einige günstige Gefechte und erklärte sich selbst zum Diktator. Kaum hatte er diese Würde einige Wochen bekleidet, so wurde er von den Russen geschlagen und zur Flucht auf östreichisches Gebiet genötigt, wo er nach längerer Haft die Erlaubnis zur Auswanderung in die Schweiz erhielt. Darauf nahm die Nationalregierung die Zügel der Revolution selbst wieder in die Hand, erließ Verordnungen und schrieb Steuern aus

Marian Langiewicz.

(c) Instituto Cervantes de Madrid

und terrorisierte, ohne daß die Regierung die Mitglieder und den Aufenthalt derselben entdecken konnte, als eine Art Femgericht oder Revolutionstribunal die Bevölkerung der Städte. Aber dieser Volkskrieg konnte, da er von außen keine Unterstützung erhielt und die Bauern ihre Teilnahme versagten, gegenüber dem zahlreichen russischen Militär nicht lange bestehen, besonders nachdem Wielopolski seines Postens enthoben und der energische General Berg an die Spitze der Regierung in Warschau gestellt worden war. Zu Ende des Jahres 1863 war aller Widerstand gebrochen und der Thätigkeit der Nationalregierung der Nerv abgeschnitten. Die russische Regierung gewann den polnischen Bauernstand durch Verleihung des Eigentumsrechts auf die Pachtgüter, stellte das polnische Kirchenvermögen unter die Verwaltung des Staates, welcher der Geistlichkeit feste Besoldungen anwies, beschränkte den Gebrauch der polnischen Sprache, beseitigte die nationalen Eigentümlichkeiten und erließ die strengsten Maßregeln gegen den polnischen Adel. Die gegen die römisch-katholische Geistlichkeit gerichteten Maßregeln riefen die Einsprache des Papstes und einen lebhaften Notenwechsel hervor, der damit endigte, daß Rußland die diplomatischen Beziehungen zum Vatikan abbrach und um so eifriger die Bekehrungen zur „orthodoxen" Kirche betrieb.

Nach alten Traditionen glaubte Napoleon III. für die Polen Partei nehmen zu müssen, und die katholische Geistlichkeit Frankreichs stimmte ihm bei. Die englische Regierung und das Parlament, welche sich gern in auswärtige Angelegenheiten mischten, hielten es für angezeigt, die Freiheiten, welche sie den Irländern verweigerten, von einer fremden Regierung für die Polen zu beanspruchen. Beide Mächte vereinigten sich zu einem gemeinsamen diplomatischen Schritt, an welchem auch Oestreich teilnahm. In gleichlautenden Noten forderten die Regierungen von Frankreich, England und Oestreich mit Berufung auf die Wiener Verträge das russische Kabinett auf, die polnischen Verhältnisse in einer solchen Weise zu ordnen, „daß dem polnischen Volke der Friede wiedergeschenkt und auf dauernder Grundlage befestigt würde". Darauf erwiderte Fürst Gortschakow am 26. April 1863, daß Rußland gern zu einer Verständigung auf dem Boden der Verträge die Hand bieten werde, „daß aber die polnische Insurrektion nur den fortwährenden Aufwiegelungen der über ganz Europa ausgebreiteten kosmopo-

(c) Instituto Cervantes de Madrid

litischen Revolutionspartei zuzuschreiben sei, und daß daher die Mächte zu der gewünschten Pacifikation Polens am meisten selbst beitragen könnten, wenn sie jene Quelle verschließen würden". Die drei Mächte legten auf dies hin der russischen Regierung sechs Forderungen vor, welche sie bei der Neuordnung Polens berücksichtigt zu sehen wünschten, und von denen jene selbst schon einige gewährt hatte. In einen Krieg mit Rußland wollten England und Oestreich wegen Polens sich nicht einlassen, zumal ja Oestreich selbst ein beträchtliches Stück Polen besaß, und als Napoleon seinen diplomatischen Rückzug durch den Vorschlag der Berufung eines europäischen Kongresses zu verdecken suchte, weigerte sich England, an einem solchen teilzunehmen, und Gortschakow wies die Idee, daß auf einem Kongreß die inneren Angelegenheiten Rußlands verhandelt werden sollten, als unvereinbar mit der Würde des Kaisers zurück. Der Kongreß kam daher nicht zustande, und der Tod des Königs von Dänemark lenkte die Aufmerksamkeit der Großmächte von der Weichsel ab und richtete dieselbe nach der Eider. Preußen, welches befürchten mußte, daß der Aufstand von Polen nach Posen hinübergetragen werde, hatte am 8. Februar 1863 zur Unterdrückung desselben eine geheime Konvention mit Rußland geschlossen, wonach jeder der beiden Staaten die Grenzen des Nachbargebietes überschreiten und die Insurgenten auf demselben verfolgen durfte. Die französische Regierung wollte England und Oestreich zum Erlaß einer gemeinsamen Note gegen dieses Vorgehen Preußens bewegen, drang aber bei diesen nicht durch. Als dann Preußen aufgefordert wurde, sich der diplomatischen Intervention Frankreichs, Englands und Oestreichs anzuschließen, lehnte es ab. Durch diese Haltung Preußens fühlte sich Rußland aufs neue zum Dank verpflichtet. Die preußische Politik leitete damals Herr von Bismarck-Schönhausen, welcher am 8. Oktober 1862 zum Präsidenten des Staatsministeriums und zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten ernannt worden war. Wollte er seine nationalen Pläne durchführen, so war ihm die Freundschaft und das dankbare Verhalten Rußlands vom höchsten Wert. Von der Fortschrittspartei in der preußischen Abgeordnetenkammer wegen dieser Konvention angegriffen, erklärte er am 26. Februar 1863: „Die Neigung, sich für fremde Nationalitäten und Nationalbestrebungen zu begeistern, auch dann, wenn dieselben nur auf Kosten des eigenen Vaterlandes

(c) Instituto Cervantes de Madrid

verwirklicht werden können, ist eine politische Krankheitsform, deren geographische Verbreitung sich leider auf Deutschland beschränkt."

3) Die Türkei und Griechenland.

(1860—1863.)

Die Türkei, obgleich Siegerin, ging doch geschwächt aus dem Krimkriege hervor. Drei Vasallenstaaten und sämtliche christliche Unterthanen waren unter den Schutz der Großmächte gestellt. Die kaiserlichen Erlasse, welche der Sultan Abdul Medschid am 3. November 1839 und am 18. Februar 1856 hinsichtlich der Gleichstellung seiner christlichen und mohammedanischen Unterthanen veröffentlicht hatte, hatten bei der Schlaffheit und Gleichgültigkeit der Regierung und bei dem Haß der türkischen Rasse gegen die Christen wenig praktischen Wert. In Syrien, besonders in Damaskus, verübte die türkische Bevölkerung 1860 die entsetzlichsten Greuel an den Christen, was dem französischen Kaiser Anlaß zu einer zehnmonatlichen Okkupation Syriens gab. Am 26. Juni 1861 starb Abdul Medschid, ein Herrscher von gutem Willen, der aber alle seine Kraft in den Genüssen des Harems vergeudet hatte. Sein Nachfolger war sein Bruder Abdul Aziz, welcher nach einigen Versuchen, die Uebelstände in der Verwaltung zu beseitigen, einer grenzenlosen Verschwendung und Günstlingsherrschaft sich hingab. Es fehlte zwar nicht an Ministern, die, wie Fuad Pascha, die Ansicht hatten, daß das türkische Reich nur durch Einführung und Durchführung von abendländischen Reformen von raschem Untergange zu retten sei; aber wenn auch ein Anlauf zu solchen Reformen gemacht wurde, so scheiterten dieselben doch wieder an der Unfähigkeit und Gewissenlosigkeit der Beamten

Sultan Abdul Aziz.

(c) Instituto Cervantes de Madrid

und an den unvertilgbaren Vorurteilen der Mohammedaner gegen die Christen.

Die nach Unabhängigkeit strebenden Vasallenstaaten verursachten der Pforte große Schwierigkeiten. Die Fürstentümer Moldau und Walachei, welche beide 1859 den moldauischen Oberst Cusa zu ihrem Hospodaren gewählt hatten, erklärten am 23. Dezember 1861 ihre staatliche Vereinigung unter dem Namen „Rumänien", ohne sich um den Protest der Pforte, deren Oberhoheit dadurch zu einem Schatten herabgedrückt wurde, zu kümmern. Die despotische Regierung des Fürsten veranlaßte eine Verschwörung. In der Nacht vom 24. Februar 1866 wurde Cusa in seinem Palast überfallen und zur Abdankung genötigt. An seine Stelle wurde Prinz Karl von Hohenzollern, der zweite Sohn des Fürsten Anton von Hohenzollern, zum Fürsten von Rumänien gewählt und von der Pforte als erblicher Fürst bestätigt. In Serbien bekämpften sich die beiden Familien Karagiorgiewitsch und Obrenowitsch. Alexander Karagiorgiewitsch, welcher 1843 zum Fürsten gewählt worden und durch seine Hinneigung zu Oestreich die mit Rußland befreundete nationale Partei sich entfremdete, wurde 1858 von der Skuptschina (Volksvertretung) abgesetzt und begab sich nach Oestreich. Darauf wurde der alte Milosch Obrenowitsch, welcher von 1817 bis 1839 als Fürst von Serbien regiert hatte, auf den Fürstenstuhl erhoben, und als derselbe 1860 starb, sein Sohn Michael III. Obrenowitsch, welcher schon einmal, 1839 bis 1842, regiert hatte, zum Fürsten ernannt. Unter letzterem setzten die Serben es durch, daß, nachdem in Belgrad blutige Konflikte zwischen den christlichen und den mohammedanischen Einwohnern ausgebrochen waren, die letzteren, mit Ausnahme der Besatzungstruppen, 1862 das Land verlassen mußten und 1867 auch alle serbischen Festungen von den türkischen Besatzungen geräumt wurden. Infolge einer von Alexander Karagiorgiewitsch angestifteten Verschwörung wurde Fürst Michael III. am 10. Juni 1868 ermordet, worauf die Skuptschina den einzigen noch lebenden Obrenowitsch, den vierzehnjährigen Milan IV., zum Fürsten ernannte. Zunächst wurde eine Regentschaft von drei Mitgliedern eingesetzt, welche vier Jahre lang die Regierung führte. Am 22. August 1872 wurde Milan für volljährig erklärt und trat die Regierung an.

In Griechenland herrschte seit dem orientalischen Krieg

(c) Instituto Cervantes de Madrid

von 1853—1856 große Unzufriedenheit mit König Otto, weil dieser die damalige Lage nicht dazu benutzt hatte, den Versuch zu machen, um die vorherrschend von Griechen bewohnten Provinzen des türkischen Reiches mit dem Königreich zu vereinigen. Wir haben gesehen, daß die Westmächte solche Gelüste mit Gewalt niederhielten. Die Griechen, welche sehr vertrauensselig waren und mehr ihre Wünsche als ihre realen Machtmittel in Berechnung zogen, glaubten, daß die passive Natur ihres Königs das Haupthindernis für die Durchführung ihrer nationalen Pläne sei, und dachten deshalb an einen Thronwechsel. Im Februar 1862 brach ein Militäraufstand in Nauplia aus; derselbe wurde unterdrückt und gegen die Aufständischen mit großer Schonung verfahren. Im Oktober 1862 machte der König mit seiner Gemahlin, der Prinzessin Amalie von Oldenburg, eine Reise durch den Peloponnes. Hinter ihm brachen Aufstände in Vonizza, Patras, Korinth und zuletzt auch in Athen aus. Eine provisorische Regierung bildete sich in Athen und sprach die Thronentsetzung Ottos aus. Auf die Nachricht von diesem Aufstand eilte das Königspaar am 23. Oktober in den Piräus zurück, durfte jedoch nicht landen und fuhr nach Salamis. Von hier erließ Otto seine letzte Proklamation an die Griechen und zeigte ihnen seinen Entschluß an, in sein Vaterland zurückzukehren. Er bestieg ein englisches Schiff, das ihn nach Triest brachte, und begab sich in sein Heimatland Bayern. Seinen Aufenthalt nahm er in Bamberg und starb dort am 26. Juli 1867; seine Ehe war kinderlos geblieben. Die Griechen wählten zuerst den Prinzen Alfred von England und, als das englische Kabinett die Wahl nicht annahm, am 30. März 1863 den zweiten Sohn des durch das Londoner Protokoll zum König von Dänemark bestimmten Prinzen Christian von Glücksburg, einen Bruder der Prinzessin von Wales, zu ihrem König.

König Georgios von Griechenland.

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Zur Bedingung seiner Annahme machte dieser die Vereinigung der unter englischer Oberhoheit stehenden Jonischen Inseln mit Griechenland, und England, dessen Wünschen diese Königswahl entsprach, willigte ein und trat die Inseln ab. Der Prinz landete am 30. Oktober 1863 im Piräus und übernahm als König Georgios die Regierung.

4) König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen und die Regentschaft. (1850—1859.)

Auf dem Gebiete der Zoll- und Handelspolitik hatte die preußische Regierung große Erfolge zu verzeichnen, welche ihm Oestreich eine Zeitlang streitig zu machen suchte. Obgleich letzteres zur Nichtanerkennung der Frankfurter Reichsverfassung am meisten beigetragen hatte, so wollte es doch diejenigen Bestimmungen desselben, welche die Zollverhältnisse betrafen, sich zu Nutzen machen. Das Frankfurter Parlament hatte beschlossen: „Das Deutsche Reich soll ein Zoll- und Handelsgebiet bilden, umgeben von gemeinschaftlicher Zollgrenze, mit Aufhebung aller Binnengrenzzölle, und es bleibt der Reichsgewalt vorbehalten, auch nicht zum Reiche gehörige Länder und Landesteile mittels besonderer Verträge dem deutschen Zollgebiet anzuschließen.“ Auf Grund dieses § 33 der Reichsverfassung verlangte Oestreich in den Jahren 1849 und 1850 mehrmals von Preußen, daß die Herstellung einer Zolleinigung zwischen Oestreich und Deutschland als Bundesangelegenheit betrieben werden solle, wurde aber stets abschlägig beschieden. Darauf lud es, nachdem es im Oktober 1850 seine sämtlichen Binnenzölle, auch die gegen Ungarn, aufgehoben und am 25. November 1850 einen neuen Zolltarif veröffentlicht hatte, welcher das östreichische Zollsystem im wesentlichen dem des Zollvereins gleichstellte, sämtliche zu letzterem gehörigen Regierungen nach Wien zur Beratung eines Zoll- und Handelsvertrags ein. Inzwischen aber hatte Preußen am 7. September 1851 mit Hannover einen Vertrag über die Vereinigung des Steuervereins (Hannover, Braunschweig, Oldenburg, Lippe-Schaumburg) mit dem Zollverein abgeschlossen. Im Interesse seiner politischen Machtstellung und mit Rücksicht auf die zerrüttete Finanzlage Oestreichs konnte Preußen eine Einigung des Zollvereins mit Oestreich nicht wünschen. Es lehnte daher die Einladung zu den Wiener Zollkonferenzen ab und erklärte in der Berliner

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Zollkonferenz vom April 1852, daß es den Zollvertrag für Ende 1853 kündige, wenn die Zollvereinsmitglieder den mit Hannover abgeschlossenen Septembervertrag nicht anerkennen würden, und daß es erst nach erfolgter Anerkennung in Unterhandlungen mit Oestreich treten werde. Die Darmstädter Koalition (Bayern, Sachsen, Württemberg, die drei Hessen, Nassau), welche bei den Konferenzen von Wien, Bamberg und Darmstadt sich gegen Oestreich verpflichtet hatten, die Zolleinigung mit Oestreich zur Bedingung der Erneuerung der Zollverträge zu machen, war somit vor die Frage gestellt, ob sie die sehr bedenkliche Einigung mit Oestreich der bewährten Einigung mit Preußen vorziehen solle. Bei aller Hinneigung zu Oestreich wagten diese Staaten einen solchen Schritt nicht, zumal da ihre Industriellen aufs dringendste davon abmahnten. Der Konflikt wurde dadurch gelöst, daß Preußen am 19. Februar 1853 mit Oestreich, wo Graf von Buol-Schauenstein die auswärtigen Angelegenheiten leitete, einen Handels- und Zollvertrag auf zwölf Jahre (bis zum 31. Dezember 1865) schloß, und daß auf der Berliner Zollkonferenz vom 4. April 1853 die Bevollmächtigten sämtlicher Staaten des bisherigen Zoll- und Steuervereins die Verträge über die Erneuerung des Zollvereins auf zwölf Jahre, die Aufnahme des Steuervereins in denselben und den Beitritt zu dem preußisch-östreichischen Zoll- und Handelsvertrag unterzeichneten. Mit Ausnahme der drei Hansestädte, Mecklenburgs, Schleswig-Holsteins und Liechtensteins umfaßte nun der deutsche Zollverein das gesamte nichtöstreichische Deutschland. Zu gleicher Zeit erwarb Preußen durch den Vertrag vom April 1853 von Oldenburg, trotz des Widerspruchs der hannöverschen Regierung, das Hafengebiet am Jadebusen und damit für die Anfänge seiner Seemacht einen festen Punkt an der Nordsee. Eine neue Zollvereinskrisis entstand durch den von Preußen am 2. August 1862, sowohl für sich als für den Zollverein, mit Frankreich abgeschlossenen Handelsvertrag. Oestreich, das seine handelspolitischen Interessen dadurch gefährdet glaubte, protestierte gegen diesen Vertrag, bot Preußen auf Grundlage des bisherigen Zollvereinstarifs den Eintritt seines Gesamtstaates in den Zollverein an und fand bei den meisten deutschen Mittelstaaten, welche den Vertrag nicht anerkennen wollten, Unterstützung. Da aber Preußen die Vorschläge Oestreichs ablehnte und seinen Zollvereinsgenossen erklärte, daß es eine

(c) Instituto Cervantes de Madrid

definitive Ablehnung des französischen Handelsvertrags als eine Kündigung des am 1. Januar 1866 ablaufenden Zollvereinsvertrags ansehen würde, so gaben allmählich sämtliche Staaten ihre verneinende Stellung auf und erteilten auf der Berliner Zollkonferenz vom 30. September 1864 ihre Zustimmung zu der preußischen Handelspolitik. Darauf verständigte sich Preußen, den Wünschen der übrigen Zollvereinsstaaten gemäß, mit Frankreich über einige Abänderungen des Handelsvertrags und schloß auf ähnlichen Grundlagen in den nächsten Jahren auch Verträge mit Oestreich, England und Italien.

Die Beziehungen Preußens zu Frankreich wurden vom Kaiser Napoleon III., welcher mit Hilfe desselben große Pläne ausführen wollte, frühzeitig sehr gepflegt. Schon 1851 schickte er als Prinzpräsident seinen vertrautesten Agenten, den Herrn von Persigny, nach Berlin, um Preußen zu einer Allianz mit Frankreich zu bewegen, welche die Vertreibung der Oestreicher aus Italien zum Zweck haben sollte. Zum Lohn für diesen Dienst wollte Frankreich nicht hinderlich sein, wenn Preußen die Macht Oestreichs in Deutschland breche und letzteres den nationalen Bestrebungen entsprechend konstituiere. Für sich selbst wollte Napoleon keinen reellen Gewinn und, wie Persigny sagte, höchstens an Savoyen und Landau denken. Daß Friedrich Wilhelm IV. ein Jahr nach Abschluß des Olmützer Vertrags auf solche Vorschläge nicht einging, ist begreiflich. Aber vier Jahre nachher, als Napoleon im April 1855 der Königin Viktoria einen Besuch auf der Insel Wight machte, sprach er von ganz anderen Dingen als von Savoyen und Landau. Im Gespräch mit dem Prinzen Albert erklärte er, daß für die Befestigung seiner Dynastie in Frankreich nur noch eins, dieses aber unerläßlich sei: Belgien und das linke Rheinufer. Auf den Einwand des Prinzen, daß das englische Parlament und Preußen solchem Beginnen Halt gebieten würden und daß ein kolossaler Krieg daraus entstehen würde, entgegnete Napoleon: „Nicht im mindesten! Nicht ein Pistolenschuß wird deshalb abgefeuert werden. Ihrem Parlamente gebe ich einen guten Handelsvertrag; Preußen aber versteht sein Interesse und wird mir gern zwei Millionen Seelen abtreten, wenn es dafür zehn oder zwölf sich selbst in Deutschland nehmen darf." Im Mai 1857 kam der Vetter des Kaisers, der Prinz Louis Napoleon, nach Berlin, um im Namen des ersteren

(c) Instituto Cervantes de Madrid

dem Prinzen von Preußen das Großkreuz des Ordens der Ehrenlegion zu überreichen und bei dem preußischen Hofe hinsichtlich der angeführten Vergrößerungspläne zu sondieren. Doch wurde der Prinz vom König mit auffallender Geringschätzung behandelt.

Die Neuenburger Frage schien 1856 Preußen in einen Krieg mit der Schweiz zu verwickeln. Der Kanton Neuenburg hatte sich im Revolutionsjahre 1848 von der preußischen Oberhoheit losgerissen und das Fürstentum zu einer Republik gemacht. Preußen protestierte dagegen, that aber nichts, um den alten Zustand wiederherzustellen. Doch hatte es dort noch einige ergebene Anhänger, welche für sich selbst einen Restaurationsversuch machten. Am 2. September 1856 stellte sich Graf Friedrich von Pourtalès an die Spitze einer kleinen königlichen Partei, bemächtigte sich des Neuenburger Schlosses, pflanzte die hohenzollerische Fahne auf und sprengte die republikanische Regierung. Aber schon nach zwei Tagen war die königliche Herrschaft zu Ende. Die Neuenburger Radikalen, von eidgenössischer Mannschaft unterstützt, nahmen das Schloß und machten die Royalisten zu Gefangenen. Dieselben sollten vor Gericht gestellt und als „Rebellen" behandelt werden. Preußen verlangte ihre sofortige Freilassung und drohte mit Krieg. Die Schweiz wollte nicht nachgeben. General Düfour wurde zum Oberbefehlshaber des eidgenössischen Heeres ernannt und besetzte die Grenze gegen Deutschland. Die Diplomatie suchte den Konflikt friedlich beizulegen. Unter Napoleons Vermittlung kam ein Vergleich zustande, wonach die gefangenen Royalisten entlassen wurden und der König von Preußen seinen Rechten auf Neuenburg entsagte (26. Mai 1857). Die angebotene Geldentschädigung lehnte er ab, bestand aber auf der Beibehaltung des Titels eines „Fürsten von Neuenburg".

Noch im nämlichen Jahre trat ein folgenreiches Ereignis ein. Von einer Reise nach Wien zurückgekehrt, erkrankte König Friedrich Wilhelm IV.; er war einer unheilbaren Gehirnkrankheit verfallen und mußte am 23. Oktober 1857 seinen Bruder, den Prinzen Wilhelm von Preußen, zu seinem Stellvertreter, zunächst auf drei Monate, ernennen. Die Stellvertretung wurde dreimal erneuert, konnte aber, da das Befinden des Königs immer schlechter wurde, nicht länger fortgesetzt werden; denn als bloßer Stellvertreter

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Kaiser Wilhelm als Prinz von Preußen.

mußte der Prinz die Politik seines Bruders befolgen und dessen Minister im Amt behalten und konnte keine selbständige Politik verfolgen. Und doch türmten sich in Italien gewaltige Kriegswolken auf. Erst am 7. Oktober 1858 wurde dem Prinzen unter dem Titel eines Regenten die volle Regierungsgewalt übertragen, worauf er am 26. vor beiden Häusern des Landtags den Eid auf die Verfassung ablegte. Die bisherigen Minister, Manteuffel, Raumer, Bodelschwingh, Waldersee, Heydt und Simons, gaben ihre Entlassung ein, und der Fürst Anton von Hohenzollern wurde am 5. November mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt. Dasselbe kam am 6. November zustande. Auerswald, Flottwell (bald darauf durch Schwerin ersetzt), Schleinitz, Bonin, Patow, Pückler, Bethmann-Holl-

(c) Instituto Cervantes de Madrid

weg traten als neue Minister in das Kabinett ein; Heydt und Simons wurden in ihren Aemtern neu bestätigt; der Fürst von Hohenzollern übernahm die Präsidentschaft. Die neuen Minister waren verfassungstreue Männer, von freisinnigen Grundsätzen, jedoch von politischer Mäßigung. In seiner Ansprache an das neue Ministerium, am 8. November 1858, entwickelte der Prinzregent die Grundsätze seiner Politik und bezeichnete die für die Stellung Preußens nötigen Reformen. Er tadelte es, wenn eine heuchlerische Orthodoxie in der evangelischen Kirche die Religion zum Deckmantel politischer Bestrebungen zu machen suchte, wollte der katholischen Kirche ihre verfassungsmäßigen Rechte lassen, aber Uebergriffe über diese hinaus nicht dulden und das Unterrichtswesen in dem Bewußtsein geleitet sehen, daß Preußen durch seine höheren Lehranstalten an der Spitze der Intelligenz stehen solle. Den größten Nachdruck legte er auf eine zeitgemäße Reorganisation des Heeres: „Preußens Heer muß mächtig und angesehen sein, um, wenn es gilt, ein schwer wiegendes politisches Gewicht in die Wagschale legen zu können." Ueber die auswärtige Politik sagte er: „Mit allen Großmächten muß Preußen im freundschaftlichsten Vernehmen stehen, ohne sich fremden Einflüssen hinzugeben und ohne sich die Hände frühzeitig durch Traktate zu binden. In Deutschland muß Preußen moralische Eroberungen machen, durch eine weise Gesetzgebung bei sich, durch Hebung aller sittlichen Elemente und durch Ergreifung von Einigungselementen, wie der Zollverband es ist, der indes einer Reform wird unterworfen werden müssen. Die Welt muß wissen, daß Preußen überall das Recht zu schützen bereit ist. Ein festes, konsequentes und, wenn es sein muß, energisches Verhalten in der Politik, gepaart mit Klugheit und Besonnenheit, muß Preußen das politische Ansehen und die Machtstellung verschaffen, die es durch seine materielle Macht allein nicht zu erreichen imstande ist." Mit dieser Ansprache bezeichnete sich der Prinzregent als eine verständig und praktisch angelegte Natur, die, fern von aller Romantik, an die realen Verhältnisse sich hielt, für die militärische Ehre Preußens sehr empfindlich, den nationalen Bestrebungen der deutschen Patrioten zugänglich war und seine ganze Regententhätigkeit der Größe Preußens und Deutschlands zu widmen entschlossen war. Demütigungen Preußens, wie sie Fürst Schwarzenberg ausgeführt hatte, waren unter dieser Regie-

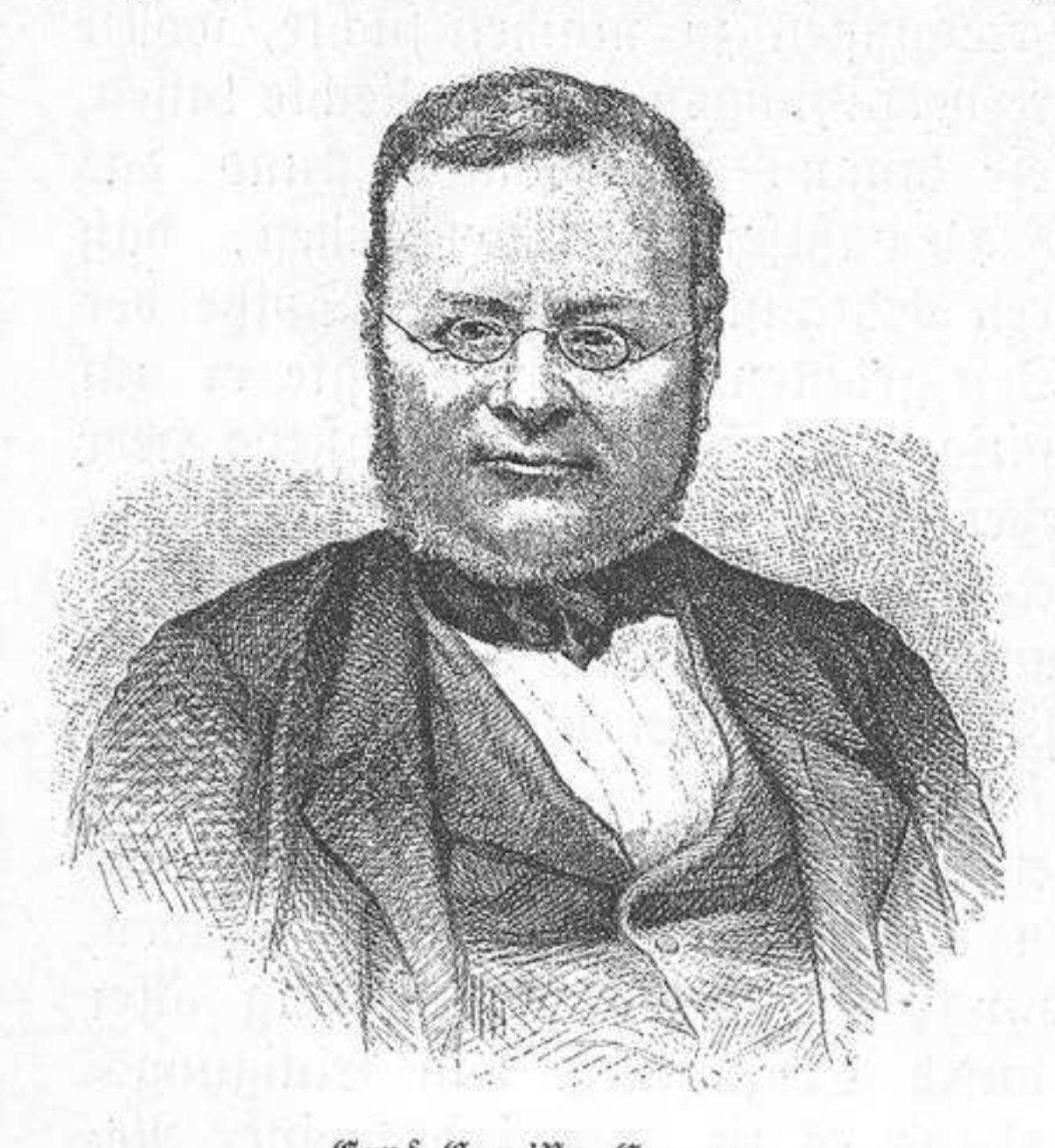
(c) Instituto Cervantes de Madrid

rung unmöglich. Die Gelegenheit, eine feste und würdige Stellung zu den europäischen Ereignissen zu nehmen, zeigte sich sofort.

5) Der italienische Krieg.

(1859—1866.)

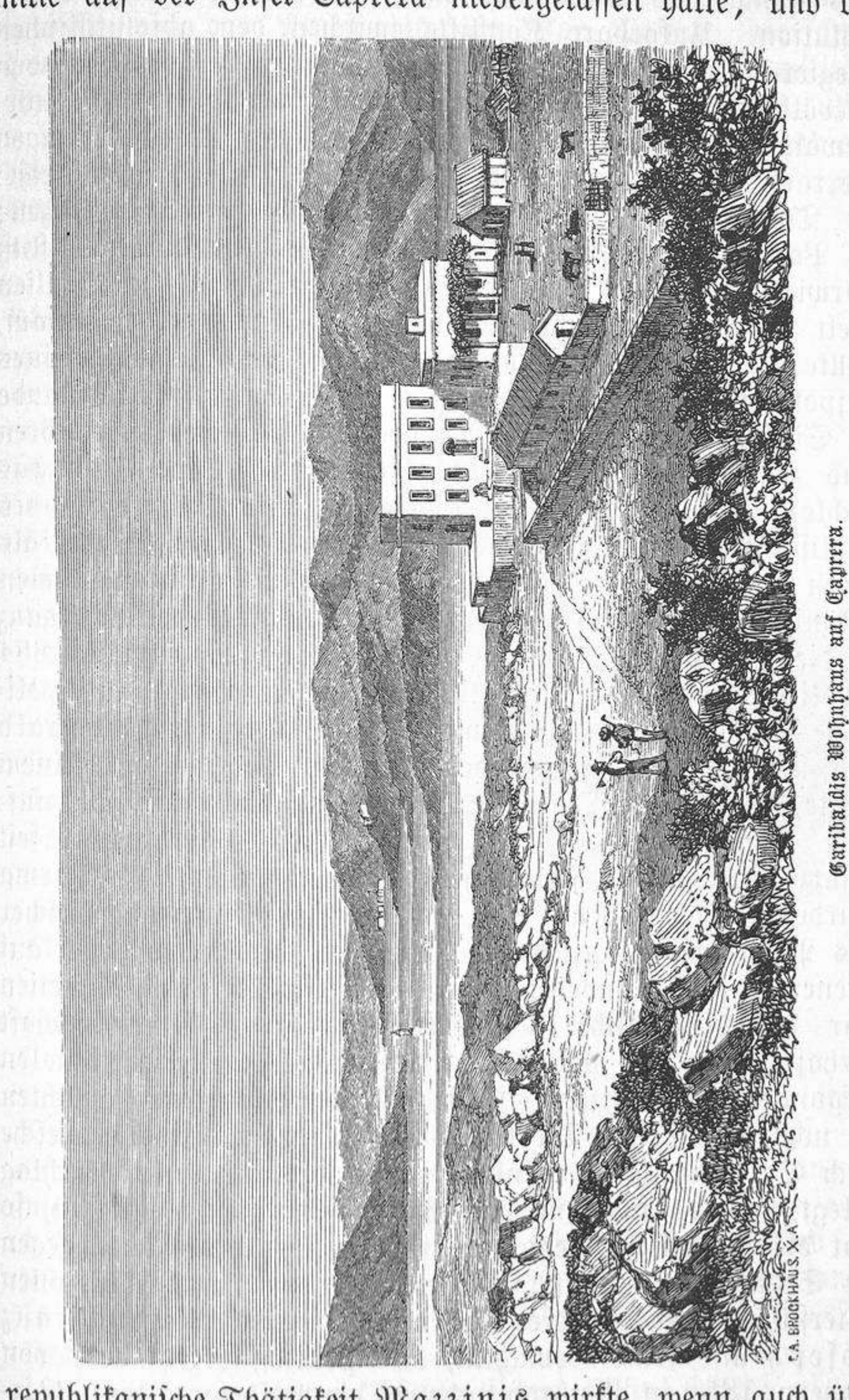
Der große italienische Staatsmann Graf Camillo Cavour, welcher seit 1852 an der Spitze des Ministeriums in Sardinien stand, hatte die nationalen Pläne, die er verfolgte, in einer Denkschrift niedergelegt, die er 1856 dem Pariser Friedenskongreß vorlegte. Darin erklärte er, daß Europa keinen dauernden Frieden haben werde, bis die nationalen Forderungen der Italiener erfüllt seien; die Großmächte sollten die nationale Einheit und Selbständigkeit Italiens anerkennen, Oestreich im lombardisch-venetianischen Königreiche eine liberale Verfassung geben, die fremden Truppen aus dem Kirchenstaat entfernt werden, ein weltlicher Statthalter unter der Oberhoheit des Papstes dort regieren und der Willkürregierung in Neapel und Sizilien durch eine Intervention ein Ende gemacht werden. Wenn auch dieses Programm, da es mit der orientalischen Frage nicht im Zusammenhang stand, auf dem Pariser Kongreß nicht zur Beratung kam, so war es nun doch vor das Forum Europas gebracht, und es war deutlich zu sehen, daß Frankreich und England dasselbe billigten und daß Rußland seine Schadenfreude über Oestreichs Verlegenheit kaum verbergen konnte. Man wußte von da an, daß auf den orientalischen Krieg ein italienischer folgen werde. Für das Cavoursche Programm wirkte der über ganz Italien verbreitete „Nationalverein", der von Manin und Pallavicino gegründet worden war und von dem Sizilianer La Farina gefördert wurde. An



Graf Camillo Cavour.

(c) Instituto Cervantes de Madrid

ihn schloß sich Garibaldi an, welcher sich mit seiner Familie auf der Insel Caprera niedergelassen hatte, und die



Garibaldis Wohnhaus auf Caprera.

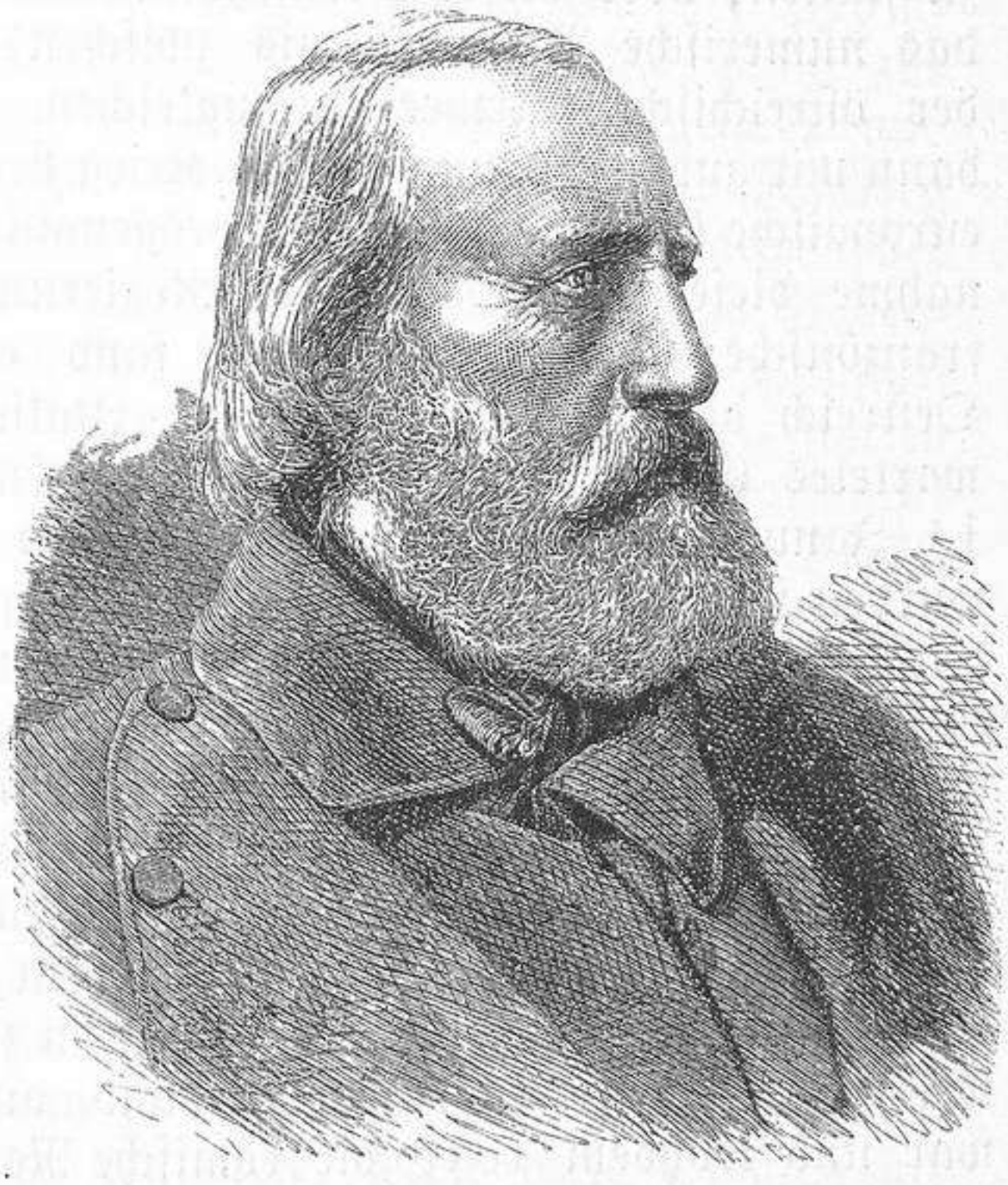
republikanische Thätigkeit Mazzinis wirkte, wenn auch über das Programm hinausgehend, wenigstens in ihrer destruktiven Aktion für das nämliche Ziel.

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Die Zustände Italiens waren trostlos. Mit Ausnahme des Königreichs Sardinien waren alle Länder reif zur Revolution. Unlösbare Konflikte zwischen den absolutistischen Regierungen und der nach Einheit und Freiheit strebenden Bevölkerung ließen keine Ruhe eintreten. Nur die Militärgewalt hielt gewaltsame Ausbrüche zurück. In den Festungen Ferrara und Piacenza hatte Oestreich das Garnisonsrecht; in Toscana und Modena herrschten östreichische Prinzen; in Parma, Rom und Neapel war der östreichische Einfluß vorwiegend. König Ferdinand II. von Neapel und Sizilien hielt durch schweizerische Söldner sein Volk im Gehorsam, füllte die Gefängnisse und Galeeren mit den Gegnern seines despotischen Regiments, ließ sich hierin durch die Aufstände in Sizilien und durch den Mordversuch Milanos nicht stören und zog sich mit seinem schlechten Gewissen meist in das Schloß Caserta oder nach Gaeta zurück. Die Briefe des englischen Staatsmannes Gladstone bezeichneten ihn als einen hassenswerten Tyrannen, dem sein Volk den Namen „König Bomba" gab. Unter Papst Pius IX., welcher ganz in die Hände der Jesuiten gefallen war, zählte man 1854 im Kirchenstaat 13000 politische Gefangene und 19000 politische Flüchtlinge. Selbst der mildgesinnte Großherzog Leopold von Toscana setzte sich in den schärfsten Gegensatz zu seinem Volke, als er auf Oestreichs Andrängen die Verfassung aufhob. Herzog Franz IV. von Modena betrieb schon seit Jahrzehnten seinen jesuitischen Absolutismus. In Parma wurde der Herzog Karl III., ein spanischer Bourbon, welcher das Prügelsystem gegen die Patrioten anwandte, 1854 auf offener Straße ermordet. In der Lombardei und Venetien war die östreichische Herrschaft schon als Fremdherrschaft verhaßt, und das gewaltsame Niederhalten aller nationalen Regungen, die Polizeiwirtschaft und der Steuerdruck machten sie noch verhaßter. Die Güter der reichen Patrioten, welche nach Sardinien ausgewandert waren, wurden mit Beschlag belegt, und da sich jene dort hatten naturalisieren lassen, so trat die sardinische Regierung für sie ein, protestierte gegen die Sequestrationen und wurde dabei von den Westmächten unterstützt. Ein längerer Aufenthalt, welchen Kaiser Franz Joseph und seine Gemahlin, die Prinzessin Elisabeth von Bayern, 1856 in Mailand nahmen, die Aufhebung der Gütersequestration und der Erlaß einer Amnestie änderten nichts in dem Verhältnis zwischen Regierung und Volk; die Stim-

(c) Instituto Cervantes de Madrid

mung wurde keine bessere; denn die Grundlagen dieser Herrschaft blieben ja dieselben. Diese politischen Mißverhältnisse, wie sie von den Alpen bis zum Kap Passaro herrschten, konnten nur so lange bestehen, als kein Staat von militärischer Bedeutung den Kampf mit Oestreich aufnahm. War dessen Herrschaft in Italien gebrochen, so fielen die absolutistischen Dynastien und Regierungen in Mittel- und Unteritalien wie ein Kartenhaus zusammen.



Giuseppe Garibaldi.

Die sardinische Regierung, welche, gegenüber dieser gehaßten Reaktion und Fremdherrschaft, die Verfassung in liberalem Sinne fortbildete, die nationalen Ziele nie aus den Augen verlor, den Jesuitismus bekämpfte und alle flüchtigen italienischen Patrioten aufnahm, war die einzige, nach welcher alle nationalgesinnten Männer hoffnungsvoll ihre Blicke richteten. König Viktor Emanuel hatte ein Herz für Italiens Größe und war bereit, sich mit seiner wohlgeübten und wohldisziplinierten Armee an dessen Spitze zu stellen. Sein Ministerpräsident Cavour, welcher ungemein viel Scharfsinn besaß, die feinsten Pläne zu entwerfen und auf mehrere Jahre hinaus die Wege vorzubereiten, sorgte dafür, daß der Fehler von 1848 nicht mehr begangen und daß, wenn es zum Kriege kam, dieser nicht in dynastischem, sondern in nationalem Interesse geführt wurde, und daß die Sache Italiens zugleich die Sache des Hauses Savoyen war. Was die Mittel zur Verwirklichung seiner Pläne betraf, so war Cavour zu sehr Italiener und Nachkomme Macchiavellis, als daß er sich so leicht von Gewissensskrupeln hätte beunruhigen lassen.

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Doch mit den Hilfsquellen und Streitkräften Sardiniens, das kaum fünf Millionen Einwohner hatte, und mit dem Beistand der italienischen Emigration und einiger Aufstände getraute sich Cavour nicht, den Kampf gegen Oestreich glücklich durchführen zu können. Die damalige Isoliertheit Oestreichs, welche die Folge seines Verhaltens im Krimkrieg und seiner italienischen Mißregierung war, kamen ihm zwar sehr zu statten; aber dieses Moment war nicht stark genug, um das numerische Mißverhältnis zwischen der sardinischen und der östreichischen Armee auszugleichen. Cavour konnte nur dann mit guten Hoffnungen den Krieg beginnen, wenn er eine europäische Großmacht zur Bundesgenossin hatte. Zur Uebernahme dieser Rolle war keine Regierung so bereit wie die französische; denn Napoleon fand es unerträglich, daß Oestreich den größten Einfluß in Italien besitze. Ein unerwartetes Ereignis beschleunigte seine Entschlüsse. Als er am 14. Januar 1858 mit seiner Gemahlin nach der Oper fuhr, wurden Handgranaten gegen seinen Wagen geschleudert, wodurch viele Personen getötet oder verwundet wurden, das Kaiserpaar nur leicht verletzt wurde. Das Attentat war von Felix Orsini ausgegangen, welcher Mitglied der konstituierenden Versammlung in Rom, dann Gefangener in Mantua gewesen war und nach seiner Flucht von dort in England sich mit drei anderen Flüchtlingen, Pieri, Rudio und Gomez, verbunden hatte, um Napoleon zu ermorden. Dieser, welcher 1831 in den Karbonaribund aufgenommen worden war und trotzdem 1849 die römische Republik gestürzt hatte, schien der Mazzinischen Partei das Haupthindernis für die Herstellung der italienischen Unabhängigkeit zu sein und sollte deshalb aus dem Wege geräumt werden. Vom Gefängnis aus richtete Orsini zwei Schreiben an Napoleon, worin er diesen erinnerte, daß „Italiens Söhne ihr Blut für seinen Oheim vergossen", und mit den Worten schloß: „Befreien Sie mein Vaterland, und der Segen von 25 Millionen Bürgern wird Ihnen auf die Nachwelt folgen!" Orsini und Pieri wurden hingerichtet, die beiden anderen Mitschuldigen deportiert. Ein fünfter Verschworener, der Franzose Bernard, war in England zurückgeblieben. England verweigerte die Auslieferung desselben, und das englische Schwurgericht sprach ihn frei. Darüber kam es beinahe zum Bruch zwischen England und Frankreich. Da aber jenes damals in Ostindien beschäftigt war, und dieses im Begriff war, seinen italienischen

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Krieg zu eröffnen, so hielten beide Staaten die Aufrechthaltung des guten Einvernehmens für angezeigt. Zur Bestätigung desselben nahm die Königin Viktoria die Einladung zur Teilnahme an der Hafeneinweihung in Cherbourg an und erschien dort am 5. August 1858.

Napoleon zögerte nicht mehr länger mit der Ausführung des Orsinischen „Testaments". Er hatte im Juli 1858 mit Cavour eine Zusammenkunft in dem Badeort Plombières (südlich von Epinal). Dort wurden die Pläne zur Befreiung Italiens von der Fremdherrschaft festgestellt und die Vertragsbestimmungen verabredet. Auf dem Rückweg nach Turin reiste Cavour, sei es aus eigener Initiative oder auf Veranlassung Napoleons, über Straßburg nach Baden-Baden, wo sich damals der Prinz Wilhelm von Preußen aufhielt. Ueber seine Unterredung mit dem Prinzen schrieb er am 25. Juli von Basel aus an den General Lamarmora: „Ich bin mit dem Prinzen von Preußen und seinen Diplomaten sehr zufrieden. Man nimmt allgemein an, daß Preußen seine moralische Niederlage von 1850, wodurch es fast allen Einfluß in Deutschland verloren hat, zu rächen suchen wird. Oestreich glaubt mit Sicherheit auf die Beihilfe der deutschen Staaten zweiten Ranges rechnen zu dürfen, besonders auf die Bayerns und Sachsens, die ihm schon jetzt bei allen den sich stets erneuernden Streitigkeiten im deutschen Bundestag hilfreich und ergeben zur Seite stehen. Viele nehmen aber auch an, daß, wenn es Ernst würde und es sich darum handelte, die Waffen zu ergreifen, selbst diese Staaten sich nicht gegen Frankreich erklären würden, falls Preußen es nicht wollte." Der Eindruck, welchen Cavour auf den Prinzen machte, gab sich in folgender Aeußerung des letzteren kund: „Er ist ja gar nicht so revolutionär, als man von ihm sagte."

Als wenige Monate nachher der Fürst Anton von Hohenzollern an die Spitze des neuen preußischen Ministeriums trat, schickte Cavour den Marchese Pepoli, welcher mütterlicherseits der Enkel des Königs Mürat und seit 1844 mit der Prinzessin Friederike von Hohenzollern, der Schwester des Fürsten, vermählt war, nach Düsseldorf, wo damals der Fürst sich aufhielt, um ihm mitzuteilen, wie sehr die sardinische Regierung freundschaftliche Beziehungen mit Preußen zu unterhalten wünsche, zumal da solche den Interessen beider Teile durchaus entsprechen würden. Piemont sei entschlossen, die Sache der italienischen Unabhängigkeit zu verfechten, welcher

(c) Instituto Cervantes de Madrid

entgegenzutreten Preußen gewiß keinen Grund habe. Die preußische Regierung möchte also, wenn sie nicht aktiv an den Feindseligkeiten gegen Oestreich teilnehmen wolle, wenigstens eine wohlwollende Neutralität beobachten. Die italienische Unabhängigkeit könne der Macht und dem Einflusse Preußens nur nützlich sein. Beide Dynastien seien ja die natürlichen Repräsentanten der Nationalitätsidee; Preußen so gut wie Piemont werde früher oder später genau in eben dieselbe Strömung und eben denselben Aktionskreis hineingerissen werden. Olmütz und Novara seien zwei schmerzliche Ereignisse ebenderselben Geschichte, zwei Niederlagen genau des nämlichen Prinzips. Der Krieg, welcher zunächst von Piemont gegen Oestreich unternommen würde, sei der Ausgangspunkt für den Sieg der Nationalitätsidee. Die Freundschaft Italiens werde und müsse Preußen in jeder Weise zu gute kommen und dessen Hegemonie obsiegen lassen über die Hegemonie Oestreichs in Deutschland.

Mit diesen Instruktionen reiste Pepoli ab und nahm den Weg nach Düsseldorf über Paris, wo ihm Napoleon noch weitere politische Ratschläge mitgab. Der Fürst von Hohenzollern nahm seinen italienischen Schwager aufs freundlichste auf, ließ sich aber auf keine bindende Zusage ein. Als Cavour den mündlichen Bericht Pepolis entgegennahm, sagte er: „Was man heute nicht abzuschließen vermag, wird man in der Zukunft abschließen. Preußen wird unvermeidlich in den Kreis der deutschen Nationalitätsidee hineingezogen werden. Die Allianz Preußens mit dem vergrößerten Piemont steht im Buche der Zukunft geschrieben."

Die Vorzeichen des Krieges erfolgten in den ersten Tagen des Januar 1859. Bei der Gratulationscour in den Tuilerien am Neujahrstag 1859 sagte Napoleon zu dem östreichischen Gesandten Baron Hübner: „Ich bedaure, daß unsere Beziehungen nicht so gut sind, als ich sie zu sehen wünsche; aber ich bitte Sie, dem Kaiser zu melden, daß meine persönlichen Gefühle für ihn immer die nämlichen sind." Viktor Emanuel sprach sich am 10. Januar bei Eröffnung der sardinischen Kammern noch deutlicher aus: „Trotz aller Achtung vor den Verträgen kann ich nicht unempfindlich sein für den Schmerzensschrei, der aus so vielen Teilen Italiens mir entgegentönt." In der Presse Frankreichs und Sardiniens wurde viel von der „Berechtigung der Nationalitäten" und von der „Revision der Verträge" gesprochen. Die am

(c) Instituto Cervantes de Madrid

30. Januar vollzogene Vermählung der ältesten Tochter Viktor Emanuels, der Prinzessin Klothilde, mit dem Prinzen Napoleon Bonaparte bildete einen Teil des Programms von Plombières und sollte das neue Bündnis noch enger knüpfen. Oestreich rüstete sich zum Krieg. Erzherzog Maximilian, der Bruder des Kaisers, welcher als Generalgouverneur des lombardisch-venetianischen Königreiches eine milde Regierung führte, wurde abberufen, der Belagerungszustand über das Land verhängt und Verstärkungsmannschaft nach Oberitalien geschickt. Auch Sardinien und Frankreich rüsteten mit aller Macht; doch war letzteres noch etwas zurück. Die Diplomatie gab sich alle Mühe, den Ausbruch des Kriegs zu verhindern, konnte aber nichts ausrichten. England suchte die östreichische Regierung zu Zugeständnissen zu bewegen, und Rußland schlug zur Entscheidung der italienischen Frage einen Kongreß vor. Da aber Oestreich zur Bedingung machte, daß die Verträge von 1815 die Grundlage der Verhandlungen bilden sollten und daß dem Kongreß eine allseitige Entwaffnung vorangehen solle, so kam dieser gar nicht zustande. Oestreich, das seine Gegner zum Krieg entschlossen sah und von einem längeren Aufschub desselben nur Nachteile hatte, da seine Finanzen, dadurch daß es monatelang ein großes Heer auf dem Kriegsfuß erhalten mußte, Not litten und die Feinde Zeit zur Vollendung ihrer Rüstungen erhielten, zog eine rasche Entscheidung durch die Waffen vor und ließ am 23. April 1859 in Turin ein Ultimatum übergeben, worin es erklärte, daß es die Feindseligkeiten beginnen werde, wenn die sardinische Armee nicht binnen drei Tagen entwaffnet werde. Sardinien

Viktor Emanuel, König von Italien.

(c) Instituto Cervantes de Madrid

gab am 25. April eine ablehnende Antwort, und Napoleon ließ am 26. durch seinen Gesandten in Wien die Mitteilung machen, daß er den Uebergang der Oestreicher über den Ticino als eine Kriegserklärung an Frankreich ansehen würde.

Bevor die politische Lage diese scharfe Spitze annahm, machte Napoleon im Februar 1859 der preußischen Regierung ähnliche Eröffnungen wie 1851 durch Persigny. Er glaubte, daß der Prinzregent und das liberale Ministerium Hohenzollern die Gelegenheit, an Oestreich Rache für Olmütz zu nehmen, gern ergreifen würden, und bot daher Preußen die Erwerbung von Holstein, Hannover, Kurhessen und eben damit die Hegemonie in Deutschland an, falls es Frankreich in dem italienischen Kriege unterstütze. Aber der Prinzregent, welcher so wenig als sein Bruder eine Allianz mit Napoleon schließen wollte, lehnte den Antrag ab und ließ dem Unterhändler erklären, Preußen huldige der Politik der freien Hand. Aus den Briefen, welche der Prinzregent am 7. Februar 1859 und am 4. März 1860 an den Prinzen Albert von England schrieb, sieht man, wie sehr er die sardinischen Annexionsgelüste mißbilligte, wie er voll Mißtrauen gegen Napoleon war und sowohl von Oestreichs Niederlage als von Oestreichs Sieg Gefahren für Deutschland und Preußen fürchtete, wie er es bedauerte, daß die italienischen Souveräne nicht rechtzeitig Reformen zu gewähren verstanden und dadurch ihren Untergang selbst herbeiführten, wobei er hinzufügte: „Möchte doch dieses Beispiel manchen deutschen Souveränen die Augen öffnen! Aber im Gegenteil, sie werden immer blinder.“

Auch Oestreich bewarb sich um die Unterstützung Preußens. Am 14. April 1859 traf Erzherzog Albrecht in Berlin ein, um den Prinzregenten zu vermögen, daß er seine Armee am Rhein aufstelle und dadurch Napoleon es unmöglich mache, zur Unterstützung Sardiniens Truppen nach Italien zu schicken. Auf diese Weise sollte die Hauptlast des Krieges von Italien nach Deutschland, vom Po an den Rhein verlegt werden. Der Prinz von Preußen, welcher keine Verpflichtung hatte, für Oestreichs italienischen Besitzstand und für dessen Spezialverträge mit den italienischen Kleinstaaten in die Schranken zu treten, wollte zunächst wissen, was für politische Ziele Oestreich bei diesem Kriege verfolge, um unter Umständen und in einem gewissen Moment mit einem Vermittlungsversuch zwischen die kriegführenden Teile zu treten

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Der Uebergang der französischen Truppen über den Mont Cenis.

und nach einem etwaigen Scheitern desselben zu weiterer Aktion überzugehen. Zu diesem Zwecke sandte er den General Willisen nach Wien. Da aber Oestreich nicht bloß seine Stellung in Italien in ihrem ganzen Umfang aufrechthalten wollte, sondern auch Sardinien möglichst unschädlich machen und mit Hilfe Preußens und des übrigen Deutschlands Na-

(c) Instituto Cervantes de Madrid

poleon stürzen und den Grafen Chambord auf den französischen Thron bringen wollte, so kam es zwischen Preußen und Oestreich zu keiner Verständigung; denn ersteres konnte nicht die Hand dazu bieten, Oestreichs Einfluß in Italien zum beherrschenden zu machen und in Frankreich einen legitimistisch-klerikalen Thron aufzurichten.

Inzwischen war der Krieg ausgebrochen. Am 29. April 1859 überschritt das östreichische Heer unter dem Oberbefehl des Feldmarschalls Grafen Franz Gyulay den Ticino. Radetzki, der Sieger von Custozza und Novara, war 1858 gestorben; sein Nachfolger Gyulay konnte nur auf seinen alten ungarischen Adel, nicht auf seine strategische Befähigung pochen. Der Feldzug war verloren, als er kaum angefangen hatte. Anstatt rasch auf Turin loszugehen, an Truppen und Kriegsmaterial zu vernichten, was ihm in die Hände fiel, die Straßen nach Savoyen und Genua zu besetzen und die französischen Heeresabteilungen, wie sie einzeln ankamen, zu schlagen und ins Gebirge und auf ihre Schiffe zurückzuwerfen, besetzte Gyulay den zwischen dem Ticino und der Sesia gelegenen Landstrich, die Lomellina, und blieb hier unthätig liegen, bis die Gegend durch Regengüsse überschwemmt wurde. Dieses Zögern gab den Sardiniern Zeit, ihre 80 000 Mann starke Armee vor der Festung Alessandria zu konzentrieren, und gewährte den Franzosen die Möglichkeit, rechtzeitig in Sardinien einzutreffen. Die französischen Truppen marschierten teils über den Mont Cenis, teils über den Mont Genèvre; der größere Teil derselben kam zur See in Genua an, darunter Napoleon selbst mit seinen berühmtesten Generalen, Canrobert, Mac Mahon, Niel. Napoleon übernahm, obgleich mehr Theoretiker im Kriegswesen, selbst den Oberbefehl über die französisch-sardinische Armee. In der Mitte des Mai waren die verbündeten Heere versammelt.

Um über die Stellung derselben sich Gewißheit zu verschaffen, schickte Gyulay 12 000 Mann unter dem General Grafen Stadion auf Rekognoszierung aus. Dieser stieß am 20. Mai bei Montebello auf die Franzosen und wurde zurückgeschlagen. Darauf lenkte Gyulay seine Aufmerksamkeit auf seinen linken Flügel, während die Verbündeten am 30. und 31. Mai über seinen rechten Flügel bei Palestro siegten und Garibaldi mit seinen Alpenjägern im Norden der Lombardei vordrang, Como besetzte und Mailand bedrohte. Infolgedessen konnte sich Gyulay in der Lomellina nicht

(c) Instituto Cervantes de Madrid

mehr halten und ging am 1. Juni bei Pavia über den Ticino zurück. Damit war die Offensive aufgegeben und das östreichische Heer auf die Defensive angewiesen. Die Verbündeten folgten rasch. Napoleon, welcher mit seiner Garde zu schnell vordrang, hätte an der Brücke von Buffalora eine Niederlage erlitten, wenn nicht Mac Mahon herbeigeeilt wäre und die Schlacht bei Magenta am 4. Juni zu gunsten der Verbündeten entschieden hätte (daher er den Titel eines Herzogs von Magenta erhielt). Die östreichischen Soldaten hatten heldenmütig gekämpft; aber in der Leitung der Truppen fehlte es an Einheit; die einzelnen Korpsführer (Clam-Gallas, Liechtenstein, Zobel) waren sich selbst überlassen. Mit der Niederlage von Magenta war für die Oestreicher die Lombardei verloren. Gyulay räumte Mailand und die anderen Städte, ließ die Festungswerke von Pavia und Piacenza sprengen, zog die östreichischen Besatzungen aus dem Kirchenstaat an sich und führte das ganze Heer über den Mincio zurück, um durch das Festungsviereck (Mantua, Verona, Legnago, Peschiera) gedeckt zu sein. Am 8. Juni hielten Napoleon und Viktor Emanuel unter dem Jubel der Bevölkerung ihren Einzug in Mailand, und jener erklärte in einer Proklamation an die Italiener, daß er nur zur Befreiung Italiens gekommen sei. Nach dem Abzug der Oestreicher erhob sich in Mittelitalien die Revolution. Der Herzog Franz von Modena, die Herzogin Luise von Parma mit ihrem minderjährigen Sohne Robert und der Großherzog Leopold von Toscana verließen ihre Staaten und suchten in Oestreich und in der Schweiz Schutz. Der Oberst Anviti von Parma, ein gefürchteter Günstling des ermordeten Herzogs Karl, wurde erstochen. Im Rücken der flüchtigen Souveräne erhoben sich provisorische Regierungen, welche die italienische Fahne aufpflanzten und den Anschluß an Sar-

Marschall Mac Mahon.

(c) Instituto Cervantes de Madrid

dinien verlangten. In Bologna rief die Bevölkerung, nach dem Abzug der Oestreicher und des päpstlichen Legaten, die Diktatur Viktor Emanuels aus. Diesem Beispiele folgten noch andere Städte des Kirchenstaates; nur die blutige Erstürmung Perugias durch die Schweizertruppen verhinderte den allgemeinen Abfall.

Kaiser Franz Joseph begab sich, um seine Truppen zu ermutigen und die Einheit des Oberbefehls herzustellen, im Juni selbst zur Armee und übernahm den Oberbefehl, welchen übrigens thatsächlich der Feldmarschallleutnant Heß führte. Er ergriff die Offensive und ging über den Mincio. Zwischen diesem Flusse und dem Chiese stellte sich das östreichische Heer in einem Halbkreis auf, um gegen den Feind von drei Seiten anzurücken. Diese Schlachtlinie, welche vier Stunden Ausdehnung hatte, war zu lang, infolgedessen das Zentrum zu schwach, nicht durch Reserven gedeckt. Den Mittelpunkt der östreichischen Aufstellung bildete eine Anhöhe bei dem Dorfe Solferino. Dort fand am 24. Juni 1859 die Entscheidungsschlacht statt. Napoleon, dessen Truppen durch Einführung der weithin treffenden gezogenen Kanonen im Vorteil waren, richtete seinen Hauptangriff auf das feindliche Zentrum. So oft auch die stürmenden Franzosen von den Oestreichern zurückgeschlagen wurden, schickte Napoleon doch immer neue Massen gegen Solferino, während jene keine Verstärkungen erhielten. Die östreichischen Soldaten, welche bei der Nachlässigkeit und dem Betrug der Armeeverwaltung mit Lebensmitteln schlecht versehen wurden und teilweise mit leerem Magen in die Schlacht gehen mußten, erlagen endlich den Anstrengungen des heißen Tages. Gegen vier Uhr abends nahmen die Franzosen in einem nochmaligen Sturm die Anhöhe und blieben Herren derselben. Damit war die östreichische Schlachtlinie durchbrochen und die Armee in zwei voneinander getrennte Teile gespalten. Nach vier Uhr brach ein furchtbares Gewitter aus, welches dem Kampfe auf den meisten Punkten ein Ende machte und den Oestreichern einen geordneten Rückzug über den Mincio gestattete. Nur General Benedek, welcher auf dem rechten Flügel den Sardiniern gegenüberstand und diese zweimal zurückgeschlagen hatte, setzte den Kampf noch bis gegen acht Uhr fort. Auf französischer Seite zeichnete sich General Niel, welcher den rechten Flügel befehligte, durch umsichtige Führung seiner Truppen am meisten aus. Die Oestreicher hatten in dieser Schlacht 163000,

(c) Instituto Cervantes de Madrid

die Verbündeten 135000 Mann. Jene verloren über 22000 Mann, darunter mehr als 9000 Gefangene; die Franzosen gaben einen Gesamtverlust von 11670, die Sardinier einen solchen von 5521 Mann an.

Die Verbündeten überschritten gleichfalls den Mincio und zogen das Korps des Prinzen Napoleon, der von Livorno nach dem Po vorgerückt war, an sich. Eine französische Flotte erschien vor Venedig. Der Krieg schien sich länger hinausziehen zu wollen. Die Aussichten für Napoleon gestalteten sich minder günstig. Er hatte durch die Schlachten und durch Krankheiten große Verluste erlitten, entfernte sich immer mehr von seinen Hilfsquellen und sollte nun die schwierige und langwierige Belagerung des Festungsvierecks unternehmen, wo nicht viel zu gewinnen, aber für den Sieger in zwei großen Schlachten viel zu verlieren war. Wenn er auch die Losung: „Italien frei bis zur Adria!" ausgeteilt hatte, so schien ihm doch Sardinien durch den Besitz der Lombardei und der Herzogtümer mächtig genug zu sein, und falls noch andere Throne vakant werden sollten, so dachte er an seine Vettern Napoleon und Mürat. Er glaubte daher, daß sein Interesse eine rasche Beendigung des Krieges verlange. Dazu kam die Gefahr, welche von Deutschland drohte. Dort hatte der italienische Krieg eine große Aufregung hervorgerufen. In Süddeutschland, wo Oestreichs Einfluß maßgebend war, sprachen sich Regierung und Volk für Unterstützung des bedrängten Donaustaates aus, und überall wurden Rüstungen vorgenommen. Aber für sich selbst konnten die Mittelstaaten nichts ausführen; ihr Vorgehen hatte sich lediglich nach der Haltung Preußens zu richten, das immer noch die Politik „der freien Hand" betonte und nur unter gewissen Bedingungen bereit war, sein Schwert in die Wagschale zu werfen. Wenn der Prinzregent in militärische Aktion eintreten und durch Uebernahme und Durchführung einer bewaffneten Vermittlung einen Krieg mit Frankreich riskieren sollte, so wollte er dies weder als Vasall Oestreichs noch als Beauftragter und Beamter des Bundestags thun, sondern als durchaus selbständige Macht, welche, nach keiner Seite gebunden, sowohl nach der einen als nach der anderen Seite Forderungen stellen und diesen durch ein schlagfertiges Heer ein achtunggebietendes Gewicht geben konnte. Zu diesem Zweck erließ der Prinzregent den Befehl zur Mobilisierung der ganzen Armee und beantragte am 25. Juni

(c) Instituto Cervantes de Madrid

die Mobilmachung der zwei süddeutschen Armeekorps, am 4. Juli auch die der sächsischen und hannöverschen Korps, verlangte aber für Preußen den Oberbefehl über die ganze deutsche Streitmacht und die unbeschränkte Verfügung über dieselbe. Während hierüber am Bund verhandelt wurde und Oestreich den Gegenantrag stellte, wonach zwar der Oberbefehl dem Prinzen von Preußen übertragen werden, dieser aber denselben nicht in selbständiger Weise, sondern als ein von den Instruktionen und Befehlen des Bundestags, in welchem Oestreich das große Wort führte, somit als ein von Oestreich abhängiger General führen sollte, erfolgte in Oberitalien die Entscheidung in überraschender Weise.

Napoleon, welcher für seinen militärischen Ruhm keine weiteren Kämpfe brauchte und von einer Fortsetzung des Krieges eine Schmälerung desselben zu fürchten hatte, ließ durch einen östreichischen Offizier, welcher um die Auslieferung der Leiche des jungen Fürsten Windischgrätz bat, dem östreichischen Kaiser einen Waffenstillstand anbieten. Dieser wurde am 8. Juli 1859 in Villafranca geschlossen. Dort fand am 11. Juli eine Zusammenkunft der beiden Kaiser statt, wobei Napoleon den jungen Monarchen von Oestreich darauf aufmerksam machte, daß alle Großmächte die Pläne Italiens begünstigten; daß Oestreich von keiner Seite her eine Unterstützung zu erwarten habe; daß Preußen diese Verlegenheiten Oestreichs nur dazu benutzen wolle, die deutschen Mittel- und Kleinstaaten zu unterwerfen, sich selbst an die Spitze Deutschlands zu stellen und Oestreich aus demselben hinauszudrängen. Franz Joseph schenkte den Einflüsterungen Napoleons Gehör und willigte in den am 11. Juli abgeschlossenen Präliminarien von Villafranca ein, daß Oestreich die Lombardei, mit Ausnahme der Festungen Mantua und Peschiera, an Frankreich, beziehungsweise an Sardinien abtreten, daß Italien einen Staatenbund unter dem Ehrenvorsitz des Papstes bilden und daß die vertriebenen Fürsten von Toscana und Modena wieder in ihre Staaten eingesetzt werden sollten, falls sie von ihren eigenen Unterthanen zurückgerufen würden und keine fremde Intervention dabei stattfinde. Diese Präliminarien von Villafranca wurden am 10. November 1859 durch den Züricher Frieden bestätigt und dadurch der östreichische Einfluß in Italien beseitigt; denn von jenen drei Grundbedingungen der Präliminarien ging nur die erste in Erfüllung; die beiden anderen blieben

(c) Instituto Cervantes de Madrid

ein leerer Buchstabe. Das Königreich Sardinien erhielt von Napoleon die abgetretene Lombardei, und Viktor Emanuel, der nebst Cavour durch den Abschluß der Präliminarien von Villafranca sehr unangenehm überrascht war und das versprochene Venetien sehr ungern in den Händen Oestreichs gelassen sah, griff um so begieriger nach den ihm angebotenen Provinzen Mittelitaliens. Die Nationalversammlung von Bologna erklärte am 6. September 1859, daß der ganze nördliche Teil des Kirchenstaates, die sogenannte Emilia, nicht mehr unter die Herrschaft des Papstes zurückkehre, sondern an Sardinien sich anschließe, und im März 1860 sprachen sich Toscana, Modena und Parma durch Volksabstimmung für den Anschluß an Sardinien aus, während Viktor Emanuel an Napoleon, zum Dank für seine Bundesgenossenschaft und für seine Zulassung der Annexionen, sein Stammland Savoyen und die Grafschaft Nizza abtrat, was schon in Plombières besprochen worden war und nun durch eine künstlich in Szene gesetzte Volksabstimmung bestätigt wurde. Am 28. März 1860 rückten die sardinischen Truppen in den Herzogtümern und den römischen Legationen, der Emilia, ein. Der von Pius IX. am 26. März gegen alle diejenigen, welche an dem Länderraub teilgenommen hatten, geschleuderte Bannfluch wurde nicht beachtet.

Der preußische Generalstab, an dessen Spitze seit 29. Oktober 1857 provisorisch, seit 18. September 1858 definitiv General von Moltke stand, beobachtete die Ereignisse des italienischen Feldzugs mit größter Aufmerksamkeit und wog die Mängel und Vorzüge der östreichischen und der französischen Kriegführung genau ab. Das Resultat dieser Studien war die 1862 von der historischen Abteilung des Generalstabs veranstaltete Veröffentlichung des „Italienischen Feldzugs des Jahres 1859". Diese Schrift weist nach, daß die östreichische Armee infolge der erst begonnenen Neuorganisation eine unverhältnismäßig große Zahl von Rekruten hatte und daß die Soldaten der verschiedenen Nationalitäten Oestreichs zwar tapfer kämpften, aber doch nicht jene Begeisterung zeigten, welche auch das Unmögliche versucht, um das Höchste zu erreichen. Die rasche Kriegserklärung Oestreichs, ohne daß ihr eine gleich rasche und kräftige Offensive entsprach, die zunächst mit der Niederwerfung der Sardinier, dann mit der Verhinderung des Aufmarsches der französischen Armeekorps hätte beginnn müssen, wird sehr getadelt. Die

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Folge dieser falschen Strategie war, daß die Oestreicher sich gleich anfangs zur Defensive verurteilten und ihre Operationen von den Schritten des Gegners abhängig machten. Ueber Napoleon dagegen, welcher die Meinung der Oestreicher, daß hauptsächlich ihr linker Flügel gefährdet sei, zu einem raschen Vorrücken gegen ihre rechte Flanke am Ticino benutzte, um die östreichischen Armeekorps, wenn sie zur Rettung des nahen Mailand herbeieilten, einzeln zu schlagen oder vereinigt in der Flanke anzugreifen, wird treffend gesagt: „Gewiß sind der Einsicht des Kaisers Napoleon die großen Bedenken, welche diesen Hoffnungen gegenüberstanden, nicht entgangen. Allein er durfte seinem Heere vertrauen und war den Oestreichern numerisch überlegen. Er handelte schnell, überraschend, kräftig, und dem so Handelnden fallen meist immer die Vorteile zu, welche dem Abwartenden entgehen." Daß Napoleon nach seinen beiden Siegen bei Magenta und bei Solferino, bevor er die „Adria" erreichte, Frieden schloß, begründet die Schrift hauptsächlich mit der politischen Konstellation, welche auf die alsbaldige Eröffnung eines Rheinfeldzuges hinwies, da schon am 15. Juli 1859 der Eisenbahntransport der preußischen Armee nach dem Rhein beginnen sollte, welcher die übrigen deutschen Kontingente sich anzuschließen bereit waren.

Das Jahr 1859 und die ersten Monate des Jahres 1860 hatten dem Königreich Sardinien einen großen Länderzuwachs gebracht. Noch größere Erfolge hatten die nächsten Monate aufzuweisen. Die Idee eines einheitlichen Italiens hatte solche Macht und solche Ausdehnung gewonnen, daß kein Thron und keine Regierung in Italien ihr Halt gebieten konnte. Kaum irgend ein Staat der Halbinsel bot der italienischen Aktionspartei einen so günstigen Boden wie das Königreich Neapel und Sizilien. Ferdinand II. war dort am 22. Mai 1859 gestorben und hinterließ die Regierung seinem unerfahrenen, von der Königin-Mutter und der Kamarilla geleiteten Sohne Franz II. In dieser Zeit der höchsten politischen Aufregung, wo die Einheitsidee im Norden Italiens Siege um Siege erfocht, glaubte der verblendete Hof von Neapel seinen abgelebten Absolutismus bis ans Ende der Dinge fortführen zu können und wies alle Ratschläge des englischen und französischen Gesandten zurück. Die Mazzinisten ließen es an Rührigkeit nicht fehlen. Zum Unglück für den König verlangten die Schweizersöldner ihren Abschied und mußten ent-

(c) Instituto Cervantes de Madrid

lassen werden. In Palermo und Messina brachen im April 1860 Aufstände aus, wurden aber von den neapolitanischen Truppen unterdrückt. Um so heftiger gärte es im geheimen. Da griff Garibaldi mit seinem kräftigen Arm ein. Unter den Augen der Regierung, welche sein Unternehmen für ihre Zwecke ausbeutete, falls es gelang, aber desavouierte, falls es mißlang, schiffte sich Garibaldi, von welchem Massimo d'Azeglio sagte, er habe ein Herz von Gold und den Kopf eines Stiers, am 6. Mai 1860 mit 1067 Freiwilligen und 4 Kanonen in Genua auf zwei Dampfschiffen ein, um ein Königreich anzugreifen, das über ein gut organisiertes Heer von 150 000 Mann gebot. Am 11. Mai landete er bei Marsala an der Westküste Siziliens, brachte seine Mannschaft durch die Zuzüge von der Insel in wenigen Tagen auf 4000 Mann und erklärte in einer Proklamation, daß er im Namen Viktor Emanuels, des Königs von Italien, die Diktatur über Sizilien übernehme. Darauf rückte er gegen Palermo vor und erstürmte am 27. Mai unter dem Beistand der Bevölkerung die eine Hälfte der Stadt, während die andere von dem neapolitanischen General Lanza, der 25 000 Mann unter sich hatte, bombardiert und zum Teil in einen Trümmerhaufen verwandelt wurde. Doch wurde unter Vermittlung des englischen Admirals ein Waffenstillstand geschlossen, welchem am 6. Juni die Kapitulation und die Abfahrt der neapolitanischen Truppen folgte. Nun erst erkannte der Hof von Neapel den Ernst der Lage. König Franz II. stellte die liberale Verfassung von 1848 wieder her, berief ein liberales Ministerium und kündigte seinen Entschluß an, eine Amnestie zu erteilen und mit Sardinien eine Allianz zu schließen. Aber es war zu spät. Diese Bourbonen hatten schon zu oft die liberalen Verfassungen beschworen und wieder aufgehoben, als daß sie hätten Vertrauen beanspruchen können. Die Revolution ging ihren Weg. Garibaldi nahm am 28. Juli Messina,

Franz II., König von Neapel.

(c) Instituto Cervantes de Madrid

segelte mit 5000 Mann über die Meerenge und landete am 21. August bei Reggio, dessen Besatzung sich ergab. Auf seinem weiteren Zuge fand er nirgends Widerstand: alle Besatzungen ergaben sich, die alten Behörden lösten sich auf, provisorische Regierungen bildeten sich. Garibaldis Zug über Cosenza und Salerno war ein Triumphzug; am 7. September kam er, fast ohne militärisches Gefolge, mit einem Extrazug, mit der wollenen roten Bluse und dem Filzhut, in Neapel an, von dem Volke mit ungeheurer Begeisterung empfangen. König Franz II. hatte am 6. September seine Hauptstadt verlassen und sich mit den ihm noch treu gebliebenen Truppen, etwa 40 000 Mann, hinter die Linien des Volturno, in die Festungen Kapua und Gaeta zurückgezogen.

Garibaldi, welcher den Plan hatte, nach der Besiegung des neapolitanischen Heeres nach Rom zu ziehen und vom Quirinal aus das Königreich Italien mit der Hauptstadt Rom zu verkündigen, beeilte sich nicht, den Anschluß Neapels und Siziliens an Sardinien zu proklamieren, sondern übernahm zunächst auch die Diktatur von Neapel. Dadurch kam nicht bloß der Papst und die katholische Welt, sondern auch Napoleon in Aufregung. Letzterer bestürmte die Kurie, durch Einführung von Reformen das drohende Ungewitter zu beschwichtigen, fand aber kein Gehör; vielmehr forderte diese die Geistlichkeit auf, den „Peterspfennig" einzusammeln und die wehrfähige Mannschaft zum Eintritt in die neu zu organisierende päpstliche Armee zu veranlassen. Der Oberbefehl über dieses aus Angehörigen aller Länder zusammengesetzte Heer wurde dem französischen General Lamoricière übertragen, welcher mit dem päpstlichen Kriegsminister Merode, einem bigotten Belgier, eng befreundet war. Aber Napoleon befürchtete, daß Garibaldi, wenn man ihm freien Lauf lasse, Rom erobern, der weltlichen Herrschaft des Papstes ein Ende machen, den Papst und die Kardinäle aus Rom vertreiben und, von der Mazzinischen Partei gedrängt, die Situation von 1849 wiederholen und die römische Republik proklamieren werde. Daher ließ er, als auf seiner Reise durch Savoyen die beiden Abgesandten Viktor Emanuels, Cialdini und Farini, am 28. August 1860 in Chambery ihn begrüßten, dem König sagen, „er solle freie Hand haben, die Marken und Umbrien mit seinem Reiche zu vereinigen und mit seiner Armee in Neapel einzurücken, um daselbst statt der revolutionären Diktatur Garibaldis ein geordnetes monarchisches

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Regiment einzurichten, wenn er nur Rom selbst und das sogenannte Patrimonium Petri, das die Franzosen besetzt halten würden, unangetastet lasse". Im September rückte das sardinische Heer im Kirchenstaat ein, der Kriegsminister Fanti in Umbrien, General Cialdini in den Marken. Lamoricière zog trotz seiner Minderzahl letzterem entgegen und griff ihn am 18. September 1860 bei Castelfidardo an. Aber er mußte nach kurzem Gefecht vor der Uebermacht weichen und rettete sich mit wenigen Begleitern nach Ankona. Von Cialdini zu Land und von der sardinischen Flotte zur See belagert und beschossen, mußte sich Ankona am 29. September ergeben; Lamoricière und die ganze Besatzung wurde kriegsgefangen. Darauf wurde in den Marken und in Umbrien eine Volksabstimmung veranstaltet, in welcher sich die Bevölkerung für den Anschluß an Sardinien aussprach.

General Lamoricière.

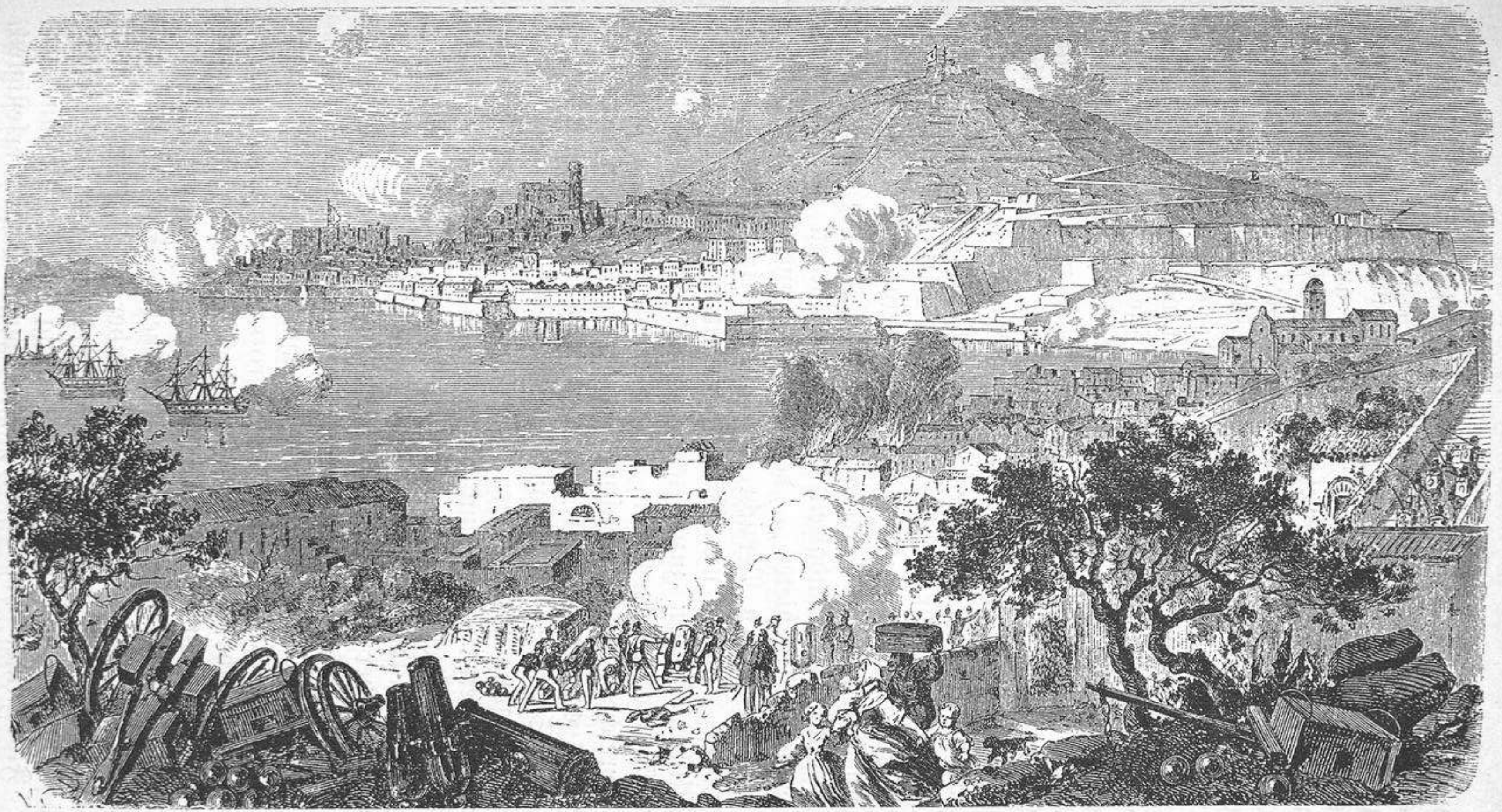
Es galt nun, mit Garibaldi sich zu verständigen und der in ihm personifizierten Revolution die Gewalt aus den Händen zu winden. Dies ließ sich durch königliche Generale nicht ausführen, da Garibaldi 25000 Mann unter sich hatte, eine ungeheure Popularität genoß und sich nicht durch Gehorsam auszeichnete, zumal nicht gegen Cavour, den er haßte, weil er seine Vaterstadt Nizza an die Franzosen abgetreten hatte. Nur Viktor Emanuel selbst, zu welchem Garibaldi sich hingezogen fühlte, da er in ihm den „Befreier Italiens" schätzte, war dieser Aufgabe gewachsen. Der König übernahm am 9. Oktober 1860 in Ankona den Oberbefehl über das sardinische Heer, zog gegen Neapel und hatte in Sessa eine Zusammenkunft mit Garibaldi, welchem es bisher nicht gelungen war, gegen das neapolitanische Heer, das hinter dem Volturno stand, etwas auszurichten. Garibaldi hielt mit Viktor Emanuel einen feierlichen Einzug in Neapel, legte, nachdem auch dort der Anschluß an Sardinien verkündigt worden war, seine Diktatur in dessen Hände und kehrte, jede Auszeichnung und jeden Lohn verschmähend, in die Einsamkeit

(c) Instituto Cervantes de Madrid

der Insel Caprera zurück. Die Kriegsoperationen nahmen nun einen raschen Fortgang. Die neapolitanische Armee wurde hinter den Garigliano zurückgedrängt und mußte hinter den Festungswällen von Gaeta Schutz suchen. Dort hielt sich König Franz mit seiner Gemahlin, der Prinzessin Maria von Bayern, drei Monate lang, die Festung mit Entschlossenheit verteidigend. Als nach der Abfahrt der französischen Flotte, welche den Hafen besetzt gehalten hatte, die Flotte Viktor Emanuels an ihre Stelle trat und in der Festung Lebensmittel und Munition ausgingen und der Typhus wütete, kapitulierte König Franz am 13. Februar 1861, schiffte sich mit seiner Gemahlin auf einem französischen Schiffe ein und begab sich nach Rom, wo er zehn Jahre lang seinen Aufenthalt hatte. Von dort suchte er durch Austeilung von Geld Aufstände in Neapel zu organisieren und seinen bourbonischen Thron wieder aufzurichten. Aber er brachte es damit nur zur Aufstellung von Räuberbanden, welche viele Schandthaten ausübten und zuletzt von den Truppen des Generals Cialdini, der massenhafte Erschießungen anordnete, vernichtet wurden.

Mit Ausnahme von Venetien und den zu Rom gehörigen Gebietsteilen waren im Jahre 1861, nach zweijährigen Kämpfen, sämtliche Provinzen Italiens zu einem Einheitsstaat vereinigt. Dies war weit mehr, als Viktor Emanuel und Cavour gehofft hatten, und weit mehr, als Napoleon gewollt hatte. Diese Einheit fand einen feierlichen Ausdruck am 18. Februar 1861, als Viktor Emanuel das erste italienische Parlament eröffnete und mit Zustimmung desselben den Titel „König von Italien" annahm. Das Ministerium hatte eine schwierige Aufgabe vor sich; denn nach Herstellung der äußerlichen Einheit mußten die so verschiedenartigen Provinzen auch innerlich, in der Verwaltung, in der Justiz, im Steuer-, Unterrichts- und Kriegswesen, zu einem einheitlichen Ganzen verschmolzen werden. Dies war nur möglich, wenn in den nächsten Jahren die Revolution eine Pause machte und Garibaldi und Mazzini mit den bisherigen Errungenschaften sich vorderhand begnügten. Aber diese selbst und ihre Anhänger, die „Italianissimi", waren toll genug, die Losung: „Rom und Venedig!" unter das Volk zu werfen und dieses aufs neue in Aufregung zu versetzen und mit Mißtrauen gegen die monarchische Regierung, welche sich nicht fortreißen ließ, zu erfüllen. Daß Rom und Venedig zur Vollendung

(c) Instituto Cervantes de Madrid



Belagerung von Gaeta. Gesehen von den Capuccini del Borgo aus.

(c) Instituto Cervantes de Madrid

eines einheitlichen Italiens noch fehlten, das wußte die Regierung so gut als die Italianissimi; sie wußte aber auch, daß sie, wenn sie Venetien angreifen würde, Napoleon nicht mehr zum Bundesgenossen haben und auf ihre eigene Kraft angewiesen sein würde, welche der östreichischen nicht gewachsen war; daß jeder Angriff auf Rom die dortige französische Besatzung treffen und die bewaffnete Intervention Frankreichs zur Folge haben würde, und daß dadurch Verwicklungen entstehen könnten, wodurch der eben vollendete Bau wieder über den Haufen geworfen würde. Die Regierung verzichtete nicht auf Rom und Venedig; sie verzichtete nur darauf, diese zwei Provinzen jetzt schon annektieren zu wollen, und glaubte sicher zu sein, daß sie bei der nächsten politisch-militärischen Verlegenheit Oestreichs sich Venetiens, bei dem nächsten etwaigen Unglück Frankreichs sich Roms ohne allzu große Mühe und Gefahr bemächtigen könne. Diese staatsmännischen Erwägungen Cavours erwiesen sich 1866 und 1870 als die allein richtigen. Es gelang Cavour, die sich vorbereitende Bewegung niederzuhalten und Garibaldi zu beschwichtigen; aber sein Anerbieten, „dem Papste und der katholischen Kirche gegen den Verzicht auf die weltliche Herrschaft vollkommene Freiheit und Unabhängigkeit vom Staate in allen geistlichen Dingen zuzugestehen", wurde von der Kurie mit Entrüstung zurückgewiesen. Durch Diplomatie war hier nichts zu erreichen. Eine Kapitulation durfte man von der Kurie niemals erwarten; man mußte zufrieden sein, wenn sie sich in ihr Schicksal, wenn auch unter Protesten, ergab. Aber die Aufregungen der letzten Jahre und die ungeheure Arbeitslast zerrütteten die Gesundheit des sonst kräftigen und frischen Ministerpräsidenten Cavour. Mitten in diesen drohenden Konflikten und ungelösten Problemen wurde er von einem hitzigen Fieber befallen und starb am 6. Juni 1861. Als der Pater Jakob zu ihm gekommen war, um ihm die Sterbsakramente zu spenden, drückte er ihm die Hand und sagte: „Frate, frate, libera chiesa in libero stato" (Bruder, Bruder, die freie Kirche im freien Staate). Dies waren seine letzten Worte. Eine Stunde darauf starb er. Weder vor ihm, noch nach ihm hatte Italien einen größeren Staatsmann und Minister als Cavour. Am 8. November 1873 wurde ihm in Turin auf der Piazza Carlo Emanuele ein Denkmal gesetzt.

Cavours Nachfolger in der Leitung des Ministeriums war der Florentiner Ricasoli, eine durch Charakterfestigkeit,

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Loyalität und Uneigennützigkeit hervorragende Persönlichkeit. In der inneren Politik folgte er den Fußstapfen Cavours, nach außen suchte er die Selbständigkeit Italiens auch gegen Napoleon zu wahren. Damit war sowohl letzterer als die unter Garibaldis Leitung stehende Aktionspartei nicht zufrieden. Er mußte daher im März 1862 von seinem Posten zurücktreten und Ratazzi Platz machen. Dieser suchte alle Parteien zu vereinigen, nahm die Garibaldischen Freischaren, welche nach ihrem Siegeszuge von Marsala nach Neapel nicht in rücksichtsvoller Weise behandelt worden waren, in die italienische Armee auf und erklärte, daß der Beschluß des Parlaments vom 27. März 1861, worin Rom als die Hauptstadt bezeichnet wurde, als ein dem König von der Nation übertragenes Mandat anzusehen sei und deshalb ausgeführt werden müsse. Es wurden Schützenvereine gebildet und eine allgemeine Volksbewaffnung angebahnt. Dadurch wurden die revolutionären Leidenschaften zu hellen Flammen angefacht. Die Heißblütigsten wollten sich nicht mehr mit Rom und Venedig begnügen, sondern sprachen schon von der Eroberung des südlichen Tirols, Istriens und der dalmatinischen Küste. Die Regierung wollte einlenken und der kriegerischen Bewegung einen Damm entgegensetzen; aber sie war nicht mehr Herr. Im Juni 1862 segelte Garibaldi von Genua nach Palermo, rief seine Genossen von Marsala auf, um sein Werk von 1860 zu vollenden, und gab die Losung: „Rom oder den Tod!" Zwar warnte die Regierung, von Napoleon gedrängt, in einer Proklamation vom 8. August vor „Handlungen strafbaren Ungestüms und unbesonnenen Agitationen", bot Heer und Flotte auf und verhängte den Belagerungszustand über Neapel und Sizilien; aber Garibaldi ließ sich dadurch nicht aufhalten, zog mit seinen 2000 Freiwilligen nach Catania, landete am 24. August bei Melito und zog in die Berge Kalabriens. Cialdini ließ eine Heeresabteilung unter dem Oberst Pallavicino gegen die Freischaren vorrücken; am 29. August 1862 kam es bei Aspromonte zum Gefecht; mehrere Freiwillige fielen, Garibaldi wurde am rechten Fußgelenk gefährlich verwundet und geriet mit seinen Leuten in Gefangenschaft. Letztere wurden entlassen; Garibaldi, welcher nach Varignano (im Golf von Spezzia) gebracht wurde, schwebte eine Zeitlang in Todesgefahr; doch konnte er, nachdem die Kugel aus der Wunde gezogen war, im Dezember 1862 wieder nach Caprera zurückkehren.

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Nach dieser Niederlage der Aktionspartei folgten ruhigere Zeiten, welche dem inneren Ausbau des Staates gewidmet wurden. Das Ministerium Ratazzi mußte zurücktreten, worauf zuerst Farini und 1863 Minghetti die Leitung der Staatsangelegenheiten übernahmen. Die Bemühungen der französischen Diplomatie, zwischen Pius IX. und Viktor Emanuel eine Ausgleichung herbeizuführen, scheiterten an dem starren „Non possumus“ des ersteren. Da aber die Aufrechthaltung einer französischen Besatzung in Rom und in Civita Vecchia im Widerspruch stand mit dem von Napoleon so sehr betonten Selbstbestimmungsrecht der Völker und dem Nichtinterventionsprinzip und von den Italienern als eine Beleidigung und Bedrohung angesehen wurde, so war es Zeit, dieser Okkupation ein Ende zu machen. Andererseits hielt sich Napoleon für verpflichtet, den Papst nicht neuen Gefahren preiszugeben und gegen die Absichten der Aktionspartei zu beschützen. Beiden Zwecken sollte der am 15. September 1864 zwischen Frankreich und Italien abgeschlossene Vertrag dienen, worin ersteres versprach, seine Besatzungstruppen binnen zwei Jahren aus Rom zurückzuziehen, während letzteres sich verpflichtete, das päpstliche Gebiet nicht anzugreifen, gegen jeden Angriff von außen zu beschützen, der Reorganisation der päpstlichen Armee kein Hindernis in den Weg zu legen, einen Teil der römischen Staatsschuld zu übernehmen, auf Rom als Hauptstadt zu verzichten und binnen sechs Monaten den Sitz der Regierung von Turin nach einer anderen Stadt zu verlegen. Darauf wurde Florenz zum Regierungssitz bestimmt und dieser Beschluß der Regierung vom Parlament bestätigt. In Turin, dessen Bevölkerung sich dadurch in ihren Interessen beeinträchtigt fühlte, entstanden Unruhen, die durch Aufbietung des Militärs unterdrückt werden mußten. Die Uebersiedlung der Regierung und des Hofes erfolgte 1865, und am 15. September trat das neugewählte Parlament in Florenz zusammen. Am Schlusse des Jahres 1866 zog die französische Besatzung von Rom ab. Rom war damit den Römern übergeben und dem Schutze Italiens anheimgestellt.

Pius IX. war mit diesem Vertrag, der ohne seine Zuziehung abgeschlossen worden war und die Beraubung des Kirchenstaats sanktionierte, nicht zufrieden. Um so straffer zogen er und die ihn beherrschenden Jesuiten die Zügel des kirchlichen Regiments an. Der Anfang wurde gemacht mit

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Veröffentlichung der Encyklika und des Syllabus vom 8. Dezember 1864. Glaubens- und Gewissensfreiheit, Freiheit des Kultus und der Presse, Unabhängigkeit der weltlichen Gewalt von der päpstlichen, Gleichheit des Rechts für Geistliche und Weltliche, das Recht der Völker, sich Obrigkeiten und Gesetze zu geben, die von aller kirchlichen Autorität und Zensur sich emanzipierende, frei auftretende Wissenschaft: alles das wurde als Irrtum bezeichnet und als Ketzerei verdammt, nur das als rechtmäßig und gültig anerkannt, was mit dem jesuitisch-päpstlichen Stempel versehen war. Eine solche Reaktion, welche in gregorianische Zeiten zurückgreifen wollte, mußte ihre Früchte tragen.

6) Die Engländer in Ostindien.

(1857—1885.)

Die britische Herrschaft in Ostindien und eben damit die europäische Machtstellung Englands war durch die Erhebung der Hindu sehr bedroht. Die Ursachen hiervon lagen in der Abnormität, daß ein Reich von 180 Millionen Menschen von einer Gesellschaft von Kaufleuten, der ostindischen Kompanie, beherrscht und für ihre Handelsinteressen ausgebeutet wurde. Wir haben gesehen, daß die englische Regierung für diese kaufmännische Herrschaft nur den Generalgouverneur und den Oberbefehlshaber zu ernennen hatte; daß alle Verwaltungsbeamten von den zwölf Direktoren der ostindischen Kompanie eingesetzt und von dem Gouverneur bestätigt wurden; daß aber die Verwaltung selbst nur in den wichtigsten Angelegenheiten der Kontrolle einer königlichen Kommission unterlag. Dazu kam, daß die Hindu, welche teils dem Brahmanismus, teils dem Mohammedanismus huldigten, ihre Religion von den Engländern und ihren Missionären mißachtet sahen. Es wurde eine Verschwörung gestiftet, welche um so gefährlicher war, da von den 250 000 Mann starken ostindischen Truppen nur 30 000 Engländer, die übrigen Sipahi, das heißt Eingeborene waren. Als Vorwand zum Aufstand diente die Austeilung neuer Patronen, welche mit Ochsen- oder Schweinefett bestrichen waren; die Berührung des einen war den Hindu, die des andern den Mohammedanern verboten. Als am 9. Mai 1857 in Mirot (in der Nähe von Delhi) einige Sipahi diese Patronen anzunehmen sich weigerten, wurden sie verhaftet, aber von ihren

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Kameraden befreit und die englischen Offiziere samt ihren Frauen und Kindern niedergehauen. Von da verpflanzten die rebellischen Sipahi den Aufstand nach Delhi, wo die Militärmagazine der nördlichen Provinzen waren und wenige englische Truppen sich befanden, und mordeten alle dortigen Europäer. 150 Kanonen, unermeßliche Kriegsvorräte und

Nana Sahib.

ein Schatz von zwei Millionen Pfund Sterling fielen in die Hände der Sipahi. In Cawnpore, wo der Maharattenhäuptling Nana Sahib wütete, wurde ein englischer General, 100 Offiziere, 210 Soldaten und 590 andere Engländer, Frauen und Kinder aufs grausamste ermordet. In der Person des zweiundneunzigjährigen ehemaligen Großmoguls Akbar wurde ein Schattenkaiser aufgestellt.

Es war ein Glück für die Engländer, daß der Aufstand nicht im ganzen Reich zugleich ausbrach und sich zunächst auf das Gebiet des oberen Ganges beschränkte. Aus England wurden bedeutende Verstärkungen nach Ostindien geschickt, so

(c) Instituto Cervantes de Madrid

daß die dortige britische Armee über 100 000 Mann stark war, und von den eingeborenen Regimentern blieben ihnen die kriegerischen Sikhs im Pendschab und die Ghorkas, Bergbewohner des Himalaya, treu. Dadurch wurde es den Engländern möglich, einen allgemeinen Aufstand zu verhindern und durch ein furchtbares Rachesystem Schrecken zu verbreiten und die Zaghaften im Gehorsam zu erhalten. Der Oberbefehlshaber Campbell und die Generale Wilson und Havelock zeichneten sich in diesem Kriege durch Energie und Umsicht aus. Delhi wurde am 20. September 1857 von General Wilson, Lucknow am 19. März 1858 von General Campbell erstürmt und die Aufständischen in vielen, größeren und kleineren Schlachten besiegt und zur Flucht nach der nördlichen Grenze genötigt. Wer den Engländern in die Hände fiel, wurde erschossen oder gehängt oder vor die Mündung einer Kanone gebunden und „weggeblasen". Von den Häuptern des Aufstandes entkam Nana Sahib; sein Gefährte Tantia Topi, einer der fähigsten Leiter des Aufstands, wurde gefangen genommen und an den Galgen gehängt. Zu Ende des Jahres 1858 war ganz Indien unterworfen, und für die ersten Monate des folgenden Jahres blieb nur noch die Verfolgung und Vernichtung flüchtiger Rebellenhaufen übrig. Die Mäßigung des Generalgouverneurs Lord Canning, eines Sohnes des berühmten Staatsmannes, trug viel zur Beruhigung des Landes bei. Doch hatte sich bei dieser Gelegenheit gezeigt, daß die ostindische Kompanie der Aufgabe, ein so großes Reich zu regieren, nicht mehr gewachsen sei. Die Regierung legte daher dem Parlament ein Gesetz vor, wonach das Privilegium der ostindischen Kompanie aufgehoben, Ost-

General Campbell.

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Der Königspalast zu Delhi.
Aus Macfarlane, History of England.

indien als englische Provinz unmittelbar und ausschließlich unter die Krone gestellt und im Ministerium der Posten eines Staatssekretärs für Indien errichtet wurde. Dieses „Indiagesetz" erhielt am 2. August 1858 die Zustimmung beider Häuser des Parlaments, und am 1. November 1858 wurde den Volksstämmen Indiens feierlich verkündigt, daß die Königin Viktoria von Großbritannien die unmittelbare Regierung von Indien, wozu auch die ehemaligen birmanischen Provinzen, die malaiische Halbinsel, Pinang und Singapore gerechnet wurden, übernommen habe. Die weitere Geschichte Ostindiens beschäftigte sich hauptsächlich mit der Entwicklung der materiellen Hilfsquellen des Reiches und den Reformen in seiner Verwaltung, mit der Teilnahme der indischen Truppen an den Kriegen der Engländer in China, in Abessinien, in Afghanistan und in Aegypten, von welchen das Land, obgleich die Kriege von England beschlossen und in dessen Interesse geführt wurden, sogar einen Teil der Kosten übernehmen mußte. Mit Genehmigung des Parlaments nahm die Königin Viktoria im April 1876 zu ihren anderen Titeln auch den Titel „Kaiserin von Indien" an. Ihr Stellvertreter ist der an die Spitze der Zivil- und Militärverwaltung gestellte „Vizekönig", welchem ein gesetzgebender Rat von 15 Mitgliedern zur Seite steht. Am 1. Januar 1877 wurde in Delhi in Anwesenheit der Staatswürden-

(c) Instituto Cervantes de Madrid

träger und vieler indischen Fürsten von dem Vizekönig Lord Lytton die Annahme des Kaisertitels feierlich verkündigt. Das Gebiet von Ostindien erhielt 1885 eine namhafte Erweiterung. Zwischen England und dem König Thibo von Oberbirma brach ein Konflikt aus, und da dieser die englischen Bedingungen verwarf, so rückte der General Prendergast in Oberbirma ein, schlug die feindlichen Truppen zurück und besetzte am 29. November 1885 ohne Schwertstreich die Residenz des Königs. Dieser unterwarf sich und wurde als Gefangener in die Präsidentschaft Madras gebracht. Oberbirma wurde darauf für einen Bestandteil der Besitzungen der Kaiserin von Indien erklärt und von Beamten, die der Vizekönig von Indien zu ernennen hatte, verwaltet.

7) Die Vereinigten Staaten von Nordamerika.

(1797—1869.)

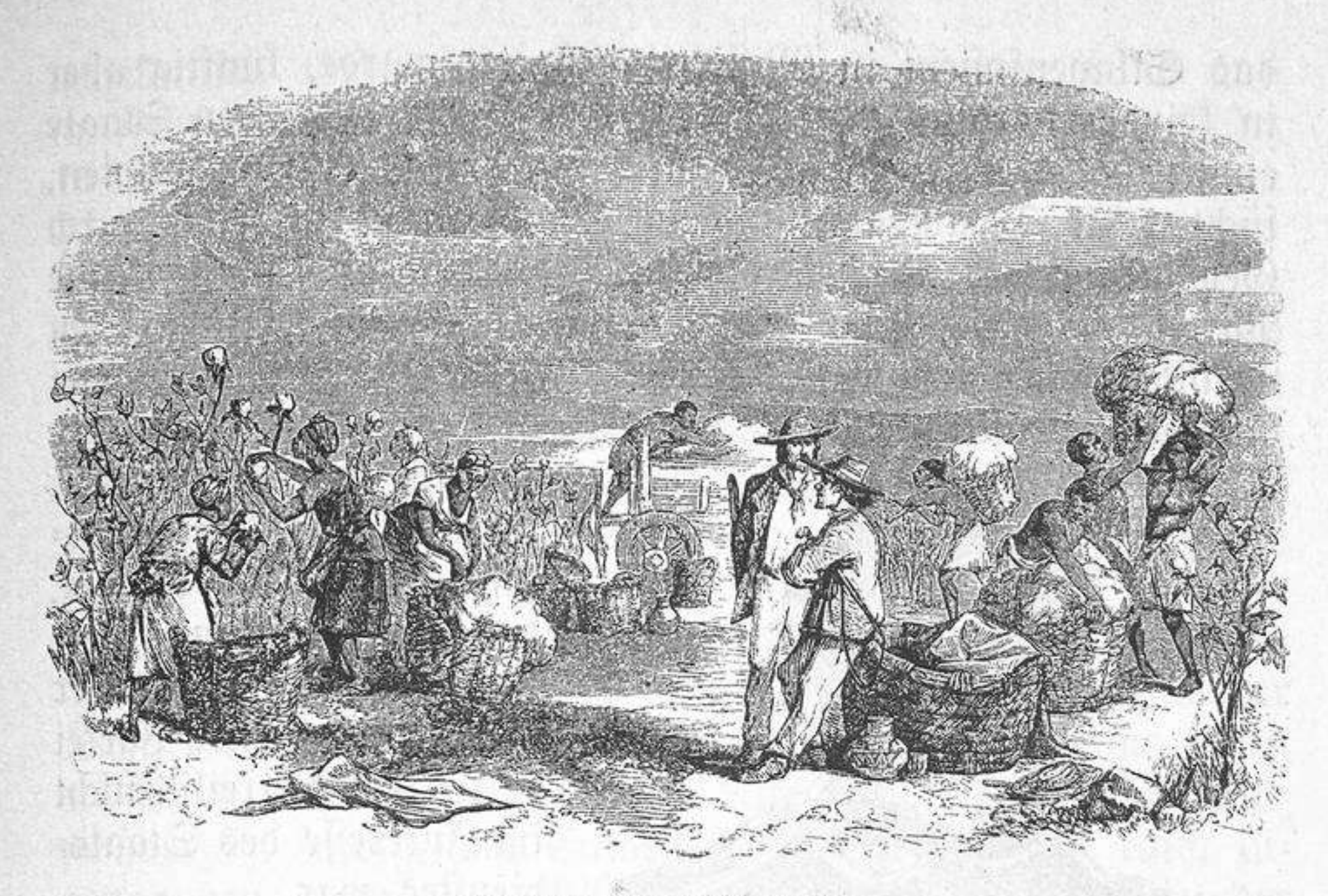
Nachdem die Vereinigten Staaten im Kriege gegen England ihre Unabhängigkeit errungen hatten, erreichten sie in wenigen Jahrzehnten durch den Reichtum an Bodenerzeugnissen, durch ihre Industrie und ihren Handel eine große Macht. Es wurden immer mehr Staaten in die Union aufgenommen, so daß die Zahl derselben 1802 schon 17 betrug und die Einwohnerzahl auf 5320000 Seelen stieg. Auf Washington folgte in der Präsidentenwürde 1797—1801 der Föderalist John Adams und auf diesen 1801—1809 der Antiföderalist Thomas Jefferson. In dieser Zeit des Krieges zwischen England und Frankreich und der Kontinentalsperre kam die Union, welche diese Verhältnisse für ihre Handelsinteressen benutzte, vielfach mit beiden Staaten in Konflikt. Dieser gestaltete sich unter dem Präsidenten Madison 1809—1817 infolge der gewaltthätigen Ausübung der Seeherrschaft seitens Englands zu einem Kriege mit diesem Staate, welcher von 1812—1815 dauerte. Der englische Handel erlitt zwar durch die amerikanischen Kaper große Verluste; aber die Versuche der Amerikaner, Kanada zu erobern, scheiterten, und die Engländer besetzten 1814 einen Teil von Maine, drangen in den Staat New York ein, erfochten einen Sieg am Niagara und zerstörten in der Bundeshauptstadt Washington alle öffentlichen Gebäude. Dem amerikanischen General Jackson gelang es zwar, über die Engländer, welche bei New Orleans gelandet waren, am 8. Januar 1815 einen

(c) Instituto Cervantes de Madrid

entscheidenden Sieg zu erringen; aber bereits war am 24. Dezember 1814 in Gent durch russische Vermittlung der Friede geschlossen worden, in welchem beide Teile ihre Eroberungen zurückgaben und die Amerikaner sich verpflichteten, nicht nur selbst keinen Negerhandel mehr zu betreiben, sondern auch zu dessen Unterdrückung mitzuwirken.

Nach Beendigung dieses Krieges nahm Handel und Industrie einen ungeheuren Aufschwung; fünf Staaten schlossen sich an die Union an, und Spanien trat 1819 gegen eine Entschädigung von 5 Millionen Dollar die beiden Florida ab, welche 1822 der Union einverleibt wurden. So stark war das Selbstgefühl und das Machtbewußtsein der Regierung der Vereinigten Staaten, daß sie sich an die Spitze des neuen Weltteils stellen zu müssen glaubte und unter dem Präsidenten Monroe (1817—1825) den nach ihm benannten Satz (Monroedoktrin) aufstellte: keine europäische Macht habe das Recht, ihre Kolonien in Amerika auszudehnen oder neue zu begründen oder sich in die inneren Angelegenheiten der amerikanischen Staaten zu mischen. Um jene Zeit machte sich der Unterschied zwischen Nordstaaten und Südstaaten geltend. Jene waren fast ausschließlich das Ziel der europäischen Auswanderung, welche von Jahrzehnt zu Jahrzehnt größere Dimensionen annahm, und es bildete sich in denselben, zumal da die Einwanderer leicht Güter ankaufen konnten und die natürlichen Hilfsquellen des Landes die günstigsten Gelegenheiten zum Erwerb darboten, eine wohlhabende Bürgerschaft, welche Handel und Gewerbe trieb und die Wissenschaften nicht vernachlässigte. In den Südstaaten dagegen konnte neben der Aristokratie der reichen Grundbesitzer, welche ihre ausgedehnten Ländereien zum Anbau von Tabak und Baumwolle, von Mais und Reis, zu Kaffee- und Zuckerplantagen benutzten und diese durch Sklaven bebauen ließen, eine zahlreiche gewerbetreibende Bürgerschaft gar nicht aufkommen. Das Sklavensystem bildete in den Südstaaten die Grundlage des Reichtums der Plantagenbarone, während in den Nordstaaten infolge der massenhaften Einwanderung und bei der Beschaffenheit der Erwerbsverhältnisse die Arbeitskräfte der Neger nach und nach entbehrlich wurden und der größte Teil der dortigen Sklaven an den Süden verkauft wurde. Sobald dies ausgeführt war, bildete die Sklavereifrage den Angelpunkt, um den sich die Differenzen zwischen Nord und Süd hauptsächlich drehten, und der Norden

(c) Instituto Cervantes de Madrid



Auf einer Baumwollplantage.

strebte nach Abschaffung der Sklaverei in sämtlichen Staaten der Union und suchte zunächst bei den Gesuchen der Territorien um Aufnahme in den Staatenverband das Verbot des Sklavenhaltens zur Bedingung zu machen. Wollten aber die Junker der Südstaaten ihren Besitz, ihren Reichtum, ihr Uebergewicht im Kongreß, ihre traditionelle Beherrschung der Präsidentenwahl aufrecht erhalten, so mußten sie, damit wenigstens nicht im Senat die Sklavenstaaten zur Minderheit herabgedrückt würden, alles aufbieten, daß möglichst viele sklavenhaltende Staaten in die Union aufgenommen wurden und daß die Entscheidung der Frage über Einführung oder Abschaffung der Sklaverei den Einzelstaaten selbst überlassen wurde.

Dieser Gegensatz gab sich zuerst bei den Verhandlungen über die Aufnahme Missouris in das Staatengebiet der Union in seiner ganzen Schärfe kund. Die Gegner des Sklaventums, die „Abolitionisten" oder „Freibodenmänner", welche später die große Partei der „Republikaner" bildeten, verlangten im Kongreß, daß die Zulassung Missouris an die Bedingung des Verbotes des Sklavenhaltens geknüpft werde, während die südliche Aristokratie, die „Demokraten", keine Bedingung aufstellen wollten. Der Streit, welcher die Existenz der Union bedrohte, dauerte zwei Jahre, von 1819—1820, und wurde durch den „Missourikompromiß" beigelegt, wonach

(c) Instituto Cervantes de Madrid

das Sklavensystem in Missouri gestattet wurde, künftig aber in keinem nördlich vom 36° 30′ der Breite gelegenen Staate eingeführt werden durfte. Um ihre Herrschaft zu behaupten, suchten die Demokraten sich in den Nordstaaten selbst durch Gewinnung der Reichen und der untersten Volksklassen eine Partei zu verschaffen. Da es ihnen gelang, bei sämtlichen Präsidentenwahlen von 1825—1857 Männer ihrer Partei auf den Präsidentenstuhl zu erheben, so blieb ihnen ihre Herrschaft lange gesichert, zumal da das Regierungssystem es mit sich brachte, daß der Präsident sämtliche Staatsämter unter die Männer seiner Partei verteilte, was freilich nicht im Interesse des Staatsdienstes war.

General Scott.

Auf Monroes Präsidentschaft folgte 1825 bis 1829 die des Staatssekretärs Quincy Adams und 1829—1837 die des Generals Jackson, welch letzterer die Interessen der Südstaaten ebenso entschieden begünstigte, als die der Nordstaaten bekämpfte. Unter dem Präsidenten van Buren (1837—1841) entstand infolge von übermäßiger Baumwollproduktion eine mehrere Jahre dauernde wirtschaftliche Krisis, welche das Bestehen der demokratischen Partei zwar schädigte, aber ihre Herrschaft unberührt ließ. Auf van Buren folgte 1841—1845, da der neugewählte Präsident General Harrison schon einen Monat nach seinem Amtsantritt starb, verfassungsmäßig der Vizepräsident John Tyler, welcher den Einfluß der Südstaaten durch Vermehrung der Sklavenstaaten zu befestigen suchte und 1845 die Einverleibung des von Mexiko abgefallenen, größtenteils von Unionskolonisten bevölkerten Texas beim Kongreß durchsetzte. Daraus entstand unter der Präsidentschaft des neuen Präsidenten James Polk (1845—1849) ein Krieg zwischen der Union und Mexiko, in welchem General Taylor den Rio Grande überschritt, ins

(c) Instituto Cervantes de Madrid

mexikanische Gebiet eindrang und im September 1846 und im Februar 1847 Siege erfocht, General Scott am 9. März 1847 in Veracruz landete und nach siegreichen Kämpfen am 14. September in der feindlichen Hauptstadt einzog. In dem am 2. Februar 1848 abgeschlossenen Frieden von Guadalupe-Hidalgo trat Mexiko Texas bis zum Rio Grande, Neumexiko und Kalifornien, letzteres gegen eine Entschädigung von 15 Millionen Dollar, an die Union ab, deren Gebiet nun vom Atlantischen bis zum Stillen Ozean reichte.

Der Präsident General Taylor, welcher für die Jahre 1849—1853 gewählt war, starb schon am 9. Juli 1850 und hatte den Vizepräsidenten Fillmore zum Nachfolger. Unter ihm wagten die Südstaaten, welche durch die Zunahme der Nichtsklavenstaaten sich beunruhigt fühlten, einen Schlag gegen die Abolitionisten auszuführen. Als Kalifornien, dessen Einwohnerzahl infolge der Entdeckung der Goldminen rasch zugenommen hatte, um Aufnahme in das Staatengebiet der Union nachsuchte, verlangten die Südstaaten unter völliger Nichtbeachtung des Missourikompromisses von 1820, daß sowohl Kalifornien als jedem anderen neuen Staat das Recht zugestanden werden solle, über Einführung oder Abschaffung der Sklaverei selbst zu entscheiden, und drohten, falls der Kongreß ihren Antrag ablehne, mit ihrem Austritt aus der Union. Aufs neue wurde ein Kompromiß geschlossen (7. September 1850), wonach zwar Kalifornien nur als freier Staat aufgenommen und im Bundesdistrikt Kolumbia die Sklaverei verboten, aber den Territorien Utah und Neumexiko die Entscheidung über Einführung oder Aufhebung der Sklaverei überlassen und ein Gesetz gegeben wurde, daß die in die freien Staaten entflohenen Sklaven an ihre Herren ausgeliefert werden sollten. In Uebereinstimmung damit wurde unter dem Präsidenten Franklin Pierce (1853—1857) im Kongreß durchgesetzt, daß die Gebiete Nebraska und Kansas als Territorien organisiert werden und die dortigen Ansiedler die Sklavereifrage nach eigenem Gutdünken entscheiden sollten, obgleich beide Territorien nördlich vom 36. Breitegrad lagen, und mehrere Freibeuterzüge nach Zentralamerika und Cuba, welche die Vermehrung der Zahl der Sklavenstaaten zum Zweck hatten, wurden von der Unionsregierung unterstützt. Die Ausführung der Kansas-Nebraska-Bill vom 31. Mai 1854 wurde dadurch teilweise vereitelt, daß aus dem Norden, namentlich aus Neuengland, Tausende nach Kansas aus-

(c) Instituto Cervantes de Madrid

wanderten und dieses Territorium für die Antisklaverei gewannen. Aber unter dem folgenden Präsidenten James Buchanan (1857—1861) traten die Führer der demokratischen Partei, Jefferson Davis und Alexander Stephens, offen mit der Tendenz hervor, entweder den Norden zur Unterwerfung unter den Willen der Südstaaten zu bringen oder die Union zu sprengen. Nachdem durch die Aufnahme der Staaten Minnesota und Oregon die Zahl der freien Staaten aufs neue gewachsen war, legten die demokratischen Führer dem Kongreß die sogenannte Lecomptonbill vor, welche demselben die Intervention zu gunsten der Sklaverei in Kansas übertrug und überhaupt die Sklavenfrage für eine innere, der Einmischung des Kongresses sich entziehende Angelegenheit der Bewohner der Territorien erklärte. Diese Bill führte zu einer Spaltung der demokratischen Partei, da Douglas, der einflußreichste Führer der nördlichen Demokratie, sie für verfassungswidrig erklärte und als solche bekämpfte. Die Spaltung offenbarte sich bei der Präsidentenwahl von 1860 zum Nachteil der demokratischen Partei. Da dieselbe zwei Kandidaten aufstellte, von welchen Breckinridge die südliche, Douglas die nördliche Demokratie repräsentierte, so siegte bei der Wahl vom 6. November 1860 der Kandidat der republikanischen Partei, Abraham Lincoln.

James Buchanan.

Die Südstaaten waren auf ein solches Ereignis gefaßt und sofort entschlossen, ihre längst ausgesprochene Drohung auszuführen. Vorbereitungen hatten sie bereits getroffen. Der demokratische Kriegsminister hatte fast alle Waffen und Geschütze in die südlichen Arsenale geschickt, der Marine-

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Abraham Lincoln, Präsident der Vereinigten Staaten von Nordamerika.

minister die Flotte nach den entferntesten Stationen abgesandt, die Regierung von Südcarolina, welche sich zuerst, schon am 20. Dezember 1860, von der Union lossagte, der Unionsarsenale und der Forts, mit Ausnahme des Forts Sumter, sich bemächtigt. Dem Beispiele Südcarolinas folgten 1861 die Staaten Mississippi, Florida, Alabama, Georgia, Louisiana, Texas, Virginia, Arkansas, Nordcarolina. Der am 4. Februar 1861 in Washington zusammentretende Friedenskongreß konnte den Konflikt nicht beilegen. Am 18. Februar konstituierten sich auf dem südstaatlichen Kongreß in Montgomery die abgefallenen Staaten als unabhängige „Konföderation", verkündigten eine provisorische Verfassung, deren Grundlage das Sklavensystem bildete, und wählten den früheren Kriegsminister Jefferson Davis zum Präsidenten, Stephens zum Vizepräsidenten. Lincoln erklärte zwar bei

(c) Instituto Cervantes de Madrid

seinem Amtsantritt am 4. März 1861, daß er sich in die Angelegenheiten der Sklavenstaaten nicht mischen werde; aber diese waren zu sehr von ihrer politischen und militärischen Ueberlegenheit überzeugt, als daß sie sich von ihren kriegerischen Bestrebungen hätten abhalten lassen. Am 12. April 1861 beschoß der südstaatliche General Beauregard das Fort Sumter bei Charleston (in Südcarolina) und zwang die der Union treu gebliebene Besatzung zur Kapitulation. Damit war der Krieg erklärt.

Jefferson Davis.

Beide Teile, die „Konföderierten Staaten" und die „Vereinigten Staaten" von Nordamerika behaupteten in ihrem Rechte zu sein. Jene hielten sich zur Gründung eines Sonderbundes für berechtigt, da die neue Bundesregierung nicht, wie die Verfassung vorschreibe, die Förderung der allgemeinen Wohlfahrt, sondern die Förderung der republikanischen Parteiinteressen und die Schädigung und den Ruin der Südstaaten zum Ziel habe; diese erklärten die Union für einen verfassungsgemäß unauflöslichen Staatskörper, und da sie als Folge der südstaatlichen Sezession eine Schmälerung der Macht der Union erblickten, so verkündigten sie, daß sie jeden Versuch einer Trennung als Rebellion ansehen und mit allen Kräften bekämpfen würden. Das Verhältnis war ein ähnliches, wie das der schweizerischen Tagsatzung zum Sonderbund von 1847. Wenn man die Einwohnerzahl der kriegführenden Staaten gegeneinander abwog, so waren die Nordstaaten im Vorteil. Sie hatten, einschließlich der Territorien, 22½ Millionen Weiße und ½ Million Sklaven, während die Südstaaten 5½ Millionen Weiße und 4 Millionen Sklaven hatten. Somit war das numerische Uebergewicht auf seiten der Nordstaaten. Aber ihr Heerwesen war durch die Schuld

(c) Instituto Cervantes de Madrid

der bisherigen demokratischen Bundesregierung völlig vernachlässigt; die Grenzstaaten Maryland, Kentucky, Tennessee, Missouri und andere verhielten sich schwankend und hatten mehr Hinneigung zu dem Süden als zu dem Norden; die ganze Bevölkerung war gespalten in Republikaner und Demokraten, von denen die letzteren selbst den Verrat nicht scheuten. Die Konföderierten dagegen hatten eine reiche Kriegsrüstung, verfügten mit diktatorischer Gewalt über alles öffentliche und Privateigentum, hielten mit schrankenlosem Terrorismus ihre Sklaven in der Unterwürfigkeit, bildeten einen festgeschlossenen Bund, in dem es kein Parteiwesen gab, und hatten das Glück, von Anfang an treffliche Generale, wie Lee und Jackson, zu besitzen. Infolgedessen waren die ersten Kriegsjahre für die Union ungünstig; aber ihre Ausdauer, das Aufbieten immer größerer Streitkräfte und das Hervortreten tüchtigerer Generale verschafften schließlich der Union den Sieg. Von den europäischen Staaten mischte sich keiner in den nordamerikanischen Bürgerkrieg; aber England und Frankreich begleiteten die Erfolge der Konföderierten mit lebhafter Sympathie, jenes, weil es in der Schwächung der Union einen Vorteil für seine maritime Stellung sah, dieses, weil es eben damals in Mexiko freie Hand haben wollte.

General Lee.

Präsident Lincoln rief am 15. April 1861 75000 Freiwillige unter die Waffen. Dieselben folgten zwar sofort dem Rufe; aber es fehlte dem rasch improvisierten Heere an Ausrüstung, Ausbildung und Verpflegung. Nirgends sah man eine stramme militärische Organisation; erst durch den Krieg mußten die Generale und Intendanten der Union alles, was zum Kriegswesen und zur Kriegführung gehört, erlernen. Bei dem Vorrücken der Unionstruppen unter Mac Dowell gegen Richmond (in Virginien), welches die Bundeshaupt-

(c) Instituto Cervantes de Madrid

stadt der Konföderierten war, kam es am 21. Juli 1861 bei Bull-Run zur ersten größeren Schlacht. Die vom General Beauregard befehligten Konföderierten gewannen einen glänzenden Sieg. Darauf wurde der Oberbefehl über die Unionstruppen dem General Mac Clellan übertragen, welcher in den nächsten Monaten aus den Freiwilligen und Milizen eine tüchtige Feldarmee zu bilden suchte, während die Unionsflotte die südstaatlichen Häfen blockierte, ohne das Auslaufen einzelner Schiffe und die Thätigkeit der in England ausgerüsteten Kreuzer, wie der gefürchteten „Alabama", hindern zu können. Im Südwesten waren die Waffen der Union glücklich. Die Staaten Missouri, Kentucky, Tennessee wurden durch die Unionsgenerale den Rebellen entrissen, die Mississippimündung durch die Flotte des Admirals Farragut forciert, New Orleans durch General Butler besetzt, das feste Vicksburg vom General Grant am 4. Juli 1863 erobert. Das ganze Mississippigebiet war in der Gewalt der Union und die Konföderierten von Texas und Arkansas abgeschnitten.

General Mac Clellan.

Weniger günstig für die Union waren die Kämpfe im Osten. Mac Clellan drang im März 1862 gegen Richmond vor, lieferte dem Feinde mehrere Treffen und zuletzt die siebentägige Schlacht in der Nähe von Richmond (26. Juni bis 3. Juli 1862), welche zwar nicht entscheidend war, aber eine solche Erschöpfung herbeiführte, daß Mac Clellan über den Potomac zurückging. Der Oberbefehl wurde diesem abgenommen und dem General Halleck übertragen. Unter ihm erfolgte eine zweite Schlacht bei Bull-Run am 29. und 30. August, in welcher der Unionsgeneral Pope geschlagen wurde. Darauf versuchte General Lee, der Oberbefehlshaber der konföderierten Armee, einen Einfall in Maryland und Pennsylvanien und ging über den Potomac, wurde aber bei Antietam am 17. September von Mac Clellan, welcher

(c) Instituto Cervantes de Madrid

wieder den Oberbefehl erhalten hatte, besiegt und zum Rückzug nach Virginien genötigt. Da Mac Clellan diesen Sieg nicht zu einer raschen Offensive benutzte, wie die Unionsregierung von ihm verlangte, so wurde er am 17. November abgesetzt und erhielt den General Burnside zum Nachfolger. Als dieser gegen Richmond vorrückte, wurde er am 13. Dezember bei Fredericksburg geschlagen, worauf ihm das Oberkommando abgenommen und dem General Hooker übertragen wurde, der 1863 über den Rapidan ging und am 2. Mai durch den General Lee eine Niederlage bei Chancellorsville erlitt. Aufs neue drang Lee in Maryland und Pennsylvanien ein; aber der neue Oberbefehlshaber der Unionstruppen, General Meade, erfocht am 2. und 3. Juli in der mörderischen Schlacht bei Gettysburg einen glänzenden Sieg über ihn und drängte ihn über den Potomac zurück. Mit diesem Siege, der gleichzeitig mit der Eroberung von Vicksburg erfolgt war, begann der Feldzug zu gunsten der Union sich zu entscheiden. Die Konföderierten hatten trotz aller Tapferkeit und Energie keinen bleibenden Erfolg errungen und fühlten bereits eine Erschöpfung an Geld und Mannschaft eintreten, während der Norden immer stärkere Massen, darunter auch Negerregimenter, ins Feld führte und den Krieg mit Aufbietung aller Kräfte betrieb.

Inzwischen war die Unionsregierung auch in der Sklavenfrage entschieden vorgegangen. Zunächst erklärte die Kongreßakte vom 3. August 1861 alle Neger, welche in die konföderierte Armee oder Flotte eingereiht und gefangen worden waren, für frei; darauf erließ Lincoln am 22. September 1862 eine Proklamation, wonach die Sklaverei in den rebellischen Staaten vom 1. Januar 1863 abgeschafft sein sollte. Bei der neuen Präsidentenwahl vom 8. November 1864 stellten die Freunde des Südens und Gegner des Krieges den General Mac Clellan als Kandidaten auf; aber mit großer Mehrheit wurde Lincoln wiedergewählt und Andrew Johnson, welcher als Gouverneur von Tennessee zu Anfang des Krieges kräftig gegen die Rebellen aufgetreten war, zum Vizepräsidenten gewählt. Damit war für die Konföderierten die letzte Hoffnung auf eine Nachgiebigkeit der Union entschwunden; der Krieg nahm seinen unerbittlichen Fortgang. General Grant, am 12. März 1864 zum Oberbefehlshaber der Unionstruppen ernannt, rückte gegen Richmond vor, wurde zwar am 5. Mai bei Wilderneß von Lee besiegt, drang

(c) Instituto Cervantes de Madrid

aber weiter südlich gegen Petersburg vor und belagerte die Stadt, nachdem die ersten Angriffe mißlungen waren. Im Verein mit den Truppen des Generals Sheridan durchbrach er die Defensivstellung des Generals Lee bei Richmond und hielt sich auf dem rechten Ufer des Jamesflusses (südlich von Richmond). Zu gleicher Zeit unternahm General Sherman seinen kühnen Marsch nach Georgia und nahm Savannah. Von da zog er im Februar 1864 wieder gegen Norden, marschierte durch Süd- und Nordcarolina und vereinigte sich am 22. März mit den Truppen der von Wilmington herbeigeeilten Generale Terry und Schofield. General Lee, welcher etwa noch 60 000 Mann hatte, war nun durch die von Grant, Sheridan und Sherman befehligten Truppen bei Petersburg und Richmond völlig eingeschlossen. Am 1. April 1865 erfolgte die Entscheidungsschlacht bei Petersburg; am 2. April zogen die Unionstruppen in Petersburg, am 3. April in Richmond ein; am 9. April ergab sich General Lee unter günstigen Bedingungen dem General Grant, am 17. April streckte der Rest der konföderierten Armee unter General Johnson bei Raleigh vor General Sherman die Waffen. Die Unterwerfung des Südens war damit entschieden, der Krieg nach vierjähriger Dauer beendigt. Er hatte ungeheure Opfer gekostet. Die Union hatte etwa 325 000, die Konföderierten 200 000 Mann verloren; die Schuldenlast der Union war um 3 Milliarden Dollar vermehrt; aber ihre Stellung war von da an fester als je.

Präsident Andrew Johnson.

Da raffte sich die Rebellion zu einer verzweifelten That auf, welche an die katilinarischen Zeiten erinnert. Lincoln und alle hervorragenden Staatsmänner und Generale sollten an einem Tage ermordet und die Verwirrung des Augen-

(c) Instituto Cervantes de Madrid

blicks im Interesse der Südstaaten benutzt werden. Der Plan konnte nur teilweise ausgeführt werden; Grant und andere, welche in ihren Wohnungen ermordet werden sollten, wurden dort nicht angetroffen; der Staatssekretär Seward wurde von Lewis Payne gefährlich, aber nicht tödlich verwundet. Lincoln aber wurde im Theater zu Washington von dem Schauspieler Wilkes Booth am 14. April 1865 durch einen Schuß in den Hinterkopf verwundet, infolgedessen er am folgenden Morgen starb. „Der Süden ist gerächt!" war der frohlockende Ausruf des Mörders; derselbe wurde gefangen genommen und nebst mehreren Mitverschworenen gehenkt. Die Fäden der Verschwörung schienen bis zum Präsidenten der konföderierten Staaten, Jefferson Davis, welcher nach seiner Flucht aus Richmond gefangen worden war, hinaufzureichen, was seine Gefangenschaft verlängerte. Die öffentliche Meinung forderte seine Hinrichtung; aber die Unionsregierung, die ihn nicht wie einen gewöhnlichen Verbrecher behandeln wollte, ließ ihn frei unter der Bedingung, daß er sich jederzeit auf geschehene Aufforderung vor Gericht zu stellen habe.

An Lincolns Stelle übernahm der Vizepräsident Johnson die Präsidentschaft. Dieser suchte nach Herstellung des äußeren Friedens auch den inneren Frieden zwischen den Nord- und Südstaaten sobald als möglich herbeizuführen und kam dabei in einen heftigen Konflikt mit dem Kongreß. Zunächst wurde eine ausgedehnte Amnestie gewährt; die davon Ausgeschlossenen wurden begnadigt, sobald sie darum nachsuchten und die Gesetze der Union anerkannten. Aber die schwierige Frage war die über die „Rekonstruktion" der Südstaaten, wobei es sich hauptsächlich um die Vertretung derselben im Kongreß und um die politische Stellung der Sklaven handelte. Der Kongreß hatte am 3. Januar 1865 die Aufhebung der Sklaverei in dem ganzen Gebiet der Union beschlossen, und die republikanische Partei verlangte sofortige Gleichstellung der Neger mit den Weißen in sämtlichen politischen Rechten, wonach sie zu allen Aemtern befähigt sein, das aktive und passive Wahlrecht erhalten sollten. Damit sollte der politischen Uebermacht der südstaatlichen Großgrundbesitzer ein Gegengewicht entgegengestellt werden. Der Kongreß verweigerte daher allen denjenigen Staaten, welche diese Grundsätze nicht zu den ihrigen machten, den vollberechtigten Wiedereintritt in die Union, schloß in der Bill

(c) Instituto Cervantes de Madrid

vom 16. März 1866 elf Staaten von der politischen Vertretung aus, stellte dieselben unter die Diktatur der Militärgouverneure und einer besonderen Unionsverwaltung und verlieh allen Bewohnern der Union, ohne Rücksicht auf ihre Hautfarbe und ihren bisherigen Sklavenstand, volles Bürgerrecht. Der Präsident Johnson legte sein Veto dagegen ein, und da er sich manche Gesetzeswidrigkeiten erlaubte, beschloß das Repräsentantenhaus am 24. Februar 1868, denselben wegen Hochverrats und Verfassungsbruchs in Anklagestand zu versetzen. Der Senat als oberster Gerichtshof sprach am 16. Mai mit 35 Stimmen ein Schuldig, mit 19 Stimmen ein Nichtschuldig aus. Da zur Verurteilung des Präsidenten eine Zweidrittelmajorität gehörte und zu dieser eine Stimme fehlte, so war der Präsident freigesprochen und blieb bis zum 1. März 1869 im Amte. Nachdem von den elf ausgeschlossenen Rebellenstaaten im Jahre 1868 sieben die ihnen gestellten Forderungen, darunter namentlich die Anerkennung der politischen Gleichstellung der Neger mit den Weißen, erfüllt hatten, wurden sie wieder vollberechtigt in die Union aufgenommen; die übrigen vier, Virginien, Mississippi, Texas und Georgia, zögerten damit bis zum Jahre 1870 und erlangten erst dann ihre Wiederaufnahme. Bei der Präsidentenwahl vom 3. November 1868 stimmten von 33 wahlberechtigten Staaten 25 für General Grant, den Besieger der Konföderierten, als Präsidenten, und für Colfax als Vizepräsidenten. Die Gewählten traten am 4. März 1869 ihr Amt an.

8) Das mexikanische Kaisertum.

(1861—1867.)

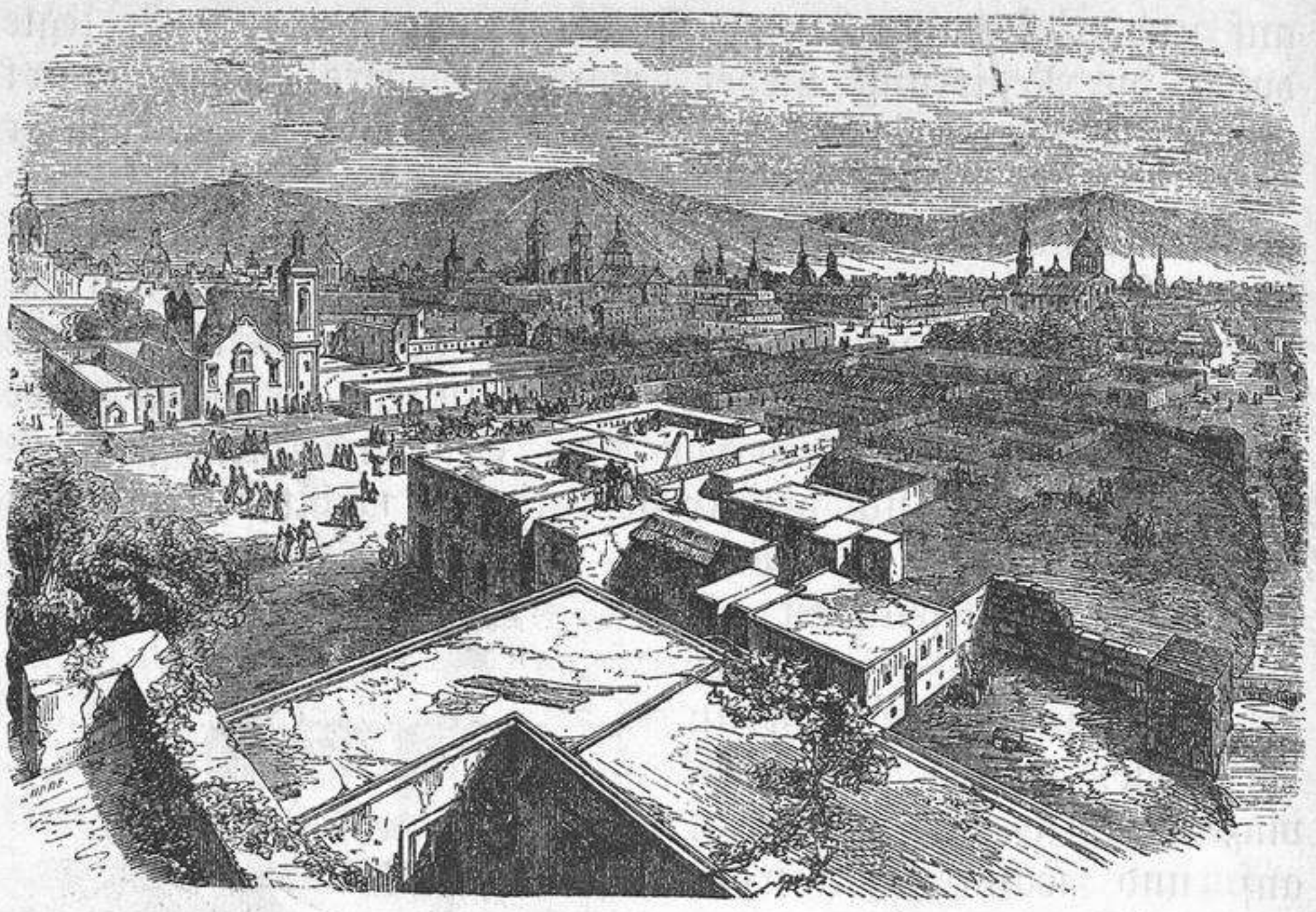
Seit der Thronentsagung des Kaisers Augustin von Mexiko war dieser Staat (1824) in eine Republik umgewandelt, welche eine der nordamerikanischen Verfassung nachgebildete Verfassung annahm. Zwei große Parteien, eine konservativ-klerikale und eine liberal-demokratische, kämpften miteinander beständig um die Herrschaft. Der Präsident Santa Anna, unter welchem Mexiko die Provinzen Texas, Neumexiko und Kalifornien an die Vereinigten Staaten von Nordamerika verlor, mußte im August 1855 abdanken und erhielt den General Alvarez zum Nachfolger. Dieser, welcher zur liberal-demokratischen Partei (den Puros) gehörte, hob die Vorrechte der Geistlichkeit und der Armee

(c) Instituto Cervantes de Madrid

auf und rief dadurch eine Verschwörung hervor. Er legte daher die Regierung nieder, worauf General Comonfort am 10. Dezember 1855 die Präsidentschaft übernahm. Dieser hatte als ein Mann von gemäßigten Grundsätzen Aufstände der Klerikalen und der Radikalen zu bekämpfen. Nach der neuen Verfassung vom 11. März 1857 durfte die Geistlichkeit kein Grundeigentum besitzen, im ganzen Reiche wurde Gewissensfreiheit gewährleistet, die Jesuiten aus dem Lande gewiesen und die Seehäfen den Einwanderern geöffnet. Dagegen erhoben sich die Konservativen, wählten 1858 den General Zuloaga zum Präsidenten und beseitigten die Verfassung von 1857. Aber die Radikalen hielten fest an derselben, reizten die Provinzen gegen die Hauptstadt auf und wählten Benito Juarez, der von einem alten Aztekengeschlecht abstammte, zum Gegenpräsidenten. Nun hatte man eine konservative Regierung unter Zuloaga in der Hauptstadt Mexiko und eine radikale unter Juarez in Veracruz. Daraus entstand ein zweijähriger Bürgerkrieg, in welchem zuletzt der von Juarez abgeschickte General Ortega das vom General Miramon befehligte Heer der Konservativen besiegte. Juarez hielt im Januar 1861 seinen Einzug in der Hauptstadt und führte die schon von Veracruz aus erlassenen Gesetze über Aufhebung der Klöster, Einziehung der Kirchengüter, Trennung der Kirche vom Staat und Verkündigung der Religionsfreiheit durch. Alle Bischöfe, welche an dem Widerstande der Konservativen teilgenommen hatten, darunter der Erzbischof von Mexiko, wurden aus dem Lande verwiesen und dem päpstlichen Nuntius aus dem gleichen Grunde sein Paß zugeschickt. Der demokratische Kongreß wählte Juarez im Juni 1861 zum definitiven Präsidenten und übertrug ihm, zur Bekämpfung der in den Provinzen die Fahne des Aufstandes erhebenden klerikalen Generale Marquez, Mejia und anderer, eine unumschränkte Diktatur.

Benito Juarez.

(c) Instituto Cervantes de Madrid



Ansicht von Mexiko.

Während dieser inneren Wirren erhoben sich auch Konflikte mit dem Ausland. Die Regierung des Präsidenten Juarez hatte zwar aus dem Verkauf der Kirchengüter etwa 350 Millionen Mark erlöst; da aber diese Summe meist veruntreut wurde, so half sich die Regierung damit, daß sie nach einem Gesetz vom 17. Juli 1861 alle Zahlungen, auch die Zinsen der englischen Schuld, auf zwei Jahre einstellte und die Zwangsanleihen auf die Fremden ausdehnte. Die Regierung erlaubte sich auch andere Rechtsverletzungen gegen die Europäer, hob sie zum Kriegsdienst aus und ließ ihre Konsuln verhaften. Frankreich erhob unglaubliche Geldforderungen: für eine anerkannte Schuld von 750000 Frank und eine nicht anerkannte Schuld von 5 Millionen forderte es 60 Millionen, und für die berüchtigte Jeckersche Schuld, für welche General Miramon vom Bankier Jecker nur 7 Millionen Frank erhalten hatte, verlangte es 75 Millionen. „Um ihre in Mexiko lebenden Unterthanen zu schützen und die Republik zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen zu zwingen," schlossen daher Frankreich, England und Spanien am 31. Oktober 1861 die Konvention von London, erklärten aber zugleich, daß sie keine Gebietserwerbungen machen und sich nicht in die inneren Angelegenheiten der Republik mischen wollten. Die Vertreter Frankreichs und Englands richteten

(c) Instituto Cervantes de Madrid

am 24. November ein Ultimatum an die mexikanische Regierung, erhielten aber keine Antwort. Darauf beschlossen die drei Mächte, durch Absendung einer Flotte sich Genugthuung zu verschaffen. Diese erschien im Hafen von Veracruz, besetzte die Stadt und das Fort San Juan de Ulloa und ließ die Truppen Lager beziehen. Am 19. Februar 1862 schlossen die Befehlshaber der Verbündeten mit Juarez die Konvention von Soledad, wonach die Unabhängigkeit der mexikanischen Republik unangetastet bleiben und Konferenzen in Orizaba, wo die spanischen Truppen unter General Prim Stellung genommen hatten, eröffnet werden sollten, um die streitigen Ansprüche auszugleichen. Als aber der von Juarez verbannte mexikanische General Almonte, welcher in Paris den Kaiser Napoleon zum Kriege gegen Juarez aufgereizt und die Erhebung aller Klerikalen in Aussicht gestellt hatte, im Lager der Verbündeten eintraf, seine Auslieferung dem Präsidenten Juarez verweigert wurde und die Pläne Napoleons, welcher bereits mit Erzherzog Maximilian unterhandelte, sich immer mehr enthüllten, da löste sich die Konferenz von Orizaba auf und die englischen und spanischen Truppen schifften sich im April 1862 wieder ein, während die Franzosen zurückblieben, um den Versuch zu machen, die von Napoleon ersonnene Idee von der Vereinigung der lateinischen Rasse unter der Führung Frankreichs in Amerika in Wirklichkeit überzusetzen. Auf den Sieg der konföderierten Staaten in Nordamerika sicher rechnend, glaubte er, dieses entfernte Unternehmen auch ohne den Beistand anderer Mächte siegreich durchführen zu können.

Der französische General Lorencez landete mit 5000 Mann und übernahm das Kommando über das nun höchstens 8000 Mann starke Expeditionskorps. Mit dieser geringen Anzahl von Truppen war das große mexikanische Reich nicht zu erobern. Zwar stießen einige tausend Mexikaner unter General Marquez zu den Franzosen, aber die Bevölkerung verhielt sich doch gegen dieselben meist teils gleichgültig, teils feindselig, obgleich die französischen Proklamationen nur von der Bekämpfung Juarez' sprachen und dem mexikanischen Volke die freie Verfügung über die Regierungsform überlassen wollten. Aber jedermann war überzeugt, daß Napoleon und Almonte über die Errichtung einer mexikanischen Monarchie sich verständigt hatten. Gegen eine Intervention, welche solche Pläne hatte, empörte sich alles, was Nationalgefühl hatte, nicht bloß die Radikalen und Liberalen, sondern auch viele

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Konservative. Lorencez rückte gegen Puebla vor, ließ sofort stürmen, wurde aber zurückgeschlagen. Darauf zog er sich nach Orizaba zurück und wartete dort die Ankunft der vom General Forey befehligten Verstärkungstruppen ab. Dieser übernahm den Oberbefehl über sämtliche französischen Truppen, welche nun eine Stärke von 45000 Mann hatten, rückte gegen die wohlbefestigte und vom General Ortega mit 22000 Mann aufs tapferste verteidigte Stadt Puebla vor und eroberte sie nach dreimonatlicher Belagerung am 17. Mai 1863, nachdem schon am 8. Mai das auf der Straße nach der Hauptstadt stehende Unterstützungskorps des mexikanischen Generals Comonfort von General Bazaine bei San Lorenzo geschlagen worden war. Die noch 12000 Mann starke Besatzung von Puebla, welche keine Aussicht auf Entsatz mehr hatte, ergab sich nun nebst Ortega den Franzosen. Nun konnte sich Juarez in der Hauptstadt nicht mehr halten und zog sich mit den Ministern und dem Rest seines Heeres nördlich nach San Luis Potosi. General Forey hielt mit Almonte an der Spitze von 15000 Mann am 10. Juni 1863 seinen Einzug in Mexiko, setzte eine Junta ein, welche dem General Almonte, dem Erzbischof Labastida und dem General Salas die Regierung provisorisch übertrug, und berief auf den 8. Juli eine Notabelnversammlung, welche aus lauter Gegnern des Präsidenten Juarez bestand. Mit allen gegen eine Stimme beschloß diese Versammlung am 12. Juli, eine konstitutionelle Erbmonarchie einzuführen und dem Erzherzog Maximilian von Oestreich, mit welchem sich Napoleon bereits verständigt hatte, die Kaiserkrone von Mexiko anzutragen.

Maximilian, Kaiser von Mexiko.

Maximilian war ein Bruder des Kaisers Franz Joseph von Oestreich, besaß viele Kenntnisse und hatte einen mächtigen Thatendrang, der in der ihm angewiesenen Stellung

(c) Instituto Cervantes de Madrid

in der Heimat sich nicht befriedigt fühlte. Seine Gemahlin Charlotte war die Tochter des Königs Leopold I. von Belgien. Als eine mexikanische Gesandtschaft nach dem Schloß Miramare (am Adriatischen Meere) kam, um ihm den Beschluß der Notabelnversammlung mitzuteilen, erklärte er sich bereit, die Krone anzunehmen, sobald die ganze Nation in freier Kundgebung ihres Willens sich dafür ausgesprochen habe. Auf die Nachricht, daß etwa 2000 Gemeinden in einer (von den Franzosen geleiteten) Abstimmung seine Berufung verlangt hätten, schiffte er sich mit seiner Gemahlin in Triest ein, ließ sich in Rom von Pius IX. die Weihe für seinen Beruf erteilen und landete am 29. Mai in Veracruz. Am 12. Juni 1864 erfolgte der Einzug in Mexiko. Vor dem Beginn seiner Reise hatte er mit Napoleon den Vertrag von Miramare geschlossen, wonach dieser sich verpflichtete, 25000 Mann in Mexiko zu lassen und dieselben erst dann zurückzuziehen, wenn Maximilian aus Fremden und Einheimischen eine Armee organisiert hätte. Letzterer dagegen hatte versprochen, die Kosten der französischen Expedition mit 270 Millionen Frank in bestimmten Raten zu bezahlen und vom 1. Juli 1864 an die französische Armee ganz aus den Mitteln der mexikanischen Staatskasse zu unterhalten, und hatte noch andere, die damaligen Kräfte Mexikos weit übersteigende pekuniäre Verpflichtungen übernommen. Keinem der beiden Teile war es möglich, diesen Vertrag zu halten.

Der Augenblick zur Errichtung des mexikanischen Kaiserthrones war sehr schlecht gewählt. Im Sommer 1864 war die Vernichtung der konföderierten Staaten von Nordamerika bereits sehr wahrscheinlich, und sobald dieselbe entschieden war, konnte dieser Thron nicht mehr aufrecht erhalten werden. Denn diese Verletzung der „Monroedoktrin", daß an den Grenzen der Union auf den Trümmern der Republik eine Monarchie errichtet werde, ließ sich die Regierung und der Kongreß der Vereinigten Staaten nicht gefallen. Zwar wurde Juarez von dem französischen General Bazaine, welchem an Stelle des zum Marschall ernannten Forey der Oberbefehl über die französischen Truppen übertragen worden war, in die nördlichsten Teile von Mexiko zurückgedrängt, San Luis Potosi und andere Orte genommen, auch wurde eine kaiserliche Armee organisiert, welche aus mexikanischen Truppen und aus französischen, belgischen und östreichischen Freiwilligen bestand; aber der von Juarez' Anhängern unternommene

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Guerillakrieg konnte so wenig zu Ende gebracht werden, daß nicht einmal die Straße von Mexiko nach Veracruz sicher war. Auf Andrängen der Franzosen erließ Maximilian die Dekrete vom 2. und 3. Oktober 1865, worin Juarez und seine Anhänger als Räuberbanden in die Acht erklärt, den Mitgliedern der Guerillabanden im Falle ihrer Gefangennehmung sofortige Erschießung und denen, die sie unterstützten, schwere Strafen angekündigt wurden, und wirklich wurden zwei republikanische Anführer, Arteaga und Salazar, als „Banditen" erschossen. Aber diese Dekrete, welche von gänzlicher Unkenntnis der politisch-militärischen Lage Juarez' und der Schwierigkeiten der eigenen Regierung zeugten, erregten eine furchtbare Erbitterung, riefen das Rachegefühl hervor und konnten nicht durchgeführt werden; denn gerade um jene Zeit wurde die Lage des Präsidenten Juarez, der von der Union als der rechtmäßige Präsident anerkannt und mit Geld und Waffen unterstützt wurde, von Monat zu Monat besser. Maximilian verlor mehr und mehr den Boden unter den Füßen; er hatte sich zuerst auf die gemäßigte liberale Partei gestützt und dadurch die Klerikalen von sich gestoßen, und als jene ihn verließ und er an diese sich anschloß, konnte er sie doch nicht ganz für sich gewinnen, da er ihre Forderung, daß die eingezogenen Kirchengüter der Geistlichkeit zurückgegeben werden sollten, nicht erfüllen konnte. Dazu kamen noch die finanziellen Verlegenheiten, welche aus der Unterhaltung einer großen Armee, aus dem fortwährenden Kriegszustand und aus dem Verhalten der Franzosen hervorgingen; diese verlangten zuerst, um die Zinsen der französischen Anleihen sicher zu bekommen, die Hälfte der Zolleinnahmen der Hafenstädte Veracruz und Tampico und bemächtigten sich zuletzt geradezu des Zollamts von Veracruz und beraubten dadurch die Regierung Maximilians ihrer bedeutendsten Einnahmen.

Waren diese Schwierigkeiten groß genug, um dem mexikanischen Kaiserthron ein baldiges Ende zu bereiten, so beschleunigten die äußeren Verhältnisse den Untergang desselben. Nach Niederwerfung der Konföderierten gab die Regierung der nordamerikanischen Union dem Kaiser Napoleon sehr deutlich zu verstehen, daß er keine andere Wahl habe, als seine Truppen aus Mexiko zurückzurufen oder sich in einen Krieg mit den Vereinigten Staaten verwickelt zu sehen. Da Napoleon sich von einem solchen keinen Erfolg versprechen konnte; da die kostspielige mexikanische Expedition in ganz

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Frankreich verhaßt war und unangenehme Debatten in den Kammern hervorrief, und da die Verhältnisse in Deutschland einem Kriege zutrieben, bei dessen Ausbruch er freie Hand haben wollte, so beschloß er, sich aus dem verfehlten mexikanischen Unternehmen herauszuziehen und seine Truppen zurückzurufen. Um sich nicht dem Vorwurf auszusetzen, daß er Maximilian seinen Feinden preisgegeben habe, suchte Napoleon im Frühjahr 1866 denselben zum Verzicht auf die Krone und zur Rückkehr nach Europa zu veranlassen, zuletzt sogar durch die Drohung einer sofortigen Räumung dazu zu bewegen. Aber anstatt eine verlorene Sache aufzugeben und noch vor dem Abzug der Franzosen die Reise nach Europa anzutreten, glaubte Maximilian, seine Lage verbessern zu können, wenn seine Gemahlin Charlotte im Sommer 1866 nach Paris und Rom reise und die Hilfe Napoleons und des Papstes anspreche. Aber Kaiserin Charlotte fand weder hier noch dort Gehör und verfiel in Wahnsinn.

Charlotte, Kaiserin von Mexiko.

Da die Klerikalen dem Kaiser Maximilian einredeten, daß sie ihm eine nationale Armee und die nötigen Geldmittel verschaffen würden, und da die auf den 14. Januar 1867 in das Schloß von Mexiko berufene Junta, welche die Frage über Abdankung oder Ausharren beraten sollte, sich dahin entschied, daß die Monarchie den Entscheidungskampf mit der Republik aufnehmen solle, so glaubte Maximilian, daß seine Ehre es erfordere, seine Anhänger nicht im Stich zu lassen, sondern mit ihnen den Kampf gegen Juarez auszufechten. Bereits hatten die französischen Truppen den Norden von Mexiko geräumt und am 6. Februar 1867 die Haupt-

(c) Instituto Cervantes de Madrid

stadt unter dem Jubel der über die Fremdherrschaft erbitterten Bevölkerung verlassen. Die republikanischen Truppen besetzten die geräumten Stellungen und drangen, ohne Widerstand zu finden, gegen Süden vor. Bevor sich die letzten französischen Regimenter am 11. März 1867 in Veracruz einschifften, hatte sich Maximilian am 19. Februar mit 3000 Mann, welche kaum notdürftig bekleidet waren, von Mexiko nach Queretaro begeben. Dort wurde er von dem republikanischen General Escobedo eingeschlossen und fiel am 15. Mai durch den Verrat des Obersten Lopez in dessen Hände. Die Gesandten aller europäischen Mächte verwandten sich für Maximilian und erboten sich, eine Garantie dafür zu übernehmen, daß derselbe, wenn er freigelassen würde, nie mehr den mexikanischen Boden betreten würde. Selbst das Kabinett von Washington that, von Oestreich darum angegangen, vermittelnde Schritte, ohne irgendwo den Glauben, daß es ihm Ernst damit sei, zu finden. Es war alles umsonst. Den europäischen Fürstenhäusern sollte die Lust, für ihre Prinzen amerikanische Throne zu errichten, benommen und zu diesem Zwecke ein abschreckendes Exempel statuiert werden. Am 13. und 14. Juni wurde Kriegsgericht über „Maximilian von Habsburg" gehalten, wobei besonders der Erlaß vom 3. Oktober 1865, der alle bewaffneten Republikaner zu Banditen stempelte und mit Erschießung bedrohte, belastend für ihn war. Er wurde zum Tode verurteilt und am 19. Juni 1867 nebst den zugleich mit ihm gefangenen Generalen Miramon und Mejia erschossen. Seine letzten Worte waren: „Arme Charlotte!" Der Leichnam wurde sofort einbalsamiert und in einer Kapelle aufbewahrt. Am 21. Juni ergab sich die Hauptstadt an den republikanischen General Porfirio Diaz, nachdem General Marquez mit seinen Anhängern daraus entflohen war; am 27. Juni wurde auch Veracruz von den Republikanern besetzt, und am 15. Juli hielt Juarez seinen Einzug in Mexiko und übernahm wieder die Regierung des Landes. Die Leiche Maximilians wurde vom östreichischen Kontreadmiral Tegethoff in Veracruz abgeholt und am 18. Januar 1868 in der Kaisergruft der Kapuzinerkirche in Wien feierlich beigesetzt. Die Kaiserin Charlotte erholte sich nicht mehr von ihrem Irrsinn. Sie wurde 1867 von Miramare nach dem Schlosse Tervuren, in der Nähe von Brüssel, gebracht und blieb daselbst bis auf den heutigen Tag.

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Neueste Zeit.

Zwölfter Zeitraum (das Zeitalter des Fürsten Bismarck).
1862—1886.

(c) Instituto Cervantes de Madrid

(c) Instituto Cervantes de Madrid

1. Preußens Kämpfe um die Hegemonie in Deutschland.

(1862—1866.)

1) Konstitutionelle Versuche in Oestreich.

(1862—1865.)

Die Niederlagen Oestreichs im italienischen Krieg hatten gezeigt, daß es dem Kaiserstaate an der Tüchtigkeit der oberen Leitung fehlte. Mit diesem System, bei welchem das adelige Wappen und das katholische Glaubensbekenntnis, nicht die Intelligenz und die Charakterfestigkeit den Ausschlag bei den Ernennungen zu den höchsten und wichtigsten Aemtern gaben und bei welchen die Betrügereien und Veruntreuungen hoher Beamten möglichst vertuscht wurden, mußte gründlich gebrochen werden; wenn nicht, so erlebte Oestreich noch mehr Solferino und mußte noch manches Villafranca über sich ergehen lassen. Das Einlenken in konstitutionelle Bahnen war die erste Bedingung für eine Besserung der staatlichen Zustände. Nur wenn in den östreichischen Staatsbau mehr Luft und Licht eindrang, konnte ein östreichischer Patriotismus erwachen, der jederzeit bereit war, für ein bedrohtes Vaterland Gut und Leben aufzuopfern. Nur langsam und nach einigen verfehlten Experimenten rang sich die richtige Erkenntnis durch.

Die üble Stimmung, welche in dem Kaiserstaat herrschte, wurde noch gesteigert durch die Enthüllungen, welche das Jahr 1860 brachte. Die sittlichen Zustände der höheren Gesellschaft erschienen geradeso verfault wie diejenigen, welche wir in den letzten Jahren der französischen Juliregierung gefunden haben, als man erfuhr, daß die Regierung das Nationalanlehen heimlich um hundertelf Millionen Gulden

(c) Instituto Cervantes de Madrid

überschritten habe; daß mehrere hochgestellte Personen wegen Anklage auf Betrug und Unterschleif in Untersuchung gezogen worden seien; daß der General Eynatten, der Finanzminister Bruck und der Bankdirektor Robert sich selbst den Tod gegeben; daß andere Direktoren, Kaufleute und Lieferanten im Gefängnis des Gerichtsspruches harrten. Der erste Schritt zur Einführung von Reformen erfolgte am 5. März 1860 durch die Berufung des „verstärkten Reichsrats", welcher die Finanzlage des Staates und allgemeine Gesetzvorlagen zu prüfen hatte, ohne jedoch das Recht der Initiative zu haben. Auf den Einspruch der Ungarn wurden zwei Monate nachher die Rechte dieses Reichsrats dahin erweitert, daß die Einführung neuer Steuern, die Erhöhung der bestehenden Steuern und die Aufnahme von Anlehen nur mit dessen Zustimmung stattfinden sollten. Da aber in diesem Reichsrat der Adel und die Geistlichkeit das Uebergewicht hatten, so war mit dieser Reform nicht viel gewonnen. Die schlechte Aufnahme, welche dieselbe bei der Bevölkerung fand, veranlaßte die Regierung zur Veröffentlichung des sogenannten „Oktoberdiploms" (20. Oktober 1860), welches den zur ungarischen Krone gehörigen Ländern eine neue Verfassung, den übrigen Ländern besondere Landtage, in welchen die Feudalstände eine überwiegende Stimme hatten, gab und für die gemeinsamen Reichsinteressen einen gemeinsamen Reichsrat schuf. Da mit diesem Diplom niemand zufrieden war, die Deutschen eine engere Zentralisation und eine eigentliche Volksvertretung, die Polen und Tschechen vollständige Autonomie, die Ungarn ihre Verfassung von 1848, welche die Herstellung des Dualismus und der Personalunion bezweckte, wollten, so machte die Regierung eine neue Schwenkung. Ritter von Schmerling wurde am 13. Dezember 1860 zum Staatsminister ernannt

Anton Ritter von Schmerling.

(c) Instituto Cervantes de Madrid

und übernahm die Aufgabe, die Autonomie der einzelnen Kronländer auf ein möglichst bescheidenes Maß zurückzuführen und die Reichseinheit auf konstitutionellem Wege herzustellen. Das von ihm veröffentlichte sogenannte „Februarpatent" (26. Februar 1861) schuf neben dem allgemeinen oder weiteren Reichsrat noch einen engeren. In letzterem sollten die gemeinschaftlichen Interessen der deutsch-slawischen Länder beraten werden, in jenem, der zu einem vollständigen, aus Herrenhaus und Abgeordnetenhaus bestehenden Parlament erweitert wurde, sollten die Angelegenheiten des Gesamtreiches ihre parlamentarische Erledigung finden, daher auch der ungarische Landtag seine Vertreter dahin senden sollte. Aber dieser verweigerte die Absendung der Vertreter Ungarns, protestierte gegen die Gültigkeit der Reichsratsbeschlüsse in ungarischen Angelegenheiten und verlangte als erste Bedingung seiner Mitwirkung zu dem Verfassungswerk die Anerkennung der ungarischen Verfassung von 1848. Die Regierung erwiderte, daß die von den Ungarn geforderte „Rechtskontinuität" durch die Revolution verwirkt und daß in einem neueroberten Lande auch ein neues Recht einzuführen sei, und löste den ungarischen Landtag auf.

Die erste Session des weiteren Reichsrats wurde am 1. Mai 1861 eröffnet. Die Abgeordneten aus Ungarn, Kroatien, Siebenbürgen und Venetien nahmen keinen Anteil daran. Die Versammlung konnte daher nicht als Vertretung des Gesamtstaates gelten und wurde von der Regierung selbst als engerer Reichsrat bezeichnet. Selbst in der westlichen Hälfte des Reiches erhob sich ein Widerspruch gegen den Reichsrat, da die Tschechen in Böhmen und Mähren, um ihre separatistischen Tendenzen zu bemänteln, die Abwesenheit der Ungarn als Motiv für ihr eigenes Fernbleiben benutzten. Erst im Oktober 1863 traten die siebenbürgischen Abgeordneten in den Reichsrat, der sich seitdem als weiterer Reichsrat konstituierte. Es fanden nur drei Sessionen desselben statt. Die gesetzgeberischen Resultate waren gering, da die Regierung nur wenige Vorlagen von Bedeutung einbrachte und den Reichsrat hauptsächlich zur Bewilligung des Budgets benutzte. Da dieses jährlich große Defizits aufwies, so drang das Abgeordnetenhaus auf Ersparnisse, und zwar gerade bei denjenigen Etats, bei welchen die Hofkreise am empfindlichsten waren und welche, wenn das Reich nicht in Schaden kommen sollte, am wenigsten die

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Anwendung von Sparsamkeitsrücksichten ertragen konnten, beim Etat des Kriegs- und Marineministeriums. Dies wurde von der altadeligen Partei, wozu namentlich Graf Moritz Esterhazy, seit 1861 Minister ohne Portefeuille, gehörte, benutzt, um die thatsächlich mißlungene Februarverfassung samt Schmerling zu beseitigen und einen Versuch zur Herstellung eines Ausgleichs mit den Ungarn zu machen. Der Kaiser machte zu Anfang Juni 1865 eine Reise nach Pest, wurde mit Jubel empfangen, verkehrte mit den hervorragenden Staatsmännern, wie mit Franz Deak, und versprach, die Völker seiner ungarischen Krone möglichst befriedigen zu wollen. Der altkonservative Graf Mailath wurde zum ungarischen Hofkanzler ernannt. Das Ministerium Schmerling gab am 27. Juli 1865 seine Entlassung ein. Nach vierwöchiger Krisis kam am 27. Juli das „Drei-Grafen-Ministerium" zustande, in welchem Graf Belcredi Staatsminister (Ministerpräsident) war, Graf Larisch das Finanzministerium übernahm und Graf Mensdorff-Pouilly die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten, die ihm schon am 21. Oktober 1864 übertragen worden war, behielt. Am nämlichen Tage wurde die dritte Session des Reichsrats geschlossen.

Franz Deak.

Durch das kaiserliche Manifest vom 20. September 1865 wurde die Wirksamkeit der Februarverfassung „sistiert", der engere und weitere Reichsrat suspendiert, die Landtage sämtlicher Kronländer einberufen und das Versprechen gegeben, daß die Resultate des ungarischen Ausgleichs denselben vorgelegt werden sollten. Mit diesem neuen Staatsstreich war man bezüglich der Reichsangelegenheiten beim alten Absolutismus wieder angekommen. Die deutschen Landtage protestierten daher gegen die Sistierung der Februarverfassung, während die Tschechen und Polen jubelten und an Grün-

(c) Instituto Cervantes de Madrid

dung autonomer Gestaltungen dachten. Belcredi begünstigte die Pläne dieser slawischen Sonderbünde und sprach von den Rechten der „historisch-politischen Individualitäten". Wenn er aber mit dem Septembermanifest auch die Ungarn befriedigen zu können glaubte, so täuschte er sich. Die altkonservative Partei hatte dort wenig Einfluß, und die unter Deaks Leitung stehende nationalliberale Partei, welche für die ungarische Politik maßgebend war, begnügte sich nicht mit halben Zugeständnissen und wollte entweder alles oder nichts. Auf dem Parteitag vom 11. November 1865 stellte sie als unerläßliche Bedingung für jeden Ausgleich zwei Forderungen auf: die Anerkennung der Rechtskontinuität, das heißt die Wiederherstellung der alten Landes-, Munizipal- und Kommunalverfassung und der Gesetzgebung von 1848 nebst dem damals vom Kaiser zugestandenen verantwortlichen ungarischen Ministerium; sodann die politische Wiedervereinigung der seit 1849 abgetrennten Länder, Siebenbürgen, Kroatien, Slawonien und Militärgrenze, mit dem Königreich Ungarn. Das Wiener Kabinett war zur Bewilligung der zweiten Forderung bereit, konnte sich aber zur Genehmigung der ersteren, welche die Einrichtung des Dualismus in sich schloß, nicht verstehen, zumal da die Tschechen, die Forderungen der Ungarn kopierend, die Herstellung der „heiligen Wenzelkrone" verlangten und für ein Königreich Böhmen-Mähren-Schlesien eine ähnliche Stellung wie die Ungarn für die Länder der Stephanskrone beanspruchten. Bei der Eröffnung des ungarischen Landtags am 14. Dezember 1865 wurden zwar in der Thronrede die Rechte der Ungarn anerkannt, zugleich aber auch die Erklärung abgegeben, daß die Gesetze von 1848, erst nachdem sie einer Revision unterworfen worden seien, in Wirksamkeit treten sollten. Aber die Deaksche Partei hielt an ihrem Programm fest und wollte den umgekehrten Weg einschlagen. Der Landtag verlangte daher, daß zuerst die Verfassung und die Gesetze wiederhergestellt und ein verantwortliches ungarisches Ministerium eingesetzt und dann erst über die Revision der Gesetze und über das Verhältnis des Königreichs Ungarn zu dem deutsch-slawischen Oestreich verhandelt werden solle. Der Kaiser lehnte diese Forderung ab, und der ungarische Landtag, welcher starr auf seinem Programm beharrte, wurde am 26. Juni 1866 auf unbestimmte Zeit vertagt. Die Ereignisse der folgenden Tage zwangen die Wiener Regierung zur Nachgiebigkeit.

(c) Instituto Cervantes de Madrid

2) König Wilhelm von Preußen und der Ministerpräsident von Bismarck.

(1861—1863.)

Die Haltung, welche Oestreich während des italienischen Krieges Preußen gegenüber beobachtete, hatte aufs deutlichste gezeigt, daß Oestreich, ohne durch Waffengewalt dazu gezwungen zu sein, Preußen keine ebenbürtige, geschweige eine hegemonische Stellung in Deutschland einräumen, daß es weder in der Leitung des Bundestags noch in der Führung der Bundeskontingente eine Aenderung gestatten und daß es die Bildung eines engeren Bundes in dem weiten Rahmen des deutschen Bundes nie zugeben werde. Oestreich verharrte auf seinem Schwarzenbergschen Standpunkt von 1850 und war, falls Preußen sich dagegen auflehnen wollte, der deutschen Mittelstaaten sicher, denen die Bundesverfassung es möglich machte, trotz ihrer geringen Macht das starke Preußen zu majorisieren und die Verteidigung ihrer und der übrigen deutschen Gebiete den beiden Großmächten zu überlassen. Verlangte Preußen in seiner Erklärung vom 4. Januar 1860 für das Kommando über die Bundesarmee eine Zweiteilung, wobei die zwei süddeutschen Korps an Oestreich, die zwei norddeutschen an Preußen sich anschließen sollten, so verlangten die Mittelstaaten in ihrer Konferenz zu Würzburg vom 5. August eine Dreiteilung und beanspruchten für ihre vier Korps einen besonderen Oberfeldherrn. Preußen mußte aus allen diesen Thatsachen erkennen, daß es, wenn es sich eine würdigere Stellung in Deutschland verschaffen, die militärischen Kräfte Deutschlands besser organisieren und in fester Hand zusammenfassen wollte, lediglich auf sich selbst angewiesen war. Der Verlauf des italienischen Krieges hatte gezeigt, daß weder die östreichische noch die französische Armee von Preußen zu fürchten war, sobald dieses seiner Armee durch zweckmäßige Reformen eine günstigere Organisation und eine vermehrte numerische Stärke gab. Wollte Preußen seinen deutschen Beruf erfüllen, so mußte es eine starke Armee haben, um, was ihm Oestreich und der deutsche Bund versagten, auf dem Schlachtfelde sich zu holen. Die Reorganisation der preußischen Armee mußte daher, mit oder ohne Willen und Zustimmung der Abgeordnetenkammer, durchgeführt werden.

Die Mängel des preußischen Heerwesens hatten sich be-

(c) Instituto Cervantes de Madrid

sonders bei der Mobilmachung in den Jahren 1850 und 1859 gezeigt. Das Gesetz vom 3. September 1814, welches immer noch maßgebend war und einen nur zweijährigen Reservedienst vorschrieb, hatte die Folge, daß, wenn die bisherige Friedensstärke von 150 000 Mann bei einer Mobilmachung auf eine hohe Kriegsstärke gebracht werden sollte, eine bedeutende Anzahl von Landwehrmännern einberufen werden mußte und dadurch viele verheiratete Männer ihren Familien und ihrem bürgerlichen Berufe entzogen wurden. Diesem Uebelstand konnte nur dadurch abgeholfen, der Notwendigkeit einer höheren Kriegsstärke nur dadurch entsprochen werden, daß zur Erhöhung der Friedensstärke mehr Mannschaft zur Fahne einberufen, der Dienst in der Reserve verlängert, der in der Landwehr verkürzt wurde. Auf diesen Prinzipien beruhte der neue Reorganisationsplan, der nach den Aeußerungen des Prinzen von Preußen dessen eigenstes Werk war, bei dessen Herstellung der am 5. Dezember 1859 zum Kriegsminister ernannte General Roon ihn am meisten unterstützte. Nach diesem Plane sollte die Friedensstärke von 150 000 Mann auf etwa 213 000 erhöht werden, jährlich statt 40 000 Rekruten 63 000 ausgehoben, an der dreijährigen Dienstzeit festgehalten, die Infanteriebataillone zur Gewinnung weiterer Kadres von 135 auf 153 erhöht, 18 neue Kavallerieregimenter errichtet, der Dienst in der Reserve von zwei auf vier Jahre verlängert, der Dienst in der Landwehr ersten Aufgebots von sieben auf vier Jahre, in der Landwehr zweiten Aufgebots von sieben auf fünf Jahre vermindert werden. Die Dienstpflicht in der Linie und in der Reserve sollte also zusammen sieben Jahre, die in der Landwehr neun, die Gesamtdienstpflicht sechzehn Jahre dauern, während sie bisher neunzehn gedauert hatte. Für einen Krieg von nicht zu bedeutender Ausdehnung genügte bei diesem Plane die Einberufung der Altersklassen vom 20. bis zum 27. Lebensjahre, das heißt die Aufbietung der Linie und der Reserve; die Landwehr konnte in den meisten Fällen geschont und für den Dienst in der Heimat verwendet werden.

Dieser Plan, welcher sich in den drei Kriegen vom Jahre 1864 bis 1871 als ein ungemein zweckmäßiger bewährt hat, hatte zur natürlichen Folge eine Erhöhung des Kriegsbudgets. Die Kosten der ersten Einrichtung berechnete das Ministerium auf fünf Millionen Thaler, den jährlichen Mehraufwand auf zehn Millionen. Bei dem günstigen Stand

(c) Instituto Cervantes de Madrid

der preußischen Finanzen hatte diese Mehrausgabe nichts Beunruhigendes. In der Thronrede zur Eröffnung des Landtags am 12. Januar 1860 kündigte der Prinzregent die beabsichtigte Heeresreform an und bezeichnete es als seine Pflicht und sein Recht, die Uebelstände des Heerwesens zu beseitigen. Das Abgeordnetenhaus nahm den vom Kriegsminister Roon vorgelegten Reorganisationsplan sehr unsympathisch auf. Der Kommissionsbericht tadelte so viel daran, daß das Ministerium den Entwurf lieber vorläufig ganz zurückzog und mit der Bewilligung eines außerordentlichen Militärkredits von neun Millionen Thalern sich begnügte. Um so mehr beeilte es sich, aus dem Reorganisationsplan eine vollendete Thatsache zu machen. Im Juli 1860 war die Reorganisation durchgeführt, und bald darauf erhielten die neuerrichteten Regimenter ihre Fahnen und Standarten, zum Zeichen, daß es sich um eine definitive Einrichtung handle.

Kriegsminister von Roon.
Nach dem im Verlag von E. H. Schröder in Berlin erschienenen Kupferstich von Alb. Teichel.

Aus dieser Reorganisationsfrage entwickelte sich zwischen dem Prinzregenten und dem Ministerium einerseits und dem Abgeordnetenhaus andererseits ein sechsjähriger Konflikt. Die Regierung legte das Militärbudget jährlich dem Abgeordnetenhause vor; dieses machte Abstriche oder ging überhaupt auf den Plan gar nicht ein, worauf jene, vom Herrenhaus hierin unterstützt, nach dem vorgelegten, aber nicht genehmigten Militärbudget weiter arbeitete. Der Konflikt wäre vielleicht vermieden worden, wenn es dem Ministerium möglich gewesen wäre, über seine Ziele gegenüber Oestreich und dem deutschen Bunde und über seine Befürchtungen gegenüber den napoleonischen Vergrößerungsplänen sich offen auszusprechen und wenigstens den Parteiführern Andeutungen davon zu geben, daß es entschlossen sei, zur Lösung der preußisch-deutschen Frage nötigenfalls zu den Waffen zu greifen. In-

(c) Instituto Cervantes de Madrid

dem die Regierung immer nur von dem Berufe Preußens sprach und keine klaren Anhaltspunkte für ihre nationalen Pläne gab, und andererseits das Abgeordnetenhaus bei den in den Thronreden und den Erklärungen der Minister enthaltenen Andeutungen zu wenig Ahnungsvermögen zeigte, bewegte man sich jahrelang in einem gegenseitigen Mißverständnis.

Vom 15. bis 17. Juni 1860 hatte der Prinzregent in Baden-Baden eine Zusammenkunft mit Napoleon, welcher den Wunsch geäußert hatte, durch eine solche den Prinzen von seinen friedlichen Gesinnungen zu überzeugen und die in Deutschland herrschenden Besorgnisse vor einer aggressiven Politik Frankreichs zu zerstreuen. Da der Prinz den Verdacht vermeiden wollte, daß Baden-Baden ein zweites Plombières werden solle, so erfüllte er den Wunsch erst, als er erfuhr, daß mehrere andere deutsche Fürsten mit ihm zu gleicher Zeit in Baden-Baden zusammentreffen wollten. Nach den Versicherungen eines sehr glaubwürdigen Gewährsmannes warf Napoleon im privaten Gespräch mit dem Prinzregenten die Aeußerung hin, daß Preußen, wenn es in Wahrheit eine europäische Großmacht sein wolle, notwendig große Länderstrecken am offenen Meere und eben damit das Mittel zur Gründung einer Seemacht, wie sie das Ostseebecken nicht gewähre, haben müsse; er werde nichts dagegen haben, wenn Preußen sich in den Besitz von Schleswig-Holstein setze und dadurch festen Fuß an der Nordsee fasse. Der Prinz ließ sich auf das Anerbieten gar nicht ein und ging auf ein anderes Thema über. Nach der Abreise Napoleons hielt er eine Ansprache an die deutschen Fürsten (von Bayern, Sachsen, Württemberg, Hannover, Baden, Weimar, Hessen-Darmstadt, Nassau) und erklärte, daß es stets seine erste Sorge sein werde, die Integrität der Grenzen Deutschlands zu wahren, und daß er sich in der Erfüllung dieser Aufgabe dadurch nicht beirren lassen werde, daß seine Auffassung über den Gang und die Ziele der preußischen und deutschen Politik von einigen seiner Bundesgenossen nicht geteilt werde. Der Badener Zusammenkunft folgte am 26. Juli 1860 eine solche mit dem Kaiser Franz Joseph in Teplitz. Nach dem Bericht, den der Prinzregent dem Prinzen Albert von England hierüber erstattete, sprach der Kaiser die Hoffnung aus, daß ein von Frankreich gegen ihn in Italien unternommener Angriff als ein solidarisches Interesse werde an-

(c) Instituto Cervantes de Madrid

gesehen werden; nur im Fall eigener Offensive erwarte er von seinen deutschen Bundesgenossen keinen Beistand. Bei der Besprechung der inneren Politik war von den Reformen der Bundesverfassung, namentlich von der Reorganisation der Bundesarmee die Rede. Der Kaiser versprach auf das Andrängen des Prinzregenten, gegen seine protestantischen Unterthanen volle Gerechtigkeit zu üben.

König Friedrich Wilhelm IV. starb am 2. Januar 1861 im Schlosse Sanssouci. Der Prinz von Preußen bestieg den Thron als König Wilhelm und erließ am 7. Januar eine Proklamation, worin er sagte: „Meine Pflichten für Preußen fallen mit meinen Pflichten für Deutschland zusammen. Als deutschem Fürsten liegt mir ob, Preußen in derjenigen Stellung zu kräftigen, welche es vermöge seiner ruhmvollen Geschichte, seiner entwickelten Heeresorganisation unter den deutschen Staaten zum Heile aller einnehmen muß.“ Nach Eröffnung des Landtags am 14. Januar 1861 bezeichnete der Minister Graf Schwerin die Politik der Regierung als die der freien Hand; sie gehe mit Oestreich, solange es ihr bequem sei und die Interessen Preußens es erforderten. Das Abgeordnetenhaus bewilligte auch diesmal die für die neuen Armeeorganisationen geforderten Summen, mit einem Abstrich von 750 000 Thalern, nur als außerordentliche Ausgabe. Damals bildeten sich zwei neue politische Parteien: die „Deutsche Fortschrittspartei“, welche sich von der früheren liberalen Partei abgelöst hatte und zwar für preußische Hegemonie, zugleich aber auch für zweijährige Dienstzeit sich aussprach, und der „Preußische Volksverein“, der aus den Kreisen der Junker hervorging, den Militärvorlagen das Wort redete, aber die Wege des Legitimismus nicht aufgegeben sehen wollte.

Allgemeines Aufsehen erregte das Attentat eines Leipziger Studenten, Oskar Becker aus Odessa, welcher am 14. Juli 1861 in Baden-Baden nach dem König schoß, als dieser in Begleitung des Grafen Flemming in der Lichtenthaler Allee spazieren ging. Die Kugel, deren Wirkung durch den Rockkragen und die Halsbinde aufgehalten war, verursachte eine Kontusion am Halse. Der Attentäter wurde sofort ergriffen und gab als Motiv seiner That an, daß er die Ueberzeugung habe, König Wilhelm sei seiner Aufgabe hinsichtlich der deutschen Politik nicht gewachsen; um dessen Nachfolger die Gelegenheit und einen Sporn zu geben, die Mission Preu-

(c) Instituto Cervantes de Madrid

ßens zu erfüllen, habe er den König aus dem Wege räumen wollen. Auf eine Einladung des Kaisers Napoleon begab sich der König am 8. Oktober 1861 zum Besuche desselben nach Compiègne. Nach seiner Rückkehr von da reiste er zur feierlichen Krönung nach Königsberg, wo dieselbe am 18. Oktober vollzogen wurde. In seiner Ansprache an die Deputation des Landtags sagte er: „Eingedenk, daß die Krone nur von Gott kommt, habe ich durch die Krönung an geheiligter Stätte bekundet, daß ich sie in Demut aus seinen Händen empfangen habe."

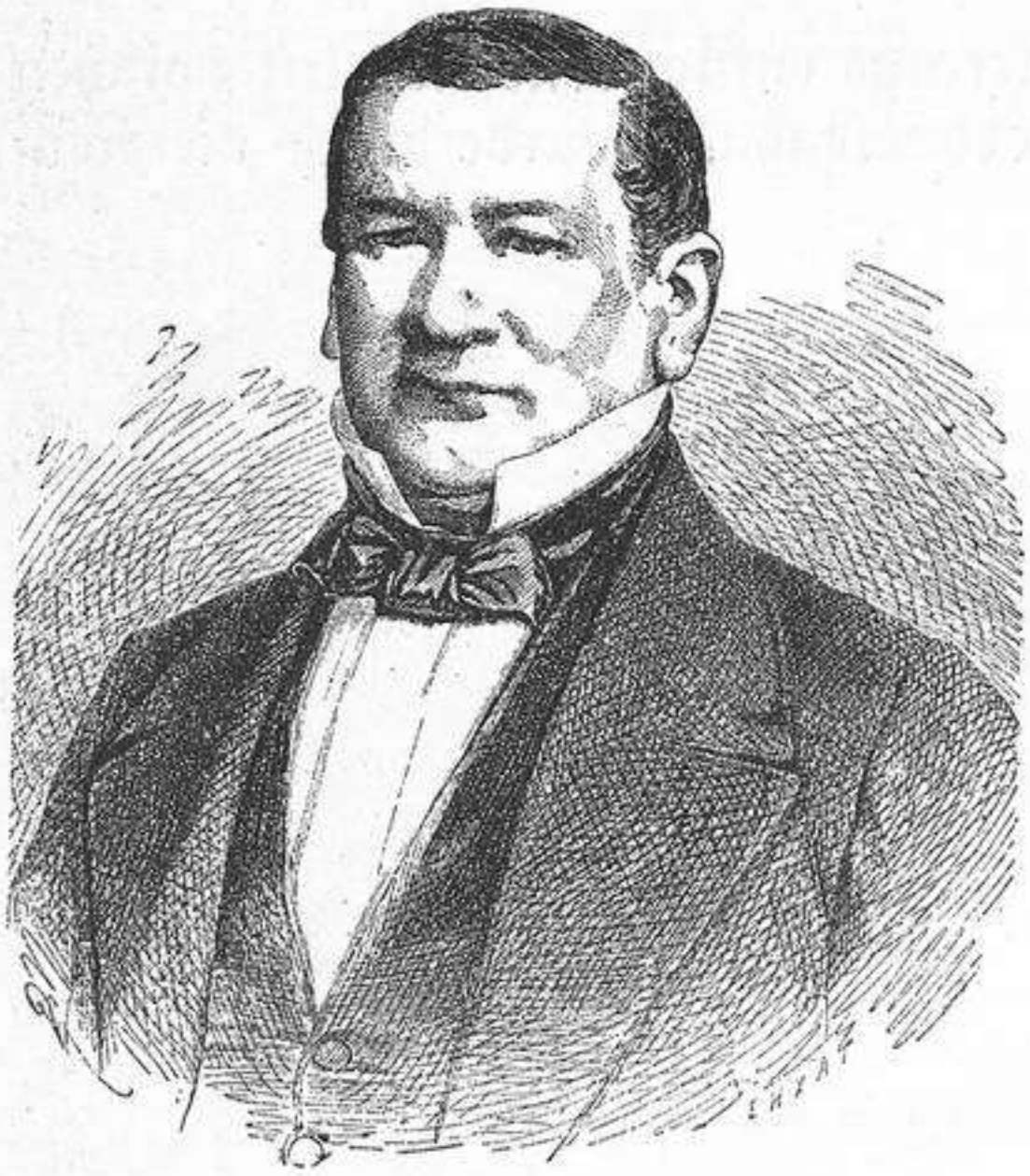
Der wegen der Militärfrage entstandene Konflikt zwischen der Krone und dem Abgeordnetenhaus wurde durch die Neu-

Krönungsthaler vom Jahre 1861.

wahlen vom 6. Dezember 1861, welche der Fortschrittspartei die Mehrheit verschafften, verschärft. Der König erklärte in seiner Thronrede vom 14. Januar 1862, daß eine weitere Sparsamkeit bei der Feststellung des für die reorganisierte Armee erforderlichen finanziellen Bedarfs die Schlagfertigkeit und Kriegstüchtigkeit des Heeres, folglich dessen Lebensbedingungen und damit die Sicherheit des Vaterlandes gefährden würde, und ließ keinen Zweifel darüber, daß er die Machtstellung und Sicherheit Preußens niemals von einem Votum der Kammer abhängig machen werde; aber die letztere, um die königlichen Worte sich nicht kümmernd, nahm am 6. März den Hagenschen Antrag an, wonach künftig die Einnahmen und Ausgaben genau spezialisiert werden sollten. Da die Regierung bei den ungenügenden Bewilligungen der Kammer sich nur damit helfen konnte, daß sie von den für andere Departements bewilligten Geldern verschiedene Posten in das

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Kriegsdepartement herüberleitete, so versprach sie sich von einer solchen Spezialisierung nur eine Verschärfung des Verfassungskonflikts. Das Ministerium Hohenzollern reichte daher seine Entlassung ein. Der König nahm dieselbe zunächst nicht an und löste am 11. März das Abgeordnetenhaus auf. Aber der liberale Teil des Ministeriums, welcher sich ungern in diesen Konflikt gedrängt sah und zur Bezwingung der Fortschrittspartei nicht die nötigen Mittel anwenden wollte, beharrte auf seinem Entlassungsgesuch und schied am 17. März aus dem Amt. Dies waren, außer dem schon seit längerer Zeit wegen Krankheit von Berlin abwesenden Fürsten von Hohenzollern, die Minister Auerswald, Schwerin, Patow, Pückler, Bernuth. An die Spitze des neuen Ministeriums trat der bisherige Präsident des Herrenhauses, Prinz Adolf von Hohenlohe-Ingelfingen; neu traten ein: Jagow, Lippe, Itzenplitz, Mühler; aus dem vorigen Ministerium traten über: Roon, Bernstorff, Heydt. Die thatsächliche Leitung des Ministeriums, das eine stark konservative, teilweise eine feudale Färbung hatte, lag in den Händen des Finanzministers Heydt.



von der Heydt.

Die Abgeordnetenwahlen vom 6. Mai 1862 waren eine vollständige Niederlage der Regierung. Von den Ministern wurde kein einziger gewählt. Die Fortschrittspartei erlangte eine erdrückende Mehrheit. Der Landtag wurde am 19. Mai eröffnet. Man durfte sich auf gewaltige Kämpfe gefaßt machen. In der auswärtigen Politik ging die Regierung im Sinne der liberalen Parteien vor. Zum großen Mißvergnügen Oestreichs und der meisten deutschen Mittelstaaten erfolgte von seiten Preußens am 21. Juli 1862 die Anerkennung des Königreichs Italien, und der Kurfürst von Hessen wurde durch das entschiedene Auftreten Preußens zur Wieder-

(c) Instituto Cervantes de Madrid

herstellung der Verfassung von 1831 veranlaßt. Dieses Vorgehen der Regierung machte keinen Eindruck auf die Kammer. Sie hatte nur für den Verfassungskonflikt Sinn, und auf ihr Recht der Bewilligung des Budgets pochend, glaubte sie die Regierung meistern zu können. Ohne Rücksicht darauf, daß die neuen Formationen ohne Nachteil für die Schlagfertigkeit und Tüchtigkeit der Armee nicht wieder aufgehoben werden konnten, und beharrend auf ihrer Ansicht, daß die Regierung zwar nationale Politik treiben, aber dazu mehr moralische als militärische Mittel anwenden solle und daß die Ausgaben für die von der Kammer noch nicht genehmigte Reorganisation nicht als ordentliche, sondern als außerordentliche zu verrechnen seien, wollte das Abgeordnetenhaus zeigen, daß nicht bloß das Recht, sondern auch die Macht auf seiner Seite sei und daß die Regierung sich vor dieser zu beugen habe. Am 23. September 1862 faßte es nach siebentägiger Militärdebatte den Beschluß, als ordentliche Ausgaben für das Heer 31932000 Thaler zu bewilligen, aber die Mehrkosten für die Reorganisation zu streichen.

Die Antwort des Königs erfolgte noch am nämlichen Tage und war von welthistorischer Bedeutung. Am 23. September 1862 wurde der Prinz von Hohenlohe-Ingelfingen von dem Vorsitz im Staatsministerium entbunden; Finanzminister Heydt nahm und erhielt seine Entlassung; der „Wirkliche geheime Rat von Bismarck-Schönhausen" wurde zum Staatsminister ernannt und ihm der interimistische Vorsitz des Staatsministeriums übertragen.

Die Presse der Fortschrittspartei empfing den neuen Minister mit unverhohlenem Mißtrauen und ausgesuchter Geringschätzung. Sie sprach von einem „burschikosen Junker", einem „hohlen Renommisten", einem „Napoleonvergötterer", dem „Städtevertilger", und faßte schließlich ihr Urteil in die Worte zusammen: „Bismarck ist der Staatsstreich". In diesen Kreisen war man sicher, daß Bismarck, anstatt Frieden mit der Volksvertretung zu schließen und dem Ausbau der verfassungsmäßigen Institutionen seine Fürsorge zu widmen, „nicht davor zurückschrecke, ohne Budget zu regieren und sich einer abenteuerlichen Großmachtspolitik in die Arme zu werfen". Das Organ der preußischen Altliberalen entwarf folgende Charakteristik von ihm: „Als ein Landedelmann von mäßiger politischer Bildung, dessen Einsicht und Kenntnisse sich nicht über das erheben, was das Gemeingut aller Ge-

(c) Instituto Cervantes de Madrid

bildeten ist, begann er seine Laufbahn. Den Höhepunkt seines parlamentarischen Ruhmes erreichte er in der Revisionskammer von 1849 und im Unionsparlament von 1850. Er trat in seinen Reden schroff und rücksichtslos auf, nonchalant bis zur Frivolität, mitunter witzig bis zur Derbheit, aber wann hätte er einen politischen Gedanken geäußert! Er hat sich in Frankfurt Kenntnisse im diplomatischen Ceremoniale erworben und in St. Petersburg und Paris intrigierenden Prinzessinnen ihre Geheimnisse abgelauscht; aber die saure Arbeit der täglichen Verwaltungsgeschäfte ist ihm fremd, den klaren Einblick in das Getriebe des Staates in allen seinen Einzelheiten hat er sich nirgendwo erwerben können." Die feudale Partei dagegen jubelte bei der Nachricht von der Ernennung Bismarcks zum Minister und sagte mit Anspielung auf den als Kaufmann von ihr bespöttelten Finanzminister Heydt: „Das kaufmännische Intermezzo hat jetzt ein Ende." Beide Parteien täuschten sich. Bismarck war als Minister kein Parteiführer. Unbekümmert um die Gunst oder Ungunst der Parteien, verfolgte er vom Beginn seiner Ministerlaufbahn bis zum heutigen Tag nur das eine Ziel, die Rechte des preußischen Königtums zu wahren und Preußen diejenige Stellung in Deutschland und in Europa zu verschaffen, welche ihm vermöge seiner realen Machtverhältnisse gebührte. Die „salus publica" war ihm die einzige Richtschnur für die Leitung seiner Politik.

Otto von Bismarck war am 1. April 1815 in Schönhausen geboren, erhielt von 1821—1832 seine Ausbildung in Berlin, bezog 1832 die Universität Göttingen, später die zu Berlin und bestand 1835 das juridische Examen. Am 4. Juni 1835 trat er als Auskultator und Protokollführer beim Berliner Stadtgericht ein. Im folgenden Jahre ging er von der Justiz zur Verwaltung über, wurde Einjährig-Freiwilliger bei den Gardejägern und begann 1839 einen Teil der väterlichen Güter zu verwalten. Dabei studierte er eifrig, las hauptsächlich historische Werke, auch theologische und philosophische, und führte mit seinen Freunden gern politische Gespräche. Am 28. Juli 1847 vermählte er sich mit Johanna von Puttkamer, deren Eltern zu Reinfeld in Pommern lebten. Die parlamentarische Laufbahn betrat er 1847 als Mitglied des „Vereinigten Landtags". Man fand in ihm nicht einen Neuling, sondern einen vollendeten Redner. Diese Unerschrockenheit im Kampf, diese Schlag-

(c) Instituto Cervantes de Madrid

fertigkeit, diese Kunst, alles auf seine natürlichen Prinzipien zurückzuführen und dem Doktrinarismus der liberalen Parteien eine gesunde Realpolitik entgegenzustellen, dieses Festhalten an der altpreußischen Treue, an der vollen Souveränität des Königtums, an dem Christentum und dessen Konsequenzen für den Staat zeigten den groß angelegten Mann, den unbeugsamen Charakter, das Durchdringende des politischen Blickes. Die Radikalen sahen in ihm bereits ihren gefährlichsten Gegner, die Konservativen ihren künftigen Führer, der König und alle Königlichgesinnten erkannten in ihm eine Säule des Thrones. Wie später als Minister, so bekämpfte er schon damals die Neigung der Volksvertretungen zum Parlamentarismus und ließ das, was man die Grundrechte des Königtums nennen könnte, nicht antasten. Das Jahr 1848 fand in Bismarck seinen entschlossensten Gegner. Er suchte weder für die Nationalversammlung in Frankfurt, noch für die in Berlin ein Mandat zu erhalten, wirkte aber für das Königtum in den konservativen Vereinen und in der Presse. Nach Auflösung der revolutionärgesinnten preußischen Nationalversammlung ließ er sich 1849 in das Abgeordnetenhaus wählen, um dort das Königtum gegen die Demokratie zu verteidigen. Die Frankfurter Reichsverfassung, welche das Prinzip der Volkssouveränität aufstellte, war ihm höchst unsympathisch; in der Annahme der deutschen Kaiserkrone seitens des Königs Friedrich Wilhelm IV. sah er nicht eine Stärkung, sondern eine Schwächung des preußischen Königtums, da dieses nur mit Hilfe der Revolution und im Kampfe gegen die Legitimität dieselbe behaupten konnte; der Unionspolitik des Generals Radowitz stimmte er nicht bei, da er Preußen nicht den Beschlüssen einer von der Demokratie der Kleinstaaten beherrschten Reichsversammlung unterworfen sehen wollte, und übernahm zuletzt in der Kammer, auf Ersuchen des Ministeriums Manteuffel, die Verteidigung des Olmützer Vertrages, weil er lieber die momentane Demütigung Preußens, die an sich sein treues und warmes Preußenherz tief verletzte, hinnahm, als die Revolution noch länger auf deutschem Boden sehen wollte. Realpolitiker, wie er war, sah er für Preußen keinen anderen Ausweg und schlug somit diesen ein.

Das Jahr 1851 brachte Bismarck in die Kreise der Diplomatie. Er wurde am 18. August zum preußischen Bundestagsgesandten ernannt und begab sich sofort auf seinen Posten

(c) Instituto Cervantes de Madrid

nach Frankfurt. Dort lernte er die Hindernisse kennen, welche Preußens Reformbestrebungen entgegenstanden. „Wie Schuppen fiel es mir von den Augen," äußerte er selbst. Bald kam er zu der Einsicht, daß auf dem Wege der Bundesgesetzgebung Preußen niemals die Stellung eines mit Oestreich Gleichberechtigten erlangen, niemals den Grundsatz, daß kein Staat im Bunde mehr Geltung haben dürfe, als er vermöge seiner Machtverhältnisse zu beanspruchen habe, durchsetzen werde; denn in allen Reformfragen wurde Preußen durch die Stimmen Oestreichs und der Mittelstaaten majorisiert. Schon damals dachte er an eine Auflösung des deutschen Bundes und an die Errichtung eines neuen Bundes, an dessen Spitze Preußen stehen sollte. Sein politisches Urteil wurde vom König und dem Ministerpräsidenten Manteuffel so hoch geschätzt, daß keine politische Frage von Wichtigkeit in Berlin entschieden wurde, ohne daß vorher Bismarcks Ratschläge eingeholt worden wären und daß er von Frankfurt aus zu verschiedenen Missionen nach Wien, nach Paris, an kleinstaatliche Höfe verwendet wurde. Während des Krimkrieges wirkte er für die Neutralität Preußens und gab dem König, der ihn nach Berlin berief, den Rat, an der Konvention, welche die Westmächte 1854 mit Preußen und Oestreich abzuschließen wünschten, trotz aller gegen Preußen angewandten Künste der Ueberredung und der Drohung nicht teilzunehmen, indem er ganz richtig voraussagte, daß Oestreich doch nicht entschieden handeln, sondern England und Frankreich hinhalten werde. Als Vertrauensmann des Königs hatte er die Depeschen in diesem Sinne auszuarbeiten. Als er 1855 wieder nach Berlin kam und den französischen Gesandten, Marquis de Moustier, besuchte, besprach dieser mit ihm die Haltung Preußens in der orientalischen Frage und sagte: „Cette politique va vous conduire à Jéna," worauf Bismarck mit seiner bekannten Schlagfertigkeit erwiderte: „Pourquoi pas à Leipsic ou à Waterloo?" Es ist charakteristisch für jene Zeit der napoleonischen Suprematie, daß Herr von Moustier, welcher doch der erste Beleidiger war, es wagte, sich über die Antwort Bismarcks beim König zu beschweren. Dieser gab übrigens seinem Bundestagsgesandten recht.

Während des italienischen Krieges sprach er sich, während der Prinzregent und die ganze konservative Partei ihre legitimistischen Anschauungen festhielten, für die Berechtigung

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Otto von Bismarck im Jahre 1856.

der nationalen Forderungen Sardiniens aus, gönnte Italien ebensosehr die Befreiung von der östreichischen Herrschaft, wie er für Preußen und Deutschland die Erlösung von dem übermächtigen Einfluß Oestreichs wünschte, und hielt es für durchaus verwerflich, daß Preußen um Oestreichs willen sich in einen Krieg mit Frankreich stürze, ohne daß der Kaiser von Oestreich Preußen als gleichberechtigte Macht im deutschen Bund anerkenne und die Bundesverfassung den preußischen Wünschen gemäß umgestalte. Mit Entsetzen bemerkten die mittelstaatlichen Gesandten, welche zum Krieg mit Frankreich drängten, wie Bismarck auf der Frankfurter Zeil mit dem sardinischen Gesandten Grafen Barral Arm in Arm spazieren ging. Da das Ministerium Hohenzollern eine andere Ansicht hatte, so wurde Bismarck von Frankfurt abberufen und zum Gesandten in Petersburg ernannt. Dort wurde er wegen seines Verhaltens während des Krimkrieges und als Gegner der östreichischen Politik sehr gut aufgenommen und erhielt gute Beziehungen zu dem Reichskanzler

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Fürsten Gortschakow. In seinen Briefen aus Petersburg sprach er sich aufs bitterste über das Verhältnis Preußens zum Bund aus: „Wenn heute lediglich der Bund aufgehoben würde, ohne daß man etwas anderes an seine Stelle setzte, so glaube ich, daß schon auf Grund dieser negativen Errungenschaft sich bald bessere und natürlichere Beziehungen Preußens zu seinen deutschen Nachbarn ausbilden würden als die bisherigen," und beklagte es, daß die konservative Partei „den ganz unhistorischen gott- und rechtlosen Souveränitätsschwindel der deutschen Fürsten, welche unser Bundesverhältnis als Piedestal benutzen, von dem herab sie europäische Macht spielen, zu ihrem Schoßkind mache". „Wir brauchen eine straffere Konsolidation der deutschen Wehrkraft so nötig wie das liebe Brot; wir bedürfen einer neuen bildsamen Einrichtung auf dem Gebiete des Zollwesens, und ich sehe außerdem nicht ein, warum wir vor der Idee einer Volksvertretung, sei es im Bunde, sei es in einem Zoll- und Vereinsparlament, so zimperlich zurückschrecken. Eine Institution, die in jedem deutschen Staate legitime Geltung hat, die wir Konservativen selbst in Preußen nicht entbehren möchten, können wir doch nicht als revolutionär bekämpfen."

Nach dem Rücktritt des Ministeriums Hohenzollern wurde dem König Bismarck als derjenige Mann bezeichnet, welcher Kraft und Mut genug habe, gegenüber der Kammer die Reorganisation der Armee aufrechtzuhalten. Er wurde daher von Petersburg nach Berlin berufen und wegen Uebernahme des Ministeriums mit ihm unterhandelt. Bismarck erklärte sich bereit dazu, knüpfte aber die Bedingung daran, daß dann in der deutschen Politik mit aller Energie vorgegangen und nötigenfalls die reorganisierte Armee ins Feld geführt werde. Dazu konnte sich der König, welcher die Ansicht hatte, daß die mit Oestreich bestehenden Differenzen auf friedlichem Wege ausgeglichen werden könnten, noch nicht entschließen. Er berief das Ministerium Hohenlohe und ernannte am 23. Mai 1862 Bismarck zum Gesandten in Paris. Aber die Beschlüsse der Fortschrittspartei ließen, wie wir gesehen haben, dem König keine andere Wahl, als entweder die Hohenzollernfahne vor dem Parlamentarismus zu senken und sein eigenstes Werk, das er für die Machtstellung Preußens für absolut notwendig hielt, wieder aufzulösen oder dem schneidigsten Mann seiner Monarchie die Verteidigung des Königtums zu übertragen. Auf einer Reise, die Bismarck von Paris aus

(c) Instituto Cervantes de Madrid

nach dem südlichen Frankreich machte, wurde er telegraphisch nach Berlin berufen. Am 19. September 1862 traf er dort ein, hatte sofort Audienz beim König und erklärte sich zur Uebernahme des Ministeriums bedingungslos bereit. Wiederholte Audienzen beim König und Konferenzen mit dem Ministerium, dessen Sitzungen er beiwohnte, brachten die große Frage zur Entscheidung. Der Beschluß des Landtages vom 23. September war ein parlamentarischer Sieg der Fortschrittspartei, aber das Signal zur politischen Niederlage derselben, und derjenige, welcher die strategischen Pläne zu dieser Niederlage schon entworfen hatte, war der neue Staatsminister von Bismarck.

In der Kammersitzung vom 29. September gab Bismarck im Auftrag des Königs die Erklärung ab, daß die Regierung, um die Hindernisse der Verständigung nicht noch höher anschwellen zu lassen, das Budget von 1863 zurückziehe und in der nächsten Session dasselbe nebst einem neuen Reorganisationsgesetz vorlegen werde. In der Sitzung der Budgetkommission vom 30. September sprach er jene geflügelten Worte, welche von ganz Europa mit einigem Staunen aufgenommen wurden: „Preußen muß seine Kraft zusammenhalten auf den günstigen Augenblick, der schon einigemal verpaßt worden ist. Preußens Grenzen, wie sie die Wiener Verträge geschaffen haben, sind zu einem Staatskörper nicht günstig. Nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden — dies ist der Fehler von 1848 und 1849 gewesen —, sondern durch Eisen und Blut.“ Mit dem Landtag ging es nun rasch zu Ende. Das Abgeordnetenhaus erklärte es am 7. Oktober für verfassungswidrig, wenn die Regierung über eine Ausgabe verfüge, welche von demselben abgelehnt worden sei. Am 8. Oktober ernannte der König, welcher in diesen wenigen Tagen erkannt hatte, daß er in Bismarck den rechten Mann gefunden habe, denselben zum Präsidenten des Staatsministeriums und zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten. Das Herrenhaus lehnte am 11. Oktober das vom Abgeordnetenhaus festgestellte Budget von 1862 ab und nahm den ursprünglichen Budgetentwurf der Regierung an. Diesen Beschluß erklärte das Abgeordnetenhaus, als unvereinbar mit der Verfassung, für null und nichtig. Der Landtag wurde am 13. Oktober geschlossen. In der von Bismarck verlesenen Schlußrede wurde dem Abgeordnetenhause angekündigt, daß

(c) Instituto Cervantes de Madrid

die Regierung sich einer schweren Pflichtverletzung schuldig machen würde, wenn sie die bereits ausgeführte Reorganisation wieder rückgängig machen wollte, und daß sie sich in der Notwendigkeit finde, den Staatshaushalt ohne die in der Verfassung vorausgesetzte Unterlage führen zu müssen.

Auch das Jahr 1863 brachte keine Besserung des Verfassungskonflikts. Der Landtag wurde am 10. Januar eröffnet. Die Adresse des Abgeordnetenhauses beschuldigte die Minister der Verfassungsverletzung. Der König lehnte es ab, die Adreßdeputation zu empfangen, worauf ihm die Adresse schriftlich zugesandt wurde. In seiner Antwort vom 3. Februar erklärte es der König für unverständlich, wenn das Abgeordnetenhaus eine Verfassungsverletzung darin erkennen wolle, daß die Regierung die Verwaltung ohne gesetzlich festgestellten Etat fortgeführt habe. „Ich muß das Haus darauf aufmerksam machen, daß nach der Verfassung die Mitglieder beider Häuser des Landtages das Volk vertreten und der Staatshaushalt nur durch Gesetz, nämlich durch einen von mir genehmigten, übereinstimmenden Beschluß beider Häuser des Landtags festgestellt werden kann. War eine solche Uebereinstimmung nicht zu erreichen, so war es die Pflicht der Regierung, bis zur Herbeiführung derselben die Verwaltung ohne Störung fortzuführen. Sie hätte unverantwortlich gehandelt, hätte sie dies nicht gethan." Bei der Debatte über jene Adresse erklärte Bismarck, daß ein solcher Zwiespalt zwischen beiden Häusern, von denen das eine das Budget verwarf, das andere dasselbe genehmigte, nicht vorgesehen und daß bei dieser „Lücke in der Verfassung" die Regierung berechtigt sei, den Staatshaushalt auch ohne Finanzgesetz zu führen. Solche Konflikte würden, da das Staatsleben auch nicht einen Augenblick stillstehen könne, zu Machtfragen; wer die Macht in Händen habe, gehe dann in seinem Sinne vor. Als das Abgeordnetenhaus in seiner Adresse vom 22. Mai 1863 von der zwischen den Ratgebern der Krone und dem Lande bestehenden Kluft sprach, die nicht anders als durch einen Wechsel der Personen und mehr noch durch einen Wechsel des Systems ausgefüllt werden könne, wies der König in seiner Erwiderung den Versuch des Abgeordnetenhauses, ihm andere Minister aufzudrängen, aufs entschiedenste zurück und sprach denselben seine Anerkennung dafür aus, daß sie es sich angelegen sein ließen, dem verfassungswidrigen Streben des Abgeordnetenhauses nach Machterweiterung ent-

(c) Instituto Cervantes de Madrid

gegenzutreten. Die Session wurde am 27. Mai geschlossen, ohne daß das Budget erledigt gewesen wäre. Da die Fortschrittspartei ihre Angriffe gegen das Ministerium in der Presse fortsetzte, so wurde, wozu das Ministerium berechtigt war, durch die Verordnung vom 1. Juni 1863 die verfassungsmäßige Preßfreiheit suspendiert und die Verwaltungsbehörden ermächtigt, das fernere Erscheinen einer Zeitung oder Zeitschrift wegen fortdauernder, die öffentliche Wohlfahrt gefährdender Haltung zeitweise oder dauernd zu verbieten. Die Proteste der Zeitungen und die Deputationen der Magistrate konnten das Ministerium, das die öffentliche Sicherheit durch die Oppositionspresse für gefährdet hielt, nicht zur Zurücknahme der Verordnung bewegen.

Mitten in diese Verfassungsdebatten fiel die Episode der preußisch-russischen Konvention, von der bereits gesprochen worden ist. Bismarck sprach sich hierüber besonders in seiner Rede vom 26. Februar 1863 aus. Es folgten die Verhandlungen über die Reform der Bundesverfassung, welche schon vor Bismarcks Eintritt ins Ministerium auf der Tagesordnung des Bundestages stand. Der sächsische Minister von Beust beantragte, neben der Bundesversammlung eine zweite, aus Delegierten sämtlicher deutschen Landtage bestehende Versammlung einzuführen, welche nach dem Belieben der ersteren einberufen, vertagt und aufgelöst werden konnte, aller politischen Debatten sich enthalten und nur zur Beratung der ihr vorgelegten allgemeinen Gesetze berufen werden sollte. In der Antwort des damaligen preußischen Ministeriums wurde die Bildung eines engeren Bundesstaates im weiteren Staatenbunde, wie er bei den Unionsversuchen von 1850 angestrebt worden ist, als der einzig richtige Reformweg bezeichnet und besonderer Nachdruck darauf gelegt, daß bei jeder Bundesreform die realen Machtverhältnisse zu Grunde gelegt und das Gewicht der Stimmen mehr mit dem Gewicht der Leistung, die Größe der Berechtigung mehr mit der Größe der Verpflichtung in Einklang gesetzt werden sollte. Sobald Bismarck die Leitung des Ministeriums übernommen hatte, war er entschlossen, in diese verworrenen Bundesverhältnisse Klarheit zu bringen und durch eine offene und scharfe Auseinandersetzung der Sachlage Oestreich darauf vorzubereiten, daß dieses entweder auf Preußen als eine ebenbürtige Macht Rücksicht zu nehmen oder Preußen in den Reihen seiner Gegner zu suchen habe. Zu diesem Zwecke hatte er am 4.

(c) Instituto Cervantes de Madrid

und 13. Dezember 1862 eine Unterredung mit dem östreichischen Gesandten, dem Grafen Karolyi, worüber er in einem Rundschreiben vom 24. Januar 1863 den auswärtigen Höfen Mitteilung machte. In dieser Unterredung sagte Bismarck folgendes: „Die Beziehungen Preußens zu Oestreich müßten unvermeidlich entweder besser oder schlechter werden. Oestreich habe die Wahl, seine gegenwärtige antipreußische Politik mit dem Stützpunkt einer mittelstaatlichen Koalition fortzusetzen oder eine ehrliche Verbindung mit Preußen einzugehen. Dazu gehöre, daß Oestreich seine preußenfeindliche Thätigkeit bei den deutschen Höfen aufgebe und die Leitung des Bundes mit Preußen teile. Fragen von erheblicher Wichtigkeit könnten nur nach vorgängiger Vereinbarung zwischen beiden Großmächten vor den Bund gebracht, dürften aber nicht von Oestreich, trotz des Widerspruches Preußens, einfach durch Majoritätsbeschlüsse entschieden werden. Eine Ueberschreitung der Kompetenz des Bundes durch Majoritätsbeschlüsse würde Preußen als einen Bruch der Bundesverträge betrachten und demgemäß verfahren. Oestreich solle sich nicht der Illusion hingeben, daß Preußen für alle Fälle in einem Kriege auf dessen Seite stehen werde. Oestreich würde überhaupt in seinem besten Interesse handeln, wenn es seinen Schwerpunkt nach Ofen verlegte."

Diesem Bismarckschen Programm stellten die östreichischen Staatsmänner den Entwurf einer neuen Bundesverfassung entgegen. Nach diesem sollte an die Spitze des Bundes ein Direktorium von fünf Fürsten, in welchem Oestreich den Vorsitz führte, gestellt werden; der Bundestag, welcher über 21 Stimmen verfügte (Oestreich und Preußen wurden je 3 zugeteilt), sollte für die Behandlung der laufenden Geschäfte fortbestehen, der Forderung der Einsetzung eines deutschen Parlaments sollte durch eine Versammlung von Delegierten der Landtage der einzelnen Staaten entsprochen werden. Da Oestreich der Mittelstaaten sicher war, so hatte es, wenn dieses Reformprojekt verwirklicht wurde, sowohl im Direktorium als in der Delegiertenversammlung die Mehrheit und konnte über Preußens Kräfte gegen dessen Willen verfügen; denn über die wichtigsten Fragen, sogar über Krieg und Frieden und über die Beteiligung des Bundes an einem Kriege zwischen einem Bundesstaat, welcher zugleich außerdeutsche Besitzungen hatte, und einer auswärtigen Macht, wurde durch einfache Stimmenmehrheit entschieden; Preußen

(c) Instituto Cervantes de Madrid

galt dann nicht mehr als Bayern oder ein anderes im Direktorium vertretenes Königreich.

König Wilhelm, welcher sich im Sommer 1863 mit Bismarck in Gastein befand, erhielt dort am 2. August den Besuch des Kaisers Franz Joseph. Dieser teilte ihm das Reformprojekt mit und lud ihn zu einem Fürstenkongreß in Frankfurt auf den 16. August ein. Aber der König lehnte, nachdem er sich mit Bismarck über die Bedeutung des Projekts besprochen hatte, die Einladung ab, weil es ihm nicht zweckmäßig scheine, einen Fürstenkongreß zu veranstalten, bevor die Minister den vorgeschlagenen Reformentwurf genau geprüft und in Konferenzen sich darüber beraten hätten. Der Fürstenkongreß wurde am 17. August unter Beteiligung fast sämtlicher deutschen Fürsten und unter dem Präsidium des Kaisers Franz Joseph in Frankfurt eröffnet, und am 1. September wurde der östreichische Entwurf mit wenigen Abänderungen fast einstimmig angenommen. Da aber Preußen diesem Beschlusse nicht beitrat und ihn durch eine scharfe Kritik des Frankfurter Aktenstückes und durch Aufstellung von Gegenvorschlägen beantwortete, unter welchen besonders die Forderung einer nicht aus Delegationen der Landtage, sondern aus direkten Wahlen nach Maßgabe der Bevölkerung der einzelnen Staaten hervorgehenden Volksvertretung anzuführen ist, so war das östreichische Reformprojekt als gescheitert zu betrachten. Der gleichzeitig in Frankfurt versammelte „Abgeordnetentag" verwarf das Projekt nicht vollständig, erklärte aber, „daß von einem einseitigen Vorgehen der Regierungen eine gedeihliche Lösung der Nationalreform nicht zu erwarten sei, sondern nur von der Zustimmung einer zu berufenden Nationalversammlung". Obgleich Bismarck durch die Forderung eines deutschen Parlaments einem sehnlichen Wunsche des deutschen Volkes entgegenkam, fand er doch weder in Preußen noch in dem übrigen Deutschland Verständnis; vielmehr äußerte sich alles, was konstitutionell gesinnt war, voll Mißtrauen gegen einen Minister, der trotz einer Kammeropposition von 270 gegen 50 ohne Genehmigung des Budgets regierte. Man glaubte zu dem Schlusse berechtigt zu sein, daß Bismarck die Idee einer deutschen Volksvertretung in die Aufregung jener Zeit hineinwerfe, mehr, um die Gegner im Bundestag zu überbieten und das Volk zu blenden, als um letzterem bedeutende politische Rechte einzuräumen und

(c) Instituto Cervantes de Madrid

solche auch zu respektieren. Auch die neueintretende diplomatisch-militärische Aktion Preußens änderte nichts an dieser Stimmung.

3) Die schleswig-holsteinische Frage.

(1863—1865.)

König Friedrich VII. von Dänemark erließ am 30. März 1863 ohne Zustimmung der Stände der Herzogtümer eine Verordnung, wonach die verfassungsmäßige Verbindung Holsteins mit Schleswig aufgelöst und ersteres, bei scheinbar selbständiger Verwaltung, eine tributpflichtige Provinz Dänemarks werden sollte. Obgleich sowohl Preußen und Oestreich, als auch der deutsche Bund gegen diesen, im Widerspruch mit dem Londoner Protokoll von 1852 befindlichen Schritt protestierten, so wurde doch dem nach Kopenhagen einberufenen dänisch-schleswigschen Parlament eine für Dänemark und Schleswig gemeinsame Verfassung vorgelegt, wodurch die Einverleibung Schleswigs in das Königreich Dänemark förmlich ausgesprochen wurde. Diese Gesamtstaatsverfassung wurde am 14. November 1863 von dem dänisch-schleswigschen Reichsrat angenommen; am 15. starb König Friedrich VII., bevor er dieselbe bestätigt hatte; am 16. ließ Prinz Christian von Glücksburg, welchem das Londoner Protokoll von 1852 die Erbfolge in Dänemark und den Herzogtümern zugesprochen hatte, seinen Regierungsantritt als König Christian IX. bekannt machen, und am gleichen Tage erklärte der Erbprinz Friedrich von Augustenburg durch ein Patent, daß er, gestützt auf die legitime Erbfolgeordnung der Herzogtümer und des oldenburgischen Hauses, die Regierung der Herzogtümer Schleswig-Holstein antrete; am 17. verlangte die Gemeinde-

Christian IX., König von Dänemark.

(c) Instituto Cervantes de Madrid

vertretung von Kopenhagen in einer Adresse von dem neuen König die Unterzeichnung der Gesamtstaatsverfassung, und am 18. unterzeichnete der König, unter dem Druck der vom Kopenhagener Pöbel ausgestoßenen Drohungen, diese Verfassung, obgleich er sich recht wohl bewußt war, daß er damit gegen das Londoner Protokoll verstoße, in welchem Dänemark sich verpflichtet hatte, die staatsrechtliche Stellung der Herzogtümer unangetastet zu lassen und namentlich niemals zu einer Einverleibung Schleswigs in die dänische Gesamtmonarchie zu schreiten. Der Haltung Deutschlands in den Jahren 1848 bis 1851 eingedenk, vertraute Dänemark auf die Zwietracht und Unthätigkeit des deutschen Bundes und, im Notfall, auf die Hilfe Schwedens und Englands.

Herzog Friedrich von Augustenburg.

Seit dem Jahre 1848 hatte man in Deutschland keine solche Aufregung gesehen wie im Winter von 1863 auf 1864. Schleswig-Holstein war längst das deutsche Schmerzenskind geworden, dessen Preisgebung einen tiefen Stachel in den Herzen des Volkes zurückgelassen hatte. Von der Verteidigung des verlassenen Bruderstammes glaubte man die Zukunft Deutschlands abhängig. Der Deutsche Bund hatte das Recht und die Pflicht, für die durch das dänische Märzpatent verletzten Rechte des Bundeslandes Holstein einzutreten. Die Sache Schleswigs zu verfechten, stand ihm, da Schleswig kein Bundesland war und der deutsche Bund das Londoner Protokoll nicht unterzeichnet hatte, nur vermöge der engen Verbindung Schleswigs mit Holstein zu. Auf den Antrag der beiden Großmächte beschloß die Bundesversammlung am 7. Dezember 1863, auf dem Wege der Exekution Holstein zu besetzen. 6000 Sachsen und 6000 Hannoveraner rückten unter dem Oberbefehl des sächsischen Generalleutnants Hacke am 23. Dezember in Holstein ein und besetzten das ganze

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Land, nachdem die Dänen sich über die Eider zurückgezogen hatten. Am 27. Dezember erklärten etwa 20 000 Holsteiner in der Landesversammlung zu Elmshorn den Herzog Friedrich für ihren rechtmäßigen Landesherrn und luden ihn ein, sich in ihre Mitte zu begeben. Dieser entsprach der Aufforderung und nahm am 30. Dezember seinen Wohnsitz in Kiel.

Preußen und Oestreich hatten zwar 1852 durch Unterzeichnung des Protokolls Christian als den zukünftigen König von Dänemark und Herzog von Schleswig-Holstein anerkannt, aber nur unter der Bedingung, daß dieser die oben angegebenen Verpflichtungen erfülle. Dies war die Operationsbasis, von der aus Bismarck seinen Feldzug gegen Dänemark eröffnete. Er hielt sich streng an das Londoner Protokoll. Wenn König Christian seine Versprechungen gewissenhaft hielt, das Märzpatent und die Gesamtstaatsverfassung zurücknahm und die Sonderrechte der Herzogtümer anerkannte, so blieb auch Preußen seinem Worte treu und erkannte jenen als Herzog von Schleswig-Holstein an; wenn er aber, von der eiderdänischen Partei gedrängt, darauf beharrte, aus dem Protokoll nur Rechte, keine Pflichten für sich abzuleiten, so war Bismarck entschlossen, seinem König zu raten, daß er sich vom Londoner Protokoll, das nur unter jenen Voraussetzungen von Preußen unterschrieben worden war, lossagen und seine Truppen in Schleswig einmarschieren lassen solle. Für Oestreich standen die Verhältnisse geradeso wie für Preußen. Bismarck forderte daher das Wiener Kabinett auf, für die Aufrechthaltung der die Rechte der Herzogtümer wahrenden Protokollbestimmungen im Verein mit Preußen einzutreten und im Notfall Waffengewalt anzuwenden. Da Oestreich Preußens Annexionsgelüste durch Teilnahme an dieser Aktion am leichtesten zügeln zu können hoffte, so gelang es Bismarck, Oestreich trotz der Frankfurter Verstimmung für die Sache zu gewinnen. Die zwei Großmächte beantragten daher in der Bundesversammlung, der Bund solle Dänemark auffordern, die Verfassung vom 18. November 1863 wieder aufzuheben, und im Falle der Weigerung durch eine militärische Besetzung des Herzogtums Schleswig ein Pfand für die Erfüllung seiner gerechten Forderung sich verschaffen. Da die Bundesversammlung am 14. Januar 1864 aus doktrinären Bedenklichkeiten diesen Antrag ablehnte, so erklärten Preußen und Oestreich, daß sie nun die Geltendmachung der ihnen durch die Unterzeichnung des Londoner

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Protokolls erwachsenen Rechte in ihre eigenen Hände nehmen würden. Sie verlangten in einer Note vom 16. Januar 1864 von Dänemark die Zurücknahme der Novemberverfassung und ließen, da die Antwort ablehnend ausfiel, gegen Ende Januars ihre Truppen in Holstein einmarschieren und am 1. Februar die Eider überschreiten.

Die Volksvertretungen und die Presse der deutschen Mittelstaaten und viele Volksversammlungen sprachen sich voll Entrüstung über dieses Vorgehen der beiden „Vormächte" aus, und die Regierungen sandten Proteste ein. Jene ließen sich dadurch nicht stören. Das Verhältnis zum Ausland war gerade damals für Preußen sehr günstig: Rußland hegte infolge der Haltung Preußens während des polnischen Aufstandes dankbare Gesinnungen gegen dasselbe; von Napoleon, welcher in Italien die Rechte der Nationalitäten verteidigte und infolge des Abschlusses des preußisch-französischen Handelsvertrags freundliche Beziehungen zu Preußen hatte, war nichts zu fürchten; England hegte zwar eine unbegrenzte Eifersucht gegen das dem Meere zustrebende Preußen, wagte aber, als Napoleon die Aufforderung zu einer militärischen Demonstration am Rhein ablehnte, keine weiteren bewaffneten Maßregeln, zumal da es zugeben mußte, daß Dänemark im Unrecht sei.

Vor dem Beginn des Feldzugs forderte die preußische Regierung vom Landtag die Bewilligung der nötigen Geldmittel. Das Abgeordnetenhaus war am 3. September 1863 aufgelöst worden; aber die Neuwahlen vom 28. Oktober verschafften der Regierung, trotz ihrer nationalen Haltung in der östreichischen Reformfrage, keine günstigere Kammer. Der Landtag wurde am 9. November eröffnet, und am 9. Dezember verlangte die Regierung die Genehmigung einer Anleihe von zwölf Millionen Thalern zur Bestreitung der durch den schleswig-holsteinischen Konflikt gebotenen außerordentlichen militärischen Maßregeln. Das Abgeordnetenhaus in seiner bisherigen Opposition verharrend und von dem Wahne befangen, daß Bismarck, wie Minister Manteuffel 1850, die Herzogtümer der Willkür Dänemarks ausliefern wolle, beschloß, trotz der eingehenden Antwort des Königs auf die Adresse der Kammer und trotz der Erklärungen Bismarks in den Sitzungen der Kommissionen und des Plenums, am 22. Januar 1864 mit 275 gegen 51 Stimmen, die Bewilligung der Anleihe abzulehnen. Die übrigen parlamentarischen Ereignisse

(c) Instituto Cervantes de Madrid

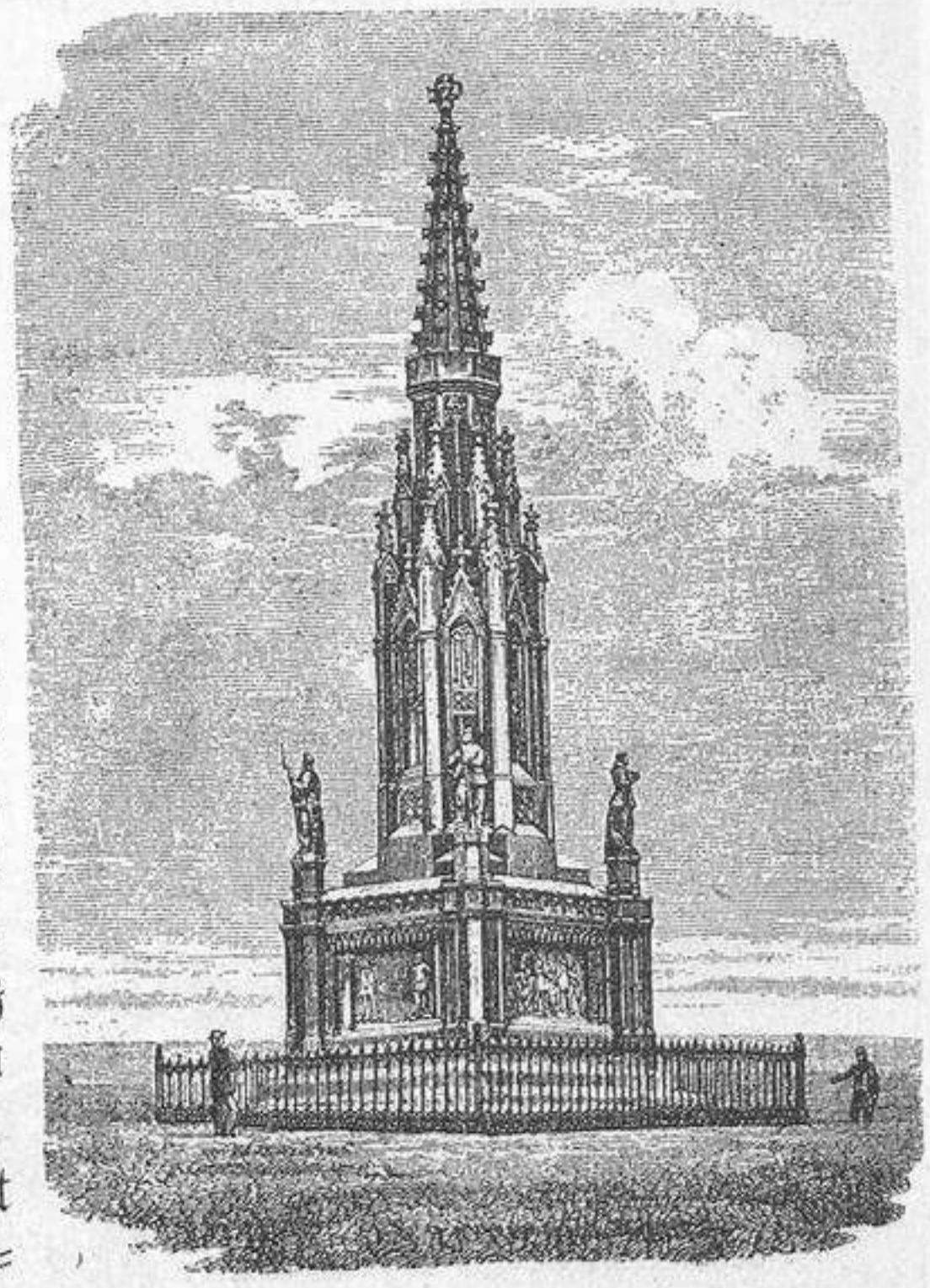
folgten sich, wie in den letzten Jahren: das Abgeordnetenhaus lehnte die Kosten für die Reorganisation ab; das Herrenhaus genehmigte das Regierungsbudget; jenes erklärte diesen Beschluß für ungültig und beschuldigte die Regierung eines offenen Verfassungsbruches. Am 25. Januar 1864 wurde der Landtag geschlossen, und aufs neue mußte Bismarck ohne verfassungsmäßiges Budget die Regierung leiten. Die geordneten Finanzen Preußens erlaubten ihm, auch ohne Kriegsanleihe den Krieg zu führen. Bismarck hatte in der Kommissionssitzung gesagt: „Im Falle der Ablehnung der Anleihe werden wir das Geld nehmen, wo wir es finden."

Feldmarschallleutnant von Gablenz.

Am 20. Januar 1864 rückten die preußischen und östreichischen Truppen in Holstein ein. Jene hatten 39000 Mann und 110 Kanonen und standen unter dem Prinzen Friedrich Karl, einem Neffen des Königs, diese hatten 28000 Mann und 48 Kanonen und standen unter dem Feldmarschallleutnant Gablenz. Den Oberbefehl über die ganze verbündete Armee führte der achtzigjährige preußische Feldmarschall Wrangel. Das entscheidende Gewicht war somit auf preußischer Seite. General Moltke, Chef des preußischen Generalstabs, hatte den Operationsplan entworfen und für den Einmarsch und Vormarsch des preußischen Heeres die allgemeinen Direktiven gegeben. Den rechten Flügel der verbündeten Armee bildete Prinz Friedrich Karl, das Zentrum General Gablenz, den linken Flügel die preußische Gardedivision unter General von der Mülbe. In dieser Aufstellung gingen die Verbündeten am 1. Februar über die Eider und drangen in Schleswig ein. Friedrich Karl besetzte Eckernförde, kämpfte am 3. Februar bei Missunde und ging am 6. über die Schlei, während Gablenz am 3. bei Jagel, Overselk und am Königsberg angriff und gegen das berühmte Danewerk vordrang.

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Der dänische Oberbefehlshaber, General Meza, wartete dort den Angriff der Oestreicher nicht ab, sondern zog sich in der Nacht vom 5. auf den 6. Februar nach der zweiten Verschanzungslinie, den Düppeler Höhen, zurück. Die Verbündeten folgten rasch. Am 6. Februar holte die östreichische Vorhut den dänischen Nachtrab bei Deversee ein und schlug ihn in einem blutigen Gefecht zurück. Während Prinz Friedrich Karl sich gegen Düppel wandte, zogen Gablenz und Mülbe nach Nordschleswig und Jütland, warfen den Feind, welcher bei Veile noch einmal von Gablenz geschlagen worden war, hinter den Lymfiord (im Norden Jütlands) zurück und wandten sich von da wieder südlich. Ein Teil der preußischen Garde zog nach Düppel; der Rest derselben rückte mit den Oestreichern vor die Festung Fridericia, welche von den Dänen am 29. April geräumt wurde.



Siegesdenkmal auf den Düppeler Höhen.

Inzwischen hatte Prinz Friedrich Karl, nachdem schweres Geschütz aus Preußen herbeigeschafft worden war, eine regelmäßige Belagerung der Düppeler Schanzen eingeleitet. Am 18. April erfolgte der Sturm unter der Leitung des Prinzen. Die Preußen eroberten die Schanzen und trieben den Rest der Verteidiger nach der Insel Alsen zurück. Das Festland von Schleswig war nun von den Dänen frei. Die Verluste der Preußen betrugen an Toten und Verwundeten 1180 Mann, darunter 70 Offiziere, die der Dänen 4736 Mann, darunter 2600 unverwundete Gefangene. 120 Geschütze und 4000 Gewehre wurden von den Siegern erbeutet. Auch zur See wurde gekämpft. Die preußische Marine hatte am 17. März unter Kontreadmiral Jachmann ein rühmliches Gefecht bei Stralsund gegen eine überlegene dänische Flottenabteilung, und am 9. Mai griffen zwei östreichische Schiffe unter Kontre-

(c) Instituto Cervantes de Madrid

admiral Tegethoff nebst drei preußischen Schiffen ein dänisches Geschwader bei Helgoland an, mußten sich aber, weil ein östreichisches Schiff in Brand geriet, nach der Elbemündung zurückziehen. Der König reiste selbst nach Schleswig, um seinen tapferen Truppen seinen Dank auszudrücken, und hielt am 22. April bei der Parade im Sundewitt eine zündende Ansprache an die Offiziere.

Inzwischen hatte das Londoner Kabinett, welches die Herzogtümer um jeden Preis für Dänemark retten wollte, alles aufgeboten, die Unterzeichner des Londoner Protokolls zu einer Konferenz in London zu versammeln. Dieselbe wurde am 25. April eröffnet und beschloß zunächst einen Waffenstillstand vom 12. Mai bis 26. Juni. Der Deutsche Bund war durch den sächsischen Minister von Beust vertreten. Die dänische Hartnäckigkeit, welche alle Vorschläge abwies und nicht das geringste Zugeständnis machen wollte, war ein trefflicher Verbündeter für die Ansprüche Deutschlands, Preußens und Oestreichs. Am 15. Mai ließ Bismarck durch den preußischen Gesandten in London erklären, daß Preußen sich vom Londoner Protokoll lossage und sich für berechtigt erachte, jede andere Kombination, ganz unabhängig von diesem Vertrag, zu erörtern. Darauf verlangten Preußen und Oestreich die vollständige Trennung der Herzogtümer von Dänemark in politischer und administrativer Beziehung, sei es mit Aufrechthaltung der Personalunion, sei es unter einer anderen Form. Da die Dänen auf ihrem Märzpatent und ihrer Novemberverfassung beharrten und sich auf keinen anderen Vorschlag einließen, so ging die Konferenz

Prinz Friedrich Karl von Preußen.

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Uebergang über den Alsensund. Von Georg Bleibtreu.

(c) Instituto Cervantes de Madrid

am 25. Juni resultatlos auseinander. Wo die Diplomatie nicht helfen konnte, mußte das Schwert entscheiden.

Prinz Friedrich Karl, welcher an Stelle des Feldmarschalls Wrangel am 18. Mai 1864 das Oberkommando übernommen und den General Moltke zum Chef seines Generalstabs hatte, ließ am 29. Juni durch das Armeekorps des Generals Herwarth von Bittenfeld den Uebergang über den Alsensund ausführen. Vor Tagesanbruch setzten die Bataillone auf 160 Kähnen über den Sund, landeten unter dem Feuer der dänischen Batterien auf der Insel Alsen und nahmen dieselbe in raschem Laufe bis zur Halbinsel Kekenis. Diese wurde am folgenden Tage von den Dänen, welche auf ihren Schiffen Schutz suchten, freiwillig geräumt. Wenige Tage darauf gingen die Verbündeten über den Lymfiord und pflanzten ihre Fahnen an der Nordspitze Jütlands, dem Kap Skagen, auf; die friesischen Inseln Sylt und Föhr wurden von östreichischen Abteilungen besetzt; die Vorbereitungen einer Landung auf der Insel Fünen, wo sich die dänische Armee, etwa 15000 Mann stark, gesammelt hatte, wurden, nachdem Gablenz die Ausführung dieser ihm schon vor dem Uebergang über den Alsensund vorgeschlagenen Expedition abgelehnt hatte, vom Oberkommando selbst in die Hand genommen, die Uebergangsplätze ausgewählt, der Batteriebau begonnen. Diese neue Kriegsoperation wartete die dänische Regierung, welche sich selbst in Kopenhagen nicht mehr sicher fühlte, nicht ab. König Christian IX., die niedergeschlagene Stimmung seiner Hauptstadt benutzend, entließ das eiderdänische Ministerium Monrad und bat am 12. Juli um einen Waffenstillstand zum Zweck der Eröffnung von Friedensunterhandlungen. In Wien wurden, mit gänzlicher Ausschließung des Deutschen Bundes und der Herzogtümer, zwischen Preußen, Oestreich und Dänemark am 1. August die Präliminarien verabredet und am 30. Oktober der Friede geschlossen. König Christian IX. verzichtete im Wiener Frieden auf alle seine Rechte an die Herzogtümer Schleswig, Holstein und Lauenburg zu gunsten des Kaisers von Oestreich und des Königs von Preußen und verpflichtete sich, die Verfügungen, welche diese Mächte hinsichtlich der Herzogtümer treffen würden, anzuerkennen. Somit waren Preußen und Oestreich vermöge des Eroberungsrechts die alleinigen Herren der drei Herzogtümer, und es fragte sich, wer in denselben als definitiver Herrscher eingesetzt werden solle. Oestreich, das sich bei

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Unternehmung des gemeinschaftlichen Feldzugs von den Anschauungen der deutschen Mittelstaaten getrennt hatte, kehrte wieder zu diesen zurück und wirkte im Verein mit denselben im Bundestage für die Uebergabe der Herzogtümer an den Prinzen Friedrich von Augustenburg. Preußen wollte darauf eingehen, aber nur unter der Bedingung, daß dieser Prinz in einem Vertrag sich verpflichte, die unbedingte Verfügung über die Land- und Seemacht der Herzogtümer Preußen zu überlassen. Denn die Errichtung eines neuen deutschen Mittelstaates zwischen der Elbe und der Königsau, mit einem souveränen Herzog an der Spitze, lag weder im Interesse Deutschlands, noch im Interesse Preußens. Der Prinz von Augustenburg, dessen Erbansprüche auf die Herzogtümer nicht über alle Zweifel erhaben waren, hatte gleich beim Beginn des diplomatischen Feldzugs sehr unglücklich operiert. Kaum war die schleswig-holsteinische Frage in Fluß gekommen, so wandte er sich nicht an Preußen und Oestreich, sondern an den Kaiser Napoleon, um in einem Schreiben vom 2. Dezember 1863 diesen für die Verteidigung seiner Erbansprüche zu gewinnen. Und als Bismarck, mit welchem der Prinz am 1. Juni 1864 in Berlin eine längere Besprechung hatte, ihm die Bedingungen mitteilte, unter welchen Preußen ihn als Herzog von Schleswig-Holstein anerkennen würde, lehnte er die einen ab, hinsichtlich der anderen verschanzte er sich hinter den erst zu berufenden schleswig-holsteinischen Landtag. Auf die Entgegnung Bismarcks, daß Preußen, welches die Herzogtümer von den Dänen befreit habe, auf seinen Dank rechnen zu können glaube, antwortete er: „Warum sind Sie denn überhaupt nach den Herzogtümern gekommen? Wir haben Sie nicht gerufen; die Sache wäre ohne Preußen vielleicht besser für mich ausgefallen.“ Auf diese Unterredung hin konnte Bismarck, wenn auch vorerst im geheimen, nur der Annexion zusteuern.

Preußens Ansprüche hatten fast ganz Deutschland gegen sich. Nur seltene Stimmen waren mit denselben einverstanden. Die mit 30 000 Unterschriften versehene Adresse, welche am 11. Mai 1864 Graf Arnim-Boizenburg und andere konservative Männer an König Wilhelm richteten, sprach die Hoffnung aus, daß Preußen für den Tod so vieler wackeren Soldaten einen würdigen Lohn erhalten werde. Eine Adresse schleswig-holsteinischer Notabeln vom 22. Dezember 1864 fand die Wohlfahrt der Herzogtümer nur durch den engsten

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Anschluß an die preußische Monarchie gesichert. Den nämlichen Gedanken äußerte eine Adresse mehrerer Mitglieder der schleswig-holsteinischen Ritterschaft vom 23. Januar 1866. Bei dem festlichen Einzug der ersten aus Schleswig zurückgekehrten siegreichen Truppen in Berlin am 7. Dezember 1864 gab der Oberbürgermeister Seydel dem Annexionsgedanken unverhüllten Ausdruck. Es war ein triumphierendes Gefühl für den König, in seinem Armeebefehl sagen zu können: „Die neue Organisation, welche ich der Armee gegeben habe, hat sich glänzend bewährt.“ Die fortschrittliche Kammermehrheit blieb trotz Düppel und Alsen auf ihrem verneinenden Standpunkt. Das vom 14. Januar bis zum 17. Juni 1865 versammelte Abgeordnetenhaus verwarf das Militärgesetz, die Anleihe zur Herstellung einer Kriegsflotte, die Kriegskostenvorlage und sprach sich für das Selbstbestimmungsrecht der Herzogtümer und für die Anerkennung des Augustenburgers aus. Die sächsischen und hannöverschen Bundesexekutionstruppen mußten auf das Verlangen Preußens, dem schließlich auch die Bundesversammlung zustimmte, im Dezember 1864 aus Holstein und Lauenburg zurückgezogen werden, worauf die preußisch-östreichischen Truppen auch diese Herzogtümer besetzten.

Die drei Herzogtümer erhielten eine gemeinschaftliche Verwaltung, an deren Spitze ein preußischer und ein östreichischer Kommissär standen. Da aber die Kommissäre nach entgegengesetzten Instruktionen handelten, der eine für, der andere gegen den Augustenburger wirkte, so war dieser gemeinschaftliche Besitz eine Quelle beständiger Konflikte. Bismarck lehnte, als Graf Mensdorff die Uebergabe der Herzogtümer an den Augustenburger vorschlug, die sofortige Entscheidung der Erbfolgefrage ab und veranstaltete die Berufung der preußischen Kronsyndici, um von diesen ein Gutachten über die Erbfolgefrage zu erhalten. Dasselbe fiel für den Augustenburger sehr ungünstig aus, während es Preußen und Oestreich allein das Recht zusprach, gesetzliche Verfügungen in den drei abgetretenen Herzogtümern zu treffen, ohne dem Bundestag Rechenschaft hiervon schuldig zu sein. Als Bismarck die Annexion der Herzogtümer vertraulich anregte, erwiderte Mensdorff, daß Oestreich in eine solche nur gegen Vergrößerung seines eigenen deutschen Gebietes willigen könne. Aber preußisches Gebiet, etwa die Grafschaft Glatz in Oberschlesien, die ruhmvolle Eroberung Friedrichs des Großen,

(c) Instituto Cervantes de Madrid

an Oestreich abzutreten, dazu konnte weder der König noch Bismarck sich verstehen. In seiner Note vom 22. Februar 1865 teilte Bismarck dem Wiener Kabinett die Forderungen Preußens mit und erklärte, daß ohne deren Erfüllung Preußen niemals die Konstituierung eines selbständigen Schleswig-Holsteins zugeben könne. Als solche Forderungen bezeichnete er das Recht der unbedingten Verfügung des Königs über die Land- und Seemacht der Herzogtümer, das Oberaufsichtsrecht über den Nord- und Ostseekanal, einige Territorialabtretungen, die Leitung des Post- und Telegraphenwesens und den Eintritt der Herzogtümer in den Zollverein. Oestreich lehnte diese Bedingungen ab und stimmte dem Bundesbeschlusse bei, welcher die bedingungslose Einsetzung des Augustenburgers verlangte; aber bei dem Widerstand Preußens hatte der Beschluß keine weiteren Folgen.

Der Knoten war so eng verschlungen, daß Bismarck bereits 1865 an der Möglichkeit einer friedlichen Lösung verzweifelte. König Wilhelm und Bismarck befanden sich im Sommer 1865 in Karlsbad. Letzterer sagte dort dem französischen Botschafter in Wien, Herzog von Gramont: „er fürchte einen Krieg mit Oestreich so wenig, daß er ihn vielmehr wünsche; Preußen werde die Herzogtümer und die Suprematie in Deutschland mit Güte oder Gewalt erlangen". Von Karlsbad reiste der König nach Gastein. Unterwegs wurde in Regensburg Halt gemacht. Sämtliche Minister, die Gesandten in Wien und in Paris und General Moltke waren dahin beschieden. Am 21. Juli wurde in Regensburg unter Vorsitz des Königs Ministerrat gehalten und die Frage aufgeworfen, ob Preußen, falls Oestreich auf seinem Widerstand beharre, zum Krieg schreiten solle und ob es dazu gerüstet sei. Das Ergebnis der Beratung war, daß man an den Februarbedingungen festhalten solle und den Krieg nicht zu scheuen habe. Am 23. Juli hatte Bismarck in Salzburg eine Unterredung mit dem bayrischen Minister von der Pfordten, worin er den Mittelstaaten die Einhaltung strenger Neutralität in dem nahe bevorstehenden Kriege anempfahl und über den Ausgang desselben sich sehr unbesorgt aussprach, da Oestreich weder gerüstet sei, noch Geld habe. Da beides der Fall war, so schickte der Kaiser Franz Joseph den östreichischen Gesandten in München, Graf Blome, nach Gastein, wo sich König Wilhelm und Bismarck befanden. Nach längeren Verhandlungen über die schleswig-holsteinische

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Frage schloß Bismarck am 14. August 1865 mit Blome die Konvention von Gastein, wonach, unbeschadet der Rechte beider Großmächte auf beide Herzogtümer, die Regierung Schleswigs an Preußen, die Holsteins an Oestreich überlassen und Lauenburg gegen Bezahlung von 2½ Millionen Thalern an Preußen abgetreten werden sollte. Außerdem wurden Preußen noch einige andere Zugeständnisse gemacht. Am 19. August hatte König Wilhelm in Salzburg eine Zusammenkunft mit dem Kaiser von Oestreich. Zum Statthalter von Schleswig wurde der preußische General Manteuffel, zum Statthalter von Holstein der östreichische General Gablenz ernannt. Am 15. September erfolgte die Besitzergreifung Lauenburgs, und am 26. nahm König Wilhelm in Ratzeburg die Erbhuldigung der Vertreter der Ritterschaft und Landschaft entgegen. Bismarck, wegen seiner verdienstlichen Leitung der preußischen Politik vom König am 16. September in den Grafenstand erhoben, reiste am 30. September nach Biarritz, wo sich damals Kaiser Napoleon aufhielt.

Der preußische Landtag wurde am 15. Januar 1866 eröffnet. Die alten Zerwürfnisse zwischen der Regierung und dem Abgeordnetenhaus wiederholten sich, und neue kamen hinzu. Letzteres erklärte die Vereinigung des Herzogtums Lauenburg mit der Krone Preußen für rechtsungültig, solange nicht die verfassungsmäßige Zustimmung beider Häuser erfolgt sei. Da keine Hoffnung auf eine Verständigung da war, so wurde der Landtag schon am 22. Februar geschlossen, ohne daß ein Finanzgesetz zustande gekommen wäre. Es war die letzte Konfliktsession des Landtags.

4) Krieg Preußens und Italiens gegen Oestreich.

(1866.)

Trotz des Vertrags von Gastein gestalteten sich die Beziehungen Preußens zu Oestreich im Jahre 1866 von Monat zu Monat schlechter. Da in Holstein die preußenfeindlichen Agitationen unter den Augen der östreichischen Statthalterschaft ungescheut betrieben wurden und die zuerst von Gablenz verbotene, dann auf speziellen Befehl des Wiener Kabinetts gestattete Massenversammlung in Altona am 23. Januar 1866 Beschlüsse faßte, welche in direktem Gegensatz zu der preußischen Politik standen, so erklärte Bismarck in seiner Depesche vom 26. Januar, wie schmerzlich es den König be-

(c) Instituto Cervantes de Madrid

rühren müsse, revolutionäre und jedem Thron feindliche Bestrebungen unter dem Schutze des östreichischen Doppeladlers entfaltet zu sehen. Die Antwort des Grafen Mensdorff wies die preußische Anklage zurück und schloß mit der Erklärung, daß der Kaiser, selbst auf die Gefahr eines Bruches mit Preußen, bei der bisherigen Politik zu verharren entschlossen sei. Die Möglichkeit, ja die Wahrscheinlichkeit eines Krieges mußte auf solche Erklärungen hin ins Auge gefaßt werden. In Berlin wurde am 28. Februar unter dem Vorsitz des Königs Ministerrat gehalten, welchem auch die Generale Moltke und Manteuffel und der Gesandte in Paris beiwohnten. Fortzuschreiten auf dem bisher verfolgten Wege, selbst auf die Gefahr eines Krieges hin, war der einstimmige Beschluß. Der Marschallsrat in Wien, der unter Beiziehung des Feldzeugmeisters Benedek am 10. März gehalten wurde, ordnete eine Truppenzusammenziehung in Böhmen und Mähren an. Für beide Mächte war die Frage sehr wichtig, ob die Mittelstaaten an dem bevorstehenden Kriege teilnehmen, auf wessen Seite sie treten oder ob sie neutral bleiben würden. Das östreichische Sendschreiben vom 16. März forderte die Mittelstaaten zu sofortiger Mobilisierung gegen Preußen auf; Bismarcks Sendschreiben vom 24. März fragte bei den Mittelstaaten an, ob Preußen bei einem Angriff Oestreichs Unterstützung von ihnen zu hoffen habe, und betonte die Notwendigkeit einer den realen Verhältnissen Rechnung tragenden Bundesreform. Zugleich beantragte Preußen am 9. April am Bundestag die Einberufung eines deutschen Parlaments auf Grund direkter Wahlen und des allgemeinen Stimmrechts zum Zweck der Beratung einer neuen Bundesverfassung.

Von den Mittelstaaten, und zwar nicht bloß von den süddeutschen, war für Preußen nicht viel zu hoffen. Der Depeschenwechsel zwischen Berlin und Wien dauerte fort, zugleich aber auch die Vorbereitungen zum Kriege. Noch am 26. April wußte Graf Mensdorff zur Lösung des Konfliktes kein anderes Mittel anzugeben als die Errichtung eines neuen Mittelstaates unter dem Augustenburger und die Verweisung der Streitfrage an die Entscheidung des Deutschen Bundes. Bismarcks Antwort vom 7. Mai hielt fest an den Verträgen von Wien und von Gastein, welche dem Bunde nicht das geringste Recht der Entscheidung über den rechtmäßigen Besitz der Herzogtümer einräumten. Wie Oestreich der deutschen Mittelstaaten sicher war, so konnte Preußen

(c) Instituto Cervantes de Madrid

auf die Bundesgenossenschaft Italiens rechnen. Die Voraussicht Cavours sollte sich nun erfüllen. Schon im Jahre 1865 hatte Bismarck die Wege hierfür gebahnt. Den Abschluß eines Handelsvertrages zwischen dem Zollverein und Italien, womit für sämtliche Beteiligten die Anerkennung des Königreichs Italien verbunden war, hatte er im Dezember 1865 trotz des Widerstrebens der Mittelstaaten durchgesetzt. Auf Bismarcks Ersuchen schickte die italienische Regierung den General Govone nach Berlin. Derselbe kam am 10. März daselbst an und unterhandelte über die Bedingungen einer preußisch-italienischen Allianz. Am 8. April wurde der Vertrag unterzeichnet. In demselben verpflichtete sich Italien, Preußen zur Seite zu stehen, falls dieses wegen Aufrechthaltung seiner Reformvorschläge binnen drei Monaten in einen Krieg mit Oestreich verwickelt werden sollte; Preußen dagegen sicherte in diesem Falle dem Königreich Italien seine Unterstützung in der Eroberung Venetiens zu; beide Mächte versprachen, ohne gegenseitiges Einverständnis weder Frieden noch Waffenstillstand zu schließen.

In diese Verhandlungen war Napoleon vollständig eingeweiht, da König Viktor Emanuel und der Ministerpräsident Lamarmora keinen Schritt hierin thaten, ohne vorher die Zustimmung Napoleons eingeholt zu haben. Aber wie er Italien zu dieser Allianz antrieb, in der Erwartung, daß dann Preußen um so sicherer einen Krieg anfangen würde, in welchem es Niederlagen erlitte, seine Unterstützung anflehen und auf seine Eroberungspläne eingehen müßte, so hatte er selbst auch schon längst direkt mit Bismarck unterhandelt. Dieser sprach sich hierüber in dem Rundschreiben vom 29. Juli 1870, welches einen Teil der so berühmten Enthüllungen bildet, mit folgenden Worten aus: „Schon im Jahre 1862, also vor meiner Uebernahme des Auswärtigen Amtes, sind die Bestrebungen der französischen Regierung, ihre begehrlichen Absichten auf Belgien und die Rheingrenze mit preußischem Beistand durchzuführen, an mich herangetreten. Diese Tendenzen machten sich zunächst in der Haltung erkennbar, welche Frankreich in dem deutsch-dänischen Streite zu unseren Gunsten beobachtet hat. Die darauf folgende Verstimmung Frankreichs gegen uns über den Vertrag von Gastein hing mit der Besorgnis zusammen, daß eine dauernde Befestigung des preußisch-östreichischen Bündnisses das Pariser Kabinett um die Früchte dieser Haltung bringen könnte. Frankreich hatte schon 1865

(c) Instituto Cervantes de Madrid

auf den Ausbruch des Krieges zwischen uns und Oestreich gerechnet und näherte sich uns bereitwillig wieder, sobald unsere Beziehungen zu Wien sich zu trüben begannen. Vor Ausbruch des Krieges von 1866 sind mir teils durch Verwandte des Kaisers (wohl durch den Prinzen Napoleon), teils durch vertrauliche Agenten Vorschläge gemacht worden, welche jederzeit dahin gingen, kleinere oder größere Transaktionen zum Behufe beiderseitiger Vergrößerung zustande zu bringen; es handelte sich bald um Luxemburg oder um die Grenze von 1814 mit Landau und Saarlouis, bald um größere Objekte, von denen die französische Schweiz und die Frage, wo die Sprachgrenze in Piemont zu ziehen sei, nicht ausgeschlossen blieben." Alle diese Zumutungen seien im Mai 1866 in den Vorschlag eines Defensiv- und Offensivbündnisses zusammengefaßt worden, dessen Grundzüge dahin gegangen seien, daß im Falle eines Kongresses die beiden Alliierten die Abtretung Venetiens an Italien und Schleswig-Holsteins an Preußen erstreben sollten, und daß im Fall, daß der Kongreß nicht zustande komme, Preußen zehn Tage nach Unterzeichnung des Vertrages den Krieg mit Oestreich eröffnen und Frankreich nach Beginn der Feindseligkeiten gleichfalls den Krieg an Oestreich erklären und mit 300000 Mann an demselben teilnehmen sollte. Der Friede sollte von Preußen und Frankreich unter folgenden Bedingungen geschlossen werden: Venetien wird an Italien abgetreten; Preußen erhält deutsche Gebiete nach beliebiger Wahl mit sieben bis acht Millionen Bevölkerung und das Recht, die Bundesreform in seinem Sinne durchzuführen; Frankreich nimmt das Gebiet zwischen Mosel und Rhein (ohne Koblenz und Mainz) mit einer halben Million preußischer Unterthanen, mit Rheinbayern, Birkenfeld, Homburg und Rheinhessen. „Die Unmöglichkeit für mich, auf dergleichen einzugehen, war gewiß jedermann, nur nicht der französischen Diplomatie, klar. Nachdem wir diese und andere Vorschläge abgelehnt, begann damals die französische Regierung auf unsere Niederlage und deren Ausbeutung zu rechnen und dieselbe diplomatisch vorzubereiten."

Fast zu gleicher Zeit unterhandelte Napoleon auch mit Oestreich und schloß mit ihm den Vertrag vom 9. Juni, wonach der Kaiser Franz Joseph Venetien an Frankreich, beziehungsweise an Italien abtreten und als Entschädigung hierfür Schlesien erhalten sollte. Schon früher, am 5. Mai, hatte Oestreich der italienischen Regierung die Abtretung Vene-

(c) Instituto Cervantes de Madrid

tiens angeboten, unter der Bedingung, daß Italien in dem bevorstehenden östreichisch-preußischen Kriege neutral bleibe. Aber das Anerbieten wurde abgelehnt und die Allianz vom 8. April aufrecht erhalten. Doch wurde die Energie Italiens durch die Ratschläge Napoleons sehr gelähmt. Der Brief des preußischen Gesandten in Florenz, Grafen Usedom, vom 17. Juni, welcher den Marsch nach Wien befürwortete, wurde von Lamarmora auf die Seite gelegt. Der von Napoleon angeregte und vom König von Preußen angenommene Vorschlag eines Friedenskongresses, der sich in Paris versammeln sollte, scheiterte an dem Vorbehalt Oestreichs, daß von den Beratungen desselben jede Kombination ausgeschlossen bleiben solle, die darauf abzielen würde, einem der eingeladenen Staaten eine territoriale Vergrößerung oder einen Machtzuwachs zu verschaffen. Drei Tage nach Abschluß des französisch-östreichischen Vertrages, am 11. Juni, richtete Napoleon an seinen Minister des Auswärtigen, Drouyn de l'Huys, ein Schreiben, worin er als Schiedsrichter Europas auftrat, Preußen „mehr Abrundung und Kraft im Norden" verschaffen, Oestreichs einflußreiche Stellung in Deutschland aufrechthalten, den „Nebenstaaten des Deutschen Bundes eine engere Vereinigung", das heißt die Gelegenheit zur Umwandlung in Rheinbundprovinzen geben wollte.

Was Verhandlungen und Vermittlungen nicht zu erreichen vermochten, die Aufrechthaltung des Friedens, das glaubte ein junger Fanatiker durchsetzen zu können. Als Bismarck am 7. Mai abends, nachdem er dem König Vortrag gehalten hatte, durch die Straße „Unter den Linden" nach seiner in der Wilhelmsstraße gelegenen Wohnung zurückkehren wollte, feuerte ein junger Mensch aus nächster Nähe zwei Revolverschüsse auf ihn ab. Bismarck ging rasch auf ihn zu und faßte ihn am rechten Handgelenk; da ging ein dritter Schuß los und verwundete ihn leicht an der rechten Schulter. Darauf nahm der Attentäter den Revolver in die linke Hand und feuerte rasch noch zwei Schüsse auf Bismarck ab, wovon der eine ihm den Rock verbrannte, beim anderen die Kugel auf der Rippe aufschlug. Trotzdem ließ Bismarck den Verbrecher nicht los und übergab ihn einigen Offizieren und Mannschaften eines eben vorbeimarschierenden Bataillons, welche denselben ins Gefängnis führten, während Bismarck sich nach seiner Wohnung begab. Der König, von dem Vorfall benachrichtigt, erschien sofort selbst bei Bismarck,

(c) Instituto Cervantes de Madrid

um ihn zu beglückwünschen; alle Prinzen, Generale und Minister kamen in seine Wohnung; die Wilhelmsstraße war den ganzen Abend mit Volksmassen angefüllt. Der Attentäter hieß Karl Cohen und war der Stiefsohn des in London lebenden badischen Flüchtlings Karl Blind. Er hatte in der letzten Zeit die landwirtschaftliche Akademie in Hohenheim (Württemberg) besucht und auf dem Bläsiberg (bei Tübingen) praktisch die Landwirtschaft geübt. Das in ganz Deutschland, im Süden wie im Norden, herrschende Geschrei über Bismarck, welcher Deutschland den Frieden raube und die Freiheit des Volkes unterdrücke, hatte in dem exaltierten Menschen den Entschluß hervorgerufen, zum Zweck der Rettung Deutschlands Bismarck zu ermorden, wenn auch mit Aufopferung seines eigenen Lebens. Er begab sich nach Berlin und versuchte die That. Während der Untersuchungshaft schnitt er sich in der auf das Attentat folgenden Nacht mit einem Taschenmesser die Adern auf und starb an der Verblutung.

Die wunderbare Errettung bei dem Attentat vom 7. Mai bestärkte Bismarck in seinem Glauben an seinen nationalen Beruf und in seiner Zuversicht auf einen glücklichen Ausgang. Der religiöse Sinn des Königs sah darin das Walten einer höheren Macht. Es folgten rasch die Verordnung zur Mobilmachung weiterer Armeekorps und am 9. Mai die Auflösung des Abgeordnetenhauses, um aus Neuwahlen zu erkennen, welche Stimmung das preußische Volk der gegenwärtigen Lage der Dinge entgegenbringe. An Versuchen verschiedener Art, den König auf der Friedensbahn zu erhalten, fehlte es nicht. Mitglieder der königlichen Familie und verwandte auswärtige Höfe wirkten in diesem Sinne; von mehreren preußischen Städten wurden Adressen an den König gerichtet mit der Bitte, dem Lande den Frieden zu erhalten und das Ministerium zu entlassen. Die Adresse des Magistrats von Breslau, welche Schlesien lieber alle Lasten und Leiden des Krieges aufbürden, als eine Minderung der Machtstellung Preußens zugeben wollte, war eine ruhmvolle Ausnahme. Der Ausschuß des „Nationalvereins" erhob „seine Stimme gegen einen Bruch des Landfriedens, dessen Schuld wie ein Fluch auf das Haupt seiner Urheber zurückfallen wird"; der Abgeordnetentag in Frankfurt, an welchem sich übrigens nur acht preußische Abgeordnete beteiligten, drohte am 20. Mai mit dem Fluche der Nation und mit der Strafe des Landesverrats denjenigen,

(c) Instituto Cervantes de Madrid

„welche in Verhandlungen mit auswärtigen Mächten deutsches Gebiet preisgeben". Dem König, welcher in den altpreußischen Traditionen eines guten Verhältnisses zu Habsburg und den anderen Bundesstaaten aufgewachsen war und bereits dem siebzigsten Lebensjahre entgegenging, wurde es sehr schwer, mit der bisherigen Politik zu brechen und neue Bahnen einzuschlagen. Es brauchte die Darlegung der wichtigsten Thatsachen, um ihn zu vermögen, die Allianz mit Italien abzuschließen und den Krieg mit Oestreich zu beginnen. Erst als er sah, daß der Friede ohne die Demütigung Preußens nicht erhalten werden könne, schwanden jene Bedenklichkeiten und sein Entschluß stand fest.

Die Ereignisse nahmen nun einen raschen Lauf. Oestreich erklärte am 1. Juni in der Bundesversammlung, daß es die Entscheidung in der schleswig-holsteinischen Frage dem Bundestage anheimstelle und seinem Statthalter in Holstein die Vollmacht zur Einberufung der holsteinischen Ständeversammlung übersandt habe. Preußen protestierte dagegen, mit Hinweisung auf den Gasteiner Vertrag, und gab dem Statthalter von Schleswig, General Manteuffel, den Befehl, in Holstein einzurücken und wieder zugleich mit dem östreichischen Statthalter eine gemeinsame Regierung für beide Herzogtümer zu bilden. Manteuffel zog am 7. Juni in Holstein ein; Gablenz, die Aufforderung zur Einsetzung einer gemeinsamen Regierung ablehnend, zog sich mit seinen wenigen Truppen von Kiel nach Altona zurück und verließ am 12. Juni, nebst dem Prinzen von Augustenburg, Holstein, um sich nach Böhmen zu begeben. Preußen war infolgedessen thatsächlich alleiniger Besitzer der Herzogtümer. Manteuffel ernannte den Baron von Scheel-Plessen zum Oberpräsidenten beider Herzogtümer und ließ den Zusammentritt der holsteinischen Stände gewaltsam verhindern. Am 9. Juni ließ Bismarck durch den preußischen Gesandten in Frankfurt, von Savigny, in der Bundesversammlung erklären, daß Preußen bereit sei, die schleswig-holsteinische Angelegenheit in Verbindung mit der Bundesreform zu behandeln, und legte am 10. Juni den deutschen Regierungen (außer Oestreich) die Grundzüge einer neuen Bundesverfassung vor, welche die Errichtung eines neuen Bundes, von welchem Oestreich ausgeschlossen blieb, feststellte, den Oberbefehl über die Nordarmee dem König von Preußen, den über die Südarmee dem König von Bayern übertrug, eine Nationalvertretung anordnete und

(c) Instituto Cervantes de Madrid

verschiedene Bestimmungen enthielt, welche nachher in die norddeutsche und in die Reichsverfassung übergingen. Oestreich bezeichnete am 11. Juni den Einmarsch der preußischen Truppen in Holstein als einen Akt gewaltsamer Selbsthilfe und beantragte die schleunige Mobilmachung sämtlicher Bundesarmeekorps, außer der preußischen. Dieser Antrag wurde in der Bundestagssitzung vom 14. Juni (vermöge einer unrichtigen Stimmenzählung) mit neun gegen sechs Stimmen angenommen. Darauf protestierte der preußische Bundestagsgesandte gegen die bundeswidrige Behandlung des Antrags und erklärte im Namen und auf Befehl seines Königs, daß Preußen den bisherigen Bundesvertrag für gebrochen und erloschen ansehe, die Grundzüge einer neuen Einigung vorlege und bereit sei, auf der Grundlage dieser modifizierten Verfassung einen neuen Bund mit denjenigen deutschen Regierungen zu schließen, welche ihm dazu die Hand reichen wollten. Somit war am 14. Juni 1866 von der Mehrheit der Bundestagsmitglieder der Krieg an Preußen erklärt.

Um bei dem Vormarsch seiner Armeen nicht Rücken und Flanken bedroht zu sehen, mußte Preußen die Nachbarstaaten Hannover, Kurhessen und Sachsen gleich in den ersten Tagen des Feldzuges entweder zur Neutralität zwingen oder kampfunfähig machen. Mit Hannover stand Bismarck schon seit dem 1. April in Unterhandlung, als dieses seine ersten militärischen Anordnungen traf. Er erklärte sich am 20. Mai bereit zum Abschluß eines Neutralitätsvertrags, in welchem die Unabhängigkeit des Königreichs Hannover in einem Bundesverhältnis gewährleistet wurde. Da aber am nämlichen Tage der östreichische General Prinz zu Solms-Braunfels, ein Halbbruder des Königs Georg, in Hannover ankam, im Auftrage des Wiener Kabinetts die Integrität Hannovers garantierte, eine Gebietsvergrößerung auf Kosten Preußens in Aussicht stellte und die Stärke der östreichischen Truppen auf 800000 Mann angab, so entschied sich die hannöversche Regierung für Oestreich und gab Bismarck ausweichende Antworten. Als in der entscheidenden Bundestagssitzung vom 14. Juni Hannover, Sachsen und Kurhessen gegen Preußen stimmten, richtete dieses am 15. Juni an die Regierungen dieser drei Staaten eine Sommation, worin dieselben zur Neutralität, zur Demobilisierung und zur Annahme der Bundesreform aufgefordert wurden, wogegen ihnen die Garantie

(c) Instituto Cervantes de Madrid

ihres Besitzstandes und ihrer Souveränität zugesagt wurde. Da diese Aufforderung abgelehnt wurde, so marschierten am 16. Juni preußische Truppen in den drei Ländern ein und besetzten sie. Der König Johann von Sachsen zog mit seiner Armee nach Böhmen, um sich mit den Oestreichern zu vereinigen; die kurhessischen und die nassauischen Truppen schlugen die Richtung nach Frankfurt ein, um dort zu den süddeutschen Kontingenten zu stoßen. Der preußische General Beyer zog, von Wetzlar aufbrechend, am 19. Juni in Kassel ein. Der Kurfürst Friedrich Wilhelm, welcher in seinem Schloß Wilhelmshöhe geblieben war und in seiner Opposition gegen Preußen verharrte, wurde am 24. Juni als preußischer Staatsgefangener nach Stettin abgeführt.

König Johann von Sachsen.

Gegen Hannover operierte der preußische General Vogel von Falckenstein, welcher die Divisionen Göben, Beyer und Manteuffel unter sich hatte. Während letzterer von Holstein aus vordrang, drang Falckenstein mit der Division Göben von Minden aus in Hannover ein und hielt am 17. Juni seinen Einzug in der Hauptstadt. Am 18. Juni wurde die kleine Festung Stade überrumpelt und am 22. war ganz Hannover besetzt, mit Ausnahme von Göttingen, wohin sich König Georg mit der Armee zurückgezogen hatte. Dieser brach am 20. Juni von dort auf und wandte sich, da ihm durch die Besetzung Kassels der Weg nach Frankfurt verlegt war, südöstlich, um sich über Gotha nach Bayern durchzuschlagen. Aber auch der Weg nach Bayern war ihm durch preußische Truppen verlegt. Neue Unterhandlungen wurden mit Preußen angeknüpft und durch Vermittlung des Herzogs Ernst von Koburg geführt. Aber weder dieser, noch die von Berlin ins hannöversche Hauptquartier abgesandten Offiziere, General von Alvensleben und Oberst Döring, richteten bei dem blinden und verblendeten König Georg etwas aus. König Wilhelm bewilligte zuletzt, am 26. Juni,

(c) Instituto Cervantes de Madrid

falls Georg die Sommation vom 15. Juni annehme, diesem und dem Kronprinzen Ernst August und einem angemessenen Gefolge freien Abzug. Aber König Georg wies das Anerbieten zurück und bestand auf bedingungsloser Gewährung des Durchzugs seiner Armee nach Bayern. Ein gewaltsamer Durchbruch durch die preußischen Linien war unmöglich. Daher wandte sich Georg wieder nordwärts in der Richtung nach Hannover. General Flies griff mit 5000 Mann von der Manteuffelschen Division am 27. Juni die Hannoveraner bei Langensalza an, war aber diesen, welche 18000 Mann stark waren und eine zahlreiche Artillerie hatten, nicht gewachsen und mußte sich nach einem vergeblichen Sturm auf die wohlverschanzten Höhen von Merxleben zurückziehen. Die Hannoveraner hatten zwar gesiegt, sahen sich aber, da die Preußen, an welche sich bereits die Koburger angeschlossen hatten, Verstärkungen erhielten, bei Langensalza festgebannt und wie in einem Netz eingeschlossen. Sie hatten nur noch die Wahl, einen Kampf bis auf den letzten Mann zu wagen oder zu kapitulieren. König Georg wählte am 29. Juni das letztere. Die Mannschaft wurde entwaffnet und in die Heimat entlassen, die Offiziere gaben ihr Ehrenwort, in diesem Kriege nicht mehr gegen Preußen zu dienen, sämtliches Kriegsmaterial, darunter 5000 treffliche Pferde, fiel in die Hände der Preußen, der König und der Kronprinz erhielten die Erlaubnis, ihren Wohnsitz zu nehmen, wo sie wollten, nur nicht in Hannover, und reisten mit ihrem Gefolge nach Wien. Von einer Garantie des Besitzstandes und der Souveränität war in der Kapitulation von Langensalza keine Rede mehr. Von der Nordsee bis zum Maingebiet war aller mittelstaatlicher Widerstand gebrochen. Preußen konnte seine volle Kraft gegen Oestreich und die süddeutschen Kontingente richten.

Letztere bildeten zwei Armeekorps, das siebente und das achte, und hatten sich am Main aufgestellt. Rechts stand bei Bamberg die bayrische Armee, anfangs 42000, später gegen 50000 Mann stark, unter dem einundsiebzigjährigen Prinzen Karl, welcher noch nie ein Feldherrnamt bekleidet hatte; links stand bei Frankfurt das achte Bundesarmeekorps unter dem Prinzen Alexander von Hessen, welcher vom italienischen Feldzug her einigen militärischen Ruf genoß. Dieses Korps bestand aus 14000 Württembergern unter General Hardegg, 10000 Badenern unter dem Prinzen Wilhelm und 9000 Hessen-Darmstädtern; dazu kamen noch

(c) Instituto Cervantes de Madrid

8000 Kurhessen, 4000 Nassauer und 12000 Oestreicher unter General Neipperg. Da die Kurhessen sich meist in und bei der Festung Mainz aufhielten, so war dieses Korps im Felde auf etwa 50000 Mann zu schätzen. Es stand nördlich von Frankfurt, um diese Stadt und die Bundesversammlung gegen einen Ueberfall zu schützen, machte viele Hin- und Hermärsche und besetzte auf ein paar Tage Gießen und die preußische Stadt Wetzlar. Den Oberbefehl über sämtliche süddeutschen Bundestruppen sollte, nach dem zwischen Oestreich und Bayern abgeschlossenen Olmützer Vertrag vom 14. Juni, Prinz Karl von Bayern in der Weise führen, daß er sich nach dem mit dem östreichischen Oberfeldherrn vereinbarten Operationsplan zu richten habe. Zugleich verpflichtete sich Oestreich in diesem Vertrag, nur unter Teilnahme und im Einverständnis mit Bayern Friedensverhandlungen mit Preußen zu führen und bei der Notwendigkeit von Territorialveränderungen dahin zu wirken, daß Bayern keine Verluste erleide und für etwaige Abtretungen entschädigt werde. Andererseits hatte zu jener Zeit auch Preußen Unterhandlungen mit Bayern eröffnet und demselben eine hervorragende Stellung in dem neuen Deutschland zugesichert, falls es neutral bleibe. Aber diese Verhandlungen scheiterten an der östreichischen Gesinnung des bayrischen Ministers von der Pfordten. Als Ersatz für die von Preußen besetzten Bundesländer nahm, nach einem Bundesbeschluß vom 25. Juni, ein Bataillon Württemberger, welches am 26. Juni in Hohenzollern einrückte, das Land in Bundesverwaltung. Wie wenig Aufmerksamkeit diesen süddeutschen Kontingenten General Moltke, welcher den Feldzugsplan entworfen hatte, schenken zu müssen glaubte, sehen wir aus

Prinz Alexander von Hessen.

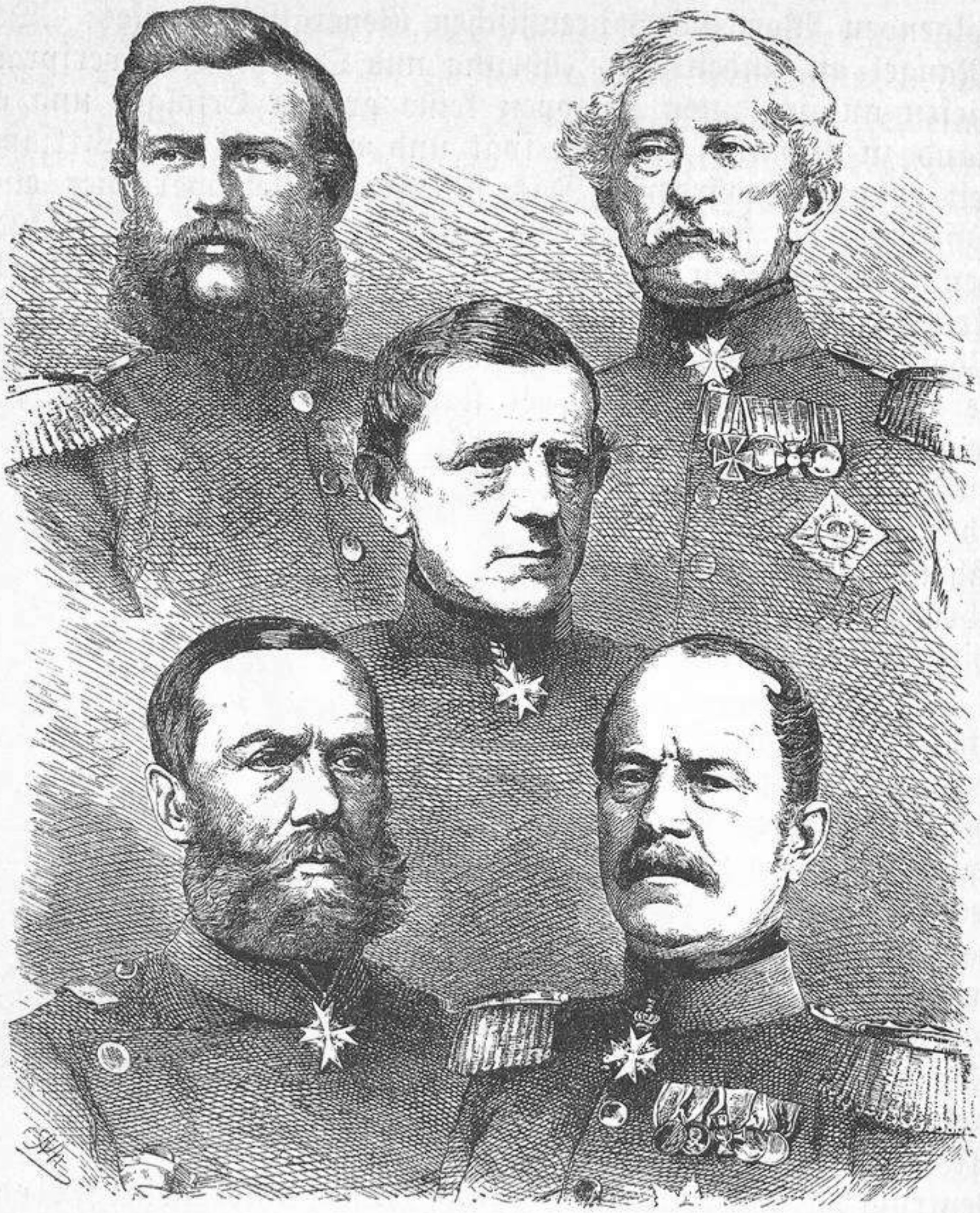
(c) Instituto Cervantes de Madrid

folgenden Worten des preußischen Generalstabswerkes: „Der Mangel an einheitlicher Führung und Organisation versprach diesen an sich guten Truppen keine großen Erfolge, und es stand zu erwarten, daß sie spät und vereinzelt zur Wirksamkeit gelangen würden. Das sicherste Mittel war hier eine Offensive, die sie im eigenen Lande beschäftigte." Den süddeutschen Truppen wurden daher nur „sehr untergeordnete Kräfte", das etwa 50000 Mann starke Heer des Generals Vogel von Falckenstein, entgegengestellt. „Der Schwerpunkt der ganzen Frage lag in der starken, wohl organisierten östreichischen Armee. Ein Sieg über diese mußte lähmend auf alle übrigen Feinde wirken."

Prinz Karl von Bayern.

Die preußische Hauptmacht war in drei große Heerhaufen geteilt: auf dem rechten Flügel stand die Elbarmee, 40000 Mann, unter General Herwarth von Bittenfeld, im Zentrum die Erste Armee, 100000 Mann, unter Prinz Friedrich Karl, auf dem linken Flügel, in Schlesien, die Zweite Armee, 116000 Mann, unter dem Kronprinzen Friedrich Wilhelm von Preußen. Dazu kam noch ein Reservekorps von 24000 Landwehrmännern, so daß die ganze Armee 280000 Mann stark war. Diese Heerhaufen standen, vor dem 16. Juni, bei Torgau, bei Görlitz und bei Neiße. Die beiden ersten zogen am 16. Juni in Sachsen ein; Herwarth besetzte Dresden und Leipzig, Friedrich Karl Bautzen und Zittau. Am 20. Juni war ganz Sachsen, mit Ausnahme der Festung Königstein, in der Gewalt der Preußen. Die sächsischen Truppen, 24000 Mann mit 60 Kanonen, waren unter dem Kronprinzen Albert nach Böhmen gezogen und vereinigten sich dort mit der östreichischen Armee. Auf das Hilfegesuch Sachsens hatte der

(c) Instituto Cervantes de Madrid



Preußische Heerführer im Jahre 1866.

Kronprinz Friedrich Wilhelm. von Steinmetz.
von Moltke.
Vogel von Falckenstein. Herwarth von Bittenfeld.

Bundestag am 16. Juni schleunige Bundeshilfe gegen die „Vergewaltigung" Preußens beschlossen und Oestreich den Beistand seiner ganzen Kriegsmacht zugesagt. Auf dies hin brauchte Preußen nicht mehr auf eine östreichische Kriegserklärung zu warten. Am 23. Juni ging die Elbarmee und die Erste Armee über die sächsisch-böhmische Grenze, jene von Dresden, diese von Görlitz aus, während die Zweite Armee von Neiße aus Streifkorps in südlicher Richtung aussandte, um glauben zu machen, daß sie durch Oestreichisch-Schlesien in Mähren einzurücken

(c) Instituto Cervantes de Madrid

beabsichtige, und erst am 27. Juni ihren Marsch durch die Pässe des Riesengebirges antrat. Der Moltkesche Plan beruhte auf dem Grundsatz: „Getrennt marschieren, vereint schlagen." Den in drei Straßen in Böhmen einmarschierenden Armeen war Gitschin als Vereinigungspunkt angewiesen.

Die östreichische Armee bestand aus etwa 240 000 Mann, wozu noch die 24 000 Sachsen hinzukamen. Sie hatte sieben Armeekorps, welche von den Erzherzogen Ernst und Leopold, den Grafen Clam-Gallas, Thun, Festetics und den Feldmarschallleutnants von Gablenz und von Ramming befehligt wurden; die Sachsen unter ihrem Kronprinzen bildeten das achte Korps. Den Oberbefehl führte Feldzeugmeister Ritter von Benedek, welcher sich in der Schlacht bei Solferino auf dem rechten Flügel rühmlich hervorgethan hatte. Der Kaiser übertrug ihm auf den allgemeinen Wunsch der Armee und des Volkes das Oberkommando, obgleich derselbe nicht zum hohen östreichischen Adel gehörte und Protestant war. Die zwei Armeen waren einander numerisch so ziemlich gleich; aber die preußische hatte in sehr wichtigen Punkten entschiedene Vorzüge. Die Preußen hatten an dem Kriegsminister von Roon einen trefflichen Organisator, an General von Moltke einen genialen Generalstabschef, der ebenso kühn als besonnen war, in ihren Truppenkörpern vermöge der allgemeinen Wehrpflicht eine Masse von Intelligenz, in ihrem Offiziersstand durchschnittlich weit mehr Bildung als andere Heere. Auch das rascher schießende Zündnadelgewehr war für die Preußen ein günstiges Moment, während die Oestreicher noch den speziellen Nachteil hatten, daß der größte Teil ihrer Infanterie eine nur einjährige Dienstzeit hinter sich hatte.

Feldzeugmeister von Benedek.

Benedek, welcher bis zum 17. Juni bei Olmütz stand

(c) Instituto Cervantes de Madrid

und von dort einen Einfall in Oberschlesien machen zu wollen schien, wandte sich, als er die Absichten des Gegners erkannte, an diesem Tage nach Böhmen, um seine Hauptmacht am rechten Ufer der oberen Elbe, in der Gegend von Josephstadt und Königinhof, zu versammeln. Er konnte die Ausführung des Moltkeschen Planes am wirksamsten dadurch stören, daß er mit seiner ganzen Macht entweder der von Norden her eindringenden Elbarmee und Ersten Armee oder der von Schlesien her vorrückenden Zweiten Armee entgegentrat und die eine zurückzuwerfen suchte, bevor die andere ihr zu Hilfe kommen konnte. Statt dessen stellte er jeder der preußischen Armeen immer nur ungenügende Streitkräfte entgegen, ließ jene täglich an Terrain gewinnen und kam zuletzt in die unangenehme Lage, sich selbst zwischen den drei preußischen Armeen zu befinden.

Der Elbarmee und der Ersten Armee, welche zusammen 140 000 Mann stark waren, stellte er 60 000 Mann, darunter die sächsischen Truppen, unter dem Grafen Clam-Gallas entgegen. Dieser wurde am 26. Juni von Herwarth bei Hünerwasser, am gleichen Tage und am 27. Juni von Friedrich Karl bei Liebenau und bei Podol geschlagen und mußte infolgedessen das rechte Iserufer räumen. Herwarth und Friedrich Karl vereinigten sich und schlugen Clam-Gallas am 28. Juni bei Münchengrätz und am 29. bei Gitschin, das sie in einem nächtlichen Angriff erstürmten. Clam-Gallas zog sich mit seinen entmutigten und erschöpften Truppen nach Königgrätz zurück; Friedrich Karl hielt Gitschin besetzt und erwartete dort die Vereinigung mit der Schlesischen Armee. Diese begann, zur Deckung Schlesiens etwa 10 000 Mann zurücklassend, am 27. Juni in drei Kolonnen ihren Marsch über das Riesengebirge: das erste Armeekorps unter General Bonin marschierte von Landshut über Trautenau, das Gardekorps unter dem Prinzen August von Württemberg von Braunau über Eypel, das fünfte Armeekorps unter General Steinmetz von Reinerz über Nachod und Skalitz; das sechste Armeekorps unter General Mutius sollte diesem nachrücken. Benedek stellte dieser neuen Armee wiederum ungenügende Streitkräfte, je einem preußischen Korps ein östreichisches, entgegen; er schickte das Korps Gablenz nach Trautenau, das Korps Ramming nach Eypel und behielt die Korps Festetics und Leopold als Reserve zurück. Am 27. Juni griff General Bonin die Oestreicher bei Trautenau

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Dragoner-Attacke bei Nachod. Von W. Camphausen.

(c) Instituto Cervantes de Madrid

an und drängte sie zurück. Als aber General Gablenz Verstärkung erhielt, drang er mit solcher Gewalt vor, daß die von Marsch, Hitze und Kampf erschöpften Preußen sich nach Schömberg, von wo sie am Morgen aufgebrochen waren, zurückziehen mußten. Darauf nahm am 28. Juni das Gardekorps den Kampf mit den von den Anstrengungen des vorigen Tages ermatteten Oestreichern bei Burgersdorf und Soor (in der Nähe von Trautenau) mit solchem Erfolg auf, daß Gablenz unter einem Verluste von mehr als 8000 Mann den Rückzug nach Königinhof antrat. Aber auch Königinhof wurde am 29. Juni von der Garde erstürmt und die dortige Elbbrücke besetzt, worauf jener für ihren Marsch nach Gitschin kein Hindernis im Wege stand. Inzwischen hatte General Steinmetz am 27. Juni bei Nachod das Korps Ramming so völlig besiegt, daß es am anderen Tage gar nicht mehr kampffähig war und das Korps des Erzherzogs Leopold dasselbe ablösen mußte. Aber auch dieses wurde am 28. Juni bei Skalitz und am 29. Juni das Korps Festetics bei Schweinschädel geschlagen, worauf Steinmetz am 30. Juni sein Korps mit der übrigen Armee des Kronprinzen vereinigte, welche, nachdem auch das Korps Mutius angekommen war, nun vollständig beisammen war und die Elblinie von Arnau bis Josephstadt besetzt hielt. Sie hatte in drei Tagen mehr als 10000 Gefangene, 20 Kanonen, 5 Fahnen und 2 Standarten erbeutet. Die Verbindung mit der Armee des Prinzen Friedrich Karl war hergestellt, der Moltkesche Plan bis Gitschin durchgeführt.

Die Telegramme, welche am 29. Juni in Berlin eintrafen, versetzten die Hauptstadt in die freudigste Stimmung. Nachdem man bereits von den Siegen bei Hünerwasser, Liebenau, Podol, Nachod unterrichtet war, erfuhr man an diesem Tage, daß bei Münchengrätz, Trautenau und Skalitz neue Siege erfochten worden seien und daß die Hannoveraner bei Langensalza die Waffen gestreckt hatten. Vor dem königlichen Schlosse stand die Menge dicht gedrängt. Eine Bürgerdeputation brachte dem König eine Glückwunschadresse, während das Volk das Lied anstimmte: „Eine feste Burg ist unser Gott.“ Das Hochrufen vor der Wohnung Bismarcks nahm kein Ende, bis er das Fenster öffnete und eine Ansprache an das Volk hielt. In den Erfolgen der letzten Tage erkannte man endlich die nationalen Ziele der Bismarckschen Politik. Am 30. Juni reiste der König mit Bismarck, Moltke und

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Roon und den übrigen Personen des großen Hauptquartiers von Berlin nach dem Kriegsschauplatz. Am 2. Juli traf er in Gitschin ein und übernahm den Oberbefehl über sämtliche Truppen. Es wurde Kriegsrat gehalten, dem auch Prinz Friedrich Karl beiwohnte. Auf dessen Antrag wurde beschlossen, den durch Märsche und Kämpfe erschöpften Mannschaften einen oder zwei Ruhetage zu gönnen. Als aber Prinz Friedrich Karl in sein Hauptquartier nach Kamenitz zurückkehrte, erhielt er durch die zur Rekognoszierung ausgeschickten Offiziere wichtige Nachrichten über die östreichische Armee. Nachdem Benedek in den Gefechten der letzten Tage 35000 Mann verloren hatte und fünf Armeekorps geschlagen waren, meldete er dem Kaiser, daß er mit einer so entmutigten Armee keine Hauptschlacht mehr wagen könne; er erhielt aber von diesem den direkten Befehl, sofort eine Schlacht zu liefern. Hierfür wählte er das zwischen der Elbe, dem Flüßchen Bistritz und der Festung Königgrätz gelegene Terrain und besetzte die günstigsten Höhepunkte mit seinen Geschützen. Seine Frontstellung war sehr stark; seine Flanken waren nicht gesichert; ein etwaiger Rückzug über die Elbe mit acht Armeekorps war eine schwierige Aufgabe.

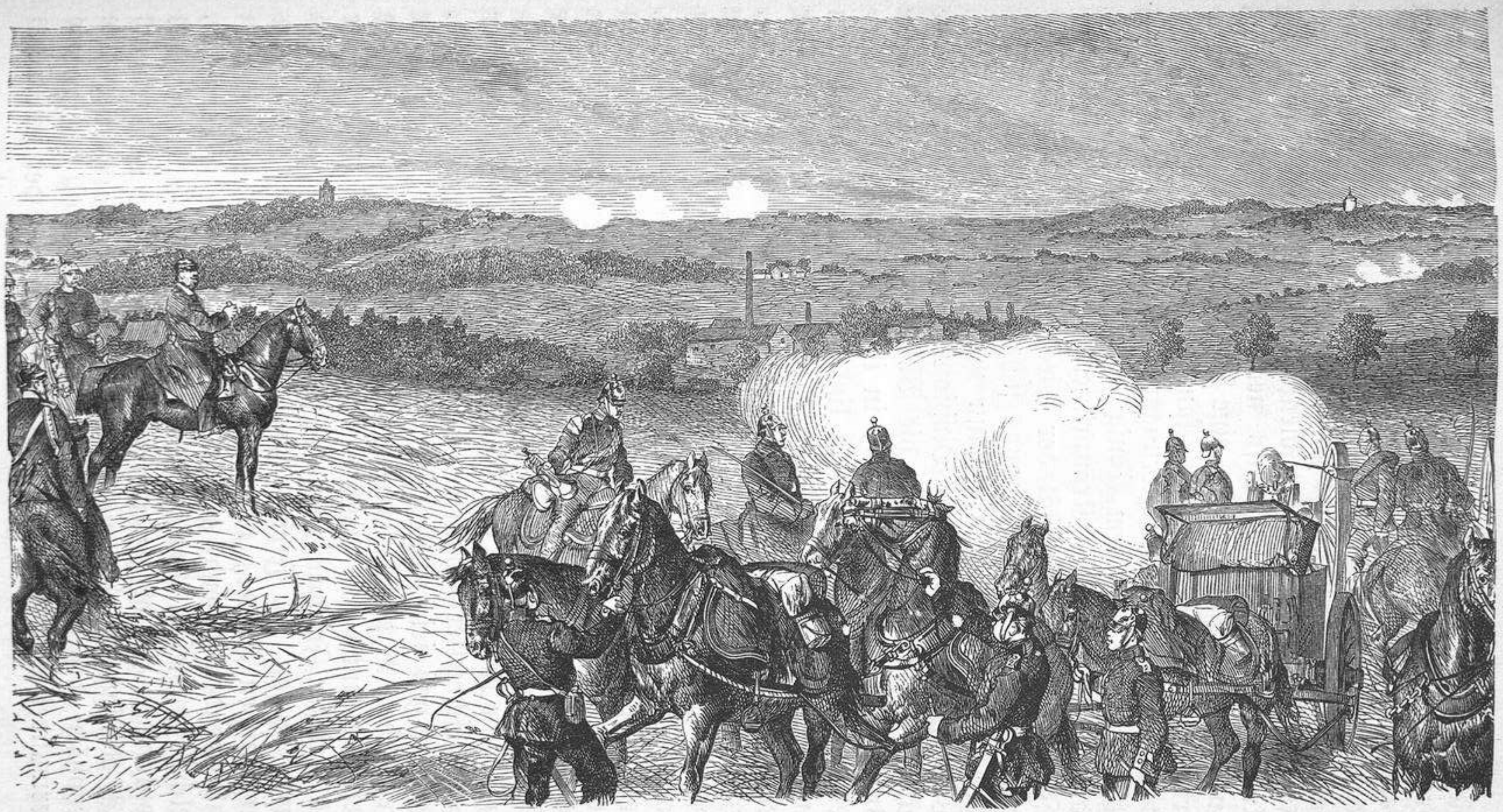
Sobald Prinz Friedrich Karl von dieser Aufstellung, welche auf die Absicht einer östreichischen Offensive hinwies, hörte, beschloß er, derselben zuvorzukommen und am folgenden Morgen mit seiner ganzen Armee den Feind anzugreifen. Um sich hierfür die Genehmigung des Königs einzuholen, schickte er den Chef seines Generalstabes, General Voigts-Rhetz, nach Gitschin. Als dieser nachts elf Uhr sich beim König meldete, erhielt er den Befehl, zu Moltke zu gehen und dem General die Nachrichten mitzuteilen. „Hält es der General von Moltke für nötig, darauf hin Beschlüsse zu fassen, so möge derselbe noch in der Nacht zu jeder Zeit kommen, um die nötigen Befehle zu empfangen; Sie werden mich bereit finden.“ Nachdem Moltke eine längere Beratung mit Voigts-Rhetz gehalten hatte, begab er sich mit diesem zum König, der sich inzwischen auf sein Feldbett gelegt hatte. Er erhob sich sofort; die Generale Roon, Alvensleben und Tresckow wurden berufen und Kriegsrat gehalten. Getreu seinem Wahlspruch: „Erst wägen, dann wagen!“ entschied sich Moltke, nachdem er im mitternächtlichen Kriegsrat alles abgewogen hatte, für das Wagen. Er wußte zwar nicht, wie viele Armeekorps Benedek an der Bistritz auf-

(c) Instituto Cervantes de Madrid

gestellt hatte; aber selbst wenn dieser sämtliche acht Armeekorps dort beisammen hatte, glaubte er den Angriff am 3. Juli unternehmen zu können, in der sicheren Voraussetzung, daß die Armee des Kronprinzen, welche vom Schlachtfeld am weitesten, einige Truppenteile fünf bis sechs Stunden, entfernt war, wenn rechtzeitig benachrichtigt, auch rechtzeitig eintreffen würde, um im entscheidenden Moment die östreichische Stellung in der rechten Flanke zu fassen. Aber diese Voraussetzung konnte auch nicht eintreffen; die zwei Offiziere, welche von Gitschin und von Kamenitz aus nach dem fünf Meilen entfernten Königinhof, wo der Kronprinz sein Hauptquartier hatte, in der Nacht abgeschickt wurden, um demselben von den Beschlüssen des Kriegsrats Meldung zu machen, konnten, da ihr Ritt durch feindliches Land, durch eine ihnen gänzlich unbekannte Gegend ging, unterwegs gefangen und getötet werden, was das rechtzeitige Eintreffen des Kronprinzen unmöglich gemacht hätte. Auch dieses Risiko glaubte Moltke auf sich nehmen zu können, legte das ganze Gewicht seiner Stellung für den sofortigen Beginn der Schlacht in die Wagschale, und der König stimmte ihm bei. Die beiden Offiziere kamen gegen vier Uhr morgens glücklich in Königinhof an, und eine Stunde später sandte der Generalstabschef der kronprinzlichen Armee, General Blumenthal, die Befehle an die Kommandanten der vier Armeekorps und traf die nötigen Anordnungen zum schleunigen Aufbruch der Truppen.

Am Morgen des 3. Juli 1866 begann die Entscheidungsschlacht bei Königgrätz. Der König fuhr morgens fünf Uhr nach der Höhe von Dub, von wo aus man den größten Teil des Schlachtfeldes übersehen konnte. Er traf dort um acht Uhr ein und bestieg sein Pferd. In seiner Nähe waren der Herzog von Koburg, Moltke, Roon und Bismarck, letzterer in der Uniform eines Landwehrmajors. Das Artilleriefeuer war soeben eröffnet worden. Es entstand ein heißer Kampf. Vier bis fünf Stunden lang mußte die Armee des Prinzen Friedrich Karl, welche das Zentrum der feindlichen Stellung angriff, mit drei Armeekorps den Kampf gegen sechs östreichische, trefflich postierte und von einer zahlreichen Artillerie unterstützte Armeekorps allein aushalten. Um ein Uhr mußten im preußischen Zentrum schon die Reserven herangezogen werden. Aber auch diese konnten bei dem furchtbaren Artilleriefeuer, das ihre Reihen traf, die Höhen nicht erstürmen. Das Zentrum begann zu weichen. Es war Gefahr,

(c) Instituto Cervantes de Madrid



König Wilhelm auf der Höhe von Dub am Morgen des 3. Juli 1866.

(c) Instituto Cervantes de Madrid

daß dasselbe durch einen kraftvollen Stoß des Feindes durchbrochen werde. In der Umgebung des Königs sprach man bereits davon, die Infanterie zurückzuziehen. „Was dann?" fragte der König. Es wurde der Befehl gegeben, die Kavallerie der Ersten Armee zusammenzuziehen. Sie sollte der Infanterie zur Aufnahme dienen. Letztere bot ihre letzten Kräfte auf und drang aufs neue vorwärts. Zwischen ein und zwei Uhr spürte man eine Abnahme der feindlichen Angriffe. Gegen zwei Uhr kam General Voigts-Rhetz, welcher einen Rekognoszierungsritt nach dem linken Flügel gemacht hatte, zu dem König herangesprengt und meldete, daß die Armee des Kronprinzen bereits im Kampf sei. „Jetzt ist Eurer Majestät der Sieg nicht mehr zu nehmen," sagte Moltke, des Ausgangs sicher, zu seinem Monarchen. Von allen Seiten ging es nun vorwärts gegen den Feind. Während die anderthalb Divisionen der Elbarmee, welche durch den Uebergang über die Bistritz, wo nur eine einzige Brücke zur Verfügung stand, in ihrem Vormarsch sehr aufgehalten wurde, die auf dem linken Flügel der östreichischen Aufstellung befindlichen Sachsen zwischen zwei und drei Uhr bei Prim und Problus gegen das Zentrum zurückdrängten, erstürmten die Truppen des Kronprinzen, von welchen die erste Gardedivision und das sechste Armeekorps zuerst in den Kampf eingriffen, gegen drei Uhr die Höhen von Chlum, welche den Schlüssel der östreichischen Stellung bildeten, warfen die Oestreicher, welche mehrere Versuche machten, diese Position wiederzuerobern, zurück und nahmen um vierundeinhalb Uhr auch die Höhen von Lipa, von wo aus die östreichischen Geschütze die Infanterie des Prinzen Friedrich Karl so furchtbar niedergeschmettert hatten. Die Schlacht war gewonnen. Benedek gab seinem Zentrum den Befehl zum Rückzug. Die preußischen Batterien warfen von der Höhe von Chlum ihre Geschosse unter die Reihen der Abziehenden. Die Armee des Prinzen Friedrich Karl rückte in Masse vor; die Reiterei hing sich an die Fersen des Feindes. Der Rückzug der östreichischen Armee, von der zahlreichen Artillerie bis zum einbrechenden Abend gedeckt, ging nach den Elbebrücken, welche zu diesem Zwecke schon vor der Schlacht von den Pontonieren geschlagen worden waren; andere wandten sich nach Königgrätz oder nach der Brücke bei Pardubitz. Die Trophäen des Tages waren bedeutend: 19800 Gefangene (verwundet oder tot waren 24400 Mann von der feindlichen

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Gefecht bei Ehlum.

Armee), 160 östreichische Geschütze und 1 sächsisches, 5 Fahnen, viele tausend Gewehre, mehrere hundert Wagen. Die Verluste der preußischen Armee beliefen sich auf 359 Offiziere und 8794 Mann, und zwar hatte die Erste Armee fast doppelt so viele Leute verloren als die beiden anderen zusammen. Der König, welcher sich beim Vorgehen der Kavallerie mehrmals dem heftigsten Granatfeuer ausgesetzt hatte und nur durch die dringendsten Vorstellungen Bismarcks bewogen werden konnte, sich von den gefährlichen Stellungen zu entfernen, meldete in einem Telegramm vom 3. Juli, nachts elf Uhr, der Königin Augusta den Sieg mit folgenden Worten: „Ich preise Gott für seine Gnade. Wir sind alle wohl. Der Gouverneur soll Viktoria schießen!"

Preußens Bundesgenosse, der König Viktor Emanuel von Italien, hatte inzwischen unglücklich gekämpft. Er ging am 22. Juni mit zwei Armeekorps über den Mincio, ließ ein drittes zwecklos bei Goito zurück und schickte ein viertes unter General Cialdini über den unteren Po nach dem Etschgebiet, während Garibaldi mit seinen Freischaren in Tirol einbrechen sollte. Die gesamte italienische Feldarmee umfaßte 218 000 Mann. Die Oestreicher, welche den Kampf in Italien als Nebensache betrachteten, hatten in der Umgegend von Verona 85 000 Mann stehen, welche an dem

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Festungsviereck einen starken Stützpunkt hatten. Den Oberbefehl führte der Erzherzog Albrecht, ein Sohn des durch Aspern berühmten Erzherzogs Karl. Dieser, welcher an dem General John einen tüchtigen Generalstabschef hatte, lieferte der italienischen Armee, die die Besetzung wichtiger Stellungen versäumt hatte und in leichtsinniger Weise vorgegangen war, am 24. Juni die Schlacht bei Custozza, wo achtzehn Jahre früher Radetzki einen Sieg über die Piemontesen erfochten hatte. Der Kampf dauerte in glühender Sonnenhitze den ganzen Tag. Abends sieben Uhr war das italienische Heer trotz aller Tapferkeit geschlagen, wurde über den Mincio zurückgedrängt und sammelte sich erst wieder hinter dem Oglio. Die Italiener verloren in dieser Schlacht 8250 Mann, darunter 4350 Gefangene, die Oestreicher 7850 Mann, darunter 2000 Gefangene. General Cialdini konnte nun am unteren Po nicht weiter vorgehen und zog sich nach Bologna zurück. Die Oestreicher konnten den geschlagenen Feind nicht nach der Lombardei verfolgen; denn in dem oben erwähnten Vertrag vom 9. Juni hatte sich Kaiser Franz Joseph gegenüber Napoleon verpflichtet, daß sein Heer, im Fall des Sieges, den Mincio nicht überschreiten und die Lombardei nicht betreten werde. Erzherzog Albrecht blieb daher zunächst bei Verona stehen und wartete die weiteren Operationen Viktor Emanuels ab.

Erzherzog Albrecht von Oestreich.

In Wien gab man sich nach der Niederlage bei Königgrätz den schlimmsten Befürchtungen hin. Die Barvorräte der Bank wurden nach der ungarischen Festung Komorn gebracht; an den Verschanzungen von Florisdorf, nördlich von Wien, wurde aufs eifrigste gearbeitet; und doch glaubte man, auf eine Einnahme der Hauptstadt sich gefaßt machen zu zu müssen. „Unsere Nordarmee existiert nicht mehr," meldeten die östreichischen Zeitungen. War dies auch nicht wörtlich zu nehmen, so war doch jedenfalls das sicher, daß diese seit dem 26. Juni täglich geschlagene Nordarmee dem Vordringen

(c) Instituto Cervantes de Madrid

der siegreichen Preußen keinen nachhaltigen Widerstand mehr zu leisten vermochte. Napoleon und seine Staatsmänner wurden „durch das unwahrscheinliche und unerwartete Ereignis des Sieges von Königgrätz mit patriotischer Angst erfüllt". Der Kardinalstaatssekretär Antonelli rief aus: „Die Welt bricht zusammen!" Europa ahnte, daß es vor einer neuen Geschichtsperiode stehe, in welcher Deutschland den dominierenden Einfluß ausübe und Preußen die Direktiven dazu gebe. Um den Siegeszug der preußischen Armee aufzuhalten, wandte sich Kaiser Franz Joseph, auf den Vertrag vom 9. Juni sich stützend, an Napoleon und meldete ihm am 4. Juli telegraphisch, daß er ihm Venetien abtrete und bereit sei, seine Vermittlung anzunehmen, um dem Kriege in Deutschland und Italien ein Ziel zu setzen. In Paris wurde geflaggt und illuminiert; denn Napoleon sah sich infolge des Wiener Telegrammes bereits als den Schiedsrichter Europas an. Er nahm mit Freude das abgetretene Venetien und die Vermittlerrolle an und schlug am 5. Juli dem König Wilhelm, welcher sein Hauptquartier noch in Horitz, nördlich von Königgrätz, hatte, den Abschluß eines Waffenstillstandes vor, der den Weg zu Friedensverhandlungen eröffnen sollte. Italien suchte er durch die Anerbietung Venetiens von aller weiteren Kriegführung abzuziehen. Aber weder Preußen noch Italien gingen auf Napoleons Vorschläge unbedingt ein. Das Interesse Preußens forderte, daß einerseits nicht durch Ablehnung des Vermittlungsantrags Napoleon zum Kriege gegen Preußen gereizt, und daß andererseits nicht durch bedingungslose Annahme desselben Preußen um die Früchte seiner Anstrengungen und Siege gebracht würde. König Wilhelm antwortete daher am 5. Juli telegraphisch, daß er Napoleons Vorschlag im Prinzip annehme, und schickte am 7. Juli den Prinzen Reuß mit einem Schreiben an Napoleon, worin besonders betont war, daß die militärische Situation nicht erlaube, einen Waffenstillstand ohne Bürgschaften für den eventuellen Inhalt eines künftigen Friedens zu schließen. Als die hauptsächlichsten Punkte dieses Inhalts wurden bezeichnet: der Austritt Oestreichs aus dem Deutschen Bund, die Errichtung eines Bundesstaates auf nationaler Grundlage und unter Preußens Führung, territoriale Vergrößerung Preußens zum Zweck der Verbindung der bisher getrennten Teile der Monarchie. Napoleon willigte nur ungern in die Auflösung des Deutschen Bundes und die Verdrän-

(c) Instituto Cervantes de Madrid

gung Oestreichs aus Deutschland und machte in dem Ministerrat vom 10. Juli, welchem auch die Botschafter von Preußen und von Oestreich beiwohnten, einen Vermittlungsvorschlag, wonach Preußen und Oestreich jedes für sich allein stehen und aus den übrigen Staaten ein neuer Bund geschaffen werden sollte, welcher notwendig unter französisches Protektorat hätte kommen müssen. Da aber die Botschafter von Preußen und von Oestreich diesen Vorschlag ablehnten, so ging Napoleon in dem Ministerrat vom 11. Juli auf einige der wesentlichsten Bedingungen Preußens ein und machte folgenden, später in die Nikolsburger Präliminarien fast wörtlich aufgenommenen Vorschlag: „Erhaltung der Integrität Oestreichs, aber Ausscheiden desselben aus dem neu zu gestaltenden Deutschland; Bildung einer norddeutschen Union unter Preußens militärischer Führung; Berechtigung der süddeutschen Staaten zu einer völkerrechtlich unabhängigen Union, aber Erhaltung des durch freies, gemeinsames Einverständnis der deutschen Staaten zu regelnden nationalen Bandes zwischen Nord- und Süddeutschland."

Die militärischen Operationen wurden von Preußen mit allem Nachdruck fortgesetzt. Benedek, welcher noch etwa 180000 Mann hatte, sandte das Gablenzsche Korps und den größten Teil der Reiterei nach Wien, marschierte mit den übrigen sieben Korps nach Olmütz und schickte von dort aus am 11. Juli auch das dritte Korps und die Sachsen mittels der Eisenbahn nach Wien, während er selbst mit fünf Armeekorps und einer Reiterdivision in dem verschanzten Lager bei Olmütz blieb und der Entwicklung der weiteren Ereignisse entgegensah. Sobald Moltke erfuhr, daß die Hauptmasse des östreichischen Heeres in der Richtung nach Olmütz abmarschiert sei, war sein Plan gemacht. Wie er im Beginn des Feldzugs Gitschin als Zielpunkt für die preußischen Operationen bezeichnet hatte, so bezeichnete er jetzt als solchen für das Ende des Monats Juli Wien. Eine Umsicht und eine Energie ohnegleichen sah man aufs neue in dem preußischen Hauptquartier sich entfalten. Die Dreiteilung der Armee wurde beibehalten, der Kronprinz und Herwarth bildeten wieder den linken und den rechten Flügel, Prinz Friedrich Karl blieb im Zentrum, die vier Korps des Kronprinzen sollten den Oestreichern nach Olmütz folgen und dort zunächst beobachtend sich aufstellen, die übrigen Korps sofort und direkt nach Wien abmarschieren, „um den Feldzug

(c) Instituto Cervantes de Madrid

in kürzester Frist zu entscheiden". Von den drei nach Wien führenden Straßen, welche über Iglau—Zaim, über Brünn—Nikolsburg und über Kremsier—Göding—Lundenburg führten, sollte die Elbarmee die erste, die westlichste, die Erste Armee die mittlere, die Zweite Armee, wenn sie von Olmütz abmarschierte, die dritte Straße einschlagen. Der Waffenstillstand, um welchen General Gablenz am 4. Juli im Hauptquartier zu Horitz und am 8. Juli im Auftrag des Ministers Grafen Mensdorff in Pardubitz bat, wurde, da er lediglich im Interesse Oestreichs war, nicht gewährt.

Die Erste Armee, bei welcher der König war, besetzte am 12. Juli Brünn, die Elbarmee am 13. Juli Znaim. Aber auch die östreichischen Heere betrachteten Wien als ihr gemeinschaftliches Ziel. Von allen Seiten sollten die Armeekorps zur Verteidigung der Hauptstadt herbeieilen. Erzherzog Albrecht, der Sieger von Custozza, zum Oberbefehlshaber sämtlicher östreichischen Truppen ernannt, reiste am 12. Juli mit seinem Generalstabschef, General John, von Italien nach Wien, nachdem er angeordnet hatte, daß zwei Korps seiner Armee eben dahin marschieren sollten. Am gleichen Tage erteilte er Benedek den Befehl, derselbe solle die bei Olmütz vereinigten fünf Armeekorps sofort nach Wien aufbrechen lassen. Dieser ließ seine Armee am 14., 15. und 16. Juli von Olmütz abmarschieren, um die Eisenbahnlinie Olmütz—Preßburg zu benutzen; aber diese war auf Befehl des vorausschauenden Moltke schon am 16. Juli von einer Truppenabteilung des Prinzen Friedrich Karl bei Lundenburg und Göding besetzt, daher Benedek von der Eisenbahn nur einen Teil benutzen konnte, das Marchthal verlassen, die Kleinen Karpathen übersteigen und vom Waagthal aus nach Preßburg ziehen mußte.

Der Kronprinz hatte schon am 14. Juli die Anfänge des Abmarsches der Olmützer Armee bemerkt und schickte am 15. die Kavalleriedivision Hartmann und eine Brigade Bonin in der Richtung nach der March. In den Gefechten bei Tobitschau und Rokeinitz wurde ein östreichisches Korps vom rechten auf das linke Marchufer zurückgedrängt, ein anderes auf letzterem in große Verwirrung gebracht. Doch hatten die Oestreicher einen zu starken Vorsprung, als daß sie von der ziemlich rückwärts stehenden Armee des Kronprinzen, zumal von der Infanterie, hätten erreicht werden können. Nur die Armee des Prinzen Friedrich Karl konnte durch Entsendung von Truppenteilen in östlicher Richtung den Marsch

(c) Instituto Cervantes de Madrid

der Benedekschen Truppen aufhalten, wie sie dies am 16. Juli bereits gethan hatte. Darauf zog der Kronprinz, vor Olmütz das Korps Bonin, bald nur eine Division zurücklassend, mit seiner Armee gegen Süden und vereinigte sich am 19. Juli bei Nikolsburg, wo seit dem 18. das große Hauptquartier war, und bei Lundenburg mit der Armee des Prinzen Friedrich Karl, die Reserve derselben bildend.

Fast die ganze preußische Armee war hier beisammen; ihr äußerster linker Flügel stand noch sechs Meilen von Preßburg, der äußerste rechte bei Krems, wo die Oestreicher die Donaubrücke gesprengt hatten. Die Spitzen der preußischen Avantgarde kamen am 20. Juli bis Wagram, am 22. sogar bis Groß-Enzersdorf und sahen nachts die erleuchteten Fenster der Häuser Wiens. Trotz Cholera und Strapazen brannten alle vor Begierde, Wien zu erstürmen, in Wien einzuziehen. Noch ein gewaltiger Stoß, und Wien war in den Händen der Preußen. Die Vorbereitungen hierzu wurden getroffen. Zunächst mußte bei Preßburg eine Entscheidung eintreten. Die Benedekschen Korps waren am 18. Juli in das Waagthal gelangt. Das Korps Thun, welches am weitesten voran war, gewann den zwei preußischen Divisionen, welche von Göding und Lundenburg aus die March überschritten und unter dem Kommando des Generals Fransecky gegen Preßburg vorrückten, dadurch einen Vorsprung ab, daß es von Tyrnau aus mehr als tausend Landwagen requirierte, und kam infolgedessen am Vormittag des 22. Juli vor Preßburg an. Sobald Fransecky am gleichen Tage dort eintraf, griff er die bei Blumenau aufgestellte Brigade Mondl an und ließ dieselbe durch die Brigade Bose links umgehen. Gegen elf Uhr stand letzterer bei der zwischen Blumenau und

General von Fransecky.

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Preßburg gelegenen Jägermühle und schickte sich an, die Stellung bei Blumenau im Rücken anzugreifen und nach dem Eintreffen der noch im Anmarsch befindlichen Bataillone gegen Preßburg vorzugehen. Die Vernichtung der Brigade Mondl und der zerstreuten und ermatteten Truppen des Korps Thun und eben damit die Einnahme Preßburgs waren die sichere Beute dieses Tages. Es war mittags zwölf Uhr. Ein östreichischer Parlamentär kam zu Fransecky und meldete ihm, daß in Nikolsburg zwischen Oestreich und Preußen eine fünftägige Waffenruhe beschlossen worden sei, daß diese am 22. Juli mittags zwölf Uhr zu beginnen habe, daß also alle Feindseligkeiten von dieser Stunde an einzustellen seien. Fransecky hatte schon vormittags halb acht Uhr Nachricht hiervon erhalten, den Kampf aber fortgesetzt, in der Hoffnung, daß noch vor zwölf Uhr Preßburg in seinen Händen sein werde. Die Wirklichkeit entsprach nicht seiner Hoffnung. Preßburg blieb in östreichischem Besitz. Mit diesem Gefecht bei Blumenau war der Krieg zwischen Preußen und Oestreich zu Ende. Die Diplomatie, schon seit den ersten Tagen des Juli thätig, hatte nun ihr Werk zu vollenden.

Auf Befehl des Kaisers Napoleon traf in der Nacht vom 11. auf den 12. Juli der französische Botschafter in Berlin, Graf Benedetti, im Hauptquartier des Königs Wilhelm ein, mit dem Auftrag, so rasch als möglich einen Waffenstillstand zu vermitteln. In Uebereinstimmung mit der am 5. und 7. Juli nach Paris gesandten Antwort erwiderte ihm Bismarck, daß ein Waffenstillstand ohne die Zustimmung Italiens und ohne Bürgschaften für den Inhalt des Friedensvertrags nicht geschlossen werden könne. Am 16. Juli lief im Hauptquartier zu Brünn ein Telegramm ein, welches den oben erwähnten, im Pariser Ministerrat vom 11. Juli beschlossenen Vorschlag mitteilte. Da derselbe von einer Vergrößerung des preußischen Gebietes kein Wort enthielt, so ging am 18. Juli die Antwort nach Paris: „Als Basis für den definitiven Frieden könne das Programm nicht als ausreichend anerkannt werden, da ein bestimmter Machtzuwachs Preußens durch territoriale Vergrößerung auf Kosten der feindlichen Staaten in Norddeutschland durch die Kriegsereignisse und durch die Stimmung der Nation zur Notwendigkeit geworden sei. Zum Abschluß eines Waffenstillstandes, dessen Zweck die Eröffnung definitiver Friedensunterhandlungen sei, genüge jedoch das Programm, falls Oestreich dasselbe an-

(c) Instituto Cervantes de Madrid

nehme." Auch betonte das Telegramm den Ausschluß Frankreichs und jedes anderen Staates von den preußisch-östreichischen Verhandlungen.

Benedetti begab sich darauf nach Wien, um das dortige Kabinett zur Annahme des napoleonischen Vorschlags zu bewegen, und teilte bei seiner Rückkehr am 19. Juli Bismarck mit, daß Oestreich die von Frankreich vorgeschlagene Friedensbasis im Prinzip annehme und bereit sei, einen Waffenstillstand zum Zweck der Friedensverhandlungen abzuschließen. Nachdem dies durch eine amtliche Mitteilung des französischen Botschafters in Wien, Herzog von Gramont, am 20. Juli bestätigt worden war, erklärte Preußen seine Bereitwilligkeit, eine fünftägige Waffenruhe eintreten zu lassen. Am nämlichen Tage sandte Bismarck an den preußischen Botschafter in Paris, Graf von der Goltz, eine Depesche, welche den Kaiser Napoleon auf die preußischen Annexionsforderungen vorbereiten sollte und die Mitteilung enthielt, daß der König die Bedeutung eines norddeutschen Bundesstaates geringer anschlage als Bismarck und vor allem Wert auf Annexionen lege, und geäußert habe: „Ich will lieber abdanken, als ohne bedeutenden Ländererwerb für Preußen zurückkehren." In Eibesbrunn kamen am 22. Juli vormittags zehn Uhr die Generale Podbielski, Generalquartiermeister der preußischen Armee, und John, östreichischer Generalstabschef, zusammen, um die während der Waffenruhe notwendigen Vereinbarungen zu treffen und eine Demarkationslinie festzustellen. Gegen Mittag war der Vertrag abgeschlossen und bestimmt, daß sofort mittags zwölf Uhr bis zum 27. Juli mittags zwölf Uhr alle Feindseligkeiten eingestellt werden sollten. Die östreichischen Bevollmächtigten, welche über die Friedenspräliminarien verhandeln sollten, Feldzeugmeister Graf Degenfeld, Graf Karolyi und Baron Brenner, kamen am Abend des 21. Juli in Nikolsburg an. Die Verhandlungen begannen am 22. Juli. Mit Karolyi und Brenner verhandelte Bismarck über den politischen Teil der Frage, mit Degenfeld über die für die Dauer des Waffenstillstandes abzuschließende Militärkonvention Moltke. Letzterer versäumte nicht, während der fünftägigen Waffenruhe diejenigen Anordnungen zu treffen, welche sofort zur Ausführung zu kommen hatten, falls bis zum 27. Juli mittags zwölf Uhr die Verhandlungen nicht zum Abschluß kamen, sondern sich zerschlugen. Die Vorbereitungen für den Angriff auf Florisdorf und für einen

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Ansicht von Nikolsburg.

Donauübergang wurden fortgesetzt; am 26. Juli waren die Befehle bereit, wodurch die drei Armeen in ihren Angriffsstellungen versammelt werden sollten; die Stärke derselben war auf 243 600 Mann berechnet; mit einer solchen Streitmacht glaubte Moltke allen Eventualitäten eines zweiten Feldzugs gewachsen zu sein. Aber es kam nicht zu einem solchen, sondern zum Abschluß der Präliminarien am 26. Juli. Die wesentlichsten Punkte derselben waren: die Auflösung des bisherigen Deutschen Bundes, die neue Gestaltung Deutschlands ohne Beteiligung Oestreichs, die Gründung eines norddeutschen Bundes unter Preußens Führung, das Zusammentreten der süddeutschen Staaten zu einem Verein, dessen nationale Verbindung mit dem norddeutschen Bund der Verständigung zwischen beiden vorbehalten blieb, die Uebertragung der Rechte des Kaisers von Oestreich auf Schleswig-Holstein an den König von Preußen, die Anerkennung der von Preußen in Norddeutschland vorzunehmenden Territorialveränderungen, das heißt der Einverleibung von Hannover, Kurhessen, Nassau und Frankfurt. Die größten Schwierigkeiten verursachten die Verhandlungen über das Schicksal Sachsens, das der König und Bismarck dem preußischen Gebiet einverleiben wollten, während Oestreich und Napoleon für die Integrität desselben mit allem Nachdruck sich verwandten.

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Der sächsische Minister von Beust vermochte sogar die östreichischen Bevollmächtigten, in der Konferenz zu verlangen, daß Sachsen nicht zu dem norddeutschen Bunde beigezogen werden, sondern die Ermächtigung erhalten sollte, sich an den süddeutschen Bund anschließen zu dürfen. Da aber Bismarck erklärte, daß er, falls Oestreich auf dieser Forderung bestehe, entschlossen sei, die Verhandlungen abzubrechen, und, wenn der König ihm befehle, die Forderung anzunehmen, sofort seine Entlassung nehmen werde, so standen die östreichischen Bevollmächtigten von ihrer Forderung ab, und es wurde ausgemacht, daß Sachsen, wenn es in den norddeutschen Bund eintrete, in seinem bisherigen Umfange erhalten bleiben und daß die Stellung Sachsens im norddeutschen Bund durch einen besonderen Friedensvertrag geregelt werden sollte. Gebietsabtretung wurde Oestreich nicht zugemutet, sondern es hatte nur eine Kriegskostenentschädigung von 20 Millionen Thalern an Preußen zu bezahlen.

Dieser Präliminarvertrag hatte unstreitig einige für Preußen und für die nationale Entwicklung Deutschlands ungünstige Bestimmungen, welche man hauptsächlich dem Eingreifen Frankreichs zu verdanken hatte. Dazu gehörten besonders die zwei Artikel, von denen der eine verlangte, daß die nördlichen Distrikte Schleswigs, falls die Bevölkerung derselben durch freie Abstimmung den Wunsch auf Vereinigung mit Dänemark zu erkennen gebe, an Dänemark abgetreten werden sollten, der andere, daß die süddeutschen Staaten eine selbständige Stellung einnehmen sollten. Aber Preußen that angesichts der ungemein wichtigen Vorteile, welche der Vertrag ihm bot, gut daran, einige Nachteile sich gefallen zu lassen und, was die politische Situation der Gegenwart ihm verweigerte, der nationalen Entwicklung der Zukunft zu überlassen. Die schonende Behandlung Oestreichs machte die künftige Wiederherstellung eines freundschaftlichen Verhältnisses mit Oestreich möglich. „Weder der Ehre noch der Macht Oestreichs war eine Wunde geschlagen, welche eine unheilbare Feindschaft zwischen beiden Staaten notwendig im Gefolge hatte. Wenn man mehr forderte, wenn eine glückliche Fortsetzung des Krieges mehr zu erzwingen erlaubte, so mußte ein Stachel zurückbleiben, den keine Zeit entfernt hätte. Den Bruch zwischen Preußen und Oestreich zu verewigen, konnte nicht im Interesse Deutschlands und Preußens liegen.“

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Nach Abschluß der Präliminarien empfing Bismarck am 26. Juli den Grafen Benedetti und teilte ihm zu dessen Ueberraschung die vollendeten Thatsachen mit. Auf die Frage des Botschafters, ob Frankreich nicht eine Verbesserung seiner Rheingrenze zu hoffen habe, erwiderte Bismarck, es werde schwer sein, den König nach einem so glänzenden Feldzug zur Abtretung rheinischen Gebietes zu vermögen; doch wolle er den König auf die von Frankreich zu erwartenden Forderungen vorbereiten. Benedetti berichtete dies nach Paris und erhielt am 5. August von Drouyn de l'Huys den offiziellen Auftrag, dem Grafen Bismarck einen Vertragsentwurf vorzulegen, worin Frankreich von Preußen die Grenzen von 1814, ganz Rheinbayern und Rheinhessen nebst der Festung Mainz, die Auflösung des zwischen dem Deutschen Bund und Luxemburg bestehenden Verhältnisses und die Aufhebung des preußischen Garnisonsrechts in der Festung Luxemburg forderte. Benedetti schickte dem Grafen Bismarck am 5. August eine Abschrift dieses Entwurfs zu und hatte am 6. eine Unterredung mit demselben. Auf die Bemerkung Bismarcks, daß diese Forderung der Krieg sei und daß der Botschafter gut thun würde, sich selbst nach Paris zu begeben, um diesen Krieg zu verhüten, entgegnete Benedetti, daß er allerdings nach Paris gehen werde, aber den Kaiser in der Aufrechthaltung dieser Bedingungen bestärken müsse, da nach seiner eigenen Ansicht die Existenz der Dynastie in Gefahr sei, wenn die öffentliche Meinung in Frankreich nicht durch ein derartiges Zugeständnis Deutschlands beruhigt werde. Darauf antwortete Bismarck: „Machen Sie den Kaiser darauf aufmerksam, daß ein solcher Krieg unter gewissen Eventualitäten ein Krieg mit revolutionären Mitteln werden könnte, und daß angesichts revolutionärer Gefahren die deutsche Dynastie doch wohl eine größere Festigkeit bewähren würde als die des Kaisers Napoleon." Auf dies hin scheint Benedetti dem Kaiser eher vom Kriege abgeraten, als dazu geraten zu haben. Da das französische Militärwesen damals infolge der mexikanischen Expedition in einem vernachlässigten Zustand war und Napoleon fürchten mußte, daß ein Krieg um die Rheingrenze sofort ganz Deutschland einigen und die soeben nicht ohne Mühe gezogene Mainlinie vernichten würde, so erklärte er in einem Schreiben vom 12. August an den Minister Lavalette, der Abtretungsvertrag und die Kriegsandrohung seien ihm, der damals

(c) Instituto Cervantes de Madrid

krank in dem Badeort Vichy sich aufhielt, in einem schwachen Augenblick entrissen worden, und entließ seinen Minister des Auswärtigen, Drouyn de l'Huys.

Bis zum definitiven Frieden hielten die preußischen Truppen fast ganz Böhmen und Mähren besetzt. Am 23. August wurde der Friede zu Prag geschlossen, welcher die Nikolsburger Bestimmungen bestätigte. Auf den Wunsch Napoleons, welcher an die Möglichkeit eines erneuerten Rheinbundes

Admiral Persano.

dachte, wurde demjenigen Friedensartikel, welcher von dem Verein der süddeutschen Staaten handelte, noch die Schlußworte hinzugefügt: „und der eine internationale, unabhängige Existenz haben wird". Bismarck nahm es in Nikolsburg auf sich, den König von Italien zur Anerkennung des Waffenstillstandes und der Präliminarien zu bestimmen, sobald Venetien durch eine Erklärung Napoleons jenem übergeben sein würde. Italien hatte inzwischen aufs neue, und zwar zur See, unglücklich gekämpft. Der italienische Admiral Persano verließ am 17. Juli mit 23 Schiffen, darunter 10 Panzerschiffen, und 2200 Landungstruppen den Hafen von Ankona, um sich der vor der dalmatinischen Küste gelegenen Insel Lissa zu bemächtigen. Er begann am 19. Juli die

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Beschießung der Forts und war am 20. eben im Begriff, seine Truppen landen zu lassen, als der östreichische Kontreadmiral Tegethoff mit 22 Schiffen, darunter nur 7 Panzerfregatten, herbeieilte und in dem Seetreffen bei Lissa am 20. Juli die italienische Flotte nach heftigem vierstündigen Kampfe besiegte. Das größte italienische Panzerschiff wurde in den Grund gebohrt und ein Panzerkanonenboot in Brand geschossen und in die Luft gesprengt. Persano mußte sich nach Ankona zurückziehen und wurde später vor ein Kriegsgericht gestellt und von diesem für schuldig erkannt. Die italienische Armee dagegen hatte, als Oestreich nach der Schlacht bei Königgrätz 60000 Mann aus Venetien nach der Donau zog, das ebene Land räumte und den Rest seiner Truppen im Festungsviereck hielt, leichtes Spiel. Sie durchzog Venetien ohne Hindernisse bis zum Tagliamento; ein Teil derselben, von Garibaldi und seinen Freiwilligen unterstützt, drang im südlichen Tirol ein und wollte sich Trients bemächtigen.

Kontreadmiral Tegethoff.

Aber die Nikolsburger Waffenruhe machte auch hier den Feindseligkeiten ein Ende. Als Italien auf der Besitznahme Südtirols bestand, drohte Oestreich, das nach dem 26. Juli wenige Truppen mehr an der Donau brauchte, seine Armee nach Italien abzusenden. Weder Preußen noch Frankreich unterstützte Italien in seinen Ansprüchen. Wollte es das südliche Tirol in Besitz nehmen, so mußte es allein den Kampf mit ganz Oestreich aufnehmen. Da Viktor Emanuel von einem solchen Kampf nur Niederlagen zu erwarten hatte, so gab er seine Ansprüche auf, schloß am 11. August einen vierwöchigen Waffenstillstand mit Oestreich und räumte Südtirol. Am 3. Oktober wurde zwischen Oestreich und Italien der Friede in Wien unterzeichnet. Nun erst lieferte Oestreich die Eiserne Krone der Lombardei an Italien aus. Darauf erhielt letzteres Venetien aus der Hand Frankreichs,

(c) Instituto Cervantes de Madrid

jedoch erst nach erfolgter Volksabstimmung. Die östreichischen Truppen verließen am 9. Oktober das Festungsviereck, räumten am 16. Venedig, und am 18. übergab der von Napoleon hierzu abgesandte General Leboeuf die Stadt im Namen des Kaisers einer Kommission des Gemeinderats, und die italienischen Truppen hielten ihren Einzug. Die Volksabstimmung über die Vereinigung Venetiens mit dem Königreich Italien fand am 21. und 22. Oktober statt und hatte das Ergebnis, daß 651758 mit Ja, nur 69 mit Nein stimmten. Eine venetianische Deputation teilte dieses Resultat dem König in Turin mit, worauf er erwiderte: „Heute hat die Fremdherrschaft aufgehört. Italien ist gemacht, aber noch nicht vollendet. Die Italiener müssen es verteidigen und groß machen.“ Darauf unterzeichnete er das Dekret der Einverleibung Venetiens, und am 7. November hielt er unter dem Jubel der Bevölkerung seinen Einzug in Venedig. Zur Vollendung Italiens fehlte noch Rom und der Rest des Kirchenstaates. Der nächste Sturm, der über Europa hinbrauste, erfüllte den Wunsch des Königs und der italienischen Patrioten. Italien aber konnte sich bei den Siegern von Königgrätz bedanken, daß es, obgleich es keine einzige Schlacht gewonnen und zwei Niederlagen, bei Custozza und bei Lissa, erlitten hatte, eine ganze Provinz als Kriegsbeute davontrug.

Inzwischen war auch der Krieg am Main zu Ende gegangen. Nach der Kapitulation der Hannoveraner zog General Vogel von Falckenstein mit den drei Divisionen Göben, Beyer und Manteuffel, welche zusammen die „Mainarmee“ bildeten, von Eisenach aus, wo er seine Truppen konzentriert hatte, auf der Straße nach Fulda. In den Direktiven, welche Moltke ihm erteilt hatte, hieß es: „Wie für den ganzen Krieg der Schwerpunkt des Widerstandes in der östreichischen Armee liege, so bilde Bayern den Kern der süddeutschen Koalition. Bei einer Offensivbewegung über Kassel direkt auf Frankfurt stehe zu besorgen, daß sich das achte Korps nach Mainz werfe und man dann keinen Gegner im Felde vor sich haben werde. Es sei daher ratsamer, den Weg über Fulda nach Schweinfurt einzuschlagen, man könne sicher sein, die bayrische Armee zu treffen, wenn man sie im eigenen Lande aufsuche, und dürfe hoffen, durch die gewählte Richtung die Vereinigung des siebenten und achten Korps zu verhindern.“ Die Bayern waren in den letzten Tagen des Juni zur Unterstützung der Hannoveraner bis Koburg und

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Meiningen, ihre äußersten Vortruppen bis Suhl und Schmalkalden vorgerückt und hatten sich, auf die Nachricht von der Kapitulation von Langensalza, am 30. Juni westlich gewandt, um sich mit dem achten Armeekorps zu vereinigen. Auf diesem Marsche stießen sie auf die Mainarmee und wurden von dieser am 4. Juli in mehreren Gefechten, bei Dermbach, Neidhardhausen, Zella, Wiesenthal, Roßdorf, nach der fränkischen Saale zurückgedrängt. Bei Brückenau überschritt Falckenstein am 9. Juli die bayrische Grenze; am 10. erzwang er in mehreren Gefechten den Uebergang über die Saale und schlug die Bayern bei Kissingen, Hausen und Hammelburg. Infolgedessen zogen sich diese am 11. Juli bei Schweinfurt über den Main zurück. Darauf wandte sich Falckenstein westlich gegen die Truppen des achten Armeekorps, schlug sie am 13. Juli bei Laufach, am 14. bei Aschaffenburg und besetzte die Stadt nebst der Mainbrücke. Nun gab Prinz Alexander seine Stellung bei Frankfurt auf und zog nach dem Odenwald und nach der Tauber, um sich bei Würzburg mit dem bayrischen Korps zu vereinigen. Die Bundesversammlung und die Militärkommission siedelten am 14. Juli nach Augsburg über. Falckenstein marschierte über Hanau nach Frankfurt, hielt am 16. Juli seinen Einzug in dieser Stadt und besetzte Oberhessen. Nassau war bereits von preußischen Landwehrtruppen unter dem Fürsten von Hohenzollern besetzt. Frankfurt wurde eine Kriegskontribution von 6 Millionen Gulden auferlegt. Am 17. Juli erhielt Falckenstein den Befehl, das Kommando über die Mainarmee an General Manteuffel zu übergeben und die Stelle eines Gouverneurs von Böhmen zu übernehmen.

Manteuffel verstärkte die Mainarmee bis zu 66 000 Mann, ließ 6000 Mann in und bei Frankfurt zurück und zog mit 60 000 Mann den beiden süddeutschen Armeekorps nach, welche zwischen der Tauber und Würzburg standen. Er besetzte am 20. Juli Darmstadt, schlug am 23. Juli die Badener bei Hundheim und die Württemberger bei Tauberbischofsheim, und als endlich die beiden Korps sich vereinigt hatten, schlug er am 25. Juli beide bei Gerchsheim und Helmstadt, die Bayern am 26. bei Uettingen und Roßbronn. Als die süddeutschen Korps bei Würzburg über den Main gingen und die Stadt und die Festung Marienberg besetzten, rückte die Mainarmee vor Würzburg und beschoß am 27. Juli die Festung. Gleichzeitig drang von Leipzig her ein preußi-

(c) Instituto Cervantes de Madrid

sches Reservekorps unter dem Großherzog Franz II. von Mecklenburg-Schwerin in Bayern ein und besetzte, ohne irgendwo einen erwähnenswerten Widerstand zu finden, Hof, Baireuth und am 31. Juli Nürnberg. Die Nachricht von dem Abschluß der Nikolsburger Friedenspräliminarien erweckte auch in den süddeutschen Regierungen und Kontingenten allgemeine Friedenssehnsucht. Ein voreiliges Telegramm des bayrischen Ministers von der Pfordten, welcher in Nikolsburg mit Bismarck unterhandelte, rief die falsche Ansicht hervor, als ob vom 27. Juli an am Main Waffenruhe bis zum Beginn des eigentlichen Waffenstillstandes herrsche. Dem General Manteuffel wurde von Moltke telegraphisch mitgeteilt, daß, nach der am 28. Juli zwischen Bismarck und von der Pfordten abgeschlossenen Konvention, vom 2. August an für Bayern ein dreiwöchiger Waffenstillstand stattfinde, und daß Manteuffel bevollmächtigt sei, einen solchen auch Württemberg, Baden und Hessen-Darmstadt zu bewilligen, falls diese Staaten darum nachsuchten; inzwischen solle er behufs der Verhandlungen auf der Basis des Besitzstandes Terrain okkupieren, größere Waffenentscheidungen aber nicht mehr suchen; auch württembergisches Land müsse in Besitz genommen werden. Da in diesen Telegrammen von einer Waffenruhe vor dem 2. August keine Rede war, so fragte Manteuffel deshalb bei Moltke an und erhielt am 30. Juli die lakonische Antwort: „Volle Freiheit des Handelns bis zum 2. August.“ Dennoch bewilligte Manteuffel vorläufige Waffenruhe auf der ganzen Mainlinie und schloß am 1. August mit dem Prinzen Karl von Bayern einen Waffenstillstandsvertrag, wonach die Preußen am folgenden Tage Würzburg besetzten, die Bayern in Marienberg blieben. Am 2. August begann der Waffenstillstand für die vier Südstaaten, nachdem jeder einzelne derselben für sich in dem Hauptquartier Manteuffels hatte unterhandeln lassen und Baden, wo bereits ein vollständiger Systemwechsel vorgegangen, der östreichisch gesinnte Minister von Edelsheim entlassen und Mathy zum Staatsminister ernannt worden war, seine Truppen schon am 29. Juli heimberufen hatte. Bis zum Friedensschluß blieb Hessen-Darmstadt ganz, von den drei anderen Staaten die nördlichen Gebietsteile von den Preußen besetzt, was auf Kosten des okkupierten Landes stattfand. Moltkes Urteil über den Mainfeldzug lautet: „Ohne große Entscheidungsschlacht und nur durch Gefechte nach links und

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Der Einzug der heimkehrenden Truppen in Berlin.

Stadtverordnete und Stadträte. König Wilhelm I. Kronprinz. Prinz Friedrich Karl. Moltke. Voigts-Rhetz. Blumenthal.
Wrangel. Prinz Karl. Bismarck. Roon.

(c) Instituto Cervantes de Madrid

rechts war auf dem westlichen Kriegstheater der Zweck erreicht, daß am Schluß des Feldzugs Preußen im faktischen Besitz des ganzen oder eines erheblichen Teiles des Territoriums aller seiner Feinde stand und ihnen die Bedingungen des Friedens vorschreiben konnte. Einheit in der Führung und rastloses thätiges Handeln hatten die numerische Ueberlegenheit der Gegner ausgeglichen."

Auf dem Marchfelde bei Wien hielt König Wilhelm am 30. Juli Heerschau über seine drei Armeen und sprach es offen aus, daß der unvergleichlichen Tapferkeit der herrlichen Armee und ihrer ausgezeichneten Führung das Vaterland diesen glänzenden Feldzug verdanke. Das Große Hauptquartier wurde am 1. August nach Brünn, am 3. nach Prag zurückverlegt. Am 4. August abends elf Uhr kamen die Sieger von Königgrätz in Berlin an. Nachdem am 23. August der Prager Friedensvertrag abgeschlossen war, kehrten auch die Truppen in die Heimat zurück. Am 20. September folgte der Einzug des Königs an der Spitze seiner Truppen in Berlin. Unmittelbar vor dem König ritten Bismarck, Moltke und Roon nebst den beiden Generalstabschefs der Ersten und Zweiten Armee, Voigts-Rhetz und Blumenthal; unmittelbar hinter dem König ritten der Kronprinz und Friedrich Karl. Die zahllos versammelte Menge begrüßte die Sieger mit jubelndem Zuruf. „Mancher freilich," sagt Moltke am Schluß des Generalstabswerkes, „kehrte nicht wieder heim; die Opfer waren groß und schwer gewesen. 4450 Söhne des Vaterlandes hatten den Sieg mit ihrem Leben erkauft, 6427 waren der Cholera oder anderen Krankheiten erlegen, 16177 hatten ehrenvolle Wunden davongetragen. Immerhin aber bleiben diese Zahlen weit hinter den Verlusten anderer Kriege zurück, und noch nie hatte Preußen einen Feldzug von so kurzer Dauer und von so bedeutenden Resultaten geführt."

Die Friedensverhandlungen mit den süddeutschen Staaten fanden in Berlin statt. Bayern, dessen Minister durch seinen Anschluß an die Beustsche Politik ganz Süddeutschland in den Krieg hineingetrieben und unmittelbar nach der Schlacht bei Königgrätz die Friedensanträge Bismarcks zurückgewiesen hatte, mußte sich auf harte Bedingungen gefaßt machen. Bismarck sprach in Nikolsburg von 20 Millionen Thalern Kriegsentschädigung und von Abtretung eines Gebiets von wenigstens 500000 Seelen in der nördlichen Pfalz und in

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Franken und erinnerte Herrn von der Pfordten, daß Ansbach und Baireuth noch zu Anfang dieses Jahrhunderts preußische Besitzungen gewesen seien. Diese Aussichten und Erinnerungen erweckten in München solche Besorgnisse, daß der bayrische Gesandte in Paris den Befehl erhielt, für die zu eröffnenden Unterhandlungen die Intervention Napoleons anzurufen. Diesem Beispiele folgte Hessen-Darmstadt. Ein Pariser Telegramm vom 14. August wies darauf den französischen Botschafter, Grafen Benedetti, an, „dem Grafen Bismarck nicht vorzuenthalten, welches die persönlichen Gefühle des Kaisers für jene Höfe seien, die sich an sein freundschaftliches Wohlwollen gewandt haben". Bei den Verhandlungen in Berlin machte Bismarck Herrn von der Pfordten darauf aufmerksam, daß der nämliche Napoleon, welchen er um seine Intervention gebeten, vor wenigen Tagen ganz Rheinbayern gefordert habe. Zugleich erklärte er ihm, daß er auf die Abtretung des rechts vom Main liegenden bayrischen Gebietes verzichte, wenn Bayern, wozu Württemberg und Baden sich schon bereit erklärt hatten, mit Preußen ein Trutz- und Schutzbündnis abschließe. Der bayrische Minister erkannte zu seiner Beschämung jetzt erst die deutsche Gesinnung Bismarcks und ging mit Freuden auf dessen Vorschlag ein. So kamen im Anschluß an die Friedensverträge die Bündnisverträge Preußens mit Bayern, Württemberg und Baden zustande, worin beide Teile sich gegenseitig die Integrität ihres Gebietes garantierten und im Fall eines Krieges der Oberbefehl über die süddeutschen Truppen dem König von Preußen übertragen wurde. Diese Verträge wurden vorläufig geheim gehalten und erst am 19. März 1867, als die Luxemburger Frage auftauchte, veröffentlicht. Infolge des Abschlusses dieser Verträge erhielt Bayern weit günstigere Friedensbedingungen. Nach dem Vertrag vom 22. August 1866 hatte es nur zwei kleine Bezirke im Spessart und Rhöngegebirge, Orb und Gersfeld, mit 33900 Einwohnern an Preußen abzutreten und 30 Millionen Gulden zu bezahlen. Württemberg und Baden, welche am 13. und 17. August ihren Frieden in Berlin schlossen, verloren nichts von ihrem Gebiet; jenes hatte 8, dieses 6 Millionen Gulden zu bezahlen. Hessen-Darmstadt, das am 3. September Frieden schloß, hatte 3 Millionen Gulden zu zahlen, Hessen-Homburg, Meisenheim und einige Teile Oberhessens an Preußen abzutreten, das Besatzungsrecht in der früheren Bundesfestung

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Mainz ausschließlich Preußen zu überlassen und zuzugeben, daß die Provinz Oberhessen, welchem die Annexion zugedacht war, dem norddeutschen Bunde beitrete. Am 7. April 1867 schloß es eine Militärkonvention mit Preußen, wonach die hessischen Truppen als eine geschlossene Division dem elften preußischen Armeekorps zugeteilt, nach preußischem Muster umgestaltet und auch im Frieden unter den Oberbefehl des Königs von Preußen gestellt wurden.

Die Friedensverhandlungen mit Sachsen nahmen am meisten Zeit in Anspruch. Beust wollte selbst als Unterhändler nach Berlin reisen. Da aber Bismarck sich weigerte, ihn als solchen zu empfangen, so nahm er am 16. August 1866 seine Entlassung aus dem sächsischen Staatsdienst. Sein Nachfolger, der Minister von Friesen, eröffnete am 19. August in Berlin die Verhandlungen mit Bismarck. Dieser wollte, um Sachsen in politisch-militärischer Beziehung unschädlich zu machen, die sächsische Armee der preußischen völlig einverleiben und unter den unmittelbaren Befehl des Königs von Preußen stellen. Napoleon, der sich sehr für Sachsen interessierte, hatte sogar den Plan, Preußen vorzuschlagen, daß es Sachsen, ein größtenteils protestantisches Land, annektieren und den König Johann von Sachsen mit katholischem Gebiet auf dem linken Rheinufer entschädigen solle. Dadurch hätte er sich für seine belgisch-luxemburgischen Pläne einen angenehmen Nachbar verschafft. Auch Oestreich nahm sich des sächsischen Königs an. Schließlich stand Bismarck von seiner Forderung ab und schloß am 21. Oktober den Friedensvertrag mit Sachsen unter folgenden Bedingungen: Sachsen mußte 10 Millionen Thaler Kriegskostenentschädigung zahlen, dem norddeutschen Bunde unter den nämlichen Verhältnissen wie die anderen in denselben eintretenden Staaten beitreten, also die Leitung des Post- und Telegraphenwesens an Preußen überlassen und seine Armee als besonderes Armeekorps unter den Oberbefehl des Königs von Preußen stellen.

Die Bundesversammlung, welche sich vor der Mainarmee von Frankfurt nach Augsburg geflüchtet hatte, war durch den Nikolsburger Vertrag thatsächlich aufgelöst. Nur wenige Staaten hatten dort noch ihre Vertreter. Am 24. August 1866 wurde der Deutsche Bund von dem östreichischen Präsidialgesandten von Kübeck, in Gegenwart der Gesandten von Bayern, Sachsen, Hannover, Württemberg,

(c) Instituto Cervantes de Madrid

den beiden Hessen, Nassau und Liechtenstein für aufgelöst erklärt. Am 8. Juni 1815 auf dem Wiener Kongreß gegründet und am 5. November 1816 in Frankfurt eröffnet, hatte er sich, wie fast alle Metternichschen Schöpfungen, überlebt. Er mußte der Macht der nationalen Idee weichen und unter zeitgemäßeren Formen sich erneuern.

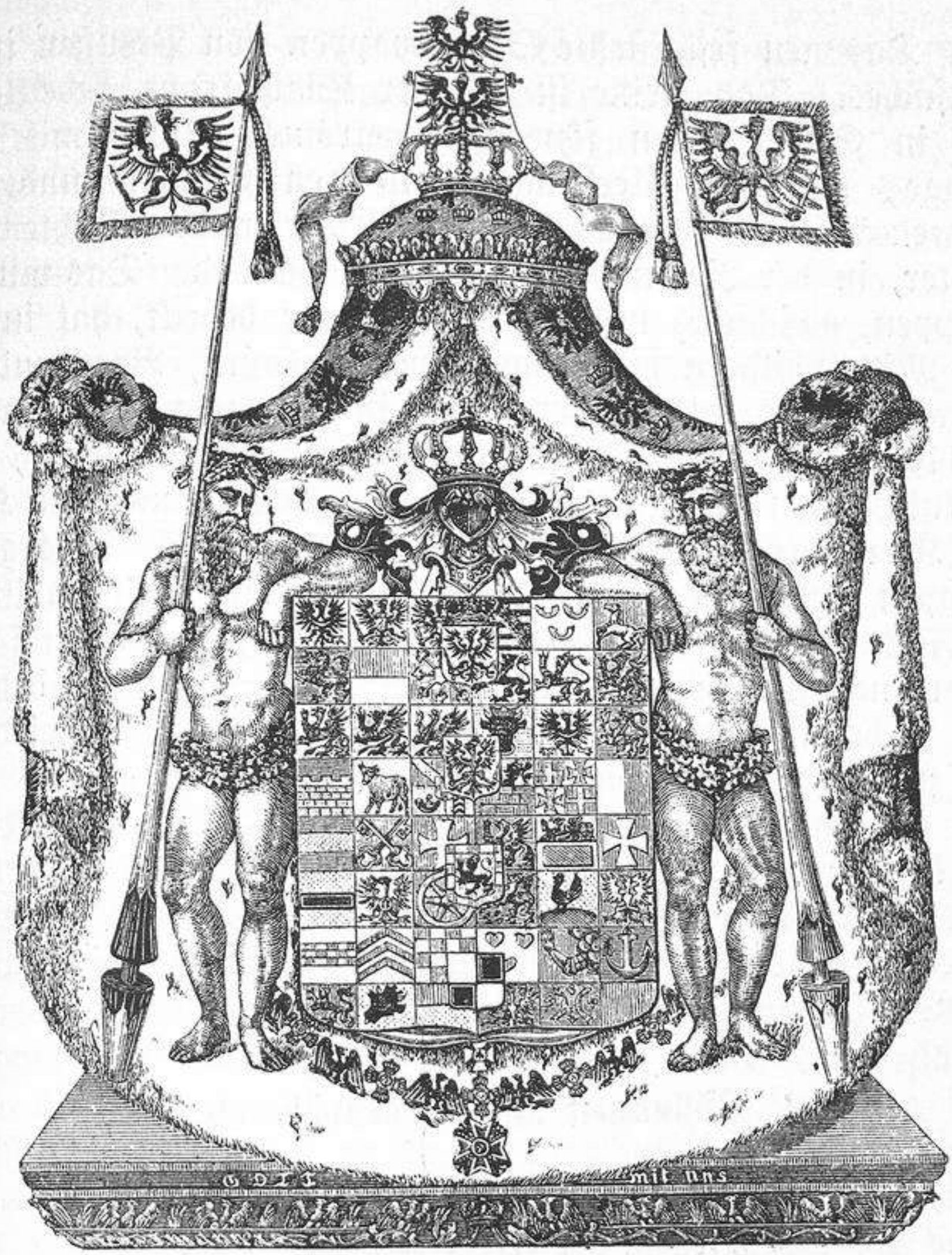
Wie mit Oestreich und den anderen deutschen Bundesstaaten, so schloß Preußen im August 1866 auch mit dem Abgeordnetenhaus nach sechsjährigem Kriegszustand den erwünschten Frieden. Am 3. Juli, während auf dem Schlachtfeld von Königgrätz so heiß gekämpft wurde, hatte das preußische Volk die Wahlen für das Abgeordnetenhaus zu vollziehen. Unter dem Eindruck jener Siegestelegramme der letzten Junitage, welche bereits ein starkes Preußen und ein national gestaltetes Deutschland ahnen ließen, zeigte das Volk wenig Sinn für die absolute Negation und den parlamentarischen Doktrinarismus der Fortschrittspartei und wählte ein Abgeordnetenhaus, in welchem die gemäßigten Liberalen die Mehrheit hatten. Der König eröffnete am 5. August den Landtag mit einer Thronrede, in welcher ausdrücklich anerkannt wurde, daß die Staatsausgaben seit dem Jahre 1862 der gesetzlichen Grundlage entbehrt hätten, zugleich aber auch, unter Hinweisung auf die großen politischen Erfolge des letzten Krieges, das Vertrauen ausgesprochen wurde, daß der Regierung in Bezug auf die ohne Staatshaushaltsgesetz geführte Verwaltung die Indemnität, um welche die Landesvertretung angegangen werden solle, bereitwillig erteilt und damit der bisherige Konflikt für alle Zeiten zum Abschluß gebracht werde. Nur wenige Parlamentarier, welchen ein Verfassungsparagraph mehr galt als die Existenz und das Wohl des Staates, und welche es Bismarck nie verzeihen konnten, daß er zur Erreichung ihrer und seiner Ziele einen anderen als den von ihnen beantragten verkehrten Weg eingeschlagen hatte, nahmen auch jetzt die dargebotene Friedenshand nicht an. Die Indemnitätsvorlage wurde vom Abgeordnetenhaus am 3. September mit 230 gegen 75 Stimmen angenommen. Außerdem genehmigten beide Häuser des Landtags den außerordentlichen Kredit von 60 Millonen Thalern, welcher den Zweck hatte, den durch die Kriegsausgaben leer gewordenen Staatsschatz wieder zu füllen und der Regierung für weitere Kriegseventualitäten die nötigen Geldmittel zur sofortigen Verfügung zu stellen, die Vorlagen über die

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Annexion von Hannover, Kurhessen, Nassau, Frankfurt und über die Einverleibung Schleswig-Holsteins und die Dotationen für Bismarck und die preußischen Heerführer. Der preußenfeindlichen, die nationale Neugestaltung Deutschlands hemmenden Politik der Regierungen jener vier Staaten konnte nur durch ihre Einverleibung in den preußischen Staatskörper ein Ende gemacht werden. „Die genannten Länder würden," sagte die königliche Botschaft, „falls sie ihre Selbständigkeit bewahrten, vermöge ihrer geographischen Lage bei einer feindseligen oder auch nur zweifelhaften Stellung ihrer Regierungen der preußischen Politik und militärischen Aktion Schwierigkeiten und Hemmnisse bereiten können, welche weit über das Maß ihrer thatsächlichen Macht und Bedeutung hinausgingen." Da die Dotationsvorlage nur die preußischen Heerführer berücksichtigte, so hielt die Kommission des Abgeordnetenhauses es für geboten, an erster Stelle unter den zu dotierenden Männern den Ministerpräsidenten Grafen Bismarck zu nennen „in Anerkennung der von ihm so erfolgreich geleiteten äußeren preußischen Politik". Die Namen der zu dotierenden Heerführer waren: Moltke, Roon, Herwarth von Bittenfeld, Steinmetz, Vogel von Falckenstein. Die Verteilung der Dotationssumme von 1½ Millionen Thalern, welche aus den Kriegsentschädigungsgeldern entnommen wurde, war der Bestimmung des Königs vorbehalten.

Preußen hatte durch den Feldzug von 1866 Großes erreicht, und wenn es auch durch die Präliminarien von Nikolsburg nicht alle seine Wünsche erfüllt sah, so konnte es doch die Vollendung des nationalen Baues vertrauensvoll der Zukunft überlassen. Vor dem Kriege umfaßte das Königreich Preußen ein Gebiet von 5086¾ Quadratmeilen mit 19 304 843 Einwohnern. Die Annexionen von 1866 verschafften ihm einen Zuwachs von 1308¾ Quadratmeilen mit 4 285 700 Einwohnern. Somit hatte das neue Königreich Preußen einen Umfang von 6395½ Quadratmeilen und eine Bevölkerung von 23 950 543 Seelen. Dazu kam aber noch, daß nach Errichtung des norddeutschen Bundes Preußen die politische und militärische Führung aller übrigen norddeutschen Staaten, welche zusammen ungefähr 1100 Quadratmeilen mit etwa 6 Millionen Einwohnern umfaßten, übernahm, und daß durch die Allianzverträge mit den süddeutschen Staaten, deren Einwohnerzahl etwa 8 Millionen Seelen

(c) Instituto Cervantes de Madrid



Das neue große Staatswappen von Preußen.

beträgt, im Kriegsfall die Kontingente derselben unter preußischen Oberbefehl gestellt wurden. Auch mußte sehr in Anschlag gebracht werden, daß Preußen durch die Annexionen ein besser abgerundetes, zusammenhängendes Gebiet erhielt, daß es ein sehr ansehnliches, von der Königsau bis zur holländischen Grenze sich erstreckendes Küstengebiet an der Nordsee erwarb, und daß die neue Bevölkerung von mehr als 4 Millionen eine fast ausschließlich kerndeutsche und größtenteils protestantische ist. Jetzt erst war Preußen in Wahrheit eine Großmacht, und zwar eine Großmacht von einer solchen Fülle von intellektueller, moralischer und militärischer Kraft, daß es für jede der anderen Großmächte eine bedenkliche Sache war, der neuen Rivalin den Handschuh hinzuwerfen.

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Das neu festgestellte Staatswappen von Preußen ist ein dreifaches. Das kleine ist mit der Königskrone bedeckt und hat in Silber einen schwarzen gekrönten Adler mit roter Zunge, goldenen Kleestengeln auf den Flügeln und dem Namenszuge des Königs auf der Brust, in der Rechten das Zepter, in der Linken den Reichsapfel haltend. Das mittlere Wappen, gleichfalls mit der Königskrone bedeckt, hat in den vier Mittelschildern die Wappen von Preußen, Brandenburg, Nürnberg und Hohenzollern und in den zehn Feldern die Embleme der Provinzen; es wird von zwei wilden, mit Herkuleskeulen bewaffneten Männern gehalten und von Kette und Kreuz des Schwarzen Adlerordens umgeben. Das große Wappen enthält außer den erwähnten vier Mittelschildern 48 Felder mit den Zeichen der Provinzen, Landesteile und beanspruchten Länder. Von einem gekrönten Helm bedeckt, vom Schwarzen und Roten Adlerorden umgeben, wird es von zwei wilden, Fahnen tragenden Männern gestützt und steht auf einem blauen, goldeingefaßten Postament mit dem Wahlspruch: „Gott mit uns." Das Ganze ist mit einem purpurnen, mit Adlern und Königskronen bestickten Wappenzelt umgeben, dessen Gipfel die Königskrone und das Reichspanier decken. Die Landesfarben sind schwarz und weiß.

2. Rüstungen und Gegenrüstungen.

(1866—1870.)

1) Preußen und der norddeutsche Bund.

(1866—1870).

Die Gründung eines norddeutschen Bundes war das nächste Ziel der preußischen Regierung. Am 4. August 1866 richtete dieselbe an sämtliche norddeutsche Staaten die Aufforderung zum Abschluß eines Bündnisvertrages auf der Basis der preußischen Grundzüge vom 10. Juni; sie hatte schon vor dem Kriege, am 16. Juni, eine ähnliche Einladung an dieselben erlassen. Außer Meiningen und Reuß (ältere Linie) nahmen am 18. August alle Staaten die grundlegenden Artikel an, und in den zwei folgenden Monaten traten auch jene bei. Die Bevollmächtigten von 22 Staaten (Preußen mit eingeschlossen) versammelten sich am 15. Dezember in Berlin, um den von der preußischen Regierung ausgearbeiteten Verfassungsentwurf zu beraten und festzu-

(c) Instituto Cervantes de Madrid

stellen. Bismarck eröffnete die Versammlung, legte den Entwurf vor und bezeichnete in seiner Ansprache die Mängel des alten und die Ziele des neuen Bundes. „Jener," sagte er, „gewährte seinen Mitgliedern nicht die versprochene Sicherheit und förderte nicht die Entwicklung der nationalen Wohlfahrt des deutschen Volkes. Soll die neue Verfassung diese Mängel und die Gefahren, welche sie mit sich bringen, vermeiden, so ist es nötig, die verbündeten Staaten durch Herstellung einer einheitlichen Leitung ihres Kriegswesens und ihrer auswärtigen Politik fester zusammenzuschließen und gemeinsame Organe der Gesetzgebung auf dem Gebiete der gemeinsamen Interessen der Nation zu schaffen." Am 7. Februar 1867 war in diesen Konferenzen über alle Punkte des Verfassungsentwurfs eine Vereinbarung hergestellt. Darauf wurde derselbe dem norddeutschen Reichstag vorgelegt, welcher am 12. Februar 1867 durch das allgemeine Stimmrecht und unter geheimer Abstimmung gewählt worden war.

König Wilhelm eröffnete den Reichstag am 24. Februar 1867 im Schloß zu Berlin mit einer Thronrede, welche einen kräftigen nationalen Klang hatte und die Befriedigung über die Erringung so großer Erfolge ausdrückte. Den „süddeutschen Brüdern" wurde „offen und entgegenkommend die Hand dargereicht zur Herbeiführung eines Einverständnisses über die Ordnung der nationalen Beziehungen des norddeutschen Bundes zu den Landsleuten im Süden des Mains". Das Ausland wurde mit den Worten beruhigt: „Nur zur Abwehr, nicht zum Angriff einigen sich die deutschen Stämme."

Nach dem Verfassungsentwurf waren die verbündeten Regierungen, wie in den Vereinigten Staaten in Nordamerika im Senat und in der Schweiz im Ständerat, so im norddeutschen Bund im Bundesrat vertreten, das Volk im Reichstag; das Präsidium aber wurde nicht gewählt wie in jenen Republiken, sondern für immer der Krone Preußen übertragen. Dem Bundesrat und dem Reichstag war die Gesetzgebung zugewiesen; alle Regierungsvorlagen gingen durch den Bundesrat in den Reichstag; zum Bundesgesetz wurde eine Vorlage erst durch die Annahme derselben seitens der Mehrheit beider Versammlungen und durch die Bestätigung seitens des Präsidiums. Der Bundesrat vertrat ebensowohl die Stelle eines Oberhauses als (besonders in seinen ständigen Ausschüssen) die von Fachministern und übte in Ver-

(c) Instituto Cervantes de Madrid

bindung mit dem das Präsidium vertretenden und allein verantwortlichen Bundeskanzler die oberste Regierungsgewalt aus. Das Präsidium hatte die Leitung der Diplomatie, des Heeres und der Marine unter sich und konnte im Namen des Bundes, mit Zustimmung des Bundesrats, Krieg erklären und Frieden schließen. Der Bundesgesetzgebung, also der Beratung und Genehmigung des Reichstags, waren die Bundesfinanzen und das weite Gebiet des Verkehrswesens zugewiesen. Die Einberufung des Bundesrats und des Reichstags fand durch das Präsidium statt; die Reichstagsabgeordneten wurden je auf drei Jahre gewählt; pflicht- und verfassungswidriges Verfahren von Bundesgliedern wurde vom Präsidium und Bundesrat, in dringenden Fällen auch von jenem allein, durch Exekution, die bis zur Besetzung des Landes und Aufhebung der Landesregierung vorgehen konnte, geahndet.

Im Hinblick auf die deutsche Gründlichkeit und Wissenschaftlichkeit erklärte Bismarck am 11. März, die Absicht der verbündeten Regierungen sei nicht gewesen, ein theoretisches Ideal einer Grundverfassung herzustellen, sondern die Fehler von Frankfurt und Erfurt zu vermeiden und ein Minimum derjenigen Zugeständnisse zu finden, welche die Einzelregierungen auf deutschem Gebiete der Allgemeinheit machen müssen, wenn diese Allgemeinheit lebensfähig werden solle, und forderte den Reichstag wiederholt zur Beschleunigung seiner Arbeiten auf: „Arbeiten wir rasch! Setzen wir Deutschland, sozusagen, in den Sattel! Reiten wird es schon können.“ Wenn er auch in manchen Punkten zum Nachgeben bereit war, so hielt er doch an vier Bestimmungen fest: in die Verfassung durfte nicht aufgenommen werden die Einsetzung eines verantwortlichen Bundesministeriums; das Wahlgesetz mußte auf dem allgemeinen Stimmrecht und direkten Wahlen beruhen; die Abgeordneten durften keine Diäten erhalten; die Feststellung der Friedensstärke des Heeres durfte nicht den jährlichen Reichstagsbeschlüssen unterworfen sein. Wenn auch der Reichstag eine andere Färbung hatte als das preußische Abgeordnetenhaus während der Konfliktszeit, so hatte doch in manchen Punkten die Opposition die Mehrheit für sich. Von der Fortschrittspartei hatte sich ein Kern national gesinnter Männer losgesagt, welche bereit waren, die deutsche Politik Bismarcks zu unterstützen, und von den liberalen Abgeordneten der annektierten Provinzen und der übrigen Bundesstaaten, welche bisher mit der Fort-

(c) Instituto Cervantes de Madrid

schrittspartei keinen Zusammenhang gehabt hatten, schlossen sich viele an jene Austretenden an und bildeten mit ihnen die große „nationalliberale" Partei, welche jahrelang den Ausschlag im Reichstag gab, bis sie selbst auch dem Doktrinarismus und Parlamentarismus verfiel und infolgedessen an Bedeutung und an Mitgliederzahl verlor. In der Diätenfrage und der Frage der Feststellung der Friedenspräsenzstärke wurde erst nach längeren Kämpfen eine Vereinbarung erzielt. Das allgemeine Wahlrecht hatte Bismarck in die Bundesverfassung aufnehmen zu müssen geglaubt, weil es einen Bestandteil der Frankfurter Reichsverfassung gebildet hatte und 1863 dem östreichischen Delegiertenprojekt entgegengestellt worden war; aber für so ganz ungefährlich hielt er dasselbe nicht, daher er als Korrektiv die Diätenlosigkeit aufstellte und im Reichstag erklärte, daß von der Genehmigung derselben die Annahme der Verfassung seitens der Regierungen abhänge. Erst auf dies hin wurde die Diätenlosigkeit vom Reichstag mit großer Mehrheit genehmigt. In der zweiten Frage, welche der Reichstag dahin entschieden wissen wollte, daß die Friedenspräsenzstärke und die Pauschsumme von 225 Thalern für jeden Kopf des Bundesheeres nur auf fünf Jahre, bis zum 31. Dezember 1871, bewilligt und erstere nach diesem Termin im Wege der Bundesgesetzgebung festgestellt werden sollte, kam ein Kompromiß zustande, wonach dem Reichstagsbeschluß der Zusatz beigefügt wurde, daß auch nach dem 31. Dezember 1871 die Beiträge der einzelnen Staaten zur Bundeskasse, nach der Berechnung von 225 Thalern für jeden Kopf des Bundesheeres, fortbezahlt und die Friedenspräsenzstärke von einem Prozent der Bevölkerung so lange festgehalten werden solle, bis sie durch ein Bundesgesetz abgeändert sei. Am 15. April wurde dieser Zusatz vom Reichstag mit 202 gegen 80 Stimmen und darauf der ganze Verfassungsentwurf mit 230 gegen 53 Stimmen angenommen, und am 16. April erklärte Bismarck im Namen der verbündeten Regierungen die Verfassung mit den vom Reichstag beschlossenen Abänderungen für angenommen. Der König schloß am 17. April den konstituierenden Reichstag mit einer Thronrede, welche der Befriedigung Ausdruck gab, daß die Zeit herbeigekommen sei, „wo unser deutsches Vaterland durch seine Gesamtkraft seinen Frieden, sein Recht und seine Würde zu vertreten imstande ist". Am 14. Juli 1867 wurde Bismarck zum Bundeskanzler ernannt.

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Nach der Konstituierung des norddeutschen Bundes fragte es sich, in welches Verhältnis die vier süddeutschen Staaten, die sich infolge des Artikels IV des Prager Friedensvertrags einer selbständigen Stellung erfreuten, sich zu demselben setzen sollten. Alle national gesinnten Männer des Nordens und des Südens wünschten den möglichst baldigen Anschluß der Südstaaten an den norddeutschen Bund. Dies war auch der Wunsch und das Ziel der Bundesregierung; aber zu diesem Zwecke einen Zwang auf die Südstaaten ausüben wollte sie nicht. Maßgebend hierfür war Bismarcks Depesche vom 7. September 1867, worin es hieß: „Der norddeutsche Bund wird jedem Bedürfnisse der süddeutschen Regierungen nach Erweiterung und Befestigung der nationalen Beziehungen zwischen dem Süden und dem Norden Deutschlands auch in Zukunft bereitwillig entgegenkommen; aber wir werden die Bestimmung des Maßes, welches die gegenseitige Annäherung innezuhalten hat, jederzeit der freien Entschließung unserer süddeutschen Verbündeten überlassen.“ Dieselben konnten, nachdem ihnen durch den Prager Vertrag untersagt war, eine nähere Verbindung mit Oestreich einzugehen, dreierlei Wege einschlagen: sie konnten entweder an den norddeutschen Bund sich anschließen oder einen besonderen Verein, einen Südbund gründen, dessen nationale Verbindung mit dem norddeutschen Bund der näheren Verständigung zwischen beiden vorbehalten blieb, oder sie konnten endlich ihre Selbständigkeit, jeder einzelne Staat für sich, möglichst wahren, eine Art europäische Stellung einnehmen und zum Zweck ihrer militärischen und wirtschaftlichen Interessen teils mit dem norddeutschen Bund, teils unter sich in nähere Verbindung treten. Für einen Anschluß an den norddeutschen Bund lagen die Verhältnisse in Süddeutschand nicht günstig. In Hessen waren der Großherzog Ludwig III. und Minister Dalwigk entschiedene Preußenfeinde, und der von diesen begünstigte Bischof Ketteler in Mainz schürte aufs eifrigste dieses Feuer; in Bayern war zwar der Nachfolger des Ministers von der Pfordten, Fürst Chlodwig von Hohenlohe-Schillingsfürst, für die nationale Einigung des Südens mit dem Norden; aber er hatte die Mehrheit des Landtags und des Volkes gegen sich, und die klerikale Partei, welche durch die Wahlen von 1869 die Mehrheit in der Kammer erhielt, nötigte ihn, 1870 seine Entlassung zu nehmen; Württemberg war in der Hand der Demokratie, welche, unterstützt von den dortigen

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Ultramontanen und Großdeutschen, die Wahlen beherrschte und in Versammlungen und in der Presse eine antinationale Agitation veranstaltete. Nur in Baden, wo der Großherzog Friedrich, der Schwiegersohn des Königs von Preußen, der Staatsminister Mathy und die politisch wohlgeschulte Bevölkerung von der nationalen Idee erfüllt waren, fand sich ein günstiger Boden für die Einigung Deutschlands. Mathy übergab am 18. November 1867 dem preußischen Gesandten in Karlsruhe eine Denkschrift, worin er die Aufnahme Badens in den norddeutschen Bund beantragte, und bat in einem Privatschreiben den Grafen Bismarck, ihm über den Zeitpunkt, in welchem die Aufnahme erfolgen könnte, eine Mitteilung zu machen. Aber Bismarck lehnte es ab, eine „promissorische Politik" zu treiben, weil er Frankreich nicht vorzeitig einen Vorwand zu einer Kriegserklärung geben wollte.

Fürst Hohenlohe-Schillingsfürst.

Auch die Idee eines Südbundes hatte keine Aussichten auf Verwirklichung. In einem solchen wäre Bayern, als dem mächtigsten Staate, die Hegemonie zugefallen. Wenn aber Württemberg und Hessen — von Baden konnte bei einem Südbund keine Rede sein — sich durchaus eine Hegemonie gefallen lassen mußten, so wollten sie sich lieber dem mächtigen Preußen als dem nicht allzu mächtigen Bayern unterordnen, was der württembergische Minister von Varnbüler in der Abgeordnetenkammer offen ausgesprochen hat. Somit blieb nur die dritte Möglichkeit übrig, daß jeder der vier süddeutschen Staaten seine selbständige Existenz aufrecht hielt und an den norddeutschen Bund sich nur so weit anschloß, als die eigene Sicherheit und die wirtschaftlichen Interessen es erforderten. Das erste Band, durch welches Süddeutschland an Preußen und den nordeutschen Bund geknüpft wurde, war das zwischen

(c) Instituto Cervantes de Madrid

beiden abgeschlossene Schutz- und Trutzbündnis, dessen Inhalt wir bereits kennen gelernt haben. Dazu kam bald ein zweites Verbindungsmittel. Auf eine Einladung Bismarcks kamen die leitenden Minister der vier süddeutschen Staaten, Fürst von Hohenlohe, von Varnbüler, von Freydorf und von Dalwigk, nach Berlin. Bismarck verhandelte mit ihnen am 3. und 4. Juni 1867 und erklärte ihnen, daß das jetzige Verhältnis, wonach infolge der preußischen Erklärung vom 24. August 1866 denjenigen Regierungen, welche sich mit ihm in Krieg befunden hatten, die weitere Teilnahme am Zollverein nur auf sechsmonatliche Kündigungsfrist zugesichert war, nicht fortbestehen könne, sondern in ein dauerndes umgewandelt und zugleich den Einrichtungen des norddeutschen Bundes, in welchem die Zoll- und Handelsgesetzgebung vor das Forum des Bundesrats und Reichstags verwiesen war, angepaßt werden müsse. Er schlug daher den süddeutschen Ministern vor, daß von nun an die Gesetzgebung über das gesamte Zollwesen, über die Besteuerung des einheimischen Zuckers, Salzes und Tabaks und über die Maßregeln, welche zur Sicherung der gemeinschaftlichen Zollgrenze erforderlich seien, durch die Mehrheitsbeschlüsse des norddeutschen Bundesrats und Reichstags, in welche für diesen Fall die Vertreter Süddeutschlands einzutreten hätten, festgestellt werden sollte. Preußen würde bei dieser neuen Organisation die Stelle der leitenden Präsidialmacht einnehmen und nur für den Fall, daß es sich für Aufrechthaltung bestehender Einrichtungen erkläre, ein Veto beanspruchen, in allen übrigen Fällen sich wie jede andere Regierung den Mehrheitsbeschlüssen der beiden beratenden Körper unterwerfen. Die süddeutschen Minister stimmten diesem Vorschlag, wonach die Zollgesetzgebung in die Hände eines „Zollparlaments" gelegt werden sollte, bei, worauf am 26. Juni Zollkonferenzen bevollmächtigter Fachmänner in Berlin folgten und am 8. Juli der neue Zollvertrag abgeschlossen wurde.

Die beiden Verträge, der Allianz- und Zollvertrag, unterlagen der Genehmigung der süddeutschen Landtage. Ob diese erteilt werde, war fraglich. In Baden und Hessen wurden sie bereitwillig angenommen; anders stand es in Bayern und in Württemberg. Dort wollte die Reichsratskammer den Zollvertrag, hier die Abgeordnetenkammer den Allianzvertrag ablehnen. In Uebereinstimmung mit einem im norddeutschen Reichstag gestellten Antrag erklärte daher

(c) Instituto Cervantes de Madrid

die preußische Regierung, daß, wenn der neue Zollvertrag und der Allianzvertrag nicht angenommen würden, noch am nämlichen Tage die alten Zollvereinsverträge gekündigt und die ablehnenden Staaten nach Ablauf von sechs Monaten aus dem Zollverein ausgeschlossen würden. Auf diese Drohung hin gaben die oben erwähnten Kammern, zumal da sie auch durch Beschlüsse von Gemeindevertretungen und industriellen Vereinen dazu gedrängt wurden, nach und genehmigten im Oktober 1867 die Verträge. Im Februar und März 1868 fanden in Süddeutschland die Wahlen für das Zollparlament statt, in welches Bayern 48, Württemberg 17, Baden 14, Südhessen 6 Abgeordnete zu wählen hatte. Aehnlich war das Verhältnis für diejenigen Bevollmächtigten, welche die süddeutschen Regierungen in den Zollbundesrat ernannten. In Baden und Hessen fielen die Wahlen meist im Sinne der nationalen Partei aus; in Bayern errang der Partikularismus die Mehrheit; in Württemberg wurden lauter demokratische oder großdeutsche Abgeordnete gewählt. Das erste Zollparlament wurde am 27. April 1868 vom König von Preußen eröffnet. Die „süddeutsche Fraktion", welche sich hauptsächlich aus bayerischen Ultramontanen und württembergischen Demokraten zusammensetzte, wachte mit Aengstlichkeit darüber, daß die Versammlung sich streng an ihre Kompetenz hielt und jede Debatte über Politik und über den Anschluß des Südens an den Norden vermied. Als ein Mitglied dieser Fraktion in der Sitzung vom 18. Mai auf die drohende französische Lawine, welche nicht durch Erschütterung von Deutschland aus ins Rollen gebracht werden solle, hinwies, machte Bismarck darauf aufmerksam, „daß ein Appell an die Furcht in deutschen Herzen niemals ein Echo findet". Unter solchen Umständen konnte das Zollparlament den nationalen Hoffnungen nicht entsprechen. Weder diese Session noch die von 1869 und 1870 vermochten den deutschen Einheitsprozeß zu beschleunigen und das Zollparlament zu einem „Vollparlament" zu erweitern.

Die Konsequenzen des Allianzvertrages, welche darin bestanden, daß die süddeutschen Truppen, deren mangelhafte Organisation in dem Mainfeldzug des Jahres 1866 sich gezeigt hatte, den preußischen möglichst ebenbürtig gemacht werden sollten, wurden nur in Baden und Hessen in ihrem vollen Umfang gezogen. Das einfachste Mittel zur Erreichung dieser Ebenbürtigkeit war die Annahme der be-

(c) Instituto Cervantes de Madrid

währten preußischen Heeresorganisation mit Einführung der allgemeinen Wehrpflicht. Hessen konnte sich nach Abschluß der oben erwähnten Militärkonvention der Annahme dieser Verbesserungen nicht entziehen. Baden schloß sich vollständig an die preußischen Einrichtungen an. Dort starb der wackere Staatsminister Mathy am 3. Februar 1868; sein Nachfolger war der ihm gleichgesinnte Präsident des Ministeriums des Innern, Jolly. Gleichzeitig wurde der preußische Militärbevollmächtigte in Karlsruhe, General Beyer, zum badischen Kriegsminister ernannt. Das badische Kadetteninstitut wurde aufgehoben, die badischen Kadetten in die preußischen Militäranstalten aufgenommen und am 25. Mai 1869 zwischen Baden und dem norddeutschen Bunde ein Vertrag über Einführung militärischer Freizügigkeit geschlossen. In Bayern und in Württemberg dagegen arbeiteten die Abgeordnetenkammern daran, durch Verschlechterung des nach preußischem System großenteils umgeänderten Militärwesens den Allianzvertrag möglichst wertlos zu machen. In Württemberg, wo, dank der Einführung des allgemeinen Stimmrechts, bei den Landtagswahlen vom 8. Juli 1868 die Demokraten und Großdeutschen die Mehrheit im Abgeordnetenhause erhielten und die Losung ausgeteilt wurde: „Gegen Preußen mit dem Schwarzen und den Schwarzen!" oder: „Lieber französisch als preußisch!" veranstaltete die Demokratie unter Ausübung eines unerhörten Terrorismus, welchem die Regierung mit auffallendem Gleichmut zusah, einen Adressensturm, sammelte 150 000 Unterschriften zur Eröffnung des Krieges gegen den „preußischen Militarismus" und gegen das „Fluchgesetz" und beantragte in der Kammer am 11. März 1870 Abänderung des Kriegsdienstgesetzes, namentlich Herabsetzung der Präsenz. Das Ziel der Demokratie war Einführung der Miliz. Infolge dieses Antrages entstand Zwiespalt im Ministerium. Dasselbe reichte seine Entlassung ein, und am 24. März fand die Neubildung des Ministeriums statt. Die bedeutendsten Veränderungen waren der Rücktritt des großdeutschgesinnten Kultusministers Golther und der Eintritt des nationalgesinnten Kriegsministers von Succow. Die Kammer wurde am 24. März vertagt. Die Demokratie rüstete sich zu einem neuen Feldzug.

In Bayern erhielten durch die Wahlen vom 25. November 1869 die Klerikalen die Mehrheit in der Abgeordnetenkammer. Dem Ansturm derselben konnte der nationalgesinnte

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Ministerpräsident Fürst von Hohenlohe nicht widerstehen und reichte am 15. Februar 1870 sein Entlassungsgesuch ein. Dasselbe wurde von König Ludwig II., welcher am 10. März 1864 seinem Vater Maximilian II. auf dem Throne von Bayern gefolgt war, angenommen und der bayrische Gesandte in Wien, Graf von Bray, zum Minister des Auswärtigen ernannt. Das Programm dieses Ministers betonte die Aufrechthaltung der Verträge, aber auch die des Status quo. Bei der Beratung des Militäretats wurden, unter dem Beifall der „Patrioten", wie sich die Klerikalen nannten, unglaubliche Anträge gestellt. Die Präsenz der Infanterie sollte auf acht Monate herabgesetzt, die Reiterregimenter von zehn auf sechs vermindert, die Zahl der Offiziere beschränkt, das Militärwesen gänzlich umgestaltet werden. Diese Vorschläge bildeten die Einleitung zur Errichtung einer Miliz oder vielmehr bewaffneter Bauernvereine, welche weniger den Generalen und Offizieren als den Bischöfen und Kaplanen Gehorsam geleistet hätten. Die Generaldebatte war am 15. Juli 1870, dem Tage der thatsächlichen Kriegserklärung Frankreichs, beendigt; die Spezialdebatte sollte am 18. Juli stattfinden. Aber an diesem Tage standen ganz andere Patrioten auf dem Plan als die sogenannten Patrioten des Königreichs Bayern.

Der Verschmelzungsprozeß der annektierten Länder mit den alten preußischen Provinzen hatte einen günstigen Verlauf. Aber die entthronten Fürsten machten Schwierigkeiten. In den Septemberverträgen von 1867 wurden denselben hohe Summen aus der preußischen Staatskasse ausgesetzt, wodurch sie für den Verlust ihrer früheren Einkünfte entschädigt werden sollten. Herzog Adolf von Nassau erhielt eine bare Abfindungssumme von 8½ Millionen Thaler und durfte einige Besitzungen im Lande behalten. Er war loyal genug, den Vertrag vom 22. September zugleich als Friedensvertrag anzusehen und diesen aufrichtig zu halten. Anders dachten der König Georg von Hannover und der Kurfürst Friedrich Wilhelm von Kurhessen. In den Entschädigungsverträgen war allerdings nicht von einer Thronentsagung die Rede; aber die Annahme der Geldentschädigung schloß indirekt den Verzicht auf die Herrschaft und auf die Fortsetzung der Feindseligkeiten gegen Preußen in sich. Jene beiden Fürsten aber glaubten der preußischen Regierung zumuten zu dürfen, daß sie ihnen die vertragsmäßigen Gelder

(c) Instituto Cervantes de Madrid

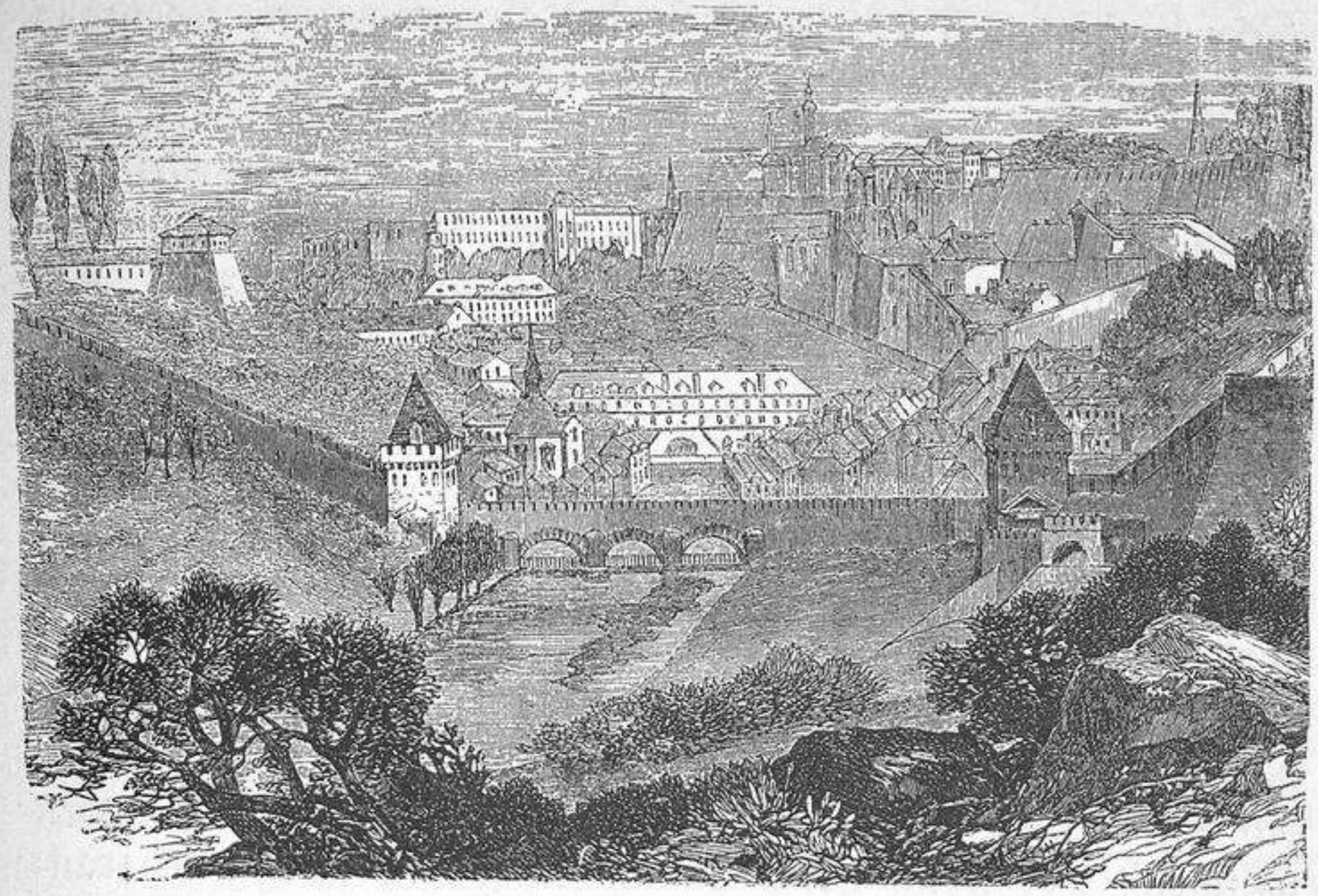
ausbezahlen solle, während sie selbst eine preußenfeindliche Agitation unterhielten. Sie hofften dabei auf Kaiser Napoleon III., von dem sie glaubten, daß er im Jahre 1868 den Rhein überschreiten, die preußischen Heere besiegen, das Werk von Königgrätz vernichten und sie in ihre früheren Hauptstädte zurückführen werde. König Georg unterhielt eine Welfenlegion von etwa 1400 Mann, welche zuerst in Holland, dann in der Schweiz stationiert war und zuletzt nach Frankreich geschickt wurde, um beim Ausbruch des Krieges zugleich mit den Franzosen in Deutschland einzudringen und mit deren Hilfe die Preußen aus Hannover hinauszutreiben. Der Kurfürst von Hessen forderte in einer Denkschrift die fremden Regierungen auf, „im Interesse der Erhaltung des europäischen Gleichgewichts den Zustand des norddeutschen Bundes und Preußens umzustoßen und Provinzen davon loszureißen". Einem solchen offenen Kriegszustand gegenüber konnte Preußen nicht mehr auf dem Boden der Septemberverträge stehen bleiben. Auf den Bericht des Staatsministeriums erließ daher König Wilhelm von Preußen am 2. März 1868 zwei Verordnungen, wonach über das Vermögen der beiden Fürsten die Beschlagnahme verfügt und die Zinsenauszahlung sistiert wurde. Diese Verordnungen wurden vom preußischen Landtag am 29. und 30. Januar 1869 genehmigt. Im norddeutschen Reichstag wurde am 25. Mai 1870 die zwischen der Bundesregierung und der Schweiz abgeschlossene Konvention beraten, wodurch der norddeutsche Bund sich zu einem Beitrag von zehn Millionen Frank zum Zweck der Erbauung der Gotthardbahn verpflichtete. Diese Bahn, welche Deutschland und Italien auf dem möglichst nächsten Wege miteinander verbinden sollte, hatte nicht bloß ein wirtschaftliches, sondern auch ein politisches Interesse. Der Reichstag nahm die Konvention fast einstimmig an, worauf dieselbe am 10. Juni vom Grafen von Bismarck und von dem schweizerischen Gesandten Oberst Hammer unterzeichnet wurde.

2) Der Luxemburger Streit.

(1867.)

Napoleon empfand es schmerzlich, daß seine Kompensationsforderungen von Preußen abgewiesen worden waren und daß die Oppositionsblätter täglich das von Thiers in der Kammer gesprochene Wort wiederholten: „Frankreich ist

(c) Instituto Cervantes de Madrid



Nördliche Ansicht der Festung Luxemburg.

auf den dritten Rang herabgesunken." Von der Ansicht ausgehend, daß die Erhaltung seiner Dynastie eine neue Gebietserweiterung verlange, begann er im Jahre 1867 die Verhandlungen wegen des Großherzogtums Luxemburg. Auf die Frage des Königs Wilhelm III. von Holland, ob er, falls er zu einem Bündnis mit Preußen gezwungen werden sollte, auf Frankreichs Unterstützung hoffen dürfe, antwortete Napoleon am 28. Februar 1867 mit der Gegenfrage, ob der König nicht geneigt wäre, Luxemburg gegen eine entsprechende Geldentschädigung an Frankreich abzutreten. Dieser war damit einverstanden. Am 22. März war der Abtretungsvertrag bereits redigiert. Die Ratifikation sollte bis zum 5. April erfolgen. Die Unterhandlungen mit Preußen, welches durch die Verträge von 1815, 1816 und 1817 das Besatzungsrecht in der Festung Luxemburg hatte, wollte Napoleon allein auf sich nehmen; inzwischen sollte die Sache geheim gehalten werden. Trotzdem fragte König Wilhelm am 26. März den preußischen Gesandten im Haag, wie die preußische Regierung es auffassen würde, wenn der König sich der Souveränität über das Großherzogtum Luxemburg zu gunsten Frankreichs entäußern würde. Der Gesandte wurde von seiner Regierung angewiesen, darauf zu antworten, daß diese im Augenblick keinen Beruf habe, sich über diese Frage zu

(c) Instituto Cervantes de Madrid

äußern, und daß sie, bevor sie sich äußern würde, jedenfalls sich vorher versichern würde, wie diese Frage von ihren deutschen Bundesgenossen, wie von den Mitunterzeichnern der Verträge von 1839, wie von der öffentlichen Meinung in Deutschland, das im gegenwärtigen Augenblick im Reichstag ein angemessenes Organ besitze, aufgefaßt werde. Als wenige Tage nachher die holländische Regierung durch ihren Gesandten in Berlin ihre guten Dienste behufs der von ihr vorausgesetzten Verhandlungen Preußens mit Frankreich über das Großherzogtum Luxemburg anbot, antwortete die preußische Regierung, daß sie nicht in der Lage sei, von diesen guten Diensten Gebrauch zu machen, weil Verhandlungen dieser Art gar nicht schwebten.

Napoleon war so weit vorgegangen, daß er nicht mehr mit Ehre zurückgehen konnte. Preußen aber konnte in die Abtretung Luxemburgs an Frankreich unter keinen Umständen willigen, da, wenn Land und Festung Luxemburg in französischen Händen war, die Selbständigkeit Belgiens und die Sicherheit der Rheinlande bedroht und im Fall eines deutsch-französischen Krieges die militärische Stellung Preußens eine weit ungünstigere war. Die Fortdauer des preußischen Besatzungsrechts war allerdings fraglich, da nach Auflösung des deutschen Bundes Luxemburg nicht dem norddeutschen Bunde beigetreten war und von Preußen keine Einladung hierzu erhalten hatte. Aber wenn Preußen auch unter Umständen auf das Besatzungsrecht verzichten konnte, so konnte es doch keinem anderen Staate, am wenigsten Frankreich, ein solches Besatzungsrecht zugestehen. Wenn kein Kompromiß zustande kam, so war der Krieg unvermeidlich. Bismarck ließ am 19. März die mit den süddeutschen Staaten abgeschlossenen Allianzverträge veröffentlichen, damit Frankreich, falls es kriegerische Gedanken hege, wisse, daß es die Streitkräfte von Nord- und Süddeutschland gegen sich haben würde, und beantwortete am 1. April im Reichstag die Interpellation des Abgeordneten von Bennigsen mit einer Darlegung der diplomatischen Situation. Die Interpellation, für deren Tendenz der ganze Reichstag einstand, sprach sich gegen die Abtretung Luxemburgs und für die Aufrechthaltung des Besatzungsrechts aus, und Bismarck drückte die Hoffnung aus, daß die zweifellosen Rechte Deutschlands gewahrt werden könnten, ohne daß die freundschaftlichen Beziehungen zu Frankreich gestört würden.

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Die Aufregung in Deutschland stieg von Tag zu Tag. Die Regierungen waren zum Krieg entschlossen, falls Napoleon auf seinem Plane beharrte. Dieser, dessen Militärmacht nach seiner eigenen Ansicht der preußischen nicht gewachsen war, wagte keinen Krieg und sah sich nach einem anständigen Rückzug um. In einem Rundschreiben vom 15. April erklärte er, daß er auf die Erwerbung Luxemburgs verzichte, falls Preußen seine Besatzung aus Luxemburg zurückziehe. Durch die Losung „Rückzug um Rückzug!" wollte er seine diplomatische Niederlage verhüllen. Preußen mußte sich somit entscheiden, ob es auf seinem Besatzungsrecht, dessen Rechtmäßigkeit ihm von der luxemburgischen Regierung schon im Oktober 1866 bestritten worden war, beharren wolle, oder ob es bereit sei, dasselbe unter gewissen Bedingungen aufzugeben. Der militärische und der politische Stratege Deutschlands, Moltke und Bismarck, waren in dieser Frage verschiedener Ansicht. Moltke sprach gegen den Rückzug der preußischen Garnison; er wollte vielmehr den ungerüsteten Zustand Frankreichs benutzen, ein bedingungsloses Zurücktreten von demselben verlangen, im Weigerungsfall rasch in Frankreich eindringen und dem Kaiser ein zweites Nikolsburg bereiten; der Kampf mit Napoleon sei unvermeidlich; werde derselbe von Preußen jetzt nicht aufgenommen, so werde er diesem in wenigen Jahren, wenn Napoleon seine Rüstungen vollendet habe, aufgedrängt; aber dann seien die Chancen minder günstig. Bismarck zweifelte ebensowenig als Moltke an dem baldigen Ausbruch eines deutsch-französischen Krieges; er wollte aber, bevor es dazu kam, die Neugestaltung Deutschlands sich befestigen, die neuen politischen und militärischen Einrichtungen erstarken lassen und glaubte sicher zu sein, daß die deutschen Streitkräfte, welche in den nächsten Jahren fast in demselben Maße wie die französischen verbessert und verstärkt würden, von ihrer Ueberlegenheit nichts einbüßten. Sein Vorschlag ging also dahin, man solle eine friedliche, mit der Ehre Preußens vereinbare Lösung herbeiführen. Als eine solche bezeichnete er die Annahme folgender Bedingungen: der König von Holland solle als Großherzog von Luxemburg die Mitunterzeichner der Verträge von 1839 zu einer Konferenz einladen, die Festung Luxemburg geschleift, das Großherzogtum, welches im Besitze des Hauses Oranien zu verbleiben habe, für neutral erklärt und dessen Neutralität unter europäische Garantie

(c) Instituto Cervantes de Madrid

gestellt werden. Nur unter diesen Bedingungen, sagte er in einer Depesche, könne die Zurückziehung der preußischen Garnison der öffentlichen Meinung in Deutschland zugänglich gemacht werden. War Luxemburg keine Festung mehr, so brauchte man dort auch keine Garnison mehr.

König Wilhelm von Preußen trat den Vorschlägen Bismarcks bei. Auf den Antrag Rußlands und auf die Einladung des Königs Wilhelm von Holland kam am 7. Mai 1867 eine Konferenz in London zustande. Die von Bismarck gestellten Bedingungen wurden als Basis für die Verhandlungen angenommen und am 11. Mai von der Konferenz zum Beschluß erhoben. Doch blieb Luxemburg im deutschen Zollverein, und durch den Vertrag vom 11. Juni 1872, welcher die Verwaltung sämtlicher luxemburgischen Bahnen der deutschen Reichsregierung überließ, wurde ein weiteres Band zwischen Deutschland und Luxemburg geknüpft. „Nach Störung der bescheidenen luxemburgischen Bestrebungen Frankreichs" legte im Frühjahr 1867 Benedetti dem Grafen Bismarck einen neuen Vertragsentwurf zu einem Offensiv- und Defensivbündnis zwischen Preußen und Frankreich vor. Diesem Vertrage zufolge sollte Preußen die käufliche Erwerbung Luxemburgs von seiten Frankreichs unterstützen, und in dem Fall, daß Napoleon durch die Umstände veranlaßt werden sollte, seine Truppen in Belgien einrücken zu lassen oder es zu erobern, sollte Preußen den Beistand seiner Waffen dem Kaiser gewähren und ihm mit allen seinen Land- und Seestreitkräften beistehen gegen jede Macht, die in diesem Falle Frankreich den Krieg erklären würde. Für diese Unterstützung bei der Erwerbung Luxemburgs und Belgiens mit mehr als fünf Millionen Einwohnern versprach Napoleon die preußischen Annexionen von 1866 anzuerkennen und einer Aufnahme der süddeutschen Staaten in den norddeutschen Bund sich nicht zu widersetzen. Bismarck behandelte diesen Antrag, welcher kurz vor Ausbruch des Krieges von 1870 wiederholt wurde, „dilatorisch", ohne seinerseits ein Versprechen zu machen, und teilte im Interesse des Friedens den auswärtigen Kabinetten vorderhand nichts davon mit. Doch behielt er den von Benedetti mit eigener Hand und auf dem Papier der französischen Botschaft geschriebenen Vertragsentwurf in Verwahrung. Im Juli 1870 kam die Gelegenheit zur Veröffentlichung des Entwurfes.

„Herr von Bismarck hat mich düpiert! Ein Kaiser der

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Franzosen darf sich nicht düpieren lassen!" rief Napoleon voll Entrüstung aus. Er hatte seit Solferino und Villafranca nichts als Niederlagen und Demütigungen erlitten, nachdem er ein Jahrzehnt lang die erste Rolle in Europa gespielt hatte. Die Zurückberufung seiner Truppen aus Mexiko, die Erschießung des Kaisers Maximilian, die Abweisung aller Kompensationsforderungen, der Rückzug in der Luxemburger Frage, das alles zeigte, daß er seine Ruhmeshöhe hinter sich hatte. Und gleich darauf zog er sich eine neue Demütigung zu. Preußen hatte hinsichtlich der Ausführung des fünften Artikels des Prager Friedensvertrages in Kopenhagen erklären lassen, daß, bevor die Unterhandlungen über die Abtretung eines Teiles von Nordschleswig eröffnet werden könnten, Dänemark die nötigen Garantien für den Schutz der in jenem Territorium wohnenden Deutschen zu geben habe. Dänemark wies diese Forderung zurück und bat Frankreich um Unterstützung. Eine französische Depesche, welche am 23. Juli 1867 im Ministerium des Auswärtigen zu Berlin vorgelesen wurde, beanspruchte für Frankreich das Recht, in die schleswigsche Angelegenheit sich zu mischen, da jener Artikel V nicht auf Oestreichs, sondern auf Frankreichs Einwirkung entstanden sei, und machte darauf aufmerksam, daß Dänemark die verlangten Garantien nicht geben könne, da hierdurch Preußen Gelegenheit zu fortwährender Einmischung in die inneren Verhältnisse des ersteren bekäme. Darauf ließ Bismarck durch den Botschafter in Paris erklären, daß Preußen über die Ausführung des Prager Friedensvertrages nur mit dem Mitunterzeichner Oestreich zu verhandeln habe, und daß es die Einmischung jedes anderen Staates zurückweisen müsse. Auch diese Abweisung mußte sich Napoleon gefallen lassen; denn er hatte keine große, schlagfertige Armee. Er bot daher alles auf, um in der kürzesten Zeit eine starke Armee zu schaffen, und fand an dem neuen Kriegsminister, Marschall Niel, einen tüchtigen Organisator. Den Kammern wurde ein Entwurf zur Reorganisation der Armee vorgelegt, das Chassepotgewehr in der ganzen Armee eingeführt, Mitrailleusen verfertigt, die Kriegsmagazine gefüllt. Der Feldzugsplan, bei dessen Ausführung auf die Sympathien der Kurhessen und Hannoveraner und der süddeutschen Demokraten und Klerikalen gerechnet wurde, lag, von Niel ausgearbeitet, bereits vor. Doch starb dieser im Jahre 1869, und seinem Nachfolger, General

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Leboeuf, fehlte es zur Weiterführung der Reorganisation an der nötigen Energie und Umsicht.

Mitten in diese Kriegsrüstungen und dieses diplomatische Geplänkel fiel die Eröffnung der Pariser Weltausstellung am 1. Mai 1867. Erst nachdem der Luxemburger Streit durch die Londoner Konferenz am 11. Mai beseitigt war, beteiligten sich die eingeladenen Monarchen an dieser industriellen Schaustellung. Kaiser Alexander II. von Rußland und König Wilhelm von Preußen, von Bismarck und Moltke begleitet, waren gleichzeitig in den ersten Tagen des Juni in Paris. Die wiederholten Rufe „Vive la Pologne!“ und das Attentat des Polen Berezowski auf Kaiser Alexander am 6. Juni waren nicht geeignet, letzteren seiner Freundschaft mit König Wilhelm untreu zu machen und auf Frankreichs Seite hinüberzuziehen. Bald darauf, am 18. August 1867, machte Napoleon mit seiner Gemahlin dem östreichischen Kaiserpaar einen mehrtägigen Besuch in Salzburg. Der ostensible Grund dieser auffallenden Zusammenkunft war der Wunsch Napoleons, dem Bruder des von ihm im Stiche gelassenen Kaisers Maximilian von Mexiko sein Beileid auszudrücken. Da aber Kaiser Franz Joseph von seinem Minister Beust begleitet war und dieser mehrere Unterredungen mit Napoleon hatte, so war klar, daß der Kondolenzbesuch Nebensache, die diplomatischen Verhandlungen Hauptsache waren. Von da an herrschte große Intimität zwischen der französischen und östreichischen Regierung; Beust und Gramont verhandelten miteinander über jedes neue Stadium der Kriegsfrage, und jener gab letzterem den dringenden Rat, darauf hinzuwirken, daß Frankreich den Kriegsfall nicht in einer deutschen, sondern in einer rein dynastischen Frage suchen solle. Auch mit dem König von Italien knüpfte Napoleon Unterhandlungen an. Eine katholische Koalition sollte von

Marschall Niel.

(c) Instituto Cervantes de Madrid

drei Seiten gegen das protestantische Hohenzollertum ins Feld rücken und dasselbe unschädlich machen. Doch kam Napoleon auch wieder auf seine Verhandlungen mit Preußen zurück. Im März 1868, zur Zeit der belgisch-französischen Eisenbahnstreitigkeiten, sandte er seinen Vetter, den Prinzen Jerome Napoleon, nach Berlin. Dieser wiederholte die früheren Vorschläge und gab zu verstehen, daß für den Fall einer französischen Okkupation Belgiens die preußische Regierung ihr Belgien anderswo finden würde. In ähnlicher Weise wurde bei anderen Gelegenheiten, wenn von der orientalischen Frage die Rede war, kein Hehl daraus gemacht, daß Frankreich bei einer Lösung dieser Frage seine Beteiligung nicht im fernen Osten, sondern unmittelbar an seiner Grenze suchen könne. Doch ließ sich die preußische Regierung auf nichts ein, hielt den Versucher von sich fern und vertraute lediglich auf ihre und Deutschlands Kraft. Diesem Gedanken gab König Wilhelm am 15. September 1868 in Kiel Ausdruck, als er einer Deputation, welche Besorgnisse hinsichtlich der Erhaltung des Friedens äußerte, antwortete: „Was Sie beruhigen wird, das ist der Blick auf die mit Ihnen hier versammelten Repräsentanten meiner Armee und meiner Marine, dieser Kraft des Vaterlandes, welche bewiesen hat, daß sie sich nicht scheut, einen ihr aufgezwungenen Kampf aufzunehmen und durchzuführen.“ In Paris geriet man über diese Aeußerung in eine solche Bestürzung, daß ein Ministerrat gehalten und die Frage debattiert wurde, ob diese Worte nach Paris gerichtet oder als Erinnerung an 1866 aufzufassen seien. Das letztere schien dem augenblicklichen Interesse angemessener zu sein.

3) Oestreich-Ungarn.

(1867—1870.)

Wollte das aus Italien verdrängte und aus Deutschland ausgeschlossene Oestreich noch als eine Großmacht von Bedeutung gelten, so mußte die Regierung desselben dem politisch-kirchlichen Absolutismus entsagen, die politischen Ideen der Gegenwart berücksichtigen und den realen Verhältnissen Rechnung tragen. Die letzteren erforderten in erster Linie den Ausgleich mit Ungarn. An der Herstellung desselben arbeitete Beust, welcher, wie wir gesehen haben, am 30. Oktober 1866 an Stelle des austretenden Grafen Mensdorff

(c) Instituto Cervantes de Madrid

das Ministerium des Auswärtigen übernahm. Nachdem am 7. Februar 1867 auch der Minister Graf Belcredi, welcher die Monarchie in fünf nur durch Personalunion miteinander verbundene Königreiche zerlegen wollte, aus dem Kabinett ausgeschieden war, wurde am gleichen Tage Beust zum Ministerpräsidenten ernannt. Dieser, welcher die Monarchie auf der Grundlage des Dualismus neu aufbauen wollte, schloß am 8. Februar 1867 den Ausgleich mit Ungarn in Wien mit Franz Deak definitiv ab. Die Forderungen vom Jahre 1865 wurden alle erfüllt, die ungarische Verfassung von 1848 wiederhergestellt und Graf Julius Andrassy beauftragt, ein ungarisches Ministerium zu bilden. Dasselbe wurde aus den Männern der Deakpartei gewählt, leistete am 15. März im Schloß zu Ofen dem Kaiser den Eid, und dieser selbst wurde am 8. Juni als König von Ungarn gekrönt. Mit Ungarn wurde Siebenbürgen und 1868 auch Kroatien vereinigt. Die dualistische Gestaltung des Reiches war damit eine vollendete Thatsache.

Graf Andrassy.

Darauf wurden auch in den deutsch-slawischen Provinzen (Cisleithanien) verfassungsmäßige Zustände hergestellt. Am 22. Mai 1867 wurde der Reichsrat eröffnet, der Ausgleich mit Ungarn als vollzogene Thatsache demselben vorgelegt, die Februarverfassung von 1861 revidiert und am 31. Dezember 1867 die neuen Staatsgrundgesetze veröffentlicht, welche für das Volk und dessen Vertreter die wichtigsten Rechte enthielten: Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz, Preßfreiheit, Vereins- und Versammlungsrecht, volle Glaubens- und Gewissensfreiheit, unbeschränktes Steuer- und Rekrutenbewilligungsrecht der Volksvertretung. Zugleich wurde für Cisleithanien am 30. Dezember das sogenannte Doktorenministerium ernannt, in welchem Fürst Carlos

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Auersperg die Präsidentschaft, Graf Taaffe die Vizepräsidentschaft und die Landesverteidigung, Giskra das Innere, Herbst die Justiz, Brestel die Finanzen, Hasner den Kultus und Unterricht, Plener den Handel, Graf Potocki den Ackerbau übernahm und Berger Minister ohne Portefeuille war. Dieses Ministerium hatte mit dem Reichsrat (Herrenhaus und Abgeordnetenhaus) zu verhandeln, wie das ungarische Ministerium mit dem Reichstag (Oberhaus und Unterhaus). Für die den beiden Reichshälften gemeinsamen Angelegenheiten (das Auswärtige, die Finanzen und das Kriegswesen) wurde am 21. Dezember ein besonderes Reichsministerium ernannt, in welchem Reichskanzler Beust das Auswärtige, Beke die Finanzen, Freiherr von John und nach dessen baldigem Rücktritt Feldmarschallleutnant von Kuhn das Kriegswesen übernahm. Diese drei Reichsminister hatten mit den vom Reichsrat und Reichstag zu wählenden „Delegationen" von je 60 Mitgliedern, welche sich abwechselnd in Wien und in Pest versammelten, die gemeinsamen Reichsangelegenheiten zu beraten. Bei der finanziellen Auseinandersetzung zwischen Cisleithanien und Transleithanien einigte sich die hierfür eingesetzte östreichisch-ungarische Deputation dahin, daß die gemeinsamen Ausgaben zunächst aus dem Ertrage der Zölle bestritten, der Rest mit 70 Prozent von der cisleithanischen, mit 30 Prozent von der ungarischen Reichshälfte getragen werden sollte, welcher Beschluß zunächst auf zehn Jahre gelten sollte. Hinsichtlich der gemeinsamen Staatsschuld wurde ein ähnliches Abkommen getroffen. Die Titelfrage wurde durch das kaiserliche Handschreiben vom 14. November 1868 dahin geregelt, daß der Monarch den Titel „Kaiser von Oestreich, König von Ungarn" führen und die Monarchie als „Oestreichisch-Ungarische Monarchie" oder als „Oestreichisch-Ungarisches Reich" bezeichnet werden sollte. Bei der Neugestaltung des Heerwesens wurde die allgemeine Wehrpflicht zu Grund gelegt, mit zwölfjähriger Dienstzeit, und zwar drei Jahren in der Linie, sieben Jahren in der Reserve und zwei Jahren in der Landwehr, mit einem Militärbudget von 80 Millionen Gulden, einer Friedensstärke von 255 000 und einer Kriegsstärke von 800 000 Mann. Auch vom Militärbudget hatte die ungarische Reichshälfte nur 30 Prozent zu zahlen.

Sehr wichtig war die Regelung der kirchlichen Verhältnisse oder die Konkordatfrage. Die durch die Staatsgrund-

(c) Instituto Cervantes de Madrid

gesetze garantierte Glaubens- und Gewissensfreiheit und die Konkordatsherrschaft schlossen sich gegenseitig aus. Mehrere Mitglieder des Abgeordnetenhauses verlangten daher 1867 die Aufhebung des Konkordats; andere begnügten sich mit der Durchführung der drei konfessionellen Gesetze, zu deren Vorlegung die Regierung bereit war: das Ehegesetz sollte das Eherecht des bürgerlichen Gesetzbuches wiederherstellen, die Gerichtsbarkeit in Ehesachen den Geistlichen abnehmen und den weltlichen Gerichten zurückgeben und die fakultative Zivilehe einführen; das Schulgesetz sollte die Leitung des Unterrichtswesens, mit Ausnahme des Religionsunterrichts, der Geistlichkeit entziehen und dem Staate übergeben; das interkonfessionelle Gesetz sollte das Religionsbekenntnis der Kinder bei gemischten Ehen, den Uebertritt zu einer anderen Konfession, die Begräbnisse u. s. w. regeln. Diese drei Gesetzentwürfe wurden von beiden Häusern des Reichsrats angenommen und am 25. Mai 1868 vom Kaiser, wenn auch mit Widerstreben, unterzeichnet. Aber Papst Pius IX. erklärte dieselben in seiner Allokution vom 22. Juni 1868 samt ihren Folgerungen für „durchaus nichtig und immerdar ungültig", infolgedessen die meisten Bischöfe in ihren Hirtenbriefen und Instruktionen die Geistlichkeit und alle guten Katholiken aufforderten, sich um diese Gesetze nicht zu kümmern und sich nur an die Bestimmungen des allein gültigen Konkordats zu halten. Beust, welcher am 5. Dezember 1868 vom Kaiser in den erblichen Grafenstand erhoben wurde, wies zwar in seinen Depeschen die päpstlichen Uebergriffe auf staatliches Gebiet zurück, ließ es aber an der nötigen Energie zur Bekämpfung der päpstlichen Renitenz und zur Durchführung jener Gesetze fehlen. Erst nach der Unfehlbarkeitserklärung, durch welche das Verhältnis des einen Kontra-

Graf Beust.

(c) Instituto Cervantes de Madrid

henten zum anderen wesentlich geändert wurde, erfolgte am 30. Juli 1870 die gänzliche Aufhebung des Konkordats und die Aufforderung an das Kultusministerium, die dadurch notwendigen Gesetzesvorlagen für den Reichsrat vorzubereiten. Dieselben kamen erst 1874 auf die Tagesordnung des Reichsrats.

Das schwierigste Problem für die östreichischen Staatsmänner war die glückliche Lösung der Nationalitätenfrage. Der Ausgleich mit Ungarn wirkte ansteckend auf die Tschechen in Böhmen und Mähren, welche die Wiederherstellung des „böhmischen Staatsrechts" und die Selbständigkeit der zur Wenzelskrone gehörigen Länder Böhmen, Mähren und Schlesien verlangten. Die Polen in Galizien beanspruchten eine fast unbeschränkte Autonomie. Die im Süden Cisleithaniens wohnenden Slawen und Italiener verfolgten ähnliche Tendenzen. Die angeführten Nationalitäten waren die größten Feinde der Deutschen, der Träger der östreichischen Kultur, und suchten die Existenz des Reichsrats, dessen Abgeordnetenhaus aus Delegierten der 17 Landtage bestand, durch Nichtbeschickung desselben unmöglich zu machen. In denjenigen Ländern, in welchen die antideutschen Nationalitäten die Mehrheit im Landtag hatten, wurden die Reichsratswahlen geradezu verweigert, so daß das Abgeordnetenhaus mit Mühe sich eine beschlußfähige Anzahl von Mitgliedern erhalten konnte. Diesen Uebelständen konnte nur durch eine Reichsratswahlreform abgeholfen werden. Die Wahlen durch die Landtage mußten abgeschafft und direkte Wahlen eingeführt werden. Diese Frage brachte, in Verbindung mit der Frage der Verfassungsrevision, einen Zwiespalt in das Doktorenministerium. Dasselbe löste sich am 15. Januar 1870 auf, worauf Hasner am 25. Januar die Ministerpräsidentschaft übernahm. Zunächst wurde das sogenannte Notwahlgesetz vorgelegt, wonach für den Fall der Nichtannahme oder Zurückgabe der Reichsmandate direkte Reichsratswahlen eingeführt werden sollten, und dieses wurde vom Reichsrat genehmigt. Da infolgedessen die Renitenz der Landtage zunahm, beantragte das Ministerium beim Kaiser die Auflösung sämtlicher Landtage, deren Mitglieder den Reichsrat verlassen hatten, und als der Kaiser ablehnend antwortete, nahm es am 4. April 1870 seine Entlassung. Darauf wurde von dem Grafen Potocki ein neues Ministerium gebildet, welches die föderalistischen Wege Belcredis einschlug, mit den Tschechen und Polen

(c) Instituto Cervantes de Madrid

unterhandelte, ohne einen Vergleich zustande zu bringen, und, da die Ansprüche derselben sich steigerten, bis zur Auflösung des Abgeordnetenhauses und sämtlicher Landtage vorging. Als beide Häuser des Reichsrats im November 1870 eine Adresse genehmigten, welche ein Mißtrauensvotum gegen dieses Ministerium enthielt, nahm dieses am 23. November 1870 seine Entlassung. Die Lage war so schwierig, daß die Ministerkrisis sich bis in den Februar des folgenden Jahres hinauszog.

Nicht bloß parlamentarische, sondern auch kriegerische Kämpfe, wenn auch nicht von bedeutendem Umfang, hatte die Regierung zu bestehen. In Dalmatien erhoben sich im Oktober 1869 die slawischen Bocchesen, welche bisher keine Steuern gezahlt hatten und nun durch Einführung der Landwehr manche ungewohnte Last auf sich nehmen sollten. Von Montenegro und der Herzegowina aus unterstützt, zwangen sie nach mehreren günstigen Gefechten die wenigen östreichischen Truppen, die ihnen entgegengeschickt wurden, zur Rückkehr nach Cattaro. Der neu ernannte Oberbefehlshaber, Feldmarschallleutnant Rodich, vermittelte ein Uebereinkommen mit den Insurgenten, den sogenannten Frieden von Knezlac, am 11. Januar 1870. Jene unterwarfen sich, erhielten volle Amnestie und jeder 40 Gulden, und von der Durchführung des Landwehrgesetzes wurde in der Boccha thatsächlich Abstand genommen.

4) Großbritannien und Irland.

(1867—1870.)

Die wichtigsten Gesetze, welche aus den Beratungen des Parlaments hervorgingen, waren die Wahlreformbill und die irische Kirchenbill. Beide knüpften sich an den Namen des hervorragenden Führers der Liberalen, Gladstone. Dieser, welcher in dem whiggistischen Ministerium Russell die Stelle eines Kanzlers der Schatzkammer bekleidete, sprach sich schon in der Parlamentssession von 1864 für Erweiterung des Wahlrechts aus, konnte aber dieselbe, als sie 1866 vor das Parlament gebracht war, im Unterhaus nicht durchsetzen. Das Ministerium mußte abtreten und dem toristischen Ministerium Derby-Disraeli Platz machen. Letzteres sah ein, daß die Lösung der Wahlreformfrage, für welche sich die Massenmeetings der größten Städte Englands aussprachen,

(c) Instituto Cervantes de Madrid

nicht länger hinauszuschieben und zu einer nationalen Notwendigkeit geworden sei. Daher legte Disraeli in der Session von 1867 eine neue Wahlreformbill dem Unterhaus vor, wonach das Wahlrecht allen Vorständen eines Haushalts (Household suffrage) eingeräumt wurde, und setzte dieselbe in beiden Häusern durch. Durch diese Reformakte vom 15. August 1867 stieg die Zahl der Mitglieder des Unterhauses auf 658, und von diesen hatte England und Wales 493, Schottland 60, Irland 105 zu wählen.

W. Gladstone.

Die Parlamentswahlen von 1868, welche nach dem neuen Wahlgesetz vollzogen wurden, verschafften unter dem Einfluß der irischen Reformfrage den Liberalen eine Mehrheit von 120 Stimmen. Darauf erfolgte der Rücktritt des Toryministeriums, und Gladstone übernahm die Bildung eines neuen Kabinetts. Hatte er schon 1868 als Führer der liberalen Opposition im Unterhaus erklärt, daß die anglikanische Kirche in Irland als Staatskirche aufgehoben werden müsse, und die drei Resolutionen, welche die Notwendigkeit der Entstaatlichung der irischen Staatskirche aussprachen, trotz des Widerstandes des Ministeriums Disraeli im Unterhaus durchgesetzt (während sie im Oberhaus verworfen wurden), so nahm er nun, an die Spitze des Ministeriums gestellt, in der Session von 1869 diese Reform mit aller Entschiedenheit in die Hand. Seine irische Kirchenbill bezweckte, daß die anglikanische Kirche in Irland als Staatskirche aufhören, daß dieselbe von ihrem $16\frac{1}{2}$ Millionen Pfund Sterling betragenden Vermögen $6\frac{1}{2}$ Millionen behalten, die übrigen 10 Millionen zur Verwendung für irische Wohlthätigkeitsanstalten sämtlicher Konfessionen herausgeben solle. Diese Bill wurde vom Unterhaus und nach Abschluß eines Kompromisses auch

(c) Instituto Cervantes de Madrid

vom Oberhaus genehmigt und erhielt am 26. Juli die königliche Sanktion. An diese irische Kirchenbill reihte sich 1870 Gladstones irische Landbill an, durch welche die geradezu berüchtigten agrarischen Verhältnisse Irlands wenigstens einigermaßen verbessert werden sollten. Nach dieser Bill sollten die abziehenden Pächter für die während ihrer Pachtzeit von ihnen eingeführten Verbesserungen und Bauten Entschädigung erhalten; durch Vorschüsse aus der Staatskasse sollte den Pächtern der Ankauf von Grundeigentum und den Grundbesitzern die Urbarmachung erleichtert werden; zum Zweck der Beilegung von Streitigkeiten zwischen Pächtern und Grundherren sollten Schiedsgerichte eingesetzt werden. Diese Landbill wurde von beiden Häusern angenommen und am 1. August 1870 von der Krone bestätigt. Ein im Unterhaus gestellter Antrag, daß den Mitgliedern desselben Diäten im Betrag von 150 bis 500 Pfund Sterling jährlich ausbezahlt werden sollten, wurde im Unterhaus am 5. April 1870 mit 211 gegen 24 Stimmen abgelehnt, nachdem Gladstone erklärt hatte, daß zu einem solchen Gesetz durchaus kein Grund vorhanden sei, solange es Leute in Menge gebe, welche geneigt seien, dem Lande ohne Entschädigung ihre Dienste zu widmen.

König Theodor von Abessinien.

Die auswärtige Politik Großbritanniens hatte in Abessinien einen großen Erfolg zu verzeichnen, wobei die Regierung rühmenswerte Mäßigung bewies. Der dortige König Theodor hatte schon seit mehreren Jahren englische Agenten und Missionäre als Gefangene zurückgehalten und trotz aller Vorstellungen und Drohungen nicht freigegeben. Um das Ansehen Englands, namentlich im Orient, aufrecht zu er-

(c) Instituto Cervantes de Madrid

halten, beschloß endlich das Ministerium Derby, die Freilassung der Gefangenen durch Waffengewalt zu erzwingen. Im indischen Bombay wurde ein Heer von 12000 Mann ausgerüstet und unter den Oberbefehl des Generals Robert Napier gestellt. Derselbe landete mit dem Heere am 3. Januar 1868 im Hafen von Zulla, zog unter ungeheuren Schwierigkeiten durch das Alpenland nach der Felsenfestung Magdala und schlug vor derselben einen Angriff des Königs am 10. April zurück. Darauf lieferte dieser die Gefangenen aus. Da er sich aber nicht auf Gnade oder Ungnade ergeben wollte, wurde die Festung am 13. April von den Engländern erstürmt, wobei Theodor, um nicht in ihre Hände zu fallen, sich selbst das Leben nahm. Darauf zogen die Engländer wieder ab und schifften sich am 1. Juni in Zulla ein. Der siegreiche General, welcher in diesem Feldzug große Umsicht und Entschlossenheit gezeigt hatte, wurde unter dem Titel „Lord Napier von Magdala" in den Peersstand erhoben.

Mit der Regierung der Vereinigten Staaten von Nordamerika hatte Großbritannien lange Verhandlungen über Auszahlung einer Entschädigungssumme für die durch Kaperschiffe während des amerikanischen Sezessionskrieges herbeigeführten Verluste. Den größten Schaden hatte das südstaatliche Kaperschiff „Alabama" angerichtet, welches in einem englischen Hafen unter den Augen der Behörden erbaut und ausgerüstet wurde und binnen acht Wochen 22 nordstaatliche Handelsfahrzeuge wegnahm. Da die diplomatischen Verhandlungen zu keinem Ergebnis führten, so vereinigten sich die Regierungen beider Staaten zu dem Beschluß, die Alabamafrage der Entscheidung eines internationalen schiedsrichterlichen Tribunals zu übertragen. Dasselbe versammelte sich am 17. Dezember 1871 in Genf und fällte am 14. September 1872 den Spruch, daß England an Amerika die Summe von 15½ Millionen Dollars in Gold als Entschädigung zu zahlen habe. Da England und Amerika sich diesem Urteil unterwarfen, so war der langjährige Streit damit beigelegt. Doch hatten auch die Engländer über Fahrlässigkeiten von Behörden sich zu beklagen. Die amerikanischen Fenier, welche es auf die Losreißung Kanadas, ja sogar Irlands von dem Königreich Großbritannien abgesehen hatten, machten in jenen Jahren wiederholte Einfälle in Kanada, ohne von den Unionsbehörden daran gehindert zu werden.

(c) Instituto Cervantes de Madrid

5) Italien und das vatikanische Konzil.

(1867—1870.)

Das Ministerium Ratazzi, welches am 10. April 1867 die Leitung der Geschäfte übernommen hatte, suchte den schlechten Finanzen dadurch aufzuhelfen, daß es 1867 mit Genehmigung der Kammern die Kirchen- und Klostergüter, im Wert von 600 Millionen Franken, einzog und einen Teil derselben sofort verkaufte, ohne sich durch den päpstlichen Protest und die in Aussicht gestellten Kirchenstrafen abhalten zu lassen. Zum Schutze des Papstes hatte die französische Regierung den Eintritt 1200 französischer Freiwilliger, der sogenannten Legion von Antibes, in das päpstliche Heer veranlaßt, dieselben ausdrücklich als einen integrierenden Bestandteil der französischen Armee bezeichnet und durch einen französischen General in Rom inspizieren lassen. Die italienische Regierung sah hierin eine Verletzung der Konvention vom 15. September 1864, infolge deren die französische Okkupation 1866 aufgehört hatte, konnte aber diplomatisch nichts dagegen ausrichten. Garibaldi, welcher das Papsttum und den Kaiser Napoleon mit gleichem Haß verfolgte, glaubte den römischen Knoten mit dem Schwert zerhauen zu müssen und teilte unter seinen Freiwilligen aufs neue die Losung aus: „Rom oder den Tod!“ „Wir müssen nach Rom gehen und dieses Vipernnest ausheben und den schwarzen Fleck mit siedender Lauge wegbrühen,“ sagte er in einer Versammlung. Darauf begab er sich an die Grenze des Kirchenstaates, um das Kommando der dort versammelten Freiwilligen zu übernehmen, wurde aber, bevor er die Grenze überschritt, auf Befehl der italienischen Regierung am 24. September 1867 verhaftet und nach der Festung Alessandria gebracht. Von da wurde er nach wenigen Tagen nach Caprera entlassen. Nach Garibaldis Gefangennehmung überschritten die Freischaren unter Anführung seines Sohnes Menotti, Nicoteras und anderer am 30. September 1867 die Grenzen des Kirchenstaates, bemächtigten sich mehrerer Grenzorte, wurden aber von den päpstlichen Zuaven wieder über die Grenze zurückgedrängt.

Napoleon hatte bereits in Toulon Vorbereitungen zur Einschiffung von Truppen nach Rom getroffen und von der italienischen Regierung verlangt, daß sie ihr in der Sep-

(c) Instituto Cervantes de Madrid

temberkonvention gegebenes Versprechen, weder selbst einen Angriff auf das päpstliche Gebiet zu machen, noch von anderen einen solchen zu dulden, in loyaler Weise halten solle. Auf die Nachricht vom Mißlingen des Freischarenkorps gab er den Befehl, die Einschiffung der Truppen einzustellen. Inzwischen hatte aber Ratazzi eine Schwenkung gemacht und mit den Führern der Aktionspartei sich verbunden, um mit Hilfe der Garibaldiner durch einen raschen Handstreich Rom zu nehmen und dem zürnenden Napoleon eine unumstößliche vollendete Thatsache entgegenzusetzen. Zu diesem Zwecke stellte er beim König den Antrag, derselbe solle ein Manifest an die Nation erlassen und die Reserven einberufen. Viktor Emanuel schreckte vor diesem äußersten Schritt, der einen Krieg mit Frankreich nach sich zog, zurück und lehnte den Antrag ab. Darauf reichte Ratazzi am 19. Oktober 1867 seine Entlassung ein, und am 27. Oktober bildete General Menabrea ein neues Ministerium.

Die Zeit vom 19. bis 27. Oktober, wo es in Italien thatsächlich keine Regierung gab, benutzte Garibaldi, um von Caprera nach dem Festland überzuschiffen und gegen Rom zu ziehen. Dort hatte das Nationalkomitee die Einwohner zum Aufstand aufgerufen, aber wenig Anklang gefunden. Kleine Ueberfälle durch die Freischaren mißlangen. Die Stadt wurde in Belagerungszustand erklärt und die Ablieferung aller Waffen anbefohlen. Garibaldi übernahm am 23. Oktober das Kommando über seine „Rothemden"; sein Sturm auf Viterbo wurde abgeschlagen, Monterotondo von ihm erobert, die vordersten Truppen bis in die Nähe von Rom vorgeschoben. Im Süden, von Tivoli bis Frosinone, wurden von Nicotera und seinen Leuten in allen Städten die päpstlichen Wappen abgerissen und die Vereinigung mit Italien proklamiert. Dagegen erließ das Ministerium Menabrea am 27. Oktober eine Proklamation an die Italiener, worin der Freischarenzug verdammt und Achtung der Verträge gefordert wurde.

Auf die Nachricht von diesen Vorgängen gab Napoleon am 26. Oktober den Befehl zur Einschiffung der Truppen. Die Flotte lief am 28. im Hafen von Civita Vecchia ein, und am 30. zogen die ersten französischen Bataillone in Rom ein. Das Expeditionskorps bestand aus zwei Brigaden unter den Generalen Dümont und Polhès. Kommandierender General war de Failly. Die italienische Regierung, welche in einem

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Rundschreiben vom 30. Oktober die ganze Sachlage enthüllte, ließ, „um sich in die nämliche Stellung wie die andere kontrahierende Partei zu setzen", ihre Truppen in die Grenzorte des Kirchenstaats einmarschieren, die päpstlichen Wappen wieder aufrichten und daneben die italienische Fahne aufhissen, mußte aber, da eine französische Note dies als eine völkerrechtswidrige Handlung bezeichnete, am 4. November ihre Truppen wieder zurückziehen.

Die italienische Regierung schickte Boten um Boten an Garibaldi, um ihn zur Niederlegung der Waffen und zur Umkehr zu vermögen. Aber es wurde ihm schwer, vor einem Gebot Napoleons zurückzuweichen. Mit etwa 8000 Mann, von denen manche kaum dem Knabenalter entwachsen waren, hielt er Monterotondo und Mentana, welche Orte er hatte verbarrikadieren lassen, besetzt, und hatte im Sinne, von da nach Tivoli zu ziehen und sich von dort aus mit den Scharen Nicoteras zu vereinigen. Aber am 3. November 1867 rückten 3000 Mann päpstlicher Truppen unter dem Befehl des Kriegsministers General Kanzler und eine Reserve von 2000 Mann Franzosen an und stießen bei Mentana auf die Vorposten Garibaldis. Schon waren die päpstlichen Truppen geschlagen und zurückgedrängt; da rückten die Franzosen in die vordere Linie und schossen mit ihren Chassepots die Garibaldiner zu Hunderten nieder. „Die Chassepots haben Wunder gethan," telegraphierte Failly nach Paris. Von den Garibaldinern lagen 1000 Mann tot oder verwundet auf dem Schlachtfeld, 1400 wurden gefangen; die Päpstlichen sollen 30 Tote und 103 Verwundete, die Franzosen sogar nur 2 Tote und 36 Verwundete gehabt haben. Garibaldi zog sich mit ein paar tausend Mann auf das italienische Gebiet zurück, wurde verhaftet und nach La Spezzia in das Fort Varignano gebracht, aber schon am 26. November wieder nach Caprera entlassen.

Napoleon, welcher das Recht der Nationalitäten und das Prinzip der Nichtintervention als das moderne Staatsrecht aufgestellt hatte, befand sich, da diese Intervention im Widerspruch damit stand, in großer Verlegenheit. Um sich aus derselben zu ziehen und die Verantwortung für die Geschicke Italiens von sich abzuwälzen und auf Europa überzutragen, kam er auf den Gedanken, eine Konferenz der europäischen Mächte zu berufen, welche die weiteren Geschicke Italiens beraten und für ihre Aufrechthaltung eine Garantie über-

(c) Instituto Cervantes de Madrid

nehmen sollten. Da aber Napoleon der Konferenz kein bestimmtes Programm vorlegen konnte, Italien und der Papst über ihre Stellung zur Konferenz sich nicht klar aussprachen, so erklärten auf die Einladung Napoleons sämtliche Mächte, außer Oestreich, Spanien und Hessen-Darmstadt, daß sie sich an der Konferenz nicht beteiligen würden. So kam dieselbe gar nicht zustande, und Napoleon, welcher die Intervention allein übernommen hatte, mußte auch die Verantwortung und ihre Folgen allein tragen. Die französischen Truppen hielten wieder, wie früher, Rom und Civita Vecchia besetzt und zogen erst ab, als die Niederlagen von 1870 sie dazu zwangen. Die italienischen Patrioten vergaßen dem Kaiser Napoleon Mentana nicht und waren entrüstet, als der französische Staatsminister Rouher am 5. Dezember 1867 in der Kammer folgende Worte sprach: „Wir erklären, daß Italien sich niemals Roms bemächtigen wird. Niemals wird Frankreich eine solche Gewaltthat gegen seine Ehre, gegen seine Katholizität ertragen."

Der alternde Papst Pius IX. befand sich vollständig in den Händen der Jesuiten. Nachdem er am 8. Dezember 1854 das neue Dogma von der unbefleckten Empfängnis der Jungfrau Maria verkündigt und am 8. Dezember 1864, wie wir bereits gesehen haben, in der Encyklika und dem Syllabus über alle Errungenschaften des modernen Geistes den Fluch ausgesprochen hatte, schrieb er auf den 8. Dezember 1869 ein ökumenisches Konzil nach Rom aus. Seit drei Jahrhunderten, seit dem im Jahre 1563 geschlossenen Konzil zu Trient war ein solches nicht mehr gehalten worden. Die Aufgabe desselben sollte nicht nur darin bestehen, daß die Verdammungsurteile des Syllabus zum Dogma erhoben und eben damit von der ganzen katholischen Welt als Glaubenssätze anerkannt würden, sondern ganz besonders auch darin, daß der Ausspruch eines Papstes in allen Dingen, welche zu seinem Hirten- und Lehramt gehörten, als unfehlbar bezeichnet und daß diese Unfehlbarkeit zum Dogma erhoben würde. Zwar fehlte es nicht an warnenden Stimmen. Dazu gehörte der Hirtenbrief, welchen am 6. September 1869 die neunzehn deutschen Bischöfe veröffentlichten, worin sie die Erwartung aussprachen, daß das Konzil keine neue Dogmen einführen und in die bürgerliche Ordnung nicht eingreifen würde, und das von diesen Bischöfen an den Papst gerichtete Privatschreiben, welches die Bitte enthielt,

(c) Instituto Cervantes de Madrid

daß derselbe von seinem Vorhaben, sich die Unfehlbarkeit zusprechen zu lassen, abstehen möchte. Diese Bischöfe erkannten recht wohl, daß gegenüber dieser Gottähnlichkeit des Papstes die Hoheit und Selbständigkeit der Bischöfe nicht mehr bestehen könne und daß ein unfehlbarer Papst alle Gewalt der katholischen Kirche in seiner Person vereinige und geradezu identisch mit der Kirche sei. Auch die Staatsmänner hatten einige Bedenken gegen ein Dogma, welches ganz geeignet war, neue Zerwürfnisse zwischen der weltlichen und geistlichen Macht hervorzurufen und die Unabhängigkeit und Souveränität der Staatsgewalt zu bedrohen. Das diplomatische Rundschreiben des bayrischen Ministerpräsidenten, Fürsten von Hohenlohe, machte auf diese Konsequenzen aufmerksam und wollte Konferenzen der Regierungen veranlassen, um über die Mittel zur Wahrung der gemeinschaftlichen Interessen zu beraten. Aber die Regierungen der Großmächte nahmen dem Konzil gegenüber eine reservierte Stellung ein und glaubten vorerst die Ergebnisse desselben abwarten zu müssen. Auf die Jesuiten, welchen, da sie den Papst beherrschten, die Unfehlbarkeit am meisten zu statten kam, machten keine Warnungen und keine Proteste einen Eindruck; denn eben das, was die Bischöfe und die Regierungen von diesem Dogma fürchteten, wollten sie durch dasselbe erreichen. Nicht bloß die Bischöfe und die übrige katholische Geistlichkeit sollten durch das Unfehlbarkeitsdogma zu willenlosen Werkzeugen der den Papst beherrschenden Jesuiten gemacht werden, sondern auch die katholischen Fürsten, Regierungen und Parlamente sollten durch dasselbe den Machtsprüchen der päpstlichen Kurie unterworfen werden.

Nachdem eine dogmatische Kommission, in welcher zwei Jesuiten eine beherrschende Stellung einnahmen, die Vorlagen der Kurie ausgearbeitet und nachdem der Papst eine Geschäftsordnung oktroyiert hatte, wodurch die Einbringung von Vorlagen für das Konzil ausschließlich dem Papste vorbehalten und ihm das Recht zugesprochen wurde, Anträge, die etwa von Bischöfen gestellt werden sollten, sogar gegen den Willen des gesamten Konzils der Beratung derselben zu entziehen, wurde das Konzil am 8. Dezember 1869 eröffnet und hielt seine Sitzungen in der Aula der Peterskirche. Da über die Geltung des Dogmas nicht Einmütigkeit oder wenigstens eine an Einmütigkeit grenzende Mehrheit des Konzils, sondern die einfache Mehrheit zu entscheiden hatte, so war

(c) Instituto Cervantes de Madrid

für den Papst und die Jesuiten der Sieg schon vor der Abstimmung gewonnen. Von den 764 Bischöfen, welche an dem Konzil teilnahmen, machten die italienischen Bischöfe, auf deren Gehorsam unbedingt zu zählen war, mehr als ein Drittel, die Bischöfe des Kirchenstaates beinahe ein Fünftel, die von Deutschland, Oestreich-Ungarn und Frankreich, in deren Reihen die Opposition ihren Sitz hatte, zusammen auch bloß ein Fünftel aus. Dazu kam noch, daß 300 Bischöfe wegen ihrer Armut auf Kosten des Papstes unterhalten werden mußten und daß etwa 100 als Bischöfe in partibus infidelium nur den Titel, aber in Wirklichkeit keinen Sprengel hatten, also hinsichtlich ihrer weiteren Laufbahn ganz von der Gnade des Papstes abhingen. Auf die Zustimmung jener 300 „Kostgänger", der 100 Titularbischöfe, der italienischen und spanischen Bischöfe, der Kardinäle und Ordensgenerale konnte der Papst unbedingt zählen. Ihnen gegenüber stand eine Opposition von etwa 200 Bischöfen, deutsche, östreichisch-ungarische, französische und nordamerikanische, welche übrigens keine so festgeschlossene Schar bildeten wie jene und von welchen sich im entscheidenden Moment viele zu einem „Ja" bestimmen ließen.

Die Führer der Opposition waren die Kardinalerzbischöfe Schwarzenberg von Prag und Rauscher von Wien, Bischof Hefele von Rottenburg (in Württemberg), Erzbischof Darboy von Paris, Bischof Düpanloup von Orleans, Bischof Maret von Sura, der amerikanische Erzbischof Kenrick von St. Louis und Bischof Stroßmayer von Sirmium. Letzterer trat in seiner Rede vom 25. Januar aufs heftigste gegen die Lehre und die Herrschsucht der Jesuiten auf und verfocht die Rechte der Bischöfe, welche er nicht zu päpstlichen Kommissären herabdrücken lassen wollte, und da in einem der Glaubensentwürfe dem Protestantismus alle modernen Verirrungen, wie Atheismus, Pantheismus, Materialismus, Indifferentismus, zugeschrieben wurden, so erklärte er am 22. März dieses Urteil für durchaus falsch; denn diese Verirrungen hätten schon lange vor dem Entstehen des Protestantismus bestanden, und er kenne viele Protestanten, welche sehr sittenstreng und gläubig seien.

Am 6. März wurde der Entwurf des Glaubenssatzes über die Unfehlbarkeit auf Befehl des Papstes an die Bischöfe verteilt und ihnen eröffnet, daß etwaige Einwendungen bis zum 17. März zu erheben seien. Als Hauptbeweisstelle

(c) Instituto Cervantes de Madrid

für die Unfehlbarkeit des Papstes wurde in dem Entwurf das Evangelium Lukas 22, 32 angeführt, in welcher Christus zu Petrus sagt: „Ich aber habe für dich gebeten, daß dein Glaube nicht aufhöre, und wenn du dereinst dich bekehrest, so stärke deine Brüder!" Auf dies hin verlangten die deutschen Bischöfe, welche schon am 12. Januar in einer an den Papst gerichteten Adresse ihre historisch-theologischen Zweifel an der Möglichkeit der Proklamierung der Unfehlbarkeitslehre ausgesprochen hatten, es sollten Konferenzen veranstaltet werden, in welchen Deputationen, die von beiden Parteien gewählt würden, die Unfehlbarkeitsfrage zu prüfen hätten. Aber ihre Bitte wurde nicht gewährt und auf die Reden in der Aula verwiesen, in welcher wegen der schlechten Akustik derselben jede Diskussion unmöglich war. Am 14. Mai begannen die Verhandlungen über die Unfehlbarkeit. Greith von St. Gallen, Hefele, Rauscher, Schwarzenberg, Darboy und andere sprachen gegen dieselbe. Nachdem 60 Redner gesprochen hatten, verlangte die Mehrheit den Schluß der Generaldebatte. Am 13. Juli wurde dem Konzil von der dogmatischen Kommission folgende Formel der Unfehlbarkeit zur Abstimmung vorgelegt: „Es ist göttlich geoffenbartes Dogma, daß der Papst, wenn er ex cathedra, d. h. in Erfüllung seines höchsten Hirten- und Lehramts aller Christen, zufolge seiner göttlichen und apostolischen Autorität, eine von der ganzen Kirche anzunehmende Glaubens- oder Sittenlehre verkündet, kraft göttlicher Verheißung an den heiligen Petrus mit derselben Unfehlbarkeit ausgestattet ist, welche der göttliche Erlöser seiner Kirche verleihen wollte, als er die Glaubens- und Sittenlehre gab. Deshalb sind die Lehren des römischen Papstes von Natur aus unfehlbar." In Rom waren an diesem Tage noch etwa 700 Bischöfe anwesend. Von diesen nahmen 600 an der Sitzung teil, und von diesen hinwiederum stimmten 450 mit Ja, 88 mit Nein, 62 gaben ihre Zustimmung mit Vorbehalt. Von den Abwesenden, wozu sogar der Kardinalstaatssekretär Antonelli gehörte, enthielt sich der größte Teil der Abstimmung aus Opportunitätsgründen. Mit Nein hatten gestimmt: Schwarzenberg, Rauscher, Darboy, Stroßmayer, Matthieu von Besançon, sämtliche Ungarn bis auf einen, die Bischöfe von München, Bamberg, Augsburg, Rottenburg, Trier, Osnabrück, Breslau, Ermeland, Mainz, Olmütz, Triest. Melchers von Köln stimmte nur bedingt zu.

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Die opponierenden Bischöfe versuchten am 15. Juli durch Absendung einer Deputation den Papst zu einigen Zugeständnissen zu bewegen, wobei Bischof Ketteler von Mainz sich vor dem Papst auf die Kniee warf und ihn bat, der Kirche durch einige Nachgiebigkeit den Frieden und die verlorene Einigkeit wiederzugeben. Diese Szene machte Eindruck auf Pius. Doch gab er der Deputation keine bestimmte Antwort und ließ sich durch den Erzbischof Manning von Westminster und den Bischof Senestrey von Regensburg, welche ihn beschworen, nicht nachzugeben, da die Sache im besten Gang sei, wieder umstimmen. Darauf beschloß die Opposition, in einer Eingabe an den Papst ihren Protest zu wiederholen und ihm mitzuteilen, daß ihre „kindliche Pietät und Ehrfurcht" für ihn ihnen nicht gestatte, in seiner Gegenwart Nein (Non placet) zu sagen, daher sie es vorziehen, an der vierten öffentlichen Sitzung nicht teilzunehmen und sofort von Rom abzureisen. Am 18. Juli fand in Gegenwart des Papstes die Schlußabstimmung statt. Nach der Abreise der Opposition durfte auf Einstimmigkeit gerechnet werden. Das Ergebnis der Abstimmung war, daß 547 gegen die 2 Stimmen eines italienischen und eines amerikanischen Bischofs die Unfehlbarkeit des Papstes für ein Dogma der katholischen Kirche erklärten. Der 18. Juli war der Tag vor der offiziellen Kriegserklärung Frankreichs an Preußen. Darauf wurde das Konzil vertagt und die Wiedereröffnung desselben auf den 11. November festgesetzt. Aber bevor dieser Termin erschien, standen die politischen Verhältnisse so, daß der Papst in seiner Bulle vom 20. Oktober das Konzil auf unbestimmte Zeit vertagte, da die Besetzung Roms und des Kirchenstaates den Bischöfen nicht die nötige Freiheit, Sicherheit und Ruhe gebe, um gemeinschaftlich mit dem Papste die Angelegenheiten der Kirche zu ordnen.

Die opponierenden Bischöfe blieben ihrem Worte nicht getreu. In einer Versammlung zu Fulda erklärten mehrere dieser Opponenten sich für die Annahme des Dogmas, und die anderen folgten in kurzer Zeit. Um eine Spaltung in der katholischen Kirche zu vermeiden, nahmen sie auf ihr Gewissen und ihre Ueberzeugung keine Rücksicht, entschieden sich alle ohne Ausnahme für die Unterwerfung unter das Gebot des Papstes und der Jesuiten und verlangten von ihren Untergebenen den nämlichen blinden Gehorsam. Aber bald erhob sich gegen den Gewissensdruck, den die Bischöfe

(c) Instituto Cervantes de Madrid

auszuüben versuchten, eine Opposition, welche zunächst meist aus Universitätslehrern bestand und ihren Sitz zuerst in München hatte. Das Haupt derselben war der Stiftspropst Professor v. Döllinger, dessen Antwort an den Erzbischof von München (28. März 1871) großes Aufsehen erregt hat. Mit ebensoviel Gelehrsamkeit als Entschiedenheit verteidigte er darin seinen Ausspruch, daß er als Christ, als Theologe, als Geschichtskundiger, als Bürger diese Lehre nicht annehmen könne. „Kein einziger glaubt daran," sagte er über die Bischöfe, welche sich dem Dogma unterworfen hatten. Aus der Opposition wahrheitsliebender Theologen ging der Altkatholizismus hervor, welcher in Bayern, in Baden und am Rhein festen Fuß faßte, immer mehr Bekenner und Gemeinden zählte, durch Synodalbeschlüsse sich eine feste Organisation gab und in der Person des Professors Reinkens von Breslau einen besonderen Bischof erwählte, welcher in mehreren deutschen Staaten, auch in Preußen, die staatliche Anerkennung und bischöfliche Dotation erhielt und in Bonn seinen Sitz nahm.

6) Die pyrenäische Halbinsel.

(1867—1870.)

„Die Regierung der Königin Isabella von Spanien und ihrer Mutter Christine war nichts als eine Kette der widerwärtigsten Intriguen, Krisen und Pronunciamentos, ein wüster Wechsel von Reaktion und Revolution, von Despotismus und Anarchie." Die Ministerien standen unter dem Einfluß der Hofkamarilla, in welcher Beichtväter und Nonnen eine politische Rolle spielten und militärischer Despotismus und klerikaler Absolutismus sich vereinigt fanden. Infolgedessen hatte die Regierung viel mit Aufständen zu kämpfen, welche teils von den rivalisierenden Parteien der Moderados und Progressisten, teils von den Republikanern, teils von den Karlisten erregt wurden. Unter dem Ministerium O'Donnell, welches 1858—1863 die Staatsangelegenheiten leitete, erklärte Spanien den Krieg an Marokko. Unter O'Donnells Oberbefehl siegte das spanische Heer am 4. Februar 1860 bei Tetuan und am 23. März bei Gualdas, worauf die Feinde um Frieden baten. Im Friedensvertrag vom 26. April mußte Marokko sich verpflichten, eine Kriegskontribution von 20 Millionen Piaster zu zahlen und einen Teil seines bei Ceuta gelegenen Ge-

(c) Instituto Cervantes de Madrid

bietes abzutreten. Marschall Narvaez bildete am 11. Juli 1866 ein Moderadoministerium, in welchem Gonzalez Bravo das Innere übernahm, und eröffnete ein Regiment der strengsten Reaktion. Die verfassungsmäßigen Befugnisse der Gemeinderäte wurden beschränkt und letztere im Sinne der Regierung vollständig erneuert, und als 137 Abgeordnete eine Adresse an die Königin unterzeichneten, worin das Militär- und Polizeiregiment des Ministerpräsidenten scharf angegriffen wurde, ließ dieser mehrere Abgeordnete, darunter den Präsidenten der Cortes, verhaften und deportieren. Die Cortes wurden aufgelöst und unter dem Druck der Regierung eine gefügige Mehrheit von Abgeordneten gewählt. Bei der Eröffnung der Cortes am 27. Dezember 1867 erklärte die Königin Isabella II., daß sie bereit sei, dem Papst einen Teil ihrer Streitmacht zur Rettung seiner weltlichen Herrschaft zur Verfügung zu stellen. Pius IX. übersandte ihr, trotz ihres skandalösen Verhältnisses zu dem früheren Choristen Marfori, am 6. Februar 1868 „für ihre dem heiligen Stuhle geleisteten Dienste und für ihre großen Tugenden" die geweihte goldene Rose. Der plötzliche Tod des Ministerpräsidenten Marschall Narvaez (am 23. April) beraubte ihren Thron seiner einzigen kräftigen Stütze. Sein Nachfolger, Gonzalez Bravo, kündigte zwar an, daß er die Politik seines Vorgängers fortsetzen werde, hatte aber, da er kein Militär war, die ganze Armee gegen sich. Es bildete sich eine Militärverschwörung, welche im Juli losschlagen wollte. Der Minister ließ daher am 7. Juli die bedeutendsten Mitglieder derselben, darunter die Generale Serrano und Dulce, verhaften und nach den kanarischen Inseln deportieren, viele Offiziere ausweisen und selbst dem Schwager der Königin, dem Herzog von Montpensier,

Isabella II., Königin von Spanien.

(c) Instituto Cervantes de Madrid

dessen Name den Gegnern der Regierung als Losungswort zu dienen schien, den Befehl zugehen, er solle Spanien verlassen. Die Aufregung im Lande stieg. Isabella glaubte sich an ihren „Freund und Verbündeten", Napoleon III., noch inniger als bisher anschließen zu müssen und verabredete mit ihm eine Zusammenkunft auf den 18. und 19. September 1868 in den beiden Grenzorten Biarritz und San Sebastian.

Während die Königin in San Sebastian verweilte, erhob sich die Revolution. Die Führer der oppositionellen Parteien (der liberalen Union, der Progressisten und der Demokraten) hatten miteinander verabredet, einen entscheidenden Schlag gegen die königliche Günstlingsherrschaft zu führen. Die verbannten Generale wurden von den kanarischen Inseln abgeholt und kamen am 18. September zugleich mit General Prim in Cadiz an; Kontreadmiral Topete schloß sich dort mit der ganzen Flotte an sie an, Cadiz und ganz Andalusien traten zu ihrer Partei über, und die wenigen treuen Truppen, welche von General Novaliches befehligt wurden, wurden am 28. September von Serrano bei Alcolea (in der Nähe von Cordova) geschlagen. Nun erklärten sich alle größeren Städte, auch Madrid, für die Revolution unter dem Rufe: „Nieder mit den Bourbonen! Nieder mit den Jesuiten!" Da verzweifelte Isabella, welche am 22. September Gonzalez Bravo entlassen und den General Concha zum Ministerpräsidenten ernannt hatte, an der Rettung ihres Thrones, verließ am 30. September San Sebastian, um sich auf das französische Gebiet zu flüchten. Sie begab sich zunächst nach dem Schlosse Pau, von wo aus sie einen Protest gegen die Revolution erließ, und nahm am 6. November ihren Aufenthalt in Paris. Napoleon, welcher schon während dieser Krisis sie vergebens aufgefordert hatte, zu gunsten ihres damals kaum elfjährigen Sohnes, des Prinzen Alfons von Asturien, abzudanken, kam später wieder auf diesen Plan zurück und vermochte sie dazu, daß sie am 25. Juni 1870 förmlich zu gunsten ihres Sohnes abdankte. Andererseits entsagte schon am 3. Oktober 1868 der Infant Don Juan, der Sohn des 1839 aus Spanien vertriebenen Don Carlos, seinen Ansprüchen auf die Krone Spaniens zu gunsten seines ältesten Sohnes Carlos, Herzogs von Madrid, welcher seitdem als Kronprätendent (König Karl VII.) auftrat.

Am 3. Oktober 1868 hielt Serrano an der Spitze

(c) Instituto Cervantes de Madrid

seines siegreichen Heeres seinen Einzug in Madrid. Die dortige Regierungsjunta übertrug ihm die Bildung eines Ministeriums. In diesem übernahm Serrano die Präsidentschaft, Prim das Kriegswesen, Topete die Marine. Der Jesuitenorden und viele Klöster wurden aufgehoben, Glaubensfreiheit verkündigt, in Madrid und Barcelona die Haltung eines protestantischen Gottesdienstes gestattet und ein liberales Wahlgesetz für die konstituierenden Cortes erlassen. Dieselben wurden am 11. Februar 1869 eröffnet und berieten die neue Verfassung, welche die spanische Nation verpflichtete, den katholischen Kultus zu erhalten, während die Ausübung der anderen Kulte zunächst den Fremden und „falls einige Spanier sich zu einer anderen als der katholischen Religion bekennen sollten", auch diesen gestattet und die Erwerbung und Ausübung der bürgerlichen und politischen Rechte unabhängig von dem konfessionellen Bekenntnis sein sollte. Mit großer Mehrheit wurden die Verfassungsartikel über die Volkssouveränität und die monarchische Regierungsform angenommen. Nach Annahme der Verfassung beschlossen die Cortes, bis der passende Thronkandidat gefunden würde, eine Regentschaft einzusetzen, und übertrugen diese Stelle dem Marschall Serrano. Ein neues Ministerium wurde gebildet, in welchem Prim die Präsidentschaft und das Kriegswesen, Topete die Marine übernahm.

Nun galt es, für den erledigten Thron einen König zu finden. Aber die Krone eines Landes, welches durch Parteiwesen politisch gelähmt und finanziell zerrüttet war, erschien nicht sonderlich begehrenswert. Der frühere Regent von Spanien, Espartero, welchen die Republikaner begünstigten, hatte keine Lust, im 76. Lebensjahre sich noch eine solche Bürde aufzuladen; der Titularkönig Ferdinand von Portugal konnte nicht einsehen, warum er sein behagliches Privatleben den Spaniern opfern solle; König Ludwig von Portugal, durch dessen Erwählung der Traum einer „Iberischen Union" verwirklicht werden sollte, erklärte in einem Schreiben vom 27. September 1869: „Als Portugiese bin ich geboren, und als Portugiese will ich sterben." Die Thronkandidatur des Herzogs Amadeus von Aosta, des zweiten Sohnes des Königs von Italien, wurde von letzterem nicht gestattet, weil der Kronprinz damals noch keine Nachkommenschaft hatte, die des Herzogs Thomas von Genua, des Neffen Viktor Emanuels, wurde von dessen Mutter, einer sächsischen Prin-

(c) Instituto Cervantes de Madrid

zessin, nicht zugegeben; gegen die Erwählung des Prinzen Alfons, des Sohnes der Exkönigin Isabella, erklärte sich entschieden der Ministerpräsident Prim; die Kandidatur des Herzogs Anton von Montpensier, welche von Serrano, Topete und der liberalen Union unterstützt wurde, fand wenig Anklang im Lande, da dieser Prinz nicht populär war, und hatte den Kaiser Napoleon zum Gegner, welcher alles aufbot, um dem „Orleans" den Weg zum Throne zu versperren.

Diese unsicheren Zustände benutzten die Karlisten und Republikaner, um durch die Gewalt der Waffen ihre Pläne durchzusetzen. Der Prätendent Karl VII. erregte 1869 einen Aufstand in den nördlichen Provinzen, fand aber wenig Anhang, und die paar tausend Bauern, welche sich ihm anschlossen, wurden von den Regierungstruppen geschlagen und zersprengt. Darauf brachen republikanische Aufstände in den Provinzen Katalonien, Aragonien, Altkastilien, Valencia, Murcia und Andalusien aus. Der Regent verhängte den Belagerungszustand über die aufständischen Provinzen und schickte Truppen ab. Die Aufständischen wurden auf allen Punkten geschlagen, die Städte Barcelona, Saragossa und Valencia genommen, die Ruhe überall wiederhergestellt. Dagegen gelang es der Regierung nicht, den Aufstand, welcher 1868 auf der Insel Cuba ausgebrochen war und von den Vereinigten Staaten von Nordamerika heimlich unterstützt wurde, zu bewältigen. Die Regierung schickte Verstärkungen um Verstärkungen nach der Insel, konnte aber erst im Jahre 1878 dieselbe vollständig unterwerfen.

Unter den Prinzen, welche 1869 die spanische Krone ausgeschlagen hatten, befand sich auch der Erbprinz Leopold von Hohenzollern. Als Katholik, als Gemahl der portugiesischen Prinzessin Antonia, als Vater von drei Söhnen, als Verwandter der napoleonischen Dynastie und als Stammesgenosse des preußischen Königshauses schien er der spanischen Regierung eine durchaus empfehlenswerte Persönlichkeit zu sein. Im Frühjahr 1870, als die Kandidatur des Herzogs von Genua gescheitert war, nahm Ministerpräsident Prim die Unterhandlungen mit diesem Prinzen wieder auf und schickte im Juni eine Deputation nach Sigmaringen. Dieselbe fand den Prinzen geneigt, den Wünschen der spanischen Regierung zu entsprechen. Nach ihrer Rückkehr nach Madrid wurde Ministerrat gehalten und am 2. Juli beschlossen, dem Prinzen Leopold von Hohenzollern die Krone von Spanien

(c) Instituto Cervantes de Madrid

offiziell anzubieten und diese Kandidatur öffentlich zu proklamieren. Die Nachricht hiervon wurde am 3. Juli nach allen Hauptstädten Europas gebracht. Sie erregte nirgends so großes Interesse als in Paris.

7) Die Balkanhalbinsel.

(1866—1869.)

Die Insel Kandia (Kreta), welche in dem neunjährigen Unabhängigkeitskampf (von 1821 bis 1830) treu zu Griechenland gestanden war und hauptsächlich auf Englands Veranlassung nicht mit Griechenland vereinigt, sondern der Türkei zurückgegeben worden war, wurde 1830 von dieser an Mehemed Ali von Aegypten, zum Dank für die gegen die Griechen geleisteten Dienste, überlassen, kam aber nach dessen Unterwerfung durch die Quadrupelallianz 1840 wieder unter die unmittelbare Herrschaft des Sultans. Da die türkische Regierung und ihre Beamten trotz der Dekrete von 1839 und 1856, wodurch den Christen die gleichen bürgerlichen Rechte mit den Türken zugesagt wurden, ihrer Willkürherrschaft nicht entsagten, so wandten sich die griechischen Bewohner Kandias im April 1866 zur Darlegung ihrer vielen Klagen und Beschwerden mit einer Bittschrift an die Pforte, und da sie einen abschlägigen Bescheid erhielten, so erhob sich die ganze Insel, und die Generalversammlung vom 2. September verkündigte den Beschluß, daß die türkische Herrschaft in Kandia abgeschafft sei und die Insel sich mit Griechenland vereinige. Als infolgedessen die Pforte Truppen nach der Insel schickte, entspann sich ein verzweifelter Kampf, der sich drei Jahre lang hinzog. Wenn auch zurückgeschlagen, brachen die Bewohner des Gebirgslandes, die tapferen Sphakioten, immer wieder aufs neue gegen die Türken vor. Um aus dieser kandiotischen Frage nicht einen orientalischen Krieg hervorgehen zu lassen, gaben die Gesandten von Preußen, Rußland, Frankreich und Italien im März 1867 der Pforte den Rat, Kandia an Griechenland abzutreten. Wiederum war es England, das, weil es Griechenland nicht erstarken und Rußlands Einfluß im Orient nicht sich vergrößern lassen wollte, die Pforte aufforderte, auf die Forderung der Mächte nicht einzugehen. Die Kandioten konnten ihren Widerstand nur deshalb so lange fortsetzen, weil sie von Griechenland mit Freiwilligen, Waffen und Geld unterstützt wurden. Die Küste

(c) Instituto Cervantes de Madrid

von Kandia war zwar von türkischen Schiffen blockiert; aber dem griechischen Schiffe Enosis war es schon fünfzehnmal gelungen, diese Blockade zu durchbrechen. König Georgios konnte dem nationalen Strom nicht entgegentreten; er hatte an dem Ausgang seines Vorgängers, des Königs Otto, gesehen, daß, wer als König für die großgriechischen Ideen kein Verständnis zeige, von den Griechen den Abschied erhalte. Die griechische Regierung that deshalb trotz aller türkischen Kriegsdrohungen nichts, um die Unterstützung des kandiotischen Aufstandes zu verhindern. Doch war derselbe im Oktober 1868 dem Erlöschen nahe. Da trat infolge des herausfordernden Benehmens Griechenlands die kandiotische Frage in ein sehr akutes Stadium. Am 20. November 1868 zog eine Freischar unter dem alten Mainotenhäuptling Petropulaki an den Fenstern der türkischen Gesandtschaft in Athen vorüber, um sich im Peloponnes zu sammeln und sich von dort nach Kandia einzuschiffen, und am 21. November erklärte der griechische Minister des Auswärtigen, Delyannis, auf eine an ihn gerichtete Interpellation, die Politik der griechischen Regierung bezüglich der Insel Kandia sei immer die Annexion gewesen und werde es immer sein. Auf dies hin ging der türkischen Regierung die Geduld aus. Da die Vorstellungen ihres Gesandten in Athen von Delyannis nicht beachtet wurden, so schickte sie am 10. Dezember ein Ultimatum nach Athen und drohte, falls Griechenland dasselbe ablehnen würde, mit sofortigem Abbruch der diplomatischen Beziehungen, mit Ausweisung aller griechischen Unterthanen aus der Türkei (in Konstantinopel allein lebten 30 000 Griechen) und mit Ausschließung der griechischen Schiffe aus den türkischen Häfen. Die griechische Regierung verwarf am 16. Dezember das Ultimatum. Darauf reiste der türkische Gesandte von Athen ab, und dem griechischen Gesandten in Konstantinopel wurden seine Pässe zugestellt.

Beide Mächte rüsteten sich zum Krieg. Die europäische Diplomatie bot alles auf, um die Pforte wenigstens zu einem Aufschub der gegen die griechischen Unterthanen und Schiffe angekündigten Maßregeln zu bewegen. Graf Bismarck fand den rechten Weg zur Beilegung der Streitigkeiten. Er schlug dem französischen Minister des Auswärtigen, Marquis von Lavalette, die Berufung der Unterzeichner des Pariser Friedens zu einer Spezialkonferenz vor. Dieser Vorschlag fand die Zustimmung aller Mächte, worauf am 9. Januar

(c) Instituto Cervantes de Madrid

1869 die Konferenz unter dem Vorsitz Lavalettes in Paris eröffnet wurde. Die schon im türkischen Ultimatum aufgestellten Bedingungen, daß Griechenland die Bildung neuer Freiwilligenscharen verhindern, die Korsarenschiffe entwaffnen oder aus seinen Häfen ausschließen und den nach Griechenland ausgewanderten kandiotischen Familien die Rückkehr nach Kandia gestatten solle, wurden von der Konferenz als berechtigt anerkannt und durch einen Abgesandten derselben Griechenland zur Annahme dieser Bedingungen aufgefordert. Darauf nahm das Ministerium Bulgaris seine Entlassung, und der König berief das Ministerium Zaimis, welches sofort das Konferenzprotokoll annahm und die Gründe hierfür in einer Proklamation auseinander setzte. Die diplomatischen Beziehungen zwischen der Pforte und Griechenland wurden wiederhergestellt. Die Insel Kandia mußte sich aufs neue unter die türkische Herrschaft beugen und eine günstigere Gelegenheit zu ihrer Befreiung abwarten.

Die Beziehungen der Pforte zu ihrem Vasallen in Aegypten, Ismail Pascha, welcher neuerdings den Titel Chedive erhalten hatte, waren sehr gespannt. Dieser trug sich, wie einst sein Großvater, Mehemet Ali, mit Unabhängigkeitsplänen. Er hatte sich nach und nach zum Eigentümer fast der Hälfte des Landes gemacht und den Baumwollehandel großenteils in seiner Hand. Aber so große Einkünfte er auch daraus bezog, so reichten dieselben doch nicht, um seine Ausgaben für Flotte und Heer und seine Verschwendung in luxuriösen Bauten bestreiten zu können, daher er im Auslande Anleihen machte und seinem Volk die drückendsten Steuern auferlegte. Da er mit den europäischen Regierungen wie ein Souverän verhandelte und um seinen Oberherrn sich nicht kümmerte, so verlangte dieser von ihm unbedingte Unterwerfung und Einhaltung der eingegangenen Verpflichtungen. Von keiner der Großmächte hatte der Chedive Beistand zu erwarten; daher mußte er, wenn er nicht die Pforte zu einem Krieg herausfordern wollte, sich im Dezember 1869 zu der Erklärung verstehen, daß er ohne Einwilligung der Pforte keine neuen Steuern auferlegen, keine Anleihen abschließen, seine Armee nicht über die vertragsmäßig bestimmte Zahl von 30 000 Mann vermehren und keine selbständige Vertretung im Ausland halten wolle. Zur Schärfe dieses Konflikts hatte hauptsächlich beigetragen, daß er im Sommer 1869 in Begleitung seines Ministers Nubar Pascha eine Reise nach Europa machte, um

(c) Instituto Cervantes de Madrid

die dortigen Herrscherfamilien persönlich einzuladen, den Feierlichkeiten bei der Eröffnung des Suezkanals beizuwohnen. Die französische Kaiserin Eugenie, als Stellvertreterin ihres damals kränklichen Gemahls, der Kaiser Franz Joseph von Oestreich, der Kronprinz Friedrich Wilhelm von Preußen und einige andere fürstliche Personen kamen zu dieser Feier nach Aegypten und versammelten sich mit ihren Schiffen am 16. November 1869 in Port Said. Die Eröffnung erfolgte am 17., wo der Chedive mit seinen Gästen auf mehreren Schiffen von Port Said nach Ismaila und am 18. von da nach Suez fuhr. Damit war die hauptsächlich durch die Thätigkeit des Franzosen Ferdinand von Lesseps unter Mitwirkung einer Aktiengesellschaft hergestellte Wasserstraße, welche das Mittelländische mit dem Roten Meer und eben damit mit dem Indischen Ozean verbinden und leichteren Handelsschiffen die lange Fahrt um das Kap der guten Hoffnung ersparen sollte, eingeweiht und dem allgemeinen Verkehr übergeben.

Ferdinand von Lesseps.

8) Das russische Reich.

(1864—1870.)

Die Russifizierung Polens und der Ostseeprovinzen, welche sowohl das sprachliche als das konfessionelle Gebiet betraf, machte von Jahr zu Jahr größere Fortschritte. Die sogenannte moskowitische Partei wollte in dem „heiligen" russischen Reich keine andere Sprache als die russische und keine andere Konfession als die griechisch-katholische dulden. Dieser Plan sollte unerbittlich durchgeführt und auf die historisch verbrieften Rechte der Provinzen keine Rücksicht genommen werden. Ein Königreich Polen gab es nicht mehr. Polen war seit

(c) Instituto Cervantes de Madrid

1868, wo durch einen kaiserlichen Ukas die noch bestehende besondere Regierungskommission für innere Angelegenheiten aufgehoben und die Verwaltung des Landes den Behörden des Kaiserreiches übertragen wurde, eine russische Provinz wie jede andere. Die polnische Sprache war in Polen und Litauen auf die engsten häuslichen Kreise beschränkt, für den Unterricht, den Gottesdienst und die öffentlichen Geschäfte die russische Sprache anbefohlen. Die deutschen Zivilgouverneure von Livland, Esthland und Kurland wurden entlassen und durch Russen ersetzt, die dortigen deutschen Amtsblätter in russische umgewandelt und die Oberbehörden angewiesen, in ihrer Korrespondenz mit den Gemeindebehörden oder anderen Behörden sich nur der russischen Sprache zu bedienen, und selbst in deutschen Gymnasien wurde zunächst für einzelne Unterrichtsfächer der Gebrauch der russischen Sprache verlangt. Die Adressen, welche die Ritterschaften der Ostseeprovinzen an den Kaiser richteten und in welchen sie unter Berufung auf die Verträge um Wahrung ihrer nationalen und ständigen Rechte baten, hatten keinen Erfolg und wurden alle abschlägig beschieden.

Kardinalstaatssekretär Antonelli.

Die Beziehungen der russischen Regierung zum päpstlichen Stuhl, welche wegen ihres unduldsamen Verhaltens gegen die katholische Kirche in Polen seit 1864 sehr gespannt waren, verschlechterten sich bis zu dem Grad, daß am 9. Februar 1866 der diplomatische Verkehr abgebrochen und am 4. Dezember 1866 durch einen kaiserlichen Ukas das am 15. August

(c) Instituto Cervantes de Madrid

1847 zwischen Rußland und dem Papst abgeschlossene Konkordat für erloschen erklärt wurde. Den polnischen Bischöfen und Geistlichen wurde jeder direkte Verkehr mit Rom untersagt und in Petersburg eine römisch-katholische Synode errichtet, von welcher jene allein ihre Weisungen einzuholen hatten, und der Besuch des vatikanischen Konzils 1869 ihnen verboten. Da auf diese Weise der russische Kaiser, dem gegenüber jene Synode eine untergebene Behörde war, an die Stelle des Papstes trat, andererseits der Kardinalstaatssekretär Antonelli in einem Schreiben vom 3. Januar 1868 jede Teilnahme an der Synode bei Strafe der Exkommunikation verbot, so waren die katholischen Bischöfe in Rußland in einer üblen Lage. Diejenigen Bischöfe, welche die Synode nicht als oberste Kirchenbehörde anerkannten, wurden verhaftet und im Innern Rußlands interniert.

Die Beziehungen Rußlands zu den auswärtigen Mächten waren günstig. Die alten Verbindungen mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika wurden sorgfältig gepflegt und die Gebiete in Nordamerika, welche seit 1799 von den Russen besetzt worden waren, um 7 200 000 Dollars an die Vereinigten Staaten verkauft. Dieselben hatten an sich wenig Wert, aber die Amerikaner fühlten eine Befriedigung darin, daß durch diesen Kauf eine europäische Herrschaft vom amerikanischen Kontinent verschwunden war. In der kandiotischen Frage stand Rußland auf seiten Griechenlands, dessen König Georgios sich 1867 mit der Großfürstin Olga, der Tochter des Großfürsten Konstantin, eines Bruders des Kaisers Alexander II., vermählt hatte. Es lag im russischen Interesse, daß die christlichen Provinzen aus der Gesamttürkei losgelöst und in selbständige Staaten umgewandelt wurden. Das intimste Verhältnis unterhielt Rußland zu Preußen, das ihm im Krimkrieg und im polnischen Aufstand von 1863 wichtige Dienste geleistet hatte. Rußlands Haltung im schleswig-holsteinischen Streite, im Krieg von 1866 und in der Luxemburger Frage zeugten von einer dankbaren Gesinnung. In Mittelasien, im Stromgebiet des Syr und Amur, drangen die Russen unaufhaltsam vor. Sie rückten 1864 in das Chanat Chokand ein, eroberten mehrere Städte und vereinigten 1865 alles neu eroberte, östlich vom Aralsee gelegene Land zu einer neuen Provinz Turkestan, welche die nördliche Hälfte des Chanats Chokand mit der wichtigen Handelsstadt Taschkend und der Stadt Hazred umfaßte.

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Gleichzeitig führten die Russen Krieg mit dem Emir von Buchara. Der neuernannte russische Oberbefehlshaber, General Kauffmann, schlug 1868 die Truppen desselben, besetzte Samarkand (das alte Marakanda) und zwang den Emir, im Frieden von Mozaffareddin die Städte Samarkand und Katty-Kurgan nebst den dazu gehörigen Landschaften an Rußland abzutreten, eine Kriegskontribution zu zahlen und dem russischen Handel Zugeständnisse zu machen.

9) Frankreichs innere und äußere Politik.

(1868—1870.)

Die Mißerfolge der französischen Regierung, welche mit dem Rückzug aus Mexiko begonnen hatten, wirkten höchst ungünstig auf die Stellung des Kaisers Napoleon zu den parlamentarischen Körpern. Man hatte sich sein persönliches Regiment gefallen lassen, solange er einen Feldzug um den anderen siegreich beendigte und als Schiedsrichter Europas galt; als aber die Zeit der politischen Demütigungen eintrat, schien dieses persönliche Regiment den Verhältnissen nicht mehr gewachsen zu sein, und nicht bloß die Opposition, sondern auch die gemäßigten Mitglieder der Kammern glaubten nur durch Einführung einer parlamentarischen Regierung Frankreich auf der Höhe seiner Mission erhalten zu können. Die freiere Bewegung, welche durch die Gesetze von 1868 der Presse und den Versammlungen gegeben wurde, benutzte die Opposition zu den heftigsten Angriffen auf das Kaisertum. Es wurde bereits ein revolutionärer und sozialdemokratischer Ton angeschlagen, von Umsturz des Kaiserthrones und von einer radikalen Umwälzung aller sozialen Verhältnisse gesprochen. Die gemäßigte Opposition verlangte von der Regierung

Henry Rochefort.

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Ministerverantwortlichkeit, Aufgeben der offiziellen Kandidaturen, freie Wahlen, wirksame Teilnahme des gesetzgebenden Körpers an der Staatsverwaltung, geordnete Finanzverwaltung, genaue Kontrolle der Staatsausgaben, friedliche Politik und stimmte dem Minister des Auswärtigen, Lavalette, bei, als dieser in der Kammer erklärte, Frankreich werde im Frieden mit Preußen bleiben, solange dieses die Mainlinie und die Selbständigkeit der süddeutschen Staaten respektiere. Die Differenzen mit der belgischen Regierung, welche den Verkauf belgischer Eisenbahnen an die französische Ostbahngesellschaft nicht zugab, wurden durch das Pariser Protokoll vom 10. Juli 1869 beigelegt. Für Belgien handelte es sich dabei weniger um die französische Ostbahngesellschaft, als um die hinter derselben stehende französische Regierung, welche durch die Besitznahme belgischer Eisenbahnen festen Fuß in Belgien fassen wollte.

Napoleon III., Kaiser der Franzosen.

Der Journalist Rochefort verfolgte in seiner „Laterne" den Kaiser Napoleon mit beißendem Witz, der Advokat Gambetta trat ihm mit der Beredsamkeit eines empörten Volkstribunen entgegen. Am 2. November 1868, am Allerseelentag, fanden auf dem Kirchhof Montmartre Demonstrationen statt, und die Gräber Cavaignacs und des am 3. Dezember 1851 auf der Barrikade gefallenen Volksvertreters Baudin wurden bekränzt. Mehrere Blätter eröffneten Subskriptionen zur Errichtung eines Denkmals für Baudin, und als der Minister des Innern, Pinard, ein gerichtliches Verfahren gegen dieselben einleiten ließ, hielt Gambetta, welcher einen der Angeklagten verteidigte, eine fulminante Rede. Auf den

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Staatsstreich vom 2. Dezember zurückgreifend, sagte er: „Um jene Zeit bemächtigte sich Frankreichs ein unbedeutender Mensch ohne Halt mit Hilfe von Leuten, von denen man wiederholen kann, was Sallust von dem Schwarme sagt, welcher Katilina umgab, was Cäsar selbst von seinen Mitschuldigen wiederholt: der Auswurf der Bevölkerung."

Der neue Minister des Innern, Forcade de la Roquette, bot bei den Neuwahlen zum gesetzgebenden Körper, welche am 23. und 24. Mai 1869 stattfanden, alles auf, um die offiziellen Kandidaten durchzubringen. Das Ergebnis der Wahlen war, daß für die offiziellen Kandidaten 4 664 000, für die unabhängigen oder oppositionellen Kandidaten 3 310 000 Stimmen abgegeben, daß in Paris, Lyon, Marseille und anderen großen Städten die heftigsten Gegner des Kaisertums, sogenannte „Unversöhnliche" (Gambetta, Bancel, Raspail, Rochefort und andere), gewählt wurden, und daß die Zahl der Oppositionskandidaten, welche 1857 nur 5 betragen hatte, bis auf 93 stieg. Die Zahl der gewählten offiziellen Kandidaten betrug zwar 199, und Napoleon hatte somit im gesetzgebenden Körper noch eine bedeutende Mehrheit; aber diese war nicht durchaus zuverlässig, und je zahlreicher die Opposition war, desto herausfordernder trat sie auf. Infolge einer Interpellation, welche nach Eröffnung des gesetzgebenden Körpers (28. Januar 1869) die 116 Mann starke Mittelpartei an die Regierung richtete „über die Notwendigkeit, den Wünschen des Landes nach einer wirksameren Beteiligung bei der Leitung der öffentlichen Angelegenheiten Genüge zu thun", entließ Napoleon, um einer parlamentarischen Niederlage zuvorzukommen, den Staatsminister Rouher, den sogenannten „Vizekaiser", und ernannte ihn zum Senatspräsidenten, worauf ein neues Ministerium berufen wurde, dessen

Eugène Rouher.

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Führung Forcade, der Minister des Innern, übernahm. Dem Senat ließ er eine Vorlage machen, in welcher Abänderungen der Verfassung beantragt waren. Der Senatskonsult, welcher die Befugnisse des Senats und des gesetzgebenden Körpers erweiterte und die Ministerverantwortlichkeit prinzipiell einräumte, kam am 6. November 1869 zustande.

In der Thronrede, mit welcher Napoleon am 29. November 1869 die neue Session eröffnete, erklärte er: „Frankreich will die Freiheit, aber die Freiheit im Bunde mit der Ordnung. Für die Ordnung stehe ich ein, helfen Sie mir, die Freiheit zu schützen!" Die Wahlprüfungen gaben zu den heftigsten Angriffen auf das System der offiziellen Kandidaturen und die damit verbundene Wahlbeeinflussung Anlaß. Sobald dieses Geschäft beendigt war, nahm das Ministerium, welches sich dieser Kammer nicht gewachsen fühlte, seine Entlassung. Darauf beauftragte der Kaiser am 27. Dezember den Abgeordneten Ollivier, welcher zu der neugebildeten Mittelpartei gehörte, mit der Bildung eines gleichartigen Kabinetts, das ein treuer Ausdruck der Mehrheit des gesetzgebenden Körpers sein sollte, und bat ihn um seine Unterstützung in der Aufgabe, die konstitutionelle Regierungsweise in regelmäßige Wirksamkeit treten zu lassen. Am 2. Januar 1870 kam das erste parlamentarische Ministerium des zweiten Kaiserreichs zustande, in welchem Ollivier die Justiz und den Kultus, Graf Darü die auswärtigen Angelegenheiten, Büffet die Finanzen übernahm und General Leboeuf das Kriegsministerium behielt. Die neuen Minister sprachen sich in den Kammern sehr offen aus: Darü sagte im Senat: „Wir sind ehrliche Leute, wir werden thun, was wir gesagt haben, wir werden die Versprechungen halten, die wir gegeben haben, alle ohne irgend eine Ausnahme," und Ollivier äußerte im gesetzgebenden Körper: „Es muß

Emile Ollivier.

(c) Instituto Cervantes de Madrid

eine nationale Regierung gegründet werden, welche die Freiheit ohne Revolution und den Gang des Fortschritts ohne Gewaltsamkeit sichert." Eine der ersten Handlungen des neuen Ministeriums war die Entlassung des Seinepräfekten Haußmann, welcher die Pläne des Kaisers bei Umgestaltung und Verschönerung der Hauptstadt ausgeführt und derselben dadurch eine ungeheure Schuldenlast aufgebürdet hatte. Mehrere liberale Maßregeln folgten, welche geeignet waren, ein günstigeres Verhältnis zwischen der Regierung und den Kammern anzubahnen. Aber die Erschießung eines Journalisten durch den Prinzen Peter Bonaparte, den dritten Sohn des Prinzen Lucian Bonaparte, welchem jener eine Herausforderung überbracht hatte, und die Verhaftung des Abgeordneten Rochefort, welcher in seinem Blatte „Marseillaise" die ganze napoleonische Familie als eine Mörderbande bezeichnete, erregten im Januar und Februar 1870 eine solche Aufregung, daß es zu blutigen Konflikten kam und Barrikaden errichtet wurden.

Da der gesetzgebende Körper immer mehr Freiheiten und Rechte für sich in Anspruch nahm, so wünschte Napoleon „dem ungemäßigten Verlangen" nach Verfassungsänderungen dadurch ein Ziel zu setzen, daß alle die Reformen, welche die konstitutionelle Regierung des Kaisertums fordere, in einer neuen Verfassung zusammengefaßt würden. Es wurde daher dem Senat der Entwurf einer neuen Verfassung vorgelegt und von diesem mit einigen unwesentlichen Abänderungen am 20. April 1870 einstimmig genehmigt. In dieser Verfassung wurde dem gesetzgebenden Körper ein Anteil an der konstituierenden Gewalt, welche bisher zwischen Kaiser und Senat geteilt war, eingeräumt, die Ministerverantwortlichkeit ausgesprochen, zugleich aber erklärt, daß der Kaiser vor dem französischen Volk verantwortlich sei und jederzeit an dasselbe appellieren könne. Die letztere Bestimmung und die ausdrückliche Erklärung, daß jede Verfassungsänderung nur durch eine Volksabstimmung und zwar auf den Antrag des Kaisers erfolgen könne, und daß die neue Verfassung, nach der Beratung des Senats und ohne Befragung des gesetzgebenden Körpers, einer Volksabstimmung unterbreitet werden solle, war weder im Sinne der Radikalen, noch in dem der Minister Darü und Büffet. Aber der Kaiser, welcher durch eine solche Volksabstimmung zugleich ein Urteil der Nation über die Gesamtpolitik des Kaisertums hervorrufen wollte, beharrte

(c) Instituto Cervantes de Madrid

auf dem Plebiszit und nahm die angebotene Entlassung der beiden Minister an. Das Ergebnis der Volksabstimmung über den Senatskonsult vom 20. April und über alle seit 1860 durch den Kaiser unter Mitwirkung der großen Staatskörper bewerkstelligten liberalen Verfassungsreformen mußte als eine Billigung der napoleonischen Politik aufgefaßt werden. Am 9. Mai stimmten 7350142 mit Ja, 1538825 mit Nein. Daß fast in allen größeren Städten mehr „Nein" als „Ja" abgegeben wurden, hatte nichts Auffallendes; bedenklicher war, daß die Armee 46 000 und die Marine 5000 Nein abgegeben hatte. Doch glaubte der Kaiser infolge dieser Abstimmung aufs neue auf die Zukunft seiner Dynastie vertrauen zu dürfen.

Am 15. Mai 1870 wurde, an Stelle des abgetretenen Ministers Darü, der Herzog von Gramont zum Minister des Auswärtigen ernannt. Derselbe war ein zum Bonapartismus bekehrter Legitimist, welcher bisher die Gesandtschaftsposten in Kassel, Stuttgart, Turin, Rom und Wien bekleidet und an letzterem Orte durch seine Preußenfeindschaft sich große Beliebtheit in den höheren Kreisen erworben hatte. Diese Ernennung wurde von der Pariser Presse als eine Garantie dafür aufgefaßt, „daß Frankreich wieder daran denke, den ersten Platz, der ihm in der Welt gebühre, würdig auszufüllen und seine Stimme in den großen Fragen, welche die Welt bewegen und welche ohne Frankreichs Mitwirkung und Einfluß weder verhandelt noch gelöst werden können, hören zu lassen". Die kaiserliche Regierung war zum Krieg entschlossen. Napoleon wollte durch Eroberungen, die er auf dem linken Rheinufer, in Luxemburg und in Belgien zu machen gedachte, seinem Sohne den Thron sichern. Durch neue Sebastopol und Solferino sollte der Ruf nach „Rache für Sadowa" zum Schweigen gebracht, der Liberalismus und Radikalismus in der Kammer und in der Presse beseitigt und wieder ein echt bonapartistisches Regiment eingeführt werden. Die Jesuitenpartei, welche es unerträglich fand, daß das protestantische Preußen sich an die Spitze Deutschlands gestellt hatte, und die Errichtung eines geeinigten Deutschlands mit einem hohenzollerischen Kaisertum um jeden Preis zu verhindern suchte, agitierte im Bund mit den Bonapartisten für die Eröffnung des Krieges gegen Preußen. Ihre einflußreiche Fürsprecherin war die Kaiserin Eugenie, die heißblütige und bigotte Spanierin, welche diese Kriegsfrage zu ihrer besonderen Herzenssache machte und mit den Worten „c'est ma petite

(c) Instituto Cervantes de Madrid

guerre" für dieselbe eintrat. Daß ein Krieg mit Preußen, beziehungsweise mit dem norddeutschen Bund eine schwierigere Sache sei als der Krieg von 1859 mit Oestreich, verhehlte sich Napoleon nicht. Aber die Ueberlegenheit des Chassepotgewehrs über das preußische Zündnadelgewehr, die Erfindung der Mitrailleusen, von deren Brauchbarkeit er sich persönlich überzeugt zu haben glaubte, die Versicherung des Kriegsministers Leboeuf, daß er „überbereit" (archiprêt) sei, die Uebermacht zur See, das feste Vertrauen auf die Neutralität, wenn nicht geradezu Bundesgenossenschaft Süddeutschlands und so manches andere verscheuchten seine Besorgnisse. Es handelte sich nur darum, zu der Kriegserklärung den geeigneten Anlaß zu finden, wodurch der preußischen Regierung die Möglichkeit, Allianzen zu finden und die nationalen Gefühle der ganzen deutschen Nation für sich zu haben, benommen würde. Nach dem Beustschen Rat sollte ja dieser Anlaß nicht in einer nationalen, sondern in einer rein dynastischen Frage gesucht werden. Einige Chauvinisten glaubten, daß der von dem norddeutschen Bunde mit der Schweiz und Italien abgeschlossene Gotthardvertrag für diesen Zweck verwendet werden könne. Aber bei der Beantwortung der Interpellation des Abgeordneten Mony, der in diesem Vertrag eine schwere Beeinträchtigung der französischen Interessen erblickte, mußte Gramont nach einem genauen Studium der Gotthardfrage am 20. Juni 1870 die Erklärung abgeben, daß Frankreich weder das Recht noch die Pflicht zur Einmischung habe. Doch wurde für alle Fälle am 29. Juni bei dem Seepräfekten von Cherbourg angefragt, was für Vorräte dort aufgehäuft seien zum Zweck einer Flottenexpedition nach der Nordsee und Ostsee. Obgleich daraus die kriegerischen Absichten aufs deutlichste erhellten, erklärte doch Ollivier am 30. Juni im gesetzgebenden Körper, daß niemals der europäische Friede weniger bedroht gewesen sei als jetzt. Noch sechs Tage, und die französische Kriegserklärung war thatsächlich schon da.

(c) Instituto Cervantes de Madrid

(c) Instituto Cervantes de Madrid

K. F. Becker's

Weltgeschichte.

Neu bearbeitet

und bis auf die Gegenwart fortgeführt

von

Wilhelm Müller,
Professor in Tübingen.

Mit Illustrationen und einer Karte.

Zwölfter Band.

Stuttgart.
Druck und Verlag von Gebrüder Kröner.
1886.

(c) Instituto Cervantes de Madrid

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Vorwort.

Die Neubearbeitung der Becker'schen Weltgeschichte, welche im Jahre 1882 unternommen worden ist, hat im Herbst 1886 ihren Abschluß gefunden. Den drei ersten Bänden, welche die Geschichte des Altertums umfassen, habe ich nur eine redaktionelle Thätigkeit zu widmen gehabt, da die eigentliche Bearbeitung derselben der leider indessen verstorbene Herr Ruthardt, Professor am Gymnasium in Heilbronn, besorgt hat. Die übrigen neun Bände sind von mir bearbeitet worden. In denselben hat sich die Verbesserungsbedürftigkeit des Becker'schen Textes mehr und mehr bemerklich gemacht.

Die Teilnahme des Publikums stieg mit dem raschen Fortschreiten des Unternehmens. Den Grund hiervon glaubte ich hauptsächlich darin zu finden, daß diese Neubearbeitung der Becker'schen Weltgeschichte sich möglichster Kürze befleißigt hat und daß bei der Einteilung des Stoffes dem Altertum und dem Mittelalter nur vier Bände, der neuen und neuesten Geschichte acht Bände zugewiesen worden sind. Diese Einteilung schien mir für eine auf die weitesten Kreise berechnete Weltgeschichte geboten zu sein. Dieselbe ist bis zur Gegenwart fortgeführt; Ereignisse vom September und Oktober 1886 haben in dem Werke noch Erwähnung gefunden.

Hinsichtlich der Knappheit der Darstellung ist nur eine einzige Ausnahme gemacht worden, und zwar bei der Schilde-

(c) Instituto Cervantes de Madrid

rung der Schlacht bei Leipzig 1813. Da dieselbe eine so hohe politische Bedeutung hat und ergreifende dramatische Szenen bietet, so glaubte ich die Gelegenheit, den Lesern ein großes Schlachtengemälde vor Augen zu führen, nicht versäumen zu dürfen. Ein Vergleich zwischen den Vorgängen in dieser Schlacht und der deutschen Kriegführung von 1870 gibt zu interessanten Bemerkungen Anlaß.

Die Darstellung der Litteraturgeschichte der neuen und neuesten Zeit erscheint vielleicht manchem Leser zu kurz. Abgesehen davon, daß begründete Zweifel darüber herrschen, ob die Aufnahme der Litteraturgeschichte in die Weltgeschichte zweckmäßig ist und ob es nicht bei dem immer massenhafter sich ansammelnden Stoffe angezeigt ist, die Geschichte der Wissenschaft und Kunst in Spezialwerken zu bearbeiten, schien es mir unter allen Umständen geboten, nur die Meister, welche ihrer Zeit das Gepräge gegeben haben, namhaft zu machen und kurz zu charakterisieren.

Tübingen, 1. November 1886.

Wilhelm Müller.

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Inhalt des zwölften Bandes.

Seite

Neueste Zeit.

Zwölfter Zeitraum (das Zeitalter des Fürsten Bismarck). Fortsetzung.

3. Der deutsch-französische Krieg (1870—1871) 3
   1) Das diplomatisch-parlamentarische Vorspiel (1870) 3
   2) Der Moltkesche Kriegsplan 20
   3) Die großen Schlachten im August und September (1870) 25
   4) Die Revolution vom 4. September (1870) . . 57
   5) Belagerung von Paris und Kämpfe mit den Provinzialarmeen (1870—1871) 63
   6) Friedensschlüsse (1871) 82
4. Gründung des Deutschen Reiches und des hohenzollerischen Kaisertums (1870—1871) 89
5. Europa unter dem Einfluß des deutschen Friedensreiches (1871—1886) 101
   1) Italien und Rom (1870—1873) 101
   2) Die Pariser Commune und die Präsidentschaft Thiers' (1871—1873) 106
   3) Das deutsche Reich (1871—1886) 118
      a) Der Kulturkampf 118
      b) Elsaß-Lothringen 130
      c) Die wirtschaftliche Lage 135
      d) Die soziale Frage 138
      e) Deutschlands militärische Stellung 142
      f) Deutschlands Kolonialpolitik 146
      g) Deutschlands Stellung zum Ausland (1871 bis 1886) 152
      h) Deutsche Einzelstaaten 162
   4) Die orientalische Krisis (1874—1886) 166
      a) Thronwechsel und Aufstände in der Türkei (1874—1877) 166
      b) Diplomatische Verhandlungen (1876—1877) 169
      c) Der russisch-türkische Krieg (1877—1878) . 172

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Seite

d) Der Berliner Kongreß und seine Resultate (1878—1881) 176
e) Die ägyptische Frage (1873—1886) . . . 179
f) Die bulgarische Frage (1879—1886) . . . 184
5) Oestreich-Ungarn (1871—1886) 191
6) Frankreich unter der Präsidentschaft Mac Mahons und Grevys (1873—1886) 203
7) Italien (1873—1886) 217
8) Rußland unter Alexander II. und Alexander III. (1871—1886) 223
9) Großbritannien und Irland (1871—1886) . . 230
10) Spanien und Portugal (1870—1886) 240
11) Belgien und Holland (1870—1886) 248
12) Dänemark, Schweden und Norwegen (1871—1886) 254
13) Die Schweiz (1871—1886) 260
6. Außereuropäische Staaten (1869—1886) 265
7. Kultur und Litteratur im neunzehnten Jahrhundert 276

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Illustrationen des zwölften Bandes.

	Seite
Prinz Leopold von Hohenzollern	4
Herzog von Gramont	7
Ludwig II., König von Bayern	13
Karl I., König von Württemberg	14
Friedrich, Großherzog von Baden	15
Bismarck	20
Moltke	21
Französische Heerführer 1870/71: Frossard. de Failly. Bazaine. Le Boeuf. l'Admirault. Bourbaki. Canrobert. Mac Mahon	26
Friedrich Wilhelm, Kronprinz von Preußen	29
Attacke des 1. Gardedragoner-Regiments bei Mars-la-Tour	37
Deutsche Heerführer 1870/71: Alvensleben I. Alvensleben II. Fransecky. Voigts-Rhetz. Manstein	39
Kronprinz Albert von Sachsen	43
Deutsche Heerführer 1870/71: Kirchbach. v. d. Tann. Bose. Hartmann	47
General Wimpffen	50
Unterredung Bismarcks mit Napoleon	53
General Trochü	58
Das Präfekturgebäude in Versailles. Hauptquartier des deutschen Generalstabs	63
Straßenkampf in Le Bourget	65
Großherzog Franz II. von Mecklenburg	66
Ansicht von Metz	67
General Chanzy	70
General von Manteuffel	72
General Göben	73
General Werder	74
Jules Favre	82
Leon Gambetta	83
Bismarcks Wohnung in Versailles	85
Einzug der deutschen Truppen in Paris am 1. März 1871	87
Minister Delbrück	90
Die Kaiserproklamation in Versailles am 18. Januar 1871	93
Die Krone des Kaisers	95
Die Krone der Kaiserin	95
Die Krone des Kronprinzen	95
Wilhelm I., Kaiser von Deutschland	96
Augusta, Kaiserin von Deutschland	97
Thiers	113
Minister Falk	120
Ludwig Windthorst	124
Papst Leo XIII.	127
Ferdinand Lassalle	139
Dr. Gustav Nachtigal	147
Stanley	151
Kaiser Alexander III.	158
Bismarcks Stammhaus in Schönhausen	160
Prinz Albrecht von Preußen	164
Prinz Luitpold von Bayern	165
Sultan Abdul Hamid II.	168
General Gordon	181
Ansicht von Chartum	182
Der Mahdi	183
Alexander von Bulgarien	185
Graf Taaffe	198
Präsident Grevy	207
Charles Freycinet	211
Jules Ferry	212
Humbert I., König von Italien	218
Depretis	220
Disraeli	231
Parnell	236
Salisbury	238
Alfons XII., König von Spanien	243
Leopold II., König von Belgien	251
Oskar II., König von Schweden	256
General Grant	266
Karl Schurz	267
Präsident Cleveland	269

(c) Instituto Cervantes de Madrid

	Seite
Don Pedro II., Kaiser von Brasilien	272
Ludwig Uhland	278
Friedrich Rückert	278
Rauch	280
Cornelius	281
Richard Wagner	282
L. v. Ranke	283
Alexander von Humboldt	284
Victor Hugo	285
Byron	287

Karte.

Das Deutsche Reich seit 1871 . . . . . nach Seite 112

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Neueste Zeit.

Zwölfter Zeitraum (das Zeitalter des Fürsten Bismarck).

1862—1886.

(Fortsetzung des XI. Bandes.)

(c) Instituto Cervantes de Madrid

(c) Instituto Cervantes de Madrid

3. Der deutsch-französische Krieg.

(1870—1871.)

1) Das diplomatisch-parlamentarische Vorspiel.

(1870.)

In seiner Enthüllungsdepesche vom 29. Juli 1870 sagt Bismarck: „Ich habe den Eindruck, daß nur die definitive Ueberzeugung, es sei mit uns keine Grenzerweiterung Frankreichs zu erreichen, den Kaiser zu dem Entschlusse geführt hat, eine solche gegen uns zu erstreben." Der Bundeskanzler sah diesen Entschluß herankommen, zumal seitdem Gramont die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten übernommen hatte. Um den Rücken Preußens zu decken und das von dem Preußenfeind Beust geleitete Oestreich von der aktiven Teilnahme am Krieg abzuhalten, versicherte er sich der Neutralität Rußlands. Kaiser Alexander II. kam am 13. Mai 1870 in Berlin an und begab sich am 15. Mai nach Ems, um dort die Kur zu gebrauchen. König Wilhelm machte ihm dort am 2. Juni einen Gegenbesuch. Das Auffallende daran war nur der Umstand, daß Bismarck, der sonst nur, wenn hochpolitische Fragen, wie 1863 und 1865, auf der Tagesordnung standen, seinen königlichen Herrn auf solchen Reisen zu begleiten pflegte, gleichfalls nach Ems reiste und daß auch der russische Botschafter in Berlin, Herr von Dubril, dort anwesend war. Authentisches liegt über die Unterredung in Ems nichts vor. Wenn aber nach Ausbruch des Krieges die russische Regierung erklärte, sie werde neutral bleiben, solange die anderen Mächte es auch blieben; sie werde aber, sobald eine dritte Macht sich am Kriege beteiligen und auf die Seite Frankreichs treten würde, gleichfalls ins Feld rücken und als Bundesgenosse Preußens auftreten, und wenn sie im Oktober die ihre Seemacht beschränkenden Bestimmungen

(c) Instituto Cervantes de Madrid

des Pariser Vertrages nicht mehr als gültig anerkannte, so haben wir darin offenbar die Folgen der Emser Besprechungen zu erkennen.

Die Kandidatur des Erbprinzen Leopold von Hohenzollern für den spanischen Thron, welche wir oben erwähnt haben, war im Juli 1870 keinem europäischen Diplomaten etwas Unbekanntes. Der Erbprinz hatte 1869 auf Anraten des Königs Wilhelm die Krone abgelehnt; im Oktober wurde von dem Cortesabgeordneten Salazar-y-Mazarredo, der die Unterhandlungen mit Leopold geführt hatte, im Interesse dieser Kandidatur eine Flugschrift veröffentlicht; am 11. Juni 1870 wurde die Kandidatur von dem Ministerpräsidenten Prim in den Cortes besprochen, ohne daß der Name des Prinzen genannt wurde; am 2. Juli, nach der Zusage desselben, wurde sie im spanischen Ministerrat definitiv beschlossen und am 3. die Nachricht hiervon allen Kabinetten Europas telegraphisch mitgeteilt. Das französische Kabinett war längst besorgt, daß die hohenzollerische Kandidatur einen ernsten Charakter annehmen möchte, und ließ schon am 31. März 1869 durch Benedetti in Berlin anfragen, ob den hierüber umlaufenden Gerüchten irgend eine Wichtigkeit beizulegen sei; es erhielt von dem Unterstaatssekretär von Thiele die Antwort, daß von einem solchen Projekt nicht die Rede sei und nicht sein könne. In einem Bericht vom 11. Mai 1869 erwähnte Benedetti eine Unterredung, welche er mit Bismarck selbst über diesen Gegenstand gehabt habe. Dieser habe erwidert, Prinz Leopold würde durch Annahme der spanischen Krone sich den größten Gefahren und Enttäuschungen aussetzen, seine Regierung würde nur eine flüchtige Dauer haben; sowohl der König als des Prinzen Vater würden ihm daher gewiß nicht zur Annahme raten; Prinz Friedrich Karl von Preußen würde

Prinz Leopold von Hohenzollern.

(c) Instituto Cervantes de Madrid

wohl nicht abgeneigt sein, das Abenteuer in Spanien zu versuchen; doch sei für diesen die Religion ein unüberwindliches Hindernis.

Kaum war das Madrider Telegramm vom 3. Juli 1870, welches die hohenzollerische Kandidatur als vollendete Thatsache mitteilte, in Paris eingetroffen, so erschien im „Constitutionnel", dem Organ des Herzogs von Gramont, am 4. Juli ein Artikel, worin den Spaniern die Freiheit, ihre Geschicke nach eigenem Ermessen zu regeln, zwar zugestanden, dabei aber nicht verhehlt wurde, daß Frankreich ein Gefühl des Erstaunens nicht unterdrücken könnte, wenn es das Zepter Karls V. einem preußischen Prinzen anvertraut sehen müßte. Zugleich ließ Gramont am 4. Juli durch den französischen Geschäftsträger in Berlin, Le Sourd, den Unterstaatssekretär von Thiele über die hohenzollerische Kandidatur interpellieren; dieser antwortete, daß die preußische Regierung von der Angelegenheit absolut nichts wisse und daß dieselbe für sie nicht existiere. Am gleichen Tage ersuchte Gramont den preußischen Botschafter in Paris, Freiherrn von Werther, welcher den König in Ems besuchen wollte, seinem Herrn zu sagen, daß die französische Regierung erwarte, er werde den Prinzen Leopold zur Ablehnung der spanischen Krone veranlassen, und daß Frankreich daraus eine Kriegsfrage mache. Ohne eine Antwort von Ems abzuwarten, beantwortete Gramont am 6. Juli im Gesetzgebenden Körper die von dem Abgeordneten Cochery gestellte Interpellation und sagte darin: „Wir glauben nicht, daß die Achtung vor den Rechten eines Nachbarvolkes uns verpflichtet, zu dulden, daß eine fremde Macht, indem sie einen ihrer Prinzen auf den Thron Karls V. setzt, dadurch zu ihrem Vorteil das gegenwärtige Gleichgewicht der Mächte Europas störe und die Interessen und die Ehre Frankreichs gefährden könnte. Wir hoffen, daß diese Eventualität sich nicht verwirklichen wird; wir rechnen dabei auf die Weisheit des deutschen und auf die Freundschaft des spanischen Volkes. Wenn es anders kommen sollte, so würden wir, stark durch Ihre Unterstützung und durch die der Nation, unsere Pflicht ohne Zaudern und ohne Schwäche zu erfüllen haben."

Abgesehen davon, daß der Erbprinz Leopold kein preußischer Prinz war, sondern der in Sigmaringen wohnenden katholischen Seitenlinie der Hohenzollern angehörte, und daß der spanische Thron von 1870 nicht mehr der eine halbe Welt beherrschende Thron des Kaisers Karl V. war, war es durch-

(c) Instituto Cervantes de Madrid

aus falsch, zu behaupten, daß Preußen es sei, welches diese Kandidatur betreibe. Hierüber sprach sich am 7. Juli die Note Sagastas, des spanischen Ministers des Auswärtigen, sehr deutlich aus, und der oben erwähnte Salazar sagte in einer Schrift vom 8. Juli ausdrücklich, daß Preußen an der hohenzollerischen Kandidatur gar nicht beteiligt gewesen sei. Um alles das kümmerte sich Gramont nicht, machte für die Kandidatur weder die spanische Regierung noch den Prinzen Leopold, sondern den König von Preußen und nur diesen verantwortlich und ließ ihm von seiner ersten Erklärung am 6. Juli an keine andere Wahl, als die zwischen Demütigung oder Krieg. Graf Benedetti, welcher in dem württembergischen Schwarzwaldbad Wildbad verweilte, erhielt am 7. Juli den Befehl, sofort nach Ems zu reisen, wo ein Attaché ihm Instruktionen übergeben werde. Jener hatte dort am 9. Juli Audienz bei König Wilhelm und verlangte im Namen seiner Regierung, der König solle dem Prinzen Leopold den Befehl erteilen, seine Annahme der spanischen Krone zurückzunehmen. Der König erwiderte ihm, daß er, da er in der ganzen Angelegenheit nur als Familienoberhaupt, nicht als König von Preußen begrüßt worden sei, dem Prinzen keinen Befehl zur Annahme der Thronkandidatur erteilt habe und ihm nun ebensowenig die Zurücknahme derselben befehlen könne. Darauf erhielt Benedetti am 11. Juli ein Telegramm von Gramont: „Sie müssen unbedingt darauf bestehen, eine Antwort vom König zu erhalten, sei es Ja oder Nein," und hatte auf dies hin am nämlichen Tage eine zweite Audienz beim König. Wiederum handelte es sich darum, daß der König dem Prinzen Leopold den Befehl zur Verzichtleistung auf die spanische Krone geben solle. Aber der König blieb bei seiner ersten Antwort, daß er dem Prinzen, der vollständig frei in seinen Entschlüssen sei, nichts zu befehlen und nichts zu verbieten habe. Nicht befriedigt von dieser Antwort, telegraphierte Gramont noch am Abend des 11. Juli an Benedetti: „Ihre Sprache entspricht an Entschiedenheit nicht mehr der Stellung der Regierung. Sie müssen jetzt den Ton steigern. Wir verlangen, daß der König dem Prinzen verbiete, bei der Kandidatur zu verharren, und wenn wir bis morgen keine entscheidende Antwort haben, so werden wir das Schweigen oder die zweideutigen Antworten als Verweigerung unseres Verlangens ansehen."

Am 12. Juli kam die entscheidende Antwort. Der Fürst

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Anton von Hohenzollern, der Vater des Prinzen Leopold, machte der spanischen Regierung telegraphisch die Meldung, daß sein Sohn gegenüber den Verwicklungen, welche durch dessen Kandidatur entstanden seien, von derselben zurücktrete. Der Fürst war es, nicht der König von Preußen, welcher in dieser Frage entschied. Damit schien der Konflikt beigelegt zu sein. Hatte ja Gramont selbst in einer Unterredung mit dem englischen Botschafter in Paris, Lord Lyons, am 8. und 10. Juli sich dahin geäußert, daß durch den freiwilligen Rücktritt des Prinzen die Sache ihre einfachste und glücklichste Lösung fände, und Ollivier auf das Sigmaringer Telegramm hin in den Kreisen der Abgeordneten die Erklärung abgegeben, daß damit der Zwischenfall erledigt sei. Anders dachte Gramont. In dem Ministerrat vom 12. Juli erklärte er, daß die Regierung sich mit diesem Resultat nicht begnügen könne, sondern neue Forderungen stellen müsse. Die Entsagung des Prinzen war ihm, der Krieg wollte, Nebensache; das Verhalten des Königs zu dieser Verzichtleistung machte er zur Hauptsache und operierte in einer Weise, daß der König vor die Alternative: Demütigung oder Krieg! gestellt wurde, eben damit aber diese hohenzollerische Kandidaturfrage nicht mehr eine dynastische, sondern eine nationale war.

Herzog von Gramont.

Dem preußischen Botschafter von Werther, welcher am 12. Juli von Ems nach Paris zurückgekehrt war und sofort eine Unterredung mit Gramont hatte, sagte dieser: „Die Entsagung des Prinzen sei Nebensache; Frankreich hätte dessen Thronbesteigung doch niemals zugegeben; die Hauptsache sei nun, daß die durch diese Thronkandidatur entstandene Verstimmung beseitigt und die Aufregung unter dem französischen Volke beschwichtigt werde; zu diesem Zwecke solle der König von Preußen an den Kaiser einen zur Veröffentlichung be-

(c) Instituto Cervantes de Madrid

stimmten Brief schreiben, worin gesagt würde, daß der König, indem er den Prinzen zur Annahme der Krone Spaniens ermächtigt habe, nicht habe glauben können, den Interessen und der Würde der französischen Nation zu nahe zu treten, und daß er der Entsagung des Prinzen sich anschließe mit dem Wunsche und der Hoffnung, daß jeder Grund des Zwiespalts zwischen den beiden Regierungen nunmehr geschwunden sei." Der Botschafter von Werther stellte zwar diese schmachvolle Zumutung nicht telegraphisch direkt dem König zu, wie Gramont wünschte, lehnte aber den Auftrag nicht ab, sondern schickte einen amtlichen Bericht hierüber dem Grafen Bismarck zu, welcher am 12. Juli sein pommersches Gut Varzin verlassen hatte und abends in Berlin eingetroffen war. Derselbe erwiderte dem Botschafter, daß er einen Bericht dieses Inhalts dem König nicht zur amtlichen Verhandlung vorlegen könne, und erteilte ihm sofort Urlaub.

Zu gleicher Zeit telegraphierte Gramont nach Ems und forderte Benedetti auf, alles aufzubieten, daß der König selbst oder dessen Regierung die Verzichtleistung des Prinzen ihm offiziell mitteile. „Das ist von der größten Wichtigkeit für uns. Die Beteiligung des Königs muß um jeden Preis von ihm eingestanden werden oder aus den Thatsachen genügend hervorleuchten." Nach wenigen Stunden erhielt Benedetti ein zweites Telegramm: „Gehen Sie sofort zum König, um von ihm die Erklärung zu verlangen, welche er nicht verweigern kann, wenn er wirklich keine Hintergedanken hat." Diese Erklärung sollte darin bestehen, daß der König ausdrücklich sagte: „Er schließe sich der Verzichtleistung des Prinzen an und gebe die Versicherung, daß er die Kandidatur nicht von neuem genehmigen würde." Auf der Brunnenpromenade in Ems am Morgen des 13. Juli entledigte sich Benedetti dieses Auftrags in der taktlosesten Weise. Der König antwortete ihm, daß er die Bestätigung der Verzichtleistung, wie früher die der Annahme, nur als Privatmann, nicht als König von Preußen geben könne; daß er aber aus dem nämlichen Grunde eine Garantie dafür, daß auf diese Thronkandidatur nie mehr zurückgekommen würde, nicht geben könne, und daß er überhaupt im Interesse Preußens jede Verbindlichkeit für die Zukunft in dieser und jeder anderen Sache entschieden zurückweise. Als Benedetti nachmittags, nachdem er eine neue Depesche von Gramont erhalten hatte, eine weitere Audienz begehrte, um den nämlichen Gegenstand noch eimal zur Sprache

(c) Instituto Cervantes de Madrid

zu bringen, ließ ihm der König sagen, er müsse es entschieden ablehnen, in betreff des zweiten Punktes, der Versicherung für die Zukunft, sich in weitere Diskussionen einzulassen; er habe hierüber sein letztes Wort bereits gesprochen.

Als die Nachricht von diesen Emser Vorgängen in Berlin einlief, sandte Bismarck am Abend des 13. Juli an die preußischen Botschafter ein „benachrichtigendes Telegramm", dessen Inhalt durch ein Extrablatt der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" mitgeteilt wurde. Das Telegramm war durchaus sachlich gehalten und nichts weiter darin gesagt, als daß der König bezüglich der für die Zukunft geforderten Versicherung es abgelehnt habe, den französischen Botschafter nochmals zu empfangen und daß er demselben durch den Adjutanten habe sagen lassen, er habe ihm nichts weiter mitzuteilen. Diese zwei Thatsachen, daß der König weitere Verhandlungen mit dem Botschafter über die zu erteilende Versicherung abgelehnt und daß die preußische Regierung diesen Vorgang ihren Gesandten telegraphisch mitgeteilt habe, bildeten für die französischen Minister die offizielle Grundlage für ihre Kriegserklärung an Preußen. Doch mußten sie bei der Ankündigung dieser Thatsachen eine andere Form als die offizielle wählen und den diplomatischen Aktenstücken eine andere Fassung geben, da bei der richtigen Darstellung des Sachverhalts eine Kriegserklärung nicht möglich war. Sie nahmen daher ihre Zuflucht zu einer Lüge und erklärten, daß der König dem Botschafter jede fernere Audienz verweigert, also den Verkehr ganz mit ihm abgebrochen und daß die preußische Regierung in ihrem Telegramm an die Gesandtschaften, absichtlich um den Botschafter und Frankreich bloßzustellen, diese Thatsache auf eine höchst beleidigende Weise den europäischen Kabinetten mitgeteilt habe.

Kaiser Napoleon nahm die Kriegserklärung nicht so leicht wie seine Minister. Wegen eines solchen Anlasses mit der geschlossenen Macht des norddeutschen Bundes, vielleicht sogar mit ganz Deutschland Krieg anzufangen, schien ihm ebenso bedenklich als gewagt. Er konnte lange zu keinem definitiven Entschluß kommen. Auf kurze Zeit war die Aufrechthaltung des Friedens schon beschlossen. In der Nacht vom 14. auf den 15. Juli fand in St. Cloud die entscheidende Ministerratssitzung statt. Auf die Nachricht von den oben erwähnten zwei Thatsachen drangen die Minister Gramont und Leboeuf und die bigotte Kaiserin Eugenie aufs heftigste

(c) Instituto Cervantes de Madrid

in den Kaiser, diese fortwährenden Abweisungen und Demütigungen nicht länger mehr von Preußen hinzunehmen, durch neue Siege und Eroberungen seinem Thron und seiner Dynastie die nötige Festigkeit zu geben und im Bund mit den großen katholischen Völkern über das ketzerische Deutschland herzufallen. Der Kaiser gab, wie es heißt, mit schwerem Herzen, endlich nach, worauf die Kaiserin triumphierend ausrief: „Das ist mein Krieg! Mit Gottes Hilfe werden wir das protestantische Preußen niederwerfen."

Am 15. Juli verlasen die Minister Gramont und Ollivier, jener im Senat, dieser im Gesetzgebenden Körper, das im Ministerrat beschlossene Exposee, welches die eben erwähnte gefälschte Darstellung des Sachverhalts enthielt, und erklärten, daß die Regierung am 14. Juli bereits die Reserven einberufen habe und zur Wahrung der Interessen, der Sicherheit und der Ehre Frankreichs die nötigen Maßregeln treffen werde. Zugleich verlangten sie einen Kredit von 66 Millionen Frank für die Armee und die Marine und legten zwei Gesetzentwürfe über die Berufung der Mobilgarde zum aktiven Dienst und über die Anwerbung Freiwilliger vor. Der Senat genehmigte einstimmig und ohne Debatte sämtliche Vorlagen; der Gesetzgebende Körper bewilligte den Kredit für die Armee mit 245 gegen 10 Stimmen, die drei weiteren Vorlagen mit allen gegen eine Stimme. Die Opposition, welche das lügenhafte Gewebe des Ministeriums durchschaute, verlangte wiederholt, aber vergebens, die Vorlegung der Depeschen, namentlich der Depesche Bismarcks an die Gesandtschaften, und rief den Ministern zu, daß sie es seien, die den Krieg provoziert hätten. Der Abgeordnete Thiers erinnerte die Minister und die Kammer daran, daß vor drei Tagen alle Welt gesagt habe, wenn man die Zurücknahme der Kandidatur erlange, so müsse man sich damit begnügen, und jetzt, nachdem man sie erlangt, erhebe man Streit über Worte und Empfindlichkeiten und mache einen Krieg daraus; der König von Preußen habe eine Konzession gemacht. Auf den Zuruf Olliviers: „Er hat keine gemacht," erwiderte Thiers: „Wie? Vor der ganzen Welt zieht der König von Preußen die Kandidatur des Prinzen von Hohenzollern zurück oder läßt sie zurückziehen, und das wäre keine Konzession? Die Gelegenheit zum Krieg ist schlecht gewählt, und dies wird sich rächen. Ich verlange nochmals Mitteilung der Depeschen; möge dann die Kammer thun, was ihr gut scheint!" Ollivier erklärte

(c) Instituto Cervantes de Madrid

zuletzt: „Wir versichern die beleidigende Thatsache auf unsere Ehre; das muß genügen. Der Worte sind nun genug gewechselt; es ist Zeit, zu handeln.“ Darauf folgte die Abstimmung, bei der es auffallend war, daß bloß zehn Oppositionsmitglieder, darunter weder Thiers noch Gambetta, und schließlich nur eines gegen die Regierung stimmten. Am Abend dieses Tages hörte man in den Straßen von Paris den Ruf: „Nach Berlin, nach Berlin!“ und die offiziöse Presse sprach von dem Jena Preußens und von der Wegnahme des linken Rheinufers als von einem unzweifelhaften Erfolge. Die offizielle Kriegserklärung wurde der preußischen Regierung von dem französischen Geschäftsträger Le Sourd am 19. Juli übergeben.

König Wilhelm kehrte am 15. Juli von Ems nach Berlin zurück. Seine Reise war ein Triumphzug; überall, wo der Zug anhielt, nahm der König patriotische Ansprachen entgegen und erwiderte sie. Bis Brandenburg fuhren ihm der Kronprinz, Graf Bismarck, die Generale Moltke und Roon entgegen. Die Ankunft in Berlin erfolgte gegen 8 3/4 Uhr. Im Wartezimmer des Bahnhofs wurde dem König die Depesche überreicht, welche nachmittags aus Paris eingelaufen war und die Kriegsankündigung in den Kammern meldete. Eine unermeßliche Volksmenge füllte die Straßen zwischen dem Bahnhof und dem königlichen Schloß. Unter dem tausendstimmigen Zuruf des Volkes fuhr der König nach dem Schloß, wo sich bald Bismarck und Moltke einfanden, um dem König Vortrag zu halten. Noch am Abend dieses Tages wurde die Berufung des Reichstags auf den 19. Juli und die Mobilmachung der Armee beschlossen; am 16. Juli wurden Vorsichtsmaßregeln an der Nordseeküste angeordnet und der norddeutsche Bundesrat zu einer außerordentlichen Sitzung berufen. Die Königin und die Kronprinzessin richteten an die deutsche Nation Aufrufe zur Spendung freiwilliger Gaben. Bei der Eröffnung des Bundesrats am 16. Juli sagte Bismarck: „Die Aufnahme, welche die Rede des Herzogs von Gramont (am 6. Juli) im Gesetzgebenden Körper gefunden, die von der französischen Regierung seitdem eingenommene Haltung, die von ihr gestellten unannehmbaren Zumutungen konnten dem Bundespräsidium keinen Zweifel darüber lassen, daß die französische Regierung es von vornherein darauf abgesehen hatte, entweder Preußens Demütigung oder den Krieg herbeizuführen. Der ersteren Alternative sich zu fügen,

(c) Instituto Cervantes de Madrid

war unmöglich. Es bleibt keine Wahl mehr als der Krieg." In einem Rundschreiben vom 18. Juli an die preußischen Gesandtschaften sagte Bismarck: „Es bleibt uns leider nur die traurige Notwendigkeit, die wahren Motive für die französische Kriegserklärung in den schlechtesten und seit einem halben Jahrhundert von den Völkern und Regierungen der zivilisierten Welt gebrandmarkten Traditionen Ludwigs XIV. und des ersten Kaiserreichs zu suchen, welche eine Partei in Frankreich noch immer auf ihre Fahnen schreibt und denen Napoleon III., wie wir glaubten, glücklich widerstanden hatte. Als bewegende Ursachen dieser bedauerlichen Erscheinung können wir leider nur die schlechtesten Instinkte des Hasses und der Eifersucht auf die Selbständigkeit und Wohlfahrt Deutschlands erkennen, neben dem Bestreben, die Freiheit im eigenen Lande durch Verwicklung desselben in auswärtige Kriege niederzuhalten."

Der Reichstag wurde vom König am 19. Juli mit einer hochpatriotischen Rede eröffnet: „Hat Deutschland derartige Vergewaltigungen seines Rechts und seiner Ehre in früheren Jahrhunderten schweigend ertragen, so ertrug es sie nur, weil es in seiner Zerrissenheit nicht wußte, wie stark es war. Heute, wo das Band geistiger und rechtlicher Einigung, welches die Befreiungskriege zu knüpfen begann, die deutschen Stämme je länger, desto inniger verbindet; heute, wo Deutschlands Rüstung dem Feinde keine Oeffnung mehr bietet, trägt Deutschland in sich selbst den Willen und die Kraft der Abwehr erneuter französischer Gewaltthat." Als Bismarck kurz nach der Eröffnungsfeierlichkeit dem Reichstag mitteilte, daß ihm soeben der französische Geschäftsträger die förmliche Kriegserklärung überbracht habe, erhob sich das ganze Haus unter dem Rufe: „Bravo! Hurra! Es lebe der König!" Der Reichstag bewilligte am 21. Juli einstimmig die von der Regierung geforderten 120 Millionen Thaler und wurde darauf geschlossen.

In einem Rundschreiben vom 29. Juli teilte Bismarck sämtliche Vertragsanerbietungen mit, welche ihm von Napoleon teils vor dem Jahre 1866, teils in diesem und den folgenden Jahren gemacht worden waren, und enthüllte damit vor Deutschland und vor den auswärtigen Mächten die Eroberungspläne der napoleonischen Regierung. Zugleich erklärte er, daß er diese Anerbietungen und Zumutungen bisher nur deshalb nicht zurückgewiesen, sondern dilatorisch

(c) Instituto Cervantes de Madrid

darüber verhandelt habe, ohne seinerseits jemals auch nur ein Versprechen zu machen, weil er vermutet habe, daß die Vernichtung jeder französischen Hoffnung den Frieden, welchen zu erhalten Deutschlands und Europas Interesse war, gefährden würde.

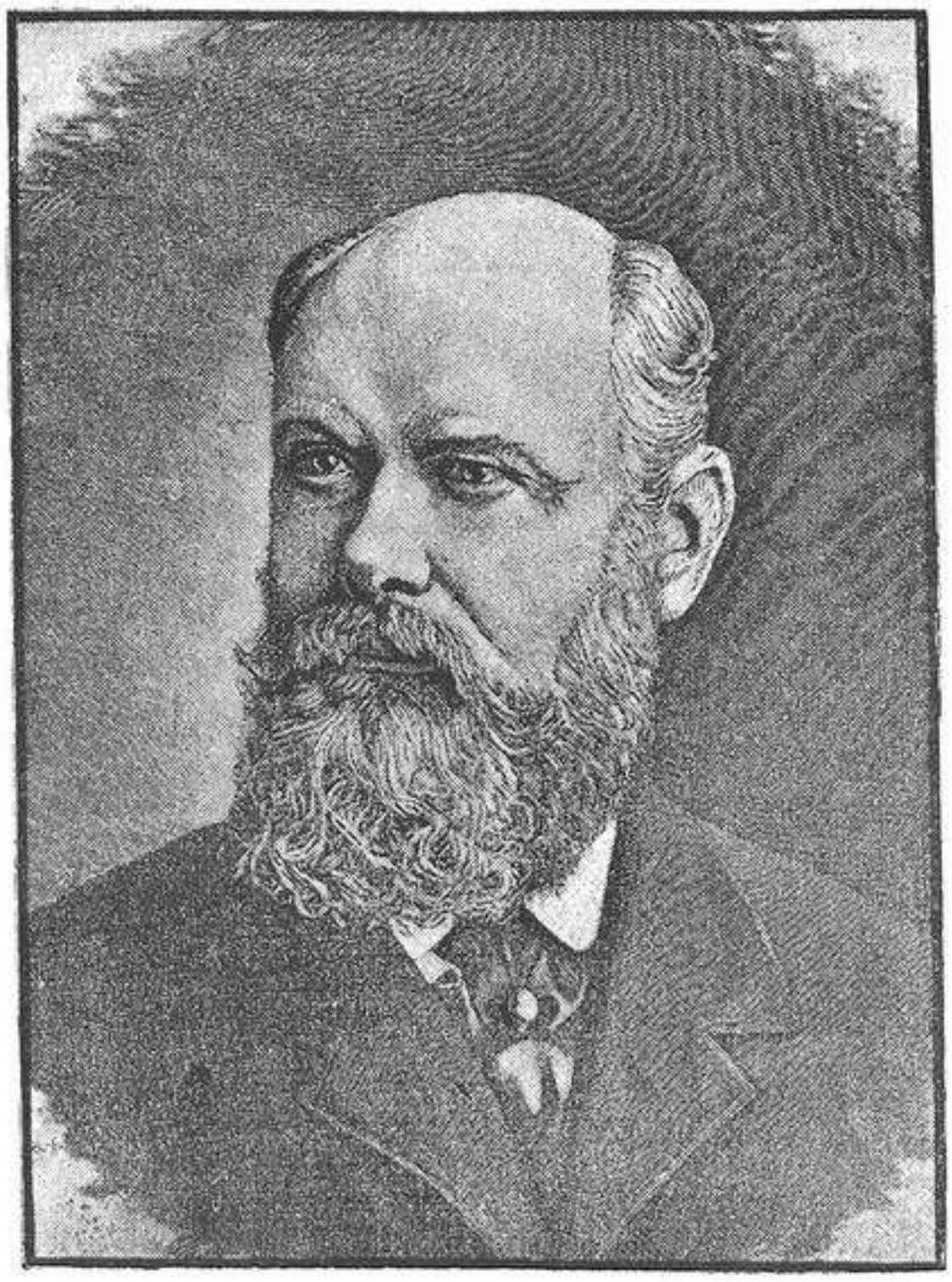
Die Begeisterung, welche in den Vertretungen der Bundesregierungen und des Volkes herrschte, erfüllte, mit ganz wenigen Ausnahmen, ganz Deutschland, und zwar den Süden wie den Norden. Die nationale Erhebung Deutschlands war eine bewundernswerte. Jedermann fühlte, daß Deutschland an einem neuen Wendepunkt seiner Geschicke angekommen sei, daß es sich um seine förmliche Konstituierung, um die Vollendung seiner Einheit handle, daß der Krieg nicht wegen eines Prinzen, nicht wegen einer spanischen Thronkandidatur geführt werde, sondern daß die Frage die sei, ob Deutschland sich in seiner Entwicklung und Konsolidierung von seinem eroberungssüchtigen Nachbar hemmen und dessen Suprematie anerkennen solle, oder ob Deutschland, seiner Kraft in seiner Einheit sich bewußt, den hingeworfenen Handschuh aufheben, mit seiner ganzen Kraft sich auf den Feind werfen und auf den Schlachtfeldern den Grund zu einem großen und geachteten Reiche legen solle.

Ludwig II., König von Bayern.

Die nationale Stimmung des Volkes und die Vertragstreue der Regierungen machten, daß die antinationalen Elemente in Süddeutschland überwunden wurden und letzteres an den norddeutschen Bund sich anschloß. Bismarck hatte den süddeutschen Regierungen die diplomatischen Enthüllungen schon früher mitgeteilt, um ihnen zu zeigen, was ihrer bei der Treulosigkeit Frankreichs warte, wenn sie, statt mit Preußen in den Kampf zu ziehen, neutral bleiben würden. Die Ultramontanen in Bayern und die Demokraten in Württemberg, welche lieber französisch als preußisch sein wollten, erklärten,

(c) Instituto Cervantes de Madrid

daß durch die kriegerische Verwicklung zwischen Preußen und Frankreich der mit Preußen abgeschlossene Allianzvertrag gar nicht berührt, der Bündnisfall nicht eingetreten sei, daß es nicht eine deutsche Sache, sondern ein bedauernswerter Streit zweier Großmächte sei, und sie wollten daher kein Zusammengehen mit dem norddeutschen Bund, sondern bewaffnete Neutralität. Aber König Ludwig II. von Bayern gab schon am 16. Juli den Befehl zur Mobilisierung der Armee, und die Abgeordnetenkammer lehnte am 19. Juli den Antrag des Führers der ultramontanen Partei, Dr. Jörg, welcher bewaffnete Neutralität verlangte, mit 89 gegen 58 Stimmen ab und bewilligte mit 101 gegen 47 Stimmen die Summe von 18 260 000 Gulden zum Zweck der Ausrüstung und Unterhaltung der Armee. Die Reichsratskammer stimmte diesem Beschlusse einstimmig bei. Auf den Vorgang Bayerns wagten die württembergischen Demokraten und Großdeutschen keine Opposition mehr, zumal da das ganze Land der von einer Volksversammlung am 16. Juli beschlossenen Resolution, worin die Regierung zur Teilnahme an dem nationalen Kriege aufgefordert wurde, zustimmte. König Karl, welcher am 24. Juni 1864 seinem Vater, dem König Wilhelm, in der Regierung gefolgt war, erließ am 17. Juli den Mobilisierungsbefehl, und die Kammern bewilligten am 22. Juli, die Zweite Kammer mit 85 gegen 1 Stimme, die Erste Kammer einstimmig, den verlangten Kredit von 5 900 000 Gulden. Zugleich ernannte der König den preußischen Generalleutnant von Prittwitz, welcher in den vierziger Jahren den Bau der Festung Ulm geleitet hatte, zum Gouverneur dieser Festung und den preußischen Generalleutnant von Obernitz, welcher



Karl I., König von Württemberg.

(c) Instituto Cervantes de Madrid

früher preußischer Militärbevollmächtigter in Stuttgart gewesen war, zum Kommandanten der württembergischen Division. In Hessen, wo Großherzog Ludwig III. und sein Minister von Dalwigk ihrem Haß gegen Preußen den schärfsten Ausdruck zu geben pflegten, mußte letzterer, da das Land durch die Militärkonvention an Preußen gefesselt war, am 20. einen Kriegskredit von den Kammern fordern, der denn auch einstimmig genehmigt wurde. Großherzog Friedrich von Baden, welcher in der nationalen Frage einig war mit seinem Volk und mit den Kammern, ordnete am 16. Juli die Mobilisierung des Heeres an und ließ am 22. dem französischen Gesandten seine Pässe zustellen. Der Verkehr zwischen Kehl und Straßburg wurde am 16. Juli durch Abbrechung der Schiffbrücke und durch Wegnahme der Schienen von der Eisenbahnbrücke eingestellt und am 22. durch Sprengung eines Pfeilers derselben die Möglichkeit, daß die Franzosen die Eisenbahn zu einem Einfall ins badische Gebiet machen könnten, beseitigt. Die Erbitterung des französischen Kabinetts über die nationale Haltung Badens entlud sich in einer schmachvollen Drohung. Auf die grundlose Nachricht, daß unter die badischen Truppen explosive Flintenkugeln ausgeteilt worden seien, schickte Gramont am 20. Juli einen Beamten an den badischen Gesandten von Schweizer und ließ diesem melden, daß Frankreich in diesem Falle Repressalien ergreifen, Baden als außerhalb des Völkerrechts stehend betrachten, das Land wie zu Melacs Zeiten verwüsten und selbst die Frauen nicht verschonen würde.

Friedrich, Großherzog von Baden.

Die militärische Einheit Deutschlands im Kriege mit Frankreich war somit sicher. Napoleon, seine Minister und Marschälle hatten sich gründlich getäuscht, wenn sie, im Ver-

(c) Instituto Cervantes de Madrid

trauen auf die bayrischen Klerikalen und die württembergischen Demokraten, auf die Neutralität Süddeutschlands rechneten und diese wie eine feststehende Thatsache sogar in ihren Kriegsplan aufnahmen. Das Irrige dieser Berechnung hatte Graf Beust vorausgesehen und nach Paris telegraphiert, „Frankreich mache einen großen Fehler, wenn es auf die Sympathien der süddeutschen Staaten für seine Sache zähle". Doch hatte Beust die wärmsten Sympathien für Frankreich, wie hauptsächlich aus der vertraulichen Depesche hervorgeht, welche er am 20. Juli an den östreichischen Botschafter in Paris, den Fürsten Metternich, richtete. Durch diesen ließ er dem Kaiser Napoleon und dessen Ministern sagen, „daß wir, getreu den Verpflichtungen, wie sie in den zu Ende des vorigen Jahres zwischen den beiden Souveränen ausgetauschten Schriften festgestellt sind, die Sache Frankreichs wie die unsere betrachten und in den Grenzen des Möglichen zum Erfolge seiner Waffen mitwirken werden. Diese Grenzen sind teils durch unsere inneren Verhältnisse, teils durch politische Erwägungen von der höchsten Wichtigkeit bestimmt". Hinsichtlich der ersteren sagte er, daß die östreichische Regierung nicht vergessen dürfe, „daß unsere 10 Millionen Deutscher im gegenwärtigen Kriege nicht ein Duell zwischen Frankreich und Preußen, sondern den Anfang eines nationalen Kampfes erblicken, und daß die Ungarn sich sehr zurückhaltend erweisen werden, wenn es gilt, ihr Blut und ihr Geld für die Wiedergewinnung unserer Stellung in Deutschland zu opfern". Die „politischen Erwägungen" brachten ihn zu der Ueberzeugung, „daß unser Eintritt in die Aktion sofort den Eintritt Rußlands nach sich ziehen würde, das uns nicht bloß in Galizien, sondern auch am Pruth und an der unteren Donau bedroht. Rußland neutral zu halten bis zu dem Zeitpunkt, wo die vorgerückte Jahreszeit ihm nicht mehr gestattet, an die Konzentration von Truppen zu denken, alles zu vermeiden, was dasselbe verletzen oder ihm einen Vorwand zur Einmischung geben könnte, das muß für den Augenblick das Ziel unserer Politik sein. Die Neutralität Rußlands hängt von der unserigen ab." Beust erklärte daher „nicht ohne Bedauern", daß unter diesen Umständen für Oestreich die Neutralität eine gebieterische Notwendigkeit sei. „Aber diese Neutralität ist nur ein Mittel, nämlich das Mittel, uns dem wirklichen Ziel unserer Politik zu nähern, das einzige Mittel, unsere Rüstungen zu vollenden, ohne uns einem vorzeitigen Angriffe Preußens oder Ruß-

(c) Instituto Cervantes de Madrid

lands auszusetzen." Endlich sprach Beust noch von seinen Verhandlungen mit der italienischen Regierung, welche er infolge der von Napoleon ihm überlassenen Vermittlung eröffnet habe. „Ich habe bereits telegraphisch von der Notwendigkeit der Räumung Roms gesprochen. An demselben Tage, wo die Franzosen Rom verlassen, müßten die Italiener mit Zustimmung Frankreichs und Oestreichs einrücken. Niemals werden wir die Italiener von Herzen für uns haben, wenn wir ihnen nicht den römischen Stachel ausziehen."

Aus dieser Depesche ist ersichtlich, daß die Sympathien der Deutschöstreicher für ihre Stammesgenossen, das Mißtrauen der Ungarn gegen ein in Deutschland wieder dominierendes Habsburg und vor allem die Gewißheit, daß die Aktion Oestreichs für Frankreich die sofortige Kriegserklärung Rußlands an Oestreich zur Folge haben würde, letzteres zur Neutralität gezwungen haben, daß aber Oestreich dieselbe nur dazu benutzen wollte, um seine Rüstungen zu vervollständigen und im Herbste den Krieg zu beginnen. Nach den Enthüllungen, welche der Prinz Jerome Napoleon teils in der Sitzung der französischen Kammer am 24. November 1876, teils in einer Zeitschrift gemacht hat, war ein östreichisch-französischer Vertrag im Juli 1870 bereits abgeschlossen, aber noch nicht unterzeichnet, und diesem gemäß sollte Oestreich nach Vollendung seiner Rüstungen von Preußen in Form eines Ultimatums verlangen, daß dieses die Prager Friedensbestimmungen, soweit sie Süddeutschland und Nordschleswig betrafen, aufs strengste beobachten solle; eine abschlägige Antwort sollte für die östreichischen Truppen die Wirkung eines Marschbefehls haben. Auch mit Viktor Emanuel, welcher Frankreich den Besitz der Lombardei, Preußen den Besitz Venetiens verdankte, war Napoleon seit 1868 wegen Abschluß einer Allianz in Unterhandlung. „Wenn wir beim Ausbruch des Krieges die weltliche Herrschaft des Papstes ihrem Schicksal überlassen hätten, so hätten wir eine Allianz (Italien) sofort gehabt und eine andere Allianz (Oestreich) hätte nicht lange auf sich warten lassen," sagte Prinz Napoleon in der Kammer. Während Oestreich seinen Siegespreis in Deutschland holen wollte, beharrte Italien darauf, daß es an einem Kriege Frankreichs nicht teilnehmen könne, ohne der öffentlichen Meinung und der Kammeropposition, welche den Kaiser Napoleon wegen Mentana aufs heftigste haßte, in betreff Roms eine Genugthuung zu geben. Noch am

(c) Instituto Cervantes de Madrid

30. Juli telegraphierte Gramont nach Wien: „Uns ist es unmöglich, das Geringste für Rom zu thun. Will Italien nicht gehen, so bleibe es!" Italien blieb daher neutral. Erst nach den Niederlagen vom 6. bis 18. August war Napoleon bereit, den geforderten Preis für die italienische Allianz zu zahlen, und schickte am 20. August seinen Vetter, den Prinzen Jerome Napoleon, nach Florenz. Dieser schrieb hierüber: „Von Chalons nach Italien mit den persönlichen Weisungen des Kaisers gesandt, kam ich am 28. August in Florenz an. Meine Weisungen bestanden darin, die bewaffnete Hilfe von Italien und von Oestreich zu verlangen und Italien in betreff Roms vollständige Freiheit zu lassen; aber es war zu spät und die Konzession in betreff Roms zu verspätet. Italien wollte Oestreich befragen, wodurch einige Tage verloren gingen. Oestreich zögerte mit der Antwort. Die militärischen Nachrichten waren so schlecht (Sedan), daß eine bewaffnete Hilfe unmöglich zu erlangen war." Die im Hinblick auf die mangelhaften Kriegsrüstungen vorzeitige französische Kriegserklärung, die von der klerikalen Partei dem Kaiser Napoleon aufgedrängte Weigerung, Rom den Italienern zu überlassen, und die raschen Siege der deutschen Heere hatten zur Folge, daß Napoleon, ohne einen Bundesgenossen zu haben, ins Feld rücken mußte. Dänemark, mit welchem gleichfalls unterhandelt wurde, um dasselbe zu einer Diversion in Schleswig zu bewegen, wagte in der Erinnerung an die Schläge von 1864 kein Heraustreten aus der Neutralität, wenn nicht etwa 40 000 Mann französischer Landungstruppen erschienen und napoleonische Siege gemeldet wurden.

Die englische Regierung, welcher nichts über ihre Freundschaft mit Frankreich und über die ungestörten Bewegungen des englischen Handels ging, zeigte gegen Preußen eine wenig wohlwollende Haltung. Dem englischen Botschafter, Lord Loftus, welcher am 13. Juli Bismarck zu der bevorstehenden Lösung der schwebenden Krisis gratulierte, erwiderte letzterer, die vom König Wilhelm bewiesene Mäßigung gegenüber dem drohenden Tone der französischen Regierung habe in Preußen allgemeines Befremden hervorgerufen, und es sei nun an Preußen, von Frankreich eine Zurücknahme seiner drohenden Sprache und eine Erklärung über seine Kriegsrüstungen zu fordern. Trotzdem mutete die englische Regierung am 14. Juli dem norddeutschen Botschafter, Grafen Bernstorff, zu, er solle dem König empfehlen, Frankreich die Versicherung zu erteilen, daß auch in Zukunft die hohen-

(c) Instituto Cervantes de Madrid

zollerische Kandidatur nicht wieder aufgenommen werde. Bernstorff drückte dem Lord Granville sein Bedauern aus, „daß die englische Regierung einen Vorschlag gemacht habe, den er dem König unmöglich zur Annahme empfehlen könne". Als dann England am 17. Juli in Berlin und in Paris einen Vermittlungsversuch machte, erklärte Bismarck, daß Preußen ohne vorgängige Erklärungen Frankreichs auf keine Verhandlungen sich einlassen könne, und Gramont, seiner Rolle getreu, erwiderte, eine Vermittlung sei unmöglich, da „die preußische Regierung Frankreich insultiert habe, indem sie dem Publikum erklärte, der König habe den französischen Botschafter beleidigt". Nach den Bismarckschen Enthüllungen vom 29. Juli, welche Napoleons Absichten auf Belgien bloßlegten, machte die englische Regierung am 30. Juli die Anzeige, daß, falls einer der kriegführenden Teile die Neutralität Belgiens verletze, England mit dem andern zur Verteidigung Belgiens kooperieren würde, ohne jedoch an dem allgemeinen Kriege teilzunehmen, und lud die beiden Mächte ein, mit England hierüber einen Vertrag zu schließen. Bismarck ermächtigte sofort den preußischen Botschafter zur Unterzeichnung des Vertrags, während Gramont höchst ungern und nach Kundgebung verschiedener Bedenken sich zur Unterzeichnung verstand. Dem Parlament erklärte die englische Regierung am 18. Juli die Neutralität Englands, ließ sich aber dadurch so wenig als die Regierung der Vereinigten Staaten von Nordamerika hindern, ruhig zuzusehen, wie die französischen Schiffe in ihren Häfen sich mit Kohlen versahen und Waffen ankauften, ohne welche die französische Regierung vom 4. September den Krieg nicht hätte fortsetzen können. Die spanische Regierung, welche sich durch die französische Intervention in ihrer Königswahl so sehr gestört sah, zeigte gegenüber der Gramontschen Anmaßung eine auffallende Gleichgültigkeit. Sie konstatierte die Verzichtleistung des Prinzen Leopold, erklärte, daß die zwischen Preußen und Frankreich entstandene Streitfrage sie nichts angehe, und der Ministerpräsident Prim sah sich nach einem anderen Kandidaten um. Papst Pius IX. bot in einem an König Wilhelm und an Kaiser Napoleon gerichteten Schreiben vom 22. Juli seine Vermittlung an und wurde von ersterem in seiner Antwort vom 30. Juli an die französische Regierung, als die Friedensstörerin, verwiesen. Damit hatten die ungeschickten Vermittlungsversuche ein Ende, und die Kanonen nahmen die beherrschende Stellung ein.

(c) Instituto Cervantes de Madrid

2) Der Moltkesche Kriegsplan.

Da man in Berlin seit dem Jahre 1867 überzeugt war, daß in Frankreich der Krieg gegen Preußen unwiderruflich beschlossen sei, so glaubte die preußische Regierung,

Bismarck.

sich so früh als möglich mit den Umrissen des bevorstehenden Feldzugs beschäftigen zu müssen. Im Winter 1868 auf 1869 arbeitete General Moltke als Chef des Generalstabes den Feldzugsplan aus, in welchem auf verschiedene Eventualitäten Rücksicht genommen und für jeden feindlichen Stoß der Gegenstoß vorbereitet war. Die Denkschrift des preußischen Generalstabes, welche Moltke in den ersten Monaten des Jahres 1869 dem König von Preußen übergab und welche von

(c) Instituto Cervantes de Madrid

diesem genehmigt wurde, enthielt für die Versammlung aller deutschen Streitkräfte und für die Aufstellung und Gliederung der einzelnen Armeen sehr genaue Vorschläge, als Basis für die weiteren Operationen. Diese Denkschrift bezeichnet als nächstes Operationsziel, „die Hauptmacht des Feindes aufzu-

Moltke.

suchen und, wo man sie findet, anzugreifen", und läßt, von den ersten Bewegungen an, als leitenden Gedanken das Bestreben erkennen, „die feindliche Hauptmacht in nördlicher Richtung von ihrer Verbindung mit Paris abzudrängen".

Als wahrscheinlichen Ort für die erste Aufstellung der feindlichen Truppen nahm Moltke die Gegend zwischen Metz und Straßburg an und bezeichnete für diesen Fall als Sammlungspunkt für die deutsche Hauptmacht die bayrische

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Pfalz, von wo aus dieselbe gleichzeitig die Offensive gegen Metz und Straßburg ergreifen, in Feindesland einrücken und einer französischen Invasion in Deutschland zuvorkommen sollte. Die Möglichkeit einer so raschen Offensive wies die Denkschrift durch detaillierte Angaben der Märsche und Eisenbahnfahrten nach. Die Gruppierung der Streitkräfte sollte in ähnlicher Weise vor sich gehen wie im Jahre 1866. Es sollte wieder mit drei, zeitweise getrennten Armeen operiert werden. Die Erste Armee, aus zwei Armeekorps bestehend, hatte etwa 60 000 Mann und sollte den rechten Flügel bilden und in der Gegend von Wittlich (nördlich von Trier) sich aufstellen; die Zweite Armee, aus vier Korps bestehend, sollte, etwa 131 000 Mann stark, zwischen Neunkirchen und Homburg (in der Pfalz) das Zentrum bilden; die Dritte Armee, aus fünf Korps, und zwar zwei preußischen und zwei bayrischen Korps und den zwei Divisionen der Württemberger und der Badener bestehend, sollte den linken Flügel einnehmen und, etwa 130 000 Mann stark, bei Landau und Rastadt sich versammeln. Zwei weitere Korps, etwa 63 000 Mann, sollten in der Stellung vorwärts Mainz die Reserve der Zweiten Armee bilden und diese bis zur Stärke von 194 000 Mann bringen. Alles dies zusammen bildete eine Operationsarmee von 384 000 Mann. Die zu weiterer Verfügung stehenden noch übrigen drei Korps, 100 000 Mann, sollten, wenn nicht unvorhergesehene Hindernisse ihren Abmarsch hinderten, erst nach vollendetem Transport der anderen Korps auf den Kriegsschauplatz gezogen werden. Als Festungsbesatzungen sollten vorläufig neun Infanterieregimenter zurückbleiben, zur Küstenbewachung die siebzehnte Infanteriedivision, an welche sich die neuen Landwehrformationen anzuschließen hatten. Moltke konnte am Schlusse seiner Denkschrift dem König mitteilen, daß drei Wochen nach Erlaß des Mobilisierungsbefehls die Offensive mit 384 000 Mann oder, wenn das Eintreffen der weiteren drei Korps erwartet würde, nach weiteren vier Tagen mit 484 000 Mann eröffnet werden könne. Die Vorarbeiten für den Transport und den Marsch dieser 484 000 Mann waren in der Denkschrift bis in das letzte Detail ausgeführt, sodaß, wann der Krieg ausbrach und der König die Mobilisierung der gesamten deutschen Armee befahl, nichts weiter mehr nötig war, als „das Datum des ersten Mobilmachungstages in die von der Eisenbahnabteilung im Generalstab für jeden einzelnen Truppenteil ausgearbeiteten

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Marsch- und Fahrtableaus einzufügen und so den Transport beginnen zu lassen". Die Armeeleitung war imstande, am nämlichen Tage, an welchem der Pariser Telegraph die kriegerische Wendung ankündigte, den Marsch der Heere eröffnen zu lassen, binnen zwanzig Tagen 384 000 Mann hart an der feindlichen Grenze aufzustellen, vier Tage nachher weitere 100 000 Mann dahin zu bringen und den Feind in dessen eigenem Gebiete aufzusuchen.

Auch in Frankreich beschäftigte man sich lange vor dem Kriege mit der Entwerfung eines Feldzugsplanes. Man war dort durch die Berichte des französischen Militärattachés in Berlin, des Oberstleutnants Baron von Stoffel, über die Schlagfertigkeit Preußens in Kenntnis gesetzt worden; aber man schenkte diesen Berichten zu wenig Glauben. Napoleon, der Kriegsminister Leboeuf und der Marschall Mac Mahon wußten recht wohl, daß das vereinigte Deutschland ihnen ein numerisch überlegenes Heer entgegenstellen könne. Sie berechneten die deutsche Operationsarmee auf 550 000, die eigene auf nur 300 000 Mann. Diesen Nachteil suchte Napoleon durch Ergreifung einer raschen und überwältigenden Initiative zu paralysieren. Er wollte 150 000 Mann bei Metz, 100 000 bei Straßburg, 50 000 im Lager von Chalons aufstellen, die beiden ersten Armeen unterhalb Straßburg vereinigen, mit 250 000 Mann bei Maxau den Rhein überschreiten, Baden, Württemberg und Bayern durch einen raschen Ueberfall in seine Gewalt bringen und zur Neutralität zwingen und dann das preußische Heer, dessen Stärke er auf 350 000 Mann berechnete, aufsuchen und bekämpfen. Ein Teil der preußischen Streitkräfte sollte durch das Erscheinen der französischen Flotte in der Nordsee und Ostsee und durch die mit den Dänen vereinigten französischen Landungstruppen zurückgehalten, der Rücken der französischen Operationsarmee und die Nordostgrenze Frankreichs durch die von Chalons nach Metz vorgeschobene Reservearmee gedeckt werden. Dieser Plan, dessen Autorschaft Napoleon selbst zugeschrieben wird, war nur dann ausführbar, wenn er gleichzeitig mit der Kriegserklärung den Rhein mit 250 000 Mann überschreiten konnte und wenn seine Hoffnungen auf Süddeutschland, Dänemark, Oestreich und Italien sich erfüllten. Das letztere war, wie wir gesehen haben, nicht der Fall, und mit den eigenen Truppen sah es, sowohl hinsichtlich der Stärke als der Ausrüstung, schlecht genug aus. In Metz befanden sich

(c) Instituto Cervantes de Madrid

am 19. Juli nur 100 000 Mann, in Straßburg nur 40 000, in Chalons fehlte ein ganzes Armeekorps. Große Vorräte an Proviant, Munition und Montierungsstücken waren an verschiedenen Orten angehäuft, nur nicht immer da, wo man sie brauchte. Die Eisenbahnverwaltungen waren auf so kolossale Transporte von Menschen und Waren nicht eingerichtet und nicht eingeübt. Infolgedessen entstand eine ungeheure Verwirrung; die Bahnhöfe waren überfüllt mit Kriegsbedürfnissen, und die Festungen litten Mangel daran. Von Ausführung des napoleonischen Kriegsplanes, von Ergreifung der Offensive war unter solchen Umständen keine Rede. Frankreich, das den Krieg ankündigte, ehe es gerüstet war, war gleich im Beginn desselben auf die Defensive angewiesen.

Die Berechnungen Moltkes hinsichtlich des Aufmarsches der Truppen wurden noch übertroffen. Der 16. Juli war der erste Mobilmachungstag. Zwanzig Tage darauf sollte die erste Operationsarmee an der französischen Grenze stehen. Aber schon am 26. Juli, also nach elf Tagen, war die Mobilisierung vollendet und acht Tage darauf die Aufstellung der deutschen Heere zwischen Rhein und Saar vollzogen. Die Energie des Kriegsministeriums und der Eifer der Eisenbahnverwaltungen hatten Unglaubliches geleistet. Die Bildung der drei Armeen wurde am 18. Juli vom König befohlen und für die Erste Armee, den rechten Flügel, General Steinmetz, für die Zweite Armee, das Zentrum, Prinz Friedrich Karl, für die Dritte Armee, den linken Flügel, der Kronprinz Friedrich Wilhelm zum Oberbefehlshaber ernannt. Die nächsten Zielpunkte dieser drei Armeen waren Saarbrücken, Saargemünd und das nordöstliche Elsaß. Von den drei Oberbefehlshabern hatte der Kronprinz den Generalleutnant von Blumenthal, Prinz Friedrich Karl den Generalmajor von Stiehle, Steinmetz den Generalmajor von Sperling zu seinem Generalstabschef. Die in der Nähe des Kriegsschauplatzes gelegenen Provinzen und die Küstengebiete der Nordsee und Ostsee wurden in Kriegszustand erklärt, fünf Generalgouverneure für dieselben eingesetzt und der durch den Mainfeldzug von 1866 berühmte General Vogel von Falckenstein zum Gouverneur von Preußen, Pommern, Schleswig-Holstein und Hannover ernannt. Die siebzehnte Infanteriedivision und die anderen zum Schutze des Küstengebietes aufgestellten Landwehrdivisionen wurden unter

(c) Instituto Cervantes de Madrid

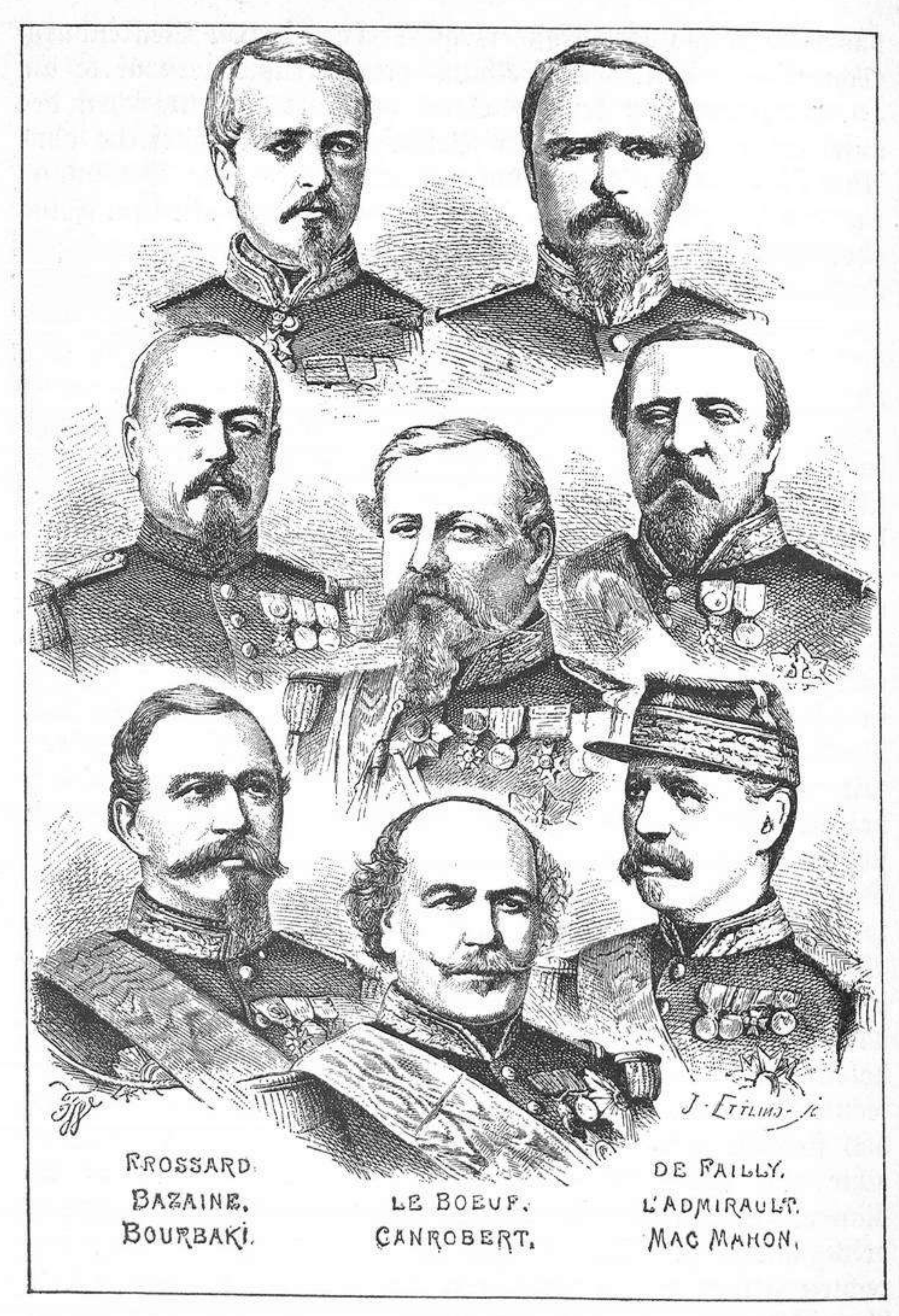
das Kommando des Großherzogs Franz II. von Mecklenburg-Schwerin gestellt. Der König von Preußen erneuerte am 19. Juli das von seinem Vater gestiftete Ordenszeichen des Eisernen Kreuzes, mit der Bestimmung, daß dasselbe ohne Unterschied des Ranges oder Standes als eine Belohnung für das Verdienst, sei es im wirklichen Kampf mit dem Feind oder daheim, verliehen werden sollte.

3) Die großen Schlachten im August und September.

(1870.)

Napoleon beschloß, wie im italienischen Kriege, so auch in diesem das Oberkommando über sämtliche Truppen zu übernehmen. Zum Chef seines Generalstabs ernannte er den Kriegsminister Leboeuf. Für die Dauer seiner Abwesenheit von Paris übertrug er am 23. Juli der Kaiserin Eugenie die Regentschaft. Diese begab sich am 24. nach Cherbourg, um dort die unter den Befehl des Vizeadmirals Graf Bouet-Villaumez gestellte Flotte vor deren Abfahrt in die Nordsee und Ostsee zu inspizieren, und erließ eine Proklamation an dieselbe. Am 28. Juli reiste Napoleon mit seinem Sohne nach Metz ab und übernahm den Oberbefehl. Die an die „Rheinarmee" gerichtete Proklamation stellte einen „langen und mühevollen" Krieg in Aussicht. Die französische Operationsarmee bestand aus acht Armeekorps. Von diesen stand das erste unter Marschall Mac Mahon bei Straßburg, das zweite unter General Frossard bei St. Avold, das dritte unter Marschall Bazaine bei Metz, das vierte unter General Ladmirault bei Diedenhofen, das fünfte unter General Failly bei Bitsch, das sechste unter Marschall Canrobert im Lager von Chalons, das siebente unter General Felix Douay bei Belfort, das achte, die kaiserliche Garde, unter General Bourbaki bei Nancy. Somit bildeten das erste und siebente Korps, welche beide unter den Befehl Mac Mahons gestellt waren, den rechten Flügel der französischen Aufstellung und waren dem Angriff des Kronprinzen von Preußen ausgesetzt. Das zweite, dritte und vierte Korps, welches letztere den äußersten linken Flügel bildete, waren den gegen sie anrückenden Heeren des Prinzen Friedrich Karl und des Generals Steinmetz nicht gewachsen und mußten durch Heranziehung der in Reserve stehenden Korps unter Canrobert und Bourbaki verstärkt

(c) Instituto Cervantes de Madrid



Französische Heerführer 1870/71.

werden. Das bei Bitsch stehende fünfte Korps sollte die Verbindung zwischen der Metzer und der Straßburger Armee unterhalten.

Schon seit dem 19. Juli hatten täglich Vorposten- und

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Rekognoszierungsgefechte stattgefunden. Das bedeutendste war das Gefecht bei Saarbrücken am 2. August. Dort standen etwa 1000 Mann preußischer Truppen, ein Bataillon Füsiliere und drei Schwadronen Ulanen, unter dem Oberstleutnant von Pestel. Gegen diese 1000 Mann, über welche an diesem Tage General Graf Gneisenau das Kommando führte, rückte der französische General Frossard von St. Avold an. Er besetzte die auf der linken Seite des Saarthales sich erhebenden Höhen von Spicheren und eröffnete aus 23 Geschützen das Feuer gegen die offene Stadt Saarbrücken und gegen die Truppen. Napoleon selbst wohnte mit seinem Sohne dem Gefechte bei, das größtenteils in einem Artilleriekampf bestand. Gneisenau, welcher die Weisung hatte, sich vor überlegenen Kräften zurückzuziehen, ging nach dreistündigem Widerstand auf das rechte Saarufer, hielt die dort gelegene Stadt St. Johann und den Bahnhof besetzt und bezog eine Meile nordwestlich von Saarbrücken ein Biwak. Frossard rückte gegen Abend mit einiger Mannschaft in Saarbrücken ein, wagte aber keine Verfolgung und kehrte wieder auf die Höhen zurück. Die Preußen hatten an diesem Tage einen Verlust von 4 Offizieren und 79 Mann, die Franzosen einen solchen von 6 Offizieren und 80 Mann. Die kaiserliche Siegesdepesche sprach von der Feuertaufe des Prinzen Louis, von seiner Geistesgegenwart und Kaltblütigkeit; die Pariser Presse ließ die Rheinarmee schon vor Mainz stehen und begrüßte diese „glorreiche Waffenthat als das Zeichen einer neuen Geschichtsperiode".

Inzwischen schickten sich die deutschen Heere zur Ergreifung einer kräftigen Offensive an. Die Befehlshaber derselben waren am 26. Juli nach den für ihre Truppen bestimmten Sammelplätzen abgereist, und König Wilhelm, welcher, wie 1866, das Oberkommando über sämtliche deutschen Streitkräfte übernahm, hatte am 31. Juli, von dem Grafen Bismarck und den Generalen Moltke und Roon begleitet, Berlin verlassen. Am Morgen des 2. August traf er in Mainz ein. Hier wurde das große Hauptquartier eingerichtet und von hier eine Proklamation an das deutsche Heer erlassen: „Ganz Deutschland steht einmütig in den Waffen gegen einen Nachbarstaat, der uns überraschend und ohne Grund den Krieg erklärt hat. Es gilt die Verteidigung des bedrohten Vaterlandes, unserer Ehre, des eigenen Herdes." In diesem Hauptquartier waren die größten Männer unserer

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Zeit versammelt; die Blicke von ganz Deutschland waren nach diesem Hauptquartier und nach den drei großen Heeren gerichtet.

Von letzteren kam die unter dem Kommando des preußischen Kronprinzen stehende Dritte Armee, welche ihre Aufstellung zwischen Landau und Rastadt hatte, zuerst an den Feind. Das Hauptquartier war in Speier. Dorthin sandte Moltke am 2. August die Meldung, „daß mit Rücksicht auf ein späteres Zusammenwirken der ganzen deutschen Heeresmacht gegen die Saarlinie (von welcher die Dritte Armee am weitesten entfernt war) die linke Flügelarmee sich schon jetzt in Bewegung setzen müsse". Darauf überschritt der Kronprinz am 4. August die französische Grenze und griff die an dem Flüßchen Lauter gelegene Stadt Weißenburg an. Dort stand als Avantgarde des Mac Mahonschen Korps die Division des Generals Abel Douay mit 11 Bataillonen und 4 Batterien. 2 Bataillone verteidigten die Stadt, 9 den südlich davon gelegenen, wohl verschanzten Gaisberg. Die Stadt wurde von preußischen und bayrischen Bataillonen, der Gaisberg von 16 preußischen Bataillonen erstürmt, wobei General Douay getötet wurde. Die Franzosen hatten etwa 1200 Tote und Verwundete und verloren gegen 1000 Gefangene, darunter 30 Offiziere. Was übrig war, beeilte sich, nach Wörth zu entkommen. Der Verlust der Deutschen betrug 91 Offiziere und 1460 Mann. Viele Bagage wurde erbeutet und die erste französische Kanone erobert.

Auf die Nachricht von dieser Niederlage einer seiner Divisionen eilte der Marschall Mac Mahon mit den drei übrigen Infanteriedivisionen seines Korps und der Kavalleriedivision herbei, zog die geschlagene Division an sich und nahm Stellung bei Wörth, um hier, zwischen den Vogesenpässen und Bitsch, dem weiteren Vorrücken des Kronprinzen Halt zu gebieten. In dem kaiserlichen Schlosse zu Froschweiler nahm er am 5. August sein Hauptquartier. Die westlich vom Sauerbach aufsteigenden Höhen mit den Dörfern Froschweiler und Elsaßhausen ließ er verschanzen und erwartete den Angriff des Kronprinzen erst auf den 7. August. Um demselben gewachsen zu sein, suchte er die Korps Douay und Failly, von welchen jenes bei Belfort und Mülhausen, dieses bei Bitsch aufgestellt war, an sich zu ziehen. Aber von jenem traf nur eine Division rechtzeitig ein, von diesem wurde gleichfalls nur eine Division zur Unterstützung abgeschickt, und diese kam erst am Abend

(c) Instituto Cervantes de Madrid

des 6. August in der Nähe des Schlachtfeldes an und konnte nur noch teilweise die Deckung des Rückzugs übernehmen.

Der Kronprinz beabsichtigte erst am 7. August die entscheidende Schlacht zu liefern, um seine sämtlichen fünf Korps

Friedrich Wilhelm, Kronprinz von Preußen.

näher an die Sauer heranzuziehen und dann mit vereinten Kräften die starke französische Stellung anzugreifen. Daher gab er, als er am Morgen des 6. August den Kanonendonner von Wörth hörte, den Befehl, das Gefecht abzubrechen. Aber dazu war es schon zu spät; denn bei Wörth stand die Avantgarde des fünften Korps, das vom General Kirchbach be-

(c) Instituto Cervantes de Madrid

fehligt wurde, schon seit einigen Stunden im heftigsten Gefecht und wurde rechts von den Bayern, links von dem elften Korps, dessen Kommandant General Bose war, unterstützt. Da ein Zurückziehen der kämpfenden Truppen große Verluste und sonstige Nachteile zur Folge gehabt hätte, so blieb nichts übrig, als den Kampf fortzusetzen und möglichst viele Truppen in die Schlacht eingreifen zu lassen. So entspann sich aus einem Rekognoszierungsgefecht der Avantgarde, gegen den Willen der beiderseitigen Heerführer, die entscheidende Schlacht von Wörth, an welcher sich allmählich, außer der badischen Division, sämtliche Truppenteile, Preußen, Bayern und Württemberger, beteiligten. Wörth und die Sauerbrücke wurden genommen, das Dorf Elsaßhausen erstürmt, die Kürassierregimenter, welche zur Rettung des wohl verschanzten, aber hart angegriffenen Dorfes Froschweiler abgeschickt wurden, unter großen Verlusten zurückgeschlagen und das Dorf erobert. Die Schlacht war gewonnen. Es entstand eine wilde Flucht. Die geschlagenen Franzosen flohen teils nach Straßburg, teils nach den Vogesenpässen und wurden an diesem und den folgenden Tagen von den Reiterregimentern der siegreichen Armee nachdrücklich verfolgt.

Groß waren die Trophäen dieses Tages: 200 Offiziere und 9000 Mann an Gefangenen, 1 Adler, 4 Turkofahnen, 28 Geschütze, 5 Mitrailleusen, eine Menge von Waffen und Bagage, gegen 1200 Pferde, die Kriegskasse mit 222000 Frank in Gold. An Toten und Verwundeten hatten die Franzosen gegen 6000 Mann. Der Verlust der Deutschen an Toten und Verwundeten betrug 489 Offiziere und 10153 Mann. Unter den Schwerverwundeten befand sich der kommandierende General Bose. Das siegreiche Heer biwakierte auf dem Schlachtfeld. In der Nacht ertönte dort, wie einst am Siegestage von Leuthen, von einigen hundert Instrumenten gespielt, die Melodie des Liedes: „Nun danket alle Gott!" Mac Mahon kam mit seiner geschlagenen Armee am Morgen des 7. August in Zabern an und marschierte von da nach Chalons, wo er am 15. August eintraf, sein Korps neu organisierte und eine neue Armee bilden sollte. Zunächst wurden die Korps Douay und Failly dorthin berufen.

Der nördliche Teil des Elsaß war die kostbarste Beute des Sieges von Wörth. Zur Eroberung der Stadt Straßburg wurde am 7. August die badische Divison von der Dritten Armee abgezweigt. Ihre Kavallerie nahm noch am gleichen

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Tage die Stadt Hagenau, und als am 8. und 9. August die ganze Division vor der Festung Straßburg versammelt war, wurde der Kommandant derselben, General Uhrich aus Pfalzburg, zur Uebergabe aufgefordert. Da er die Aufforderung zurückwies, so wurde zur regelmäßigen Belagerung der Stadt geschritten und ein besonderes Belagerungskorps gebildet. Dieses bestand aus der badischen Division, einer preußischen Reservedivision und der Gardelandwehrdivision und wurde unter das Kommando des Generalleutnants von Werder gestellt. Vom 14. August an wurde die Stadt eng zerniert. Mit den übrigen Truppen, den zwei preußischen und den zwei bayrischen Korps und der württembergischen Division, brach der Kronprinz am 8. August von dem Schlachtfeld von Wörth auf und zog durch die unbesetzten Vogesenpässe. Die zur Beherrschung der Straße dienenden kleinen Festungen Lichtenberg und Lützelstein wurden von württembergischen Truppen, die Festung Marsal von bayrischen Truppen genommen, die Festungen Bitsch und Pfalzburg zerniert. Am 16. August zog der Kronprinz in Nancy ein. Hier blieb er einige Tage, den äußersten linken Flügel der deutschen Aufstellung bildend, und wartete auf entscheidende Nachrichten über die Ereignisse an der Saar und an der Mosel.

Am 6. August wurde auch bei Spicheren ein Sieg errungen. Diese Schlacht war gleichfalls nicht die Folge einer strategischen Kombination, sondern ging geradezu aus einem Mißverständnis hervor. Nach dem Plane Moltkes sollte das auf der Höhe von Spicheren aufgestellte Frossardsche Korps gar nicht oder jedenfalls nicht mit ungenügenden Streitkräften angegriffen, sondern dadurch, daß die Erste und die Zweite Armee bei Forbach und bei Saargemünd die Stellungen desselben gleichzeitig umgingen, entweder zu schleunigem Rückzug genötigt oder, falls es standhielt, durch die Uebermacht erdrückt werden. General Frossard selbst erklärte schon am 5. August seine Stellung für gefährdet und wünschte gegen Saargemünd oder nach St. Avold abzuziehen, womit das französische Oberkommando einverstanden war. Es ist daher sicher anzunehmen, daß er, wenn auch nicht schon auf die Nachricht von dem Anmarsch der Ersten und Zweiten Armee, so doch jedenfalls auf die Kunde von der Niederlage bei Wörth seine Stellung freiwillig geräumt und sich nach der Mosel zurückgezogen hätte. Als aber General Kamecke, welcher die 14. Division befehligte, und General Rheinbaben,

(c) Instituto Cervantes de Madrid

welcher die zur Zweiten Armee gehörige Kavalleriedivision kommandierte, am Vormittag des 6. August in die Nähe von Saarbrücken kamen, glaubten sie aus den Berichten der rekognoszierenden Offiziere schließen zu dürfen, daß das Frossardsche Korps sich schon auf dem Rückzug befinde, und wollten dem abziehenden Feinde noch möglichst viel Schaden zufügen. Sie drängten die noch im Thale befindlichen französischen Truppenteile zurück, verfolgten sie bis zu den steilen, bewaldeten Höhen, fanden aber hier einen Widerstand, dem sie nicht gewachsen waren. Nun erst erkannten sie ihre Täuschung, hielten es aber mit ihrer militärischen Ehre nicht vereinbar, das eingenommene Terrain aufzugeben und über die Saar sich zurückzuziehen. Infolgedessen hatte die Division Kamecke (die Rheinbabenschen Reiter konnten in dem gebirgigen und waldigen Terrain sich wenig an dem Gefecht beteiligen) von elf bis drei Uhr den Kampf mit drei Divisionen auszuhalten, welche eine zahlreiche Artillerie hatten und durch das Terrain außerordentlich begünstigt waren. Erst von drei Uhr an trafen auf den Kanonendonner weitere Abteilungen der beiden Armeen auf dem Schlachtfelde ein, so daß jetzt 27 000 Deutsche gegen 40 000 Franzosen kämpften. Die Willenskraft und Ausdauer, womit die deutschen Soldaten die größten Schwierigkeiten überwanden, waren fast beispiellos. Es gelang endlich, 12 Geschütze auf die Höhen zu bringen; doch kam hier der Kampf zum Stehen. Die Entscheidung kam erst gegen sieben Uhr, als die Division Glümer gegen den linken feindlichen Flügel anrückte, denselben über den Haufen warf und die Rückzugslinie des Feindes bedrohte. Abends neun Uhr zog das Frossardsche Korps von den Höhen, welche die französischen Offiziere für uneinnehmbar erklärt hatten, ab, wobei der Rückzug da und dort in Flucht ausartete. Ueber Forbach und St. Avold oder über Saargemünd zog sich das Korps nach Metz zurück. Dahin zog auch das Korps Bazaine, welches nur anderthalb Meilen vom Schlachtfeld gestanden war, ohne Frossard Hilfe zu leisten. Die für den angreifenden Teil so ungünstigen Terrainverhältnisse brachten es mit sich, daß die Sieger größere Verluste hatten als die Besiegten. Die Deutschen hatten an Toten, Verwundeten und Vermißten 223 Offiziere und 4648 Mann, die Franzosen nach ihren eigenen Angaben einen Verlust von 249 Offizieren und 3829 Mann, darunter gegen 2000 Gefangene.

Die Sieger folgten am 7. August dem geschlagenen Feind,

(c) Instituto Cervantes de Madrid

erbeuteten in Forbach ungeheure Proviantvorräte, besetzten am 9. St. Avold und ließen ihre Reiter bis in die Nähe von Metz streifen. Die Zweite Armee, welche durch die Rheinpfalz marschiert war, zog teils über Saarbrücken, teils über Saargemünd in der Richtung nach Metz. Auf die Nachricht von den zwei Siegen am 6. August verließ König Wilhelm Mainz, traf am 9. in Saarbrücken, am 11. in St. Avold ein und hatte an den folgenden Tagen sein Hauptquartier in Falkenberg und in Herny. Am 11. August erließ er, bevor er die französische Grenze überschritt, eine Proklamation an das französische Volk, worin er erklärte, er führe Krieg mit den französischen Soldaten, nicht mit den Bürgern Frankreichs, deren Person und Eigentum vollkommene Sicherheit genießen würden, solange sie nicht selbst Feindseligkeiten gegen die deutschen Truppen ausüben würden.

Die Nachricht von diesen französischen Niederlagen erregte in Paris und in Metz die größte Bestürzung. Die Opposition bemächtigte sich dieser Lage und verdoppelte ihre Angriffe auf die Regierung. Sie sprach im Gesetzgebenden Körper am 9. August offen von der Untüchtigkeit des kaiserlichen Feldherrn, von der Notwendigkeit seines Rücktritts als Oberkommandant, ja von seiner Abdankung als Kaiser. Gegen die Minister wurde wegen ihrer mangelhaften Kriegsrüstungen ein Tadelsvotum eingebracht. Da dasselbe von der Kammer angenommen wurde, so nahm das Ministerium Gramont-Ollivier seine Entlassung, worauf am 10. August ein rein bonapartistisches Ministerium gebildet wurde, an dessen Spitze Graf Palikao (General Montauban) stand. Die neuen Minister suchten die Versäumnisse ihrer Vorgänger wieder gut zu machen, riefen neue Altersklassen zu den Waffen und betrieben eifrig die Verproviantierung von Paris. Die französischen Truppen wurden aus dem Kirchenstaat zurückgezogen und Pius IX. seinem Schicksal überlassen, die für die Nord- und Ostsee bestimmten Landungstruppen wurden nicht eingeschifft, was dem deutschen Oberkommando Gelegenheit gab, die zur Küstenverteidigung zurückgelassenen Truppenteile nach Frankreich zu berufen und den Küstenschutz den Landwehrmännern und den Küstenbatterien zu überlassen. Die in Frankreich wohnenden Deutschen, welche im Beginn des Krieges von der Abreise zurückgehalten worden waren, wurden sämtlich ausgewiesen und diese Maßregel mit gewohnter Brutalität ausgeführt. Die Seeoperationen, durch Landungs-

(c) Instituto Cervantes de Madrid

truppen nicht unterstützt, hatten keinen Erfolg. Da die Eingänge zu den deutschen Häfen durch Batterien und durch Torpedos wohl verwahrt waren, so bestand die ganze Thätigkeit der französischen Flotte darin, daß sie diese Häfen ein paar Monate blockiert hielt und Kauffahrerschiffe auffing. Im Juli fuhr eine Flottenabteilung unter Vizeadmiral Bouet-Villaumez nach der Ostsee, im August eine andere unter Vizeadmiral Fourichon nach der Nordsee ab; aber nach den unbedeutenden Gefechten bei Hiddensee und bei Danzig am 17. und 21. August kehrten beide wieder nach Cherbourg zurück. Ebenso erfolglos war im Oktober das Auslaufen einer dritten Flotte unter dem Vizeadmiral Gueydon.

Im kaiserlichen Hauptquartier zu Metz herrschte auf die Nachricht vom 6. August die größte Verwirrung. Schon am 7. August wurde beschlossen, mit der ganzen Armee sich nach Chalons zurückzuziehen, und bereits mit der Ausführung begonnen. Da aber der Kommandant von Metz, General Coffinières, erklärte, daß er, wenn er mit der Besatzung allein gelassen würde, die Festung nicht vierzehn Tage halten könnte, so kam man von dem ersten Beschluß wieder zurück; denn man mußte auch die Frage berücksichtigen, was wohl Paris und Frankreich dazu sagen würden, wenn acht Tage nach Eröffnung des Feldzuges die volle Hälfte des zwischen der Hauptstadt und dem Rhein liegenden Gebiets dem Feinde preisgegeben würde. Napoleon entschloß sich daher, mehr aus politischen als aus militärischen Gründen, zwischen der Mosel und der Nied Stellung zu nehmen. Da aber diese Stellung, welche am 10. August bezogen wurde, sich als sehr ungünstig erwies, so wurde zwei Tage darauf der Beschluß gefaßt, die ganze Rheinarmee dicht unter die schützenden Batterien der Forts heranzuziehen. Zugleich legte Napoleon am 12. August das Kommando nieder und ernannte den Marschall Bazaine zum Oberbefehlshaber der Rheinarmee. Infolgedessen trat Leboeuf von der Leitung des Generalstabs zurück und übernahm später das Kommando eines Armeekorps, und General Decaen wurde zum Kommandanten des Bazaineschen Korps ernannt. Der neue Oberbefehlshaber Bazaine kam, wie es scheint, auf des Kaisers Aufforderung, wieder auf den ersten Entschluß zurück und erließ am 13. August einen Befehl, wonach die Rheinarmee (fünf Korps und zwei Reserve-Kavalleriedivisionen) am 14. in der Richtung nach Verdün abmarschieren sollte. Dieser

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Rückzug mußte, wenn er nicht vom Feinde gestört werden sollte, so schleunig als möglich ausgeführt werden und konnte sein Ziel nicht in Verdün, sondern nur in Chalons finden. Um Bazaine vollständig freie Hand zu lassen, aber auch die ganze Verantwortung aufzubürden, faßte Napoleon den Entschluß, mit seinem Sohne von Metz abzureisen und sich über Verdün nach Chalons zu begeben, wo Mac Mahon eben damals im Begriff war, seine geschlagene Armee zu sammeln und neue Streitkräfte an sich zu ziehen. Wurden diese Pläne ausgeführt, so wurde für den Marsch der deutschen Truppen nach Paris die Entscheidung nach Chalons verlegt, wo unter Bazaine und Mac Mahon gegen 300 000 Mann vereinigt werden sollten. Dies lag nicht im Interesse der Moltkeschen Strategie, welche vielmehr darauf bedacht war, die Bazainesche Armee in Metz festzuhalten und, nachdem diese unschädlich gemacht war, die Armee Mac Mahons aufzusuchen.

Sobald Moltke, welcher mit dem königlichen Hauptquartier am 11. August in St. Avold angekommen war, durch Rekognoszierungen erfuhr, daß die fünf französischen Korps auf dem rechten Moselufer, zwischen Mosel und Nied, standen und daß das Land oberhalb Metz bis zur Mosel und die dortigen Hauptübergänge über den Fluß unbesetzt waren, so traf er die auf eine Umgehung der rechten Flanke der französischen Armee hinzielenden Anordnungen. Die Erste Armee sollte zunächst auf dem rechten Moselufer stehen bleiben, den Uebergang der französischen Korps vom rechten auf das linke Ufer stören und aufhalten und die rechte Flanke der Zweiten Armee decken; letztere sollte links gegen Chateau-Salins vorgehen, die Moselübergänge bei Pont-a-Mousson, Dieulouard, Marbache u. s. w. besetzen und die von Metz nach Verdün führende Straße zu erreichen suchen, um einem etwaigen Abmarsch der Franzosen entgegenzutreten und dieselben so lange vor Metz festzuhalten, bis sämtliche Korps der Ersten und Zweiten Armee auf dem linken Moselufer ständen und der Bazaineschen Armee die Entscheidungsschlacht liefern könnten. Für diesen Fall waren die deutschen Streitkräfte ausreichend; es fragte sich nur, ob einzelne Korps der Zweiten Armee den weiten Weg von St. Avold nach Pont-a-Mousson und von da nach der Straße Metz-Verdün so rasch zurücklegen könnten, um die ganze Bazainesche Armee, nicht bloß die Nachhut derselben, aufzuhalten.

Die Ausführung des Moltkeschen Planes führte zu den

(c) Instituto Cervantes de Madrid

großen Kämpfen bei Metz: zu der Schlacht bei Colombey-Nouilly am 14. August, bei Vionville am 16. August, bei Gravelotte am 18. August. Bazaine beging den großen Fehler, daß er den schon am 12. August beschlossenen Abzug von Metz nicht mit aller Energie betrieb und erst am Morgen des 14. den Befehl gab, daß die auf dem rechten Moselufer stehenden Korps den Uebergang auf das linke bewerkstelligen sollten. Sobald Generalmajor von der Goltz diese rückgängigen Bewegungen bemerkte, war er sich sofort bewußt, von welcher Wichtigkeit es sei, den Abmarsch der Feinde zu verzögern; er beschloß daher, mit der Avantgarde des siebenten Korps den Feind, welcher, zwei Armeekorps stark, ihm gegenüberstand, anzugreifen, und machte den kommandierenden Generalen des siebenten und ersten Korps, Zastrow und Manteuffel, Meldung hiervon. Dieses Vorgehen fand nachmittags 3½ Uhr statt und führte zu der improvisierten Schlacht bei Colombey-Nouilly, welche erst spät abends beendigt wurde. Die zwei französischen Korps (Ladmirault und Decaen) wurden auf allen Punkten zurückgeschlagen und mußten sich zwischen die schützenden Außenforts zurückziehen. Der Preis des auf dem rechten Moselufer errungenen Sieges war nur auf dem linken zu holen. Das Generalstabswerk sagt hierüber: „In der That wurde durch die Schlacht bei Colombey-Nouilly der Abzug des Gegners auf Verdün so verzögert, daß es möglich wurde, durch die Schlacht bei Vionville jene Bewegung völlig zum Stillstand zu bringen und darauf in der Schlacht bei Gravelotte zu jenem umfassenden und entscheidenden Angriff von Westen her vorzugehen. So bilden die Ereignisse des 14. August das erste Glied in der Reihe der großen Kämpfe um Metz, welche zunächst zur Einschließung und schließlich zur Waffenstreckung der französischen Hauptarmee führten." Die Deutschen hatten in dieser Schlacht einen Verlust von etwa 5000 Mann, einschließlich 222 Offizieren, die Franzosen einen Verlust von 3408 Mann und 200 Offizieren.

Bazaine nahm den am 14. August gestörten Abmarsch seiner Armee am 15. wieder auf und verlegte sein Hauptquartier nach Gravelotte. Der Kaiser Napoleon befand sich noch bei ihm und verließ erst am frühen Morgen des 16. das Hauptquartier von Gravelotte. Mit dem Abmarsch ging es langsam vorwärts. Die zwei geschlagenen Korps konnten die ihnen für den 15. angewiesenen Marschziele nicht

(c) Instituto Cervantes de Madrid

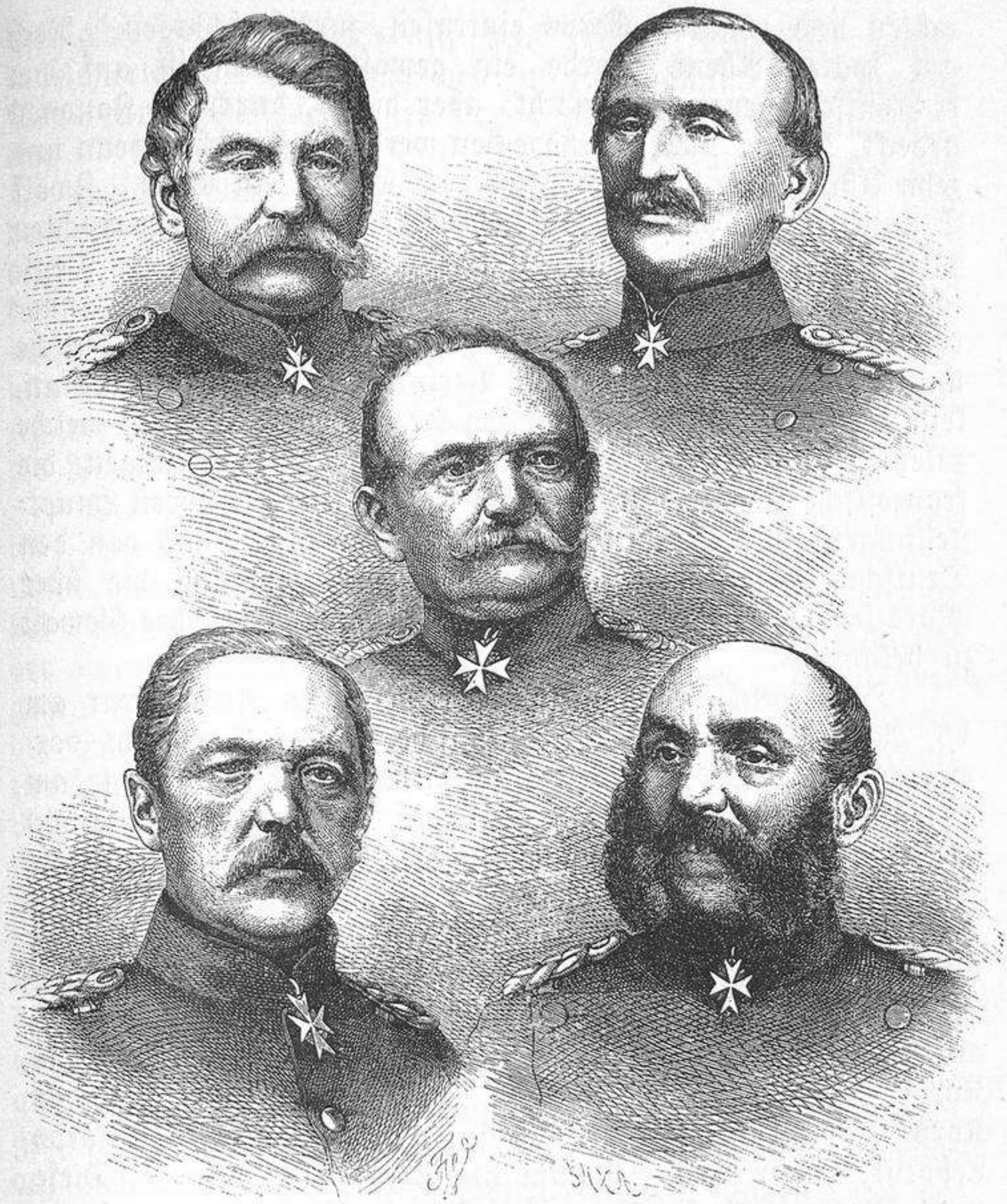
Attacke des 1. Gardedragoner-Regiments bei Mars-la-Tour. Von Emil Hünten.

Nach einer Photographie aus dem Verlage von Fr. Hanfstängl in München.

(c) Instituto Cervantes de Madrid

erreichen. Je langsamer die Rheinarmee sich fortbewegte, desto rascher suchte Prinz Friedrich Karl ein Korps um das andere über die Mosel zu führen, durch einen Seitenmarsch die Straße zu erreichen, welche von Metz über Gravelotte, Rezonville, Vionville, Mars-la-Tour in der Richtung nach Verdün führt, und auf dieser Straße dem abziehenden Feinde einen ehernen Schlagbaum entgegenzustellen. Nach Moltkes Direktiven sollte die Erste Armee von den drei Korps, welche sie nun hatte, eines auf dem rechten Moselufer lassen, mit den zwei anderen die Mosel überschreiten, während das Kommando der Zweiten Armee nach eigenem Ermessen mit allen verfügbaren Mitteln eine kräftige Offensive zu führen hatte. So folgte der Schlacht von Colombey als strategische Konsequenz am 16. August die Schlacht bei Vionville. Mit bewundernswerter Hingebung und Ausdauer wurde die vorgeschriebene Offensive begonnen und durchgeführt. Das auf der Hochfläche von Rezonville und Vionville lagernde französische Heer wurde vormittags zehn Uhr von dem dritten Armeekorps, den Brandenburgern unter General Alvensleben II., angegriffen. Sechs volle Stunden hielt dieses Korps, welchem eine Infanteriebrigade vom zehnten Korps und zwei Kavalleriedivisionen beigegeben waren, den Kampf gegen drei französische Korps aus, eroberte die Dörfer Vionville und Flavigny und schlug das Frossardsche Korps zurück. Als Bazaine zur Umgehung des linken Flügels der Brandenburger das Korps Canrobert und hinter diesem das Korps Leboeuf verschob, befahl Alvensleben gegen zwei Uhr, nur um Zeit zu gewinnen, bis andere Heeresabteilungen eintreffen würden, der Kavalleriebrigade Bredow, gegen die Infanterie und die Batterien Canroberts vorzugehen. Die Kürassiere und Ulanen stürmten im dichtesten Kugelregen vorwärts, durchbrachen die feindlichen Reihen und erschütterten das Korps Canrobert so sehr, daß dieses zu weiteren Angriffen nicht mehr fähig war; aber ihre eigenen Reihen waren so gelichtet, daß von sechs Schwadronen nur noch zwei übrig waren. Um 3½ Uhr erschien Prinz Friedrich Karl auf dem Schlachtfeld und übernahm die Leitung der Schlacht. Gegen vier Uhr kam das ganze zehnte Korps, die Hannoveraner unter General Voigts-Rhetz, beim linken Flügel an. Demselben drohte durch die Korps Leboeuf und Ladmirault Umzinglung. Der Kampf wurde immer heftiger. Da mußte die Reiterei zum zweitenmal einhauen. Die Gardedragoner unter Graf Brandenburg

(c) Instituto Cervantes de Madrid



Deutsche Heerführer 1870/71.

Alvensleben I. Fransecky. Alvensleben II.
Voigts-Rhetz. Manstein.

stürzten sich auf den Feind und machten der Infanterie Luft, verloren aber fast sämtliche Führer und einen großen Teil der Mannschaft; die Reiterbrigade unter General Barby, sechs Regimenter stark, warf sich auf zehn französische Reiterregimenter und jagte sie nach einem glänzenden Gefecht in die Flucht. Auf dieser Seite wagten die Franzosen keinen Angriff mehr. Ihr Versuch, den rechten Flügel der Brandenburger zu umgehen, wurde, da nun auch Truppenteile des

(c) Instituto Cervantes de Madrid

achten und neunten Korps eintrafen, zurückgeschlagen. Noch am späten Abend wurde ein gewaltiger Angriff auf das französische Zentrum gemacht; aber dieses, durch 54 Kanonen gedeckt, konnte nicht durchbrochen werden. Zwischen neun und zehn Uhr machte die Dunkelheit dem Kampf ein Ende. Zwölf Stunden hatte die Schlacht gedauert. Die Franzosen machten zuletzt die äußersten Anstrengungen, um die Reihen der Deutschen zu durchbrechen; aber die Brandenburger und Hannoveraner hielten mit heldenmütiger Ausdauer stand. Deutsche und Franzosen hatten einen Verlust von je 16000 Mann, kein Teil hatte den anderen besiegt. Den Deutschen, welche zuletzt 80000 Mann stark waren, war es nicht gelungen, die französische Uebermacht von 120000 Mann aus ihren Hauptstellungen zu vertreiben, den Franzosen nicht, das von den Deutschen besetzte Terrain wiederzugewinnen und die über Mars-la-Tour nach Verdün führende Straße in ihre Gewalt zu bekommen.

Der Zweck des Angriffs der deutschen Armee war am 16. August erreicht: die französische Armee kam nicht vorwärts und wurde bei Metz festgehalten. Bazaine machte am 17. keine weiteren Versuche, in der Richtung nach Verdün abzumarschieren, zog vielmehr seine Truppen näher an die Festung heran und erwartete in einer, wie er glaubte, „uneinnehmbaren" Stellung den feindlichen Angriff. In einer Linie von anderthalb Meilen stellte er seine fünf Korps auf: auf dem rechten Flügel bei St. Privat das Korps Canrobert, auf dem linken Flügel bei St. Hubert und Rozerieulles das Korps Frossard, im Zentrum rechts bei Amanvillers das Korps Ladmirault, links bei Leipzig und Moscou das Korps Leboeuf, hinter dem Zentrum die Garde als Reserve. Diese durch Natur und Kunst wohl befestigte Stellung zu nehmen und die Bazainesche Armee vom freien Feld unter die Kanonen der Forts und in die Festung zurückzudrängen, war der neue Plan Moltkes, welcher am 18. August in der Schlacht bei Gravelotte unter dem Oberkommando des Königs Wilhelm zur Ausführung kam. Letzterer war von seinem Hauptquartier zu Pont-a-Mousson in der Frühe des 17. August aufgebrochen und hatte sich nach Vionville begeben. Dort dankte er den Truppen für ihre heldenmütige Tapferkeit und hielt unter freiem Himmel Kriegsrat mit dem Prinzen Friedrich Karl und den Generalen Moltke und Stiehle. Der Schlachtplan für den folgenden Tag wurde festgestellt. Was von

(c) Instituto Cervantes de Madrid

deutschen Truppen noch auf dem rechten Moselufer stand marschierte, mit Ausnahme des zur Beobachtung der östlichen Seite zurückgelassenen ersten Korps unter General Manteuffel, am 17. August auf das linke Ufer, so daß am Morgen des 18. zwischen Mars-la-Tour und Gravelotte sieben Korps und drei Kavalleriedivisionen standen, wozu das in Eilmärschen anrückende Korps der Pommern am Abend als achtes hinzukam. Die Garde und die Sachsen sollten gegen St. Privat vorgehen, das achte und siebente Korps gegen Rozerieulles, das neunte im Zentrum gegen Amanvillers, das dritte und zehnte, durch die Schlacht von Vionville hart mitgenommen, die Reserve bilden.

Die Schlacht bei Gravelotte begann mittags zwölf Uhr im Zentrum der deutschen Aufstellung. Das neunte Korps unter General Manstein ging gegen das Korps Ladmirault bei Amanvillers vor, hatte rechts und links die Angriffe der Korps Leboeuf und Ladmirault abzuwehren, nahm aber gegen Abend die vorliegenden Höhen und nötigte, nachdem die Entscheidung bei St. Privat erfolgt war, Ladmirault zur Räumung Amanvillers' und zum Rückzug nach der Festung. Auf dem linken Flügel gingen die Garde unter dem Prinzen August von Württemberg und die Sachsen unter ihrem Kronprinzen Albert in der Weise vor, daß Abteilungen derselben das Dorf St. Marie-aux-Chênes erstürmten, dann die Sachsen weiter links marschierten und auf einem Umweg die Stellung bei St. Privat in der rechten Flanke faßten, während die Garde in der Front angriff. Wenn der Flanken- und Frontangriff zu gleicher Zeit stattfanden, so war ein rascher und günstiger Erfolg zu erwarten. Als aber die Sachsen, welche auf diesem Umweg größere Schwierigkeiten fanden, als geahnt werden konnte, um fünf Uhr noch nicht sichtbar wurden, ließ Prinz August in der Front angreifen, erhielt aber in dem freien Raum ein so furchtbares Feuer, daß die Garde ungeheure Verluste erlitt, ihren Posten zwar behauptete, aber von einer Fortsetzung des Angriffs zunächst abstehen mußte. Erst als die Sachsen zwischen sechs und sieben Uhr anrückten und gegen die rechte Flanke von St. Privat vordrangen, ging auch die Garde wieder vor. Nun kam rasch die Entscheidung. Um sieben Uhr wurde das Dorf St. Privat genommen und das Korps Canrobert in die Stadt zurückgeworfen. Auch auf dem rechten Flügel, wo das siebente und achte Korps unter dem Kommando des Generals Steinmetz gegen das Korps

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Frossard und gegen den linken Flügel des Korps Leboeuf zu kämpfen hatten, gab es kritische Augenblicke. Das Gehöft St. Hubert wurde nach viermaligem Angriff genommen, aber die Stellung bei Rozerieulles blieb in den Händen der Franzosen. Diese gingen abends sieben Uhr in die Thalschlucht hinab und fingen schon an, die Höhen von Gravelotte zu ersteigen, hinter welchen der König sich aufgestellt hatte. Um das Gefecht zu beobachten, ritt er gegen Gravelotte vor. Granaten schlugen ein; aber der König achtete nicht die Gefahr und verließ erst auf dringendes Bitten des Kriegsministers Roon den gefährlichen Posten und begab sich nach Rezonville zurück. Der Angriff der Franzosen wurde durch die Artillerie zurückgeschlagen. Zu rechter Zeit traf noch das Korps der Pommern unter General Fransecky auf dem bedrohten Punkte ein, drängte den Feind von Verschanzung zu Verschanzung und ließ demselben, als die Dunkelheit eintrat, nur seine Hauptstellungen. Auch diese wurden von Frossard in der Nacht geräumt und der Rückzug nach den Forts angetreten.

Die Schlacht war gewonnen, der Feind in die Festung und zwischen die Forts zurückgedrängt. Die Verluste der Franzosen betrugen etwa 13000 Mann, darunter gegen 600 Offiziere, die der Deutschen 19260 Mann und 899 Offiziere. Daß letztere trotz ihrer Ueberzahl so große Verluste hatten, kam hauptsächlich daher, daß die Franzosen festungsähnliche Stellungen hatten, die im Sturm meist ohne alle Deckung genommen werden mußten. Es galt nun, die drei Schlachttage von Metz auszunutzen. Bazaine mußte mit seinen fünf Korps, dem Kern des französischen Heeres, in Metz so eng eingeschlossen werden, daß seine Truppen für den weiteren Feldzug geradezu unverwendbar wurden. Zu diesem Zweck wurde gleich am 19. August eine aus 7½ Armeekorps und 2½ Kavalleriedivisionen bestehende Zernierungsarmee gebildet und der Oberbefehl über dieselbe dem Prinzen Friedrich Karl übertragen. General Steinmetz wurde seines Kommandos enthoben und zum Generalgouverneur von Posen ernannt. Aus den noch übrigen Korps wurde eine neue, die Vierte oder Maasarmee gebildet, welche aus der Garde, dem sächsischen und dem vierten Korps bestand und unter das Kommando des Kronprinzen Albert von Sachsen gestellt wurde. Diese neue Armee sollte in Verbindung mit der Armee des Kronprinzen unter dem Oberkommando des Königs

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Wilhelm die weiteren Feldoperationen ausführen. Bei der Armee des Kronprinzen von Preußen war inzwischen das in Schlesien zurückgelassene sechste Korps eingetroffen, die beiden Feldarmeen bestanden somit aus 8½ Korps und 4 Kavalleriedivisionen. Die nächste Aufgabe derselben war die Vernichtung der Mac Mahonschen Armee bei Chalons. Zunächst aber mußte diese Armee selbst aufgesucht werden; denn am nämlichen Tage, an welchem König Wilhelm den Befehl zum Vormarsch gegen Chalons erließ (am 21. August), befand sich die Armee Mac Mahons auf dem Abmarsch von Chalons.

Dieselbe bestand aus vier Armeekorps, dem ersten, fünften, siebenten und zwölften, welche von den Generalen Dücrot, Failly, Douay und Lebrün befehligt wurden, und zwei Kavalleriedivisionen; im ganzen waren es etwa 150000 Mann. Die Aufgabe Mac Mahons war, einerseits Paris zu decken, andererseits gemeinschaftlich mit der Rheinarmee dem Vormarsch der Deutschen sich entgegenzustellen. Es war schwer, beide Aufgaben zugleich zu erfüllen. Ohne Nachrichten über die Kämpfe vor Metz, aber bereits voll schlimmer Ahnungen zog er nebst dem Kaiser Napoleon, der seit dem 17. August sich bei ihm befand, am 21. von Chalons nach Reims, um dort, je nachdem die weiteren Nachrichten lauteten, seinen definitiven Entschluß zu fassen. Der Minister Rouher traf am 21. bei ihm in Reims ein. Derselbe hatte von der Kaiserin-Regentin und von dem Ministerrat den Auftrag erhalten, von Mac Mahon zu verlangen, daß er sofort dem Marschall Bazaine zu Hilfe eile. Wo dieser stehe und in welcher Lage er sich befinde, darüber wußte man in Paris weniger als in Reims. Mac Mahon, von seinen Kundschaftern gut bedient, kannte die neuen militärischen Verhältnisse und erwiderte daher, daß seine Armee, falls sie nach Osten zöge, mitten unter feindliche Uebermacht geraten und ihrem sicheren Untergang entgegengehen würde, und daß er

Kronprinz Albert von Sachsen.

(c) Instituto Cervantes de Madrid

die Absicht habe, am 23. August den Marsch nach Paris anzutreten. Eine Depesche Bazaines vom 19. August, welche die Hoffnung ausdrückte, daß die Rheinarmee nach Norden abmarschieren und über Montmedy oder über Sedan nach Chalons gelangen könne, hatte zur Folge, daß Mac Mahon seinen Rückzugsplan aufgab und den Entschluß faßte, den Vormarsch nach Stenay anzutreten, wo er mit Bazaine Fühlung zu bekommen hoffte. Eine von Rouher aus Paris einlaufende Depesche bezeichnete diesen Marsch als durchaus notwendig. Am 23. zog die Armee von Reims ab, marschierte nach Rethel und wandte sich von da nach Osten, um die Maas zu erreichen, dieselbe zu überschreiten und stromaufwärts in der Richtung nach Metz vorzurücken. Als aber Mac Mahon am Abend des 27. August erfuhr, daß zwei deutsche Heere in Eilmärschen ihm nachrückten und daß Bazaine am 25. noch bei Metz gestanden sei, kam er wieder auf seinen ursprünglichen Rückzugsplan zurück, erteilte den Befehl, am 28. nach Mezières abzumarschieren, und benachrichtigte von diesem Entschluß das Kriegsministerium. Die Antwort desselben, welche noch in der Nacht einlief, lautete: „Wenn Sie Bazaine im Stiche lassen, bricht in Paris die Revolution aus, und Sie selbst werden von der ganzen Macht des Feindes angegriffen werden. Nach außen hin wird sich Paris zu schützen wissen; die Befestigungen sind vollendet. Ihre schnelle Vereinigung mit Bazaine erscheint mir dringend geboten. Hier fühlt jedermann die Notwendigkeit, Bazaine zu befreien, und mit äußerster Spannung folgt man Ihren Bewegungen.“ Ein Telegramm des Ministerrats hatte den nämlichen Inhalt und fügte die Meldung hinzu, daß General Vinoy den Befehl habe, mit dem 13. Korps von Paris aus zu seiner Unterstützung abzumarschieren. Auf dies hin wurde der oben gefaßte Entschluß wieder aufgegeben und der Marsch nach Stenay an der Maas angeordnet. Aber am 28. August lief die störende Nachricht ein, daß Stenay bereits von einem Korps der Maasarmee besetzt und die dortige Maasbrücke abgebrochen sei. Darauf beschloß Mac Mahon, weiter nördlich auszubiegen, bei Mouzon und Remilly die Maas zu überschreiten, weiter östlich nach Carignan an der Chiers zu marschieren und von da in südöstlicher Richtung gegen Metz zu ziehen.

Im königlichen Hauptquartier hatte man erst am 24. August in Ligny erfahren, daß Mac Mahon von Chalons abgezogen

(c) Instituto Cervantes de Madrid

sei, kannte aber nicht die Richtung seines Marsches. Doch sprach schon dort der Generalquartiermeister Podbielski die Ansicht aus, daß ein Vormarsch der Franzosen von Reims zum Entsatze des Marschalls Bazaine, trotz der dagegen sprechenden militärischen Bedenken, dennoch aus politischen Gründen nicht unwahrscheinlich sei. Am 25. August traf die sichere Nachricht ein, daß Mac Mahon nicht westlich nach Paris, sondern nördlich nach der Maas, zum Zweck seiner Vereinigung mit Bazaine, abmarschiert sei. Darauf erhielten sämtliche Abteilungen der Dritten und Vierten Armee am 26. August den Befehl zur Rechtsschwenkung. Mac Mahons Armee hatte zwar einen bedeutenden Vorsprung, aber die deutschen Truppen, welche ungeheure Märsche machten, waren ihnen bald auf den Fersen, und die Maasübergänge bei Dun und Stenay befanden sich am 27. August im Besitz der Maasarmee. Diese schlug am 27. und 29. den Feind in den Gefechten bei Buzancy, bei Nouart und bei Voncq und überraschte am 30. das Korps Failly bei Beaumont, während die Bayern das Korps Douay nach Remilly zurückdrängten. Hier und bei Mouzon gingen die Franzosen über die Maas, kamen aber infolge der unglücklichen Rückzugsgefechte in solcher Unordnung und Entmutigung auf dem rechten Ufer an, daß von einem Marsch nach Metz, zumal da die Maasarmee den Weg verlegt hatte, keine Rede mehr sein konnte. Somit blieb Mac Mahon nichts übrig, als nach Belgien überzutreten oder sich in die nahe Festung Sedan zu werfen. Gegen die erstere Alternative sträubte sich sein militärisches und nationales Ehrgefühl. Er beschloß also am 30. August in Mouzon, sich mit seiner ganzen Armee nach Sedan zurückzuziehen, dort die Truppen mit Lebensmitteln und Munition zu versehen und von da weiter nach Mezières zu marschieren, wo am Abend des 30. die Avantgarde des von Paris abgesandten Korps Vinoy eintraf. Gegen Abend wurde der Rückzug von Mouzon nach Sedan begonnen und die ganze Nacht fortgesetzt. Am 31. August traf die Armee in Sedan ein. Mit dem Weitermarsch nach Mezières beeilte sich Mac Mahon nicht. Er wollte zunächst die erschöpften Truppen ausruhen lassen und glaubte nicht, daß die Deutschen stark genug seien, um bedeutende Streitkräfte nach Donchery auf das rechte Maasufer zu führen und ihm dort den Marsch nach Mezières zu verwehren. Er hatte noch etwa 124000 Mann. Mit diesen besetzte er die von drei Seiten die Festung umschließenden

(c) Instituto Cervantes de Madrid

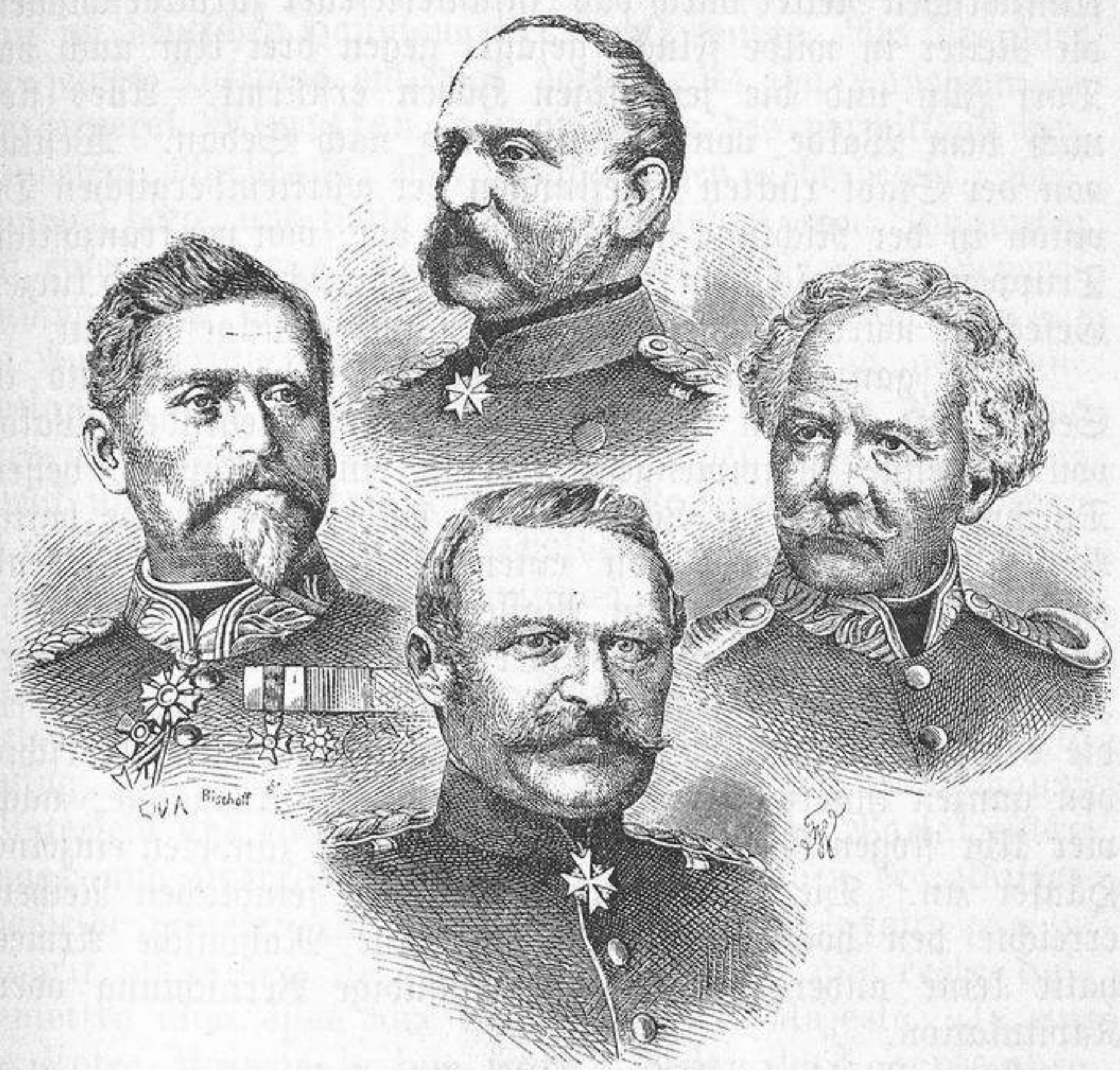
Höhen und stellte das Korps Lebrün auf dem rechten Flügel bei Bazeilles auf, das Korps Dücrot im Zentrum bei Moncelle und Daigny, das Korps Douay auf dem linken Flügel bei Illy und Floing, das Korps Wimpffen in der Reserve bei dem Walde von Garenne. General Wimpffen, eben erst bei der Armee angekommen, war nämlich an die Stelle des wegen seines Verhaltens am 6. August jetzt erst abgesetzten Generals Failly getreten.

Die beiden deutschen Heere, zusammen etwa 250,000 Mann, erhielten den Befehl, am 31. August in aller Frühe den Marsch nach Sedan fortzusetzen und einen eisernen Ring um die Festung zu bilden. Falls der Feind auf belgisches Gebiet übergehen und dort nicht sogleich entwaffnet würde, sollte er „ohne weiteres" dahin verfolgt werden. Um ein Ausweichen des Feindes nach Mezières zu verhindern, sollten zwei Armeekorps bei Donchery und die württembergische Division weiter unten über die Maas gehen. Doch beeilte sich die französische Armee nicht mit der Fortsetzung ihres Rückzugs; sie stand vielmehr am 1. September unbeweglich in dem engen Dreieck zwischen Maas, Givonne und Floing und ließ ihre Einschließung durch die feindliche Uebermacht ungestört sich vollziehen. Nach Moltkes Anordnungen sollte das erste bayrische Korps unter dem General von der Tann Bazeilles und Balan, auf der östlichen Seite von Sedan, angreifen, im Rücken von dem vierten Korps unter General Alvensleben I., zur Linken von dem zweiten bayrischen Korps unter General Hartmann unterstützt; bei Moncelle und Daigny sollten die Sachsen, zwischen Daigny und Givonne die Garde, auf der nördlichen und nordwestlichen Seite das fünfte Korps unter General Kirchbach bei Illy und das elfte Korps unter General Gersdorff, dem Stellvertreter des noch nicht hergestellten Generals Bose, vorgehen; die württembergische Division unter General Obernitz sollte zwischen Sedan und Mezières Stellung nehmen und jede Hilfeleistung von letzterer Seite unmöglich machen; noch weiter westlich sollte das sechste Korps unter General Tümpling bei Attigny sich aufstellen, um einen Durchbruch Mac Mahons zu verhindern.

Am 1. September zwischen vier und fünf Uhr morgens begann die Schlacht bei Sedan. Der erste Angriff erfolgte bei Bazeilles. Nach dem heftigsten Kampfe, an welchem auch die Dorfbewohner teilnahmen, erstürmten die Bayern, von

(c) Instituto Cervantes de Madrid

dem vierten Korps unterstützt, das große Dorf Bazeilles, nahmen gegen drei Uhr auch das Dorf Balan, an welchem Kampfe auch Truppen des zweiten bayrischen Korps teilnahmen, und standen gegen Abend unmittelbar vor den Wällen und Thoren von Sedan. Ihre Verluste waren bedeutend; sie betrugen 4417 Mann. Rechts von den Bayern



Deutsche Heerführer 1870/71.

Kirchbach.

v. d. Tann. Bose. Hartmann.

drangen die Sachsen gegen das Korps Dücrot vor, nahmen das Dorf Moncelle und, in Verbindung mit einem Garderegiment, auch Daigny und die westlich davon aufsteigenden Höhen und machten über 1000 Gefangene. Nördlich von den Sachsen stand die Garde. Diese eroberte in raschem Anlauf das Dorf Givonne, beschoß die jenseitigen Höhen und den Wald von Garenne mit 66 Kanonen, rückte gegen den Wald selbst vor, fand aber keinen Widerstand mehr. Die Garde machte etwa 9300 Gefangene. Auf der nordwestlichen

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Seite der Stadt griffen die Sieger von Weißenburg und von Wörth, das fünfte und das elfte Korps, die feindlichen Stellungen bei Illy und Floing an. Gleich beim ersten Angriff wurde General Gersdorff tödlich verwundet, worauf General Kirchbach das Kommando beider Korps übernahm. Das Dorf Floing wurde genommen, die Massenangriffe der französischen Reiter durch das Infanteriefeuer zurückgeschlagen, die Reiter in wilde Flucht gejagt, gegen drei Uhr auch das Dorf Illy und die jenseitigen Höhen erstürmt. Alles floh nach dem Walde von Garenne und nach Sedan. Westlich von der Stadt rückten Abteilungen der württembergischen Division in der Richtung nach Mezières vor, von wo französische Truppen mit Geschützen gegen Sedan vorrückten. Nach kurzen Gefechten wurden letztere nach Mezières zurückgeschlagen.

Die ganze französische Armee sah sich am Abend in Sedan und in dem nördlich davon sich hinziehenden Walde von Garenne zusammengedrängt, in einem Raume, dessen Durchmesser etwa die Länge einer halben Wegstunde hatte. Von Widerstand oder von einem Durchbruch nach irgend einer Seite hin, sei es in Masse, sei es in einzelnen Abteilungen, war von abends vier Uhr an keine Rede mehr. Dicht am Walde und an den Thoren der Festung standen die deutschen Bataillone; ihre treffliche Artillerie beherrschte den ganzen inneren Kreis und sperrte alle Ausgänge; nach vier Uhr flogen Granaten in die Stadt und zündeten einzelne Häuser an. Die Verwirrung unter den feindlichen Reihen erreichte den höchsten Grad. Die Mac Mahonsche Armee hatte keine andere Wahl als vollständige Vernichtung oder Kapitulation.

König Wilhelm hatte am 31. August sein Hauptquartier nach Vendresse, drei Meilen von Sedan, verlegt und am Morgen des 1. September sich auf eine südlich von Frenois gelegene Höhe begeben, welche ein zum Ueberblick ganz besonders geeigneter Standpunkt war. Gegen vier Uhr ließ der Kronprinz, welcher näher bei Sedan Aufstellung genommen hatte, dem König melden: „Großer Sieg!" und begab sich gleich darauf selbst auf die Anhöhe hinter Frenois. Da man noch keine Parlamentärflagge sah, so befahl der König der auf dem linken Maasufer aufgestellten Artillerie, ein konzentriertes Feuer auf die Stadt Sedan zu richten. Als man, wie oben erwähnt, an einigen Stellen der Stadt die Flammen emporlodern sah, verstummte das Feuer von

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Sedan, und Kaiser Napoleon ließ die weiße Flagge aufziehen. Da sandte der König den Oberstleutnant von Bronsart und den Hauptmann von Winterfeld nach Sedan, um den französischen Oberbefehlshaber zur Uebergabe der Armee und der Festung aufzufordern. Die Offiziere wurden in die Stadt eingelassen und Bronsart in das Gebäude der Unterpräfektur vor den Kaiser Napoleon geführt, von dessen Anwesenheit in Sedan man im deutschen Hauptquartier nichts wußte. Als Bronsart sich seines Auftrags entledigt hatte, wies ihn Napoleon an den General Wimpffen, der an Stelle des vormittags verwundeten Marschalls Mac Mahon den Oberbefehl übernommen hatte, und fügte hinzu, daß er sofort einen Adjutanten mit einem Briefe an den König absenden werde. General Wimpffen, an den sich nun Bronsart wandte, antwortete auf die Aufforderung zur Uebergabe ablehnend und gab seine Entlassung ein, die er jedoch auf ein Schreiben Napoleons wieder zurücknahm. Bronsart eilte nach der Höhe von Frenois zurück und meldete dem König, daß Napoleon selbst in Sedan sei und daß ein Abgesandter desselben sogleich eintreffen werde. Es herrschte die größte Spannung. Tief bewegt schüttelte der König dem Kronprinzen, dem General Moltke, dem Grafen Bismarck, dem Kriegsminister Roon und dem General Podbielski die Hand. Gegen sieben Uhr, als es schon zu dunkeln anfing, kam General Reille in Begleitung des Hauptmanns Winterfeld und eines Ulanentrompeters mit der Parlamentärflagge und übergab dem König das Schreiben des Kaisers. Dasselbe lautete: „Monsieur mon frère! N'ayant pas pu mourir au milieu de mes troupes, il ne me reste qu'à remettre mon épée aux mains de Votre Majesté. Je suis de Votre Majesté le bon frère. Sedan le 1. septembre. Napoléon.“ Darauf schrieb der König folgende Antwort: „Monsieur mon frère! En regrettant les circonstances, dans lesquelles nous nous rencontrons, j'accepte l'épée de Votre Majesté, et je Vous prie de bien vouloir nommer un de Vos officiers muni de Vos pleins pouvoirs, pour traiter de la capitulation de l'armée, qui s'est si bravement battue sous Vos ordres. De mon côté j'ai désigné le général de Moltke à cet effet. Je suis de Votre Majesté le bon frère. Devant Sedan le 1. septembre 1870. Guillaume.“ General Reille kehrte mit diesem Schreiben nach Sedan zurück. Moltke erließ sofort einen Befehl an das deutsche Heer, worin angekündigt war, daß wegen Einleitung von Kapitulations-

(c) Instituto Cervantes de Madrid

verhandlungen während der Nacht keine Angriffsbewegungen gemacht werden dürften, daß aber jeder Versuch des Feindes, die deutsche Linie zu durchbrechen, mit bewaffneter Hand zurückzuweisen sei. Der König beauftragte den Grafen Bismarck, an den Kapitulationsverhandlungen, bei welchen wohl auch politische Fragen zur Sprache kämen, teilzunehmen, und begab sich dann nach Vendresse zurück.

Die Kapitulationsverhandlungen fanden in dem Schlößchen Donchery statt und wurden nachts zehn Uhr eröffnet. Auf dem Wege dahin besprachen Bismarck und Moltke miteinander, was für Bedingungen der in Sedan eingeschlossenen französischen Armee auferlegt werden sollten. Es fragte sich, ob man Großmut ausüben und die Armee in ihre Heimat entlassen oder etwa nach Algier überführen oder in das neutrale Belgien abmarschieren lassen solle, oder ob man, auf die Großmut verzichtend und den Standpunkt der militärischen Sicherheit betonend, die ganze Armee für kriegsgefangen erklären und nach Deutschland abführen solle. Da die drei ersten Möglichkeiten keine Gewähr dafür gaben, daß diese Armee für den weiteren Feldzug unschädlich gemacht sei, so mußten Moltke und Bismarck dieselben verwerfen und auf der Kriegsgefangenschaft bestehen. Mit diesem Entschluß kamen sie nebst General Podbielski und einigen Adjutanten im Schlößchen Donchery an, wo sie den französischen Oberkommandanten Grafen Wimpffen und die Generale Faure und Castelnau trafen. Auf Wimpffens Befragen erklärte Moltke als erste Kapitulationsbedingung die Niederlegung der Waffen und Kriegsgefangenschaft der ganzen französischen Armee samt den Offizieren. Wimpffen fand diese Bedingung zu hart und nicht günstig für den Abschluß eines baldigen und dauerhaften Friedens, da die Eigenliebe der französischen Nation dadurch aufs empfindlichste verletzt würde. Bismarck erwiderte ihm, die beste Garantie für einen baldigen und für einen dauerhaften Frieden sei die, daß die beste Armee, welche Frank-

General Wimpffen.

(c) Instituto Cervantes de Madrid

reich eben jetzt noch besitze, demselben entzogen werde und daß zwischen Deutschland und Frankreich Grenzen hergestellt würden, welche jenes gegen neue Angriffe schützten. Aus durchaus nichtigen Gründen, aus bloßer Eifersucht und Ruhmsucht habe, wie seit Jahrhunderten, so auch diesmal, Frankreich den Krieg hervorgerufen. An eine Dankbarkeit des französischen Volkes sei nicht zu denken. Habe dasselbe den Preußen Sadowa nicht verziehen, wie würde es ihnen Sedan verzeihen? Zudem sei in Frankreich weder Thron noch Verwaltung dauerhaft. Ueber Nacht könne der Kaiser gestürzt werden und eine Regierung auftauchen, welche durch keinen Vertrag, durch kein Ehrenwort sich gebunden glaube. Bei aller Teilnahme für die persönliche Lage des Generals Wimpffen, bei aller Anerkennung der Tapferkeit seiner Armee sei es ihm daher unmöglich, seinen Wünschen zu entsprechen und die gestellten Bedingungen zu mildern.

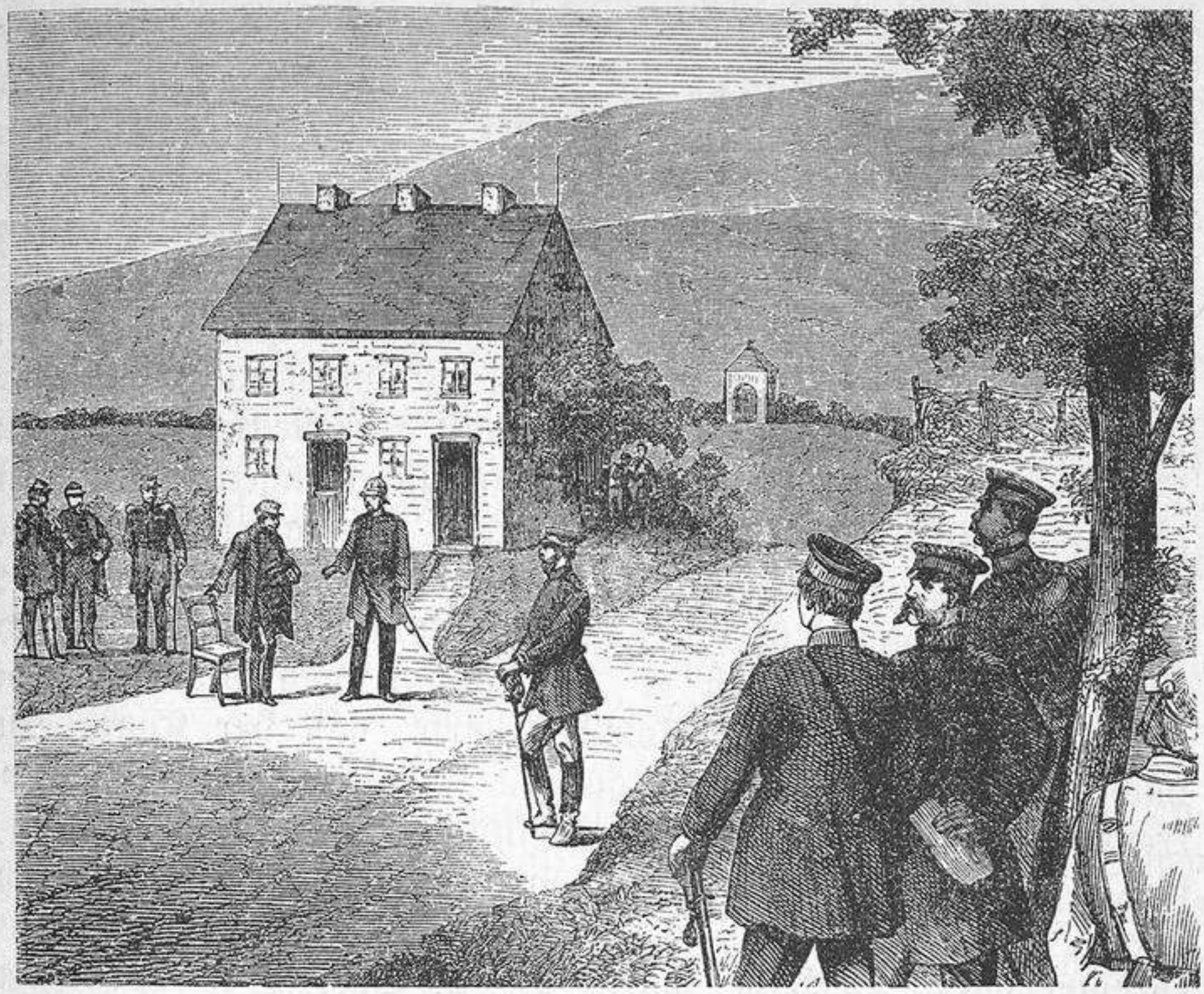
Wimpffen erklärte hierauf, diese Bedingungen könne er nicht annehmen; erhalte er keine günstigeren, so werde er aufs neue an das Glück der Waffen appellieren und mit seiner Armee entweder sich durchschlagen oder in Sedan sich verteidigen. Moltke erwiderte ihm, das eine sei so unmöglich wie das andere, und bewies ihm dies durch eine genaue Schilderung der Lage, in welcher sich die beiden feindlichen Heere befänden. Das französische Heer habe nicht mehr als 80 000 Mann kampffähiger Truppen, habe nur noch für einen Tag Lebensmittel und fast keine Munition mehr und sei der Demoralisation sehr stark verfallen, was sich daraus ergebe, daß in der heutigen Schlacht mehr als 20 000 unverwundete französische Soldaten gefangen genommen worden seien. Rings um diese Armee ständen die deutschen Truppen, 240 000 Mann stark, mit einer an Zahl und Qualität überlegenen Artillerie, welche auf den die Stadt beherrschenden Höhen aufgestellt und imstande sei, jede Truppe, die sich vor den Thoren Sedans zur Erneuerung des Kampfes aufstellen wolle, noch vor Ausführung irgend einer Aktion niederzuschmettern und Sedan selbst binnen zwei Stunden in einen Trümmerhaufen zu verwandeln. Auch erklärte sich Moltke bereit, durch einen französischen Offizier die Stellungen der deutschen Armee in Augenschein nehmen zu lassen, damit Wimpffen von der Richtigkeit der Angaben und von der Nutzlosigkeit jedes weiteren Widerstandes sich überzeugen könne. Als Wimpffen trotzdem darauf beharrte, daß er solche Be-

(c) Instituto Cervantes de Madrid

dingungen nicht unterzeichnen und lieber den Kampf aufs neue eröffnen werde, kündigte ihm Moltke an, daß er um vier Uhr morgens das Feuer werde wieder beginnen lassen. Schließlich bat Wimpffen um die Bewilligung eines vierundzwanzigstündigen Waffenstillstands, um in dieser Zeit einen Kriegsrat zu berufen und über die Bedingungen zu beraten. Moltke lehnte dieses Ansinnen ab und verstand sich auf Zureden Bismarcks nur dazu, den Waffenstillstand bis neun Uhr vormittags zu verlängern. Nachts ein Uhr trennten sich die Bevollmächtigten, ohne ein sicheres Resultat gewonnen zu haben. Die französischen Generale begaben sich nach Sedan, Moltke und Bismarck nach Donchery. Noch in der Nacht ließ Moltke den Wortlaut der Kapitulation von Sedan aufsetzen, da er fest überzeugt war, daß Wimpffen, was er um ein Uhr nicht angenommen habe, um neun Uhr annehmen müsse.

Kaiser Napoleon glaubte, durch eine persönliche Unterredung mit König Wilhelm und mit Bismarck günstigere Kapitulationsbedingungen für seine Armee auswirken zu können, und fuhr daher am 2. September morgens fünf Uhr mit einigen Generalen von Sedan in der Richtung nach Donchery. General Reille begab sich zu Bismarck, welcher sofort ein Pferd bestieg und dem Kaiser entgegenritt. Er traf ihn auf halbem Wege zwischen Donchery und Sedan und fragte nach seinen Befehlen. Der Kaiser drückte den Wunsch aus, den König zu sprechen, worauf ihm Bismarck mitteilte, daß dieser drei Meilen von da, in Vendresse, sein Quartier habe. Darauf begaben sich beide in das an der Straße liegende Häuschen eines Arbeiters. Die Unterredung war nutzlos, da Napoleon auf die Frage, ob er zu Friedensunterhandlungen geneigt sei, den Grafen Bismarck an die Regierung in Paris verwies und letzterer auf ein Gespräch über die Kapitulationsbedingungen sich nicht einließ, da dies eine rein militärische Frage sei, welche Moltke mit Wimpffen zu entscheiden habe. Bismarck ließ daher Moltke bitten, an der weiteren Unterredung teilzunehmen, und als dieser ins Zimmer trat, äußerte Napoleon den Wunsch, daß der französischen Armee gestattet werden möchte, auf belgisches Gebiet überzutreten. Moltke versprach zwar, dem Könige, welchen er aufzusuchen im Begriffe war, hiervon Mitteilung zu machen, verhehlte aber dem Kaiser nicht, daß er nicht in der Lage sei, seinen Wunsch zu befürworten. Während nun Bismarck

(c) Instituto Cervantes de Madrid



Unterredung Bismarcks mit Napoleon.

sich mit dem Kaiser noch weiter unterhielt und ihn nach dem Schlosse Bellevüe, wo die Zusammenkunft zwischen dem Kaiser und dem König stattfinden sollte, geleitete, schlug Moltke die Straße nach Vendresse ein, um dem König über die Verhandlungen mit Wimpffen Bericht zu erstatten und den Kapitulationsentwurf zur Genehmigung vorzulegen. Er traf den König unterwegs, und dieser genehmigte den Entwurf, erklärte aber zugleich, daß er zu einer Unterredung mit dem Kaiser erst nach abgeschlossener Kapitulation bereit sei.

General Wimpffen hatte um sieben Uhr morgens Kriegsrat gehalten, in welchem er über seine Verhandlungen mit Moltke berichtete und die militärische Lage klarstellte. Die Ansicht des Kriegsrats war, daß angesichts der materiellen Unmöglichkeit, den Kampf zu verlängern, man genötigt sei, die auferlegten Bedingungen anzunehmen, da jeder Aufschub die Folge haben könnte, daß man sich noch schmerzlicheren Bedingungen unterwerfen müsse. Als Wimpffen immer noch zögerte, die Kapitulationsverhandlungen zu Ende zu bringen, und es bereits neun Uhr war, welche Stunde von Moltke als äußerster Termin festgesetzt worden war, er-

(c) Instituto Cervantes de Madrid

schien bei ihm Hauptmann Ziegler vom Generalstab und meldete, daß, wenn nicht um zehn Uhr vormittags die Unterzeichnung der Kapitulation gesichert sei, die Feindseligkeiten zu dieser Stunde beginnen würden. Wimpffen berief sich auf den Befehl des Kaisers, daß er vor dessen Unterredung mit dem König die Festung nicht verlassen solle; aber Hauptmann Ziegler erwiderte ihm, sein Auftrag gehe dahin, im Fall einer Weigerung des Generals Wimpffen auf dem Rückweg von Sedan den vor der Stadt aufgestellten deutschen Truppen den Befehl zum Feuern zu überbringen. Nun erst bestieg Wimpffen sein Pferd und begab sich nach dem Schlosse Bellevüe, wo die weiteren Verhandlungen stattfanden. Als er dort Napoleon und dessen Gefolge ankommen sah und von jenem erfuhr, daß er den König noch nicht gesehen habe, und als er von Bismarck hörte, daß der König erst nach Abschluß der Kapitulation mit dem Kaiser zusammenzutreffen wünsche, gab er alle Hoffnung auf und war bereit, sich in das Unvermeidliche zu fügen. Bald darauf kam auch Moltke und legte den vom König genehmigten Kapitulationsentwurf vor. Derselbe wurde am 2. September 1870 um elf Uhr vormittags von Moltke und von Wimpffen unterzeichnet. Größere Trophäen hatte noch nie ein deutsches Heer errungen. Von den 124000 Mann, welche Mac Mahon nach Sedan gebracht hatte, waren in der Schlacht vom 1. September 3000 Mann gefallen, 14000 verwundet, 21000 gefangen; am 2. September wurden durch Kapitulation 83000 Mann samt dem Kaiser und dem Marschall kriegsgefangen; in Belgien wurden 3000 entwaffnet. Die übrigen Trophäen waren: 1 Adler und 2 Fahnen, 419 Feldgeschütze und Mitrailleusen, 139 Festungsgeschütze, 1072 Fahrzeuge aller Art, 66000 Gewehre, 6000 noch brauchbare Pferde. Von der gesamten französischen Armee, welche im Beginn des Feldzugs aufgestellt worden war, stand nur noch das von General Vinoy befehligte 13. Korps im Feld. Alles andere war entweder auf den Schlachtfeldern von Wörth, Spichern, Metz und Sedan vernichtet oder in eine Festung eingeschlossen oder in Kriegsgefangenschaft gebracht. Dem Marsch nach Paris stand kein Hindernis mehr im Wege.

Dem König, welcher sich auf der Anhöhe hinter Frenois befand, wurde von Moltke die unterschriebene Kapitulationsurkunde überreicht. Er ließ dieselbe im Kreise der deutschen Fürsten, welche in seinem Hauptquartier waren, vorlesen und

(c) Instituto Cervantes de Madrid

hielt eine Ansprache an sie, in welcher allen denen, „die ein Blatt zum Lorbeer- und Ruhmeskranze unseres Vaterlandes hinzugefügt hatten", seinen königlichen Dank aussprach, zugleich aber auch betonte, daß die Aufgabe des Hauptquartiers noch nicht vollendet sei; „denn wir wissen nicht, wie das übrige Frankreich es aufnehmen und beurteilen wird; darum müssen wir schlagfertig bleiben". Gegen ein Uhr ritt der König unter dem Geleite der Stabswache nach dem Schlosse Bellevüe und hatte eine Unterredung mit dem Kaiser Napoleon, über deren Inhalt nichts Authentisches vorliegt. Darauf machte er einen Rundritt und besuchte die Biwaks sämtlicher Armeekorps, überall mit unbeschreiblichem Jubel und mit dem Rufe: „Nach Paris! Nach Paris!" empfangen. Erst in später Nacht kam er nach Vendresse zurück. Dort schrieb er am 3. September jenen denkwürdigen Brief an die Königin, dessen Eingang die Worte enthält: „Es ist wie ein Traum, selbst wenn man es Stunde für Stunde hat abrollen sehen. Wenn ich mir denke, daß nach einem großen glücklichen Kriege ich während meiner Regierung nichts Ruhmreicheres mehr erwarten konnte und ich nun diesen weltgeschichtlichen Akt erfolgt sehe, so beuge ich mich vor Gott, der allein mich, mein Heer und meine Mitverbündeten ausersehen hat, das Geschehene zu vollbringen, und uns zu Werkzeugen seines Willens bestellt hat. Nur in diesem Sinne vermag ich das Werk aufzufassen, um in Demut Gottes Führung und seine Gnade zu preisen." Bei der Mittagstafel des 3. September, zu welcher alle höheren Offiziere geladen waren, brachte der König folgenden Trinkspruch aus: „Wir müssen heute aus Dankbarkeit auf das Wohl meiner braven Armee trinken. Sie, Kriegsminister von Roon, haben unser Schwert geschärft, Sie, General von Moltke, haben es geleitet, und Sie, Graf von Bismarck, haben seit Jahren durch die Leitung der Politik Preußen auf seinen jetzigen Höhenpunkt gebracht. Lassen Sie uns also auf das Wohl der Armee, der drei von mir Genannten und jedes Einzelnen unter den Anwesenden trinken, der nach seinen Kräften zu den bisherigen Erfolgen beigetragen hat." Dem Kaiser Napoleon wurde vom König das Schloß Wilhelmshöhe bei Kassel als Aufenthaltsort für die Dauer seiner Kriegsgefangenschaft angewiesen. Derselbe reiste am 3. September vom Schloß Bellevüe ab, um sich über Belgien, Aachen, Köln dorthin zu begeben. Nach Abschluß der Versailler Friedenspräliminarien wurde er aus

(c) Instituto Cervantes de Madrid

seiner Haft entlassen. Am 19. März verließ er Wilhelmshöhe und am 20. März kam er in Chiselhurst, in der Nähe von London, an. Dort erwartete ihn seine Gemahlin und sein Sohn, welcher auf dem Zuge von Chalons nach Sedan von seinem Vater sich getrennt und über Belgien sich nach England begeben hatte. In Chiselhurst starb Napoleon am 9. Januar 1873 an den Folgen einer Steinoperation. Die Gefangenen von Sedan wurden nach Deutschland transportiert und dort an verschiedenen Orten militärisch bewacht. Die Offiziere erhielten die Erlaubnis, nach Frankreich zurückzukehren, wenn sie schriftlich ihr Ehrenwort abgaben, in diesem Kriege nicht wieder gegen Deutschland zu dienen. 500 Offiziere machten von dieser Vergünstigung Gebrauch; aber nicht alle hielten ihr Wort; einige, wie die Generale Dücrot und Cambriels, entflohen unterwegs und nahmen wieder ein Kommando an. Der Verlust der Deutschen vor Sedan betrug 9860 Mann, darunter 1310 Tote.

Der Marsch nach Paris wurde sofort angetreten. Schon am 2. September, nach Abschluß der Kapitulation, erhielt das bei Attigny aufgestellte 6. Korps den Befehl, über Rethel nach Reims vorzugehen; die Heere der beiden Kronprinzen erhielten am 3. die Befehle zum Aufbruch und traten am 4. ihren Vormarsch an; das Heer des Kronprinzen von Preußen sollte über Reims und Epernay und von da der Marne entlang, das des Kronprinzen von Sachsen über Laon und Soissons marschieren und beide am 19. September vor Paris eintreffen. Der Marsch vollzog sich ohne besondere Schwierigkeiten; nur der eine Unfall ereignete sich, daß die Citadelle von Laon am 9. September nach Unterzeichnung der Kapitulation durch einen französischen Unteroffizier in die Luft gesprengt wurde, wodurch von den deutschen Truppen über 100 Mann, von den französischen Mobilgardisten gegen 400 getötet oder verwundet wurden. Die Marschbefehle Moltkes wurden mit solcher Pünktlichkeit befolgt, daß am Abend des 19. September die beiden Heere vor Paris ankamen und die ihnen angewiesenen Stellungen einnahmen; die Dritte Armee hielt den südlichen, die Vierte den nördlichen Halbkreis, jede vom Ufer der Marne bis zum Ufer der Seine, besetzt. Aber sie hatten zusammen nur 6½ Armeekorps und 3 Kavalleriedivisionen (122 661 Mann Infanterie, 24 325 Reiter und 622 Geschütze). Zu dieser für die Zernierung einer so großen Stadt und für die Ab-

(c) Instituto Cervantes de Madrid

wehr etwaiger Entsatzarmeen ungenügenden Truppenzahl kamen am 22. September die beiden wegen Bewachung der Gefangenen von Sedan zurückgelassenen Korps und im Oktober die zum Schutze Norddeutschlands aufgestellte Infanteriedivision unter dem Großherzog von Mecklenburg und eine Gardelandwehrdivision, so daß am 21. Oktober die Gesamtstärke der Zernierungsarmee 9½ Armeekorps und 4 Kavalleriedivisionen, mit 202030 Mann Infanterie, 33794 Reitern und 898 Geschützen, betrug. Der König verließ am 4. September Vendresse und hatte sein Hauptquartier am 5. in Reims, am 14. in Chateau-Thierry, am 15. in Meaux, am 18. in dem Rothschildschen Schlosse Ferrières bei Lagny und siedelte von da am 5. Oktober nach Versailles über, wo er im Präfekturgebäude Wohnung nahm.

4) Die Revolution vom 4. September.

(1870.)

Das Ministerium Palikao hatte die Niederlagen von Metz und die Einschließung der Bazaineschen Armee verschwiegen und sogar von Siegen gesprochen. Erst am 3. September, als alle fremden Zeitungen von der Kapitulation von Sedan sprachen, sah es sich genötigt, die Wahrheit einzugestehen. In den Kammern und in einer Proklamation an das Volk erklärte Palikao, daß Bazaine geschlagen und Metz eingeschlossen sei, daß die Armee Mac Mahons in Sedan kapituliert habe und daß der Kaiser sich in Gefangenschaft befinde. Sofort beantragte Jules Favre im Gesetzgebenden Körper die Thronentsetzung Napoleons und seiner Dynastie und die Einsetzung einer provisorischen Regierung. Das Ministerium dagegen verlangte die Einsetzung eines aus fünf Mitgliedern bestehenden Regierungs- und Verteidigungsausschusses und die Ernennung Palikaos zum Generalstatthalter. Diese und andere Anträge sollten in der Sitzung vom 4. September beraten werden. Aber es kam zu keiner Beratung mehr. Arbeiter und Soldaten, von den radikalen Abgeordneten und durch die Presse längst gegen die kaiserliche Regierung aufgehetzt, drangen am 4. September in Masse in den Sitzungssaal der Abgeordneten ein und verlangten gebieterisch die Absetzung des Kaisers und die Einsetzung der Republik. Die Minister und die bonapartistischen Abgeordneten verließen den Saal und suchten ihr Leben

(c) Instituto Cervantes de Madrid

durch die Flucht zu sichern. Der Kaiserin Eugenie gelang es, nachmittags ein Uhr aus den Tuilerien und aus Paris hinauszukommen, den kleinen Hafenplatz Deauville zu erreichen und am 9. September an der englischen Küste zu landen. Sie traf dort mit ihrem Sohne zusammen.

Im Saale des Gesetzgebenden Körpers verkündigte Gambetta die Thronentsetzung Napoleons und dessen Familie auf ewige Zeiten. Allgemein ertönte der Ruf: „Zum Stadthause!“ Von Tausenden begleitet, begaben sich die radikalen Abgeordneten dahin. Dieselben berieten sich über die Zusammensetzung der provisorischen Regierung und schlugen hierfür die Abgeordneten von Paris, das heißt sich selbst vor. Die „Regierung der nationalen Verteidigung“, wie sie sich nannte, bestand aus folgenden elf Personen: Favre, Gambetta, Simon, Picard, Pelletan, Cremieux, Ferry, Glais-Bizoin, Emanuel Arago, Garnier-Pagès, Rochefort. Zum Präsidenten dieser Regierung und zugleich zum Generalgouverneur von Paris wurde General Trochü ernannt. In dem neugebildeten Ministerium übernahm Favre das Ministerium des Auswärtigen, Gambetta das des Innern. Eine Proklamation vom 5. September verkündigte dem französischen Volke die Umwandlung des Kaisertums in eine Republik. Der Gesetzgebende Körper wurde aufgelöst, der Senat abgeschafft, die Wahl einer konstituierenden Versammlung für ganz Frankreich auf den 16. Oktober ausgeschrieben und was noch von Deutschen in der Stadt war, unter Androhung kriegsrechtlicher Behandlung zu sofortiger Abreise gezwungen. Für die Befestigung und Verproviantierung der Stadt und für Aufbietung neuer Streitkräfte wurden mit allem Eifer Maßregeln getroffen. Paris hatte damals infolge des Hereinströmens der Flüchtigen eine Bevölkerung von 2 400 000 Menschen, hatte außer der Ringmauer noch 15 detachierte Forts und andere Verschanzungen, welche zum Teil mit Marinegeschützen schwersten Kalibers versehen waren. Der

General Trochü.

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Umfang dieser Befestigungen betrug volle sieben Meilen, was eine bedeutende Zersplitterung der Belagerungskräfte zur Folge hatte. Die Verteidigungsarmee von Paris hatte in dem von den Generalen Vinoy und Renauld befehligten 13. und 14. Korps und in den 18000 Marinesoldaten einen Kern von etwa 80000 Mann Linientruppen. Dazu kamen Elemente von zweifelhafter Qualität: 100000 Mobilgardisten aus den benachbarten Departements, 30000 Pariser Mobilgarden und über 200000 Pariser Nationalgarden. Die ganze Verteidigungsarmee betrug somit mehr als 400000 Mann. Die Belagerung der stark befestigten Riesenstadt mochte gerade so viele Wochen dauern, als der Proviant reichte. Man glaubte im deutschen Hauptquartier, daß derselbe nicht länger als sechs bis acht Wochen reichen werde, täuschte sich aber, da er auf mehr als 4 Monate reichte.

Die neue Regierung, welche nur von den Parisern, nicht von dem französischen Volke gewählt worden war, konnte nicht als eine gesetzmäßige angesehen und bei etwaigen Verhandlungen nicht als die Vertreterin Frankreichs betrachtet werden. Es bestanden thatsächlich zwei Regierungen: die eine in Paris, welche für die Hauptregierung galt, die andere, die sogenannte Außenregierung, in Tours, welche den Verkehr mit dem übrigen Frankreich vermittelte und zuerst aus den Regierungsmitgliedern Cremieux, Glais-Bizoin und Fourichon bestand; diesen gesellte sich am 6. Oktober Gambetta bei, welcher, nachdem er Paris in einem Luftballon verlassen hatte, in Tours neben dem Ministerium des Innern noch das Kriegsdepartement übernahm und zuletzt die Diktatur von Frankreich an sich riß. Er suchte den Nationalhaß der Franzosen gegen die Deutschen aufzustacheln, rief alle waffenfähige Mannschaft zur Verteidigung des bedrängten Vaterlandes zu den Waffen, sammelte große Streitkräfte an der Loire, im Westen und Norden Frankreichs und machte zuletzt die Belagerer für ihre Rückzugslinie besorgt. Aber die Gambettaschen Generale waren der Moltkeschen Strategie nicht gewachsen, und ihre Soldaten waren wohl nicht disziplinierter als die Mobilgardisten in Paris. Der Krieg wurde zwar durch die Gambettaschen Improvisationen verlängert, aber an dem erwarteten Resultat konnte dadurch nichts geändert werden.

Favre, der Minister des Auswärtigen, richtete am 6. September ein Rundschreiben an die Vertreter Frankreichs,

(c) Instituto Cervantes de Madrid

worin er erklärte, daß die neue Regierung nichts als den Frieden wolle, aber, falls der Krieg fortgesetzt werde, ihre Pflicht bis zu Ende thun werde. „Wir werden nicht einen Fuß breit Landes, nicht einen Stein von unseren Festungen abtreten.“ Um die neutralen Mächte auf die Unabänderlichkeit gewisser Friedensbedingungen vorzubereiten, erklärte Bismarck in seinem Rundschreiben vom 13. September: „Wir können unsere Forderungen für den Frieden lediglich darauf richten, für Frankreich den nächsten Angriff auf die deutsche und namentlich die bisher schutzlose süddeutsche Grenze dadurch zu erschweren, daß wir diese Grenze und damit den Ausgangspunkt französischer Angriffe weiter zurücklegen und die Festungen, mit denen Frankreich uns bedroht, als defensive Bollwerke in die Gewalt Deutschlands zu bringen suchen.“ Denen gegenüber, welche die Ansicht aussprachen, König Wilhelm solle Frankreich durch Großmut gewinnen, erklärte das Rundschreiben, daß Deutschland unter allen Umständen auf einen baldigen neuen Angriff sich gefaßt machen müsse: „Es ist die Niederlage an sich, es ist unsere siegreiche Abwehr ihres frevelhaften Angriffs, welche die französische Nation uns nie verzeihen wird. Wenn wir jetzt ohne alle Gebietsabtretung, ohne jede Kontribution, ohne irgendwelche Vorteile als den Ruhm unserer Waffen aus Frankreich abzögen, so würde doch derselbe Haß, dieselbe Rachsucht wegen der verletzten Eitelkeit und Herrschsucht in der französischen Nation zurückbleiben, und sie würde nur auf den Tag warten, wo sie hoffen dürfte, diese Gefühle mit Erfolg zur That zu machen.“

Bismarcks Rundschreiben vom 16. September war eine Antwort auf Favres Schreiben vom 6. und sollte der Mission, welche Thiers an die Höfe von London, Petersburg, Wien und Florenz übernahm, die Spitze abbrechen. Da diese Mission die Vermittlung und Hilfeleistung der neutralen Mächte bezweckte, so sagte Bismarck, es sei eine Grausamkeit der Neutralen gegen die französische Nation, wenn sie zuließen, daß die Pariser Regierung im Volke unerfüllbare Hoffnungen auf Intervention nähre und dadurch den Kampf verlängere. Ueber die Grenzberichtigung enthielt dieses Rundschreiben folgende präzise Angabe: „Solange Frankreich im Besitz von Straßburg und Metz bleibt, ist seine Offensive strategisch stärker als unsere Defensive bezüglich des ganzen Südens und des linksrheinischen Nordens von Deutschland.

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Straßburg ist, im Besitze Frankreichs, eine stets offene Ausfallpforte gegen Süddeutschland. In deutschem Besitz gewinnen Straßburg und Metz einen defensiven Charakter; wir sind in mehr als zwanzig Kriegen niemals die Angreifer gegen Frankreich gewesen, und wir haben von letzterem nichts zu begehren als unsere von ihm so oft gefährdete Sicherheit im eigenen Lande."

Auf eine durch das englische Kabinett vermittelte Anfrage, ob Bismarck behufs Herbeiführung eines Waffenstillstandes oder einer Konferenz über Friedensbedingungen in Besprechungen eintreten wolle, erhielt Favre eine bejahende Antwort. Er suchte das deutsche Hauptquartier auf und hatte am 19. September im Schlosse Haute-Maison (bei Montry) die erste Unterredung mit Bismarck, am folgenden Tage in dem Rothschildschen Schlosse Ferrières noch zwei weitere. Auch hier lehnte Favre jede Landabtretung, als für Frankreich erniedrigend, ja sogar entehrend, ab und wollte sich nur zu einer Kriegskontribution verstehen. Der Ausspruch Bismarcks: „Straßburg ist der Schlüssel unseres Hauses, und wir wollen ihn haben," erfüllte ihn mit Entsetzen. Bismarck erklärte ihm schließlich als sein Ultimatum: „Ein Waffenstillstand von 14 bis 21 Tagen zum Zweck der Wahl einer Nationalversammlung solle unter folgenden Bedingungen bewilligt werden: in und vor Paris sei der militärische Statusquo aufrecht zu halten; in und vor Metz sollen die Feindseligkeiten innerhalb eines bestimmten Umkreises fortdauern; die Festungen Straßburg, Toul und Bitsch sollen übergeben werden, die erstere mit Kriegsgefangenschaft der Besatzung, die beiden letzteren mit freiem Abzug derselben." Diese Bedingungen wurden von der Pariser Regierung, welcher Favre schriftlichen Bericht erstattete, verworfen. Die Außenregierung in Tours klagte in ihrem Schreiben vom 24. September Preußen an, daß es Frankreich auf den Stand einer Macht zweiten Ranges herabdrücken wolle. In seinem Rundschreiben vom 1. Oktober wies Bismarck die Lächerlichkeit der Behauptung nach, daß ein Staat von 38 oder, mit Einschluß Algeriens, von 42 Millionen Einwohnern durch Abtretung eines Gebiets von etwa 1 $^1/_2$ Millionen Einwohnern zu einer Macht zweiten Ranges erniedrigt würde.

Was Favre und die Pariser Regierung abgeschlagen hatten, kam wenige Wochen darauf durch Waffengewalt in

(c) Instituto Cervantes de Madrid

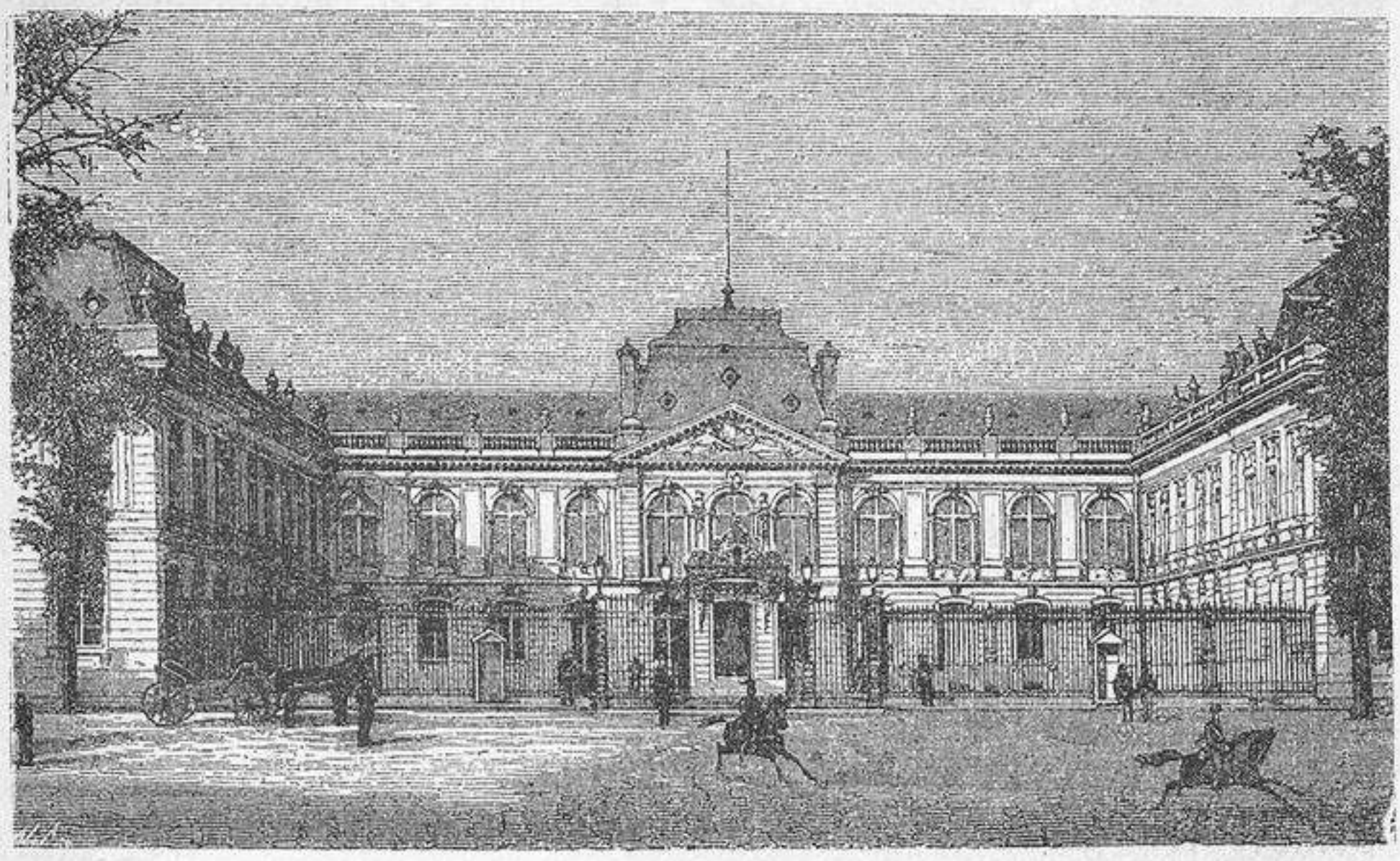
die Hände der Deutschen. Die Festung Toul, welche den Eisenbahnverkehr zwischen Paris und Straßburg gesperrt hatte, kapitulierte am 23. September. Die Kapitulation der alten deutschen Reichsstadt Straßburg erfolgte am 28. September. Da das Bombardement vom 24. bis 27. August die Uebergabe der Festung nicht hatte erzwingen können, wurde zur regelmäßigen Belagerung geschritten. Die Belagerungsarmee war zum Sturm bereit und des Erfolges sicher. Bevor es dazu kam, kapitulierte der Kommandant Uhrich und gab sich mit 451 Offizieren und 17111 Mann kriegsgefangen. Als Thiers von seiner Rundreise zurückkehrte, auf welcher er viele teilnehmende Worte und gute Ratschläge, aber keine militärische Hilfe erhielt, begab er sich, dem Wunsche der neutralen Mächte entsprechend, nach Versailles, verhandelte am 1. November und an den folgenden Tagen mit Bismarck über den Abschluß eines Waffenstillstandes und verlangte sogar während desselben die ungehinderte Verproviantierung von Paris, ohne die geringste militärische Gegenkonzession zu machen. An diesem Größenwahnsinn, bei welchem Frankreich beanspruchte, daß Gebietsabtretungen, welche es als Sieger niemals einem Staate erspart hatte, von ihm als Besiegtem nicht gefordert werden dürften, scheiterten auch diese Verhandlungen. Ebenso resultatlos waren die Verhandlungen, welche im Auftrag des Marschalls Bazaine der General Boyer am 13. Oktober mit Bismarck eröffnete, um für die Rheinarmee freien Abzug zu erwirken. In einer Denkschrift vom 4. Oktober lehnte Bismarck jede Verantwortung für die voraussichtlich in Paris eintretende Hungersnot vom deutschen Hauptquartier ab und erklärte, daß die französischen Machthaber, welche diese Konsequenzen ebenso klar übersehen müßten, wie die deutsche Armeeführung, allein für die Folgen verantwortlich seien, falls sie es durch Ablehnung der Waffenstillstandsbedingungen bis zu jenem Extrem kommen ließen. Das naive Verlangen Favres und des in Paris zurückgebliebenen diplomatischen Korps, jede Woche einen Kurier mit Depeschen an die Regierungen absenden zu dürfen, beantwortete Bismarck mit der Erklärung, daß aus militärischen Gründen von den Mitgliedern des diplomatischen Korps nur offene Depeschen abgesandt werden dürften.

(c) Instituto Cervantes de Madrid

5) Belagerung von Paris und Kämpfe mit den Provinzialarmeen.

(1870—1871.)

Der Plan der französischen Machthaber war, von Paris aus größere Ausfälle zu machen, um die Belagerungslinie zu durchbrechen, und in den Provinzen Entsatzheere auszurüsten, diese gegen Paris vorrücken zu lassen und die deutsche Zernierungsarmee zwischen zwei Feuer zu bringen. Infolgedessen mußte die deutsche Kriegsleitung darauf bedacht sein,



Das Präfekturgebäude in Versailles. Hauptquartier des deutschen Generalstabs.

alle Entsatzheere von Paris fern zu halten, dieselben immer weiter zurückzudrängen und der Belagerung der Hauptstadt ihren ungestörten Verlauf zu erhalten. So nahm der Kriegsschauplatz nach und nach etwa ein Dritteil von Frankreich ein, erstreckte sich von Metz nach Rouen und Dieppe, von Le Mans nach Besançon und Pontarlier. Allen diesen Entsatzheeren mußten neue Truppen entgegengestellt, jeder feindliche Stoß mit einem kräftigen Gegenstoß beantwortet werden. Nirgends war die Gefahr größer als an der Loire: von Orleans aus sollte Paris befreit und unter Mitwirkung der Pariser Streitkräfte die deutsche Armee zum Rückzug genötigt werden. Es gab für letztere kritische Momente, besonders solange die Festung Metz allein 7½ Armeekorps zurückhielt. Dieses ganze große Kriegstheater mußte vom Großen Hauptquartier in Versailles beherrscht werden. Dort hielt

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Moltke dem König täglich Vortrag, wobei der Kronprinz und General Podbielski zugegen waren, entwarf für jede neue Lage neue Pläne und gab den kommandierenden Generalen die ebenso knapp als präzis gehaltenen Direktiven. Es gehörte der divinatorische Blick Moltkes dazu, um bei unsicheren Nachrichten über die Bewegungen des Feindes augenblickliche Verluste abzuwenden und schließlich doch das Richtige zu treffen, wie dies hauptsächlich in den ersten Tagen des Januar der Fall war.

Gleich am ersten Zernierungstag, am 19. September, machten die Pariser einen Ausfall, um den Aufmarsch der deutschen Armee, welche den Süden von Paris zernieren sollte, zu verhindern. Mit 40 000 Mann griffen sie die Stellung bei Chatillon an, wurden aber von preußischen und bayrischen Truppen geschlagen und flohen nach Paris zurück. Auch die anderen Ausfälle der Pariser Besatzung wurden von den deutschen Truppen zurückgeschlagen. Am 30. September, am 13. und 21. Oktober wurden Angriffe auf die Truppen des Kronprinzen von Preußen gemacht, am 28. Oktober das nordöstlich von Paris gelegene und schwach besetzte Dorf Le Bourget von den Franzosen genommen. Aber am 30. Oktober wurden sie von einer Division der Garde wieder aus dem Dorfe hinausgetrieben. Infolge dieser beständigen Niederlagen herrschte in Paris große Unzufriedenheit. Die Sozialdemokraten glaubten diese Lage benutzen zu können, um die Regierung zu stürzen und die Commune einzusetzen. In dem Aufstand vom 31. Oktober und 1. November gelang es ihnen, sich auf einige Stunden des Stadthauses zu bemächtigen. Doch blieb die Regierung zuletzt Herr und unterdrückte den Aufstand. Der bei demselben stark kompromittierte Rochefort mußte aus der Regierung austreten. Die Pariser wagten einige Wochen keine Ausfälle mehr und setzten ihre Hoffnung auf die aus den Provinzen anrückenden Entsatzheere.

Durch die nach allen Seiten auf Rekognoszierung ausgeschickte Reiterei erfuhr man in Versailles, daß an der Loire neue Truppen sich ansammelten und gegen Paris anmarschieren wollten. Es war das 15. Armeekorps unter dem General de la Motterouge, welches von Orleans aus die Richtung nach Paris einschlug. Am 6. Oktober wurde daher General von der Tann mit dem ersten bayrischen Korps, der Infanteriedivision Wittich und zwei Kavalleriedivisionen abgeschickt, um den Feind über die Loire zurückzutreiben. In mehreren

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Straßenkampf in Le Bourget.

Gefechten, besonders bei Artenay und unmittelbar vor Orleans, wurden die Franzosen am 10. und 11. Oktober geschlagen und zum Rückzug über die Loire genötigt, worauf General von der Tann am Abend des 11. Oktober in Orleans einzog. Die Bayern hielten diese Stadt besetzt, während die übrigen Heeresteile sich nordwestlich wandten und nach glücklichen Gefechten mit den Mobilgarden und Franctireurbanden die Städte Chateaudün, Chartres und Dreux nahmen. Da rief Gambetta alle waffenfähige Mannschaft vom 20. bis zum 40. Lebensjahre zu den Waffen, ließ fünf neue Armeekorps (das 16., 17., 18., 19. und 20.) bilden und in besonderen Instruktionslagern einüben. An Stelle des abgesetzten Generals de la Motterouge wurde General Aurelle de Pala-

(c) Instituto Cervantes de Madrid

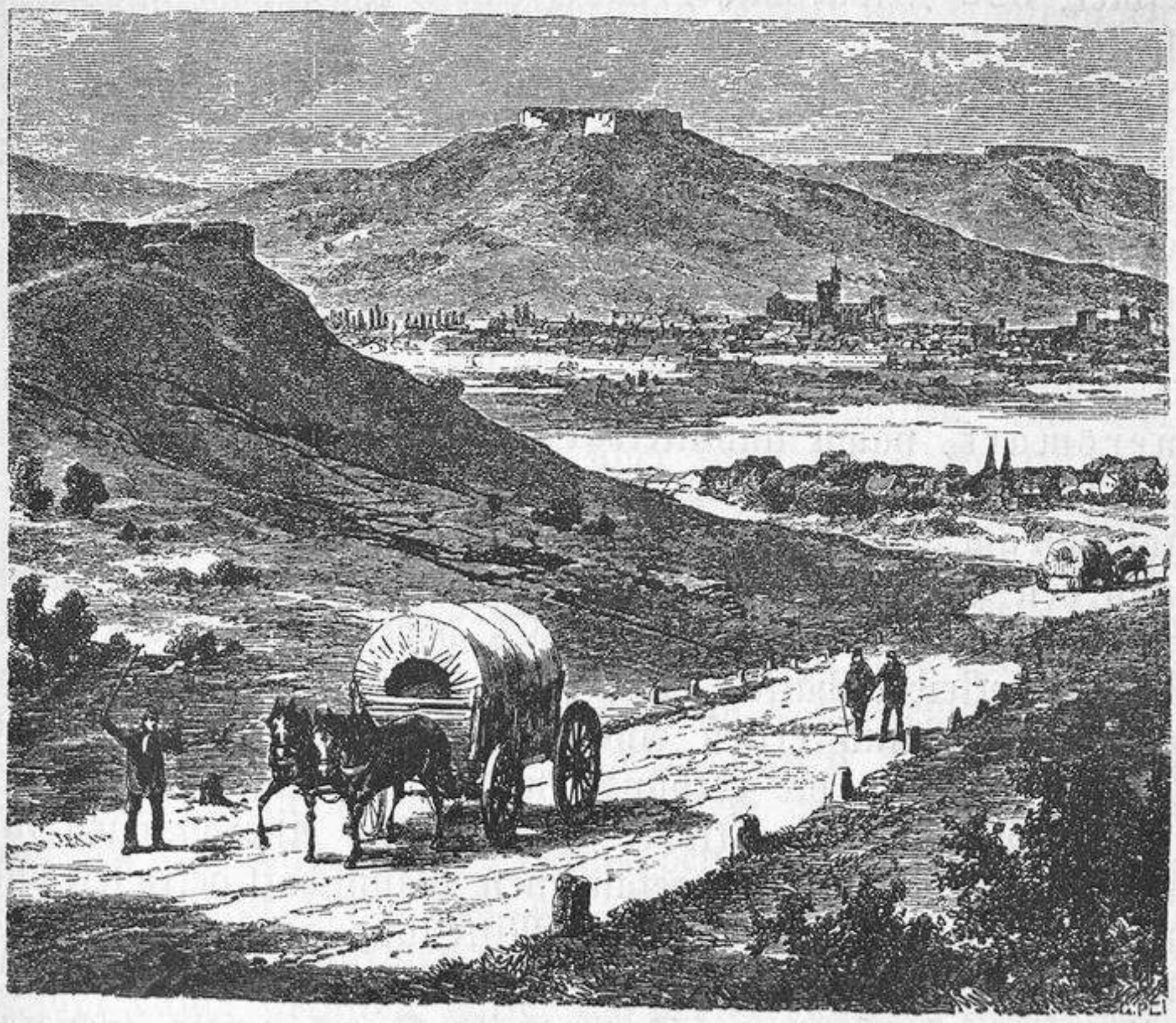
dines zum Oberbefehlshaber der Loirearmee ernannt. Dieser überschritt mit zwei Armeekorps die Loire und rückte gegen die nach Paris führende Straße vor, um dem bayrischen General die Rückzugslinie nach Versailles abzuschneiden. Aber General von der Tann räumte, auf die Nachricht von dem Anmarsch größerer Truppenmassen, Orleans, zog sich in der Richtung nach Versailles zurück, lieferte am 9. November der zweifachen Uebermacht des Feindes das hartnäckige Gefecht bei Coulmiers, ging von da bis Toury zurück und verlegte dem Feinde den Weg. Dort stießen die übrigen unter sein Kommando gestellten Truppen wieder zu ihm, und von Versailles wurde zu seiner weiteren Unterstützung eine Infanteriedivisionabgeschickt. Der Oberbefehl über alle diese Truppen wurde dem Großherzog Franz II. von Mecklenburg übertragen. General Aurelle, dessen Heer durch zwei neue Korps verstärkt wurde, erhielt von Gambetta den Befehl, nach Versailles durchzubrechen. Aber im Hinblick auf die ungünstige Beschaffenheit seiner vier Armeekorps glaubte er, zumal da er von dem Anmarsch des Prinzen Friedrich Karl Kunde erhielt, im offenen Feld keine Schlacht wagen zu können, vielmehr in verschanzter und konzentrierter Stellung den Angriff des Feindes abwarten zu müssen. Dieser rückte in Eilmärschen gegen Orleans.

Großherzog Franz II. von Mecklenburg.

Das Schicksal der Festung Metz hatte sich entschieden. Marschall Bazaine machte, wie General Trochü in Paris, mehrere Ausfälle, um sich der eisernen Umklammerung zu entziehen, war aber dabei nicht glücklicher als jener. Der bedeutendste Ausfall war der vom 31. August und 1. September. Bazaine hatte Nachricht erhalten, daß Mac Mahon nach der Maas ziehe, um ihm Hilfe zu leisten. Darauf beschloß er, in nordöstlicher Richtung einen Ausfall zu machen und der Entsatzarmee entgegenzukommen. Dies führte zu der Schlacht bei Noisseville, in welcher die Franzosen am ersten Tage den Deutschen drei Dörfer entrissen, aber am

(c) Instituto Cervantes de Madrid

zweiten Tage wieder hinausgetrieben und in ihre alten Stellungen zwischen den Forts zurückgedrängt wurden. Die späteren Ausfälle hatten nur den Zweck, Lebensmittel und Futter zu holen und die Truppen zu beschäftigen. Nach der Katastrophe von Sedan und dem Sturz des Kaiserthrones beschloß Bazaine, bis zum Friedensschluß in Metz auszuharren, um dann mit seiner Armee als Gebieter auftreten zu können. Aber der Friedensschluß zog sich länger hinaus, als er ge-



Ansicht von Metz.

glaubt hatte, und die Proviantvorräte, welche nur für eine Besatzung, nicht für eine so große Armee berechnet waren, gingen rasch ihrem Ende entgegen. Am 24. Oktober konnte man unter die Soldaten kein Brot mehr austeilen. Die Aufregung unter der Bevölkerung und unter der Armee stieg. Es blieb nichts übrig, als die Kapitulationsverhandlungen zu eröffnen. Dies geschah am 24. Oktober. Bazaine verlangte einen Waffenstillstand nebst Verproviantierung oder die Erlaubnis zum freien Abzug nach Algier; Prinz Friedrich Karl dagegen, welchem Moltke telegraphiert hatte: „die Bedingungen von Sedan bleiben maßgebend", forderte die Uebergabe der

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Festung und die Kriegsgefangenschaft der Rheinarmee. Am 26. Oktober erklärte sich Bazaine bereit, auf die gestellten Bedingungen einzugehen, am Abend des 27. wurde die Kapitulation unterschrieben und am 28. rückte die erste Infanteriebrigade als Besatzung in die Festung ein. In Kriegsgefangenschaft kamen durch diese Kapitulation 173000 Mann, worunter die drei Marschälle Bazaine, Canrobert und Leboeuf und 6000 Offiziere; erbeutet wurden 56 kaiserliche Adler, 622 Feldgeschütze, 876 Festungsgeschütze, 72 Mitrailleusen, 137000 Chassepots, 123000 andere Gewehre, viel Munition und sonstige Kriegsvorräte. Mit dieser Kapitulation, welche in der Kriegsgeschichte nicht ihresgleichen hat, wurde, wie mit der von Straßburg, altes Unrecht gesühnt und eine ehemalige freie deutsche Reichsstadt, welche durch die Gewaltthat des französischen Königs Heinrich II. 1552 an Frankreich gekommen war, wieder an das Deutsche Reich gebracht. Der Präfekt von Deutschlothringen, Graf Henckel von Donnersmark, nahm unmittelbar nach der Kapitulation seinen Wohnsitz in Metz. König Wilhelm ernannte auf diesen Erfolg hin am 28. Oktober den Kronprinzen Friedrich Wilhelm und den Prinzen Friedrich Karl zu Generalfeldmarschällen, welche Würde noch kein Prinz des hohenzollerischen Königshauses bekleidet hatte, erhob den General Moltke in den Grafenstand und erließ einen Armeebefehl voll Dank und Anerkennung an die verbündeten deutschen Heere.

Schon am 23. Oktober hatte Moltke Anordnungen für die Abführung der kriegsgefangenen Mannschaft getroffen und dem Prinzen Friedrich Karl die Mitteilung gemacht, daß aus der bisherigen Zernierungsarmee zwei Operationsarmeen gebildet werden sollten. Das zweite Korps unter General Fransecky zog zur Verstärkung der Armee des Kronprinzen von Preußen vor Paris; von den übrigen Truppen wurde wieder eine Erste und Zweite Armee gebildet und jene unter den Befehl des Generals Manteuffel, diese unter den des Prinzen Friedrich Karl gestellt. Die Erste Armee bestand aus 3½ Korps und einer Kavalleriedivision und sollte Metz besetzen, Diedenhofen, Montmedy, Verdün und Mezières belagern und mit der übrigen Mannschaft, kaum noch zwei Armeekorps, nach der Linie St. Quentin-Compiègne abmarschieren. Manteuffel zog am 7. November von Metz ab und stand am 20. bei Soissons und Compiègne. Die Zweite Armee, aus drei Korps und einer Kavalleriedivision bestehend,

(c) Instituto Cervantes de Madrid

erhielt den Befehl, in der Richtung nach Troyes abzuziehen und von da nach der mittleren Loire vorzurücken.

Am 2. November brach Prinz Friedrich Karl von Metz auf und stand am 20. der Armee des Generals Aurelle gegenüber, welcher wohl verschanzte Stellungen vor Orleans besetzt hielt und etwa 200 000 Mann unter sich hatte. Zu der Zweiten Armee stießen die Truppen des Großherzogs von Mecklenburg, welche inzwischen die vom Grafen Keratry befehligte Westarmee zurückgedrängt, Dreux und Chateauneuf besetzt hatten. Prinz Friedrich Karl hatte nun im ganzen 105 275 Mann mit 556 Geschützen. Er hatte die Aufgabe, die doppelt so starke feindliche Armee aus ihren Stellungen zu verdrängen, über die Loire zu treiben und Orleans wieder zu nehmen. Gambetta, welcher wußte, daß am 30. November und 1. Dezember ein großer Ausfall aus Paris gemacht werden sollte, trieb den General Aurelle beständig zu Offensivunternehmungen an, die den Durchbruch nach Versailles ermöglichen sollten. Aber sowohl die Angriffe auf den linken Flügel der deutschen Armee bei Ladon, Mezières und Bois-Commün am 24. November und bei Beaune-la-Rolande am 28. November, als auch die auf den rechten Flügel, wo die Truppen des Großherzogs von Mecklenburg standen, bei Loigny und Poupry am 2. Dezember wurden zurückgeschlagen. Am 3. Dezember ergriff Prinz Friedrich Karl die Offensive, drängte in einem umfassenden Angriff auf die Stellungen vor Orleans den Feind zurück, setzte am 4. den Kampf fort, ließ den Bahnhof und die Vorstädte von Orleans erstürmen, und nachdem General Aurelle die Stadt eiligst geräumt hatte, zog der Großherzog nachts zwölf Uhr mit drei Brigaden in Orleans ein. Ueber 12000 Franzosen wurden gefangen genommen, 60 Kanonen und vier Kanonenboote erbeutet. Der Feind zog sich teils Loire aufwärts gegen Nevers und Bourges, teils Loire abwärts gegen Blois zurück. Mit diesem Ausgang der Offensivunternehmungen war Gambetta, welcher zu sehr auf die Gewalt der Massen vertraute, nicht zufrieden. Er entsetzte daher den General Aurelle des Kommandos, teilte die Loirearmee in zwei Teile, welche je nach Umständen getrennt oder gemeinsam operieren sollten, und ernannte den General Bourbaki zum Befehlshaber der Ersten, den General Chanzy zum Befehlshaber der Zweiten Armee; jene, welche bei Nevers versammelt war, bestand aus drei Korps, diese, bei Blois, aus 3½ Korps.

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Prinz Friedrich Karl schickte nach beiden Seiten hin, Loire aufwärts und abwärts, Truppen zur Verfolgung des Feindes. Die in ersterer Richtung abgesandten Truppen besetzten die Stadt Gien und beobachteten die Armee Bourbakis. Den größten Teil seines Heeres schickte er unter dem Kommando des Großherzogs gegen Chanzy. Die Städte Meuge, Beaugency, Blois und das Schloß Chambord wurden besetzt, über 7000 Feinde gefangen genommen, mehrere Geschütze erbeutet, Chanzy zum Rückzug nach Vendome genötigt, von wo er bald darauf bis nach Le Mans zurückging. Die Außenregierung in Tours, welche sich dort nicht mehr für sicher hielt, verlegte am 10. Dezember ihren Sitz nach Bordeaux. Prinz Friedrich Karl ließ Vendome besetzen und zog, den Anordnungen Moltkes gemäß, seine Truppen um Orleans zusammen.

General Chanzy.

Ueber die Armee Bourbakis liefen in Versailles widersprechende Nachrichten ein. Bald wurde gemeldet, dieselbe beabsichtige in Gemeinschaft mit der Armee Chanzys einen Vorstoß gegen die Truppen des Prinzen Friedrich Karl, bald, sie wolle über Montargis und Fontainebleau gegen die deutsche Zernierungsarmee vorgehen, ein andermal, sie sei bereits mit der Eisenbahn nach Chalon-sur-Saone gebracht worden und solle Belfort entsetzen und den Rücken der deutschen Heere bedrohen. Auf die Nachricht, daß Chanzy von Le Mans wieder gegen Vendome vorgehe, hielt Moltke den ersten von den drei genannten Fällen für wahrscheinlich und glaubte, es sei das beste, wenn Prinz Friedrich Karl rasch auf den zunächst stehenden Feind, auf Chanzy, sich werfe, „um dessen Armee abzufertigen, ehe die andere zur nahen Einwirkung gelange". Der Prinz erhielt daher am 1. Januar 1871 die Aufforderung, die Offensive gegen Chanzy zu ergreifen, Orleans besetzt zu halten und in den nächsten Tagen die nach Nevers führenden Straßen beobachten zu lassen. Zur weiteren Sicherung gegen Bourbaki erhielt das pommersche Korps unter General Fransecky Befehl, nach Montargis ab-

(c) Instituto Cervantes de Madrid

zumarschieren und dort Stellung zu nehmen, und eine Division des 7. Korps unter General Zastrow hatte östlich von Montargis, bei Auxerre, sich aufzustellen.

Am 6. Januar 1871 brach Prinz Friedrich Karl, in und bei Orleans die hessische Division zurücklassend, mit vier Korps und vier Kavalleriedivisionen, zusammen 58 097 Mann Infanterie, 14 925 Mann Kavallerie und 318 Geschützen, von Orleans gegen die Armee des Generals Chanzy auf, welche zwischen Vendome und Le Mans stand. Der Marsch führte durch die sogenannte „Perche" bei Frost, Schneestürmen und Tauwetter und war sehr beschwerlich. Die Truppen rückten auf drei Straßen unter täglichen Gefechten gegen Le Mans vor, nahmen am 11. Januar die südöstlichen Höhen vor der Stadt und waren im Begriff, durch Umgehung dem Feinde den Rückzug abzuschneiden. Aber Chanzy verließ am Morgen des 12. Januar Le Mans und zog sich eilig nach Laval und Mayenne zurück, worauf die Hannoveraner abends in Le Mans einrückten. Der Prinz nahm sein Hauptquartier in der Stadt, schickte zur Verfolgung des Feindes Truppen nach Laval und Mayenne und ließ das mit Vorräten angefüllte Lager von Conlie besetzen. Der Großherzog, welcher mit dem 13. Korps nach Alençon marschierte, erhielt dort Befehl, nach Rouen zu ziehen, um die dort stehenden Truppen der deutschen Nordarmee abzulösen und zu einem entscheidenden Schlag gegen den General Faidherbe verfügbar zu machen. Andere Abteilungen wurden in südlicher Richtung abgeschickt und besetzten am 19. Januar Tours. General Chanzy, mit den Trümmern seiner Armee in die Bretagne zurückgedrängt, war auf längere Zeit außer stande, eine Offensive zu ergreifen. Er hatte vom 6. bis 22. Januar einen Verlust von 18 000 Gefangenen, 20 Geschützen und zwei Fahnen, wozu noch die Toten und Verwundeten kamen, deren Zahl sich der Berechnung entzog. Die Deutschen verloren an Toten und Verwundeten 180 Offiziere und 3470 Mann. Die Armee des Prinzen Friedrich Karl hatte die ihr gestellte Aufgabe aufs trefflichste gelöst: von Süden und Westen drohte der Zernierungsarmee von Paris keine Gefahr mehr.

Auch im Norden Frankreichs kamen die durch die Kapitulation von Metz verfügbaren Truppen zu gelegener Zeit. Dort hatte zuerst General Farre mit der Organisation neuer Streitkräfte sich beschäftigt; am 22. Oktober trat General Bourbaki

(c) Instituto Cervantes de Madrid

an dessen Stelle, und als dieser zur Loirearmee abberufen wurde, übernahm am 3. Dezember General Faidherbe das Kommando der französischen Nordarmee. Günstig für dieselbe war, daß sie nach einer Niederlage in den nördlichen Festungen Arras, Cambrai, Douai, Valenciennes und in dem noch weiter rückwärts liegenden Lille eine sichere Zuflucht fand und zugleich Gelegenheit hatte, die Ausrüstung zu verbessern und Ersatzmannschaften an sich zu ziehen. General Farre stand mit einem Armeekorps bei Amiens und wurde dort von General Manteuffel, der mit der Ersten Armee von Compiègne anmarschierte, am 27. November geschlagen und über die Somme nach Arras zurückgedrängt. Darauf nahm Manteuffel Amiens, die alte Hauptstadt der Picardie, und zwang die dortige Citadelle und die kleine Festung La Fère zur Kapitulation. Er ließ in beiden Orten Besatzungen zurück und zog nach der Normandie, besetzte am 5. Dezember Rouen, am 9. die Hafenstadt Dieppe und zersprengte die auf dem linken Seineufer vordringenden feindlichen Abteilungen. Dies benutzte Faidherbe, welcher inzwischen ein zweites Armeekorps ausgerüstet hatte, zu einem Vormarsch gegen Paris. Sobald Moltke Nachricht hiervon erhielt, ordnete er die Absendung einiger Bataillone der Maasarmee nach Soissons an und richtete an Manteuffel die Aufforderung, zunächst den Rücken der Maasarmee zu decken, allen Versuchen des Feindes zum Entsatz von Paris oder zur Störung der deutschen Verbindungen entgegenzutreten, Rouen besetzt zu halten und von dort aus das linke Seineufer zu beobachten. Manteuffel ließ daher den General Bentheim mit dem größten Teil des ostpreußischen Korps bei Rouen stehen und eilte mit dem achten Korps, etwa 20 000 Mann, östlich gegen Faidherbe, der inzwischen die kleine Festung Ham zur Kapitulation gezwungen hatte. Er traf ihn am 23. Dezember am Flüßchen Hallüe (oder bei Querrieux) und

General von Manteuffel.

(c) Instituto Cervantes de Madrid

nötigte ihn zum Rückzug nach Douai. Am 9. Januar erfolgte die Kapitulation der Festung Peronne. General Bentheim hatte indessen feindliche Abteilungen, welche auf beiden Ufern der Seine vorgingen, nach Havre zurückgedrängt, das Schloß „Robert der Teufel" erstürmt und den Kriegsschiffen, die von Havre aus die Seine aufwärts fuhren, durch Versenkung elf größerer Schiffe bei Düclair den Weg versperrt. Als Faidherbe aufs neue vorrückte und den General Göben, welcher mit einer Division bei Bapaume stand, am 3. Januar 1871 mit Uebermacht angriff, wurde er mit großem Verlust nach Arras zurückgeworfen. Am 6. Januar wurde General Manteuffel zum Befehlshaber der zur Bekämpfung Bourbakis gebildeten Südarmee ernannt und das Kommando der Ersten Armee dem General Göben, welcher bisher das achte Armeekorps befehligt hatte, übertragen. Aufgefordert von Gambetta, den in den nächsten Tagen erwarteten und am 19. Januar ausgeführten großen Ausfall der Pariser Besatzung durch ein Vordringen gegen die Hauptstadt zu unterstützen, ging Faidherbe von Arras nach St. Quentin und besetzte mit 50 000 bis 60 000 Mann die umliegenden Höhen und Dörfer. General Göben griff ihn dort am 19. Januar mit 30 000 Mann, worunter einige Abteilungen der Maasarmee sich befanden, an und warf ihn in siebenstündiger Schlacht aus allen seinen Stellungen. Der Feind floh in völliger Auflösung nach Cambrai und ließ 10 000 Gefangene, 3000 Verwundete und sechs Geschütze in den Händen der Sieger. Die französische Nordarmee war auf mehrere Wochen ebenso unfähig zu jeder weiteren Aktion, wie die Armee Chanzys nach den Kämpfen bei Le Mans.

General Göben.

Nicht besser ging es der dritten Entsatzarmee, welche im Osten auftrat. Nach der Kapitulation von Straßburg erhielt am 30. September General Werder, welcher die Belagerung der Festung geleitet hatte und zum Befehlshaber des neu-

(c) Instituto Cervantes de Madrid

gebildeten vierzehnten Armeekorps ernannt worden war, den Befehl, die Gardelandwehrdivision nach Paris zu schicken und mit den übrigen Teilen des Korps (der badischen Division und der Truppenabteilung des Generals von der Goltz) möglichst bald den Vormarsch gegen die obere Seine in der Richtung auf Troyes und Chatillon anzutreten, um die dort etwa stattfindenden Versuche zur Formation von Truppen zu hindern und einen Handstreich gegen die Festung Langres zu versuchen. Auf dies hin zog General Werder in den ersten Tagen des Oktober von Straßburg über die Vogesen, kam unter täglichen Gefechten mit Mobilgarden und Franctireurs, besonders am 6. Oktober bei Etival, nach Epinal und Vesoul, drängte in dem Treffen bei Etüz am 22. Oktober die Truppen des Generals Cambriels nach Besançon zurück und schickte infolge eines neuen Befehls vom 23. Oktober den badischen General Beyer gegen Dijon ab. Nach heftigem Kampfe und nach kurzer Beschießung kapitulierte die Stadt am 31. Oktober. Im November stellte sich das ganze Werdersche Korps bei Dijon auf.

General Werder.

Inzwischen war General Schmeling mit einer Reservedivision in das obere Elsaß eingerückt und hatte am 24. Oktober die Festung Schlettstadt, am 10. November Neu-Breisach nach kurzer Beschießung zur Kapitulation gezwungen. Ganz Elsaß war nun der französischen Herrschaft entrissen, und in den bedeutendsten Städten wurden deutsche Behörden eingesetzt. Graf Bismarck-Bohlen, zum Generalgouverneur des Elsaß ernannt, hatte schon am 8. Oktober seinen Sitz in Straßburg genommen. Mit einer anderen Reservedivision rückte General Tresckow vor Belfort, dem Schlüssel der südlichen Vogesen, veranstaltete am 3. November die Zernierung dieser starken Festung und besetzte Montbeliard (Mömpelgard). Diese

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Truppenteile und die später gebildete Reservedivision unter General Debschütz wurden unter das Kommando des Generals Werder gestellt.

Gegen die Werdersche Stellung bei Dijon rückte Garibaldi an. Dieser schlechte Politiker sah nach Errichtung der französischen Republik in dem deutsch-französischen Kriege nichts anderes als einen Kampf der Freiheit gegen den Despotismus, verließ seine Insel Caprera und kam am 9. Oktober nach Tours. Gambetta, dem er sich zur Verfügung stellte, ernannte ihn zum Oberbefehlshaber der Vogesen-Freischaren, worauf er sein Hauptquartier in Autün nahm und dort ein sehr bunt zusammengesetztes Heer von etwa 20 000 Mann sammelte. Mit diesem zog er gegen Dijon, wurde am 26. und 27. November bei Pasques geschlagen und bis Autün verfolgt. Bald darauf wurde die Division des französischen Generals Cremer, welche gleichfalls gegen Dijon anrückte, vom General Glümer, der für den erkrankten General Beyer das Kommando der badischen Division übernommen hatte, bei Nuits (18. Dezember) in die Flucht geschlagen, und andere feindliche Abteilungen wurden vom General von der Goltz in die Festung Langres zurückgeworfen.

Gegen Ende Dezember wurde General Werder benachrichtigt, daß sich bei Besançon größere Streitkräfte ansammelten. Er zog daher, mit Zustimmung des Generals Moltke, am 27. Dezember von Dijon ab und konzentrierte sein Armeekorps (33 278 Mann Infanterie, 4020 Reiter und 120 Feldgeschütze) vom 30. Dezember bis zum 9. Januar bei Vesoul, um von dort aus die Belagerung von Belfort und das obere Elsaß wirksamer zu decken. Am 5. Januar erfuhr General Werder durch französische Soldaten, welche in einem Gefecht gefangen worden waren, daß die Armee Bourbakis vor seiner Front stehe, und meldete dies telegraphisch nach Versailles. Moltke erfuhr zu gleicher Zeit durch einen zuverlässigen Kundschaftsbericht den neuen französischen Operationsplan. General Bourbaki hatte zur Täuschung des Prinzen Friedrich Karl zwischen Nevers und Vierzon ein Armeekorps zurückgelassen und in der zweiten Hälfte des Dezember drei andere Korps über Chalon-sur-Saone nach Besançon geführt, wo ein neugebildetes Korps und die Division Cremer zu ihm stießen, so daß er im ganzen etwa 150 000 Mann unter sich hatte. Nach dem von Gambetta ihm vorgeschriebenen Plan sollte Bourbaki mit seiner gewaltigen Uebermacht das Werdersche Korps über den Haufen werfen,

(c) Instituto Cervantes de Madrid

die Festung Belfort entsetzen, Elsaß nebst Straßburg wiedererobern, die rückwärtigen Verbindungen der deutschen Heere unterbrechen, wohl auch einen Melaczug nach dem verhaßten Baden und dem übrigen Süddeutschland unternehmen. Die Gefahr für Belfort und für den Rücken der deutschen Zernierungsarmee vor Paris war nicht gering und konnte nur durch die Einsicht und Umsicht der deutschen Heeresleitung und durch die Tapferkeit und Entschlossenheit der deutschen Truppen beseitigt werden.

Sobald Moltke die militärische Situation im Osten Frankreichs überschaute, trat er mit der größten Energie auf. Das zweite Armeekorps, welches bei Montargis stand, und das siebente, von welchem die eine Division bei Auxerre war, die andere, nach der Einnahme der Festungen Mezières und Rocroy, im Begriff war, nach Paris abzumarschieren, erhielten am 7. Januar den Befehl, bis zum 12. Januar in der Linie Nuits-Chatillon einzutreffen. Diese zwei Armeekorps sollten nebst dem vierzehnten eine neue Armee, die „Südarmee", bilden. Der Oberbefehl über dieselbe wurde, wie wir gesehen haben, dem General Manteuffel übertragen. Dieser traf am 10. Januar in Versailles ein, erhielt dort vom König und von Moltke mündlich seine Instruktionen und begab sich am 11. nach Chatillon zur Uebernahme des Kommandos. Zu seinem Generalstabschef wurde Oberst Graf von Wartensleben ernannt.

Am 7. Januar erhielt General Werder von Moltke den Befehl, vor allem die Belagerung von Belfort und das südliche Elsaß zu decken. Aus den Bewegungen der französischen Truppen erkannte er, daß Bourbaki nicht auf Vesoul, sondern zunächst auf Belfort es abgesehen hatte. Er beschloß daher, Vesoul zu verlassen und südwestlich von Belfort eine starke Defensivstellung einzunehmen. Um Bourbakis Marsch aufzuhalten, ließ er dessen Truppen am 9. Januar bei Villersexel angreifen und den Kampf bis in die Nacht fortsetzen. Am nämlichen Tage verließ er Vesoul und am 11. Januar erreichte er die zu einer Defensivschlacht ausersehenen Stellungen. Mit General Tresckow verständigte er sich dahin, daß dieser von dem Belagerungskorps vor Belfort 10000 Mann mit 37 Belagerungsgeschützen zu ihm stoßen ließ. Die Verteidigungslinie, welche sich von Frahier über Hericourt und Montbeliard bis nach Delle an der Schweizer Grenze hinzog und vor sich den Fluß Lisaine und das sumpfige Thal der Allaine hatte, war

(c) Instituto Cervantes de Madrid

günstig; aber ihre Stärke wurde dadurch beeinträchtigt, daß bei der Kälte von 17 Grad alle Wasser gefroren. General Werder fragte deshalb, als Bourbaki mit vier Armeekorps gegen ihn anrückte, am 14. Januar telegraphisch in Versailles an, ob er unter den obwaltenden Umständen den Kampf vor Belfort annehmen solle. Die Antwort Moltkes lautete: „Feindlicher Angriff ist in einer Belfort deckenden Stellung abzuwarten und Schlacht anzunehmen. Von größter Wichtigkeit dabei Behauptung der Straße von Lüre auf Belfort. Das Anrücken des Generals Manteuffel wird schon in den nächsten Tagen fühlbar."

Die dreitägige Schlacht bei Belfort (oder bei Hericourt, dem Zentrum der deutschen Aufstellung) begann am 15. Januar 1871. Die deutschen Truppen hatten mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen: die Proviantvorräte waren sehr gering; über die schneebedeckten Höhen wehte ein eisiger Wind. Aber die Mannschaft, welche sich wohl bewußt war, welche Gefahr sie von dem Vaterlande abzuwehren hatte, war entschlossen, keinen Fuß breit zu weichen. Durch ihre Reihen ging das historische Wort: „Wir dürfen sie nicht durchlassen, nicht um die Welt." General Bourbaki verstand es nicht, von seiner bedeutenden Uebermacht den richtigen Gebrauch zu machen. Er mußte entweder auf beiden Flügeln nur mit wenigen Truppen Scheinangriffe machen und mit vollen drei Armeekorps auf das Zentrum bei Hericourt sich werfen, um den Durchbruch dort zu erzwingen, oder er mußte im Zentrum nur zum Schein angreifen und mit aller Kraft die Umgehung des rechten Flügels der deutschen Stellung, welches die schwächste Seite war, unternehmen. Statt dessen griff er auf allen Punkten zugleich mit ungenügenden Kräften an und erreichte nichts. Zwar gelang es ihm, die Stadt Montbeliard zu nehmen, aber das die Stadt und die Straße beherrschende Schloß blieb von den Deutschen besetzt, und als er den rechten Flügel zu umgehen suchte, nahm er zwar das Dorf Chenebier, aber die Truppen, welche dasselbe geräumt hatten, stellten sich unmittelbar vor demselben auf, so daß von einer Umgehung keine Rede war. Da Bourbaki nirgends durchzudringen vermochte und seine Truppen unter dem Lebensmittelmangel und der Kälte noch mehr litten als die Deutschen, so trat er, zumal da er von dem Anmarsch des Generals Manteuffel Nachricht erhielt, am 18. Januar den Rückzug an und beabsichtigte, über Besançon nach Lyon zu entkommen.

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Aber er marschierte langsam und hielt sich in Besançon zu lange auf; daher fiel er dem General Manteuffel in die Hände. Sein Verlust betrug 6000 bis 8000 Mann an Toten und Verwundeten und 2000 Gefangene bei den Rückzugsgefechten. General Werder verlor 81 Offiziere und 1847 Mann. Derselbe folgte dem Feinde schon am 19. Januar in der Richtung nach Besançon.

General Manteuffel hatte am 12. Januar in Chatillon das Kommando über die Südarmee übernommen und am 13. mit den beiden Korps, welche zusammen etwa 48000 Mann und 168 Geschütze hatten, den Marsch durch die Gebirgsstraßen des Côte d'or angetreten. Darauf zog er zwischen den zwei Festungen Langres und Dijon hindurch, ohne von Garibaldi, welcher nach dem Abzug der Werderschen Truppen Dijon mit 25000 Mann besetzt hatte, belästigt zu werden. Er zog zuerst in der Richtung nach Vesoul; als er aber am 18. Januar durch ein Telegramm des Generals Werder erfuhr, daß Bourbakis Angriffe abgeschlagen seien, daß dieser den Rückzug angetreten habe und daß das Werdersche Korps am 19. die Verfolgung beginnen werde, ließ er die beiden Korps eine Rechtsschwenkung machen, besetzte die von Besançon nach Lyon führenden Straßen und schob seine vordersten Truppen bis zur Schweizer Grenze vor. Von drei Seiten sah die französische Armee sich eingeschlossen: im Norden drängte das Werdersche Korps, im Westen und Süden die Korps Zastrow und Fransecky; nur der Osten war frei. Es blieb Bourbaki keine andere Wahl, als einer überlegenen Kriegskunst gegenüber eine Schlacht zu wagen, oder ohne Schlacht sich zu ergeben, oder durch den Uebertritt in die Schweiz der Kapitulation zu entgehen. In dieser verzweifelten Lage machte er, zumal da er in täglichen Telegrammen von Gambetta mit Vorwürfen überhäuft wurde, am 26. Januar in Besançon einen Selbstmordsversuch. Bevor die Meldung hiervon nach Bordeaux kam, verkündigte ein Telegramm Gambettas die Absetzung des Generals Bourbaki und die Ernennung des Generals Clinchant, des bisherigen Kommandanten des 20. Korps, zum Oberbefehlshaber der Ostarmee. Zugleich verlangte Gambetta, daß dieselbe nicht nach Pontarlier, sondern nach Süden abmarschieren solle. Aber Clinchant mußte ihm erwidern, daß es dazu zu spät sei, und zog nach Pontarlier. Auf die telegraphische Nachricht aus Bordeaux, daß in Versailles am 28. Januar ein

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Waffenstillstand abgeschlossen worden sei, verlangte Clinchant am 29. die Einstellung der Feindseligkeiten. Aber Moltke, welcher sicher auf einen günstigen Erfolg der Südarmee rechnete, hatte bei den Unterhandlungen ausdrücklich verlangt, daß auf die drei östlichen Departements Côte d'or, Doubs und Jura nebst Belfort der Waffenstillstand keine Anwendung finden und die militärischen Operationen dort keine Unterbrechung erleiden sollten, und hatte den General Manteuffel am 29. Januar hiervon benachrichtigt, daher dieser die Forderung Clinchants zurückwies und sich in seinen Operationen nicht stören ließ. Am 1. Februar, nachdem jedes Ausweichen nach Süden durch Besetzung der dahin führenden Gebirgspässe unmöglich gemacht war, wurde Pontarlier erstürmt und der auf der Straße nach Neuchatel abziehende Feind bis in die Nacht hinein, bis zu den zwei Sperrforts von La Clüse verfolgt. 90314 Mann betraten mit 11787 Pferden bei dem Grenzort Verrières das schweizerische Gebiet, wurden dort entwaffnet und in den Kantonen verteilt. In diesen letzten Tagen machten die deutschen Truppen über 15000 Gefangene und erbeuteten 2 Fahnen, 28 Kanonen und Mitrailleusen und eine Menge von Wagen und Waffen.

Garibaldi war indessen von 6000 Mann unter General Kettler in Schach gehalten worden. Letzterer schlug alle Angriffe der Freischaren zurück. Bei einem dieser Gefechte verlor ein deutsches Bataillon seine Fahne; dies war die einzige, welche in dem ganzen Kriege den deutschen Truppen verloren ging; aber sie wurde vom Feinde nicht erobert, sondern am folgenden Morgen unter einem Haufen von Leichen gefunden. In der Nacht auf den 1. Februar räumte Garibaldi auf die Nachricht, daß stärkere Truppenabteilungen heranmarschieren, die Stadt Dijon, ging mit seinen Freischaren auf der Eisenbahn nach dem Süden und kehrte bald darauf nach seiner Insel Caprera zurück.

Auch die Festung Belfort fiel in jenen Tagen in die Gewalt der Deutschen. Der Kommandant derselben, Oberst Denfert, verteidigte sie, durch die Terrainverhältnisse ungemein begünstigt, aufs hartnäckigste. Der erste Sturm auf die beiden Forts Ober- und Unter-Perche mißlang. Am 8. Februar wurde der Angriff erneuert und beide Forts genommen. Bei der Ueberlegenheit der deutschen Artillerie konnte sich die Festung nicht mehr lange halten. Aber für das deutsche Hauptquartier war es von großer Wichtigkeit,

(c) Instituto Cervantes de Madrid

dieselbe vor dem Abschluß der Friedenspräliminarien in seinen Händen zu haben. Daher willigte König Wilhelm in eine Verlängerung des Waffenstillstandes nur unter der Bedingung der Uebergabe Belforts. Die Unterhandlungen wurden eröffnet, und am 18. Februar zog die Besatzung, noch 12000 Mann stark, mit Waffen und Feldgeschützen und sonstigen kriegerischen Ehren ab, worauf Belfort von der Division Tresckow besetzt wurde. Andere Festungen, wie Soissons, Verdün, Diedenhofen, Pfalzburg, Montmedy, hatten schon im Jahre 1870 kapituliert. Nur die Festung Bitsch blieb bis zum 26. März von französischen Truppen besetzt.

Die Hoffnungen auf die Entsatzarmeen erwiesen sich für die Pariser als sehr trügerisch. Sie blieben auf sich selbst angewiesen und versuchten in immer neuen Ausfällen die Zernierungslinie zu durchbrechen. Der Ausfall vom 30. November beabsichtigte einen kombinierten Angriff. Es war zu der Zeit, als Gambetta den General Aurelle bestürmte, mit der Loirearmee gegen Fontainebleau vorzudringen. General Dücrot wollte mit etwa 50000 Mann die östliche Zernierungslinie, wo die Sachsen und Württemberger standen, durchbrechen, nach Fontainebleau vorgehen, dort mit der Loirearmee sich vereinigen und zugleich mit dieser zum Entsatz von Paris sich wieder rückwärts wenden. Während auf mehreren anderen Punkten Scheinausfälle gemacht wurden, um die Aufmerksamkeit von der Hauptaktion abzulenken, brach Dücrot am 30. November gegen Champigny und Brie an der Marne vor, drängte die württembergische Division, von welcher ein Teil südlich bei Bonneuil und Mesly einen Angriff zurückschlug, und eine nicht vollzählige sächsische Division aus den Dörfern Champigny und Brie zurück, konnte aber trotz der Uebermacht, die er hatte, die rückwärts liegende Stellung am Park von Villiers nicht nehmen. Am 2. Dezember rückten diese beiden Divisionen, welchen das zweite Korps und eine Brigade des sechsten Korps beigegeben waren, unter dem Kommando des Generals Fransecky vor und erstürmten nach einem furchtbaren Kampfe die eine Hälfte des Dorfes Champigny, worauf die Franzosen in der Nacht vom 3. auf den 4. Dezember die andere Hälfte von Champigny und das zusammengeschossene Dorf Brie räumten und mit sämtlichen Truppen auf das rechte Marneufer zurückgingen. Ihr Verlust betrug an beiden Schlachttagen etwa 10000 Mann, worunter gegen 1600 Gefangene; die Württemberger verloren 63 Offiziere

(c) Instituto Cervantes de Madrid

und 1557 Mann, die Sachsen 82 Offiziere und 1864 Mann, die Pommern 87 Offiziere und 1447 Mann.

Am 21. und 22. Dezember wurden die Ausfälle gegen Stains und Le Bourget, wo eine Division der Garde und die Sachsen standen, zurückgeschlagen und am 29. Dezember der im Osten liegende, mit schwerem Geschütz versehene Mont Avron nach zweitägigem Bombardement von den Franzosen geräumt und von den Sachsen besetzt; zugleich wurden auch die östlichen Forts beschossen. Nachdem zu Ende des Jahres der Belagerungspark eingetroffen war, wurde am 5. Januar 1871 mit der Beschießung der Forts, am 8. Januar mit der der Stadt Paris begonnen, von welcher hauptsächlich die auf dem linken Seineufer liegenden Stadtteile betroffen wurden. Infolgedessen steigerte sich die Unruhe und Unzufriedenheit in Paris. Nachdem auch die Ausfälle vom 10., 13., 14., 15. und 16. Januar mißlungen waren, glaubte man in Paris, daß ein Massenausfall, mit etwa 100 000 Mann ausgeführt und gegen ein einziges Armeekorps gerichtet, den ersehnten Durchbruch herbeiführen müsse. Derselbe fand am 19. Januar statt. Mehr als 100000 Mann unternahmen einen Ausfall in der Richtung nach Versailles. Es erfolgte zwischen dem Fort Mont Valerien und dem von den Franzosen in Brand geschossenen Schlosse St. Cloud, wo das fünfte Korps unter General Kirchbach, die Sieger von Weißenburg, Wörth und Sedan standen, ein heißer Kampf, der von morgens acht bis abends neun Uhr dauerte. Die Franzosen erlitten eine vollständige Niederlage und verloren etwa 6000 Mann, worunter gegen 600 Gefangene. Die Sieger hatten einen Verlust von 38 Offizieren und 599 Mann.

Mit dieser neuen Niederlage trat in Paris eine entscheidende Wendung ein. Trochü nahm am 20. seine Entlassung, behielt zwar auf den Wunsch der übrigen Regierungsmitglieder das Präsidium, erhielt aber im Oberkommando der Pariser Armee den General Vinoy zum Nachfolger. Ein neuer Aufstand der Sozialdemokraten, welche das Stadthaus zu erstürmen suchten, scheiterte am 22. Januar an dem kräftigen Einschreiten des neuen Kommandanten. Aber die Lage war sehr bedenklich. Alle Ausfälle waren zurückgeschlagen worden, alle Entsatzarmeen entweder ganz oder auf lange Zeit unschädlich gemacht, im Innern der Stadt wurde die von den Anarchisten aufgereizte Volksmenge von Tag zu Tag schwieriger, die Lebensmittel, aus schlechtem Brot und Pferde-

(c) Instituto Cervantes de Madrid

fleisch bestehend, reichten höchstens noch auf 10 bis 14 Tage. Ließ die Regierung diese Frist unbenutzt verstreichen, so half keine Gewalt mehr gegen die Ausbrüche der Verzweiflung dieser hungernden Massen. Es war hohe Zeit, daß die Regierung ihren Standpunkt vom 6. September, wonach sie keinen Fuß breit Land und keinen Stein von den Festungen abtreten wollte, aufgab und in die Stellung des Besiegten sich fügte.

6) Friedensschlüsse.

(1871.)

In einem Schreiben vom 23. Januar 1871 bat der französische Minister des Auswärtigen, Favre, den Grafen Bismarck um die Erlaubnis, ihm in Versailles einen Besuch abstatten zu dürfen. Bismarck antwortete sofort, daß er ihn am Abend dieses Tages oder am folgenden Morgen erwarte. Favre kam noch am 23. Januar nach Versailles und hatte mit Bismarck in dessen Wohnung eine Unterredung. Er bot ihm die Kapitulation von Paris an gegen das Zugeständnis, daß die Besatzung, soweit sie aus regulären Truppen bestehe, in voller Rüstung ausmarschieren und hinter die Loire sich zurückziehen dürfe. Dieser Antrag wurde in dem Kriegsrat, der am 24. Januar bei König Wilhelm im Beisein Bismarcks gehalten wurde, besprochen und abgelehnt und auf der Kriegsgefangenschaft der Besatzung bestanden. Favre begab sich darauf nach Paris, um mit seinen Kollegen über die Vorschläge Bismarcks zu verhandeln, und kehrte am 25. nach Versailles zurück. Nach weiteren Verhandlungen wurde am 28. Januar die Waffenstillstandskonvention von Bismarck und Favre unterzeichnet. Nach derselben wurde Frankreich ein dreiwöchiger Waffenstillstand bewilligt, dieser aber nicht auf

Jules Favre.

(c) Instituto Cervantes de Madrid

die drei östlichen Departements ausgedehnt. In dieser Zeit sollte eine Nationalversammlung gewählt werden, welche die Frage über Krieg und Frieden zu entscheiden hatte; sämtliche Forts von Paris und das Kriegsmaterial sollten den deutschen Truppen übergeben werden; die Besatzungstruppen von Paris und den Forts wurden kriegsgefangen, mußten die Waffen abgeben, blieben aber in Paris und mußten von den dortigen Behörden verpflegt werden. Eine Division von 12000 Mann sollte zur Erhaltung der Ordnung die Waffen behalten dürfen, und die nämliche Vergünstigung wurde, gegen den Willen Moltkes, auf den Wunsch Favres, der es später sehr bereute, auf die gesamte Nationalgarde ausgedehnt. Die Stadt Paris hatte binnen 14 Tagen 200 Millionen Frank Kriegskontribution zu zahlen und durfte sich nach Auslieferung der Waffen verproviantieren. Die Stadt blieb zerniert. Am 29. Januar wurden die 25 größeren und kleineren Forts den deutschen Truppen übergeben und die schwarzweißrote Fahne auf denselben aufgehißt.

Leon Gambetta.

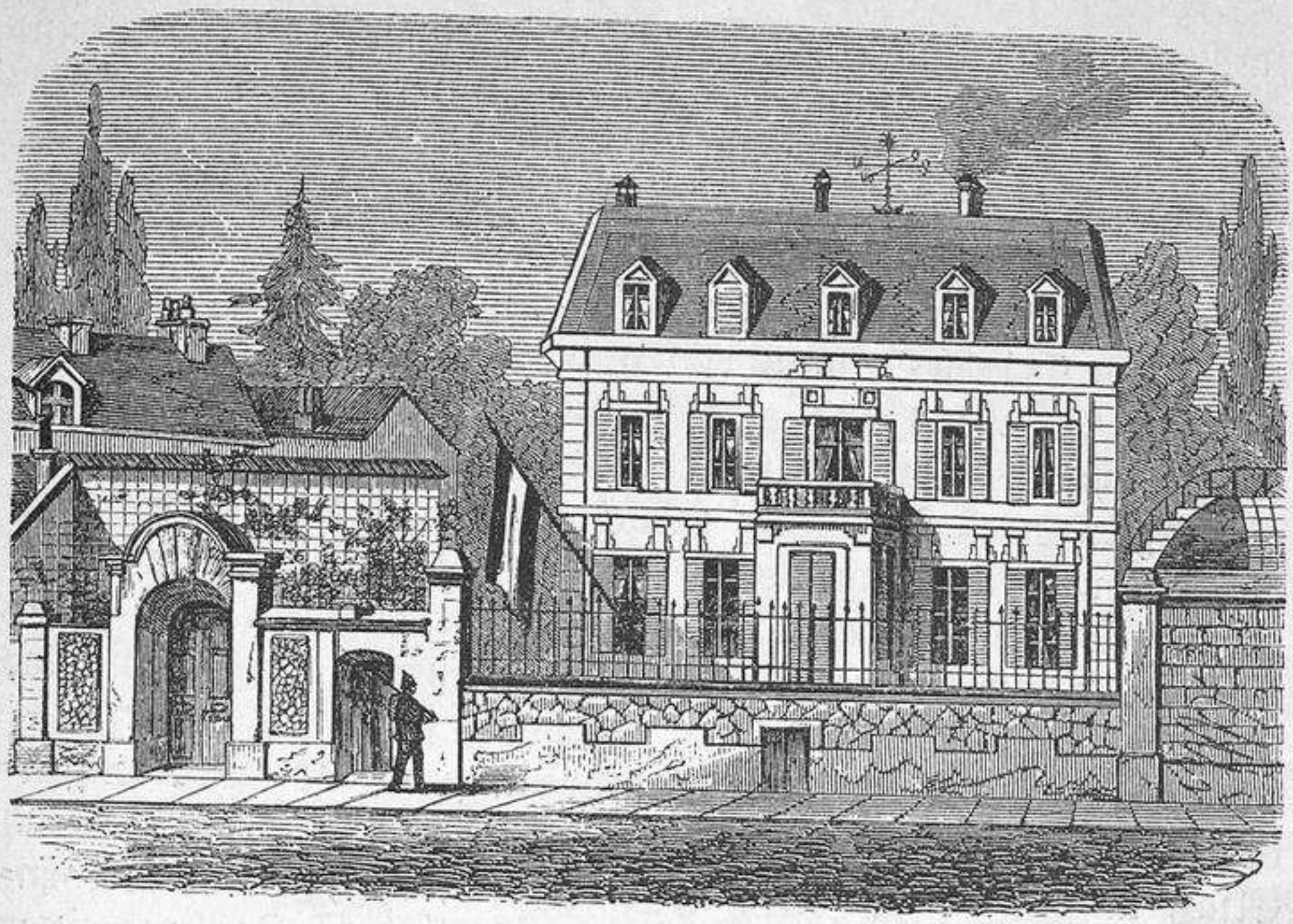
Bismarck hatte während der Verhandlungen gefragt, ob für die vorzunehmenden Wahlen volle Freiheit gesichert sei und ob wohl Gambetta den Anordnungen der Pariser Regierung gehorchen würde. Favre bejahte beide Fragen und lehnte Bismarcks Vorschlag, den Gesetzgebenden Körper, welcher eine gesetzliche, durch das allgemeine Stimmrecht gewählte Autorität bilde, wieder einzuberufen, als unmöglich ab. Aber hinsichtlich Gambettas täuschte er sich. Dieser wollte den Waffenstillstand nur zur Ausrüstung neuer Truppen und die Wahlen nur zur Berufung einer radikalen Versammlung benutzen, „welche den Frieden will, wenn derselbe die Ehre und die Integrität unseres Landes sichert, die aber ebenso fähig und bereit ist, den Krieg zu wollen, um zu verhindern, daß ein Mord an Frankreich be-

(c) Instituto Cervantes de Madrid

gangen werde". Er forderte daher in seiner Proklamation vom 31. Januar das französische Volk zum Kampf à outrance auf und veröffentlichte in seinem Wahldekret vom 31. Januar eine Proskriptionsliste, wonach jeder, der von der kaiserlichen Regierung ein höheres Amt oder eine offizielle Kandidatur angenommen hatte, von der Wählbarkeit ausgeschlossen wurde. Es war klar, daß, wenn der Waffenstillstand nur zu Kriegsrüstungen benutzt wurde und wenn von den Wahlen alle konservativen Elemente ausgeschlossen waren, kein Friedensvertrag zustande kam und unmittelbar auf den Waffenstillstand ein Krieg von den größten Dimensionen folgen würde. Im Versailler Hauptquartier war man zum Aeußersten entschlossen und entwarf bereits neue Operationspläne. In einem an Gambetta gerichteten Telegramm vom 3. Februar protestierte Bismarck gegen dessen Proskriptionsliste und fragte in einem Schreiben an Favre, ob er dieses Wahldekret mit der Bestimmung der Konvention, daß die Versammlung „frei gewählt" werden solle, verträglich erachte. Nicht vergebens appellierte Bismarck an Favres „Ehrenhaftigkeit". Die Pariser Regierung erklärte das von der Delegation in Bordeaux erlassene Wahldekret für null und nichtig und nötigte dadurch Gambetta, der sich von den übrigen Mitgliedern der Delegation verlassen sah, seine Entlassung einzureichen (6. Februar).

Die Wahlen vom 8. Februar ergaben eine Mehrheit von konservativen Republikanern und Orleanisten. Die Nationalversammlung wurde am 12. Februar in Bordeaux eröffnet und wählte am 17. Thiers zum Chef der vollziehenden Gewalt. Er bildete am 19. sein Ministerium und begab sich am 21. im Auftrag der Nationalversammlung mit Favre und Picard, den Ministern des Auswärtigen und des Innern, und einer Kommission von 15 Abgeordneten nach Versailles, um die Friedensverhandlungen zu eröffnen. Thiers machte sich auf eine Gebietsabtretung und eine Kriegskontribution gefaßt, suchte aber beide auf das bescheidenste Maß herabzudrücken. Bismarck verlangte die Abtretung des Elsaß nebst Belfort und Deutschlothringens nebst Metz und die Zahlung einer Kriegskontribution von 6 Milliarden Frank. Da Thiers sich nur zur Zahlung von 2 Milliarden verstehen wollte, so wurde die Forderung auf 5 Milliarden ermäßigt, aber auf dieser Summe bestanden. Um eine weitere Verkleinerung auszuwirken, bat die französische Regierung das englische Kabinett um seine Vermittlung. Dieses ging dar-

(c) Instituto Cervantes de Madrid



Bismarcks Wohnung in Versailles.

auf ein und beauftragte den englischen Spezialbevollmächtigten in Versailles, Odo Russell, mit Bismarck persönlich über die Sache zu verhandeln. Aber letzterer hatte für eine Unterredung mit Russell so lange keine Zeit, bis die Verhandlungen mit Thiers abgeschlossen waren.

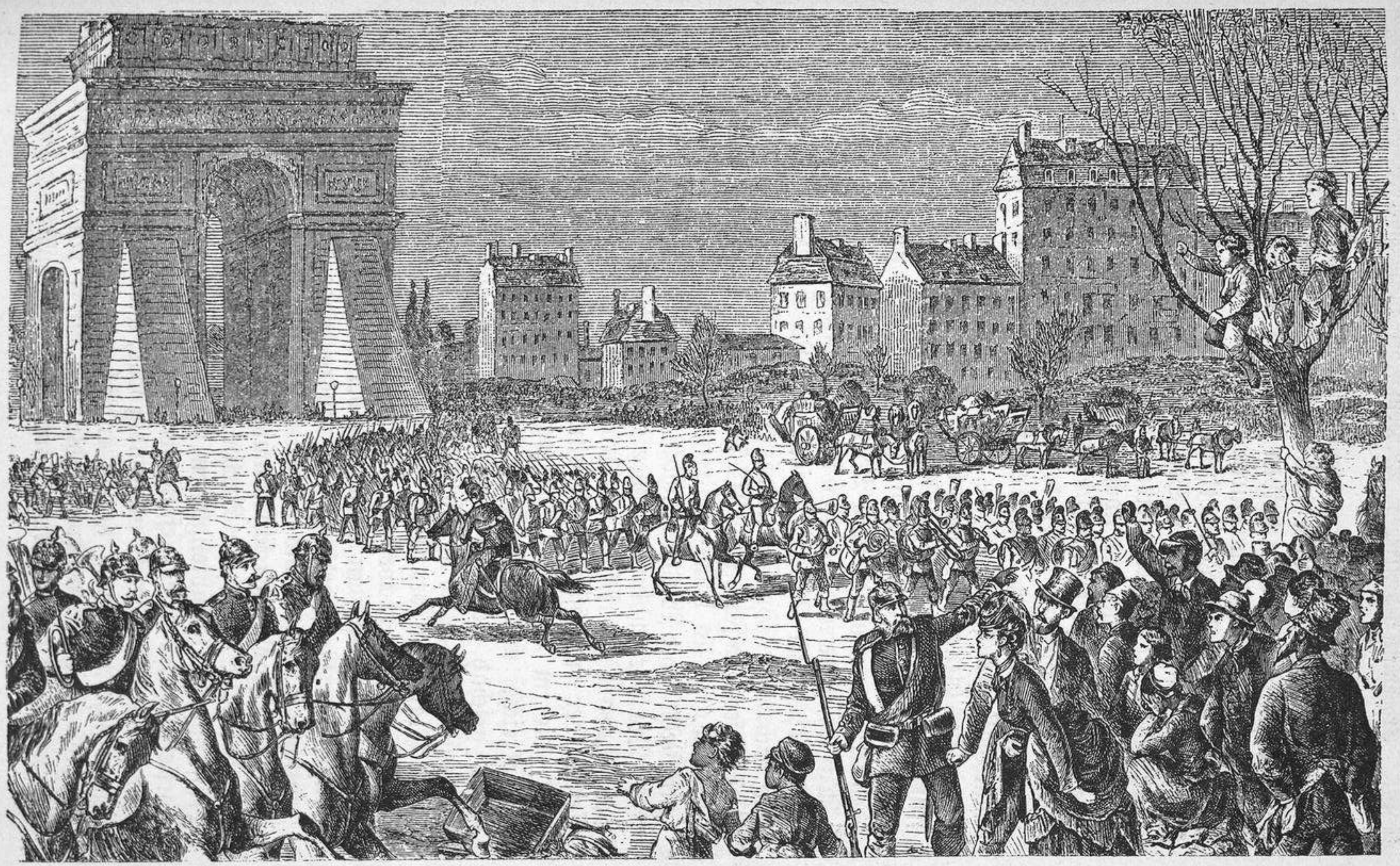
Noch mehr Schwierigkeiten machte die Forderung, daß die Festungen Metz und Belfort abgetreten werden sollten. Die Verhandlungen schienen daran zu scheitern. Da Bismarck sah, daß er ohne eine zweite Konzession nicht wohl zu einem raschen Frieden kommen könne, so bot er, nach einer Unterredung mit dem König und mit Moltke, die Zurückgabe der Festung Belfort an, welche zwar für die Verteidigung des südlichen Elsaß von größter Wichtigkeit war, aber für Deutschland doch nicht die Bedeutung von Metz und Straßburg hatte. Er setzte hinzu, daß er auf den Einmarsch der Truppen in Paris verzichten würde, wenn Frankreich Belfort den Deutschen überlasse; aber so sehr sich auch Thiers gegen die Demütigung des Einmarsches sträubte, so war ihm doch die Rettung Belforts noch wichtiger. Durch diese zwei namhaften Konzessionen, die Erlassung einer Milliarde und die Zurückgabe Belforts, kamen die Verhandlungen wieder in günstigen Fluß, und am Abend des 25. Februar war über sämtliche Vertragsartikel ein Einverständnis erzielt. Der Präliminarvertrag von Ver-

(c) Instituto Cervantes de Madrid

sailles wurde am 26. Februar von Bismarck, Thiers und Favre in der Wohnung des ersteren unterzeichnet. Auf das Verlangen Thiers' unterschrieben die Urkunde auch die Vertreter Bayerns, Württembergs und Badens, Graf von Bray-Steinburg, von Mittnacht, Baron von Wächter und Jolly, aber nicht, um, wie Thiers wünschte, ihre internationale, „unabhängige Existenz" auszudrücken, sondern um sich als „Bundesgenossen Preußens und als Mitglieder des Deutschen Reiches" zu bezeichnen. Darauf reiste Thiers mit den übrigen Bevollmächtigten nach Bordeaux zurück und legte den Vertrag der Nationalversammlung zur Bestätigung vor. Diese genehmigte in der Sitzung vom 1. März den Vertrag mit 546 gegen 107 Stimmen, worauf Favre die Urkunde nach Versailles brachte. König Wilhelm unterzeichnete sie am 2. März.

Die hauptsächlichsten Bestimmungen des Präliminarvertrages sind folgende: Frankreich tritt an das Deutsche Reich Elsaß und Deutschlothringen mit Straßburg, Metz, Diedenhofen, aber ohne Belfort, ab und macht sich zur Zahlung einer Kriegsentschädigung von 5 Milliarden Frank verbindlich. Von dieser Summe ist wenigstens 1 Milliarde im Jahre 1871, die übrigen sind im Laufe der drei nächsten Jahre zu bezahlen. Im gleichen Schritt mit diesen Zahlungen hat auch die Räumung des okkupierten französischen Gebietes vor sich zu gehen, so daß nach Abzahlung von 2 Milliarden nur noch sechs Departements mit der Festung Belfort, als Pfand für die rückständigen 3 Milliarden, von 50000 Mann besetzt bleiben sollten. Auch wurde vom Versailler Hauptquartier auf dem Einmarsch der Truppen in Paris bestanden und ausgemacht, daß der westlichste Teil der Stadt, vom Triumphbogen bis zum Tuileriengarten, von 30000 Mann besetzt werden solle, daß aber diese Besetzung aufhören solle, sobald der Präliminarvertrag von der Nationalversammlung genehmigt sei. Am 1. März zogen die 30000 Mann, nachdem König Wilhelm Musterung über sie gehalten hatte, in Paris ein; 70000 Mann standen hinter ihnen in Reserve, und die Kanonen der Forts waren gegen die Stadt gerichtet. Am 2. März wurden große Züge deutscher Soldaten, nur mit dem Seitengewehr bewaffnet, von Offizieren in die Stadt geführt und einige interessante Punkte ihnen gezeigt. Die Bevölkerung verhielt sich ruhig. Am 3. März zogen die Truppen wieder ab unter dem Schreien und Schimpfen des Pariser Pöbels. Dem Versailler Vertrage gemäß wurden unmittelbar nach dessen Ratifikation die

(c) Instituto Cervantes de Madrid



Einzug der deutschen Truppen in Paris am 1. März 1871.

(c) Instituto Cervantes de Madrid

südlichen Forts und einige westliche und südliche Departements geräumt; die nördlichen und nordöstlichen Forts blieben bis zur Zahlung der ersten halben Milliarde besetzt, und die Linie von Rouen bis Dijon wurde von den deutschen Armeekorps festgehalten. Die Landwehren wurden in die Heimat entlassen. Nachdem am 5. September 1873 die letzte Viertelmilliarde der Kriegskontribution bezahlt worden war, wurde mit der Räumung des noch besetzten Gebietes begonnen, und am 16. September überschritt der letzte deutsche Soldat die französische Grenze. Der kommandierende General der Okkupationsarmee, von Manteuffel, wurde zum Generalfeldmarschall ernannt.

Das Generalstabswerk über den deutsch-französischen Krieg führt unter den „Ergebnissen des Krieges" folgendes an: „11 860 französische Offiziere und 371 981 Mann sind während des Krieges gefangen nach Deutschland geführt worden; ferner 7456 Offiziere und 241 686 Mann haben in Paris die Waffen gestreckt; ferner 2192 Offiziere und 88 381 Mann sind über die Schweizer Grenze gedrängt worden. Erbeutet wurden 107 Adler und Fahnen, 1915 Feldgeschütze und 5526 Festungsgeschütze." Als höchsten Preis des Krieges nennt das Werk mit Recht „die Wiedererrichtung des deutschen Kaiserreiches".

Die Verhandlungen über den definitiven Friedensvertrag wurden am 28. März in Brüssel eröffnet. Bald trat von seiten der französischen Bevollmächtigten das Bestreben hervor, die im Versailler Vertrag festgestellten Verpflichtungen Frankreichs wieder in Frage zu stellen oder abzuschwächen. Dies geschah besonders bezüglich der Zahlung der Kriegsentschädigung durch so überraschende Vorschläge, daß dadurch jeder Glaube an den Ernst der französischen Friedensverhandlungen erschüttert werden mußte. Dazu kam, daß die französische Regierung in Erfüllung der eingegangenen Verpflichtungen für die geordnete und ausreichende Verpflegung der deutschen Truppen und in der regelmäßigen Leistung der betreffenden Zahlungen sich säumig erwies. Die Verhandlungen kamen ins Stocken; in Berlin war bereits von der Wiedereröffnung der Feindseligkeiten die Rede, und die Zurücktransportierung der Kriegsgefangenen, welche zur Bewältigung des Communeaufstandes so notwendig war, wieder eingestellt. Die französische Regierung begriff endlich den Ernst der Lage und beschloß, die Friedensverhandlungen direkt mit Bismarck zu führen. Auf eine Anfrage Favres bestimmte Bismarck Frank-

(c) Instituto Cervantes de Madrid

furt a. M. als Ort der Zusammenkunft. Die Brüsseler Konferenz wurde aufgehoben. Am 5. Mai trafen Bismarck und die französischen Bevollmächtigten Favre, Pouyer-Quertier, Finanzminister, und Goulard, Mitglied der Nationalversammlung, in Frankfurt ein, und am folgenden Tage eröffneten sie die Verhandlungen. Dieselben waren in wenigen Tagen beendigt, da die französischen Unterhändler Gründe hatten, sich entgegenkommend zu zeigen. Am 10. Mai 1871 wurde im Gasthof zum Schwan, dem Absteigquartier Bismarcks, der Frankfurter Friedensvertrag zwischen Deutschland und Frankreich unterzeichnet. Nachdem derselbe sowohl vom Kaiser als von der französischen Nationalversammlung ratifiziert worden war, kamen Bismarck und die beiden französischen Minister am 22. Mai noch einmal in Frankfurt zusammen, um die Ratifikationsurkunden auszuwechseln und weitere Punkte zu besprechen. Die Vorteile dieses Vertrags für Deutschland bestanden hauptsächlich in der Verstärkung der Garantien für Ausführung des Friedens, in Abkürzung der Fristen für die Zahlung der zwei ersten Milliarden, in Verlängerung der Dauer der Okkupation in einzelnen Gebietsteilen. Nach einem Zusatzartikel ging die französische Ostbahn in Elsaß-Lothringen gegen Bezahlung von 325 Millionen Frank in deutschen Besitz über. Mit diesem letzten Friedensakt zu Frankfurt war der deutsch-französische Krieg definitiv zu Ende.

4. Gründung des Deutschen Reiches und des hohenzollerischen Kaisertums.

(1870—1871.)

Militärisch-einig war Deutschland in den Krieg gezogen, politisch-einig mußte es aus demselben zurückkehren. Dies war der Gedanke aller patriotischen Männer Deutschlands. Die Trennung desselben in einen norddeutschen Bund und süddeutsche Souveränitäten von internationaler, unabhängiger Existenz durfte nicht mehr länger bestehen; es mußte ein einiges Deutsches Reich unter bundesstaatlichen Formen geschaffen werden. Schon am 30. August 1870 verlangte eine Volksversammlung in Berlin, welche einen Aufruf an das deutsche Volk und eine Aufforderung zu einer Adresse an den König von Preußen erließ, Zurückweisung jeder Einmischung des Auslandes, Gründung eines Deutschen Reiches

(c) Instituto Cervantes de Madrid

und Wegnahme von Elsaß-Lothringen. In wenigen Tagen wurde die Adresse mit vielen tausend Unterschriften bedeckt. Eine Versammlung in München am 1. September und in Stuttgart am 3. September sprach sich im Sinne des Berliner Aufrufs aus. Die süddeutschen Regierungen konnten der Gewalt der nationalen Strömung nicht entgegentreten. Die badische Regierung erklärte sich in einem Schreiben vom 2. September an den Bundeskanzler Bismarck für die verfassungsmäßige Einigung der süddeutschen Staaten mit dem norddeutschen Bund und für Verstärkung der Zentralgewalt auf militärischem und diplomatischem Gebiete. Die Regierungen von Bayern und von Württemberg sprachen in ihren Antwortschreiben auf die Adressen der Städte von ihren Bemühungen um Herstellung eines Verfassungsbündnisses. Bismarck vermied es, auf die süddeutschen Staaten einen Druck im Sinne des Anschlusses auszuüben, und überließ letzteren die Initiative. Die bayrische Regierung ersuchte den Bundeskanzler, ihr Gelegenheit zu geben, mit einem Bevollmächtigten des norddeutschen Präsidiums über den Abschluß eines Verfassungsbündnisses zu unterhandeln. In Bismarcks Auftrag reiste Minister Delbrück, Präsident des norddeutschen Bundeskanzleramts, von Versailles nach München, wo er am 21. September ankam. Er hatte den Auftrag, selbst keine Vorschläge zu machen, sondern nur solche entgegenzunehmen. Die von den bayrischen Ministern gestellten Anträge verlangten in so vielen wichtigen Bestimmungen der norddeutschen Verfassung eine Ausnahmestellung, daß sie großenteils als unannehmbar bezeichnet werden mußten. Württemberg, dessen leitender Minister Mittnacht den Münchener Konferenzen beigewohnt hatte, wünschte die Fortsetzung der Verhandlungen in Versailles; Baden und Hessen stellten den einfachen Antrag auf Eintritt in den norddeutschen Bund. Bismarck lud daher die

Minister Delbrück.

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Regierungen dieser drei Staaten ein, Bevollmächtigte nach Versailles abzusenden, machte hiervon dem bayrischen Ministerium Meldung, überließ es demselben aber, ob es sich an den Verhandlungen beteiligen oder das Resultat der Verhandlungen mit den drei anderen Staaten abwarten und dann die Münchener Verhandlungen wieder aufnehmen wolle. Um eine Isolierung Bayerns zu verhüten, reisten die bayrischen Minister von Bray, von Lutz und von Pranckh am 20. Oktober nach Versailles. Von Württemberg gingen dahin die Minister von Mittnacht und von Succow, von Baden die Minister Jolly und von Freydorff, von Hessen der Minister von Dalwigk.

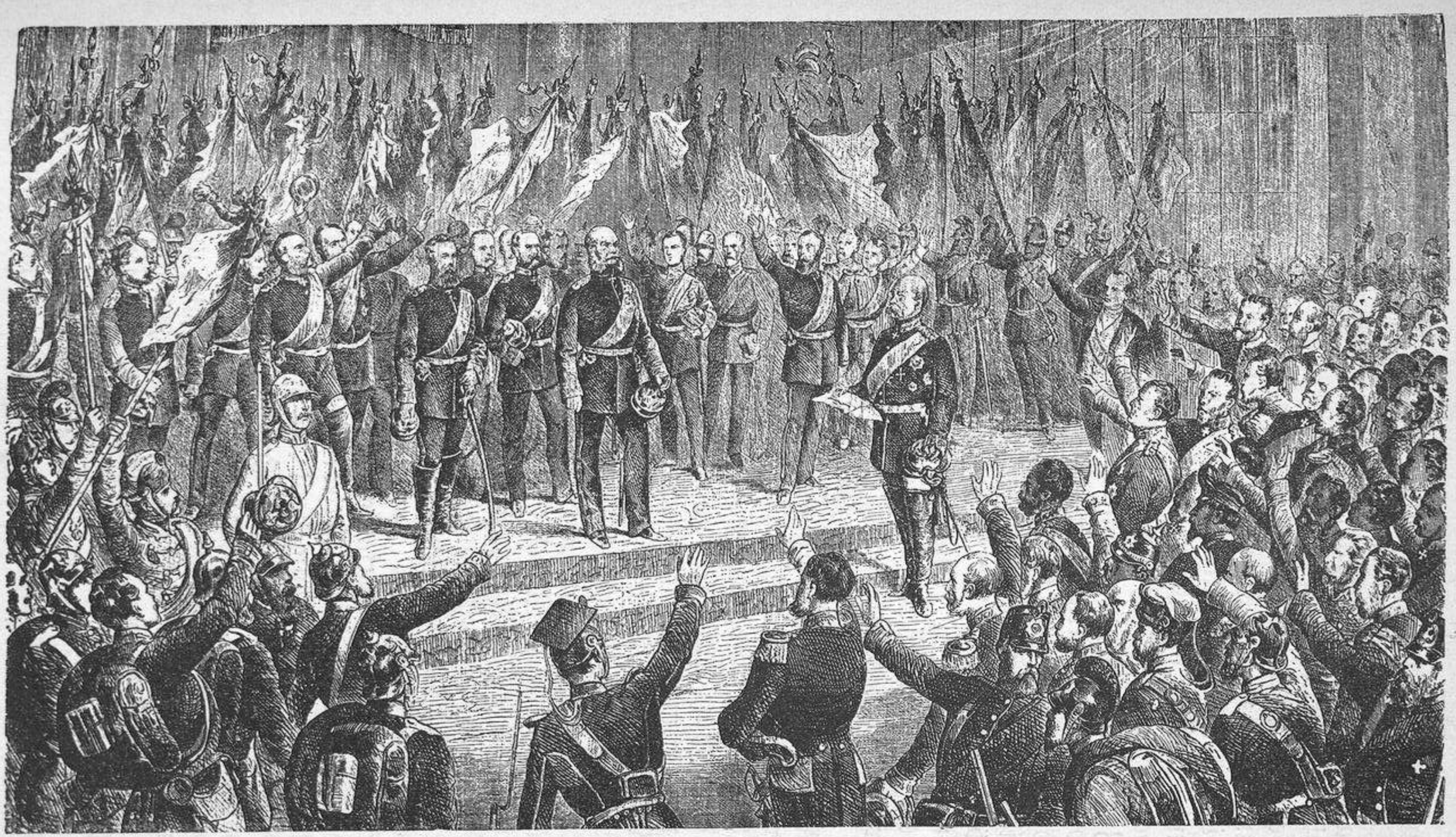
Bei Feststellung der Grundlagen erklärte sich Bismarck in der Konferenz mit den süddeutschen Ministern bereit zur Gewährung von Reservatrechten, beharrte aber auf Beibehaltung derjenigen Bestimmungen der norddeutschen Bundesverfassung, welche diesem Bunde vorzugsweise den Charakter eines Bundesstaates gaben. Die Leitung der weiteren Verhandlungen, welchen die norddeutsche Bundesverfassung zu Grunde gelegt wurde, überließ Bismarck den Ministern Delbrück und Roon. Am 15. November wurde in Versailles der Verfassungsvertrag mit Baden und Hessen, am 23. mit Bayern und am 25. in Berlin mit Württemberg abgeschlossen. Baden und Hessen beanspruchten keine Reservatrechte und nahmen die norddeutsche Bundesverfassung vollständig an; die mit Baden abgeschlossene Militärkonvention machte das badische Kontingent zu einem unmittelbaren Bestandteil der preußischen Armee; dasselbe bildete in Verbindung mit drei preußischen Regimentern das 14. Armeekorps, zu dessen Kommandeur der Held von Hericourt, Generalleutnant von Werder, ernannt wurde. Die hessische Division blieb, wie bisher, dem 11. Armeekorps einverleibt. Württemberg behielt die besondere Verwaltung der Post, der Telegraphen, der Eisenbahnen und, wie auch Baden und Bayern, die besondere Besteuerung des Biers und Branntweins; seine Division erweiterte sich zu einem Armeekorps und trat als das 13. in den Rahmen der deutschen Armee ein; zum Kommandanten dieses Korps wurde der tapfere Verteidiger von Vionville, Generalleutnant von Stülpnagel, ernannt. Bayern behielt die eigene Verwaltung des Heerwesens, der Post, der Telegraphen, der Eisenbahnen, wurde von den Bundesgesetzen über Heirats- und Niederlassungsverhältnisse

(c) Instituto Cervantes de Madrid

nicht berührt und erhielt weite Zugeständnisse für seine Diplomatie. Doch mußte das bayrische Heerwesen nach den Bestimmungen der Bundeskriegsverfassung eingerichtet werden, und der Bundesfeldherr hatte das Recht, die Mobilisierung anzuordnen und das bayrische Kontingent zu inspizieren. Die bayrischen, sächsischen und württembergischen Bevollmächtigten im Bundesrat bildeten zusammen einen diplomatischen Ausschuß unter dem Vorsitz Bayerns, und das Veto von 14 Stimmen im Bundesrat (so viele Stimmen haben jene drei Staaten zusammen) kann jede Verfassungsänderung unmöglich machen.

So sehr auch zu beklagen war, daß namentlich dem bayrischen Partikularismus so viele und so wichtige Zugeständnisse gemacht wurden, so mußte doch zugegeben werden, daß die Leiter des norddeutschen Bundes gut daran thaten, um des Besseren willen, das nicht zu erreichen war, das Gute, das sich entgegentrug, nicht preiszugeben. Trotz aller Reservatrechte war doch ein einiges Deutsches Reich geschaffen; was dem inneren Ausbau desselben noch fehlte, durfte getrost der Arbeit der Zukunft überlassen werden. Von solchen Gedanken und Hoffnungen erfüllt, genehmigten am 9. Dezember der norddeutsche Reichstag und im nämlichen Monat die Landtage von Baden, Hessen und Württemberg die Versailler Verträge. Die württembergische Regierung hatte sich zu diesem Zwecke der unbequemen Demokratenkammer entledigt, dieselbe am 22. Oktober aufgelöst und auf den 5. Dezember Neuwahlen ausgeschrieben. In diesen errangen die nationalen Parteien einen glänzenden Sieg. Die bayrische Regierung versäumte es, die ultramontane Abgeordnetenkammer aufzulösen und den Versuch zu machen, ob sie nicht bei dem auch in Bayern unter den großen Ereignissen und Erfolgen dieses Krieges hoch auflodernden Patriotismus durch Neuwahlen eine starke Mehrheit von nationalen und liberalen Abgeordneten erhalten könnte, und legte die Verträge der alten Patriotenkammer vor. Die Reichsratskammer genehmigte am 30. Dezember mit 37 gegen 3 Stimmen die Verträge. Die drei verneinenden Reichsräte waren Fürst Oettingen-Wallerstein, Graf Schönborn-Wiesenscheid und der Freiherr von Franckenstein. Letzterer, welcher sich später im Reichstag durch antinationale Anträge auszeichnete, sprach bei der Abstimmung das große Wort aus: „Ein Staat von Bayerns Kraft und Größe könne bei gehörigem Selbstbe-

(c) Instituto Cervantes de Madrid



Die Kaiserproklamation in Versailles am 18. Januar 1871.

(c) Instituto Cervantes de Madrid

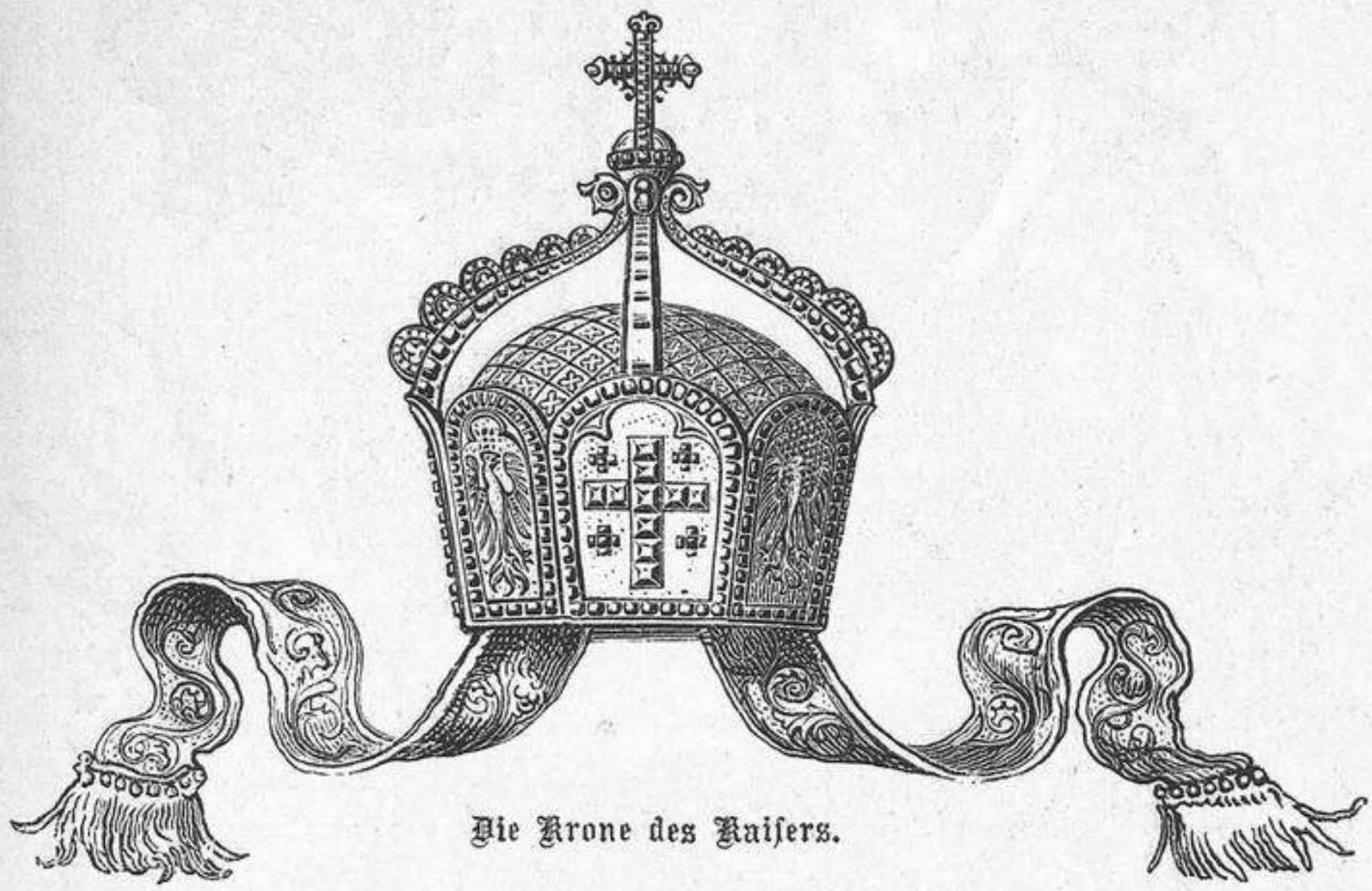
wußtsein allein stehen und bedürfe dieser Verträge nicht." Die Abgeordnetenkammer verwies am 15. Dezember die Vorlage an einen Ausschuß, und dieser beschloß, der Kammer die Verwerfung der Verträge vorzuschlagen. Die Kammerdebatten über dieselben begannen erst am 11. Januar 1871 und nahmen zehn Sitzungen in Anspruch. Die Minister und die Führer der nationalen Partei verteidigten mit Energie und Einsicht die Verträge, sogar Mitglieder der Patriotenpartei sprachen sich dafür aus. Mit Mühe kam die nötige Zweidrittelmehrheit zustande: mit 102 gegen 48 Stimmen wurden die Verträge am 21. Januar angenommen. Damit war auch das letzte Glied in den Kreis der Bundesmitglieder eingereiht. In Versailles wurde das in rücksichtsloser Weise zögernde Votum der bayrischen Kammer nicht abgewartet und auf den 1. Januar 1871 die amtliche Verkündigung der Gründung des Deutschen Reiches angeordnet. Die Verträge traten von diesem Tage an in Kraft.

König Ludwig II. von Bayern trug unter Zustimmung sämtlicher deutschen Regierungen, die er durch sein Schreiben vom 4. Dezember eingeholt hatte, dem König von Preußen als dem Präsidenten des neuen Bundes den Titel eines „deutschen Kaisers" an. Bei dem Festmahl am 1. Januar erinnerte der Großherzog von Baden den König Wilhelm an das von dessen Bruder vor 21 Jahren gesprochene Wort, das eine so glänzende Erfüllung gefunden hatte: „Eine Kaiserkrone kann nur auf dem Schlachtfelde errungen werden." Nachdem König Wilhelm in einem Schreiben vom 14. Januar sämtlichen deutschen Fürsten und Freien Städten die Mitteilung gemacht hatte, daß er die ihm von ihnen angetragene Kaiserkrone annehme, fand die Proklamierung des deutschen Kaisertums am 18. Januar 1871 im großen Spiegelsaale zu Versailles statt. Dies ist der Tag, an welchem der Kurfürst Friedrich III. von Brandenburg im Jahre 1701 in Königsberg die Königskrone von Preußen angenommen und sich aufs Haupt gesetzt hatte. 170 Jahre waren seitdem verflossen, Jahre glänzenden Ruhmes und wieder Jahre der tiefsten Demütigung, und nun stieg, wieder an einem 18. Januar, ein Nachfolger jenes Friedrich I. noch eine Sprosse höher und nannte sich „Kaiser des Deutschen Reiches".

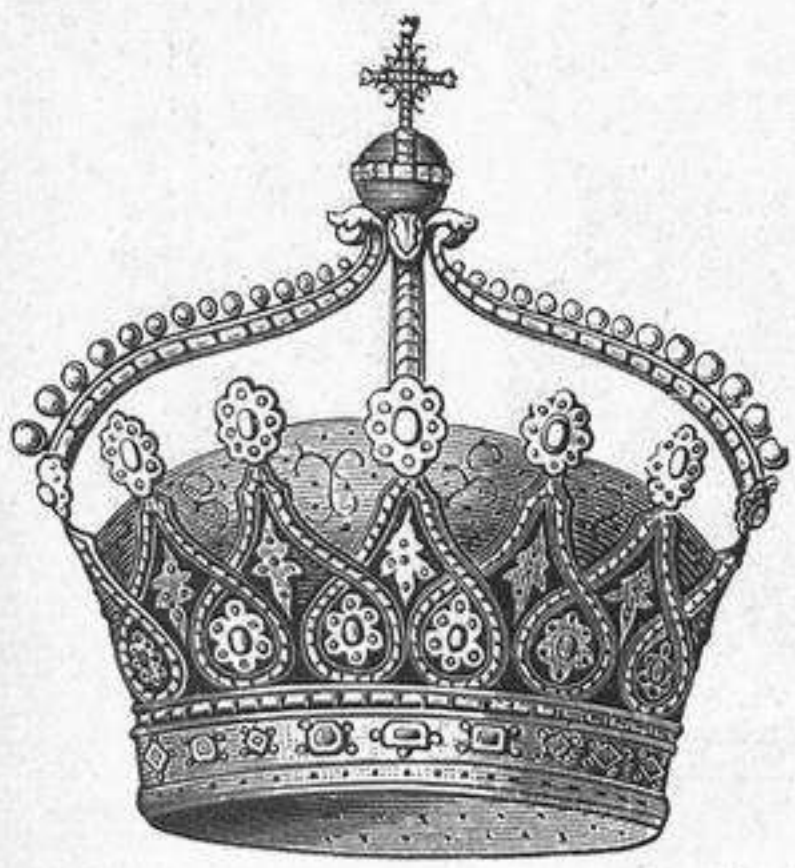
Im Saale des Schlosses waren die Prinzen, Fürsten, Generale und Minister, die Abgesandten der Offizierskorps

(c) Instituto Cervantes de Madrid

versammelt, die Fahnen und Standarten der Regimenter aufgestellt. Nachdem der Kaiser eine Ansprache an die deutschen Fürsten gehalten hatte, gab er dem Bundeskanzler Grafen Bismarck den Befehl, die an das deutsche Volk gerichtete Proklamation zu verlesen. Erhebend waren die Worte:



Die Krone des Kaisers.



Die Krone der Kaiserin.

Die Krone des Kronprinzen.

„Wir übernehmen die kaiserliche Würde in dem Bewußtsein der Pflicht, in deutscher Treue die Rechte des Reiches und seiner Glieder zu schützen, den Frieden zu wahren, die Unabhängigkeit Deutschlands, gestützt auf die geeinte Kraft seines Volkes, zu verteidigen. Uns aber und unseren Nachfolgern an der Kaiserkrone wolle Gott verleihen, allzeit Mehrer des Deutschen Reiches zu sein, nicht an kriegerischen Eroberungen,

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Wilhelm I., Kaiser von Deutschland.

sondern an den Gütern und Gaben des Friedens auf dem Gebiete nationaler Wohlfahrt, Freiheit und Gesittung!" Nach Verlesung dieser Proklamation trat der Großherzog von Baden vor und rief: „Seine Majestät der Kaiser Wilhelm lebe hoch!" Unter den Klängen der die Melodie des Liedes: „Heil dir im Siegerkranz!" anstimmenden Militärmusik brachte die Versammlung dreimal ein begeistertes Hoch aus.

In einem Telegramm vom 27. Februar teilte Kaiser

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Augusta, Kaiserin von Deutschland.

Wilhelm seinem kaiserlichen Neffen Alexander von Rußland die Nachricht von dem Abschluß der Friedenspräliminarien mit und schloß mit folgenden Worten: „Preußen wird niemals vergessen, daß es Ihnen zu verdanken ist, wenn der Krieg nicht die äußersten Dimensionen angenommen hat. Möge Gott Sie dafür segnen! Für immer Ihr dankbarer Freund Wilhelm.“ Darauf erwiderte Kaiser Alexander II.:

(c) Instituto Cervantes de Madrid

„Ich bin glücklich, imstande gewesen zu sein, Ihnen als ergebener Freund meine Sympathien zu beweisen. Möge die Freundschaft, welche uns verbindet, das Glück und den Ruhm beider Länder sichern!"

Glänzend war die Heimkehr des Kaisers. Er verließ am 7. März Versailles und siedelte nach dem Schlosse Ferrières über. Von da fuhr er am 13. März nach Nancy, verließ am 15. bei der Station Pagny den französischen Boden und betrat das Gebiet der neuen Reichslande. Es war ein stolzer Moment, als er unter dem Donner der Kanonen der Forts in den Bahnhof von Metz einfuhr. Es ging von da weiter über Saarbrücken und Bingen nach Frankfurt, am folgenden Tag nach Weimar und am 17. März nach Berlin. Von Saarbrücken bis Berlin war die Reise ein Triumphzug. In Berlin waren alle Häuser beflaggt, die ganze Bevölkerung war auf den Straßen, abends allgemeine Beleuchtung. Der offizielle Empfang der städtischen Behörden von Berlin, Charlottenburg und Breslau fand am 20. März statt. Dieselben überreichten dem Kaiser eine Adresse, welche auf die ruhmreiche Regierung der hohenzollerischen Dynastie, die vor mehr als vier und einem halben Jahrhundert in die damals arme, tief zerrüttete Mark als Retterin gesandt wurde, auf die Heldengestalten des Großen Kurfürsten und Friedrichs des Großen und auf die unter Friedrich Wilhelm III. geführten Freiheitskriege, endlich auf das diesen trefflichen Fürsten gemeinsame Ziel, Deutschlands Wiedergeburt durch Preußens Größe, hinwies und mit den Worten schloß: „Es ist jetzt vollendet das große Werk: der Hohenstaufen ruhmreiches Zepter ruht sicher in der Hohenzollern starker Hand."

Der erste deutsche Reichstag wurde vom Kaiser Wilhelm am 21. März eröffnet. Die Wahlen hatten am 3. März stattgefunden. Auch in Süddeutschland waren dieselben größtenteils national ausgefallen. Die Reichsregierung konnte unter den 382 Abgeordneten auf eine bedeutende Mehrheit zählen. Die besten Männer Deutschlands standen, als Mitglieder verschiedener Parteien, der national-liberalen, der deutschen Reichspartei, der liberalen Reichspartei, fest zu der Politik des Kaisers Wilhelm und seines Kanzlers. Die Thronrede zeichnete sich durch Bescheidenheit, Mäßigung und einen tief religiösen Sinn aus, wie ihn auch die kaiserlichen Siegestelegramme kundgegeben hatten: „Es drängt mich vor

(c) Instituto Cervantes de Madrid

allem, meinem demütigen Dank gegen Gott Ausdruck zu geben für die weltgeschichtlichen Erfolge, mit denen seine Gnade die treue Eintracht der deutschen Bundesgenossen, den Heldenmut und die Mannszucht unserer Heere und die opferfreudige Hingebung des deutschen Volkes gesegnet hat." Die Befriedigung über diese Erfolge fand in folgenden Worten Ausdruck: „Wir haben erreicht, was seit der Zeit unserer Väter für Deutschland erstrebt wurde: die Einheit und deren organische Gestaltung, die Sicherung unserer Grenzen, die Unabhängigkeit unserer nationalen Rechtsentwicklung." Zugleich wurde betont, daß „das neue Deutsche Reich, wie es aus der Feuerprobe des Krieges hervorgegangen ist, ein zuverlässiger Bürge des europäischen Friedens sein wird, weil es stark und selbstbewußt genug ist, um sich die Ordnung seiner eigenen Angelegenheiten als sein ausschließliches, aber auch ausreichendes und zufriedenstellendes Erbteil zu bewahren", und daß dasselbe durch den Geist, die Bildung und Gesittung des Volkes inmitten seiner Erfolge vor jeder Versuchung zum Mißbrauch seiner durch seine Einigung gewonnenen Kraft bewahrt bleiben werde. Es war an die Adresse der klerikalen Partei gerichtet, welche, 56 Mann stark, sich als katholische Zentrumspartei konstituierte, wenn in dem dem Reichstag vorgelegten Adreßentwurf besonders hervorgehoben war, daß das deutsche Kaiserreich von 1871 die Römerzüge des Mittelalters nicht wieder aufnehmen werde: „In dem Verkehr mit fremden Völkern fordert Deutschland für seine Bürger nicht mehr als die Achtung, welche Recht und Sitte gewährleisten, und gönnt, unbeirrt durch Abneigung oder Zuneigung, jeder Nation, die Wege zur Einheit, jedem Staate, die beste Form seiner Gestaltung nach eigener Weise zu finden. Die Tage der Einmischung in das innere Leben anderer Völker werden, so hoffen wir, unter keinem Vorwande und in keiner Form wiederkehren." Diese Verwahrung war dadurch hervorgerufen, daß im Februar 1871 mehrere klerikale preußische Abgeordnete eine Adresse an den Kaiser richteten mit der Bitte, den Kirchenstaat und die weltliche Souveränität des Papstes wiederherzustellen, für welchen Zweck namentlich auch der Erzbischof Ledochowski von Posen, welcher sich einige Zeit in Versailles aufhielt, thätig war. Der von dem Abgeordneten von Bennigsen aufs trefflichste verteidigte Adreßentwurf wurde trotz der Angriffe des Bischofs Ketteler von Mainz, Windthorsts und

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Reichenspergers am 30. März mit 243 gegen 63 Stimmen angenommen, der klerikale Gegenentwurf abgelehnt. Als darauf die Klerikalen, um die Stellung, welche sie seit 1850 in Preußen eingenommen hatten, auch im Deutschen Reiche sich zu wahren, den Antrag stellten, daß die sogenannten Grundrechte der preußischen Verfassung, Preßfreiheit, Vereinsrecht und volle Selbständigkeit der Kirche, in die Verfassung aufgenommen werden sollten, lehnte der Reichstag, im Gedanken, daß diese Freiheiten nur für die Zügellosigkeit der klerikalen Presse, für die Ausbreitung der religiösen Orden, für die Befestigung der souveränen Stellung der katholischen Kirche und für die Sanktionierung des Ungehorsams der Bischöfe gegen die Staatsgesetze ausgebeutet werden sollten, am 4. April mit 223 gegen 54 Stimmen den Antrag ab. Damit war der Kampf gegen den Jesuitismus eröffnet. Kaum war der Krieg mit dem auswärtigen Feind glücklich beendigt, so begann für das neugegründete Deutsche Reich ein nicht weniger hartnäckiger Krieg gegen innere Feinde.

Den Anträgen der Reichsregierung entsprechend, bewilligte der Reichstag aus den Kriegsentschädigungsgeldern 240 Millionen Thaler für die Invaliden, 4 Millionen Thaler für bedürftige Reservisten und Landwehrmänner und 4 Millionen Thaler für Dotationen verdienter Generale und Staatsmänner. Für letzteren Zweck wurden vier Kategorien aufgestellt, und für diese wurden Summen von 300 000, 200 000, 150 000 und 100 000 Thalern bestimmt. Prinz Friedrich Karl, Graf Moltke, Kriegsminister Roon, General Manteuffel kamen dabei in erster, die Generale Göben und Werder und der Staatsminister Delbrück in zweiter Linie. Bismarck, welcher in Anerkennung seiner staatsmännischen Verdienste am Tage der Reichstagseröffnung vom Kaiser in den Fürstenstand erhoben worden war, erhielt von demselben als besondere Dotation die zu einer Million Thaler geschätzten Domänen im Amte Schwarzenbeck, im Herzogtum Lauenburg, zum Geschenk. Die wiedergewonnenen Provinzen Elsaß und Lothringen wurden nicht mit Preußen oder einem anderen deutschen Staate vereinigt, sondern als besonderes Reichsland verwaltet. Bei den schwierigen Verhältnissen, welche durch das dortige Franzosentum und durch den Klerikalismus geschaffen waren, sollte die Reichsverfassung erst am 1. Januar 1874 in den Reichslanden in Kraft treten und bis dahin die Gesetzgebung vom Kaiser im Einvernehmen mit dem

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Bundesrat ausgeübt, alle andern Rechte der Staatsgewalt vom Kaiser gehandhabt werden. Die von der Reichsregierung hierüber gemachte Vorlage wurde vom Reichstag am 3. Juni mit großer Mehrheit genehmigt. Am 15. Juni 1871 wurde der erste Reichstag geschlossen.

Der Siegeseinzug der aus dem Feldzug heimkehrenden Truppen in dem festlich geschmückten Berlin fand am 16. Juni statt. Es waren bereits mehrere Armeekorps aus Frankreich zurückgekehrt. 40 000 Mann nahmen an dem Einzug teil, und zwar die Garde, das Königsgrenadierregiment, dessen Chef der Kaiser ist, und eine Deputation sämtlicher übrigen Truppenteile des deutschen Heeres, welche zu einem Infanteriebataillon, einer Reiterschwadron und einer Batterie vereinigt waren. Es war ein großartiger Augenblick für die dichtgedrängten Zuschauer, den 74jährigen Heldenkaiser an der Spitze seiner Truppen durch die via triumphalis reiten zu sehen, hinter ihm den Kronprinzen und den Prinzen Friedrich Karl, vor ihm das glänzende Dreigestirn, Bismarck, Moltke und Roon. Der lauteste Jubelruf erscholl, als die erbeuteten Fahnen und Adler vorbeigetragen wurden. Moltke wurde an diesem Tage zum Generalfeldmarschall ernannt, Roon in den Grafenstand erhoben, andere Generale mit anderen Auszeichnungen beehrt. Der Kaiser Franz Joseph sandte zu dieser Feier den General Gablenz nach Berlin. Aus Wien, Graz, Marburg, Villach, Prag liefen Begrüßungstelegramme ein, welche die freudigste Teilnahme deutsch-östreichischer Brüder ausdrückten. Auch in anderen Städten waren Feierlichkeiten zu Ehren der heimkehrenden Truppen veranstaltet, so in Karlsruhe am 2. April, in Stuttgart am 29. Juni, in Dresden, wo der Kronprinz Albert den ihm vom Kaiser verliehenen Feldmarschallsstab trug, am 11. Juli, in München, wo auf Einladung des Königs Wilhelm der Kronprinz des Deutschen Reiches den Einzug mitmachte, am 16. Juli.

5. Europa unter dem Einfluß des deutschen Friedensreiches.

(1871—1886.)

1) Italien und Rom.

(1870—1873.)

Beim Ausbruch des deutsch-französischen Krieges herrschte in Italien große Aufregung. Die Sympathien waren geteilt: die Konservativen standen auf Seite Frankreichs, die

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Liberalen sprachen sich aufs entschiedenste gegen eine aktive Unterstützung desselben aus. Die Regierung verkündigte die Neutralität Italiens, ließ sich aber, um für alle Fälle gefaßt zu sein, schon am 25. Juli einen außerordentlichen Kredit von 15 Millionen für das Landheer und 1 Million für die Marine bewilligen und vermehrte durch Einberufung zweier Altersklassen die Armee um etwa 60 000 Mann. Der Name „Rom" schwebte auf allen Lippen. Am 27. Juli wurden zwei weitere Altersklassen einberufen und an der römischen Grenze, angeblich aus Gründen der inneren Sicherheit, eine bedeutende Truppenmacht aufgestellt. Eine französische Depesche vom 2. August 1870 zeigte der italienischen Regierung an, daß Frankreich seine Okkupationstruppen aus dem Kirchenstaat zurückziehe und zur Septemberkonvention von 1864 zurückkehre. Darauf erwiderte der italienische Minister des Auswärtigen, Visconti-Venosta, am 4. August: „Die Regierung des Königs werde genau den für sie aus den Stipulationen von 1864 hervorgehenden Verpflichtungen nachkommen." Aber die Linke wurde nicht müde, in der Kammer von dem Ministerium zu verlangen, daß es die Septemberkonvention kündigen und Rom besetzen solle, damit das nationale Werk, welches Cavour im Jahre 1859 begonnen hatte, endlich vollendet werde. Das Ministerium antwortete ausweichend, vervollständigte aber seine Rüstungen, hielt den Kirchenstaat durch seine Truppen rings umschlossen und machte durch das Rundschreiben vom 29. August die auswärtigen Mächte darauf aufmerksam, daß es möglicherweise in die Notwendigkeit sich versetzt sehen könnte, in der römischen Frage entscheidende Schritte zu thun. Da kam die Nachricht von der Kapitulation von Sedan und von der Errichtung der Republik in Paris. Nun glaubte die Regierung nicht mehr zögern zu dürfen, wenn sie nicht aufs neue den Ruf hören wollte: „Rom oder den Tod!" Sie entschied sich am 6. September für die Besetzung Roms, zeigte in einem Rundschreiben vom 7. den auswärtigen Mächten diesen für die gemeinsame Sicherheit Italiens und des Papstes gleich notwendigen Entschluß an und erklärte sich zugleich bereit, in Uebereinstimmung mit denselben die Bedingungen der souveränen Unabhängigkeit des Papstes zu erörtern. Viktor Emanuel schickte am 8. September den Grafen Ponza-di-San-Martino mit einem Schreiben nach Rom an den Papst, worin er ihm seinen Entschluß und seine Beweggründe mit-

(c) Instituto Cervantes de Madrid

teilte und ihm einen Entwurf zu einer Uebereinkunft zwischen Italien und dem heiligen Stuhle vorlegte. Pius empfing den königlichen Bevollmächtigten am 11. September, lehnte alle Vorschläge ab und gab ihm einen Brief an den König mit, worin er sagte, „das Schreiben desselben sei eines anhänglichen Sohnes, der sich des katholischen Glaubens rühme und auf Loyalität halte, nicht würdig".

Die italienischen Truppen rückten unter General Cadorna am 11. September im Kirchenstaat ein, besetzten am 16. Civita Vecchia und standen am 20. vor Rom, wohin sich sämtliche päpstlichen Truppen zurückgezogen hatten. Der preußische Gesandte von Arnim hatte von Cadorna am 17. einen 24stündigen Aufschub des Weitermarsches erwirkt, um noch einen letzten Vermittlungsversuch zu machen, der, wie vorauszusehen war, keinen Erfolg hatte. Da der Befehlshaber der päpstlichen Truppen, General Kanzler, der Aufforderung zur Uebergabe Roms nicht Folge leistete, so schossen die italienischen Truppen am 20. September an der Porta Pia Bresche in die Stadtmauer, worauf die päpstlichen Truppen, dem schon vorher gegebenen Befehl des Papstes gemäß, weiteren Widerstand aufgaben und Cadorna unter dem Jubel des Volkes in Rom einzog. Die sogenannte leoninische Stadt nebst dem Vatikan wurde dem Papst überlassen, seine Truppen entwaffnet und in ihre Heimat entlassen. Der Papst protestierte in mehreren diplomatischen Schreiben gegen diese „Beraubung" und that sämtliche Teilnehmer an diesem Gewaltakt, „in welcher Würde sie auch glänzen mögen", in den großen Bann. Am 22. September besetzte Cadorna auch den leoninischen Stadtteil, auf besonderen Wunsch des Papstes, dessen Sicherheit durch die Bewohner desselben bedroht war. Die Volksabstimmung vom 2. Oktober, woran auch die Bewohner des leoninischen Teils sich beteiligten, hatte das Ergebnis, daß unter 167548 eingeschriebenen Wählern 135291 ihre Stimmen abgaben und daß von diesen 133681 für den Anschluß an Italien, 1507 gegen denselben sich aussprachen (103 Stimmzettel waren ungültig). Dieses glänzende Resultat des römischen Plebiszits wurde dem König Viktor Emanuel am 8. Oktober durch eine Deputation in Florenz mitgeteilt, worauf die Einverleibung des bisherigen Kirchenstaats in das Königreich Italien ausgesprochen, die Ausdehnung der italienischen Verfassung auf die neue Provinz angeordnet und General Lamarmora zum Generalstatthalter

(c) Instituto Cervantes de Madrid

von Rom ernannt wurde. Von diesen wichtigen Thatsachen benachrichtigte Visconti-Venosta in seinem Rundschreiben vom 18. Oktober die auswärtigen Mächte und sprach sich zugleich darüber aus, durch was für Garantien die italienische Regierung dem Papste die freie Ausübung seiner hohen geistlichen Sendung sichern werde.

Darauf wurde durch ein königliches Dekret vom 13. Oktober bestimmt, daß die politischen und bürgerlichen Rechte nicht mehr vom Glaubensbekenntnis abhängen sollten, am 15. Oktober die geistliche Gerichtsbarkeit in bürgerlichen und peinlichen Rechtssachen aufgehoben, am 8. November das Jesuitenkollegium geschlossen und von dem päpstlichen Palast des Quirinals Besitz genommen, die Kammer aufgelöst und auf den 27. November Neuwahlen angeordnet, wobei der frühere Kirchenstaat 14 Abgeordnete zu wählen hatte. Der König eröffnete am 5. Dezember das neue Parlament durch eine Thronrede, worin er betonte, daß erst durch den Besitz Roms als Hauptstadt Italiens das Königreich frei und einig geworden sei, und hinsichtlich der künftigen Stellung des Papstes sagte: „Wir haben uns feierlich die Verpflichtung auferlegt, die Freiheit der Kirche und die völlige Unabhängigkeit des päpstlichen Stuhles in der Ausübung des religiösen Dienstes und der Beziehungen zum Katholizismus zu schützen.“ In der Sitzung vom 9. Dezember legte die Regierung der Abgeordnetenkammer einen Gesetzentwurf über die Einverleibung Roms, einen zweiten über die Verlegung des Regierungssitzes von Florenz nach Rom und einen dritten über die dem Papste für seine persönliche und geistliche Unabhängigkeit zu gewährenden Garantien vor. Die Einverleibung wurde von beiden Kammern genehmigt. Die Verlegung des Regierungssitzes wurde auf den 30. Juni 1871 festgesetzt. Das Garantiegesetz wurde von den Kammern erst im Mai 1871 angenommen. Durch dieses Gesetz, welches teils die Prärogative des Papstes und des heiligen Stuhles, teils das Verhältnis von Kirche und Staat betraf, wurde die Person des Papstes für heilig und unverletzlich erklärt, königliche Würde ihm zugesprochen, eine jährliche Rente von 3225000 Frank ihm zugesichert und als Wohnsitz der Vatikan, der Lateran nebst den dazu gehörigen Gärten und Gütern und das Kastell Gandolfo ihm angewiesen. Die im Vatikan befindlichen Museen, Bibliotheken und sämtliche Kunstgegenstände sollten nationales Eigentum sein; bei einer neuen Papstwahl sollte die persönliche

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Freiheit der Kardinäle durch die italienischen Behörden nicht beschränkt, die Versammlung des Konklave und der ökumenischen Konzilien nicht gestört werden. Die beim Papste beglaubigten Gesandten sollten die diplomatischen Vorrechte genießen, der Papst mit dem Episkopat und mit der ganzen katholischen Welt ungehindert korrespondieren und zu diesem Zwecke ein eigenes Post- und Telegraphenamt haben. Papst Pius IX. nahm diese Prärogative stillschweigend hin, ohne das Garantiegesetz anzuerkennen, wies die vom Staate ihm ausgesetzte Rente zurück, auf die Ergiebigkeit des in allen katholischen Ländern eingesammelten Peterspfennigs vertrauend, und war für jede Versöhnung mit der „subalpinischen" Regierung unzugänglich. Er spielte von da an die Rolle des „armen Gefangenen" im Vatikan, schleuderte aber seine Blitze gegen alle Regierungen, welche seiner unfehlbaren Allmachtstellung widerstrebten und den kirchlichen Gesetzen nicht den Vorrang vor den staatlichen Gesetzen zuerkannten. Mit bedenklicher Freigebigkeit hatte der König im Garantiegesetz auf seine Patronatsrechte bei Ernennung der Bischöfe verzichtet; sein Recht der Ernennung der Geistlichen für die Pfarreien königlichen Patronats überließ er gleichfalls dem Papst; gegen diejenigen Bischöfe, welche der Staatsregierung nicht die gesetzmäßige Anzeige von ihrer Ernennung machten, wandte er fast nie das Recht der Verweigerung des Exequatur an. Die Klöster wurden zwar, wie dies in den übrigen Provinzen kraft des Klostergesetzes schon längst geschehen war, auch in Rom aufgehoben; aber die von auswärtigen Regierungen beschützten und beeinflußten Ordensgenerale blieben in ihren bisherigen Stellungen, und die von Mancini beantragte Ausweisung der Jesuiten scheiterte am 20. Mai 1873 an dem ablehnenden Votum der Kammer. So hatte man in Rom neben dem weltlichen König noch einen priesterlichen König, der zwar keine weltliche Herrschaft mehr hatte, der aber fortfuhr, gegen seine Beraubung zu protestieren und auf eine günstige Gelegenheit zur Restauration des Kirchenstaates zu hoffen.

Die italienische Regierung siedelte im Juni 1871 von Florenz nach Rom über. Die Verlegung des Regierungssitzes war am 1. Juli eine vollendete Thatsache. Am 2. Juli traf der König in Rom ein und nahm seine Wohnung im Quirinal. Den Deputationen, welche ihn in der neuen Hauptstadt beglückwünschten, sagte er: „Ja, wir sind in Rom, und

(c) Instituto Cervantes de Madrid

wir werden darin bleiben. Um darin zu bleiben, werden wir, wenn es nötig sein sollte, kräftige Maßregeln ergreifen; denn die Geschicke Roms sind gegenwärtig die Geschicke des ganzen Vaterlandes." Bei der Eröffnung des Parlaments, welche am 27. November 1871 in Rom erfolgte, begann er die Thronrede mit den Worten: „Das Werk, dem wir unser Leben gewidmet haben, ist vollendet. Nach langen Prüfungen ist Italien sich selbst und Rom wiedergegeben."

2) Die Pariser Commune und die Präsidentschaft Thiers'.

(1871—1873.)

Die Sozialdemokraten in Paris, welche während der Belagerung der Hauptstadt einige erfolglose Versuche gemacht hatten, der roten Fahne die Herrschaft zu verschaffen, glaubten, nachdem die deutschen Truppen die südlichen Forts und Versailles geräumt hatten und die französische Regierung vom 20. März an in Versailles sich niedergelassen hatte, ihre Zeit sei jetzt gekommen. Daß die Nationalgarde von Paris, auf die besondere Bitte des Ministers Favre, ihre Waffen behalten durfte, war für die Umsturzpartei besonders günstig. Dieselbe wurde von der Londoner Internationale, welche zu Anfang der sechziger Jahre gegründet worden war und durch Karl Marx aus Rheinpreußen ihre Organisation erhalten hatte, geleitet. Die Internationale beabsichtigte einen völligen Umsturz der staatlichen und bürgerlichen Ordnung. Ihr Programm verlangte die Aufhebung der Familie, der Gemeinde, des Staates, der Religion, des Eigentums; es durfte keine Ehe und kein Erbrecht mehr geben; das Wort „Vaterland" hatte für sie keinen Wert; politische Grenzen gab es nicht für sie; in allen Ländern sollte künftig nur ein einziges Volk leben und herrschen, das Volk der Arbeiter; mit allen anderen sollte „reiner Tisch" gemacht werden. An die Stelle alles dessen, was man bisher für die Grundsäulen eines menschenwürdigen Lebens gehalten hatte, sollte ein erbarmungsloses Nivellierungssystem treten, welches jeden mit Aechtung bedrohte, der das vorgeschriebene Arbeitermaß überragte. Dies war der reine Kommunismus, die Herrschaft des Proletariats, die Tyrannei der Massen. Um solche Pläne in die Wirklichkeit umzusetzen, war kein Land so günstig wie das durch geheime Verbindungen längst unterwühlte Frankreich. In Paris war alles für die Eröffnung eines politi-

(c) Instituto Cervantes de Madrid

schen und sozialen Chaos vorbereitet. In den großen Arbeiterquartieren von Montmartre, Belleville, Montrouge u. s. w., welche unter der Herrschaft der anarchistischen Führer standen, herrschte die größte Bereitwilligkeit, die Vornehmen und Reichen totzuschlagen, ihres Vermögens sich zu bemächtigen und selbst Regierung zu spielen.

Am 26. Februar nahmen Nationalgardisten der Vorstädte 27 Kanonen weg unter dem Vorwand, dieselben vor den Preußen zu retten, und brachten sie nach der Vorstadt St. Antoine. Nachdem die deutschen Truppen Paris verlassen hatten, nahmen die Nationalgardisten noch mehr Kanonen weg und brachten sie (es waren zuletzt 417) auf den Montmartre. Dieser wurde zu einer Festung gemacht, Barrikaden vor den Kanonen errichtet, Schildwachen standen Tag und Nacht davor; die Mündungen der Geschütze waren gegen Paris gerichtet. Die Regierung, welche jetzt erst Verdacht zu hegen anfing, ernannte am 9. März den General Aurelle de Paladines zum Kommandanten der Nationalgarde. Dieser erklärte in einer Proklamation, daß er jede Störung der öffentlichen Ruhe mit Energie unterdrücken werde, und befahl die Zurückgabe der weggenommenen Kanonen. Aber niemand kümmerte sich um diesen Befehl. Das „Zentralkomitee der Nationalgarde", welches als die einzige rechtmäßige Behörde angesehen wurde, verlangte in einem am 9. März an die Regierung gerichteten Schreiben die Fortbezahlung ihres täglichen Soldes von 1 ½ Frank wie zur Zeit der Belagerung, die Absetzung des Generals Aurelle, das Recht, die Offiziere und den Kommandanten der Nationalgarde selbst zu wählen, und wollte in Paris nur solche militärische Befehlshaber dulden, welche nicht unter der Regierung, sondern unter der dortigen Munizipalität ständen. Letztere sollte an die Stelle der Staatsregierung treten und Paris eine unabhängige, freie Reichsstadt werden, welche zu den allgemeinen Ausgaben Frankreichs seine Quote, im Fall eines nationalen Krieges sein Kontingent stellte. Da diese Munizipalität von den Führern der Sozialisten und Kommunisten beherrscht wurde, so stand die Aufrichtung einer Commune im Hintergrunde. Die Unterhandlungen mit der Regierung und mit der Nationalversammlung, welche nach dem Abzug der deutschen Truppen aus Versailles dorthin übergesiedelt waren, zerschlugen sich, und die Opposition, welche die wenigen Bataillone der gemäßigten Elemente der Nationalgarde den extremen Parteien machten,

(c) Instituto Cervantes de Madrid

wurde von diesen bald niedergeschlagen. Auch hier zeigte es sich, daß bei Revolutionen infolge der Teilnahmlosigkeit der konservativen Stände meistens die Minoritäten siegen.

General Vinoy, Oberbefehlshaber der Pariser Armee, ließ in der Nacht auf den 18. März den Montmartre besetzen. Aber morgens sieben Uhr wurde in den dortigen Quartieren Generalmarsch geschlagen, die Bataillone der Nationalgarde eilten herbei und suchten durch einen raschen Angriff den Regierungstruppen das gewonnene Terrain zu entreißen. Da der größte Teil des Militärs mit den Aufständischen fraternisierte, so hatten letztere leichtes Spiel. Die wenigen treuen Truppen wurden überwältigt, General Vinoy mußte sich nach Versailles zurückziehen, die Generale Lecomte und Clement Thomas wurden gefangen genommen und erschossen, das Stadthaus ohne Widerstand besetzt. Das Zentralkomitee der „föderierten" Nationalgarde, von Assy geleitet, bemächtigte sich am 20. März aller von den Deutschen geräumten Forts, mit Ausnahme des Mont Valerien, nahm Besitz von allen Ministerien und Verwaltungen, legte Beschlag auf die öffentlichen Kassen und übernahm die Regierung von Paris.

Die Wahlen für den Gemeinderat oder die Commune fanden am 26. März statt. Infolge der Stimmenthaltung von 250000 Wählern ging die Liste der Sozialisten durch. Sie erhielten von 180000 abgegebenen Stimmen 120000. Es sollten 94 Mitglieder gewählt werden. Von den Gewählten nahmen nur 62 und bei den Nachwahlen am 16. April 17 die Wahl an, so daß die Commune von da an aus 79 Personen bestand. Unter diesen befanden sich Blanqui, Assy, Pyat, Flourens, Delesclüze. Am 28. März wurde die Commune feierlich proklamiert, und am 29. März hielt sie ihre erste Sitzung. Sie bildete nun die regelmäßige Regierung; neben dieser regierte aber auch noch das Zentralkomitee der Nationalgarde unter Assys Präsidentschaft, und über diesen beiden Regierungen stand als leitende Macht das Komitee der Internationale. Letzteres sandte in die größeren Städte, nach Lyon, Marseille, Toulouse, und in die großen Industriebezirke seine Agenten, um die sozialistische Republik und die Commune auch dort zu proklamieren und eine Föderation der Städte gegen die Landbevölkerung zustande zu bringen. Doch erwies sich in diesen Städten das Bürgertum stärker als das Arbeitertum. Blanqui, die Seele der

(c) Instituto Cervantes de Madrid

sozialistischen Komitees, welcher in der Fabrikstadt St. Etienne einen Aufstand erregte, wurde verhaftet, auch die Aufstände in den übrigen Städten unterdrückt und überall, außer in Paris, die gesetzmäßige Regierung anerkannt.

Die Commune wählte für die verschiedenen Ministerien zehn Kommissionen, an deren Spitze Delegierte standen. Der Delegierte des Gemeinderats für das Auswärtige, Pascal Grousset, machte am 5. April allen Vertretern der auswärtigen Mächte die amtliche Anzeige von der Gründung des gouvernement communal und verlangte die Anerkennung aller Mächte und brüderliche Allianz der auswärtigen Völker mit dem Volke von Paris. Um die Verfügung über große Massen zu bekommen und zugleich dieselben für sich zu gewinnen, beschloß die Commune den Eintritt sämtlicher Waffenfähigen in die Nationalgarde, erhöhte den Sold derselben, sicherte den Frauen der Nationalgardisten, den legitimen und den nichtlegitimen, eine tägliche Unterstützung zu, stellte diese „Ehefrauen" als Krankenwärterinnen mit einem Taggeld von 2 Frank an, setzte den Frauen und Mätressen der gefallenen Nationalgardisten eine jährliche Pension von 600 Frank aus und dekretierte auch den Kindern und Eltern derselben eine Unterstützung. Es war das goldene Zeitalter der Proletarier. Sie wurden alle Staatsbeamte, und da auch ihre Frauen in den Kommunaldienst eintraten oder wegen ihrer Verdienste in die allgemeine Versorgungsanstalt aufgenommen wurden, so lief der Gehalt doppelt. Dies war mehr, als ihnen je geboten worden war, mehr, als Thiers und die Nationalversammlung ihnen bieten konnten und wollten, und so hielten sie bis zu den Tagen der Granaten und des Petroleums bei der Commune aus.

Diese freigebige Fürsorge für das Proletariat konnte die Commune nicht ausüben, wenn sie nicht bedeutende Geldmittel sich verschaffte. Zu diesem Zwecke wurde am 3. April die Konfiskation aller Güter der Kirche beschlossen, die Kirchen ihrer Schätze beraubt, der Bank wiederholt Vorschüsse von einigen Millionen abgenötigt, von den Versicherungsanstalten Anlehen erpreßt und reichen Privaten Kontributionen auferlegt. Zugleich wurde allen Beamten der Commune untersagt, irgend einen Befehl der Versailler Regierung anzunehmen, solche Befehle für null und nichtig erklärt, ein Komitee zur Bestrafung der wegen verdächtiger Gesinnung Denunzierten, welche „durch Flintenschüsse oder auf andere Art ge-

(c) Instituto Cervantes de Madrid

tötet zu werden verdienten", eingesetzt, das Institut der Sittenpolizei und der Stadtsergeanten abgeschafft, Trennung von Kirche und Staat und Aufhebung des Kultusbudgets verfügt und das Vermögen der religiösen Genossenschaften für Nationaleigentum erklärt. Sozialistische Blätter, welche das verderblichste Gift unter die Massen warfen, offen Atheismus und Kommunismus verkündigten und die Menge gegen jede gesetzliche Ordnung aufreizten, erschienen in großer Menge. Eines der niederträchtigsten dieser Blätter, „Le Père Duchêne", verkaufte täglich 70000 Exemplare. Aber es war leicht einzusehen, daß diese Communeherrschaft und dieses Proletarierparadies nur so lange dauern würden, als die Versailler Regierung nicht imstande war, mit bedeutenden Streitkräften aggressiv gegen Paris vorzugehen, was, wie wir gesehen haben, mit den Friedensverhandlungen in Brüssel zusammenhing. Thiers meinte anfangs, der Krater würde in kurzem von selbst ausbrennen. Aber darin täuschte er sich. Je länger er mit der Offensive wartete, desto mehr nahm der Aufstand zu. Die Commune beschloß, so lange die Versailler Regierung noch nicht gehörig gerüstet war, mit den Bataillonen der Nationalgarde einen Versuch zu machen, um nach Versailles vorzudringen und die Nationalversammlung zu sprengen. Dies war der Zweck der Ausfälle, welche die Pariser unter dem General Clüseret am 2. und 3. April machten. Sie wurden von den Versailler Truppen zurückgeschlagen, und Flourens fiel. Die Pariser hatten bedeutende Verluste; gegen 2000 Mann wurden gefangen genommen, darunter General Düval; derselbe wurde nebst vielen anderen Gefangenen erschossen.

Durch diese Niederlagen wurde die Wut der sozialistischen Häupter gesteigert. Der Erzbischof Darboy und viele andere Priester und angesehene Männer wurden am 4. April verhaftet und als Geisel für die in den letzten Gefechten gefangenen Nationalgardisten in das Gefängnis nach Mazas gebracht. Ein Dekret der Commune vom 6. April bestimmte, daß für jeden durch die Versailler erschossenen Anhänger der Commune die dreifache Zahl von Geiseln erschossen werden solle. Das Haus Thiers' wurde geplündert und demoliert, die Vendomesäule als das Denkmal des ersten Kaiserreiches umgestürzt und am 19. April ein Aufruf an das französische Volk erlassen, um dasselbe für die „moderne Revolution, die umfangreichste und fruchtbarste von allen, welche jemals die

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Geschichte geschmückt haben", zu begeistern, wodurch die Dezentralisation Frankreichs, das Zerschlagen des einheitlichen Staatswesens in eine Anzahl von Städterepubliken mit unbeschränkter Selbstverwaltung ausgeführt werden sollte. Aber der Aufruf hatte keinen Erfolg, zumal da die Einsetzung eines Wohlfahrtsausschusses von fünf Mitgliedern am 2. Mai, welcher die ausgedehnteste Vollmacht über alle Delegationen und Kommissionen erhalten und nur der Commune verantwortlich sein sollte, an die schlimmsten Zeiten der französischen Revolution, an die Jahre 1793 und 1794, erinnerte.

Am 6. April ergriffen die Versailler Truppen, welche unter den Oberbefehl des Marschalls Mac Mahon gestellt worden waren, die Offensive. Sie rückten im Westen und Süden von Paris vor, nahmen einige der dortigen Forts, drängten die Pariser hinter die Ringmauer zurück und schickten sich zu einem kombinierten Angriff auf die Stadt an. Hier stand Delescluze an der Spitze des Kriegswesens, und auf seinen Rat beschloß die Commune am 20. Mai, vor dem Eindringen der Versailler alle öffentlichen Gebäude und ganze Stadtviertel durch Petroleum in Brand zu stecken und den Siegern nur einen Trümmerhaufen übrig zu lassen. Während die Truppen des polnischen Emigranten Dombrowski, der zum Befehlshaber der Nationalgarde ernannt worden war, am 21. Mai sich von der Ringmauer zurückzogen und, anstatt den weiter rückwärts liegenden Viadukt der Gürteleisenbahn zu besetzen, in den Schenken und den übrigen Häusern von Auteuil zechten, drang ein großer Teil der Versailler Truppen, denen ein Bürger namens Jules Ducatel eine unbewachte Stelle zeigte, in die Stadt ein.

Am Morgen des 22. Mai wurden die Pariser mit der Neuigkeit überrascht, die „Versailler" seien in der Stadt. Diese wurden in den von ihnen besetzten Stadtteilen mit dem Rufe: „Es lebe die Linie!" empfangen. Im Innern der Stadt ertönten die Trommeln, die Sturmglocken, das Geschrei: „An die Barrikaden!" Die Bataillone marschierten auf unter dem Rufe: „Nieder mit der Versailler Bande! Nieder mit den Preußen von Versailles!" Eine große Menge von Gassenbuben und Weibern folgte ihnen, von den letzteren eine Abteilung in kriegerischer Ausrüstung. Alles eilte zu den Barrikaden; der Donner der Geschütze übertäubte das Kommando; man fand junge Mädchen mit durchbohrter Brust auf den Barrikaden, während die Männer die Flucht ergriffen

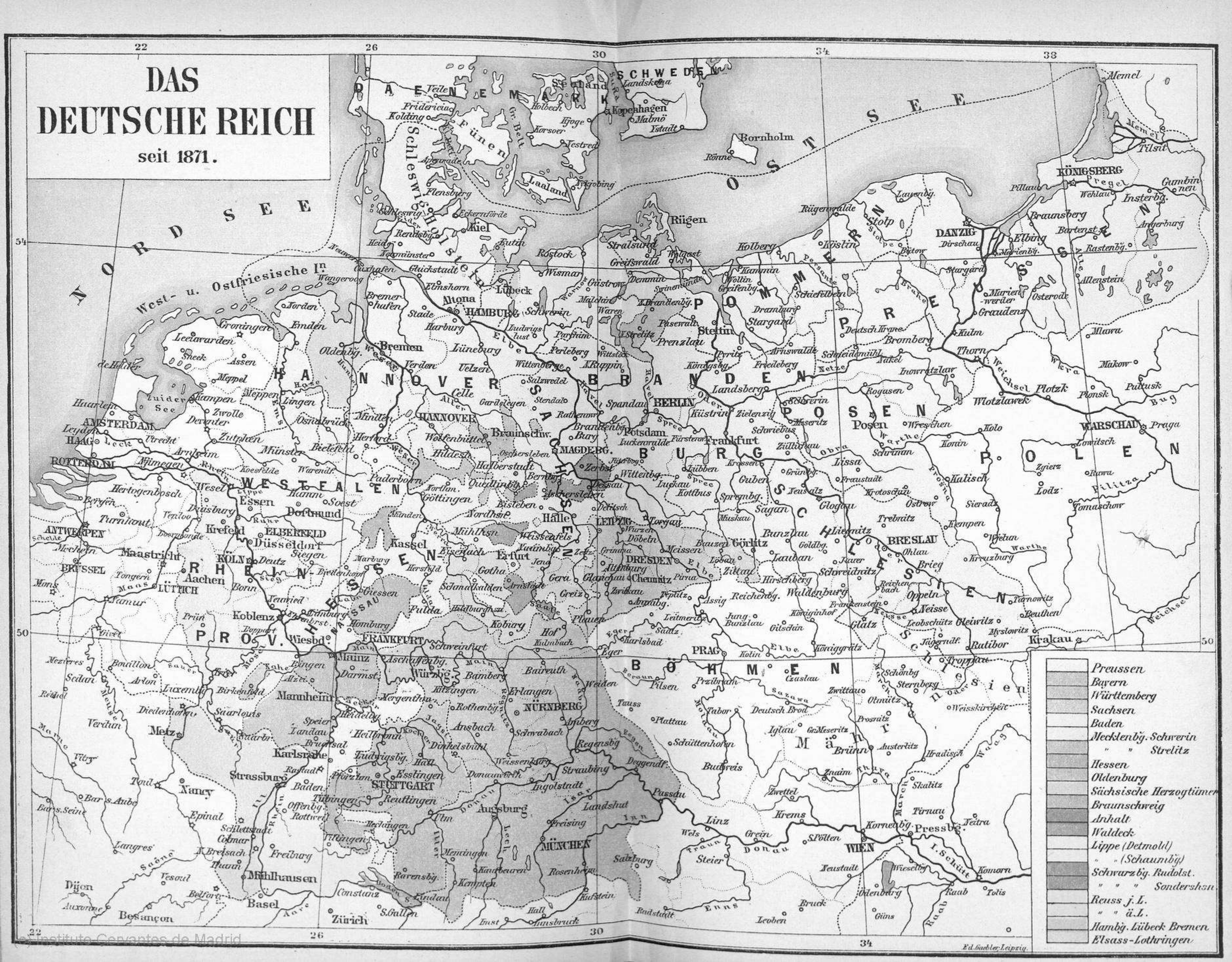
(c) Instituto Cervantes de Madrid

hatten. Das Hauptquartier der Commune war im Stadthaus, zu dessen Schutz eine lange Barrikadenlinie errichtet war; ihre stärksten Verteidigungspunkte waren die Höhen von Montmartre, von Belleville und von Charonne. Der Plan Mac Mahons war, die Aufständischen von Südwesten nach diesen nordöstlichen Höhen zurückzudrängen, von wo aus sie, da die nördlichen Forts von den Deutschen besetzt waren, keinen Ausgang mehr hatten. Auf den 23. Mai war ein gemeinsamer Angriff mit fünf Kolonnen vorbereitet, die von den Generalen Cissey, Douay, Vinoy, Clinchant und Ladmirault befehligt wurden.

Die Versailler Truppen rückten am 23. Mai unaufhaltsam vor. General Ladmirault nahm den Montmartre, wobei Dombrowski tödlich verwundet wurde. Am 24. ertönte der Ruf: „Die Tuilerien und der Louvre brennen!" Als die Regierungstruppen die Ursache des Feuers erfuhren, hörte jede Schonung auf; die Bürger riefen den Soldaten zu: „Schießt die Gefangenen nieder! Kein Quartier! Nieder mit den Petroleurs und den Petroleusen!" Es begann eine wilde Insurgentenhetze; jeder Gefangene wurde niedergeschossen. Der Brand der Stadt nahm von Stunde zu Stunde zu; zu der Geschäftigkeit der Männer und Weiber, welche Petroleumfässer anzündeten, in Gießkannen das Petroleum durch die Kellerlöcher gossen und dasselbe in Flammen setzten, kamen noch die Petroleumbomben, welche, besonders nachts, von den nordöstlichen Höhen nach der mittleren Stadt geworfen wurden. Am 26. Mai sahen sich die Aufständischen nach den im Osten der Stadt von Bütte Chaumont bis Charonne sich hinziehenden Höhen zurückgedrängt. Hier entspann sich ein furchtbarer Kampf. General Vinoy erstürmte am Abend des 27. Mai den Kirchhof Père-Lachaise und drang bis zum Gefängnis La Roquette vor, wo er vielen der gefangenen Geisel noch Rettung bringen konnte. Sie war bei anderen nicht mehr möglich. Der Erzbischof Darboy war am 23. Mai auf Befehl der Commune nebst mehreren anderen Geistlichen erschossen worden. Am 26. Mai wurden weitere 15 Gefangene, Polizeibeamte und Jesuiten, erschossen, und am 27. wurde eine sehr große Anzahl von Gefangenen, darunter 70 Gendarmen, von losgelassenen Sträflingen niedergemetzelt. Was noch lebte, war durch die Ankunft der Truppen Vinoys gerettet. Am 28. Mai endlich nahmen die Truppen Ladmiraults das letzte Bollwerk der Communarden,

(c) Instituto Cervantes de Madrid

(c) Instituto Cervantes de Madrid



© Instituto Cervantes de Madrid

(c) Instituto Cervantes de Madrid

die Bütte Chaumont. Delesclüze, den Tod suchend, fiel dort auf einer Barrikade als der letzte Chef der Commune. Es war nachmittags zwei Uhr. Die furchtbare Schicksalstragödie war zu Ende. Plakate verkündigten abends fünf Uhr der Stadt Paris, daß der Bürgerkrieg ausgetobt habe.

Gegen 50000 Aufständische wurden zu Gefangenen gemacht. Mac Mahon hatte einen Verlust von etwa 7500 Mann. Die öffentlichen Gebäude, welche durch die Commune in Brand gesteckt wurden, waren: die Tuilerien, das Palais Royal, das Finanzministerium, die Polizeipräfektur, das Stadthaus, der Justizpalast, mehrere Theater. Von den Mitgliedern der Commune wurden mehrere gefangen, darunter Assy, Clüseret, Grousset, Rossel; einigen gelang es, in die Schweiz oder nach Belgien oder England zu entkommen. Rochefort, welcher zeitig Paris verlassen hatte, wurde auf der Flucht in Meaux verhaftet. Viele Monate dauerte die Aburteilung der Gefangenen; viele wurden erschossen, andere nach Neukaledonien und nach anderen fernen Plätzen deportiert.

Thiers.

Nach dem Abschluß des Frankfurter Friedensvertrags und nach der Niederwerfung der Pariser Commune konnte die französische Regierung an eine geregelte Verwaltung und an die Heilung der geschlagenen Wunden denken. Alle Parteien waren darin einig, daß mit Aufbietung aller Kräfte zu allererst die Erreichung zweier Ziele erstrebt werden müsse: das Land sollte möglichst bald von der deutschen Okkupation befreit und die Armee und überhaupt das Militärwesen sollte verbessert werden. Thiers, von der Nationalversammlung in Versailles am 31. August 1871 zum Präsidenten der französischen Republik gewählt, veranstaltete, mit Genehmigung der Versammlung, zur Bezahlung der zwei ersten Milliarden Kriegsentschädigung im Juni 1871 eine Anleihe von 2500 Millionen Frank und zur Abzahlung der drei weiteren Milliarden im Juni 1872 eine Anleihe von mehr als 3 Milliarden. Es war ein Beweis für den Kredit des reichen Landes, daß

(c) Instituto Cervantes de Madrid

diese Anleihe durch die einheimischen und fremden Spekulanten und Kapitalisten vierzehnmal überzeichnet wurde. Infolgedessen war es Frankreich möglich, die letzte Rate der Kriegskontribution nicht erst am 2. März 1874, wie es im Friedensvertrag ausgemacht war, sondern schon am 5. September 1873 abzuzahlen und am 16. September, nachdem die deutschen Okkupationstruppen auch ihre letzte Station, die Stadt Verdün, verlassen hatten, das französische Gebiet von der fremden Besatzung vollständig geräumt zu sehen.

Mit gleicher Energie wurde auch die Armeereorganisation betrieben, wofür die preußischen Einrichtungen zum Muster genommen wurden. Durch das Kriegsdienstgesetz vom 27. Juli 1872 wurde die allgemeine Wehrpflicht und das Institut der Einjährig-Freiwilligen eingeführt, welch letzteres sich übrigens, da es mit den Grundsätzen der Demokratie nicht vereinbar erschien, keiner großen Beliebtheit erfreute. Nach diesem Gesetz wurde die Landmacht in eine aktive Armee und eine Territorialarmee eingeteilt. Jeder diensttaugliche Franzose hatte 20 Jahre zu dienen, und zwar fünf Jahre in der aktiven Armee, vier Jahre in der Reserve, fünf Jahre in der Territorialarmee und sechs Jahre in der Reserve dieser letzteren. Da aber, schon aus finanziellen Gründen, nicht die sämtliche junge Mannschaft zum fünfjährigen Dienst herangezogen werden konnte, so war ein Teil derselben nur zu sechsmonatlichen Uebungen verpflichtet. Dieses Gesetz wurde durch das Organisationsgesetz vom 24. Juli 1873 und durch das Kadresgesetz vom 13. März 1875 vervollständigt. Das erstere setzte fest, daß die Armee aus 144 Regimentern Infanterie, 70 Regimentern Kavallerie und 28 Regimentern Artillerie bestehen sollte, zu welchem Zwecke 18 Infanterieregimenter, 14 Kavallerieregimenter und 8 Artillerieregimenter neu formiert wurden. Diese Armee wurde in 18 Korps eingeteilt, von welchen jedes aus 2 Infanteriedivisionen, 1 Kavalleriebrigade, 1 Artilleriebrigade, 1 Geniebataillon und 1 Traineskadron bestand. Die übrigen 34 Kavallerieregimenter wurden in 8 besondere Kavalleriedivisionen eingeteilt, welche für die 18 Armeekorps oder für die aus diesen zu bildenden großen Armeen eine Reserve bilden. Unter den kommandierenden Generalen, welche für diese 18 Korps ernannt wurden, fanden sich die bekannten Namen: Herzog von Aumale, Clinchant, Douay, Dücrot, Cissey, Bourbaki, Aurelle de Paladines. Ein 19. Armeekorps wurde für

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Algerien errichtet und dieses unter das Kommando des dortigen Generalgouverneurs Chanzy gestellt. Durch das Kadresgesetz wurden die Bataillonskadres in der Weise vermehrt, daß, während bisher die Regimenter aus 3 Bataillonen mit einer Maximalstärke von je 1000 Mann bestanden, nun Regimenter von 4 Bataillonen errichtet wurden, wodurch die Maximalstärke des Regiments auf 4000 Mann erhöht wurde. Somit wurde, da die Zahl der Infanterieregimenter 144 betrug, durch das Kadresgesetz die französische Armee um 144 Bataillone, das heißt um 144 000 Mann vermehrt. Nach vollständiger Durchführung der Reorganisation konnte Frankreich als erste Operationsarmee 638 000 Mann Infanterie, 58 800 Mann Kavallerie, 124 000 Mann Artillerie mit 2508 Geschützen, 25 000 Mann Genie, zusammen 845 800 Mann aufstellen. Rechnet man dazu die Reserve, die Territorialarmee und deren Reserve, so erhält man eine Masse von mehr als 2 Millionen Soldaten, die, wenn auch nicht gleichmäßig ausgebildet, so doch in feste Truppenverbände eingeteilt und trefflich ausgerüstet sind. Hierüber sagte Moltke in einer Rede, welche er am 24. April 1877 im Reichstag hielt: „Es scheint ja, daß unsere Nachbarn bei einem künftigen Kriege den Erfolg in den Massen sehen, in einer überwältigenden Anzahl, und das ist gewiß ein Moment, welcher schwer ins Gewicht fällt. Wir verlassen uns mehr auf eine sorgfältige Ausbildung unserer Truppen und auf ihre innere Tüchtigkeit." Für die militärische Schmach des letzten Krieges mußte Marschall Bazaine, welcher die für den Krieg so entscheidungsvolle Kapitulation von Metz unterzeichnet hatte, büßen. Ihm wurde alle Schuld des schlimmen Ausgangs zugeschrieben. Er wurde vor ein Kriegsgericht gestellt und am 10. Dezember 1873 zum Tode verurteilt, aber zu zwanzigjähriger Haft begnadigt. Am 26. Dezember trat er seine Gefangenschaft in dem Fort der Insel Sainte-Marguerite an, entfloh aber am 10. August 1874 und begab sich nach Belgien und später nach Spanien.

Die Durchführung der Reorganisation der Armee kostete sehr bedeutende Summen. Aber obgleich die Kosten des Krieges von 1870 und 1871 die ungeheure Summe von 13 839 Millionen Frank betrugen und infolgedessen die jährlichen Steuern von 600 bis 700 Millionen erhöht werden mußten, genehmigte die Nationalversammlung doch ohne irgendwelche Beanstandung jede Exigenz für Militärzwecke und bot

(c) Instituto Cervantes de Madrid

sogar der Regierung für diesen Zweck noch mehr Geld an, als diese verlangte. So sehr auch in der Versammlung in allen Fragen der Verwaltung, des Kultus, der wirtschaftlichen und sozialen Interessen große Uneinigkeit herrschte und die Parteien sich aufs heftigste bekämpften, so wurde doch mit voller Einmütigkeit alles beschlossen, was zur Verstärkung der Armee dienlich sein konnte. Durch diese sollte die verdunkelte militärische Gloire wieder in ihrem alten Glanze hergestellt, die entrissenen Provinzen zurückerobert oder Kompensationen, etwa in Belgien, errungen werden. Der Gedanke an die Revanche beherrschte die ganze Politik Frankreichs und wurde der Gegenstand eines förmlichen Kultus. Darüber herrschte keine Meinungsverschiedenheit, daß Frankreich den Revanchekrieg gegen Deutschland eröffnen müsse; nur über die Zeit, wann dieser beginnen sollte, waren die Ansichten geteilt. Während die Heißblütigen, im Vertrauen auf die Massenhaftigkeit der französischen Streitmacht, jederzeit zum Losschlagen bereit waren, glaubten die Besonnenen nicht eher die Offensive ergreifen zu dürfen, bis Frankreich einen starken Alliierten habe und Deutschlands Aktionsfähigkeit durch innere oder äußere Verlegenheiten vermindert sei.

In der Nationalversammlung standen die zwei großen Parteien der Monarchisten und der Republikaner einander gegenüber. Jene hatten die Mehrheit; aber ihre Spaltung in die drei Parteien der Legitimisten, der Orleanisten und der Bonapartisten, von welchen jede ihren besonderen Prätendenten hatte, war für die Durchführung ihrer Pläne nicht günstig. In der Bekämpfung derselben waren die Republikaner, welche sich selbst wieder in gemäßigte, entschiedene und radikale schieden, einig; ihre Uneinigkeit fing erst an, wann es an die innere Einrichtung der Staatsmaschine ging. Die Dreißigerkommission hatte längst den Auftrag, die konstitutionellen Gesetze auszuarbeiten, wodurch definitive Zustände geschaffen werden sollten; denn die Republik war zunächst nur eine thatsächliche, nicht eine verfassungsmäßige. Allein diese Kommission kam schwer zu einem gemeinsamen Beschluß, und wenn dies je der Fall war, so fand sie in der Nationalversammlung keine Mehrheit für ihre Beschlüsse. Das Provisorische der Verfassungszustände dauerte daher vier Jahre lang. Das über die Bourbonen und Orleans verhängte Verbannungsgesetz wurde von der Nationalversammlung aufgehoben und letzteren die ihnen von Napoleon im Jahre

(c) Instituto Cervantes de Madrid

1851 genommenen Familiengüter zurückgegeben. Die Prinzen von Orleans kehrten infolgedessen wieder nach Frankreich zurück, während der Graf von Chambord in der Verbannung zu Frohsdorf blieb. Die Anhänger dieser beiden Königslinien, die Legitimisten und Orleanisten, glaubten durch eine „Fusion", das heißt durch eine Verschmelzung der Bourbonen und der Orleans, in Frankreich wieder einen Königsthron aufrichten zu können; aber der Graf von Chambord machte sich durch sein Manifest vom 5. Juli 1871, in welchem nur die „Weiße Fahne" (die bourbonische), nicht die Trikolore, als die Fahne Frankreichs anerkannt wurde, bei allen Parteien, mit Ausnahme der Legitimisten, unmöglich.

Die Regierung des Präsidenten Thiers hatte sich unleugbare Verdienste um das Land erworben. Der Abschluß des Friedens, die Vernichtung der Commune, die Nationalanleihe, die bereits fast vollständige Befreiung des französischen Bodens von der Okkupation und die Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung mitten unter den extremen, haßerfüllten Parteien waren große Erfolge, für welche das Land ihm Dank schuldig war. Und doch waren die drei monarchistischen Parteien voll Erbitterung gegen ihn und arbeiteten an seinem Sturz. Sie verlangten, daß er ihre Restaurationspläne unterstützen solle, während er erklärte, daß er sich aus Notwendigkeit für die republikanische Regierungsform entschieden habe und die konservative Republik unterstützen werde; denn eine monarchische Regierung sei thatsächlich unmöglich, da es nur einen Thron und drei Bewerber um denselben gebe. Da die Ergänzungswahlen meist zu gunsten der Republikaner ausfielen, so ließ sich fast mit mathematischer Sicherheit berechnen, bis zu welchem Zeitpunkte nicht mehr die Monarchisten, sondern die Republikaner die Mehrheit in der Nationalversammlung haben würden. Daß dann Thiers in der Verfassungsfrage und in allen anderen Fragen die monarchistischen Interessen bekämpfen und für die Befestigung der Republik thätig sein würde, darüber konnte kein Zweifel sein. Die Monarchisten beschlossen daher, solange sie die Mehrheit noch hatten, der Präsidentschaft Thiers' ein Ende zu machen und durch die Erwählung eines monarchisch gesinnten Präsidenten die Staatsgewalt in ihre Hände zu bringen. Die Thatsache, daß Thiers bei der Neubildung des Ministeriums vom 18. Mai 1873 die monarchistische Mehrheit gar nicht berücksichtigt und nur Mitglieder der ge-

(c) Instituto Cervantes de Madrid

mäßigten Linken in sein Kabinett aufgenommen hatte, gab ihnen die erwünschte Gelegenheit zur Durchführung ihres Planes. Sie stellten den Antrag, die Nationalversammlung möchte ihr Bedauern darüber aussprechen, „daß die neulichen Veränderungen im Ministerium den konservativen Interessen nicht diejenige Genugthuung gewährt haben, welche diese zu erwarten das Recht hatten". Dieser Antrag wurde am 24. Mai 1873 mit 360 gegen 344 Stimmen angenommen, worauf Thiers und seine Minister sofort ihre Entlassung nahmen und noch in der nämlichen Sitzung Marschall Mac Mahon mit 390 gegen 1 Stimme (die ganze Linke hatte sich, mit einer einzigen Ausnahme, der Abstimmung enthalten) zum Präsidenten der Republik gewählt wurde. Dieser ernannte ein aus Mitgliedern der drei monarchistischen Parteien zusammengesetztes Ministerium, in welchem der Herzog von Broglie den Vorsitz führte und die Leitung des Auswärtigen übernahm. Um der Stellung des Präsidenten mehr Festigkeit zu geben, beschloß die Nationalversammlung am 19. November 1873, dem Wunsche Mac Mahons entsprechend, die Dauer der Präsidentschaft auf sieben Jahre (Septennat) festzusetzen.

3) Das deutsche Reich.

(1871—1886.)

a) Der Kulturkampf.

Das Dogma der Unfehlbarkeit war die nächste Veranlassung zum Ausbruch des Kampfes zwischen der deutschen Regierung und dem Vatikan. Erstere konnte, wenn sie nicht ihre Abdankung unterschreiben wollte, dieses Dogma nicht anerkennen; dann durfte sie aber auch die Absetzung derjenigen Geistlichen, welche wegen Nichtanerkennung desselben von den Bischöfen exkommuniziert wurden, nicht gutheißen und mußte sie in Amt und Würde beschützen. Dies that die preußische Regierung 1871 gegenüber dem Bischof Krementz von Ermeland, als dieser den am Gymnasium in Braunsberg als Religionslehrer angestellten Dr. Wollmann wegen Nichtanerkennung des Unfehlbarkeitsdogmas absetzte und exkommunizierte, sich nicht kümmernd um die Bestimmung des preußischen Landrechts, wonach, soweit mit einer Ausschließung aus der Kirchengesellschaft nachteilige Folgen für

(c) Instituto Cervantes de Madrid

die bürgerliche Ehre des Ausgeschlossenen verbunden sind, vor deren Veranlassung die Genehmigung des Staates eingeholt werden mußte. Da der Kultusminister von Mühler dem Bischof erklärte, daß Wollmann nach der Exkommunikation ebensowohl wie vor derselben dem Staate als ein Mitglied der katholischen Kirche gelte und daß dessen Stellung als Lehrer nicht angegriffen werden könne, sofern er heute noch eben dasselbe lehre, was er vor dem 18. Juli 1870 mit Zustimmung der Kirche gelehrt habe, so traten sämtliche preußischen Bischöfe für ihren Kollegen ein und beschlossen in einer Konferenz zu Fulda am 7. September 1871 eine gemeinsame Adresse an den Kaiser, um gegen das Vorgehen der Regierung in der Braunsberger Angelegenheit Beschwerde zu führen und das Staatsministerium zu beschuldigen, daß es in höchster Instanz bestimmen wolle, was von nun als katholisch zu gelten habe. Die Antwort des Kaisers vom 18. Oktober 1871 rief den Bischöfen ins Gedächtnis zurück, daß die neuerlich vorgekommenen Konflikte zwischen weltlichen und geistlichen Behörden bekanntlich von gewissen Vorgängen herrühren, welche innerhalb der katholischen Kirche stattgefunden hätten; ferne liege es dem Kaiser, sich zu einem auf Würdigung dogmatischer Fragen eingehenden Urteile über diese Erscheinung berufen zu finden; aber die Aufgabe der Regierung sei, im Wege der Gesetzgebung dahin zu wirken, daß solche Konflikte, soweit sie nicht verhütet werden könnten, ihre gesetzliche Lösung finden; bis dies auf verfassungsmäßigem Wege erfolgt sei, sei es des Kaisers Pflicht, die bestehenden Gesetze aufrechtzuhalten und nach Maßgabe derselben jeden Preußen in seinen Rechten zu schützen.

Am 8. Juli 1871 erließ die preußische Regierung die Verordnung über die Aufhebung der katholischen Abteilung im Kultusministerium, welche zufolge der Konvention von 1841 eingerichtet worden war und nicht das Interesse des Staates, sondern das der Kurie gewahrt hatte. Darauf legte sie am 14. Dezember 1871 dem Abgeordnetenhause ein neues Schulaufsichtsgesetz vor, wonach die Aufsicht über alle öffentlichen und privaten Unterrichts- und Erziehungsanstalten dem Staate zustehen, dieser allein das Recht der Ernennung der Orts- und Kreisschulinspektoren haben und der vom Staat erteilte Auftrag jederzeit widerruflich sein sollte. Dadurch sollte die bisherige Uebung, wonach der Geistliche einer Gemeinde der geborene Inspektor der Volks-

(c) Instituto Cervantes de Madrid

schule war, aufgehoben und dem Staate die Möglichkeit gesichert werden, das Inspektorat einem untauglichen Geistlichen abzunehmen und einem Nichtgeistlichen zu übertragen. Da aber der damalige Kultusminister von Mühler, welcher die Ausführung dieses Gesetzes in seiner Hand hatte, nicht die nötigen Garantien für die Aufstellung tüchtiger Schulinspektoren bot, so erklärte die Mehrheit des Abgeordnetenhauses, daß diesem Minister ein solches Gesetz nicht anzuvertrauen sei. Dieses Mißtrauensvotum und andere Gründe bewogen den Minister Mühler, sein Entlassungsgesuch einzureichen. Dasselbe wurde am 17. Januar 1872 angenommen und am 22. Januar der Geheime Oberjustizrat Falk zum Kultusminister ernannt. Dieser machte sich zur Aufgabe, auf dem Gebiete der Schule die Rechtsgrundsätze des Landrechts wieder zur Geltung zu bringen, die Stellung des Staates zur Kirche durch eine organische Gesetzgebung zu ordnen und an die Stelle der Willkür und der bischöflichen Erlasse das unerbittliche Recht zu setzen. Das Schulaufsichtsgesetz wurde nun unter persönlicher Teilnahme des Fürsten Bismarck und des Ministers Falk in beiden Häusern des Landtags beraten und angenommen.

Minister Falk.

Inzwischen hatte auch der Reichstag feste Stellung zu den kirchlichen Fragen genommen. Der Antrag der bayrischen Bevollmächtigten, dem Strafgesetzbuch einen den Mißbrauch der Kanzel betreffenden Zusatz beizufügen, wurde am 28. November 1871 vom Reichstag angenommen. Der bayrische Kultusminister von Lutz sagte in seiner Verteidigung des „Kanzelparagraphen“: „Die Frage in Bayern ist, ob die Regierung Herr im Staate sein solle oder die römische Kirche,“ und wies teils auf einen Ausspruch des Bischofs von Passau hin: „Die Kirche strebe, man möge machen, was man wolle, nach der Herrschaft im Staate; sie habe es in allen Formen versucht; mit dem Absolutismus sei nichts

(c) Instituto Cervantes de Madrid

mehr anzufangen, auch nichts mit dem Konstitutionalismus; man strebe deshalb nach einem anderen Ziele; man werde sich mit der Demokratie, mit den Massen verbinden," teils auf einen beim letzten Konzil kundgegebenen vatikanischen Ausspruch: „Die Kirche steht hoch über dem Staat, sie hat die oberste Gewalt, sie hat darüber zu entscheiden, was die Fürsten in den öffentlichen Angelegenheiten zu thun und zu lassen haben. Wenn ein Staatsgesetz im Widerspruch steht mit einem kirchlichen, so geht das letztere vor."

Dieser Streit nahm an Schärfe zu, als Papst Pius IX. am 2. Mai 1872 erklärte, daß er den Kardinal Hohenlohe (Fürsten Gustav zu Hohenlohe-Waldenburg-Schillingsfürst) nicht als deutschen Botschafter im Vatikan annehme, und als der Reichstag am 19. Juni 1872 die Ausweisung der Jesuiten und der diesen verwandten Orden und ordensähnlichen Kongregationen beschloß. Die Angehörigen solcher Orden sollten, wenn sie Ausländer waren, aus dem Gebiet des Deutschen Reiches ausgewiesen, wenn sie Inländer waren, auf bestimmte Aufenthaltsorte beschränkt werden. Als verwandte Orden wurden vom Bundesrat die Redemptoristen, die Lazaristen, die Priester vom heiligen Geist und die Gesellschaft vom heiligen Herzen Jesu bezeichnet. Diese alle wurden gleichfalls vom Ausweisungsdekret betroffen. Unerträglich erschien dem Papst das Wort des Reichskanzlers, das er am 14. Mai 1872 bei der Debatte über den Botschafterposten im Vatikan im Reichstag sprach: „Dessen seien Sie sicher: nach Kanossa gehen wir nicht, weder in kirchlicher noch in staatlicher Beziehung," und Pius suchte sich seinerseits durch die kräftigsten Aeußerungen Genugthuung zu verschaffen. Einer Deputation des katholischen deutschen Lesevereins in Rom sagte er am 25. Juni 1872: „Seien Sie vertrauend und einig! Denn irgend ein Stein wird vom Berge herabfallen und die Ferse des Kolosses zertrümmern." Und in seiner Allokution vom 23. Dezember 1872 sprach er von den grausamen Kirchenverfolgungen im Deutschen Reiche und von der „Anmaßung" und „Unverschämtheit" der Reichsregierung. Auf dies hin erhielt der preußische Legationssekretär Stumm, welcher in Rom die Geschäfte der preußischen Gesandtschaft versah, vom Reichskanzler den Befehl, sofort unbestimmten Urlaub zu nehmen und abzureisen. Damit war der diplomatische Verkehr zwischen Preußen und dem Vatikan abgebrochen und blieb es neun Jahre lang.

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Kultusminister Falk legte dem preußischen Landtag von 1873 vier Gesetzentwürfe vor, welche er, unterstützt von zwei Professoren des Kirchenrechts, ausgearbeitet hatte und welche die Genehmigung des preußischen Staatsministeriums erhalten hatten. Sie enthielten die Forderungen des modernen Staatsrechts gegenüber den Ansprüchen des mittelalterlichen Kirchenrechts und haben, nachdem sie am 15. Mai 1873 als Staatsgesetze publiziert worden waren, unter dem Namen „Maigesetze" eine Berühmtheit in der neueren Kirchengesetzgebung erhalten. Das eine von diesen Gesetzen handelte von den Grenzen des Rechts zum Gebrauche kirchlicher Straf- und Zuchtmittel, das zweite von der Anstellung und Vorbildung der Geistlichen, das dritte von der kirchlichen Disziplinargewalt und der Errichtung eines königlichen Gerichtshofes für kirchliche Angelegenheiten, das vierte von dem Austritt aus der Kirche.

Zugleich mit diesen vier Maigesetzen, welche im Abgeordnetenhause mit Hilfe der Liberalen gegen das Zentrum und einen großen Teil der Konservativen durchgesetzt wurden, wurde auch ein Zusatz zu dem die Selbständigkeit der Kirche feststellenden Artikel 15 der preußischen Verfassung genehmigt, der die Unterwerfung der Kirche unter die Staatsgesetze und unter die Staatsaufsicht aussprach und damit freilich in diesen Artikel selbst einen seltsamen Widerspruch hineintrug. Ueber die tiefere Bedeutung des Kampfes mit dem Vatikan sprach sich Fürst Bismarck am 10. März 1873 im Herrenhause mit folgenden Worten aus: „Es handelt sich nicht, wie unseren katholischen Mitbürgern eingeredet wird, um den Kampf einer evangelischen Dynastie gegen die katholische Kirche, nicht um den Kampf zwischen Glauben und Unglauben, sondern um den uralten Machtstreit zwischen Königtum und Priestertum, der so alt ist wie das Menschengeschlecht. Das Papsttum ist eine politische Macht jederzeit gewesen, die mit der größten Entschiedenheit und dem größten Erfolg in die Verhältnisse dieser Welt eingegriffen hat."

Da die Regierung die Notwendigkeit der Aufstellung weiterer Gesetzesbestimmungen erkannte, so legte sie 1874 dem Landtag die Gesetzentwürfe über die Verwaltung erledigter katholischer Bistümer und über eine nähere Deklaration des Gesetzes über Anstellung der Geistlichen und dem Reichstag den Gesetzentwurf über Verhinderung der unbefugten Ausübung von Kirchenämtern vor, wodurch der Re-

(c) Instituto Cervantes de Madrid

gierung das Recht eingeräumt wurde, gegen Geistliche, welche trotz ihrer Entlassung ihr Amt auszuüben versuchten, mit Ausweisung aus bestimmten Bezirken oder mit Internierung, mit Entziehung der Staatsangehörigkeit und mit Ausweisung aus dem Bundesgebiet vorzugehen. Diese drei Gesetzentwürfe erhielten die Genehmigung der Parlamente. Von großer Wichtigkeit für die Bekämpfung der klerikalen Herrschaft war die 1874 vom preußischen Landtag und 1875 vom Reichstag genehmigte Vorlage über Einführung der obligatorischen Zivilehe und der Beurkundung des Personenstandes. Da nach diesem Gesetz nicht durch die kirchliche, sondern durch die Ziviltrauung, welche jener vorauszugehen hatte, eine Ehe für bürgerlich gültig erklärt wurde, der Unterlassung der kirchlichen Trauung also kein gesetzliches Hindernis im Wege stand, so sah die unduldsame Geistlichkeit, welche vor Einsegnung gemischter Ehen das Versprechen katholischer Kindererziehung und die Anerkennung des Unfehlbarkeitsdogmas forderte, eines sehr wirksamen Zwangsmittels sich beraubt. Fürst Bismarck sträubte sich lange gegen die Vorlegung dieses Gesetzes und gab erst nach, als seine Kollegen im preußischen Ministerium, welche von der Notwendigkeit desselben überzeugt waren, ihren Rücktritt in Aussicht stellten.

Die päpstliche Kurie stand diesem Vorgehen der preußischen Regierung nicht unthätig gegenüber. Am 7. August 1873 richtete der Papst ein Schreiben an den Kaiser, worin er es als eine feststehende Thatsache voraussetzte, daß dieser die von seiner Regierung gegen die katholische Kirche ergriffenen „rigorosen" Maßregeln mißbillige, und schließlich die Behauptung aufstellte, daß jeder Getaufte, also auch der Kaiser, in irgend einer Beziehung dem Papste angehöre. In seinem Antwortschreiben vom 3. September beleuchtete der Kaiser zuerst den Irrtum, als ob seine Regierung anders handeln könne, als er selbst wollte, bezeichnete die katholische Geistlichkeit, welche der weltlichen Obrigkeit den verfassungsmäßigen Gehorsam verweigere, als die Urheberin des Konflikts und wies die Zumutung, daß der Kaiser in seinem Verhältnis zu Gott einen anderen Vermittler als den Herrn Jesus Christus anzunehmen habe, als unevangelisch zurück. Diese Korrespondenz wurde bald darauf im Reichsanzeiger veröffentlicht, worauf von allen Seiten, aus Deutschland und aus anderen Ländern, zustimmende und dankende Adressen an den Kaiser einliefen. In England wurde am 27. Januar

(c) Instituto Cervantes de Madrid

1874 ein Sympathiemeeting veranstaltet und eine Resolution im Sinne der deutschen Reichspolitik abgefaßt.

Der Haß der Klerikalen und des von ihnen in der Presse und in den Versammlungen aufgereizten Volkes war hauptsächlich gegen den Reichskanzler gerichtet. Er wurde für alle Niederlagen der klerikalen Partei persönlich verantwortlich gemacht und als der Todfeind der katholischen Kirche, als derjenige, welcher dieselbe geradezu vernichten wolle, bezeichnet. Eine Folge dieser maßlosen Agitation war das Attentat vom 13. Juli 1874, welches der katholische Böttchergeselle Kullmann aus Neustadt-Magdeburg gegen den Fürsten Bismarck verübte. Er schoß in dem bayrischen Bad Kissingen aus nächster Nähe auf den Fürsten, verwundete ihn aber nur leicht an der rechten Hand. Der verhaftete Thäter wurde vom Schwurgericht in Würzburg zu vierzehnjähriger Zuchthausstrafe verurteilt. Auf die Frage, warum er auf Bismarck geschossen habe, erwiderte er beim Verhör: „wegen der Kirchengesetze in Deutschland".

Ludwig Windthorst.

Die ganze nichtklerikale Welt machte die klerikale Partei verantwortlich für dieses Attentat. Die „Germania", das Berliner Organ der Klerikalen, und Windthorst, der Führer des Zentrums, fanden es sehr natürlich, daß es einmal zu einer solchen That kam. Fürst Bismarck, welchem über 2000 Telegramme und Glückwunschschreiben zugesandt wurden, rief am 4. Dezember 1874 der Zentrumsfraktion des Reichstags zu: „Ja, meine Herren, verstoßen Sie den Mann (Kullmann), wie Sie wollen! Er hängt sich doch an Ihre Rockschöße." Am folgenden Tage teilte Bismarck eine Aeußerung des früheren Nuntius Meglia in München mit, der in einer Unterredung mit dem dortigen württembergischen Geschäftsträger gesagt hatte: „Wir können uns auf Vergleiche nicht mehr einlassen; uns kann doch nichts helfen als die Revolution."

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Die preußische Regierung ließ sich in ihren Bestrebungen nicht irre machen und ging mit Konsequenz vor. Der Erzbischof Ledochowski von Posen und Gnesen, über welchen wegen Verletzung der Maigesetze schon mehrere Geldstrafen verhängt worden waren, wurde 1874 in das Kreisgerichtsgefängnis zu Ostrowo abgeführt und vom königlichen Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten für abgesetzt erklärt. Bischof Martin von Paderborn wurde 1875 gleichfalls abgesetzt. Im Jahre 1878 waren von den zwölf preußischen Bischofsstühlen nur noch drei besetzt, die von Kulm, von Ermeland und von Hildesheim; von den übrigen neun Bischöfen waren sechs (die von Posen, Paderborn, Breslau, Münster, Köln, Limburg) abgesetzt, drei (die von Fulda, Trier und Osnabrück) mit Tod abgegangen; bei keinem der neun erledigten Bischofsstühle konnte sich das Domkapitel über die Wiederbesetzung mit der Regierung einigen, da das Recht der Absetzung von der Kurie nicht anerkannt und der Eid auf die Staatsgesetze von den Bistumskandidaten verweigert wurde.

Nun holte Pius IX. zu einem gewaltigen Stoß aus. In seiner Encyklika vom 5. Februar 1875 erklärte er die von Deutschlands und Preußens Volksvertretung genehmigten, von dem Kaiser unterzeichneten und als Staatsgesetze publizierten neuen Kirchengesetze für ungültig und verbot den Gehorsam gegen dieselben. Zugleich sprach er über sämtliche altkatholische Geistliche die Exkommunikation aus und ernannte am 15. März den gefangenen und abgesetzten Erzbischof Ledochowski zum Kardinal. Infolgedessen gestaltete sich der Streit zu einem Kampf ums Dasein, und die preußische Regierung hielt es für angezeigt, ihre Defensivstellung noch zu verstärken. Von der Ansicht ausgehend, daß es des Staates nicht würdig und mit seiner Stellung als angegriffener Teil nicht vereinbar sei, denjenigen Geistlichen, welche nur die vom Papste gebilligten Gesetze als Staatsgesetze anerkennen, eine staatliche Besoldung zu geben, legte die Regierung dem preußischen Abgeordnetenhaus am 4. März 1875 das sogenannte Sperrgesetz vor, wonach alle Leistungen aus Staatsmitteln an Bischöfe und sämtliche katholische Geistliche eingestellt wurden, solange dieselben nicht durch eine schriftliche Erklärung zu der Befolgung der Staatsgesetze sich verpflichteten. Außerdem wurden noch Gesetzentwürfe über Aufhebung der geistlichen Orden und ordensähnlichen Kongregationen, über die Vermögensverwaltung in den katholischen Kirchengemeinden,

(c) Instituto Cervantes de Madrid

über vollständige Aufhebung der die Freiheiten der Kirche betreffenden Verfassungsartikel und über die Regelung der Rechte der Altkatholiken vorgelegt, welch letzteres Gesetz sich in seinen Hauptbestimmungen an das in Baden 1874 publizierte Altkatholikengesetz anschloß. Diese Vorlagen wurden alle vom Landtag genehmigt, vom Kaiser unterzeichnet und als Staatsgesetze publiziert.

Die Folgen dieses Kulturkampfes, wie der Streit zwischen Staat und Kirche genannt wurde, hatte übrigens nicht bloß die letztere, sondern auch der Staat zu tragen. Das Sperrgesetz oder die Entziehung der Besoldung veranlaßte nur wenige Geistliche zur Unterwerfung unter die Staatsgesetze; die meisten verharrten in ihrem passiven Widerstand und in der Nichtanerkennung der neueren Kirchengesetze. So blieben denn über 1000 Pfarrstellen unbesetzt, in vielen katholischen Schulen wurde kein Religionsunterricht erteilt, und die akademischen Lehrstühle an den katholisch-theologischen Fakultäten blieben unbesetzt. Dies waren unhaltbare und in einer Zeit des Unglaubens und der Verwilderung für den Staat höchst ungesunde Zustände. Der Haß der aufgereizten katholischen Bevölkerung stieg von Jahr zu Jahr, und die Zentrumsmitglieder führten im Reichstag und im Landtag eine Sprache, die eines französischen Konvents würdig gewesen wäre. Die Stärke der Zentrumsfraktion nahm mit jeder Reichstagswahl zu und stieg in den Jahren 1871 bis 1884 von 56 Mitgliedern auf 99, während die der Nationalliberalen, welche bei der Durchführung der Kirchengesetze hauptsächlich mitgewirkt hatten, von 114 und 155 Mitgliedern auf 45 und 50 herabsank. Da an die Opposition des Zentrums die Welfen, die Polen, die Fortschrittler, die Demokraten, die Sozialdemokraten und die Elsaß-Lothringer fast in allen Fragen sich anschlossen, so nahm das Zentrum im Reichstag eine ausschlaggebende, gebietende Stellung ein, und die Regierung konnte dieser von dem ehemaligen hannöverschen Minister Windthorst, der Welfe und Katholik war, geleiteten Fraktion auch in solchen Fragen, welche das nationale Interesse der ganzen Nation in Anspruch nahmen, nur mit Mühe die Genehmigung einer Vorlage abringen. Es herrschte ein parlamentarischer Kriegszustand zwischen der Regierung und den Nationalgesinnten einerseits und dem Zentrum und dessen Anhängern andererseits. Die Regierung war zu Zugeständnissen, zu einer Revision oder Aufhebung der eigentlichen Kampfgesetze

(c) Instituto Cervantes de Madrid

bereit; aber solange der von den Jesuiten geleitete Pius IX. auf dem päpstlichen Stuhle saß, war von der Herstellung eines Waffenstillstandes, von der Möglichkeit eines modus vivendi keine Rede. Da starb am 7. Februar 1878 Pius IX., und am 20. Februar wurde der Kardinal Pecci, welcher zur gemäßigten Partei gezählt wurde, vom Kardinalskollegium mit 44 gegen 18 Stimmen zum Papst gewählt, worauf derselbe den Namen Leo XIII. annahm.

Der neue Papst wünschte mit Preußen und dem Deutschen Reiche nicht bloß einen Waffenstillstand, sondern einen dauerhaften Frieden zu schließen, glaubte aber hierfür möglichst wenig bieten zu dürfen. Die offizielle Anzeige seiner Wahl war ihm ein günstiger Anlaß zur Wiederaufnahme des diplomatischen Verkehrs. Durch Vermittlung der bayrischen Regierung ließ er dem Kaiser Wilhelm ein vom 20. Februar 1878 datiertes Schreiben übergeben, worin die Bereitwilligkeit der katholischen Unterthanen des Kaisers, ihm Treue und Gehorsam zu beweisen, hervorgehoben war. Die Antwort des Kaisers vom 24. März sprach die Hoffnung aus, daß der Papst auch die noch ungehorsamen Geistlichen zur Unterwerfung unter die Landesgesetze vermögen werde. Der Papst erwiderte am 17. April, das einzige Mittel zur Herstellung des früheren guten Einvernehmens sei die Abänderung der neuen Kirchengesetze. Aus Anlaß des Attentats vom 2. Juni 1878 bezeigte er in einem weiteren Schreiben dem Kaiser seine Teilnahme. Diese beiden Schreiben beantwortete der Kronprinz am 10. Juni. Er drückte sein Bedauern darüber aus, daß der Papst, soweit aus seinem Schreiben hervorgehe, den katholischen Geistlichen den Gehorsam gegen die Gesetze und gegen die Obrigkeit ihres Landes nicht empfehlen zu können glaube, und erklärte es für eine Minderung der Autorität der Monarchie, wenn durch eine Abänderung

Papst Leo XIII.

(c) Instituto Cervantes de Madrid

der Kirchengesetze die freie Bewegung der staatlichen Gesetzgebung einer außerhalb derselben stehenden Macht untergeordnet werden sollte.

Der Kardinal-Staatssekretär Franchi, welcher dem nur kurze Zeit fungierenden jesuitisch gesinnten Staatssekretär Simeoni gefolgt war und gemäßigte Gesinnungen hegte, forderte in einem Rundschreiben die katholischen Kirchenbehörden in Deutschland auf, den Sozialismus zu bekämpfen, und gab dem Nuntius Masella in München die Weisung, sich nach Kissingen zu begeben und dem dort verweilenden Fürsten Bismarck einen Besuch zu machen. Derselbe traf am 29. Juli 1878 dort ein und hatte mit dem Fürsten mehrere Konferenzen, über deren Verlauf nichts Sicheres veröffentlicht worden ist. Die Hoffnung, daß aus diesen Verhandlungen der Friede hervorgehen werde, wurde durch den Tod Franchis, der am 1. August 1878 erfolgte, vereitelt; die mit seinem Nachfolger, dem Kardinal-Staatssekretär Nina, im Jahre 1879 eröffneten Unterhandlungen führten zu keinem Resultat, da derselbe weder die diplomatische Fähigkeit noch die Friedensliebe seines Vorgängers besaß und für ein wertloses Zugeständnis unannehmbare Forderungen stellte. Kultusminister Falk, welcher während des Kulturkampfes in der vordersten Kämpferlinie gestanden war und vom Zentrum aufs grimmigste gehaßt wurde, reichte, sobald die Verhandlungen mit Rom begannen, sein Entlassungsgesuch ein, worauf der Oberpräsident der Provinz Schlesien, von Puttkamer, 1879 zum Kultusminister ernannt wurde. Dieser übernahm 1881 das Ministerium des Innern und hatte zum Nachfolger im Kultusministerium den Reichstagspräsidenten von Goßler.

Um den Wünschen der katholischen Bevölkerung, soweit dies ohne Schädigung der Staatsinteressen möglich war, zu entsprechen, glaubte die preußische Regierung, die von der katholischen Kirche als Härten empfundenen Vorschriften und Anordnungen mildern oder beseitigen zu müssen, und legte dem Landtag aus eigener Initiative 1880 ein Kirchengesetz vor, wonach dem Ministerium bezüglich einer milderen oder strengeren Durchführung der Kirchengesetze diskretionäre Vollmachten übertragen werden sollten. Dieses Gesetz wurde vom Landtag in sehr beschränkter Form genehmigt. Durch das dem Landtag von 1882 vorgelegte zweite Kirchengesetz wurde die Dauer der diskretionären Vollmachten verlängert, der Regierung das Recht zur Wiedereinsetzung der abgesetzten Bischöfe

(c) Instituto Cervantes de Madrid

erteilt, das sogenannte Kultureramen beseitigt und hinsichtlich der Anzeigepflicht einige Zugeständnisse gemacht. Durch das Kirchengesetz vom Jahre 1883 wurde das staatliche Einspruchsrecht bei Besetzung von Pfarreien auf die definitive Anstellung der Pfarrer beschränkt und die Zuständigkeit des Gerichtshofes für kirchliche Angelegenheiten abgeschwächt.

Dem Wunsche der preußischen Regierung, durch Ernennung von Bischöfen oder zunächst wenigstens von Bistumsverwesern eine regelmäßige Diözesanverwaltung wiederherzustellen, kam die Kurie zuerst in denjenigen Bistümern, welche durch den Tod ihres Oberhauptes verwaist waren, später auch in solchen entgegen, in welchen der Bischof durch den Gerichtshof abgesetzt worden war. Hierzu trug die Wiederherstellung der preußischen Gesandtschaft im Vatikan viel bei; der bisherige Gesandte in Washington, von Schlözer, wurde 1881 zum Spezialbevollmächtigten und 1882 zum preußischen Botschafter beim päpstlichen Stuhle ernannt. Die Regierung zeigte auch darin ein Entgegenkommen, daß sie von den abgesetzten Bischöfen zwei wieder in ihr Amt einsetzte. In den Jahren 1881 bis 1886 wurden sämtliche neun erledigte Bischofssitze wiederbesetzt. Die größten Schwierigkeiten bereitete die Besetzung der Erzbistümer Köln und Posen, da hier von einer Zurückberufung der abgesetzten Erzbischöfe Melchers und Ledochowski keine Rede sein konnte und die Regierung aufs bestimmteste erklärte, daß sie für Posen unter keinen Umständen die Erwählung eines polnischen Adeligen zugebe. Nachdem die Kurie Melchers zum Kardinal ernannt und Ledochowski zum Verzicht auf sein Erzbistum bewogen hatte, wurde 1885 Bischof Krementz von Ermeland zum Erzbischof von Köln und 1886 Propst Dinder von Königsberg zum Erzbischof von Posen gewählt und beide sowohl von der Kurie als vom Kaiser bestätigt.

Bei solcher Mitwirkung der Kurie war die preußische Regierung bereit, noch weitere Zugeständnisse zu machen. Sie legte 1886 dem Landtag ein viertes Kirchengesetz vor, wogegen die Kurie zur Erfüllung der Anzeigepflicht sich verpflichtete. Das neue Gesetz enthielt grundlegende Bestimmungen über die Erziehung und Vorbildung der Geistlichkeit, über die Gewalt der geistlichen Oberen und über den Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten. Die wissenschaftliche Staatsprüfung wurde vollständig abgeschafft; die Errichtung von Gymnasialkonvikten, von Konvikten für Studierende an Universitäten

(c) Instituto Cervantes de Madrid

und an kirchlichen Seminarien wurde gestattet und die allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen über die Staatsaufsicht auf dieselben ausgedehnt; zur Ausübung der kirchlichen Disziplinargewalt über Kirchendiener wurden auch nichtdeutsche kirchliche Behörden zugelassen; Berufungen gegen solche Disziplinarerlasse durften nur in seltenen, genau angegebenen Fällen eintreten und konnten nur an den Kultusminister gerichtet werden; der Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten wurde aufgehoben; die Bestimmungen über krankenpflegende Orden wurden auf solche Orden, welche die Pflege und Leitung in Waisenhäusern, Rettungsanstalten u. s. w. übernahmen, ausgedehnt. Dieses Gesetz erhielt die Genehmigung der beiden Häuser des Landtags.

Ob nach der oben angeführten Revision der Maigesetzgebung der Friede zwischen der preußischen Regierung und der Kurie wiederhergestellt wird, oder ob auch eine Revision, beziehungsweise Aufhebung der noch übrigen Maigesetze verlangt wird, und ob die Kurie die Anzeigepflicht mit allen ihren Konsequenzen auf sich nimmt, darüber liegt noch nichts Authentisches vor.

b) Elsaß-Lothringen.

Unmittelbar nach Unterwerfung von Elsaß-Lothringen durch die deutschen Truppen wurde an die Spitze der dortigen Regierung der Generalgouverneur Graf Bismarck-Bohlen gestellt und ein Zivilkommissar ihm beigegeben. Im Jahre 1871 wurden beide abberufen und der Oberpräsident von Hessen-Nassau, von Möller, zum Oberpräsidenten von Elsaß-Lothringen ernannt und Straßburg ihm als Sitz angewiesen. Die drei früheren Departements des Landes wurden zum Zweck der inneren Verwaltung in drei Regierungsbezirke, Ober-Elsaß, Unter-Elsaß und Lothringen, umgewandelt, und jeder derselben unter einen Bezirkspräsidenten gestellt, mit dem Sitz in Kolmar, Straßburg und Metz. Die drei Bezirke wurden in 22 Kreise eingeteilt, von denen 6 auf Ober-Elsaß, 8 auf Unter-Elsaß, 8 auf Lothringen fielen. Die Gesamtbevölkerung betrug nach der Zählung vom 1. Dezember 1871 1549738 Seelen, wovon etwa 240000 der französischen Nationalität angehörten. Der größte Teil der Einwohner ist katholisch; die Zahl der Evangelischen beträgt etwa 290000. Das Franzosentum hatte in der deutschen Be-

(c) Instituto Cervantes de Madrid

völkerung, hauptsächlich durch die Bemühungen der Klerikalen, sowohl nach Gesinnung als nach Sprache große Fortschritte gemacht. Da jene das ganze Schulwesen beherrschten, so war es nahe daran, daß die deutsche Sprache in den deutschen Schulen vollends ganz verdrängt wurde.

Das Nächste, was zu thun war, um die Deutschen wieder zu Deutschen zu machen, war eine neue Organisation des Schulwesens. Mit den Deutschen der Gegenwart waren alle Versuche vergeblich; man mußte sich begnügen, für die Zukunft zu sorgen. Da es in Ober-Elsaß 324, in Unter-Elsaß 531, in Lothringen 370 rein deutsche Gemeinden gibt, ausschließlich französisch sprechende Gemeinden in den beiden elsässischen Bezirken nur 44, in Lothringen 341, so konnte auf sprachlichem Gebiet viel verbessert werden. Durch die Verordnungen und Gesetze von 1872 und 1873 wurde das Unterrichtswesen neugeordnet. Die allgemeine Schulpflicht wurde eingeführt, in den deutschen Elementarschulen der ausschließliche Gebrauch der deutschen Sprache vorgeschrieben und die Aufsicht und Leitung des ganzen Schulwesens den staatlichen Behörden übertragen; über Errichtung von Schulen, über Prüfung und Anstellung der Lehrer, über Organisation und Lehrplan der Schulen hatte nur die Regierung zu entscheiden, und alle Schulen, deren Einrichtung und Lehrplan den staatlichen Anordnungen nicht entsprachen, wurden mit Schließung bedroht. Infolge dieses Gesetzes vom 12. Februar 1873 mußten die meisten Schulbrüder und Schulschwestern, deren es allein in Ober-Elsaß über 700 gab, aus Mangel an einem Befähigungszeugnis ihr Amt niederlegen, und das Knabenseminar in Straßburg und das Lehrerseminar in Zillisheim, welche sich nicht der Staatsaufsicht unterwerfen wollten, wurden geschlossen. Durch das Reichsgesetz von 1872 wurden die Jesuiten und die ihnen verwandten Orden aus den Reichslanden ausgewiesen. Durch dieses Vorgehen der Reichsregierung wurde der Einfluß des Klerus auf die Schule vernichtet, was den Haß desselben gegen jene vermehrte. Durch die Gründung der Universität zu Straßburg, welche am 1. Mai 1872 eröffnet und von Jahr zu Jahr stärker frequentiert und glänzender ausgestattet wurde, wurde die Thätigkeit der Regierung auf dem Gebiete des Unterrichtswesens in großartiger Weise inauguriert.

Die klerikale Partei ging Hand in Hand mit der französischen oder Protestpartei, welche die baldige Rückkehr der

(c) Instituto Cervantes de Madrid

französischen Herrschaft ersehnte und sich zur Bundesgenossin der Pariser Revanchepartei machte. Der Bürgermeister Lauth von Straßburg erklärte in amtlicher Stellung offen dem Oberpräsidenten von Möller, er sei nur im Elsaß geblieben, um die Rückkehr der Franzosen abzuwarten. Da der Regierung der Verkehr mit einem solchen Stadtvorstand unmöglich war, so wurde derselbe am 7. April 1873 abgesetzt; der Gemeinderat, welcher dagegen protestierte, wurde suspendiert und der Polizeidirektor Back als außerordentlicher Kommissar mit den Rechten und Pflichten des Bürgermeisters und des Gemeinderats ausgestattet. Auch in Metz und in Kolmar mußte diese Maßregel ergriffen werden. Von den 3 Bezirkstagen und 22 Kreistagen konnten 1873 nur wenige eröffnet werden, da die vielen Protestmänner, welche gewählt worden waren, den dem Kaiser zu leistenden Eid nicht ablegten. Große Aufregung erregte die Optionsfrage. Die Regierung konnte nicht dulden, daß Elsaß-Lothringer, welche nicht Bürger des Deutschen Reiches sein wollten, als Franzosen in den Reichslanden Wohnung behielten. Sie verordnete daher, daß alle in Elsaß-Lothringen geborenen oder domizilierten Personen bis zum 1. Oktober 1872 sich darüber zu erklären hätten, ob sie künftig dem deutschen oder dem französischen Reiche angehören wollten; daß jeder, der sich für die französische Nationalität entschied, seinen Wohnsitz in Elsaß-Lothringen aufgeben und denselben nach Frankreich verlegen müsse; daß, falls er letzteres nicht that, seine Option als ungültig und er selbst als Angehöriger des Deutschen Reiches angesehen und in allen Beziehungen, auch in der Militärdienstpflicht, als ein solcher behandelt würde. Daher wurden, da von den 160000 Personen, welche für Frankreich optiert hatten, nur etwa 50000 auswanderten, die Zurückgebliebenen trotz allen Widerstrebens als Deutsche betrachtet und behandelt.

Die Reichstagswahlen, an welchen Elsaß-Lothringen zum erstenmal im Jahre 1874 teilnahm, konnten als ein Kriterium für die politische Gesinnung der Bevölkerung angesehen werden. Es hatte sich neben der klerikalen und Protestpartei 1873 noch eine dritte, die sogenannte „elsässische" oder „autonomistische" Partei gebildet, welche, unter Anerkennung der Thatsachen, mit der Reichsregierung und dem Reichstag zusammenwirken und ausschließlich für die politische Entwicklung und für die industriellen Interessen der Heimat arbeiten wollte. Das Resultat der Wahlen vom 1. Februar 1874 war, daß

(c) Instituto Cervantes de Madrid

in den Reichslanden, welche 15 Reichstagsabgeordnete zu wählen hatten, 10 Klerikale, darunter die Bischöfe von Metz und von Straßburg, und 5 Protestmänner gewählt wurden. Kein einziger Autonomist wurde gewählt. Die Wahlen von 1877 und von 1878, bei welchen auch Autonomisten gewählt wurden, schienen ein günstiges Zeugnis für den Umschwung der politischen Gesinnung abgeben zu können; man fand sich aber bald sehr getäuscht; denn 1881 und 1884 wurden lauter Klerikale und Protestmänner gewählt.

Die 1874 gewählten elsaß-lothringischen Abgeordneten, welche am 16. Februar in Prozession in den Reichstag eintraten, gaben gleich durch ihre ersten Anträge ihre Gesinnung kund. Sie verlangten für diejenigen von ihnen, welche der deutschen Sprache nicht mächtig waren, die Erlaubnis, im deutschen Reichstag ihre Reden in französischer Sprache halten zu dürfen, und stellten den Antrag, daß die Bevölkerung von Elsaß-Lothringen nachträglich noch durch eine allgemeine Abstimmung befragt werden sollte, ob sie die Einverleibung in das Deutsche Reich gutheiße oder nicht. In einem dritten Antrag verlangten sie die Aufhebung derjenigen Bestimmung des Gesetzes vom 30. Dezember 1871, welche dem Oberpräsidenten bei Gefahr für die öffentliche Sicherheit eine Art Diktatur und das Recht der Requisition von Truppen verlieh. Dieser Antrag wurde zwar, wie die beiden anderen, abgelehnt, aber von dem Zentrum und der Fortschrittspartei mit 138 Stimmen unterstützt. Nach der Abstimmung über diese Anträge kehrten die Protestmänner und einige von den Klerikalen Elsaß-Lothringens in ihre Heimat zurück; die Zurückbleibenden gefielen sich darin, von einem auf ihrem Lande lastenden Druck zu fabeln und über die unerträgliche Härte des Unterrichtsgesetzes zu jammern.

Dem Wunsche der Bezirkstage, daß eine Landesverfassung und ein Provinziallandtag eingeführt werden möchte, konnte, solange die klerikale und die Protestpartei den überwiegenden Einfluß hatten, nicht entsprochen werden, da eine unter solchen Auspizien gewählte Kammer in beständigem Konflikt mit der Reichsregierung wäre und Verwicklungen mit Frankreich hervorrufen würde. Doch machte die Regierung einen kleinen Versuch und schuf durch die Verordnung vom 29. Oktober 1874 einen Landesausschuß mit beschränkter beratender Vollmacht. Derselbe hatte 30 Mitglieder, von welchen jeder der drei Bezirkstage aus seiner Mitte 10 Delegierte wählte.

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Damit waren die Protestmänner, welche den Eid auf den Kaiser nicht leisten wollten, ausgeschlossen, und falls der Landesausschuß den Erwartungen nicht entsprach, so konnte er, weil durch Verordnung, nicht durch Gesetz ins Leben gerufen, durch einfache Zurücknahme der Verordnung wieder beseitigt werden. Am 17. Juni 1875 wurde der Landesausschuß vom Oberpräsidenten von Möller eröffnet. Auf Grundlage zweier Beratungen des Landeshaushalts wurde im Reichstag jährlich das elsaß-lothringische Budget festgestellt. Das Reichsgesetz vom 5. Mai 1877 gab dem Landesausschuß eine erhöhte Bedeutung, da infolgedessen alle Landesgesetze, welche von demselben genehmigt worden waren, vom Kaiser mit Zustimmung des Bundesrats, ohne Mitwirkung des Reichstags, erlassen und letzterer nur dann zugezogen werden sollte, wenn Regierung und Landesausschuß sich nicht verständigen konnten. Im Reichsgesetz vom 4. Juli 1879 ging die Regierung noch einen Schritt weiter und errichtete in den Reichslanden ein Statthalteramt mit sehr ausgedehnten Befugnissen und ein Ministerium, an dessen Spitze ein Staatssekretär stand, dem vier Unterstaatssekretäre als Chefs der verschiedenen Departements untergeordnet waren. Auch wurde durch dieses Gesetz ein Staatsrat zur Begutachtung der Gesetzentwürfe eingesetzt und zugleich bestimmt, daß der Statthalter Kommissare mit beratender Stimme in den Bundesrat abordnen könne. Der Landesausschuß erhielt das Recht, Gesetze vorzuschlagen, und die Zahl seiner Mitglieder wurde von 30 auf 58 vermehrt; von diesen sollten 34 durch die drei Bezirkstage, 4 durch die Gemeinderäte der Städte Straßburg, Metz, Kolmar und Mülhausen, 20 durch indirekte Wahlen von den Kreisen gewählt werden. Das Amt des Statthalters wurde vom Kaiser am 23. Juli 1879 dem Generalfeldmarschall von Manteuffel, das des Staatssekrekärs dem bisherigen Unterstaatssekretär im Reichskanzleramt, Herzog, übertragen. Da jener die Protestmänner und Klerikalen durch allzu schonende und entgegenkommende Behandlung rasch für sich und das Reich gewinnen zu können glaubte, während dieser sich streng an die Verfassung und an das Gesetz hielt, so entstanden zwischen beiden Konflikte, infolge deren Herzog 1880 vom Staatssekretariat zurücktrat und den preußischen Minister für Handel und Gewerbe, Hofmann, zum Nachfolger erhielt. Der Statthalter sah sich bald genötigt, gegen die Presse der klerikalen und der Protestpartei, welche, durch seine fortwährende Nach-

(c) Instituto Cervantes de Madrid

sicht ermutigt, Propaganda für Frankreich machte, scharf einzuschreiten und bei der Reichsregierung zu beantragen, daß im Landesausschuß, dessen sämtliche Mitglieder sich bei den Debatten der französischen Sprache bedient hatten, die deutsche Sprache als die Geschäftssprache eingeführt werden solle. Die von der Reichsregierung in diesem Sinne gemachte Vorlage erhielt am 30. April 1881 die Genehmigung des Reichstags. Am 17. Juni 1885 starb der Statthalter von Manteuffel in Karlsbad, wo er die Kur gebraucht hatte, und am 28. September wurde die Stelle eines Statthalters, mit ausgedehnten landesherrlichen Befugnissen, dem seitherigen deutschen Botschafter in Paris, dem Fürsten Chlodwig von Hohenlohe-Schillingsfürst übertragen. Der Fürst hatte in den für einen bayrischen Staatsmann so schwierigen Jahren 1866—1870 die Stelle eines Ministerpräsidenten und Ministers des Auswärtigen in Bayern und von 1874—1885 die Botschafterstelle in Paris bekleidet und auf beiden Posten viel Umsicht und Einsicht, viel Takt und nationalen Sinn gezeigt. Am 5. November traf er in Straßburg ein und übernahm sein Statthalteramt. Die Gemeinderatswahlen vom 10. und 11. Juli 1886 hatten das günstige Ergebnis, daß in Metz 19 Mitglieder der deutschen Partei und 13 Einheimische, in Straßburg 13 Altdeutsche, 5 Autonomisten, 10 Protestler, 4 Klerikale und 4 Elsäßer, die zu keiner Partei gehörten, gewählt wurden. Infolgedessen konnte in Straßburg wieder ein regelmäßiger Gemeinderat eingesetzt werden. Zum Bürgermeister dieser Stadt wurde durch kaiserlichen Erlaß vom 23. Juli der obenerwähnte Bezirkspräsident Back ernannt. Die Altdeutschen errangen auch in mehreren kleineren Städten einzelne Sitze im Gemeinderat, sahen sich übrigens in einer weit größeren Anzahl von Städten ausgeschlossen.

c) Die wirtschaftliche Lage.

Der innere Ausbau des Deutschen Reiches vollzog sich durch die fruchtbare Thätigkeit der Reichsgesetzgebung. Wie auf dem Gebiete des Rechtswesens, so zeigte sich auf wirtschaftlichem Gebiete das Streben nach einheitlichen Formen. Jenes erhielt im Jahre 1876 eine neue Organisation. Die von einer Kommission ausgearbeiteten Justizgesetze (Gerichtsverfassungsgesetz, Strafprozeßordnung, Zivilprozeßordnung, Konkursordnung nebst den Einführungsgesetzen) wurden vom Reichs-

(c) Instituto Cervantes de Madrid

tag am 21. Dezember 1876 angenommen und vom Bundesrat genehmigt. Im Zusammenhang damit stand die Frage über den Sitz des neu zu gründenden Reichsgerichts. Der deutsche Doktrinarismus und Partikularismus setzten 1877 im Bundesrat und im Reichstag den Beschluß durch, daß das Reichsgericht nicht in Berlin, sondern in Leipzig seinen Sitz haben solle. Am 1. Oktober 1879 traten die neuen Justizgesetze in ganz Deutschland in Kraft und das Reichsgericht wurde in Leipzig eröffnet.

Ebenso verlangte die wirtschaftliche Frage, welche das weite Gebiet des Verkehrs-, Steuer- und Zollwesens umfaßte, eine einheitliche Gestaltung. Die Gesetze über Reichsmünzen, Reichspapiergeld und Bankwesen, in den Jahren 1872 bis 1875 vorgelegt, brachten eine wohlthätige Erlösung von einer unerträglichen Zersplitterung. Auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens war Preußen insofern im Nachteil, als dort das Privatbahnsystem in so einseitiger Weise begünstigt worden war, daß, während in Süddeutschland fast alle Bahnen im Besitz des Staates waren, in Preußen die Ausdehnung der Privatbahnen die der Staatsbahnen überwog. Nachdem der Plan des Fürsten Bismarck, sämtliche deutsche Eisenbahnen in den Besitz des Deutschen Reiches zu bringen, an den Reservatrechten einzelner Bundesregierungen gescheitert war, beschränkte die Reichsregierung zunächst ihre Thätigkeit auf Preußen. Der 1879 zum Minister der öffentlichen Arbeiten ernannte Präsident Maybach führte dort das Staatsbahnsystem mit solcher Energie durch, daß in wenigen Jahren sämtliche bedeutende Privateisenbahnen sich in den Händen des Staates befanden, was sowohl für dessen Finanzen als für die wirtschaftlichen Interessen der Bevölkerung von großem Vorteil war.

Ein weiterer Schritt zur Vollendung der deutschen Einheit war die Aufnahme der Hansestädte Hamburg und Bremen in den Zollverein, wodurch endlich erreicht wurde, daß die Grenzen des Deutschen Reiches und des deutschen Zollvereins zusammenfielen. Mit der Gründung des norddeutschen Bundes traten 1867 und 1868 Schleswig-Holstein, Lauenburg, Mecklenburg und Lübeck in den Zollverein ein. Es blieben nur Hamburg und Bremen außerhalb des Zollvereins, und hinsichtlich dieser wurde in die Reichsverfassung von 1871 die Bestimmung aufgenommen, daß sie als Freihäfen außerhalb der Zollgrenze bleiben sollten, bis sie ihren

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Einschluß in dieselbe selbst beantragten. Da sie aber ihre Freihafenstellung nicht als eine vorübergehende, sondern als eine definitive anzusehen schienen, so wurden sie vom Reichskanzler daran erinnert, daß diese Stellung nur als eine vorläufige bezeichnet worden sei, und 1880 im Bundesrat Maßregeln von demselben beantragt, welche in der Kompetenz der Reichsregierung lagen und die Freihafenstellung Hamburgs beeinträchtigten. Auf dies hin eröffnete Hamburg Unterhandlungen mit der Reichsregierung und schloß am 25. Mai 1881 einen Vertrag, welcher die Bedingungen des Anschlusses Hamburgs an den Zollverein enthielt. Der Eintritt des Zollanschlusses wurde auf den 1. Oktober 1888 festgesetzt; Hamburg wurde ein für die Zwecke des Großhandels und der Exportindustrie bestimmter Freihafenbezirk dauernd vorbehalten, so lange es nicht selbst diesen Vorbehalt beseitigt zu sehen wünschte, und zu den durch den Zollanschluß veranlaßten Bauten wurde ihm ein Reichsbeitrag von 40 Millionen Mark zugesichert, welche Summe 1882 vom Reichstag genehmigt wurde. Dieser Vorgang war für Bremen Veranlassung, im Jahre 1884 gleichfalls seine Bereitwilligkeit zum Anschluß an das deutsche Zollgebiet kundzugeben. Der Vertrag mit der Reichsregierung wurde abgeschlossen und der Reichsbeitrag von 12 Millionen Mark 1885 vom Reichstag genehmigt. Das Ziel eines einheitlichen Zoll- und Handelsgebietes war damit erreicht. Der Zollverein war nun ganz im Deutschen Reiche aufgegangen, dessen Gesetzgebungsfaktoren (Reichsregierung, Bundesrat und Reichstag) das Zollwesen zu beraten und zu leiten hatten.

Zur Bestreitung der Bedürfnisse des Reiches reichten die eigenen Einnahmen desselben nicht aus, daher den Einzelstaaten jährlich die Leistung namhafter Matrikularbeiträge auferlegt werden mußte, welche gewöhnlich 80 bis 90 Millionen Mark betrugen. Die verbündeten Regierungen fühlten sich durch diese Beiträge sehr belastet und wünschten daher dringend, daß dieselben beseitigt werden möchten und daß das Reich seine sämtlichen Ausgaben aus seinen eigenen Einnahmen bestreiten solle. Die Vergleichung mit anderen Staaten, namentlich mit Frankreich und den Vereinigten Staaten von Nordamerika, zeigte, daß dort weit bedeutendere Einnahmen auf eine den Bürger weniger belästigende Art erzielt wurden, und daß dort das Vorherrschen der indirekten Steuern, die Erhöhung der Schutzzölle, die Einführung einer sehr hohen

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Tabaksteuer oder des Tabaksmonopols die Möglichkeit zu besseren finanziellen Zuständen boten. Das Streben der Reichsregierung war daher seit 1875 auf die nahezu vollständige Abschaffung der direkten Steuern, auf die möglichst ausschließliche Einführung indirekter Steuern und auf die Erhöhung der ergiebigsten Zölle gerichtet. Zunächst wurde dem Reichstag 1879 ein neuer Zolltarifentwurf vorgelegt, welcher sich auf 43 Zollartikel erstreckte. Da die meisten Mitglieder des Zentrums in industriellen, also den Schutzzöllen zugeneigten Bezirken gewählt waren, so konnte dasselbe nicht umhin, für die Zollvorlage zu stimmen, verlangte aber zugleich in dem Franckensteinschen Antrag, daß sämtliche Zollsätze fixiert und der Ueberschuß von den Zoll- und Tabaksteuererträgen den einzelnen Bundesstaaten zugewiesen werden solle. Am 12. Juli 1879 wurde der Zolltarifentwurf nebst dem Franckensteinschen Antrag vom Reichstag genehmigt.

Aber wenn auch die bedeutenden Einkünfte, welche das Reich aus dem neuen Zolltarif und der erhöhten Tabaksteuer bezog, den einzelnen Bundesstaaten, falls Ueberschüsse ihnen zugeteilt werden konnten, einige Erleichterung verschafften, so reichten dieselben doch nicht aus, um, was die Regierung bezweckte, die ärmeren Klassen von Steuern ganz zu befreien, die überbürdeten Kommunen zu entlasten und einzelne Steuerbeträge diesen zu überweisen. Die Regierung legte daher zuerst dem preußischen Volkswirtschaftsrat, der durch königliche Verordnung 1880 ins Leben gerufen worden war, dann dem Reichstag einen Gesetzentwurf über Einführung des Tabaksmonopols vor. Derselbe wurde 1882 vom Reichstag abgelehnt, und als die Regierung, nachdem die Zölle für verschiedene Gegenstände 1885 eine neue Erhöhung erfahren hatten, dem Reichstag einen Gesetzentwurf über Einführung des Branntweinmonopols vorlegte, wurde 1886 auch dieser und schließlich die Vorlage über Erhöhung der Branntweinsteuer verworfen. Es war der Regierung unmöglich, den Fraktionsring, der sich ihr gegenüber gebildet hatte, zu durchbrechen.

d) Die soziale Frage.

Was die Sozialisten und Sozialdemokraten unter der sozialen Frage verstanden und wie sie dieselbe gelöst sehen wollten, hatte die Pariser Commune gezeigt. Nach Niederwerfung derselben wurde der Vorort der Sozialdemokratie auf

(c) Instituto Cervantes de Madrid

einige Zeit nach Deutschland verlegt, wo sie früher durch Lassalle vertreten worden war. Die allgemeine Aufmerksamkeit wurde in Deutschland auf dieselbe gelenkt, als ihre Führer im Reichstag „Krieg den Palästen" ankündigten und den Communeaufstand verherrlichten. In der Presse und in Versammlungen wurde die Religion, die Ehe, die Familie, das Eigentum auf die schändlichste Weise angegriffen, der Klassenhaß geschürt und die soziale Revolution vorbereitet. Die Hauptsitze der Sozialdemokratie waren, wie überall, in den großen Industriebezirken und Handelsstädten, also in Berlin und in Sachsen, später in Hamburg und Altona. In welchem Maße die Anhänger der Sozialdemokratie numerisch sich verstärkten, läßt sich daraus entnehmen, daß die Sozialdemokraten, welche bei den Reichstagswahlen von 1871 nur zwei Sitze eroberten, bei der Wahl von 1884 vierundzwanzig ihrer Kandidaten durchsetzten und von 5661066 abgegebenen Stimmen trotz des Sozialistengesetzes 526241 erhielten.

Ferdinand Lassalle.

Die Reichsregierung, immer auf der Wacht, wo dem Vaterlande eine Gefahr drohte, legte dem Reichstag von 1875 bis 1876 eine Strafnovelle vor, welche einen speziell gegen die Sozialdemokratie gerichteten Paragraphen enthielt. Aber der Reichstag, welcher die sozialistische Bewegung durch das Mittel der Belehrung regeln und zügeln zu können glaubte, lehnte 1876 den Paragraphen ab. Dadurch wurde die Regierung an Ergreifung kräftiger Maßregeln gehindert, und die Sozialdemokratie wuchs in wilder Ueppigkeit empor. Es geschah das Unerwartetste. Am 11. Mai 1878 fuhr der einundachtzigjährige Kaiser Wilhelm, unantastbar vermöge seines Alters und seines trefflichen Charakters, verehrungswürdig vermöge seiner außerordentlichen Verdienste um das Vaterland, mit seiner Tochter, der Großherzogin Luise von

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Baden, im offenen Wagen von Charlottenburg her die Linden entlang. Da feuerte der Klempnergeselle Hödel aus Leipzig zwei Revolverschüsse auf ihn ab. Der Kaiser blieb unverletzt. Der Attentäter war ein verkommenes Subjekt, welches in sozialdemokratischen Versammlungen und Schriften das Gift des Klassenhasses und der Banditenrevolution eingesaugt hatte. Er wurde vom Staatsgerichtshof wegen Hochverrats zum Tode verurteilt und am 16. August enthauptet. Dem Reichstag wurde zur wirksamen Bekämpfung der sozialdemokratischen Presse und Versammlungen ein Sozialistengesetz vorgelegt. Dasselbe wurde vom Reichstag, der sich mehr von juristischen Bedenklichkeiten als von der dem Monarchen und dem Staat schuldigen Rücksicht leiten ließ, am 24. Mai mit 251 gegen 57 Stimmen abgelehnt.

Wenige Tage darauf zeigte die Sozialdemokratie, daß sie für „Belehrung" durchaus unzugänglich, aber zu jeder Schandthat entschlossen sei. Am 2. Juni 1878 fuhr der Kaiser, allein im Wagen sitzend, nach dem Tiergarten. Rasch nacheinander fielen zwei Schüsse aus einem Fenster des Hauses Nr. 18 Unter den Linden, und der Kaiser wurde durch mehrere Schrotkörner und Rehposten im Gesicht, an den Armen und an anderen Körperteilen verwundet. Der Attentäter war Dr. Karl Nobiling aus Kollno in der Provinz Posen. Er hatte Landwirtschaft studiert, sozialdemokratische Versammlungen besucht, mit der Londoner Internationale Verbindungen angeknüpft und durch seine That einen allgemeinen Umsturz beabsichtigt. Da er im Moment seiner Verhaftung sich eine Kugel in den Kopf geschossen hatte, konnte kein genaueres Verhör mit ihm vorgenommen werden, und am 10. September erfolgte sein Tod.

Dieses zweite Attentat erregte in Deutschland eine ungeheure Aufregung und rief die schärfsten Urteile über das Verhalten des Reichstags hervor. In vielen Kreisen wurde die Auflösung des Reichstags, die Abänderung des Wahlgesetzes, ja sogar das Vorgehen mit Oktroyierungen gefordert. Das deutsche Volk wollte das Leben seines Kaisers geschützt wissen gegen die Angriffe der modernen Katilinarier. Am 3. Juni traf Fürst Bismarck von Friedrichsruh in Berlin ein; am 4. Juni wurde unter seinem Vorsitz Ministerrat gehalten; dem Kronprinzen wurde für die Dauer der Behinderung des Kaisers die Stellvertretung übertragen, dem Bundesrat der Antrag auf Auflösung des Reichstags vorgelegt. Der

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Antrag wurde angenommen und die Neuwahlen auf den 30. Juli 1878 festgesetzt. Dieselben ergaben eine Verstärkung der beiden konservativen Fraktionen auf Kosten der Nationalliberalen und der Fortschrittspartei. Dem am 9. September 1878 eröffneten Reichstag wurde ein neues Sozialistengesetz vorgelegt, welches eine präzisere Fassung hatte als das erste und der Regierung die Befugnis erteilte, über Bezirke und Ortschaften, in welchen die öffentliche Sicherheit durch sozialdemokratische Bestrebungen besonders bedroht war, den sogenannten kleinen Belagerungszustand zu verhängen und gefährliche Personen auszuweisen. Der Reichskanzler selbst trat während der Debatte mehrmals mit aller Energie für das Gesetz ein, das denn auch, unter Beschränkung seiner Zeitdauer bis zum 31. März 1881, vom Reichstag mit 221 gegen 149 Stimmen angenommen wurde. Nun wurde gegen die Presse und Vereine der Sozialdemokratie scharf eingeschritten, über Berlin und dessen Umgebung der kleine Belagerungszustand verhängt und mehrere Personen, darunter zwei Reichstagsabgeordnete, aus Berlin ausgewiesen.

Der Kaiser, welcher inzwischen in mehreren Bädern seine Gesundheit wieder gestärkt hatte, kehrte am 5. Dezember 1878 nach Berlin zurück und übernahm wieder die Regierung. Die Sozialdemokratie, wenn auch durch das Sozialistengesetz in unverkennbarer Weise gezügelt, ließ an die Stelle der offenen Agitation die geheime Propaganda treten. Daher wurde auf den Antrag der Reichsregierung 1880 das Sozialistengesetz vom Reichstag auf weitere drei Jahre und 1884 und 1886 je auf zwei Jahre verlängert, die Verhängung des kleinen Belagerungszustandes über Berlin von Jahr zu Jahr erneuert und über Hamburg, Altona, Leipzig und andere Orte ausgedehnt. Aber es war klar, daß die Sozialdemokratie durch bloße Repressivmaßregeln, wenn auch aufgehalten, so doch nicht beseitigt werden konnte. Wenn die Arbeiter, welche das Hauptkontingent zu dieser Partei lieferten, Sicherheit gegen die Ausbeutung seitens der Fabrikherren und dauernde Unterstützung für den Fall eines Unfalles verlangten, und wenn die ärmeren Klassen nach Befreiung von Steuern seufzten, so konnte solchen Forderungen die Berechtigung nicht abgesprochen werden. Zwar hatten viele Fabrikherren bereits die humansten Einrichtungen getroffen; aber es handelte sich darum, diese Humanität in allen fabrikmäßigen Betrieben gesetzmäßig einzuführen. Diesem Zweck diente die Sozial-

(c) Instituto Cervantes de Madrid

gesetzgebung des Jahres 1881 und der folgenden Jahre. Die kaiserliche Botschaft vom 17. November 1881 sagte hierüber: „Wir halten es für Unsere kaiserliche Pflicht, dem Reichstage diese Aufgabe von neuem ans Herz zu legen, und würden mit um so größerer Befriedigung auf alle Erfolge, mit denen Gott Unsere Regierung sichtlich gesegnet hat, zurückblicken, wenn es Uns gelänge, dereinst das Bewußtsein mitzunehmen, dem Vaterlande neue und dauernde Bürgschaften seines inneren Friedens und den Hilfsbedürftigen größere Sicherheit und Ergiebigkeit des Beistandes, auf den sie Anspruch haben, zu hinterlassen." Da der Reichstag, welcher 1881 das Unfallversicherungsgesetz in einer für den Bundesrat unannehmbaren Form genehmigt hatte, die Erledigung dieses 1882 in gründlicher Umarbeitung vorgelegten Gesetzes und des Krankenkassengesetzes von einer Session zur anderen hinausschob, so richtete der Kaiser 1883 eine neue Botschaft an den Reichstag, worin er seiner Genugthuung Ausdruck gab, daß der preußische Landtag die Vorlage über Steuerfreiheit der beiden untersten Stufen der Klassensteuerpflichtigen angenommen habe, und sein Vertrauen äußerte, daß der Reichstag die beiden sozialpolitischen Gesetze bald durchberaten werde. Auf dies hin wurde 1883 das Krankenkassengesetz, 1884 das Unfallversicherungsgesetz, 1885 und 1886 die Ausdehnung dieser beiden Gesetze auf die Transportgewerbe und auf die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter vom Reichstage genehmigt. Mit dem Erlaß dieser als „Staatssozialismus" verschrieenen Gesetze wurde in Deutschland, wie der Reichskanzler sagte, praktisches Christentum ausgeübt und der Arbeiterbevölkerung eine Stellung verschafft, wie sie sie in ganz Europa nicht hat.

e) Deutschlands militärische Stellung.

Die französischen Milliarden, über deren Verwendung schon einiges mitgeteilt worden ist, wurden am zweckmäßigsten dazu benutzt, den einzelnen deutschen Staaten ihren Kriegsaufwand zu ersetzen und für etwaige künftige Kriege das Heerwesen und die Festungen in guten Stand zu setzen. Der Reichstag bewilligte einen Fonds von 120 Millionen Mark zur Bildung eines in gemünztem Gelde niederzulegenden Reichskriegsschatzes und große Summen zur Umgestaltung der Festungen, zur Erweiterung oder Errichtung militärischer Dienstgebäude und zur Bestreitung der Marineausgaben. Das

(c) Instituto Cervantes de Madrid

gesamte Reichsheer besteht aus 18 Armeekorps, wovon Preußen und diejenigen Staaten, welche Militärkonventionen mit demselben abgeschlossen hatten, 14, Sachsen und Württemberg je 1, Bayern 2 stellt. Die Dienstpflicht im stehenden Heere beträgt 3 Jahre bei der Fahne und 4 in der Reserve, worauf eine fünfjährige Dienstpflicht in der Landwehr folgt. Durch das Gesetz vom 12. Februar 1875 wurde ein Landsturm organisiert, der alle Wehrpflichtigen vom 17. bis zum 42. Lebensjahre, die weder dem Heere noch der Marine angehören, umfaßt. Nachdem vom Reichstag 1871 ein jährliches Pauschquantum von 675 Mark pro Kopf auf drei Jahre bewilligt worden war, wurde nach Durchführung der neuen Organisation des deutschen Heeres 1874 von der Regierung ein Reichsmilitärgesetz vorgelegt, dessen erster und wichtigster Paragraph bestimmte, daß die Friedenspräsenzstärke des Heeres an Unteroffizieren und Mannschaften bis zum Erlaß einer anderweitigen gesetzlichen Bestimmung 401 659 Mann betragen sollte, und daß dabei die Einjährig-Freiwilligen nicht in Anrechnung kommen sollten. Diese Fassung des Paragraphen, welche das Heerwesen unabhängig von den schwankenden Reichstagsmehrheiten machen sollte, erregte nicht bloß bei den reichsfeindlichen Parteien, sondern auch bei den zu demokratischer und parlamentarischer Opposition geneigten Mitgliedern der Fortschrittspartei und des linken Flügels der Nationalliberalen Bedenken, weil sie unvereinbar schien mit dem Rechte des Reichstags, sämtliche Ausgaben jährlich vorher zu beraten. Dieses Recht wurde von der Regierung nicht bestritten, aber aus Gründen des Staatsinteresses die einmalige Fixierung der Friedenspräsenzstärke gefordert. In der Debatte wurden verschiedene Ansichten aufgestellt. Die Sozialdemokraten sprachen für einjährige, die Klerikalen für zweijährige Dienstzeit, die Fortschrittspartei für eine Verminderung der Friedenspräsenzstärke, die Parlamentarier für das Recht der Festsetzung derselben durch das jährliche Etatsgesetz.

Generalfeldmarschall Graf Moltke trat am 16. Februar 1874 in einer längeren Rede, welche die militärischen Verhältnisse Deutschlands und der anderen Staaten, besonders Frankreichs, und die politische Lage Europas scharf beleuchtete, für die unbedingte Annahme des Paragrapben ein. „Ein großes weltgeschichtliches Ereignis, wie die Wiederaufrichtung des Deutschen Reiches, vollzieht sich kaum in einer kurzen Spanne Zeit. Was wir in einem halben Jahre mit den

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Waffen errungen haben, das mögen wir ein halbes Jahrhundert mit den Waffen schützen, damit es uns nicht wieder entrissen wird. Darüber dürfen wir uns keiner Täuschung hingeben: wir haben seit unseren glücklichen Kriegen an Achtung überall, an Liebe nirgends gewonnen. Nach allen Seiten stoßen wir auf das Mißtrauen, daß Deutschland, nachdem es mächtig geworden, in Zukunft ein unbequemer Nachbar sein könnte."

In Deutschland entstand, da durch die Vorschläge der Opposition die Sicherheit des Vaterlandes in Frage gestellt wurde, große Unruhe unter der Bevölkerung. In Versammlungen, in Adressen, in Zuschriften an die Abgeordneten wurde die Annahme des Regierungsentwurfs verlangt. Der Kaiser und seine Räte waren entschlossen, weder eine Verminderung der Friedenspräsenzstärke, noch eine Herabsetzung der Dienstzeit, noch eine jährliche Beratung des Militärgesetzes anzunehmen. Man schien wieder in die Konfliktszeit der sechziger Jahre zurückversetzt zu werden. Der nationalliberale Abgeordnete von Bennigsen machte einen Kompromißvorschlag, wonach die geforderte Friedenspräsenzstärke nicht für immer, sondern nur auf sieben Jahre, vom 1. Januar 1875 bis zum 31. Dezember 1881, festgesetzt werden sollte. Bismarck, welcher wegen schwerer Erkrankung nicht in die Reichstagsdebatten eingreifen konnte, riet dem Kaiser, von den zwei Uebeln, Annahme des Bennigsenschen Antrags oder Auflösung des Reichstags, das erstere als das kleinere zu wählen, und der Kaiser nahm den Vorschlag seines Reichskanzlers an. Darauf wurde der Paragraph in der Fassung des Kompromißantrages am 20. April 1874 mit 214 gegen 123 (Klerikale, Fortschrittspartei und Sozialdemokraten) Stimmen angenommen und schließlich das ganze Gesetz genehmigt.

Bei der Friedenspräsenzstärke von 401659 Mann betrug die Kriegsstärke 1392011 Mann und 299562 Pferde, wovon 699078 Mannschaften auf die Feldarmee, 280210 auf die Ersatztruppen, 412723 auf die Besatzungstruppen kamen. Diese Zahlen wurden durch das Gesetz vom 6. Mai 1880 noch vermehrt. Da inzwischen die französischen und die russischen Streitkräfte bedeutend verbessert und vermehrt worden waren, so hielt es die Reichsregierung für ihre Pflicht, bei der Vorlegung des neuen Reichsmilitärgesetzes eine Vermehrung des Armeebestandes zu beantragen. Die Friedens-

(c) Instituto Cervantes de Madrid

präsenzstärke an Mannschaften sollte vom 1. April 1881 bis zum 31. März 1888 auf 1 Prozent der Bevölkerung vom 1. Dezember 1875 festgestellt und die Mannschaften der Ersatzreserve erster Klasse, welche bisher von den jährlichen Uebungen ganz verschont geblieben waren, sollten jährlich zu vier Uebungen von zusammen zwanzig Wochen einberufen werden. Durch die erste Maßregel sollte die Armee im Frieden um etwa 25000, im Kriege um etwa 80000 Mann vermehrt, durch die zweite die Möglichkeit gegeben werden, gleich beim Beginn eines Feldzugs weit zahlreichere ausgebildete Mannschaften ins Feld zu stellen, ohne daß auf ältere Jahrgänge zurückgegriffen werden mußte. Bei der Beratung dieses Gesetzes wurden ähnliche Anträge wie 1874 gestellt. Moltke legte in seiner Rede vom 1. März 1880 aufs neue die militärische und politische Lage dar. Die Zahlen, welche er anführte, gestatteten keinem national gesinnten Deutschen einen Zweifel an der absoluten Notwendigkeit der Annahme des Regierungsentwurfs. „Frankreich hat eine Friedenspräsenzstärke von 497000 Mann, während Deutschland bei einer um mehrere Millionen stärkeren Bevölkerung 401659 Mann bei den Fahnen hat. Das ist eine Differenz von nahezu 100000 Mann. Die russische Friedenspräsenzstärke beträgt das Doppelte der unserigen, 800000 Mann. Für die Kriegsstärke tritt sodann natürlich in Betracht für die Zahl derjenigen, welche verfügbar sind, die Dauer der Verpflichtung zum Dienste, und da finden Sie in Frankreich 20 Jahre, in Rußland 15 und bei uns 12. Unsere Armee steht also hinter den Armeen unserer Nachbarn zurück in der Zahl; sie kann es nur ausgleichen und sie gleicht es aus durch ihre innere Tüchtigkeit. Und daran sollte man nicht durch den Vorschlag einer zweijährigen Dienstzeit rühren.“ Die Regierungsvorlage wurde, unter Ablehnung aller Abänderungsanträge, am 16. April 1880 mit 186 gegen 128 Stimmen angenommen.

Auch die deutsche Marine, welche hauptsächlich den Zweck hatte, das lange Küstengebiet an der Nordsee und Ostsee gegen feindliche Landungen zu verteidigen und den Seehandel, seit 1884 auch die Kolonien Deutschlands zu schützen, wurde, nach dem im Jahre 1872 entworfenen Flottengründungsplan, auf einen höheren Stand gebracht. Kiel, Wilhelmshaven und Danzig bildeten die bedeutendsten Kriegshäfen und Werften.

(c) Instituto Cervantes de Madrid

f) Deutschlands Kolonialpolitik.

Der Großhandel von Hamburg und Bremen, welcher wertvolle Faktoreien in Afrika und auf den Südsee-Inseln besaß, hatte es bisher schmerzlich empfunden, daß er für seine überseeischen Besitzungen sich nicht des Schutzes der deutschen Flagge erfreuen durfte, sondern vielfach von englischer oder französischer Willkür abhing. Auf die Bitte hanseatischer Kaufleute, daß dem von ihnen angekauften Gebiete und den dort gegründeten Faktoreien der Reichsschutz gewährt werden möchte, ging Fürst Bismarck ein, so wenig Sympathie er auch für das Kolonialwesen, wie es bisher von England und Frankreich betrieben wurde, besaß. Kolonien mit einer Anzahl von oberen und unteren Beamten, mit Garnisonen, mit Kasernen, mit Forts und Häfen zu gründen, lag nicht in seiner Absicht. Hierüber sagte er am 26. Juni 1884 im Reichstag: „Es ist aber eine andere Frage, ob es zweckmäßig und ob es Pflicht des Reiches ist, denjenigen seiner Unterthanen, welche solche Unternehmungen im Vertrauen auf den Schutz des Reiches machen, diesen Schutz zu gewähren und sie in ihren Bestrebungen zu unterstützen. Es ist natürlich, daß wir den in fremden Ländern durch die Bemühungen unserer Landsleute entstandenen Kolonien Pflege und Schutz angedeihen lassen. Die Verantwortlichkeit für die materielle Entwicklung der Kolonien bleibt ebenso, wie ihre Entstehung, unseren seefahrenden und handeltreibenden Mitbürgern überlassen.“ Unter diesen bescheidenen Formen eröffnete Bismarck, die bestehenden Rechte anderer Nationen aufs gewissenhafteste berücksichtigend, besonders jedem Konflikt mit französischen Ansprüchen ausweichend, aber auf dem, was deutsches Recht war, mit Festigkeit beharrend, die deutsche Kolonialpolitik, wozu er schon 1880 bei Einbringung der Samoa-Vorlage einen Versuch gemacht hatte, der damals an dem Widerstand der Reichstagsmehrheit gescheitert war.

Die erste Nachricht von der Gründung der ersten deutschen Kolonie erhielt Deutschland durch ein an den deutschen Konsul in Kapstadt gerichtetes Telegramm vom 24. April 1884, welches die Mitteilung enthielt, daß die von dem Bremer Kaufherrn Lüderitz in Südwestafrika angekaufte Besitzung Angra Pequena unter den Schutz des deutschen Reiches gestellt sei. Darauf wurde durch eine Note vom 13. Oktober 1884 den fremden Mächten angezeigt, daß teils auf

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Grund von Verträgen, welche von dem nach Westafrika entsandten Generalkonsul Dr. Nachtigal mit unabhängigen Häuptlingen abgeschlossen worden seien, teils auf Grund von Schutzanträgen Reichsangehöriger, welche bestimmte Gebiete durch Verträge mit unabhängigen Häuptlingen erworben hätten, folgende Gebiete unter den Schutz des deutschen Kaisers gestellt worden seien: an der Sklavenküste das Togogebiet mit den Hafenplätzen Lome und Bagida, in der Bai von Biafra die Gebiete von Bimbia mit der Insel Nikol, Kamerun, Malimba bis auf den nördlichsten Teil, Klein-Batanga, Plantation und Criby, in Südwestafrika das Küstengebiet zwischen Kap Frio und dem Oranje-Fluß (Damara- und Namaqua-Land) mit Ausschluß der den Engländern gehörigen Walfischbai. Im Jahre 1885 wurden die von der „Gesellschaft für deutsche Kolonisation" in Ostafrika erworbenen Gebiete unter den Schutz und die Oberhoheit des Deutschen Reiches gestellt. Es waren dies Ländergebiete zwischen der Sansibarküste und dem Tanganjika-See, das Chutugebiet bis zum Flusse Rufidji, das Gebiet von Usaramo mit dem herrlichen Hafen von Daresalam und im Somaliland der ganze Küstenstrich vom Hafen Obiah bis zu der dem Sultan Said Bargasch von Sansibar gehörigen Stadt Warrischin nebst dem damit in Verbindung stehenden Hinterland. Der Plan der ostafrikanischen Gesellschaft, sich zur Herrin in dem Seegebiet von Zentralafrika zu machen und dem im Westen gegründeten internationalen Kongostaat eine deutschnationale Staatengründung in dem wirtschaftlich weit bedeutenderen Osten zur Seite zu stellen, konnte schon jetzt als gelungen angesehen werden.

Dr. Gustav Nachtigal.

Bei der Durchführung der Kolonialpolitik mußte sich

(c) Instituto Cervantes de Madrid

die deutsche Reichsregierung auf Schwierigkeiten, die ihr seitens der alten Kolonialstaaten gemacht wurden, gefaßt machen. Die am 24. Dezember 1885 mit Frankreich geschlossene Uebereinkunft stellte zwischen den beiderseitigen Besitzungen an der westafrikanischen Küste feste Grenzen auf und sollte späteren Verwicklungen bei etwaigen weiteren Erwerbungen vorbeugen. Schwieriger war es, eine Vereinbarung mit England zu treffen, welches das Deutsche Reich höchst ungern die Bahn der maritimen und kolonialen Rivalität betreten sah. Nicht genug, daß England irgendwelche Souveränitäts- oder Jurisdiktionsansprüche einer fremden Macht auf das zwischen den Grenzen der portugiesischen und der Kapkolonie gelegene Gebiet für einen Eingriff in seine legitimen Rechte erklärte: es beanspruchte auch fast die ganze Insel Neuguinea. Zu Ende des Jahres 1884 war an der Nordostküste von Neuguinea und auf den östlich davon gelegenen Inselgruppen, den Admiralitätsinseln, Neubritannien und Neuirland, die deutsche Flagge aufgehißt worden. Dem Andrängen der australischen Kolonien, welche in dem Gebiete der Südsee eine Art Monroe-Doktrin einführen wollten und von der englischen Regierung verlangten, es solle ganz Neuguinea, mit Ausnahme der holländischen Besitzungen, unter ihre Oberhoheit stellen, hatte letztere anfangs nicht nachgegeben und erklärt, daß sie nur von der Südküste Neuguineas Besitz nehmen werde; bald darauf aber nahm sie diese Erklärung zurück und beanspruchte auch die Nordostküste. Auf dies hin wurden die Beziehungen der deutschen Reichsregierung zu dem englischen Ministerium Gladstone, dessen unfreundliche Gesinnung gegen Deutschland bekannt war, ziemlich gespannt. Erst als England im März und April 1885 in einen akuten Konflikt mit Rußland wegen Afghanistans geraten war, zu dessen Beilegung Deutschland, wenn es wollte, gute Dienste leisten konnte, kam im Juni über eine Abgrenzung der beiderseitigen Kolonialgebiete an der Küste des Golfs von Guinea (wozu namentlich Kamerun und dessen Hinterland gehörten) und in Neuguinea eine Vereinbarung zustande. Der deutschen Neuguinea-Kompanie wurde ein kaiserlicher Schutzbrief bewilligt und dadurch die Uebernahme der Oberhoheit über das von ihr erworbene Festland vom nordöstlichen Neuguinea und über das oben angeführte Inselgebiet bestätigt. Das festländische Gebiet erhielt den Namen „Kaiser-Wilhelms-Land", das Inselgebiet

(c) Instituto Cervantes de Madrid

den Namen „Bismarck-Archipel". Englischem Einfluß wurde es zugeschrieben, daß am 20. Dezember 1884 in der Kolonie Kamerun ein Aufstand der Eingeborenen ausbrach, der von den Mannschaften der Korvetten „Bismarck" und „Olga" niedergeschlagen wurde, und daß der Sultan Said Bargasch von Sansibar die Oberhoheit des deutschen Kaisers über die ostafrikanischen Kolonien nicht anerkennen wollte und dieselbe, wenn auch unberechtigt, für sich in Anspruch nahm. Es brauchte der drohenden Aufstellung des deutschen Panzergeschwaders vor dem Palast des Sultans, um ihn zu der geforderten Anerkennung zu bringen, worauf derselbe einen Handelsvertrag mit Deutschland abschloß.

Wegen des Besitzes der nördlich von Neuguinea gelegenen Karolineninseln kam Deutschland in einen Konflikt mit Spanien, das eine Oberhoheit über dieselben beanspruchte, ohne jemals eine förmliche Regierung und Verwaltung der Inseln eingerichtet zu haben. Als die deutsche Flagge auf Yap, der größten von den Karolineninseln, am 24. August 1885 aufgehißt wurde, entstand in ganz Spanien eine ungeheure Aufregung, und am 4. September wurde in Madrid von einem Pöbelhaufen das Wappen und die Fahnenstange von dem Gebäude der deutschen Gesandtschaft herabgerissen und öffentlich verbrannt. Dem allgemeinen Kriegsgeschrei setzte der deutschfreundliche König Alfons XII. das zuversichtliche Vertrauen entgegen, daß Kaiser Wilhelm sicherlich ein für beide Teile befriedigendes Kompromiß herbeiführen werde. Da die spanische Regierung, welche wegen Beschimpfung der deutschen Gesandtschaft eine Entschuldigungsnote nach Berlin geschickt hatte, darauf beharrte, daß die Souveränität Spaniens über die Karolinen- und Palaos-Inseln außer Zweifel sei, so schlug Fürst Bismarck den Papst Leo XIII. als Schiedsrichter oder, wie die spanische Regierung wollte, als „Vermittler" vor. Dieser, von Kaiser Wilhelm und von König Alfons darum ersucht, nahm das Vermittleramt an und entschied in dem Protokoll vom 17. Dezember 1885 den Konflikt dahin, daß Spanien die Priorität der Besetzung der Karolinen- und Palaos-Inseln und deshalb die Souveränität auf denselben zukomme, und daß den deutschen Unterthanen die vollständige Freiheit des Handels, der Schiffahrt und der Fischerei im Bereich dieser Inseln zu gewährleisten sei. Diese Entscheidung wurde von den Regierungen Deutschlands und Spaniens angenommen. Daß Leo XIII., welcher aus

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Sympathie für den Reichskanzler diesem das neueste Bändchen seiner gesammelten lateinischen Gedichte überschickt hatte, ihm am 31. Dezember 1885 den Christusorden in Brillanten, welchen noch kein Protestant erhalten hatte, überschickte und in dem Begleitschreiben „dem erhabenen Manne, dem großen Kanzler des Deutschen Reiches" seinen Dank dafür bezeigte, „daß auf seinen Rat hauptsächlich die höchst willkommene Gelegenheit geboten wurde, um der Eintracht willen ein so edles Werk zu vollführen", erregte das allgemeinste Interesse und die besten Hoffnungen auf die Bereitwilligkeit der Kurie zu einer zufriedenstellenden Beilegung der kirchlichen Streitigkeiten. Für Deutschland war es ein Ersatz für die an Spanien überlassenen Kolonien, daß am 15. Oktober 1885 die deutsche Flagge auf den Marschallinseln aufgehißt und dieselben unter den Schutz des Deutschen Reiches gestellt wurden. Diese östlich von den Karolinen gelegenen Inseln zerfallen in zwei Hauptgruppen, die östliche oder Ratak-Kette und die westliche oder Ralick-Kette.

Die Mittel zur Ausführung dieser Kolonialpolitik und zur Unterstützung des überseeischen Handels mußte Fürst Bismarck der Reichstagsmehrheit geradezu abringen. Die Dampfervorlage von 1884, welche eine regelmäßige Postdampfschiffsverbindung zwischen Deutschland einerseits und Ostasien und Australien andererseits einrichten wollte, kam infolge der Obstruktionspolitik der Klerikalen und Demokraten aus der Kommissionsberatung nicht mehr heraus. Nach den Reichstagswahlen vom 28. Oktober 1884, welche den 158 reichsfreundlichen Abgeordneten eine klerikal-demokratische Opposition von 235 Mitgliedern gegenüberstellte, herrschte in der Reichstagsmehrheit starke Neigung, dem Reichskanzler alle Vorlagen, welche mit seiner überseeischen Politik im Zusammenhang standen, abzulehnen oder wenigstens zu verschlechtern. An den Ausgaben für die Konsulate, welche in England aufs freigebigste ausgestattet wurden, wurde ein Sparsystem entwickelt, wie wenn das Deutsche Reich bereits vor dem Bankrott stände. Die aufs neue vorgelegte Dampfervorlage wurde von der Kommission abgelehnt, vom Reichstag aber am 23. März 1885 mit 166 gegen 152 Stimmen angenommen. Durch dieses Gesetz wurde der Reichskanzler ermächtigt, die Einrichtung und Unterhaltung von regelmäßigen Postdampfschiffsverbindungen zwischen Deutschland, Ostasien und Australien, mit einer Zweiglinie von Triest über Brin-

(c) Instituto Cervantes de Madrid

disi nach Alexandria, an geeignete deutsche Unternehmer auf 15 Jahre zu übertragen und einen Reichsbeitrag von 4400000 Mark zu bewilligen. Der Bundesrat erteilte dem Norddeutschen Lloyd in Bremen die Reichssubvention für die bewilligten Linien, worauf zwischem dem Reichskanzler und dem Konsul Meier, als Vertreter des Lloyd, ein Vertrag abgeschlossen wurde. Am 30. Juni 1886 lichtete, in Anwesenheit hervorragender Vertreter des Deutschen Reiches und des deutschen Handelsstandes, der erste vom Reiche unterstützte Dampfer des Norddeutschen Lloyd, die „Oder", in Bremerhaven die Anker, um die regelmäßigen Fahrten nach Ostasien zu beginnen.

Stanley.

Kaum durch irgend eine andere Thatsache konnte die mächtige Stellung, welche Deutschland unter den europäischen Mächten einnahm, schärfer beleuchtet werden als dadurch, daß die Afrikanische oder Kongo-Konferenz, welche die Aufgabe hatte, die internationalen Handelsverhältnisse im Stromgebiet des Kongo und des Niger zu regeln und für die Besitznahme weiterer Gebiete des afrikanischen Festlands feste Normen aufzustellen, nicht etwa in London oder in Paris, wo früher die Weltpolitik gemacht und besonders in maritimen Angelegenheiten die Gesetze diktiert wurden, sondern in Berlin unter dem Präsidium des Fürsten Bismarck eröffnet wurde. Die Konferenz dauerte vom 15. November 1884 bis 26. Februar 1885; in derselben waren 13 europäische Staaten und die Vereinigten Staaten von Nordamerika durch Bevollmächtigte vertreten. Die „Internationale afrikanische Gesellschaft", welche unter dem Protektorat des Königs Leopold II. von Belgien stand und von dem berühmten Afrikareisenden Stanley geleitet wurde und sich die Aufgabe gestellt hatte, das Kongogebiet dem freien Handelsverkehr aller Nationen zu erschließen, trat den Beschlüssen

(c) Instituto Cervantes de Madrid

der Konferenz bei. Das von dieser Gesellschaft erworbene Gebiet bildete einen selbständigen Staat, den Kongostaat, der zum Zweck seiner Anerkennung und der Feststellung von Handelsbeziehungen und Grenzen Konventionen mit den Regierungen der europäischen Reiche und der Vereinigten Staaten von Nordamerika abschloß. König Leopold II. nahm mit Genehmigung der belgischen Kammern den Titel „Souverän des Kongostaates" an; Stanley wurde zum Gouverneur des Kongostaates ernannt und ein Ministerium, das seinen Sitz in Brüssel hatte, für denselben eingesetzt.

g) Deutschlands Stellung zum Ausland.

(1871—1886.)

Das Hauptstreben der auswärtigen Politik Deutschlands galt der Erhaltung des Friedens. Dieses Ziel wurde am leichtesten erreicht, wenn das Deutsche Reich mächtige Bundesgenossen, das revanchelustige Frankreich keine Bundesgenossen erhielt. Darüber sprach sich Fürst Bismarck in seinen Depeschen an den deutschen Botschafter in Paris, den Grafen Arnim, welche während des Arnimschen Prozesses veröffentlicht wurden, sehr bestimmt aus. Letzterer hatte in seinen Berichten die Ansicht geäußert, daß „die Fortdauer der republikanischen Institutionen in Frankreich den monarchischen Institutionen in Deutschland gefährlich sei", und hatte es für angezeigt erklärt, daß die deutsche Reichsregierung die monarchischen Parteien Frankreichs in ihrem Streben nach baldiger Herstellung einer Monarchie unterstütze. Beide Behauptungen bezeichnete der Reichskanzler in einem Erlaß von 1872 als irrtümlich: „Unser Bedürfnis ist, von Frankreich in Ruhe gelassen zu werden und zu verhüten, daß Frankreich, wenn es uns den Frieden nicht halten will, Bundesgenossen finde. Solange es solche nicht hat, ist uns Frankreich nicht gefährlich, und solange die großen Monarchien Europas zusammenhalten, ist ihnen keine Republik gefährlich. Dagegen wird eine französische Republik sehr schwer einen monarchischen Bundesgenossen gegen uns finden."

Mit Oestreich, dem Besiegten von 1866, suchte Bismarck noch von Versailles aus freundschaftliche Beziehungen wiederherzustellen. Schon am 5. Dezember 1870 ließ er durch den preußischen Gesandten in Wien den Grafen Beust

(c) Instituto Cervantes de Madrid

darauf vorbereiten, daß das neugestaltete Deutschland in ein aufrichtiges Freundschaftsverhältnis zu Oestreich-Ungarn zu treten wünsche. Auf die zustimmende Antwort des östreichischen Ministers zeigte Bismarck in seiner Depesche vom 14. Dezember 1870 der östreichischen Regierung die neue Gestaltung der deutschen Verhältnisse förmlich an und sprach die Ueberzeugung aus, daß Deutschland, dessen nationale Bestrebungen und Bedürfnisse nun befriedigt seien, mit Oestreich in freundschaftlichen Beziehungen stehen könne. Im August und September 1871 erfolgten in Ischl, Gastein und Salzburg Zusammenkünfte des Kaisers Wilhelm und des Fürsten Bismarck mit Kaiser Franz Joseph und dem Grafen Beust. Doch konnte Deutschland der Aufrichtigkeit der östreichischen Sympathie erst dann versichert sein, als Graf Beust im November 1871 seines Ministerpostens enthoben und Graf Andrassy zum Minister des Auswärtigen ernannt wurde; denn dieser, welcher die Interessen Oestreich-Ungarns, und namentlich Ungarns, nur durch den engen Anschluß an Deutschland gewahrt sah, ging gern auf die Anerbietungen des deutschen Reichskanzlers ein und unterhielt mit demselben fortwährend die intimsten Beziehungen. Die Dreikaiserzusammenkunft in Berlin, wo vom 5. bis 11. September 1872 die Kaiser Wilhelm, Franz Joseph und Alexander II. mit ihren Ministern des Auswärtigen, Bismarck, Andrassy, Gortschakow, in täglichem engen Verkehr miteinander standen, war ein Triumph der Bismarckschen Politik. Es galt, Rußland, das seit dem Krimkrieg einen tiefen Groll gegen Oestreich hegte, mit diesem zu versöhnen und ein solch intimes Verhältnis zwischen den drei Ostmächten herzustellen, welches bei jedem neuauftauchenden politischen Ereignis einen aufrichtigen Gedankenaustausch und gemeinsame Abmachungen gestattete. Dieser Bund der drei Mächte beherrschte die ganze europäische Politik, zog die Friedensfreunde an und hielt die Kriegslustigen in den Schranken. Im Jahre 1873 finden wir den Kaiser Wilhelm mit dem Fürsten Bismarck in Petersburg und in Wien. Im gleichen Jahre machte König Viktor Emanuel von Italien, von zwei Ministern begleitet, im September einen Besuch in Wien und in Berlin, da eben damals die Klerikalen am französischen Staatsruder waren und eine Restauration des Kirchenstaates zu befürchten war. Diesen Besuch erwiderte Kaiser Wilhelm im Jahre 1875. Er traf am 18. Oktober in Mailand ein und wurde

(c) Instituto Cervantes de Madrid

von der dortigen Bevölkerung mit einer solchen Begeisterung aufgenommen, daß sein erstes Telegramm an die Kaiserin lautete: „Ich habe in meinem ganzen Leben nie etwas Aehnliches gesehen.“ Selbst Fürsten solcher Länder, welche seit Jahrzehnten keine näheren Beziehungen zum Berliner Hofe unterhielten, machten dem Kaiser Wilhelm einen Besuch, so der König Wilhelm von Holland 1874 in Ems, König Oskar II. von Schweden und Norwegen 1875 und König Christian IX. von Dänemark 1879 in Berlin.

Die Beziehungen zu Frankreich waren bei dem dort herrschenden Rachegefühl sehr schwierig. Es gehörte die diplomatische Geschicklichkeit und die Entschlossenheit, wie sie der Reichskanzler in so hohem Grade besaß, dazu, um die französischen Ausschreitungen in einer Weise zu brandmarken, daß die Regierung es in ihrem eigenen Interesse fand, der Wiederholung derselben vorzubeugen. Die Ermordung zweier deutscher Soldaten durch französische Bürger, die Freisprechung der Mörder durch die Geschworenen von Melün und von Paris, die ausdrückliche Billigung dieses Urteils durch den Schwurgerichtspräsidenten und die Weigerung der französischen Regierung, die Mörder auszuliefern, hatte die Bismarcksche Depesche vom 7. Dezember 1871 zur Folge, welche eine Brandmarkung des schmachvollen Benehmens französischer Richter und eine Drohung mit scharfen Repressalien enthielt. Die Verhängung des Belagerungszustandes über sämtliche noch von den deutschen Truppen besetzten Departements und die standrechtliche Erschießung zweier Franzosen, welche am 7. November 1871 einen deutschen Soldaten ermordet hatten, belehrten endlich das gewissenlose Frankreich, daß die Zeit der straflosen Ausübung französischer Gewaltthaten vorüber sei. Die maßlosen Angriffe auf die Person des deutschen Kaisers und die Reichsregierung, welche sich mehrere französische Bischöfe in ihren Hirtenbriefen vom Jahre 1873 erlaubten, ohne daß die französische Regierung dagegen einschritt, veranlaßten Bismarck zu einer Depesche, worin er dieselbe darauf aufmerksam machte, daß die französischen Gesetze zur Bestrafung solcher Vergehen vollkommen ausreichten, und daß, falls keine Bestrafung erfolge, die Regierung sich zum Mitschuldigen der Bischöfe mache. Als unter der Präsidentschaft des Marschalls Mac Mahon die klerikale und monarchistische Partei sich des Ministeriums bemächtigte und die Militärorganisation mit so auffallender Hast betrieben wurde, erklärte Bismarck

(c) Instituto Cervantes de Madrid

in einer Depesche vom Januar 1874 an die Vertreter Deutschlands, daß ein klerikales, der kirchenstaatlichen Theokratie unterthäniges Frankreich mit dem Weltfrieden unvereinbar und der geschworene Feind Deutschlands wäre, und daß, falls ein Zusammenstoß unzweifelhaft und unvermeidlich wäre, die deutsche Regierung trotz aller Friedensliebe es nicht vor ihrem Gewissen und vor der Nation verantworten könnte, den Zeitpunkt abzuwarten, der für Frankreich der passendste wäre. Das böse Gewissen der französischen Regierung hielt es für das Bequemste, sich in Anklagen gegen die angebliche Kriegslust des deutschen Reichskanzlers zu ergehen, und England that ihr den Gefallen, solchen Verleumdungen Glauben zu schenken. Kaiser Alexander II. dagegen, welcher am 10. Mai 1875 nach Berlin kam und mit Bismarck eine Unterredung hatte, und Graf Andrassy, welcher in die Bismarcksche Politik tief eingeweiht war, konstatierten, daß in Berlin keine friedensstörende Tendenz zu finden sei, und daß ein neuer deutsch-französischer Krieg Deutschland erst von Frankreich wieder aufgedrängt werden müßte. Diese Situation gab der Berliner Zeitung „Die Post" Veranlassung zu der Frage: „Ist der Krieg in Sicht?" woraus erst die Bevölkerung Deutschlands erfuhr, um was es sich handelte. Die Einladung zur Teilnahme an der Pariser Weltausstellung von 1878 lehnte unter solchen Umständen die deutsche Reichsregierung ab und beteiligte sich auf wiederholte Aufforderungen schließlich nur an der Ausstellung für Werke der Kunst.

Auch die belgische Regierung, welche ihre Bischöfe in ihren Schmähungen und Aufreizungen gegen die deutsche Reichsregierung nicht störte, erhielt von letzterer Verwarnungen, und als dieselbe einen Belgier, der in einem an den Erzbischof von Paris gerichteten Schreiben sich gegen eine bestimmte Geldsumme zur Ermordung Bismarcks angeboten hatte, unbehelligt ließ und dies damit rechtfertigte, daß die belgische Gesetzgebung und Rechtspflege der Staatsgewalt kein Mittel hierfür an die Hand gebe, erwiderte der Reichskanzler am 3. Februar 1875, ein Staat, der für solche Fälle keine Gesetze habe, sei, zumal wenn er das Privilegium der Neutralität genieße, sich selbst und den anderen Staaten es schuldig, neue Gesetze hierfür vorzulegen. Auf dies hin kam denn auch ein solches Gesetz in Belgien zustande. Die auf Befehl des spanischen Prätendenten Don Karlos erfolgte

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Erschießung des preußischen Hauptmanns a. D. Albert Schmidt, welcher die Schlacht bei Estella 1874 nicht als Kombattant, sondern als Korrespondent deutscher Blätter mitgemacht hatte und in die Gefangenschaft der Karlisten gefallen war, beantwortete die Reichsregierung damit, daß sie sämtliche Großmächte, außer Rußland, zur Anerkennung der gesetzmäßigen Regierung des Marschalls Serrano vermochte, daß sie zwei Kriegsschiffe nach dem Meerbusen von Biscaya abschickte und das französische Ministerium aufforderte, den Karlisten keinen Vorschub mehr zu leisten. Die Regierung der zentralamerikanischen Republik Nicaragua, welche das auf den dortigen deutschen Konsul gemachte Attentat unbestraft ließ, wurde 1878 durch die Absendung von Kriegsschiffen zur Unterzeichnung der ihr gestellten Bedingungen genötigt. Nach der liberischen Küste (im Westen Afrikas), wo deutsche Schiffbrüchige mißhandelt und geplündert worden waren, wurde 1881 ein Kriegsschiff abgesandt und volle Genugthuung von den Schuldigen erzwungen.

Die orientalische Krisis (siehe diese) beschäftigte die Aufmerksamkeit und Thätigkeit der deutschen Reichsregierung in allen ihren Stadien. Der Berliner Kongreß von 1878 hatte einen Konflikt mit Rußland zur Folge. Die leitenden Minister, die Militärs und die Presse waren sehr unzufrieden damit, daß Bismarck, welcher auf dem Kongreß das Präsidium und die entscheidende Stimme führte, nicht die wesentlichsten Punkte des Vertrages von San Stefano in den Berliner Friedensvertrag aufgenommen hatte und daß vollends Oestreich ein europäisches Mandat zur Besetzung Bosniens und der Herzegowina übertragen worden war. Deutschland wurde der Undankbarkeit angeklagt, daß es, uneingedenk der ihm in den Jahren 1866 und 1870 von Rußland geleisteten Dienste, diesem nicht seinen vollen Beistand zur Verfügung gestellt habe, als ob nicht Preußen während des Krimkrieges, beim polnischen Aufstand und 1871 bei der Pontuskonferenz (siehe Rußland) Rußland höchst schätzenswerte Dienste geleistet hätte. Die russische Presse verstieg sich in ihrer Erbitterung zu dem Ausspruch: „Konstantinopel muß in Berlin erobert werden.“ An der russisch-preußischen Grenze fanden starke Truppenansammlungen statt. Fürst Gortschakow und der Kriegsminister Miljutin machten aus ihrem Haß gegen Deutschland und aus ihrem Streben nach Herstellung einer russisch-französischen Allianz kein Hehl. Wenn auch der damalige

(c) Instituto Cervantes de Madrid

französische Minister des Auswärtigen, Waddington, sich auf eine solche Allianz nicht einließ, so konnte das, zumal wenn der allmächtige Gambetta den Ausbruch des Krieges für opportun hielt, durch die Entlassung des Ministers sofort anders werden. Die deutsche Reichsregierung mußte also mit der Möglichkeit rechnen, nach zwei Seiten hin zugleich Front machen zu müssen.

Um einer solchen Eventualität mit Aussicht auf Erfolg die Spitze bieten zu können, wandte sich Bismarck an denjenigen Staat, welcher als Nebenbuhler Rußlands an der unteren Donau und als halber Slawenstaat den russischen Angriffen noch weit mehr ausgesetzt war als Deutschland. In Gastein und in Wien verkehrte Bismarck im September 1879 mit dem Grafen Andrassy und dem zu dessen Nachfolger bereits designierten Baron Haymerle und wurde in Wien von Kaiser Franz Joseph mit der größten Aufmerksamkeit empfangen. Ein Defensivbündnis zwischen Deutschland und Oestreich-Ungarn wurde abgeschlossen. Kaiser Wilhelm, dessen Unterredung mit dem russischen Kaiser in Alexandrowo nicht den gewünschten Erfolg hatte, unterzeichnete den Vertrag, welcher zugleich feste Bestimmungen für ein gemeinsames Auftreten in der orientalischen Frage enthielt, die persönlichen Gefühle, welche in ihm für den langjährigen russischen Alliierten sprachen, dem Staatsinteresse unterordnend. Damit war der Dreikaiserbund in einen Zweikaiserbund umgewandelt, und wir sehen von da an in allen Phasen der orientalischen Krisis Deutschland und Oestreich-Ungarn Hand in Hand miteinander gehen. Die Intimität beider Staaten hatte sich schon im Oktober 1878 darin gezeigt, daß auf den Wunsch der deutschen Reichsregierung Oestreich seine Zustimmung dazu gab, daß jene Bestimmung des Prager Friedensvertrages, wonach die Bevölkerung der nördlichen Distrikte Schleswigs auf einen durch freie Abstimmung geäußerten Wunsch hin an Dänemark abgetreten werden sollte, außer Gültigkeit gesetzt und dadurch dem Ausland jeder Anlaß, diese Frage zum Gegenstand einer diplomatischen Einmischung zu machen, benommen wurde.

Auf die russischen und französischen Chauvinisten machte die Nachricht von dem Abschluß dieser Defensivallianz einen ernüchternden Eindruck. Eine russisch-französische Allianz hatte nichts Beunruhigendes mehr. Das sah man in jenen Kreisen ein und legte sich einige Mäßigung auf. Die Beziehungen

(c) Instituto Cervantes de Madrid

zu Rußland gestalteten sich wieder günstiger. Aber die Katastrophe vom 13. März 1881, bei welcher Kaiser Alexander II. durch die Sprengbomben der Nihilisten getötet wurde, schuf eine neue Lage. Sein Sohn und Nachfolger, Alexander III., galt nicht für einen Freund Deutschlands. Aber die politischen und sozialen Verhältnisse waren einflußreicher als die persönlichen Neigungen. Alexander III. kam bald zu der Einsicht, daß die Sicherheit seiner Dynastie und seines Reiches hauptsächlich auf einem guten Einvernehmen mit Deutschland beruhe, und daß er keinen zuverlässigeren und uneigennützigeren Bundesgenossen als den Kaiser Wilhelm finden könne. Auf seine Veranstaltung fand am 9. September 1881 die Zusammenkunft zwischen den Kaisern Wilhelm und Alexander statt, welcher Fürst Bismarck und der Staatssekretär von Giers, der Stellvertreter Gortschakows, beiwohnten. Im Jahre 1882 wurde Fürst Gortschakow in den Ruhestand versetzt, der panslawistische Minister des Innern, Graf Ignatjew, seines Amtes entbunden und von Giers zum Minister des Auswärtigen ernannt. Damit war der Sieg der russischen Friedenspartei entschieden. Dieselbe feierte einen glänzenden Triumph am 15. September 1884, an welchem Tage die Kaiser Wilhelm und Franz Joseph eine Zusammenkunft mit dem Kaiser Alexander III. in dessen Lustschlößchen Skierniewicze, das an der Warschau-Wiener Eisenbahnlinie liegt, hatten und ihre leitenden Minister, Fürst Bismarck, Graf Kalnoky (Nachfolger des verstorbenen Haymerle) und Herr von Giers, miteinander konferierten, und am 25. August 1885, wo Alexander III. dem Kaiser Franz Joseph in dem mährischen Städtchen Kremsier einen Besuch machte. Bei den im Westen und Osten Europas auftauchenden drohenden

Alexander III., Kaiser von Rußland.

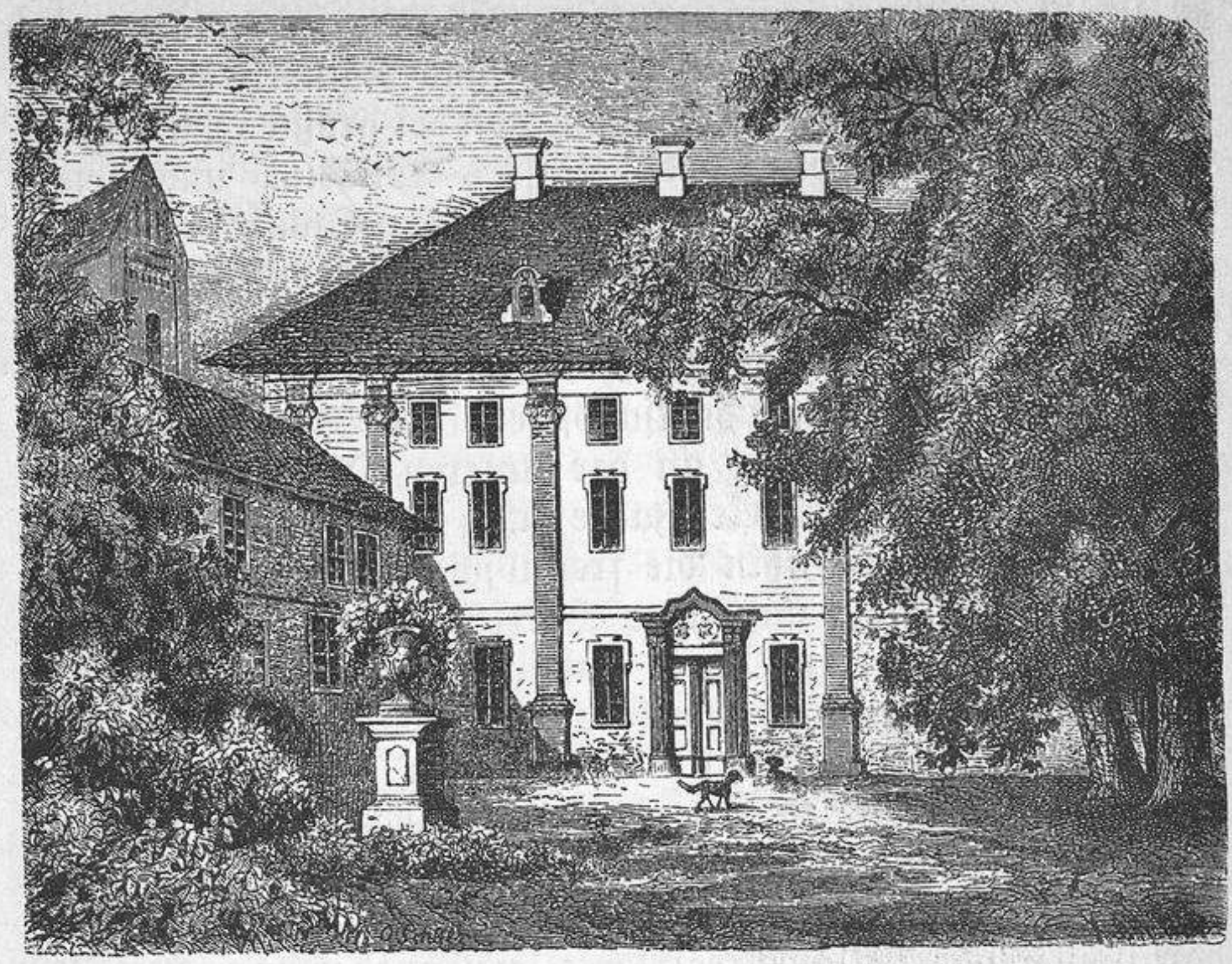
(c) Instituto Cervantes de Madrid

Wolken war die Zusammenkunft, welche Kaiser Wilhelm und Bismarck mit Kaiser Franz Joseph und Kalnoky vom 8. bis 10. August 1886 in Gastein hatten, von der größten Wichtigkeit.

Die Friedenspolitik des Kaisers Wilhelm und seines Reichskanzlers hatte für alle schwächeren Staaten, die sich von einem mächtigen, herrschsüchtigen Nachbar bedroht fühlten, eine große Anziehungskraft. Italien, das sich 1881 in der tunesischen Frage von Frankreich düpiert sah (siehe Frankreich), schloß sich 1883 an das deutsch-östreichische Bündnis an. Die beiden jungen Königreiche an der unteren Donau, Rumänien und Serbien, welche viele Jahre lang Front gegen Oestreich gemacht hatten, traten in die freundschaftlichsten Beziehungen zu diesem Staate, und ihre Herrscher und die leitenden Minister sehen wir in Wien, Gastein und Berlin im Verkehr mit den Monarchen, mit dem Grafen Kalnoky und dem Fürsten Bismarck. König Alfons von Spanien, welcher sich mehr zu Deutschland als zu Frankreich hingezogen fühlte, wohnte 1883 den Homburger Manövern bei. Daß er bei dieser Gelegenheit vom Kaiser Wilhelm zum Chef des in Straßburg garnisonierenden Ulanenregiments ernannt wurde, zog ihm auf seiner Rückreise bei seiner Ankunft in Paris einen skandalösen Empfang seitens der nach Tausenden zählenden Menge zu, welche den Platz vor dem Bahnhof füllte. Unter dem Rufe: „Nieder mit dem Ulanen! Nieder mit dem Ulanenkönig! Nieder mit dem Preußen! Nach Berlin, nach Berlin!" und unter dem fortwährenden Gejohl der Menge bestieg der König den Wagen und fuhr nach der spanischen Botschaft. Kaiser Wilhelm richtete auf dies hin ein Telegramm an den König: „Ich beklage die Ihnen in Paris zugefügte Beleidigung; ich weiß übrigens, daß sie sich weit mehr an mich als an Sie wendet," und ließ des Königs Besuch noch im nämlichen Jahre durch den Gegenbesuch, welchen der Kronprinz als sein Stellvertreter in Madrid machte, erwidern.

Bei den ganz außerordentlichen Verdiensten, die sich Fürst Bismarck seit seinem Eintritt ins Ministerium (1862) um die hohenzollerische Dynastie, um Preußen und um Deutschland erworben hat, war es begreiflich, daß er der Gegenstand der höchsten Bewunderung, der lebhaftesten Sympathie und des innigsten Dankgefühls war. Wenn auch der parlamentarische Stellvertreter der Nation, der Reichstag, ihm in seiner Mehrheit systematische und persönliche Opposition machte und sogar da und dort der schmachvolle Ruf ertönte: „Fort

(c) Instituto Cervantes de Madrid



Bismarcks Stammhaus in Schönhausen.

mit Bismarck!" so ist daran zu erinnern, daß die beiden Begriffe „Mehrheit der Nation" und „Mehrheit des Reichstags" sich nicht in allen Fällen decken. Dies zeigte sich hauptsächlich bei der Bismarckfeier vom 1. April 1885. Dieselbe stand im Zusammenhang mit jenem Beschluß der Reichstagsmehrheit vom 15. Dezember 1884, wonach dem Reichskanzler die Bewilligung von 20000 Mark zur Errichtung einer dritten Direktorstelle im Auswärtigen Amt verweigert wurde, obgleich er mit Zahlen nachgewiesen hatte, daß der immer mehr anschwellenden Arbeitslast seine und seiner Untergebenen Kraft und Gesundheit nicht gewachsen sei. Gegen diesen sinnlosen und pietätslosen Beschluß der Reichstagsmehrheit erhob sich sofort in der Presse und in Versammlungen ein Sturm der Entrüstung, wie er, seitdem der Reichstag besteht, noch nie sich kundgegeben hat, und der Gedanke einer „Bismarckspende" brach sich alsbald Bahn. In allen Teilen Deutschlands, in den übrigen Ländern Europas, wo Deutsche beisammen waren, und in den anderen Weltteilen wurden freiwillige Beiträge gesammelt zu einer Ehrengabe als Ausdruck des Dankes der Nation für den Begründer der Einheit und Größe des deutschen Vaterlandes. Die Samm-

(c) Instituto Cervantes de Madrid

lungen gaben einen Ertrag von 2750049 Mark 44 Pfennig. Nach Abzug der Kosten von 20905 Mark 50 Pfennig blieb die Summe von 2729143 Mark 94 Pfennig übrig. Hiervon wurden 1500000 Mark zum Ankauf des Gutes Schönhausen verwandt, wo der Reichskanzler geboren war und seine Jugenderziehung erhalten hatte, und dessen größerer Teil vor fünfzig Jahren unter der wirtschaftlichen Ungunst der Zeit der Familie Bismarck verloren gegangen war, während der Rest von 1229143 Mark 94 Pfennig dem Fürsten zur freien Verfügung für öffentliche Zwecke übergeben wurde. Als Tag der Uebergabe der Bismarckspende wurde der 1. April bestimmt, an welchem Tage der Fürst das siebzigste Lebensjahr zurücklegte und nahezu fünfzig Jahre im Staatsdienst war. Nachdem am Vorabend dieses Tages die Krieger- und Landwehrvereine von Berlin und Umgegend, 3600 Mann stark, dem Fürsten ihre Huldigungen dargebracht und die Studierenden von Berlin und Delegierte der anderen deutschen Universitäten, die Künstler, Innungen u. s. w. einen Fackelzug veranstaltet hatten, erschien am eigentlichen Festtag zuerst eine Deputation der Herren von Bismarck, sodann das preußische Staatsministerium und der Bundesrat, darauf das Komitee mit der Bismarckspende, eine Deputation der Berliner Universität und Akademie und die gesamte Berliner Generalität, zuletzt die Deputationen der Studenten. Den Glanzpunkt des Tages bildete die Ankunft des Kaisers, der mit allen Prinzen seines Hauses in die Wohnung des Jubilars kam, ihm für seine vieljährigen und glorreichen Dienste dankte und ihn unter Thränen umarmte und küßte. Der Reichskanzler, ebenfalls mit Thränen im Auge, erwiderte dem Kaiser: „Ich habe nie ein größeres Glück gekannt, als Eurer Majestät und dem Lande zu dienen, und so wird es auch für den Rest meines Lebens sein. Was ich geleistet, habe ich nur leisten können durch das Vertrauen, welches Eure Majestät mir stets geschenkt.“ Auch wurden dem Fürsten 3738 Glückwunschschreiben, 2644 Telegramme, darunter solche von fast allen Fürsten Europas, 175 Adressen, Ehrendoktordiplome, Ehrenbürgerbriefe und 560 Geschenke aller Art geschickt. Und die Bismarckfeier beschränkte sich nicht auf Berlin: fast in allen Städten Deutschlands, sogar in vielen Dörfern und in manchen außerdeutschen Städten wurde am 1. April ein Festabend veranstaltet und unter Reden und Gesängen des großen Reichskanzlers gedacht. Niemals, solange die Welt steht, hat

(c) Instituto Cervantes de Madrid

ein Minister einen so großartigen, aus dem dankerfüllten Herzen seines Volkes hervorgegangenen Triumph gefeiert. Die zu freier Verfügung für öffentliche Zwecke übergebene Summe von rund 1200000 Mark verwandte der Fürst zu einer „Schönhauser Stiftung", deren Zweck die Unterstützung deutscher junger Männer, welche sich dem höheren Lehrfach an deutschen höheren Lehranstalten widmen, und die Unterstützung im Inlande wohnender Witwen von Lehrern des höheren Lehrfaches war.

h) Deutsche Einzelstaaten.

Die Geschichte der deutschen Einzelstaaten hat seit der Gründung des Deutschen Reiches, welches das politische Interesse ganz für sich in Anspruch nimmt und wichtige Ereignisse derselben in den Rahmen seiner Geschichte aufnimmt, an Bedeutung sehr verloren. Die Frage, ob zu Aenderungen der Reichsverfassung, zu Kompetenzerweiterungen und zum Verzicht auf Reservatrechte die Genehmigung der Einzellandtage erforderlich sei, oder ob hierfür die Zustimmung des Bundesrats und Reichstags und die ausdrückliche Genehmigung des berechtigten Bundesstaats, das heißt des Bevollmächtigten desselben im Bundesrat genüge, wurde im Sinne einer gedeihlichen Fortentwicklung der Reichsverfassung entschieden. Die Demokraten in der württembergischen und die Klerikalen in der bayrischen Kammer machten jede Aenderung der Reichsverfassung von dem Votum der Einzellandtage abhängig; aber die Minister beider Staaten traten für die Anschauungen der Reichsregierung ein, und die Mehrheit der Kammern verwarf die Anträge der antinationalen Parteien.

Der Tod des Herzogs Wilhelm von Braunschweig, welcher am 18. Oktober 1884 erfolgte, rief die welfische Frage wieder wach. Da weder er, noch sein längst verstorbener Bruder, der vertriebene Herzog Karl, vermählt war, so erlosch mit ihm die ältere welfische Linie, welche von Preußen mit dem Fürstentum Oels in Schlesien belehnt war. Ohne die Konsequenzen vom Jahre 1866 wäre der Sohn des 1878 verstorbenen Königs Georg von Hannover, der Herzog Ernst August von Cumberland, der nächste Erbe des Herzogtums Braunschweig gewesen. Da aber dieser in seinem Schreiben vom 11. Juli 1878 erklärt hatte, daß infolge des Todes seines Vaters alle Rechte, Prärogative und Titel, welche

(c) Instituto Cervantes de Madrid

seinem Vater überhaupt und insbesondere in Beziehung auf das Königreich Hannover zustanden, kraft der Erbfolgeordnung auf ihn übergegangen seien, womit die Nichtanerkennung der Einverleibung Hannovers in Preußen und der ganzen Neugestaltung des Deutschen Reiches ausgedrückt war, und da auch andere Briefe von ihm vorlagen, in welchen er seine Ansprüche auf Hannover auch für den Fall seiner Thronfolge in Braunschweig voll und unumwunden aufrecht erhielt, so lebte er in einer Art Kriegszustand zu Preußen, was mit der Reichsverfassung, die ausdrücklich allen Gliedern des Reiches ihre sämtlichen Rechte und Besitzungen garantiert, im Widerspruch stand. Seine Erbfolge im Herzogtum Braunschweig war somit eine politische Unmöglichkeit. Daher hatte sein Patent vom 18. Oktober 1884, das an alle deutschen Regierungen und an das braunschweigische Staatsministerium gerichtet war, keinen Erfolg. Der Kaiser nahm das Patent und das Begleitschreiben nicht an, und das Staatsministerium antwortete dem Herzog, daß gemäß dem Gesetz vom 16. Februar 1879 der Regentschaftsrat sich konstituiert habe und von der Reichsregierung anerkannt worden sei; daß ersterer das Ministerium beauftragt habe, das Patent weder zu kontrasignieren noch zu veröffentlichen; daß das Ministerium dem Herzog es überlassen müsse, seine Ansprüche auf die Thronfolge bei Kaiser und Reich geltend zu machen. Der Herzog von Cumberland mußte sich also damit begnügen, daß ihm Herzog Wilhelm den größten Teil seines Privatvermögens und seine Schlösser in Braunschweig und in Hietzing (bei Wien) vermacht hatte. Windthorst ließ sich in Braunschweig die dem Herzog hinterlassenen Barmittel und Wertpapiere übergeben und brachte sie nach Gmunden am Traunsee, wo jener, der mit der dänischen Prinzessin Thyra vermählt war, seit Jahren seinen Wohnsitz genommen hatte. Das Thronlehen Oels fiel an die Krone Preußen zurück; die in Schlesien liegenden Fideikommiß- und Allodialgüter erbte dem Testamente gemäß König Albert von Sachsen.

Auf den Vorschlag des Reichskanzlers sprach sich der Bundesrat am 2. Juli 1885 dahin aus, daß die Regierung des Herzogs von Cumberland in Braunschweig wegen seines Verhältnisses zu dem Bundesstaat Preußen mit den Grundprinzipien der Bündnisverträge und der Reichsverfassung nicht vereinbar sei. Die braunschweigische Landesversammlung stimmte diesem Beschlusse bei und nahm am 21. Oktober

(c) Instituto Cervantes de Madrid

1885, dem Regentschaftsgesetz von 1879 gemäß, die Wahl eines Regenten vor. Im Namen des Regentschaftsrates schlug der Staatsminister Graf Görtz-Wrisberg den Prinzen Albrecht von Preußen, den Neffen des Kaisers, der seit 1874 kommandierender General des hannöverschen Armeekorps war, zum Regenten vor. Derselbe wurde von der Landesversammlung einstimmig gewählt. Der Prinz nahm die Wahl an, hielt mit seiner Gemahlin, der Prinzessin Marie von Sachsen-Altenburg, am 2. November 1885 seinen Einzug in Braunschweig und trat die Regierung des Landes an.

Prinz Albrecht von Preußen.

Tragisch waren die Ereignisse, welche im Jahre 1886 einen Thronwechsel in Bayern zur Folge hatten. König Ludwig II., am 25. August 1845 geboren, der Sohn des Königs Maximilian II. und der Königin Maria, der Tochter des Prinzen Wilhelm von Preußen, war am 10. März 1864 seinem Vater auf dem Throne gefolgt. Er war damals erst 18½ Jahre alt und hatte für seine hohe Stellung nicht die nötige Reife. Dies rächte sich bei dem ideal angelegten Fürsten, wie es sich schon bei manchem jungen Fürsten gerächt hat. Von einem hohen Selbstgefühl erfüllt, glaubte er, daß es für seine königliche Majestät keine Grenze des Wollens gebe. Sein Vorbild war nicht Friedrich der Große, welcher „den Monarchen den ersten Diener des Staates" nannte, sondern Ludwig XIV., der das übermütige Wort aussprach: „l'état c'est moi". Er gefiel sich bald in Exzentrizitäten, die ebensosehr von krankhafter Menschenscheu als von unheilbarem Cäsarenwahnsinn zeugten. Seine verschwenderischen Bauten, die im Stile der Versailler

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Schlösser gehalten waren, brachten zuletzt die königliche Kasse in Verlegenheiten, aus denen nur die Hilfe der Staatskasse oder der Bankrott helfen konnte. Von ersterer Alternative wollte der Landtag nichts wissen, die zweite konnte nicht ohne Schädigung des Königtums gewählt werden. Als er zuletzt seinem Kammerdiener den Auftrag gab, ein neues Ministerium zu bilden, lag der Wahnsinn unverhüllt vor und es mußte offen und entschieden gehandelt werden. In einer Beratung der königlichen Prinzen und der Minister wurde König Ludwig wegen dauernder schwerer Erkrankung für regierungsunfähig erklärt. Prinz Luitpold, der Oheim des Königs, übernahm am 10. Juni 1886 die Reichsverwesung; die Deputation, welche den König hiervon benachrichtigen sollte, wurde auf dessen Befehl verhaftet und entging mit Mühe den ihr angedrohten schlimmsten Mißhandlungen. Doch gelang es dem Irrenarzt Professor Dr. von Gudden, einem Mitgliede jener Deputation, den König zu bewegen, daß er sich von Schloß Neuschwanstein nach Schloß Berg am Starnberger See bringen ließ. Die Erkenntnis, daß er für irrsinnig erklärt und als solcher behandelt werde, bestärkte den König in seinem Verfolgungswahn und weckte in ihm Selbstmordgedanken. Erschütternd war die Nachricht, daß König Ludwig am Abend des 13. Juni, nachdem er mit Gudden in dem Park des Schlosses Berg einen Spaziergang gemacht hatte, in den Starnberger See sich gestürzt habe und samt dem ihm nacheilenden Arzte ertrunken sei. Die Leiche wurde nach München gebracht und am 19. Juni, in Anwesenheit des Kronprinzen des Deutschen Reiches, des Kron-

Prinz Luitpold von Bayern.
Nach der Büste von Prof. Chr. Roth in München.

(c) Instituto Cervantes de Madrid

prinzen Rudolf von Oestreich und vieler anderen Fürstlichkeiten, in der Michaelskirche beigesetzt.

Sofort nach dem Tode des Königs wurde dessen Bruder, Prinz Otto, als König ausgerufen und ihm von den Truppen und Beamten der Eid der Treue geleistet, obgleich dieser gleichfalls vom Wahnsinn befallen und seit 1875 der Pflege der Irrenärzte überlassen war. Derselbe wohnt im Schloß Fürstenried, wo er freie Bewegung hat, aber als Irrsinniger bewacht werden muß. Die vertagten Kammern wurden auf den 17. Juni einberufen. Es mußte ihnen durch Vorlegung der den Wahnsinn der königlichen Brüder betreffenden Aktenstücke die Notwendigkeit der Regentschaft dargethan und ein Gesetzentwurf über die Dotation des Regenten eingebracht werden. Sowohl der Reichsrat als das Abgeordnetenhaus, jener am 21., dieses am 26. Juni, sprachen einstimmig ihre Gutheißung der Einsetzung der Regentschaft aus und setzten die Dotation für den Prinzregenten auf 342 857 Mark fest, worauf der Prinzregent am 28. Juni den Eid auf die Verfassung leistete. Dem Herkommen gemäß überreichte am 5. Juli das Gesamtministerium dem neuen Regenten sein Entlassungsgesuch, worauf derselbe in seinem Schreiben vom 6. Juli den Ministern seine „volle Anerkennung für ihr seitheriges Wirken" ausdrückte und sie ersuchte, auch ferner im Amt zu bleiben, da er „den Rat so diensterfahrener, erprobter Männer nicht entbehren möchte". Damit war für Bayern die Gefahr einer ultramontanen Parteiregierung, als deren Führer bereits der Reichsratspräsident von Franckenstein bezeichnet wurde, vorderhand beseitigt, und Prinz Luitpold hat dem über ihn gefällten Urteil, daß er kirchlich gesinnt, aber von gemäßigter Haltung sei, entsprochen.

4) Die orientalische Krisis.

(1874—1886.)

a) Thronwechsel und Aufstände in der Türkei.

(1874—1877.)

Nachdem von 1859 bis 1871 die italienische und die deutsche Frage in nationalem Sinne entschieden worden waren, trat mit dem Jahre 1875 die orientalische Frage in den Vordergrund der europäischen Politik. Es zeigte sich in der christlichen Bevölkerung der europäischen Türkei das Streben, sich

(c) Instituto Cervantes de Madrid

von der Herrschaft der Pforte möglichst loszumachen. Das Blutbad in Podgorizza (am 19. und 20. Oktober 1874) war ein Zeugnis von der Mordlust der Mohammedaner und von der erbärmlichen Justiz ihrer Behörden. Infolge der Tötung eines Türken wurden 17 auf dem dortigen Markt anwesende Montenegriner und einige andere Christen ermordet, erst auf die Vorstellung der fremden Botschafter in Skutari ein Gerichtsverfahren gegen die Mörder veranstaltet und mehrere zum Tode verurteilt; als aber endlich der Befehl zur Hinrichtung derselben gegeben wurde, hatte der Gouverneur von Skutari sie bereits entwischen lassen. Durch diese Verhöhnung alles Rechts wurde der Haß der Montenegriner gegen die Türken gesteigert, und mit Begierde griffen jene zu den Waffen, wenn es galt, die christlichen Brüder an den Türken zu rächen. Eine Gelegenheit hierzu zeigte sich bald.

Die Bewohner der Herzegowina und einiger Distrikte von Bosnien ergriffen am 6. Juli 1875 die Waffen, durch die Erpressungen, Plünderungen und Mordthaten, welche an den Christen verübt und von den Behörden nicht bestraft wurden, zur Verzweiflung gebracht. Sie erhielten von den stammverwandten Nachbarn in Serbien und Montenegro heimliche Unterstützung. Es gelang den Türken nicht, des Aufstands in dem gebirgigen Terrain Meister zu werden. Verhandlungen, welche, durch die fremden Mächte veranlaßt, eingeleitet wurden, führten zu keinem Resultat. Die Pforte verkündigte zwar neue Reformen; aber mit Recht legten die Aufständischen diesen nicht den geringsten Wert bei, wenn nicht die Großmächte eine Garantie für die Durchführung der verheißenen Reformen übernahmen. Die Ratschläge der drei Kaisermächte, welche in einer Note des östreichischen Ministers Grafen Andrassy niedergelegt waren (30. Dezember 1875), hatten keine Bedeutung, da diese Mächte nicht auch zugleich für eine gewissenhafte Befolgung ihrer Ratschläge sorgten. Während die leitenden Minister der Kaisermächte sich vom 11. bis 14. Mai 1876 in Berlin über neue Vorschläge miteinander berieten und das „Berliner Memorandum" ausarbeiteten, das schon durch die Ablehnung Englands allen Wert verlor, wurden die Zustände in der Türkei von Tag zu Tag bedenklicher. In Saloniki wurden am 6. Mai 1876 von dem fanatisierten türkischen Pöbel der deutsche und der französische Konsul in einer Moschee ermordet, worauf das deutsche Panzergeschwader in dem Hafen von Saloniki er-

(c) Instituto Cervantes de Madrid

schien, die Schiffe Frankreichs und anderer Staaten sich anschlossen und die Pforte genötigt wurde, volle Genugthuung zu geben. Bulgarien, wo am 1. Mai 1876 ein Aufstand ausgebrochen war, wurde durch die kannibalischen Baschi-Bozuks und Tscherkessen unter den fürchterlichsten, an Männern, Weibern und Kindern verübten Greueln verwüstet. Etwa 15000 Menschen, meist Weiber und Kinder, wurden ermordet. Das Gemetzel in Batak am 12. Mai, in Klissura und anderen Orten gehört zum Gräßlichsten, was man kennt. Hunderte von bulgarischen Mädchen wurden in den Straßen von Philippopel und in anderen großen Städten zum Verkauf ausgeboten, junge Frauen in die türkischen Harems geschleppt, reiche Kaufleute, Geistliche und Lehrer massenhaft aufgegriffen und sofort ermordet oder in abscheuliche Kerker geworfen. Und die Regierung in Konstantinopel zeichnete die Führer dieser Raub- und Mordbanden durch Verleihung von Orden und hohen Aemtern aus.

Sultan Abdul Hamid II.

In Konstantinopel herrschte große Unzufriedenheit mit der Regierung, daß sie den Aufstand in Bosnien und der Herzegowina nicht zu bewältigen vermochte und daß sie mit dem russischen Botschafter, Grafen Ignatjew, welcher wegen seines schlauen Intriguenspiels „der Vater der Lüge" genannt wurde, aufs innigste verbunden war. Durch eine Erhebung der Softa, der Studierenden der Moscheen, wurde die Entlassung des russenfreundlichen Großwesirs erzwungen, durch einen Staatsstreich der Minister Sultan Abdul Aziz am 29. Mai 1876 entthront und sein Neffe Murad als Sultan proklamiert; am 5. Juni wurde Abdul Aziz ermordet, am 15. Juni zwei von den neuen Ministern von einem Offizier aus Privatrache ermordet, am 31. August der unfähige Sultan Murad V. wieder abgesetzt und sein Bruder als Sultan Abdul Hamid II. proklamiert.

Während in Bosnien und der Herzegowina der Aufstand

(c) Instituto Cervantes de Madrid

noch fortdauerte, kündigten am 2. Juli 1876 Serbien und Montenegro der Pforte den Krieg an. Diese beiden Staaten konnten sich der offenen Unterstützung der Aufständischen nicht mehr länger entziehen, beanspruchten für Bosnien die Vereinigung mit Serbien, für die Herzegowina die mit Montenegro und rückten ins Feld mit der Hoffnung, durch ihr kriegerisches Vorgehen alle christlichen Provinzen und das Königreich Griechenland zu einer gemeinsamen Bekämpfung der türkischen Herrschaft zu veranlassen. Die Montenegriner rückten in der Herzegowina, die Serben in Bosnien, in Türkisch-Serbien und in Bulgarien ein. Aber ihre Hoffnungen erfüllten sich nicht. Zwar erhielten die Serben einige Verstärkungen durch bulgarische Freiwillige; aber zu einer allgemeinen Erhebung der Christen kam es nicht. Daher sahen sich die Serben auf allen Punkten des Kriegsschauplatzes einer bedeutenden Uebermacht gegenübergestellt. Sie wurden von dem russischen General Tschernajew befehligt und von Rußland durch Zuzug von Freiwilligen und durch Sendungen von Geld und Lazarettgegenständen unterstützt. Aber der türkische Feldherr Abdul Kerim drängte die serbischen Milizen in mehreren Treffen zurück und war im Begriff, auf Belgrad selbst loszugehen. Auf den Hilferuf Serbiens ließ Kaiser Alexander II. von Rußland in Konstantinopel erklären, daß, wenn die Pforte nicht sofort einen Waffenstillstand gewähre, die diplomatischen Beziehungen zwischen Rußland und der Türkei abgebrochen seien. Am 31. Oktober unterzeichnete die Pforte den Waffenstillstandsvertrag. Serbien war gerettet und schloß am 1. März 1877 Frieden mit der Türkei, während mit Montenegro, das mehrere Siege über die türkischen Truppen erfochten, dieselben aus dem Lande gejagt hatte und in das nördliche Albanien eingedrungen war, nach nutzlosen Verhandlungen der Krieg aufs neue ausbrach.

b) Diplomatische Verhandlungen.

(1876—1877.)

Während auf allen Punkten Waffenstillstand herrschte, wurde am 23. Dezember 1876 in Konstantinopel eine Konferenz der sechs Großmächte und der Türkei eröffnet, welche über Einführung einer besseren Verwaltung in den Provinzen

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Bulgarien, Bosnien und Herzegowina sich beraten sollte. Kaiser Alexander sprach sich über die kritische Lage am 10. November 1877 in seiner Rede zu Moskau aus: „Falls uns nicht genügende Garantien für die Vollführung dessen, was wir mit Recht von der Pforte verlangen können, gegeben werden, habe ich die feste Absicht, selbständig zu handeln. Ich bin überzeugt, daß in diesem Falle ganz Rußland meinem Rufe folgen leisten würde, wenn ich es für nötig erachte und die Ehre Rußlands es fordert." Die Konsequenzen dieser Rede folgten Schlag auf Schlag. Am 13. November 1876 wurde die Formierung von sechs Armeekorps angeordnet und der Großfürst Nikolai Nikolajewitsch, ein Bruder des Kaisers, zum Oberbefehlshaber dieser Südarmee ernannt; am 15. November wurden die russischen Garantieforderungen veröffentlicht; am 18. November wurde eine Nationalanleihe von 100 Millionen Rubel ausgeschrieben; am 1. Dezember reiste Großfürst Nikolai nach dem Süden ab und schlug sein Hauptquartier in Kischenew auf; am 19. November erinnerte Gortschakow in einer Depesche die englischen Minister daran, daß schon mehrere Interventionen in der Türkei stattgefunden hätten, und erklärte, daß der Grundsatz der Unabhängigkeit und der Integrität der Türkei untergeordnet werden müsse denjenigen Garantien, welche das Gefühl des christlichen Europa und die allgemeine Ruhe erheischten.

Von Deutschland hatte Rußland, wenn es zum Kriege schritt, nichts zu fürchten. Kaiser Wilhelm sagte am 23. November 1876 zu dem englischen Konferenzbevollmächtigten, Marquis von Salisbury: „Die vom Kaiser Alexander angenommene Haltung sei demselben durch die Verhältnisse uud durch die an seinen Glaubensgenossen ausgeübten Bedrückungen auferlegt worden; es sei für Europa unmöglich, fernerhin bloße Versprechungen der Pforte anzunehmen, und unerläßlich, genügende Bürgschaften gegen die Fortdauer der Uebelstände zu vereinbaren." Fürst Bismarck erklärte im Reichstag am 5. Dezember: „Rußland verlangt von uns gar nichts, als auf einer friedlichen Konferenz unsere Mitwirkung zu einem Zwecke, der auch der unserige ist, nämlich zu einer besseren Stellung der Christen der europäischen Türkei und zur Herbeiführung von Zuständen, bei denen solche Vorgänge, wie die Metzeleien der Tscherkessen in Bulgarien, nicht mehr zu den Wahrscheinlichkeiten gehören, kurz eine Sicherstellung der christlichen Unterthanen der Pforte

(c) Instituto Cervantes de Madrid

gegen eine Behandlung, die sich mit den heutigen Rechtszuständen in Europa nicht verträgt und über deren Abstellung ganz Europa einig gewesen ist. Auch für den Fall, daß Rußland auf eigene Hand vorgeht, um mit den Waffen der Pforte abzukämpfen, was sie friedlich nicht bewilligen will, verlangt es keinen Dienst von uns, sondern nur unsere Neutralität, was vollständig in unserem Interesse liegt." Zu irgendwelcher aktiven Beteiligung Deutschlands wollte er nicht raten, „solange in dem ganzen Streite für Deutschland kein Interesse in Frage stehe, welches auch nur die gesunden Knochen eines einzigen pommerschen Musketiers wert wäre".

Die Bevollmächtigten der Großmächte stellten ein gemeinsames Programm fest und legten dasselbe in der Konferenz als das Votum Europas der Pforte vor. Nach längeren Verhandlungen überreichten sie den türkischen Bevollmächtigten ein Ultimatum, das unter anderem folgende zwei Bestimmungen enthielt: Mitwirkung der Großmächte bei der Ernennung der Gouverneure in den christlichen Provinzen und Einsetzung einer aus Bevollmächtigten der Großmächte bestehenden Aufsichtskommission. Der neue Großwesir, Midhat Pascha, welcher die konstitutionellen Formen in die barbarischen Zustände der Türkei übertragen wollte, eine türkische Verfassung ausarbeitete und am 19. März 1877 sogar ein ottomanisches Parlament eröffnete, legte das Ultimatum am 18. Januar 1877 dem aus den Würdenträgern des türkischen Reiches bestehenden Großen Rate vor und machte darauf aufmerksam, daß mit der Annahme desselben die Unabhängigkeit der Türkei zu Grabe getragen werde. Die Versammlung lehnte darauf das Ultimatum einstimmig ab unter dem Rufe: „Lieber Tod als Entehrung!" Dieses Resultat teilte Savfet Pascha, der Minister des Auswärtigen, der Konferenz mit und erklärte die Bereitwilligkeit der Pforte, die Konferenzvorschläge anzunehmen, wenn die Bestimmungen über die Gouverneure und über die internationale Kommission fallen gelassen würden. Da aber dies die wichtigsten Bestimmungen des Konferenzprogrammes waren, so konnte auf den Vorschlag der Pforte nicht eingegangen werden, und die Konferenz ging am 20. Januar 1877 resultatlos auseinander. Rußland machte noch einen letzten Versuch. Es schickte an die Regierungen der Großmächte den Grafen Ignatjew ab, und dieser brachte als gemeinsames Programm der Großmächte das Londoner Protokoll vom 31. März zustande, das

(c) Instituto Cervantes de Madrid

die Konferenzvorschläge fast bis zur Nutzlosigkeit herabdrückte und die Garantien auf ein Minimum beschränkte. Als die Pforte auch dieses Protokoll als eine Verletzung ihrer Souveränität in ihrem Rundschreiben vom 9. April ablehnte, war Rußlands Geduld erschöpft.

c) Der russisch-türkische Krieg.

(1877—1878.)

In Petersburg wurde am 13. April 1877 Kriegsrat gehalten und beschlossen, die gesamte russische Armee zu mobilisieren. In einem Rundschreiben vom 24. April erklärte Fürst Gortschakow, daß der Kaiser seinen Heeren den Befehl gegeben habe, die türkische Grenze zu überschreiten. Mit Rumänien hatte Rußland die Konvention vom 16. April geschlossen, in welcher der russischen Armee der freie Durchzug durch das Land gestattet und alle damit zusammenhängenden Einzelheiten geregelt wurden. Auf dies hin brach die Pforte die diplomatischen Beziehungen zu Rumänien ab. Die rumänischen Kammern genehmigten die Konvention und die verlangten Kriegskredite und sprachen am 21. Mai die völlige Auflösung der zwischen Rumänien und der Pforte bestehenden politischen Bande und die Unabhängigkeit des Fürstentums aus.

Am 24. April 1877 rückte die russische Hauptarmee unter dem Oberbefehl des Großfürsten Nikolai in Rumänien ein, eine kleinere Armee unter dem Großfürsten Michael in Türkisch-Armenien. Unter letzterem befehligte General Loris Melikow, ein Armenier. Diese Armee eroberte die Festungen Ardahan und Bajazid und rückte gegen Erzerum vor, mußte sich aber nach der Niederlage bei Zewin aus Mangel an genügenden Streitkräften wieder auf das russische Gebiet zurückziehen. Das Hauptheer ging am 22. Juni bei Galatz und Braila, am 27. Juni bei Simnitza über die Donau und nahm die Festung Nikopolis. Zunächst standen nur vier russische Armeekorps in Bulgarien, und diese mußten gleichzeitig nach drei Seiten hin Front machen: zwei Korps unter dem Großfürsten-Thronfolger Alexander gegen Osten, gegen die Linie Rustschuk-Rasgrad-Schumla, ein Korps unter General Krüdener gegen Westen, ein weiteres unter General Radetzki gegen den Balkan. Von letzterem bemächtigten sich einige Abteilungen, welche von dem General Gurko

(c) Instituto Cervantes de Madrid

befehligt wurden, des Schipka-Passes und machten von dort Streifzüge bis in die Nähe von Adrianopel. Darauf erhielt Suleiman Pascha, welcher den Krieg in Montenegro wieder eröffnet hatte, den Befehl, von dort nach dem Schipka-Paß zu eilen und den Russen dort Halt zu gebieten. Er zwang denn auch die Russen zum Rückzug nach dem Schipka-Paß, konnte aber diesen selbst nicht einnehmen. Fürst Nikolaus von Montenegro, welcher den Türken bereits glückliche Gefechte geliefert hatte, bekam durch Suleimans Abzug freie Hand für seine weiteren Operationen. Er eroberte die Festung Niksich in der Herzegowina und nahm in Nordalbanien den ganzen Küstenstrich bis zum Bojana-Fluß mit den Hafenorten Spizza und Antivari, erstürmte am 19. Januar 1878 die Festung Dulcigno und überschritt den Bojana-Fluß, um auch Skutari in seine Gewalt zu bekommen.

In Bulgarien zogen sich die Russen dadurch, daß sie den Feldzug mit zu geringen Streitkräften eröffnet hatten und die Armee Osman Paschas, welche 40 000 Mann stark bei Widdin verweilte, nicht gehörig beobachteten, große Verluste zu. Ohne daß General Krüdener es merkte, zog Osman von Widdin nach Plewna, besetzte am 19. Juli die Stadt und machte sie in kurzer Zeit durch Anlegung von Verschanzungen zu einer sehr starken Festung. General Krüdener ließ sie am 20. Juli angreifen; aber seine Truppen wurden zurückgeschlagen. Ein zweiter Angriff erfolgte am 30. Juli und wurde mit größeren Streitkräften ausgeführt, fiel aber auch unglücklich aus. Solange die Hauptarmee vor Plewna festgehalten war, konnte an ein Vorrücken gegen Adrianopel nicht gedacht werden. Der Feldzug zog sich in die Länge und konnte nur durch Heranziehung weiterer Armeekorps glücklich beendigt werden. Kaiser Alexander, welcher gleich beim Beginn des Feldzugs auf dem Kriegsschauplatz angekommen war, schloß mit dem Fürsten Karl von Rumänien eine Konvention, wonach die rumänische Armee über die Donau ging, sich mit der russischen vor Plewna vereinigte und dem Fürsten Karl das Kommando über die ganze Belagerungsarmee übertragen wurde. Am 11. September wurde ein dritter Angriff auf Plewna unternommen, einige Erfolge zwar errungen, aber der Hauptangriff unter großen Verlusten zurückgeschlagen. Auch derjenigen Armee, welche unter dem Großfürsten-Thronfolger stand und mit der türkischen Schumla-Armee zu kämpfen hatte, gelang es nicht,

(c) Instituto Cervantes de Madrid

große Siege zu gewinnen. Glückliche Gefechte wechselten mit unglücklichen. Die Russen hielten die Jantra-Linie besetzt und ließen den Feind nicht bis zu dieser vorrücken, wurden aber, so oft sie östlich über den Lom-Fluß gingen, selbst auch zurückgeschlagen. Die erste für die Russen günstige Wendung erfolgte in Armenien. Nachdem das dortige russische Heer Verstärkungen erhalten hatte, ergriff es im Oktober wieder die Offensive, erfocht am 15. einen glänzenden Sieg über Mukhtar Pascha am Aladscha, zog aufs neue gegen Erzerum und erstürmte am 17. November die Festung Kars, wo 17000 Mann und mehr als 300 Geschütze in die Hände der Russen fielen. Erzerum konnte nicht genommen werden, da die russischen Truppen keine Belagerungsgeschütze hatten. Die von der türkischen Flotte in Kaukasien hervorgerufenen Aufstände wurden niedergeschlagen.

Endlich kam es auch vor Plewna zu einer Entscheidung. Das Gardekorps und andere Heeresteile waren angekommen, der berühmte Ingenieurgeneral Totleben war eingetroffen, und auf seinen Rat wurde das ungestüme Stürmen aufgegeben und eine regelmäßige Belagerung eingeleitet. Da dem General Osman von Westen her, von Sofia und Orkhanje, regelmäßige Unterstützungen an Mannschaft, Proviant und Munition zugeführt wurden, so wurde eine Westarmee unter General Gurko gebildet. Diese schlug die westlich von Plewna verschanzten Türken zurück, besetzte die ganze Westseite und breitete sich im westlichen Bulgarien aus. Osman war von allen Seiten eingeschlossen und hatte keine Unterstützung mehr zu erwarten. Es blieb ihm, als seine Vorräte erschöpft waren, nichts übrig, als einen Durchbruchversuch zu machen oder zu kapitulieren. Er wählte am 10. Dezember 1877 das erstere, wurde aber in einem mörderischen Kampfe zurückgeschlagen und die türkische Armee nach der Stadt zurückgedrängt. Osman mußte die weiße Flagge aufziehen lassen und bedingungslos sich ergeben. 36000 türkische Soldaten und mehr als 2000 Offiziere gerieten in Gefangenschaft. Osman wurde die russische Stadt Charkow als Aufenthaltsort angewiesen.

Jetzt erst, nach der Einnahme von Plewna, konnte der Feldzugsplan, welcher im Sommer hätte ausgeführt werden sollen, vollzogen werden. Aber es war eine harte Aufgabe, über Schnee und Eis, unter heftigen Schneestürmen, bei 22 Grad Kälte, über Höhen von 4000 Fuß den Uebergang

(c) Instituto Cervantes de Madrid

über den Balkan zu bewerkstelligen. Auf verschiedenen Straßen zogen zwei russische Heere unter den Generalen Gurko und Radetzki im Januar 1878 über den Balkan, um bei Adrianopel sich zu vereinigen. Sofia wurde eingenommen, die Armee Suleimans geschlagen und nach dem Rhodope-Gebirge zurückgeworfen, die vor dem Schipka-Paß aufgestellte türkische Armee umzingelt und nach heftiger Gegenwehr zur Kapitulation gezwungen, Philippopel und Adrianopel besetzt und Truppenabteilungen bis in die Nähe von Konstantinopel, nach Tschorlu und Rodosto, vorgeschoben. Zu gleicher Zeit besetzte die Armee des Großfürsten-Thronfolgers Osmanbazar und Rasgrad; die rumänische Armee, welche auf das linke Donauufer zurückgegangen war, nahm am 24. Februar die Festung Widdin durch Kapitulation; die Serben, welche am 14. Dezember 1877 eine neue Kriegserklärung an die Pforte erlassen hatten, nahmen Nisch und einige kleinere Städte; 12000 Mann griechischer Truppen rückten am 2. Februar in Thessalien und Epirus ein, unter dem Vorwand, der Niedermetzelung von Christen vorzubeugen. Die Todesstunde der Türkenherrschaft auf der Balkanhalbinsel schien nahe zu sein.

In dieser Not wandte sich die Pforte an die fünf neutralen Großmächte und bat sie um ihre Vermittlung. Da alle außer England ablehnten, richtete sie ihr Vermittlungsgesuch ausschließlich an England. Auf dessen Aufforderung erkärte sich Rußland bereit zum Abschluß eines Waffenstillstandes, falls die Pforte sich mit ihrem Gesuch direkt an den Kaiser Alexander wende. Sobald dies geschehen war, wurden die Unterhandlungen eröffnet. In Adrianopel wurden am 21. Januar 1878 die Waffenstillstandsbedingungen und die Friedenspräliminarien unterzeichnet, in San Stefano, wohin der Großfürst Nikolai sein Hauptquartier verlegt hatte, am 3. März der Friedensvertrag unterschrieben. In letzterem erkannte die Türkei die völlige Unabhängigkeit Rumäniens, Serbiens und Montenegros an, gestand die Bildung eines autonomen, jedoch tributpflichtigen Fürstentums Bulgarien zu, das 5 Millionen Einwohner umfaßte und von der Donau bis zum Aegeischen Meere sich erstreckte, und trat in Armenien die Festungen Ardahan, Kars und Bajazid und den Hafenort Batum ab. Rumänien sollte den 1856 von Rußland abgetretenen Teil Bessarabiens an dasselbe zurückgeben und dafür die untere Dobrudscha erhalten. Diese Erfolge

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Rußlands erregten die Eifersucht Englands im höchsten Grade. Die englische Panzerflotte war schon am 13. Februar in das Marmara-Meer eingelaufen, um Konstantinopel und die beiden Meerengen zu schützen. Oestreich, dessen Handel hauptsächlich auf den Orient angewiesen ist, sah seine Interessen bedroht, wenn Rußland durch Schaffung eines großbulgarischen Vasallenstaates sich zum Herrn auf der Balkanhalbinsel machte und seine Seehäfen bis zum Aegeischen Meere vorschob. Graf Andrassy machte daher den anderen Großmächten den Vorschlag, daß zur Regelung der orientalischen Verhältnisse ein europäischer Kongreß berufen werden solle. England stimmte nur unter der Bedingung zu, daß sämtliche Artikel des Friedensvertrags von San Stefano dem Kongreß zur Annahme oder zur Verwerfung vorgelegt würden. Da Rußland in dieser Forderung eine unerträgliche Demütigung sah, so lehnte es dieselbe ab. Beide Teile rüsteten sich zum Krieg. Die Türkei, auf Englands Hilfe vertrauend, zögerte mit der Ausführung des Friedensvertrags. Aber infolge der geschickten Vermittlung der deutschen Reichsregierung und der zwischen Rußland und England eröffneten Unterhandlungen kam es zwischen beiden Staaten zu der Londoner Konvention vom 30. Mai 1878, in welcher sowohl diejenigen Punkte, über welche zwischen Rußland und England ein Einverständnis hergestellt war, als auch diejenigen, welche dem Kongreß zur Entscheidung vorgelegt werden sollten, bezeichnet waren. Dadurch war der Weg zum Kongreß geebnet.

d) Der Berliner Kongreß und seine Resultate.

(1878—1881.)

Fürst Bismarck erließ am 2. Juni 1878 an sämtliche Signatarmächte der Verträge von 1856 und 1871 die Einladung, sich zu einem Kongreß in Berlin zu versammeln, um die Abmachungen des zwischen Rußland und der Türkei geschlossenen Präliminarfriedens von San Stefano zu erörtern. Gegenüber denjenigen Stimmen, welche verlangten, daß er im Kongreß mit einem bestimmten Programm auftreten und dieses den anderen Mächten in irgend einer Form aufzudrängen suchen solle, erklärte er im Reichstag, er denke sich die Vermittlung des Friedens nicht so, daß bei divergierenden Ansichten Deutschland die Rolle des Schiedsrichters spiele, sondern bescheidener, daß es die eines

(c) Instituto Cervantes de Madrid

ehrlichen Maklers spiele, der das Geschäft wirklich zustande bringen wolle. „Ich bin nicht der Meinung, daß wir den napoleonischen Weg zu gehen hätten, um, wenn nicht der Schiedsrichter, auch nur der Schulmeister in Europa sein zu wollen.“ Am 13. Juni 1878 wurde der Kongreß in Berlin eröffnet. Nicht bloß die leitenden Minister und Botschafter der Großmächte und der Türkei, sondern auch Abgesandte der kleineren Staaten der Balkanhalbinsel und Persiens erschienen als Bevollmächtigte. Doch nahmen letztere nur an denjenigen Sitzungen teil, in welchen die Angelegenheiten ihres Staates speziell verhandelt wurden. Die Sitzungen wurden im Reichskanzlergebäude in der Wilhelmsstraße gehalten. Auf den Vorschlag des Grafen Andrassy wurde das Präsidium dem Fürsten Bismarck übertragen. Nach längeren, teilweise sehr schwierigen Verhandlungen wurde am 13. Juli der Berliner Friede unterzeichnet. Nach den Bestimmungen desselben sollte Bulgarien in zwei Teile zerfallen, in ein Fürstentum Bulgarien mit der Hauptstadt Sofia und in die Provinz Ostrumelien mit der Hauptstadt Philippopel. Jenes sollte ein selbständiges und tributpflichtiges Fürstentum unter der Oberlehensherrschaft des Sultans bilden; Ostrumelien sollte unter der unmittelbaren politischen und militärischen Botmäßigkeit des Sultans bleiben, eine selbständige Verwaltung und Lokalmiliz haben und von einem von der Pforte unter Zustimmung der Großmächte auf fünf Jahre zu ernennenden Gouverneur regiert werden. In Armenien sollte die Pforte Reformen einführen und diese Provinz gegen die Feindseligkeiten der Tscherkessen und Kurden sichern, an Persien die Stadt und das Territorium von Khotur, an Rußland die Gebiete von Kars, Ardahan und Batum abtreten, während dieses das Thal von Alaschkert und die Stadt Bajazid der Türkei zurückgeben sollte. Oestreich-Ungarn wurde die Besetzung und Verwaltung der Provinzen Bosnien und Herzegowina übertragen. Die ungehinderte Schiffahrt auf der Donau wurde beschlossen und zu diesem Zwecke die Schleifung aller Festungen und Fortifikationen, vom Eisernen Thor bis zur Donaumündung, festgesetzt, die Errichtung neuer Befestigungen und die Befahrung des Flusses mit Kriegsschiffen verboten. Die Türkei übernahm die Verpflichtung, in allen Teilen des Reiches das Prinzip der Religionsfreiheit durchzuführen, aus dem Unterschied der Religion kein Hindernis für die Ausübung der bürgerlichen und po-

(c) Instituto Cervantes de Madrid

litischen Rechte herzuleiten und jedermann ohne Unterschied der Religion als Zeugen vor Gericht zuzulassen.

In Bezug auf die kleineren Staaten der Balkanhalbinsel beschloß der Kongreß, daß Rumänien, Serbien und Montenegro unabhängig von der Pforte sein sollten, aber die Bedingung der Einführung vollständiger Gleichberechtigung aller Kulte einzugehen hätten; daß Montenegro einen Gebietszuwachs von 80 Quadratmeilen mit etwa 50000 Einwohnern (Niksich, Podgorizza, Festung und Hafen von Antivari), freie und unbeschränkte Schiffahrt auf dem Flusse Bojana, Serbien einen Gebietszuwachs von 210 Quadratmeilen (Stadt und Festung Nisch) mit 280000 Einwohnern erhalten, Rumänien an Rußland Bessarabien zurückgeben und dafür die Dobrudscha, bis zur Linie Silistria-Mangalia, nebst den das Donau-Delta bildenden Inseln und den Schlangeninseln erhalten solle; daß Griechenland hinsichtlich der Erweiterung seiner nördlichen Grenzen, wofür auf den Antrag Frankreichs die durch die beiden Flüsse Salambria und Kalamos gebildete Linie vom Kongreß vorgeschlagen wurde, direkt mit der Pforte unterhandeln und daß für den Fall der Nichtverständigung die Vermittlung der Großmächte eintreten solle. Da die Pforte an Griechenland kein Gebiet abtreten wollte, so beschloß die auf Englands Vorschlag einberufene Botschafterkonferenz in Berlin, in welcher der Fürst von Hohenlohe-Schillingsfürst den Vorsitz führte, daß der größere Teil von Thessalien und der südliche Teil von Epirus, wofür eine neue Grenzlinie vorgeschlagen war, dem Königreich Griechenland einverleibt werden sollten. Die Pforte protestierte dagegen und verstand sich erst nach langen Verhandlungen dazu, von Thessalien das südlich vom Salambria-Fluß und von Epirus das südlich vom Arta-Fluß gelegene Gebiet an Griechenland abzutreten. Am 7. Juli 1881 zogen die griechischen Truppen in Arta ein und im November war das ganze abgetretene Gebiet von Thessalien und Epirus von ihnen besetzt. Auch Montenegro erhielt nicht das ganze vom Kongreß ihm zugesprochene Gebiet und mußte, nachdem es mit den von der Pforte in ihrem Widerstande unterstützten Albanesen einen Grenzkrieg zu führen gehabt hatte und die Großmächte zu seinen Gunsten eine Flottendemonstration veranstaltet hatten, statt der albanesischen Distrikte Gusinje und Plava 1880 die Festung Dulcigno annehmen, die es nach dem Beschluß des Kongresses an die Pforte hatte zurückgeben müssen.

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Zum Fürsten von Bulgarien wurde von den in Tirnowa versammelten Vertretern des bulgarischen Volkes am 29. April 1879 Prinz Alexander von Battenberg gewählt, welcher sofort die Regierung von Bulgarien übernahm. Das Fürstentum von Rumänien wurde am 26. März 1881 von der Volksvertretung als Königreich proklamiert und Fürst Karl am 22. Mai in Bukarest als erster König von Rumänien gekrönt. Diesem Beispiel folgte Serbien, dessen Fürst Milan die ihm von der Skuptschina (Nationalversammlung) angetragene Königskrone am 6. März 1882 annahm.

e) Die ägyptische Frage.

(1873—1886.)

Der Chedive Ismail Pascha hatte sich allmählich von seinem Lehensherrn, dem Sultan der Türkei, ziemlich unabhängig gemacht. Der großherrliche Ferman vom 8. Juni 1873 erteilte dem Chedive fast alle Rechte eines Souveräns, verlangte aber als Zeichen der Anerkennung der Oberhoheit des Sultans die Zahlung eines jährlichen Tributs von etwa 9 Millionen Mark. Die Verschwendung des Chedive und seine Eroberungskriege brachten die ägyptischen Finanzen in große Unordnung. Im Jahre 1874 eroberte er Dar-Fur, 1875 und 1876 drangen seine Heere in das Innere von Abessinien ein, wurden aber unter großen Verlusten zurückgeschlagen, so daß er froh sein mußte, 1877 einen Friedensvertrag mit Abessinien schließen zu können. Infolge dieser Niederlagen entstanden in Dar-Fur, Kordofan und Sennar Aufstände, welche eine Losreißung von der ägyptischen Herrschaft zum Zweck hatten. Um den dringendsten Geldverlegenheiten zu entgehen, verkaufte der Chedive 1875 die noch in seinen Händen befindlichen 177 000 Stück Suezkanalaktien um 4 Millionen Pfund Sterling an die englische Regierung. Da dies nur auf kurze Zeit half und der Bankrott kaum zu vermeiden war, so setzte Ismail zur Regelung der ägyptischen Finanzen eine englisch-französische Finanzkontrolle ein und nahm sogar einen Engländer und einen Franzosen in das Ministerium auf. Als er sich 1879 dieser Fremdherrschaft, welche sich, weil sie sich viele Willkürlichkeiten erlaubte, beim Volke sehr verhaßt machte, zu entledigen suchte und dabei selbst Ungesetzlichkeiten beging, waren England und Frankreich so erbittert, daß sie schon daran dachten, den

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Sultan zur Absetzung des Chedive aufzufordern. Eine Note der deutschen Reichsregierung brachte die Entscheidung herbei. Dieselbe protestierte gegen das von jenem am 22. April 1879 erlassene Dekret, wodurch die internationale Finanzkontrolle beseitigt werden sollte, als dessen Folge die Nichteinhaltung der Verbindlichkeiten Aegyptens gegen seine Gläubiger zu erwarten war, sprach jenem Dekret jede rechtsverbindliche Kraft ab und machte den Chedive für alle Konsequenzen seines rechtswidrigen Verfahrens verantwortlich. So unangenehm auch die deutsche Note in London und in Paris, wo man Aegypten als ein Vasallenland ansah, empfunden wurde, so schlossen sich doch alle Großmächte dem berechtigten Proteste an. Dieselben gaben dem Chedive den Rat, freiwillig abzudanken, und da er nicht darauf einging, erhielt er am 26. Juni 1879 vom Sultan den Befehl, sein Amt niederzulegen. Er erhielt eine Apanage von 50 000 Pfund Sterling, mußte Aegypten verlassen und begab sich nach Italien.

Ismails Sohn, der schwache Tewfik Pascha, wurde zum Chedive ernannt. Die fortwährende Bevormundung Aegyptens durch England und Frankreich, welche dabei nicht versäumten, das Land in ihrem Interesse auszubeuten, erregte bei der Bevölkerung von Jahr zu Jahr mehr Anstoß. Unter dem Oberst Arabi-Bei erhob sich eine nationale Partei, welche jede Art von fremder Einmischung fern halten wollte und den Grundsatz aufstellte: „Aegypten den Aegyptern.“ Arabi wurde zum Kriegsminister ernannt und beherrschte das ganze Ministerium, aus welchem die Fremden bereits entfernt worden waren. Da diese Unabhängigkeitsgelüste die Interessen Englands und Frankreichs zu beeinträchtigen drohten, so schickten diese Mächte trotz aller Warnungen eine Flotte vor Alexandria, um die ägyptische Regierung einzuschüchtern. Aber das Erscheinen dieser Flotte stachelte den nationalen Fanatismus in einem so hohen Grade auf, daß am 11. Juni 1882 ein Aufstand in Alexandria erfolgte, in welchem viele Europäer getötet, mehrere, darunter der englische Konsul, verwundet und viele Häuser der Europäer geplündert wurden. Da Arabi die Befestigungen von Alexandria verstärkte und um den Protest des englischen Admirals Seymour, von dem sich der französische Admiral am 10. Juli trennte, sich nicht kümmerte, so eröffnete Seymour am 11. Juli 1882 ein Bombardement gegen die Stadt, welches

(c) Instituto Cervantes de Madrid

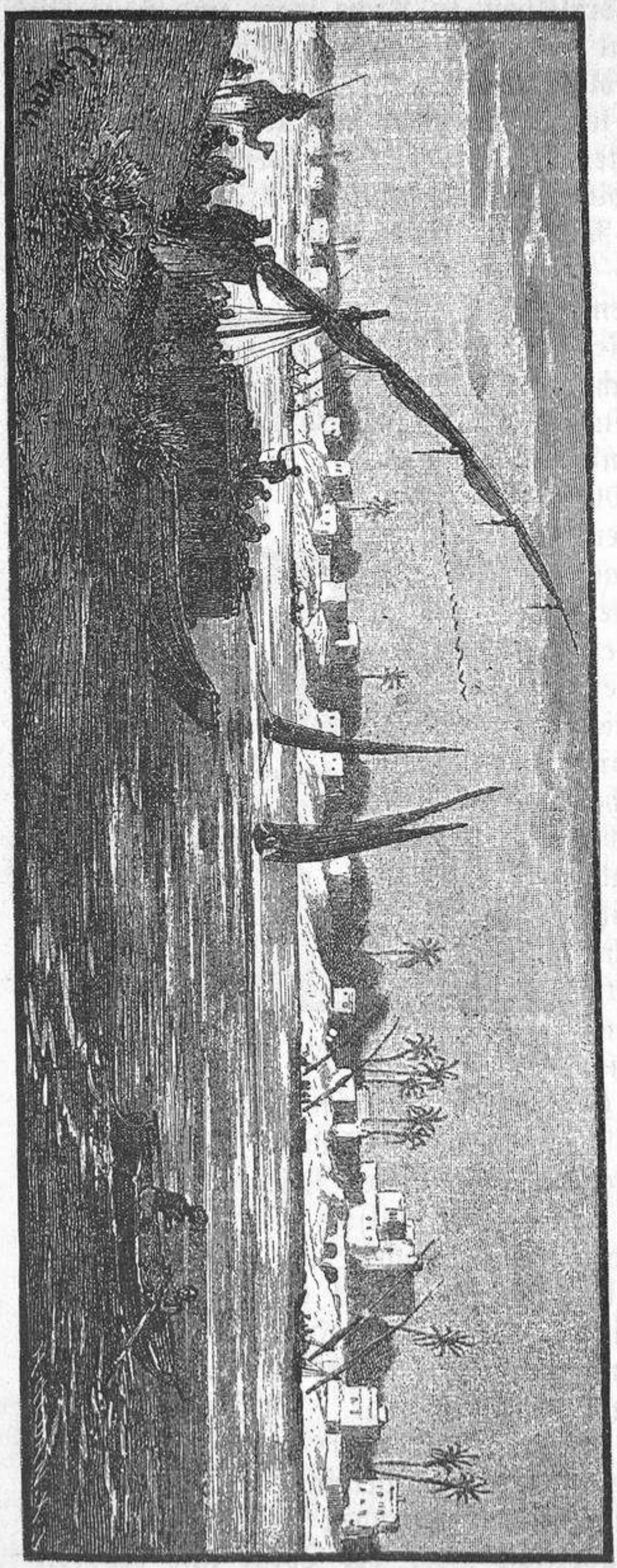
einen großen Teil derselben in Asche legte und neue Ausbrüche der Volkswut gegen das Leben und das Eigentum der Europäer zur Folge hatte.

Arabi zog mit seinen Truppen aus Alexandria ab, und die Engländer besetzten die Stadt. Im Vertrauen auf ihre Hilfe setzte der Chedive den allmächtigen Arabi ab und erklärte ihn für einen Rebellen. Aber dieser, der an der Spitze des Heeres in Kairo stand, war Herr des Landes. Um ihn unschädlich zu machen, mußte die englische Regierung mit Heeresmacht gegen ihn einschreiten. Sie schiffte in England und in Indien 28 000 Mann nach Aegypten ein und übertrug das Kommando dem General Wolseley. Dieser griff am 13. September 1882 das Lager Arabis bei Tell-el-Kebir an und schlug das ägyptische Heer in die Flucht. Arabi entfloh nach Kairo, gab sich dort gefangen und wurde vom Kriegsgericht zum Tode verurteilt. Diese Strafe wurde in Verbannung umgewandelt und ihm die Insel Ceylon als Verbannungsort angewiesen.

General Gordon.

Die ägyptischen Provinzen im Sudan, Dar-Fur und Kordofan, erhoben sich während dieses Kriegszustandes und fielen von Aegypten ab. Der falsche Prophet Mahdi (= Führer) stand dort auf, sammelte ein Heer, rückte in Kordofan ein und nahm die Hauptstadt El-Obeid. Darauf schlug er 1883 das ihm entgegenrückende Heer Hicks Paschas fast bis zur Vernichtung und rückte gegen die in der Provinz Sennar gelegene Stadt Chartum vor. Ein Parteigänger des Mahdi, Osman Digma, operierte gleichzeitig in der Nähe des Roten Meeres, machte vergebliche Angriffe auf die von englischen und ägyptischen Truppen besetzte Hafenstadt Suakin, schlug das ägyptische Heer bei Tokar und eroberte

(c) Instituto Cervantes de Madrid



Ansicht von Chartum.

einige feste Plätze. Da eilte General Graham mit 4000 Mann der in Kairo stehenden britischen Okkupationstruppen zur Hilfe herbei, brachte Osman 1884 die Niederlagen bei El-Teb und bei Tamanieb bei und stellte dadurch am Roten Meere die Ruhe auf einige Zeit wieder her.

Um über die politisch-militärische Lage im Sudan sichere Nachrichten zu erhalten, schickte die englische Regierung, welche der Ansicht war, daß Aegypten den Sudan aufgeben solle, den General Gordon nach Chartum. Dieser kam am 18. Februar 1884 mit kleinem Gefolge dort an, fand die ganze Umgegend im Aufstand und erlitt bei den Ausfällen, die er mit den einheimischen Truppen machte, mehrere Niederlagen. Bald war er von den Truppen des Mahdi vollständig eingeschlossen. Um ihn zu retten, schickte die englische Regierung den General

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Wolseley mit 2400 Mann ab. Aber dieser kam zu spät. Als er bis in die Nähe von Chartum vorgerückt war, erfuhr er, daß die Stadt am 26. Februar 1885 durch Verrat in die Hand des Mahdi gefallen und General Gordon ermordet worden sei. Darauf trat Wolseley den Rückzug an. England, das in dieser ganzen Sache unter gänzlicher Mißachtung des rechtmäßigen Oberherrn von Aegypten und dem Sudan, des Sultans der Türkei, vorgegangen war, befand sich in einiger Verlegenheit, was es mit Aegypten anfangen solle. Es wollte dort den entscheidenden Einfluß, aber nicht die Verantwortung haben, und eine förmliche Besitznahme des Landes konnte es, wenn es nicht kriegerische Konflikte, namentlich mit Frankreich, hervorrufen wollte, nicht wagen. Zunächst erklärte es die englisch-französische Finanzkontrolle für beendigt und vertauschte dieselbe mit einer ausschließlich englischen, während die übrigen Großmächte es für das Zweckmäßigste hielten, Aegypten unter europäische Kontrolle zu stellen. Die durch die neuesten Feldzüge noch schlechter gewordenen ägyptischen Finanzen zwangen die englische Regierung, eine Konferenz der Großmächte auf den 28. Juni 1884 nach London zu berufen. Da aber jene die Wahrung der englischen Interessen zu sehr betonte, so löste sich die Konferenz am 2. August resultatlos auf. Doch wurden 1885 neue Verhandlungen eröffnet und am 17. März zwischen England und den übrigen Großmächten eine Vereinbarung getroffen, wonach ein ägyptisches Anlehen von 180 Millionen Mark gemacht und unter die Bürgschaft sämtlicher Großmächte gestellt werden sollte. Nun erst wurden in Alexandria die Entschädigungsgelder für die durch das Bombardement von Alexandria veranlaßten Eigentumsverluste ausbezahlt. Um in der weiteren Ordnung der ägyptischen Angelegenheiten gemeinschaftlich mit dem Sultan zu handeln,

Der Mahdi.

(c) Instituto Cervantes de Madrid

schickte das toristische Kabinett Salisbury 1885 Sir Drumond Wolff nach Konstantinopel, der mit der Pforte die gemeinschaftlichen ägyptischen Ziele vereinbarte und nach Kairo sich begab, wo nach Eintreffen des türkischen Bevollmächtigten, General Mukhtar Pascha, 1886 Konferenzen mit der Regierung des Chedive stattfanden, welche die Wiederherstellung der staatlichen Ordnung zum Zweck hatten. Der Tod des Mahdi, welcher am 28. Juni 1885 erfolgte, änderte an den ägyptischen Verhältnissen zunächst nichts. Die Araber drangen unter einem neuen Mahdi, Abdullah, wieder vor, und aus England mußten aufs neue Verstärkungen nach Aegypten gesandt werden. Das Oberkommando wurde dem General Stephenson übertragen. In mehreren Gefechten wurden die Araber geschlagen und zurückgedrängt. Die englisch-ägyptischen Truppen räumten 1886 den Sudan vollständig und zogen sich auf das ägyptisch-nubische Gebiet zurück. Wady-Halfa sollte die südliche Grenzstation sein.

f) Die bulgarische Frage.

(1879–1886.)

Die Trennung Bulgariens in ein Fürstentum Bulgarien und eine türkische Provinz Ostrumelien konnte, da sie ein unnatürlicher, antinationaler Akt war, nicht lange bestehen. Sie war auf dem Berliner Kongreß von den englischen Bevollmächtigten, Lord Beaconsfield und Lord Salisbury, aus Mißtrauen gegen Rußlands orientalische Pläne vorgeschlagen worden. In dem Großbulgarien, das der Friede von San Stefano hatte schaffen wollen und das außer Bulgarien und Ostrumelien auch noch einen namhaften Teil Makedoniens umfassen sollte, sahen die Engländer eine russische Etappe auf dem Marsch nach Konstantinopel und verlangten daher die genannte Trennung. So sehr auch andere Kongreßmitglieder, darunter auch Fürst Bismarck, diese Trennung bekämpften, so gaben sie zuletzt doch nach, da die beiden Lords lieber den Kongreß verlassen als ihren Antrag zurückziehen wollten. Aber sowohl die Engländer als die Russen hatten sich getäuscht. Die Bulgaren wollten nicht die türkische Herrschaft durch eine russische ersetzt sehen, und Fürst Alexander, der Prinz von Battenberg, wollte nicht den wenig beneidenswerten bulgarischen Thron mit der Annahme russischer Vasallenschaft erkaufen. Die Verhältnisse gestalteten sich bald so, daß

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Bulgarien nicht ein russischer Vorposten, sondern ein Vorposten gegen Rußland war.

Der neugewählte Fürst Alexander traf am 5. Juli 1879 in Konstantinopel ein, um den Investitur-Ferman aus den Händen des Sultans entgegenzunehmen. In der Nationalversammlung zu Tirnowa leistete er den Eid auf die Verfassung und hielt am 13. Juli seinen Einzug in Sofia. Darauf legte Fürst Dondukow, der seitherige russische Generalgouverneur von Bulgarien, welcher der Nationalversammlung den Entwurf zu der bulgarischen Verfassung vorgelegt hatte, die Regierung nieder, und Fürst Alexander übernahm dieselbe. Des radikalen Ministeriums Zankow, welches 1880 infolge der Neuwahlen gebildet worden war, entledigte er sich durch einen Appell an das Volk, in welchem er erklärte, er werde abdanken, wenn ihm nicht zur Schaffung neuer Einrichtungen diktatorische Vollmachten übertragen würden. Die neugewählte Nationalversammlung stimmte ihm bei. Ein neuer Konflikt erhob sich nach der Einsetzung eines neuen Ministeriums (1882), in welchem zwei russische Generale saßen, von welchen der eine, Sobolew, das Präsidium und das Innere, der andere, Kaulbars, das Kriegswesen übernommen hatte. Da diese alle hohen Stellen im Zivil und Militär durch Russen zu besetzen suchten, so lag die Gefahr einer russischen Vasallenschaft sehr nahe. Die beiden Generale und der russische Gesandte Jonin bildeten ein Triumvirat, das eine Zeitlang Fürst und Land beherrschte. Dies mußte eine Reaktion des nationalen Bewußtseins gegen die Fremdherrschaft hervorrufen. Da die Nationalversammlung am 18. September 1883 gegen den Willen der Minister einstimmig verlangte, daß die Verfassung mit den vom Fürsten angegebenen Aenderungen wiederhergestellt werden solle, so nahmen Sobolew und Kaulbars ihre Entlassung und ver-

Fürst Alexander von Bulgarien.

(c) Instituto Cervantes de Madrid

ließen das Land. Damit hörte die russische Diktatur auf; doch war der russische Einfluß noch bedeutend; denn sehr viele russische Offiziere waren in der bulgarischen Armee angestellt, und der russische Fürst Kantakuzenos leitete das bulgarische Kriegsministerium. Die offizielle russische Presse sprach sich sehr bitter über den „Undank" des Fürsten und des Volkes von Bulgarien aus. In mehreren bulgarischen Versammlungen ertönte 1884 der nationale Schmerzensschrei, der die Vereinigung Bulgariens und Ostrumeliens forderte. Mit der Bildung des national-radikalen Ministeriums Karawelow kam die Unionspartei ans Ruder.

In Ostrumelien, wo man die Abhängigkeit von Konstantinopel mehr zu fühlen hatte als in Bulgarien, waren die Einheitsbestrebungen noch stärker. Dort war Aleko Pascha, Fürst Vogorides, ein bulgarischer Christ, 1879 von der Pforte unter Zustimmung der Großmächte zum Generalgouverneur auf fünf Jahre ernannt worden. Dieser sah sich durch die Intriguen und Aufreizungen des russischen Generalkonsuls in Philippopel, welcher dort eine russische Herrschaft ausüben wollte, wie die zwei russischen Generale in Sofia, in seiner Stellung bedroht und brach daher alle Beziehungen zu demselben ab. Infolgedessen protestierte Rußland 1884 gegen die Wiedererwählung Aleko Paschas und setzte die Ernennung Chrestovics, welcher fünf Jahre das Justizdepartement in Philippopel geleitet hatte, zum Generalgouverneur durch. Dieser war als Anhänger Rußlands sehr unbeliebt und hatte zu wenig Einsicht und Energie, um in einem Lande, das mit einem Netz von nationalen Vereinen überzogen war, dem Ausbruch der Revolution vorzubeugen.

Am 18. September 1885 brach in Philippopel der Aufstand aus; die Truppen des Generalgouverneurs gingen zu den Aufständischen über, dieser selbst wurde gefangen genommen, in einen Wagen gebracht und nach einem sicheren Orte geführt, von wo er nach einigen Tagen entlassen wurde und nach Konstantinopel sich begab. Eine provisorische Regierung wurde eingesetzt und der bulgarische Arzt Stranski, der unter Aleko Pascha Finanzdirektor gewesen war, an die Spitze derselben gestellt. Die ganze waffenfähige Mannschaft wurde zu den Waffen gerufen, in einer Volksversammlung die Vereinigung beider Bulgarien proklamiert und Fürst Alexander aufgefordert, nach Philippopel zu kommen und die Regierung zu übernehmen. Dieser erließ am 20. September von Tirnowa

(c) Instituto Cervantes de Madrid

aus eine Proklamation, worin er die Union beider Bulgarenländer als eine vollzogene Thatsache anerkannte, die einstimmige Wahl des Volkes zum Fürsten annahm und sich den Titel eines Fürsten von Nord- und Südbulgarien beilegte, traf am 21. September in Philippopel ein und übernahm sofort die Regierung von Ostrumelien oder Südbulgarien. Die Revolution war fertig; sie hatte keinen Tropfen Blut gekostet.

Aber es fragte sich, ob die Pforte und die übrigen Unterzeichner des Berliner Vertrags von 1878 diese politische Improvisation anerkannten, oder ob sie darauf bestehen würden, daß der Generalgouverneur Ostrumeliens von der Pforte unter Zustimmung der Großmächte auf fünf Jahre zu ernennen sei. Von Rußland, das nur ein unterthäniges, nicht ein nationales Bulgarien zu unterstützen bereit war, hatte letzteres keinen Beistand und keine Schonung zu erwarten. Alexander trat mit der Pforte und mit den Großmächten in Unterhandlungen und versicherte jene, daß er ihre Oberhoheit nach wie vor anerkenne. Auf den Rat der Regierungen von Deutschland und von Oestreich gab die Pforte ihren Entschluß, Truppen in Ostrumelien einmarschieren zu lassen, auf; denn der Einmarsch der Türken fachte den orientalischen Brand erst recht an. Die Pforte wünschte die bulgarische Streitfrage durch einen gemeinschaftlichen Beschluß der Großmächte entschieden zu sehen. Auf ihre Einladung wurde eine Botschafterkonferenz in Konstantinopel veranstaltet und am 5. November 1885 eröffnet. Aber dieselbe ging resultatlos auseinander, da gegenüber den kontinentalen Großmächten, welche die Wiederherstellung eines getrennten Bulgariens verlangten, der englische Bevollmächtigte sich für Berücksichtigung der Wünsche der ostrumelischen Bevölkerung aussprach. Rußland ging in seiner Feindseligkeit gegen den Fürsten Alexander so weit, daß dieser, welcher Generalleutnant à la suite des russischen Heeres war, aus den Listen desselben gestrichen wurde, und daß sämtliche russische Offiziere aus der bulgarischen Armee zurückberufen wurden.

Die bulgarischen Einheitsbestrebungen erregten Nachahmung auf der Balkanhalbinsel. Wenn die Nordbulgaren sich mit den Südbulgaren vereinigen durften, so glaubten die Serben, die politische Konsequenz verlange es, daß sie das zu Bulgarien gehörige Altserbien zurückforderten, und die Hellenen verlangten die von dem Berliner Kongreß ihnen

(c) Instituto Cervantes de Madrid

zugewiesene Linie Salambria-Kalamos, sprachen auch von Makedonien und Kreta. Der Grundsatz des Gleichgewichts auf der Balkanhalbinsel wurde aufgestellt und zur Durchführung desselben das serbische Heer mobilisiert, in Griechenland Rüstungen zu Land und zu Wasser veranstaltet. Die europäische Diplomatie entwickelte eine ungeheure Thätigkeit. In Konstantinopel, in Sofia, in Belgrad und in Athen trat sie beschwichtigend, mitunter auch drohend auf. Serbien ließ sich nicht zurückhalten. Zweifelhafte Grenzüberschreitungen zum Vorwand nehmend, erklärte es am 13. November 1885 an Bulgarien den Krieg und ließ am folgenden Tage seine Truppen in dessen Gebiet einmarschieren. In raschem Siegeslauf zogen die Serben nördlich gegen die Festung Widdin, südlich gegen die Hauptstadt Sofia. Schon standen sie bei Slivnitza; hier leisteten die Bulgaren, obgleich sie sehr in der Minderzahl waren, kräftigen Widerstand. Fürst Alexander eilte von Philippopel herbei, übernahm das Kommando und schlug die Serben von Slivnitza zurück. Er verdrängte sie von Stellung zu Stellung, überschritt am 24. November, unbekümmert um die Aufforderung der Großmächte, die Feindseligkeiten einzustellen, die serbische Grenze und erstürmte in den heißen Kämpfen vom 27. und 28. November Pirot und die umliegenden Höhen. Seinem weiteren Vordringen wurden durch die Mission des Grafen Khevenhüller, des östreichischen Gesandten in Belgrad, Schranken gesetzt. Dieser erklärte ihm in Pirot, daß, wenn das bulgarische Heer vorrücke, die östreichischen Truppen in Serbien einmarschieren und den serbischen Truppen zu Hilfe kommen würden. Auf dies hin erteilte Alexander, da die militärische Ehre gewahrt war, den Befehl zur Einstellung der Feindseligkeiten. Unter Vermittlung der Großmächte wurde eine Demarkationslinie festgestellt, die gleichzeitige Räumung des beiderseitigen Gebiets von fremden Truppen beschlossen und am 21. Dezember der Waffenstillstandsvertrag unterzeichnet, dessen Gültigkeit bis zum 1. März 1886 dauern sollte. Die Friedensverhandlungen wurden in Bukarest am 4. Februar 1886 eröffnet. Madschid Pascha, Mijatowitsch und Geschow waren die Bevollmächtigten der Pforte, Serbiens und Bulgariens. Die Verhandlungen gingen nur langsam vorwärts. Die nicht unbillige Forderung Bulgariens, daß Serbien ihm eine Kriegsentschädigung zu zahlen habe, wurde abgelehnt. Am 3. März endlich vereinigten sich die Bevollmächtigten über die Annahme folgen-

(c) Instituto Cervantes de Madrid

der, höchst lakonischen Formel: „Der Friede zwischen Serbien und Bulgarien ist hergestellt vom Tage der Unterzeichnung des gegenwärtigen Vertrags. Die Ratifikationen werden in Bukarest binnen vierzehn Tagen, wenn möglich früher, ausgewechselt!" Diese Auswechslung fand am 17. März statt. Die beiderseitigen Heere wurden wieder auf Friedensfuß gesetzt.

Noch fehlte ein diplomatisches Abkommen zwischen Bulgarien und der Pforte über die Vereinigung Ostrumeliens mit dem Fürstentum Bulgarien und die Zustimmung der Großmächte zu einem solchen Abkommen. Ueber die näheren Bestimmungen, unter welchen diese Vereinigung gutgeheißen werden sollte, wurde zuerst in Sofia, dann in Konstantinopel unterhandelt. Da Rußland auf der strengen Anwendung der Berliner Vertragsbestimmungen beharrte, so trat auf die Aufforderung der Pforte die Konferenz am 5. April 1886 wieder in Konstantinopel zusammen und beschloß einstimmig, daß die Würde eines Generalgouverneurs von Ostrumelien dem Fürsten Alexander in der durch den Berliner Vertrag vorgeschriebenen Beschränkung übertragen werden solle, so daß der Fürst zunächst nur auf fünf Jahre zugleich Generalgouverneur von Ostrumelien sein und diese Würde alle fünf Jahre der Wahl durch die Großmächte unterliegen solle. Fürst Alexander erklärte sich bereit, der einstimmigen Entscheidung der Mächte sich zu fügen, und empfing am 25. April in Sofia den türkischen Abgesandten Schakir Pascha, welcher ihm den Ferman über seine Ernennung zum Generalgouverneur von Ostrumelien überreichte.

Mit dieser Lösung der bulgarischen Frage war thatsächlich auch die griechische schon gelöst. Die Griechen hatten, wenn sie sich überhaupt Hoffnung auf Erfüllung ihrer Wünsche und Forderungen machen konnten, den rechten Zeitpunkt zum Losschlagen verpaßt. Nachdem das formale Recht in Bulgarien gesiegt hatte, konnte Griechenland nicht mehr erwarten, daß die Pforte Provinzen an jenes abtrete, so sehr auch den Bewohnern derselben eine solche Veränderung zu gönnen wäre. Von der Unterstützung Griechenlands durch irgend eine Großmacht war unter diesen Umständen keine Rede. Das Bestreben der Großmächte war vielmehr darauf gerichtet, diesen Streitfall möglichst schnell aus der Welt zu schaffen und allenfalls gegen Griechenland Zwangsmaßregeln anzuwenden. Da letzteres den türkischen Streitkräften nicht gewachsen war, so blieb ihm nichts übrig, als seine Eroberungs-

(c) Instituto Cervantes de Madrid

pläne zu vertagen. Die Vertreter der Großmächte überreichten am 13. April 1886 dem griechischen Ministerpräsidenten Delyannis eine Note, worin sie das in betreff Ostrumeliens getroffene Uebereinkommen mitteilten und den Wunsch ausdrückten, daß Griechenland, dem Wunsche Europas entsprechend, den Frieden aufrecht erhalten und die Abrüstung anordnen solle. Da Delyannis auf eine besondere Note Frankreichs dem diplomatischen Vertreter desselben, Grafen Mouy, am 25. April erwiderte, daß Griechenland der Aufforderung zur Abrüstung entsprechen werde, den anderen fünf Mächten aber auf ihre Noten keine direkte Antwort gab und sie nur auf diese an Frankreich abgegebene Erklärung verwies, so richteten die fünf Mächte am 26. April ein Ultimatum an Griechenland, worin sie Abrüstung binnen acht Tagen verlangten, im Weigerungsfall Griechenland für die Folgen verantwortlich machten und eine direkte Antwort begehrten. Zugleich erschien ein aus englischen, deutschen, östreichischen und italienischen Schiffen bestehendes Geschwader, das sich in der Suda-Bai (in Kreta) gesammelt hatte, am 26. April in der Phaleronbucht. Da die Antwort Delyannis' als unannehmbar befunden wurde, so verließen die Gesandten der fünf Mächte am 7. Mai Athen, und die zurückgelassenen Geschäftsträger zeigten am 8. Mai Delyannis an, daß nun für die griechischen Küsten der Blockadezustand eintrete. Die nächste Folge dieser den griechischen Handel in hohem Grade schädigenden Maßregel war, daß am 9. Mai Delyannis sein Entlassungsgesuch einreichte. Die Bildung eines neuen Kabinetts war schwierig, da niemand eine Erbschaft übernehmen wollte, bei welcher es sich zuallererst um eine Demütigung Griechenlands handelte. Endlich erklärte sich Trikupis bereit und bildete am 20. Mai ein neues Ministerium. Sofort wurden die Reserven entlassen und die griechischen Truppen, welche an der Grenze aufgestellt waren, zurückgezogen. Hiervon machte Trikupis den Gesandtschaften bei den fünf Mächten Mitteilung, verlangte Aufhebung der Blockade und verständigte sich mit der Pforte über die Grenzverhältnisse. In einer Note vom 7. Juni 1886 zeigten die Vertreter der fünf Mächte der griechischen Regierung die Aufhebung der Blockade an. Damit war die griechische Frage erledigt, deren Aufstellung Griechenland große Kosten verursacht hatte, ohne ihm einen anderen Nutzen zu bringen als die Mahnung, zur Verwirklichung der hellenischen Idee nur eine sehr günstige Gelegen-

(c) Instituto Cervantes de Madrid

heit zu benutzen, dann aber auch zur rechten Zeit und mit möglichst großen Streitkräften ins Feld zu rücken.

Kurz darauf trat die bulgarische Frage in eine neue Phase. Während Bevollmächtigte der Türkei und Bulgariens über die Revision des organischen Statuts für Ostrumelien sich berieten, brach in Sofia eine Verschwörung aus, an deren Spitze der russenfreundliche Zankow und der russische Militärattaché standen. Fürst Alexander wurde am 21. August 1886 gefangen genommen, in die russische Donaustadt Reni gebracht, und eine provisorische Regierung eingesetzt. Da aber der größte Teil der Armee und ein großer Teil des Volkes, besonders des ostrumelischen, für den Fürsten Partei ergriff, so wurde die Regierung gestürzt und eine neue eingesetzt, welche sich zur Aufgabe machte, den Fürsten wieder auf den Thron zu setzen. Als dieser in Lemberg, wohin er sich von Reni begeben hatte, von dem Umschwung Kenntnis erhielt, kehrte er nach Bulgarien zurück und kam am 3. September wieder in Sofia an. Da er aber aus dem Antworttelegramm des Kaisers Alexander III. erkannte, daß derselbe sein unversöhnlicher Feind bleiben werde, so erklärte er, daß er zum Heile Bulgariens abdanke. Nachdem er eine Regentschaft eingesetzt und Dekrete gegen die aufrührerischen Soldaten erlassen hatte, verließ er am 7. September Sofia und traf am 10. in seiner hessischen Heimat ein. Die Verhandlungen, welche Fürst Bismarck im August und September mit dem russischen Minister v. Giers in Franzensbad und in Berlin hatte, wandten die Gefahr des Einmarsches einer russischen Armee in Bulgarien und der Anfachung des orientalischen Brandes ab. Rußland schickte als außerordentlichen Bevollmächtigten den Baron Kaulbars nach Sofia und stellte der Regentschaft seine Bedingungen. Diese nahm dieselben nur teilweise an, versicherte ihre Dankbarkeit und Ergebenheit gegen den russischen Kaiser und hielt fest an der Unabhängigkeit und an der Verfassung Bulgariens.

5) Oestreich-Ungarn.

(1871—1886.)

Von den europäischen Großmächten hat keine einen so schwierigen Stand für die Regierung ihrer Provinzen als Oestreich-Ungarn. Die Trennung der Bevölkerung des Reiches in vielerlei Nationalitäten, die Verschiedenheit derselben hin-

(c) Instituto Cervantes de Madrid

sichtlich der Bildung und des Charakters, die Herrschsucht des magyarischen Volksstammes und der Haß der Slawen gegen die Deutschen bildeten die hauptsächlichsten Gründe dieser Schwierigkeiten. Nach der Volkszählung vom 31. Dezember 1880 hatte Oestreich-Ungarn 37825900 Einwohner, von denen 22130700 auf die östreichischen, 15695200 auf die ungarischen Länder fallen. Nach den Nationalitäten verteilen sich diese Bevölkerungszahlen in folgender Weise: die Zahl der Deutschen beträgt 10967700, wovon 8899200 in den östreichischen, 2068500 in den ungarischen Ländern wohnen; die der Slawen (Tschechen, Mähren, Slowaken, Ruthenen, Polen, Slowenen, Kroaten, Serben) 17176600, wovon 12312500 in den östreichischen, 4864100 in den ungarischen Ländern wohnen; die der Magyaren 5906900, und zwar 5874500 in den ungarischen, 32400 in den östreichischen Ländern; die der Rumänen 2915000, und zwar 2696000 in den ungarischen, 219000 in den östreichischen Ländern; die der Italiener 632300, und zwar 628700 in den östreichischen, 3600 in den ungarischen Ländern. Anderen Volksstämmen gehören etwa 227400 Einwohner an. Somit stehen in den östreichischen Ländern den nahezu 8900000 Deutschen mehr als 12 Millionen Slawen und in den ungarischen Ländern den nahezu 5900000 Magyaren mehr als 9600000 Slawen, Rumänen und Deutsche gegenüber. In den ungarischen Ländern übt die Minderheit der Magyaren die Herrschaft aus und behandelt die anderen Volksstämme, besonders die Deutschen, mit einer Brutalität, die an die Steppen Asiens erinnert; in den östreichischen Ländern hat die durch Bildung hervorragende Minderheit der Deutschen jahrhundertelang die Herrschaft innegehabt, hat sie aber neuerdings verloren. Der mit Ungarn 1867 abgeschlossene Ausgleich hatte die für Oestreichs Machtstellung gefährliche Folge, daß die mehr als 12 Millionen Slawen in den östreichischen Ländern einen ähnlichen Ausgleich für sich verlangten. Sie waren 1871 nahe daran, einen solchen durchzusetzen.

Nachdem das föderalistische Ministerium Potocki an dem Mißtrauen des Reichsrats gescheitert war, bildete am 6. Februar 1871 der ultramontan gesinnte Graf Hohenwart ein neues Ministerium, das einen föderalistischen und feudal-klerikalen Charakter und zwei Tschechen zu Mitgliedern hatte. Dieses Ministerium wollte auf Kosten des Reichsrats die Kompetenz

(c) Instituto Cervantes de Madrid

der Landtage erweitern, den Polen, Tschechen, Slowenen und anderen Nationalitäten eine selbständige Stellung verschaffen und dieselben zum Gesamtstaat in eine ähnliche Stellung wie Ungarn bringen. Um diese Pläne im Reichsrat und in den Landtagen durchsetzen zu können, löste Hohenwart das Abgeordnetenhaus und diejenigen Landtage, in welchen die verfassungstreue Partei die Mehrheit hatte, auf und vereinbarte mit den tschechischen Führern Rieger und Clam-Martinitz die Grundzüge des neuen böhmischen Staatsrechts. Diesem gemäß sollte das Königreich Böhmen mit dem übrigen Cisleithanien nur die Diplomatie und einen Teil des Kriegs- und Finanzwesens als gemeinsame, durch Delegationen zu beratende Angelegenheiten haben, mit dem Reichsrat in keiner Gemeinschaft mehr stehen, während Unterricht, Justiz, Steuern, Polizei, Verkehrswesen, Verwaltung und Landwehr ausschließlich zur Kompetenz des böhmischen Landtags gehörte; der Kaiser sollte sich mit der heiligen Wenzelskrone krönen lassen. Wurde dieser böhmische Ausgleich vollzogen, so waren die 1800000 Deutschen, die neben den 2800000 Tschechen in Böhmen wohnen, unter das diktatorische Gebot des böhmischen Landtags gestellt. Daher entstand unter den Deutschen eine ungeheure Aufregung, welche sich im niederöstreichischen Landtag in schonungsloser Verurteilung des Ministeriums kundgab. Dasselbe beeilte sich daher, am 14. Oktober 1871 den Schluß der Landtage zu verfügen.

Es fragte sich nun, ob der Kaiser Franz Joseph der Adresse des böhmischen Landtags, aus welchem sämtliche deutsche Abgeordnete ausgetreten waren, seine Genehmigung erteilte und damit das böhmische Staatsrecht sanktionierte. Hohenwart hatte bereits ein zustimmendes Antwortschreiben zur Vorlegung für den Kaiser bereit. Inzwischen hatte aber Graf Beust den Kaiser, welcher sich im Oktober in Ischl befand, in einer Denkschrift auf die für die Reichseinheit bedenklichen Folgen dieses böhmischen Ausgleichs aufmerksam gemacht. Bei seiner Rückkehr nach Wien lehnte der Kaiser die Unterzeichnung des ihm von Hohenwart vorgelegten Antwortschreibens vorläufig ab und berief den ungarischen Ministerpräsidenten, Grafen Andrassy, zu einem Ministerrat auf den 20. Oktober nach Wien. Diesem wohnten, außer dem Kaiser, die drei Reichsminister, Beust, Kuhn und Lonyay, und die Ministerpräsidenten von Cis- und Transleithanien, Hohenwart und Andrassy, bei. Letzterer erkannte recht wohl, daß

(c) Instituto Cervantes de Madrid

der böhmische Ausgleich der slawischen Nationalität in Cisleithanien einen überwiegenden Einfluß verschaffen würde, und daß dadurch die staatsrechtliche Stellung des Königreichs Ungarn, das nahezu fünf Millionen Slawen in sich schloß, sehr bedroht wäre, und sprach sich gegen den Ausgleich aus. Die drei Reichsminister stimmten ihm bei; der Kaiser trat gleichfalls auf seine Seite; Hohenwart stand allein. Der böhmische Ausgleich wurde als unvereinbar mit dem ungarischen Ausgleich und mit der Dezemberverfassung vom Kaiser abgelehnt. Infolgedessen gab am 26. Oktober das Ministerium Hohenwart seine Entlassung ein. Diese wurde bewilligt. Der Reichskanzler Graf Beust, welcher den Kaiser zu spät gewarnt und dadurch dessen Stellung kompromittiert hatte, wurde am 8. November entlassen und zum Botschafter in London ernannt. Derselbe übernahm 1878 den Botschafterposten in Paris, wurde 1882 in den Ruhestand versetzt und starb am 24. Oktober 1886. Zum Minister des Auswärtigen und zum Vorsitzenden im Reichsministerrat wurde am 14. November 1871 Graf Andrassy ernannt. Die Bildung eines cisleithanischen Ministeriums übernahm am 25. November 1871 der verfassungstreue Fürst Adolf Auersperg, der bis zum 15. Februar 1879 im Amt blieb.

Sofort wurden die Landtage von Bukowina, Mähren, Oberöstreich, Krain und Vorarlberg aufgelöst und Neuwahlen angeordnet; in Böhmen wurden direkte Reichsratswahlen ausgeschrieben, wodurch die verfassungstreue Partei wieder das Uebergewicht im Abgeordnetenhaus erhielt, und im Mai 1872 der Landtag aufgelöst. Die Neuwahlen verschafften der verfassungstreuen Partei eine Zweidrittelmehrheit, infolgedessen die Tschechen sich vom Landtag fern hielten, was zu rascherer Erledigung der Geschäfte beitrug. Das von der Regierung vorgelegte Notwahlgesetz, wonach, falls die Landtagsmehrheiten die Wahl in den Reichsrat verweigerten, die Abgeordnetenwahlen nicht durch die Landtage, sondern direkt durch die Wahlbezirke vorgenommen werden sollten, wurde 1872 von beiden Häusern des Reichsrats mit einer Zweidrittelmehrheit angenommen. Um die Abhängigkeit des Reichsrats von den Landtagen, in welchen vielfach der Föderalismus und Klerikalismus ihren Sitz hatten, ganz aufzuheben, legte die Regierung 1873 einen Wahlreformentwurf vor, wonach die Reichsratsabgeordneten unmittelbar von den Wählern der Wahlbezirke gewählt werden sollten; die Wähler wurden in

(c) Instituto Cervantes de Madrid

vier Gruppen (Großgrundbesitzer, Landgemeinden, Städte, Handelskammern) eingeteilt; das Mandat der Gewählten dauerte sechs Jahre; die Zahl der Abgeordneten wurde auf 353 festgesetzt. Beide Häuser des Reichsrats genehmigten das Gesetz. Das Resultat der Neuwahlen war, daß 227 Mitglieder der Verfassungspartei und 126 Oppositionsmitglieder verschiedener Art gewählt wurden. Die Führung der letzteren übernahm Graf Hohenwart.

Der am 4. November 1873 eröffnete Reichsrat hatte vier Kirchengesetze zu beraten. Dieselben handelten von der Regelung der äußeren Rechtsverhältnisse der katholischen Kirche, von den Beiträgen des Pfründenvermögens zum Religionsfonds, von der gesetzlichen Anerkennung der noch nicht anerkannten Religionsgesellschaften, von den Rechtsverhältnissen der klösterlichen Gemeinschaften. Trotz des Protestes des Papstes und der Bischöfe wurden die drei erstgenannten Gesetze nach stürmischen Debatten vom Reichsrat angenommen und vom Kaiser am 7. und 20. Mai 1874 bestätigt. Die vierte Vorlage, das Klostergesetz, wurde zwar vom Reichsrat genehmigt, aber wegen der in dasselbe aufgenommenen Amendements vom Ministerrat dem Kaiser nicht zur Sanktion vorgelegt. Die Versuche des Reichsrats, eine Reform der Ehegesetzgebung und die Einführung der obligatorischen Zivilehe durchzusetzen, scheiterten an dem Widerstand der Regierung. Die altkatholische Religionsgemeinschaft wurde erst durch einen Erlaß des Ministeriums vom 18. Oktober 1877 anerkannt und die Konstituierung altkatholischer Gemeinden genehmigt.

Mit Ungarn wurden 1876 die Verhandlungen über die Erneuerung des im Dezember 1877 ablaufenden östreichisch-ungarischen Ausgleichs eröffnet, wobei es sich nicht bloß um die Festsetzung des Quotenverhältnisses für die Beitragsleistung zu den gemeinsamen Angelegenheiten, für die in dem Ausgleich von 1867 Oestreich 70, Ungarn 30 Prozent übernommen hatte, sondern auch um die Lösung der Bankfrage und um die Festsetzung des Zolltarifs handelte; letzterer Punkt stand mit den Verhandlungen über einen neuen Handelsvertrag mit Deutschland im Zusammenhang. Die Ungarn, welche gewohnt waren, einen unverhältnismäßig großen Teil der finanziellen Lasten Oestreich aufzubürden, glaubten letzteres zur äußersten Nachgiebigkeit zwingen zu können, wenn sie drohten, daß sie anderenfalls auf Herstellung einer Personalunion zwischen Oestreich und Ungarn hinarbeiten würden;

(c) Instituto Cervantes de Madrid

aber sie machten mit dieser Drohung keinen Eindruck in Wien, da jedermann wußte, daß Ungarn, dessen Finanzen infolge der nachlässigen Verwaltung von Jahr zu Jahr schlechter wurden, finanziell und politisch Oestreich weit mehr brauchte als dieses jenes. Erst nach zweijährigen Verhandlungen und nach Verlängerung des Ausgleichs bis zum 1. Juli 1878 wurde am 5. Mai 1878 über sämtliche Punkte des Ausgleichs eine Verständigung zwischen den östreichischen und den ungarischen Ministern erzielt und diese Vereinbarung vom östreichischen Reichsrat und vom ungarischen Reichstag genehmigt. Der von Ungarn im Jahre 1868 mit Kroatien abgeschlossene Ausgleich wurde 1873 revidiert, wobei in finanzieller Beziehung bestimmt wurde, daß Kroatien von sämtlichen Einkünften des Landes 45 Prozent zur Deckung der Kosten seiner eigenen Verwaltung und 55 Prozent für die mit Ungarn gemeinsamen Ausgaben und für die östreichisch-ungarischen Reichsangelegenheiten abgeben sollte. Letztere Summe fanden die Kroaten bei den Verhandlungen über den neuen Ausgleich 1879 zu groß, zumal da Ungarn selbst an Oestreich nur 30 Prozent bezahlte und doch volle Parität mit demselben hatte; aber sie erreichten bei den Ungarn, die sich selbst die kleinsten, anderen Staaten die größten Opfer zumuteten, nicht viel. Die ehemalige Militärgrenze wurde 1881 dem Königreich Kroatien einverleibt.

Nach Beendigung des russisch-türkischen Krieges lag der Reichsregierung alles daran, daß Rußlands Einfluß auf der Balkanhalbinsel nicht der vorherrschende wurde, und daß Oestreich durch die Besetzung Bosniens und der Herzegowina festen Fuß dort faßte. Graf Andrassy erreichte dies auf dem Berliner Kongreß durch die Unterstützung Englands und Deutschlands. Die Verhandlungen mit der Pforte über die Modalitäten dieser Okkupation zerschlugen sich, da jene in die Konvention eine Bestimmung über die Dauer der Okkupation aufgenommen wissen wollte und Andrassy, dessen Ziel die Annexion war, dies zurückwies. Auf das europäische Mandat gestützt, ließ Oestreich am 29. Juli 1878 seine Truppen in Bosnien und der Herzegowina einmarschieren. Aber die drei Divisionen, welche unter dem Feldzeugmeister Philippovich einrückten, fanden, was nicht erwartet wurde, bei den Behörden und bei der Bevölkerung heftigen Widerstand. Serajewo, die Hauptstadt Bosniens, mußte erstürmt werden; an manchen Orten erlitten die nicht gut geführten Truppen Niederlagen.

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Darauf wurde das Okkupationsheer auf drei Armeekorps verstärkt, und jetzt erst wurde jeder Widerstand niedergeschlagen. Bis zum 4. Oktober waren beide Provinzen in den Händen der Oestreicher. Dieselben wurden zunächst für Reichslande erklärt und kamen infolgedessen unter die unmittelbare Gewalt des Reichsministeriums und der östreichisch-ungarischen Delegationen. Zum Chef der dortigen Landesregierung wurde am 1. Januar 1879 der kommandierende General der Okkupationsarmee, Feldzeugmeister Herzog Wilhelm von Württemberg, ernannt, welcher diese Stelle bis 1881 bekleidete. Am 21. April 1879 wurde endlich eine Konvention mit der Pforte abgeschlossen, worin auch über den beabsichtigten Einmarsch der Oestreicher im Sandschak Novibazar Bestimmungen festgesetzt wurden. Die Pforte behielt sich die Souveränität über die besetzten Provinzen vor und überließ die Verwaltung derselben ausschließlich Oestreich-Ungarn. Am 8. September 1879 wurden mehrere Punkte des Sandschaks von den Oestreichern besetzt. Das dortige Plateau beherrscht die Straße nach Mitrovitza, von wo die Eisenbahn nach Saloniki, dem Zielpunkt der östreichischen Orientpolitik, führt. Der albanische Hafenort Spizza, welchen der Berliner Kongreß Oestreich zugewiesen hatte, wurde am 11. Mai 1879 besetzt und Dalmatien einverleibt. Oestreichs Stellung zur orientalischen Krisis erhielt 1879 große Festigkeit durch den Abschluß der deutsch-östreichischen Defensivallianz.

Die inneren Verhältnisse Oestreichs verschlechterten sich von Jahr zu Jahr. Fürst Auersperg trat 1879 von der Ministerpräsidentschaft zurück, und die Neuwahlen fürs Abgeordnetenhaus hatten eine Niederlage der Verfassungspartei zum Resultat. Die Partei der Föderalisten, Feudalen und Klerikalen erhielt die Mehrheit. Graf Taaffe, welcher zu den Vertrauten des Kaisers gehört, übernahm die Ministerpräsidentschaft. Er bezeichnete zwar sein Kabinett als ein „Versöhnungsministerium", sah sich aber, um die Mehrheit für sich zu haben, zu immer neuen Zugeständnissen an dieselbe genötigt, so daß er, anstatt die Nationalitäten miteinander zu versöhnen, den Nationalitätenhader erst recht anfachte. Die Mehrheit ließ nicht nach, bis alle liberalen und verfassungstreuen Elemente aus dem Ministerium entfernt und durch Tschechen und Polen ersetzt waren. Dabei beging die liberale Partei den politischen Fehler, daß sie, vom Doktrinarismus verblendet, sich in offenen Zwiespalt mit der

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Krone setzte. Hatte sie schon 1879, als es sich um die Bewilligung der Okkupationskosten durch die Delegationen handelte, darin gefehlt, daß sie diese Bewilligung von der Genehmigung des Berliner Vertrags durch den Reichsrat abhängig machte, obgleich dem Kaiser, der in der Besetzung Bosniens und der Herzegowina einen Ersatz für die verlorene Stellung in Italien und in Deutschland sah, so viel daran lag, die Okkupationsfrage rasch erledigt zu sehen, so machte sie vollends 1879 dem vorgelegten Wehrgesetz Opposition. Dasselbe setzte für die nächsten zehn Jahre eine Kriegsstärke von 800 000 Mann und eine Friedensstärke von 255 000 fest, was durchaus im Einklang stand mit der politisch-militärischen Lage Europas. Nur mit Mühe wurde das Gesetz, zu dessen Annahme eine Zweidrittelmehrheit gehörte, im Abgeordnetenhaus durchgebracht.

Graf Taaffe.

Die größten Schwierigkeiten machten die Tschechen, welche die in Böhmen wohnenden Deutschen in die Stellung von Parias herabdrücken wollten. Sie preßten dem Ministerium und dem Statthalter von Böhmen ein Zugeständnis um das andere ab, so daß die Regierung, welche sich so viel darauf zu gute that, daß sie über den Parteien stehe, den Deutschen als eine Parteiregierung der schlimmsten Art erschien. Die für Böhmen und Mähren am 19. April 1880 erlassene Sprachenverordnung befahl den dortigen Beamten, im Verkehr mit den Parteien diejenige Sprache zu gebrauchen, deren sich letztere bedienten. Dies war das Signal zu den feindseligsten Akten nicht bloß gegen die deutsche Sprache, sondern auch gegen die deutsche Bevölkerung. Diejenigen Minister, welche nicht damit einverstanden waren, daß die föderalistischen Pläne Belcredis und Hohenwarts erneuert und daß die Deutschen in dem neugestalteten Oestreich an die Wand gedrückt werden sollten, traten zurück und machten Männern Platz, deren anti-

(c) Instituto Cervantes de Madrid

deutsche Tendenzen offenkundig waren. Der Pole Dunajewski übernahm das Finanzministerium, der Tscheche Prazak das Justizministerium. Zum Präsidenten des Abgeordnetenhauses wurde 1881 der Pole Smolka, zum Vizepräsidenten der feudale Tscheche Fürst Lobkowitz gewählt. Die nächsten Wünsche der Tschechen waren auf eine Umgestaltung der Universität Prag gerichtet. Da sie die Umwandlung dieser deutschen Universität in eine rein tschechische noch nicht durchsetzen konnten, so begnügten sie sich mit dem Vorschlag der Regierung, welche dem Reichsrat 1881 ein Gesetz über die Zweiteilung der Universität Prag vorlegte. Neben der deutschen Universität, in welcher die deutsche Sprache die Unterrichtssprache war, sollte eine tschechische Universität, mit tschechischer Unterrichtssprache, eingerichtet werden. Der Reichsrat genehmigte 1882 das Gesetz, worauf mit der Organisation der tschechischen Universität begonnen wurde. Der Ueberfall deutscher Studenten in Kuchelbad (bei Prag) am 28. Juni 1881 durch tschechische Studenten und tschechischen Pöbel, woran sich in den nächsten Tagen die niederträchtigsten Pöbelexzesse in Prag anschlossen, und der Ueberfall friedlicher deutscher Turner am 24. August 1885 in Königinhof zeigten, auf welcher Bildungsstufe die von der Regierung gehätschelten Tschechen standen und zu welchen Schandthaten sie fähig waren. Die Minister bekamen im Reichsrat, namentlich von den deutschen Abgeordneten Plener und Knotz, 1884 und 1885 schwere Vorwürfe zu hören, wie sie einem Minister nicht schärfer gemacht werden können.

Offenbar hatten es die Tschechen mit diesen Brutalitäten darauf abgesehen, den Deutschen das Leben in Prag zu verleiden und vor allem die Fortexistenz der dortigen deutschen Universität unmöglich zu machen. Was ihnen auf friedlichem Weg nicht möglich war, die Universität vollständig zu tschechisieren, das sollte durch fortgesetzte Gewaltthaten bewerkstelligt werden. Es war daher die höchste Zeit, daß die Deutschöstreicher sich eng zusammenscharten und mit aller Energie für ihre Nationalität eintraten. In mehreren Provinzen wurden deutsche Parteitage gehalten und Resolutionen im Sinne der deutschen Nationalität und der Ausdauer im Kampfe gefaßt. Die beiden Klubs der Verfassungspartei, der der Liberalen und der des Fortschritts, konstituierten sich 1881 in einer Stärke von etwa 150 Mitgliedern als „Ver-

(c) Instituto Cervantes de Madrid

einigte Linke" und erklärten es in ihrem Programm als ihre Aufgabe, um das Banner des Deutschtums und des östreichischen Staatsgedankens sich zu scharen und in der gesetzmäßigen Bekämpfung des Ministeriums Taaffe auszuharren. Selbst der 75jährige Ritter von Schmerling, welcher im diplomatischen und parlamentarischen Leben ergraut war, sprach sich im Herrenhause am 23. Dezember 1880 in einer im Namen der Mehrheit abgegebenen Erklärung dahin aus, daß die von der Regierung eingeschlagene Richtung ernste Besorgnisse hervorrufe und daß aus diesem Vorgehen der Regierung Gefahren für die Einheit des Staates, für die friedliche Eintracht der Volksstämme, für das feste Gefüge der Verwaltung und für die Verfassung selbst erwachsen müßten. Um den Widerstand dieser verfassungstreuen Mehrheit zu brechen, berief Graf Taaffe 1881 26 Mitglieder der föderalistisch-klerikalen Partei in das Herrenhaus.

Bei den Abgeordnetenwahlen von 1885 zeigte es sich, daß die von dem Ministerium und der Reichratsmehrheit ausgeübte Parteiherrschaft einen stärkeren Widerstand der deutschen Opposition und die Wahl entschiedenerer Kämpfer hervorgerufen hatte, welche sich in erster Linie als Deutsche, in zweiter als Oestreicher fühlten und vor allem die Erhaltung des deutschnationalen Wesens auf ihre Fahne schrieben. Die Verfassungstreuen verloren zwar etwa 15 Sitze in den Wahlkörpern der Großgrundbesitzer, hielten aber in den anderen Wahlgruppen ihren Präsenzstand aufrecht und sahen unter den Gewählten viele Männer einer „schärferen Tonart", welche die „Wiederherstellung und Sicherung der deutschen Führung in Oestreich" auf ihr Programm schrieben und dieses aufs äußerste verteidigten. Infolgedessen löste sich die „Vereinigte Linke" wieder auf, und es bildete sich der „Deutschöstreichische Klub" und der „Deutsche Klub", von denen jener gegen 90, dieser gegen 50 Mitglieder umfaßte. Doch wurde ein gemeinsamer Ausschuß gebildet, welcher für die Einheit der parlamentarischen Aktion Sorge tragen und die beiden Klubs zur kräftigen Verteidigung des Deutschtums gegen das weitere Steigen der slawischen Hochflut vereinigen sollte.

Die Verfolgungen, welchen die Deutschen in Oestreich, besonders in Böhmen, ausgesetzt waren, erregten die Sympathien Deutschlands in hohem Grade. Es wurden Vereine

(c) Instituto Cervantes de Madrid

gebildet, welche dem „Deutschen Schulverein" Unterstützungen zuschickten. Dieser 1880 in Oestreich gestiftete „Schulverein" hatte den Zweck, dem weiteren Rückgang des Deutschtums dadurch entgegenzuarbeiten, daß in den am meisten mit Entnationalisierung bedrohten Gemeinden deutsche Schulen gegründet, Schulhäuser erbaut, Lehrer angestellt, Schulbibliotheken errichtet, Schreibhefte ausgeteilt wurden. Der Verein war über die ganze Monarchie ausgebreitet und hatte über 400 Vertrauensmänner aufgestellt. In Böhmen, Mähren, Schlesien, Galizien, Tirol, Steiermark und Krain konnten viele Gemeinden nur durch die vom Schulverein erhaltenen Unterstützungen ihr Deutschtum bewahren. Die in Deutschland bestehenden Unterstützungsvereine, welche regelmäßige Geldbeiträge für den Schulverein sammeln, haben ihre Zentralstelle in Berlin.

Die Feindseligkeit der Magyaren gegen das Deutschtum war nicht geringer als die der Slawen gegen dasselbe, und da jene in dem ungarischen Königreiche die Macht in den Händen hatten, so hatten sie bald große Erfolge aufzuweisen. Sie glaubten, der magyarische Staat sei erst dann fest begründet, wenn er gegen die Einflüsse der anderen Nationalitäten, der Slawen, Rumänen und besonders der Deutschen, gesichert sei. Dieses Ziel schien ihnen dann erreichbar, wenn alles, was dem ungarischen Wesen widerstrebte, ausgerottet und die ungarische Sprache in ganz Transleithanien zur Geschäftssprache gemacht wurde. Magyarisierung des Schulwesens war von nun an die Losung. Das Gesetz über obligatorische Einführung der ungarischen Sprache in sämtlichen Elementarschulen Ungarns wurde vom Reichstag angenommen, als ausschließliche Sprache für die Lehramtsprüfung der Gymnasial- und Realschulkandidaten die ungarische anbefohlen und die Errichtung deutscher Theater in Ungarn verboten. Der ungarische Unterrichtsminister Trefort konnte in seinem Bericht von 1885 die Mitteilung machen, daß es im Jahre 1869 in Ungarn 5819 Volksschulen mit ungarischer, 1232 mit deutscher Schulsprache gegeben habe, im Jahre 1884 dagegen 7983 mit ungarischer und nur noch 676 mit deutscher Schulsprache gebe, daß also im Verlauf von 15 Jahren die Hälfte der deutschen Volksschulen magyarisiert worden sei. Da in Ungarn keine einzige deutsche Lehrerbildungsanstalt besteht (nur die siebenbürgischen Sachsen haben noch ihre deutschen Lehrerseminarien), und da in den wenigen deutschen

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Volksschulen der Minister die Erlernung der ungarischen Sprache in einer Ausdehnung verlangt, die den übrigen Unterricht fast erfolglos macht, so gehen diese Volksschulen mit Riesenschritten ihrem Untergang entgegen. Deutsche Gymnasien existieren in Ungarn bereits nicht mehr. Ein Erlaß des Unterrichtsministers verbot die Anstellung solcher Lehrer an den Volksschulen, welche in der ihnen zur Erlernung der magyarischen Sprache bestimmten Frist derselben nicht mächtig geworden seien.

Die Deutschen in Siebenbürgen, welche mit Rechten und Privilegien reich ausgestattet waren und fest an ihrem Deutschtum hingen, waren den Magyaren der Gegenstand besonderen Hasses, und letztere ließen ihrer Magyarisierungswut freien Lauf. Den dortigen Gerichtsbeamten wurde die Alternative gestellt, binnen sechs Wochen ungarisch zu lernen oder ihre Aemter aufzugeben; den Professoren der von Sachsen gegründeten und fast ausschließlich von sächsischen Studenten besuchten Rechtsakademie in Hermannstadt wurde verboten, Vorträge in deutscher Sprache zu halten, und nur der Gebrauch der ungarischen Sprache gestattet; durch das 1879 vom ungarischen Reichstag angenommene Gesetz über die „Regelung des Königsbodens" wurde das Sachsenland seiner vielhundertjährigen Rechte und Selbstverwaltung beraubt, das ungarische Munizipalgesetz ihm aufgedrängt und magyarische Obergespane eingesetzt. Die Sachsen wehrten sich gegen den an ihnen verübten Rechtsbruch und schickten Deputationen an den Kaiser; aber seit dem Ausgleich von 1867 wagt in Oestreich niemand mehr, der magyarischen Mißregierung entgegenzutreten und die Magyaren in der Ausübung ihrer unbeschränkten Souveränität gegen Deutsche, Slawen und Rumänen zu stören. In Ungarn sprach man sogar bereits davon, den Sachsen in Siebenbürgen den deutschen Gottesdienst zu verbieten. Und dies alles ging von einem Volke aus, das, als es in früheren Zeiten im Gebrauch seiner eigenen Sprache sich beeinträchtigt sah, nur durch östreichische Bataillone von bewaffnetem Widerstand zurückgehalten werden konnte, und das seine eigenen Rechte und Privilegien gegen die Wiener Zentralisierungslust mit fanatischer Hartnäckigkeit verteidigte. Der ungarische Ministerpräsident Tisza, welcher seit 1875 an der Spitze der Regierung steht, ist eine Stütze dieser chauvinistischen Tendenzen und Rechtsverletzungen.

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Zur innigeren Verbindung Bosniens und der Herzegowina wurde das provisorische Wehrgesetz vom 24. Oktober 1881 erlassen, wonach in diesen beiden Provinzen Mohammedaner und Christen zum Kriegsdienst verpflichtet waren. Die Konsequenz erforderte, daß nun auch den Bocchesen der Krivoscie (in Süd-Dalmatien) der östreichische Kriegsdienst auferlegt wurde. Aber wie sie 1879 mit den Waffen sich dagegen gewehrt hatten, so erhoben sie auch 1881 die Fahne des Aufstands und verbanden sich mit den Unzufriedenen in der Herzegowina. Doch wurde der Aufstand durch die geschickten und umfassenden Anordnungen des östreichischen Militärkommandos 1882 völlig niedergeschlagen und die Bocchesen zur Annahme des östreichischen Kriegsdienstes gezwungen.

6) Frankreich unter der Präsidentschaft Mac Mahons und Grevys.

(1873—1886.)

Während Thiers die monarchistischen Parteien dadurch von sich gestoßen hatte, daß er an der konservativen Republik festhielt, hatte Mac Mahon die Republikaner zu seinen Gegnern, weil er die Klerikalen und die Monarchisten, und zwar namentlich die Bonapartisten begünstigte. Die Klerikalen glaubten auch unter der Republik eine Herrschaft ausüben zu können, wenn sie sich der Revancheidee bemächtigten und neben dem religiösen Fanatismus auch den nationalen erregten. Der Revanchekrieg gegen Deutschland sollte als ein nationalklerikaler Kreuzzug angesehen werden. Zu diesem Zwecke wurden Erscheinungen der Jungfrau Maria erdichtet, die Wunderquellen in Lourdes und an anderen Orten eröffnet, der Kultus des heiligen Herzens Jesu bis zum Wahnwitz getrieben, Prozessionen von zehn- und zwanzigtausend Menschen veranstaltet, Glaubenslieder mit einem Revancherefrain gesungen. Die Jesuiten hatten bereits den ganzen Volksunterricht und die Leitung der weiblichen Erziehung und Bildung in ihren Händen; um aber auch den höheren Unterricht unter ihre Gewalt zu bringen und dadurch den ganzen Beamtenstand von sich abhängig zu machen, verlangten sie, auf die republikanische Freiheit sich berufend, auch noch das Recht, Universitäten und Lehrkurse zu eröffnen, akademische Grade zu erteilen, Legate und Schenkungen anzunehmen. Diese Forderungen, welche auf eine Lahmlegung der Staatsuniversitäten abgesehen waren, wurden durch das Unterrichts-

(c) Instituto Cervantes de Madrid

gesetz vom 12. Juli 1875 genehmigt. Darauf wurde in Paris eine freie Universität mit sämtlichen Fakultäten und sechs weitere Universitäten mit je zwei oder drei Fakultäten in Lille, Poitiers, Angers, Toulouse, Lyon und Avignon gegründet. Diese neuen Universitäten wurden in jeder Beziehung der päpstlichen Autorität vollständig unterworfen und die Studierenden unter strenger Aufsicht gehalten. Die günstigste Zukunft schien sich den Klerikalen durch eine Restauration der Bourbonen zu eröffnen. Aufs neue wurden zur Vereinigung der Häuser Bourbon und Orleans Fusionsversuche gemacht. Der Graf von Paris machte, als Chef der Familie Orleans, am 5. August 1873 dem Grafen Chambord einen Besuch in Frohsdorf und erkannte im Namen seiner Familie denselben als den Chef des Hauses Bourbon-Orleans und als den alleinigen Vertreter des monarchischen Prinzips in Frankreich an. Aber Chambords Brief vom 27. Oktober 1873, welcher eine bedingungslose Zurückberufung verlangte, an Stelle der Trikolore die weiße Fahne zur Fahne Frankreichs machen und in der Verfassungsfrage keine bindende Erklärung zum voraus abgeben wollte, vereitelte alle Fusionsbestrebungen; denn solchen Bedingungen konnten sich die Orleans und ihre Anhänger, wenn sie nicht sich selbst in Frankreich unmöglich machen wollten, nicht unterwerfen. Unter den Massen hatten weder die Orleanisten noch die Legitimisten einen bedeutenden Anhang. In Wirklichkeit war von den Republikanern nur der Bonapartismus zu fürchten, der sich auf das niedere Volk und die Armee stützte und vor einem Staatsstreich nicht zurückscheute. Von den Bonapartisten wurde der Sohn Napoleons III., Prinz Louis Napoleon, welcher am 16. März 1874 die Feier seiner Großjährigkeit beging, als Chef der kaiserlichen Familie und als Napoleon IV. anerkannt.

An der Spitze des ersten Ministeriums, das Mac Mahon am 25. Mai 1873 bildete, stand der Herzog von Broglie, ein klerikaler Orleanist. Derselbe nahm, als er durch eine Koalition der Republikaner und Bonapartisten bei einer das Wahlgesetz betreffenden Abstimmung in die Minderheit kam, am 16. Mai 1874 seine Entlassung und hatte den Kriegsminister General Cissey zum Nachfolger. Da man damals vor der Wahl zu stehen schien, die Republik oder das dritte Kaiserreich zu haben, so trennten sich die gemäßigten Orleanisten von der Regierung und näherten sich den gemäßigten

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Republikanern. Es bildete sich aus dem rechten und dem linken Zentrum der Nationalversammlung eine neue Mehrheit, welche die Verfassungsfrage in gemäßigt-republikanischem Sinne zu entscheiden suchte und auf den Antrag des Abgeordneten Wallon durch ihr Schlußvotum vom 24. Februar 1875 eine Republik mit regelmäßiger Präsidentenwahl, mit Senat und Zweiter Kammer errichtete. Die Zahl der Senatoren wurde auf 300 festgesetzt, von denen 75 von der Nationalversammlung auf lebenslänglich, 225 durch die Departements und die Kolonien auf neun Jahre gewählt werden sollten; die Zahl der Abgeordneten betrug 532, und diese wurden je von den Wählern eines Arrondissements gewählt. Das Ministerium Cissey, welches mit der neuen Mehrheit nicht übereinstimmte, trat am 24. Februar 1875 zurück, worauf der bisherige Präsident der Nationalversammlung, Büffet, ein neues Kabinett bildete.

Nachdem die Verfassungsgesetze von der Nationalversammlung beraten und angenommen worden waren, wurde durch die Wahl der Senatoren und der Abgeordneten eine neue Lage geschaffen. Im Senat errangen die monarchistischen Parteien etwa 200, in der Kammer die Republikaner etwa 360 Sitze; die Mehrheiten der beiden Kammern hatten somit eine ganz verschiedene Färbung. Die parlamentarische Herrschaft gehörte von nun an den Republikanern. Da Büffet in keine der beiden Kammern gewählt war, so reichte er am 21. Februar 1876 seine Entlassung ein. Am 9. März übernahm Dufaure, welcher dem rechten Zentrum angehörte, und am 12. Dezember Jules Simon, Mitglied des linken Zentrums, die Bildung eines neuen Ministeriums. Die Allokution des Papstes vom 12. März 1877, worin sich dieser darüber beklagte, daß er ein Gefangener sei und nicht die zur Kirchenverwaltung nötige Freiheit besitze, erregte einen klerikalen Sturm in Frankreich. Deputationen des Senats und der Kammer, Petitionen von Gemeinden, der in Paris tagende Katholikenkongreß und die Hirtenbriefe der Bischöfe verlangten einstimmig vom Präsidenten Mac Mahon, daß er zur Herstellung der Unabhängigkeit des Papstes alle ihm möglichen Mittel anwenden solle. Die italienische Regierung sah sich den heftigsten Ausfällen der bischöflichen Hirtenbriefe ausgesetzt. Auf eine von den Republikanern eingebrachte Interpellation erklärte sich Simon bereit zur Unterdrückung dieser unpatriotischen Agitation und fügte hinzu, daß angesichts der

(c) Instituto Cervantes de Madrid

italienischen Garantiegesetze, welche dem Papste seine volle geistliche Unabhängigkeit sichern, es nicht gestattet sei, zu sagen, der Papst sei ein Gefangener. Da auf dies hin der Papst öffentlich sich darüber beschwerte, daß er vom französischen Ministerpräsidenten als „Lügner" bezeichnet worden sei, so erklärten Broglie und die anderen geheimen Ratgeber des Marschalls, jetzt sei es Zeit, mit der parlamentarischen Herrschaft der Republikaner aufzuräumen. Darauf richtete Mac Mahon am 16. Mai ein verletzendes Schreiben an Simon, ohne den eigentlichen Streitfall zu erwähnen, und nötigte dadurch das Ministerium Simon, seine Entlassung zu nehmen. Am 17. Mai wurde ein aus Legitimisten, klerikalen Orleanisten und Bonapartisten zusammengesetztes Ministerium gebildet, in welchem Broglie das Präsidium, Fourtou das Innere übernahm. Die Kammer beschloß die Erklärung, daß das gegen das parlamentarische Gesetz der Mehrheit gebildete Ministerium vom 17. Mai das Vertrauen der Nation nicht besitze, lehnte die Beratung des Budgets ab und genehmigte nur die für die Reorganisation der Armee erforderlichen Kredite, da die Revancheidee eine Unterbrechung derselben nicht gestattete.

Mit der republikanischen Kammermehrheit war für dieses Ministerium keine Regierung möglich. Daher wurde die Kammer, mit der hierfür erforderlichen Zustimmung des Senats, am 25. Juni aufgelöst. In einer Rede zu Lille sprach Gambetta am 15. August das geflügelte Wort: „Wenn Frankreich sein souveränes Verdikt gesprochen haben wird, wird man (das heißt Mac Mahon) sich unterwerfen oder zurücktreten müssen (il faudra se soumettre ou se démettre). Die Regierung bot ihre ganze Macht auf, um durch die Neuwahlen vom 14. Oktober eine Mehrheit für sich zu gewinnen. Gewählt wurden etwa 320 Republikaner und 210 Monarchisten, darunter 112 Bonapartisten. Die Republikaner hatten zwar einige Sitze verloren, aber immerhin noch eine Mehrheit von 110 Stimmen. Das Ministerium Broglie nahm daher am 20. November seine Entlassung, worauf Mac Mahon nicht, wie ihm die gemäßigten Orleanisten rieten, ein Ministerium aus dem linken Zentrum berief, sondern ein reines Geschäftsministerium ernannte, von dessen Mitgliedern kein einziges im Senat oder in der Kammer saß. Es waren höhere Ministerialbeamte, meist Bonapartisten und Klerikale; das Präsidium wurde dem General

(c) Instituto Cervantes de Madrid

de la Rochebouet übertragen. Auf dies hin erklärte die Kammer, daß sie zu diesem Ministerium, das die Verneinung der Volksrechte und der parlamentarischen Rechte sei, nicht in Beziehung treten könne, und lehnte die Bewilligung der Steuern ab. Mac Mahon berief nun Düfaure und beauftragte ihn mit der Bildung eines neuen Ministeriums. Da aber der Marschall die ihm vorgelegte Ministerliste nicht vollständig genehmigte und die Ernennung der Minister für das Auswärtige, für Krieg und Marine sich selbst vorbehielt, so trat Düfaure wieder zurück. Die Ministerkrisis nahm einen bedenklichen Charakter an. Die monarchistischen Heißsporne suchten den Marschall zur Ausführung eines Staatsstreichs zu bewegen, und es bildete sich ohne sein Wissen ein Militärkomplott, während Deputationen der Handelskammern und gemäßigte Senatoren ihm zum Nachgeben rieten. Er entschied sich zu letzterem, berief wieder Düfaure und unterzeichnete bedingungslos die ihm vorgelegte Ministerliste. Sämtliche Mitglieder des Ministeriums Düfaure gehörten der republikanischen Partei an. Daß von den neun Ministern fünf Protestanten waren, schien den Klerikalen unerträglich. Mac Mahon unterzeichnete von da an fast willenlos die ihm vorgelegten Dekrete. Als aber Düfaure von ihm die Absetzung mehrerer bonapartistisch gesinnter Generale, welche Armeekorps befehligten, verlangte und der Ministerrat darauf beharrte, so erwiderte er, daß er zur Desorganisierung der Armee nicht die Hand bieten könne, und überreichte am 30. Januar 1879 seine Entlassung als Präsident der Republik.

Präsident Grevy.

In der Sitzung des Kongresses, wozu Senat und Kammer noch am nämlichen Tage zusammentraten, wurde Jules Grevy, der bisherige Präsident der Abgeordnetenkammer, zum Präsidenten der Repubik auf sieben Jahre gewählt, worauf die Abgeordnetenkammer am 31. Januar Gambetta zu ihrem Präsidenten wählte. Damit hing der Rücktritt des

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Ministeriums Düfaure zusammen. An der Spitze des neuen Kabinetts stand der Senator Waddington. Der auf den 19. Juni 1879 berufene Kongreß beschloß die Zurückverlegung der beiden Kammern von Versailles nach Paris. Da die Kammer gegenüber den monarchistischen Beamten ein Ministerium von „accentuierterer Haltung" wünschte, so mußte Waddington zurücktreten und am 29. Dezember 1879 einem Ministerium Freycinet Platz machen. Die Herrschaft, welche die katholischen Orden über die höheren Unterrichtsanstalten ausübten, war nachgerade bedenklich. In Frankreich bestanden damals 500 vom Staat nicht ermächtigte Kongregationen mit 22000 Mitgliedern, darunter über 7000 männliche; die Jesuiten hatten dort 74 Lehranstalten, ein Personal von 1011 Mitgliedern und über 10000 Schüler. Da die vom Unterrichtsminister Ferry vorgelegten Unterrichtsgesetze zwar von der Kammer, aber nicht vom Senat angenommen wurden, so erließ Präsident Grevy am 30. März 1880 zwei Dekrete, von welchen das erste der „nicht anerkannten, sogenannten Gesellschaft Jesu" befahl, binnen drei Monaten sich aufzulösen und ihre Anstalten in Frankreich zu räumen, das zweite alle nicht anerkannten Kongregationen aufforderte, binnen drei Monaten bei der Regierung um die Prüfung und Genehmigung ihrer Statuten und Reglements und um die gesetzliche Anerkennung für jede einzelne ihrer bisher nur thatsächlich bestehenden Anstalten nachzusuchen. Die Ordenshäuser und die Lehranstalten der Jesuiten wurden geschlossen, aber gegenüber den Kongregationen, welche nach einem gemeinschaftlichen Beschlusse weder ihre Statuten mitteilten, noch die Autorisation nachsuchten und von sämtlichen Bischöfen in ihrer Rebellion unterstützt wurden, wurde große Langmut ausgeübt. Auf das Drängen der Radikalen erteilte die Regierung am 9. Juli 1880 sämtlichen Communarden, welche nach Neukaledonien, Guyana und nach anderen Orten deportiert worden waren, die Erlaubnis zur Rückkehr nach Frankreich und volle Amnestie. Sie kamen mit Rachegedanken zurück und eröffneten in ihrer zahlreichen Presse und ihren Versammlungen den heftigsten Kampf gegen die Regierung und die Bourgeoisie.

Gambettas Rede in Cherbourg am 8. August 1880, worin er in geschraubten Wendungen von der Gerechtigkeit des Revanchekrieges und der Wiedereroberung der beiden entrissenen Provinzen sprach, veranlaßte Freycinet zu der Er-

(c) Instituto Cervantes de Madrid

klärung, daß Frankreich seine Stelle in der allgemeinen Politik wieder einnehmen, aber nicht eine Abenteurerpolitik befolgen wolle. Darauf wurde Freycinet auf Betreiben Gambettas gestürzt und am 23. September 1880 das Ministerium Ferry eingesetzt. Die Ausführung der Märzdekrete nahm nun einen raschen Verlauf. Die nicht autorisierten Kongregationen wurden aus ihren Klöstern ausgewiesen und diese geschlossen, wozu an manchen Orten Militär aufgeboten werden mußte. Um die Kammer sich ganz dienstbar zu machen, auch den Senat in diesem Sinne umzugestalten und über die Kräfte Frankreichs aufs neue als Diktator zu gebieten, wollte Gambetta für die Abgeordnetenwahlen die Arrondissementswahlen abschaffen und das Listenskrutinium einführen. Diesem gemäß sollten die Wähler eines ganzen Departements eine auf einer Liste verzeichnete Anzahl von Kandidaten auf einmal wählen. Es war anzunehmen, daß, wenn die Wähler eines Departements sich für eine republikanische oder monarchische Liste zu entscheiden hatten, eine überwältigende Mehrheit von Republikanern gewählt wurde, da diese in den meisten Departements die Mehrheit hatten. Aber sehr viele Republikaner fürchteten, daß sie, um auf die Kandidatenliste zu kommen, sich zu unbedingten Vasallen Gambettes machen müßten, und andere hegten zugleich die Besorgnis, daß er als Diktator das Land in eine Revanche- und Abenteurerpolitik stürzen werde. Daher wurde der vom Abgeordneten Bardoux im Namen Gambettas gestellte Antrag auf Einführung der Listenwahl von der Kammer nur mit 289 gegen 223 Stimmen genehmigt, vom Senat aber mit 148 gegen 114 Stimmen, als ein Versuch, die parlamentarische Republik in eine cäsarische umzuwandeln, abgelehnt.

Der Einfall, welchen der räuberische Stamm der Krumir von Tunis aus in Algerien machte, gab Frankreich die erwünschte Gelegenheit zur Besetzung des Landes. Da der Bei nicht sofort die verlangte Genugthuung gab, so rückten 1881 französische Truppen in Tunis ein und nötigten dem hilflosen Bei einen Vertrag auf, wonach Frankreich alle wichtigen Plätze des Landes besetzte, dasselbe durch französische Beamte verwalten ließ und die auswärtigen Angelegenheiten der Regentschaft Tunis von dem französischen Ministerresidenten geleitet wurden. Italien sah sich in seiner Hoffnung, das gegenüberliegende Land selbst in seinen Besitz zu nehmen, getäuscht und schloß sich enger an Deutschland und Oestreich an. Die

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Pforte, welche Tunis als einen Teil des türkischen Reiches ansah, erhob einen Protest gegen den Einmarsch der Franzosen in Tunis, ließ sich aber von dem deutschen Botschafter, Grafen Hatzfeldt, abhalten, ihr Panzergeschwader nebst Landungsmannschaften nach Tunis zu schicken. Nach der vorzeitigen Zurücksendung der französischen Truppen erhoben die tunesischen und algerischen Stämme einen Aufstand, der durch eine neue Truppensendung und nach Eroberung mehrerer Städte unterdrückt wurde.

Da die Abgeordnetenwahlen vom 21. August 1881 den Republikanern eine bedeutende Mehrheit verschafften und diejenige Fraktion, welcher Gambetta angehörte, die „republikanische Union", allein 206 Kandidaten durchsetzte, so sprach sich die öffentliche Meinung mit Entschiedenheit dafür aus, daß Gambetta, welcher bisher als Kammerpräsident die Richtung der französischen Politik angegeben hatte, ohne dafür verantwortlich zu sein, nun als Ministerpräsident selbst die Verantwortung übernehmen solle. Nach einer geheimnisvollen Reise, auf welcher er die Städte Hamburg, Lübeck, Stettin, Danzig besuchte, und nach dem Rücktritt des Ministeriums Ferry übernahm er am 14. November 1881 die Präsidentschaft und das Auswärtige in dem von der Presse längst angekündigten „Großen Ministerium", in welchem aber die Namen der ersten Staatsmänner Frankreichs fehlten, da diese sich nicht zu bloßen Werkzeugen Gambettas herabwürdigen wollten. Sein Auftreten in der ägyptischen Krisis, als Arabi sich gegen die Fremdherrschaft auflehnte, zeigte den politischen Abenteurer und Händelsucher. Sein Plan war, in Gemeinschaft mit England Aegypten zu besetzen und dieses Land zu einer westmächtlichen Provinz zu machen, und er eröffnete hierüber Unterhandlungen mit dem englischen Kabinett. Obgleich Deutschland, Oestreich, Italien und Rußland ein solches Projekt als unberechtigt zurückwiesen, die ägyptische Frage als einen Teil der orientalischen Frage ansahen und für jede Lösung derselben das Zusammenwirken sämtlicher Großmächte verlangten, und obgleich ihm von England gesagt wurde, daß er auf eine gemeinschaftliche militärische Aktion nicht sicher rechnen dürfe, hielt er doch die westmächtliche Allianz für eine bereits abgeschlossene Sache und kümmerte sich um das übrige Europa nicht. Zum Glück für Frankreich war seine Ministerpräsidentschaft von sehr kurzer Dauer. Gambetta hatte seine parlamentarischen Reformpläne nicht vergessen. Nachdem in-

(c) Instituto Cervantes de Madrid

folge der Senatorenwahlen vom 9. Januar 1882 die Zahl der republikanischen Senatoren auf 205 gestiegen, die der monarchistischen auf 95 herabgesunken war, brachte Gambetta am 14. Januar eine Vorlage über eine beschränkte Verfassungsrevision ein, worin er für den Senat eine Aenderung des Wahlgesetzes und eine Beschränkung seiner finanziellen Befugnisse, für die Kammer die Einführung der Listenwahl verlangte. Diese Vorlage wurde am 26. Januar 1882 mit 282 gegen 227 Stimmen abgelehnt. Darauf gab er noch am nämlichen Tage seine Entlassung ein. Am 29. Januar kam ein neues Kabinett zustande, in welchem Freycinet wieder die Präsidentschaft und das Auswärtige übernahm. Dieser wollte die ägyptische Frage zuerst nur in Gemeinschaft mit England behandeln, beantragte aber selbst die Einberufung einer Botschafterkonferenz in Konstantinopel und die Uebertragung eines europäischen Mandats an den Sultan. Am 31. Dezember 1882 starb Gambetta. Sein Tod wurde in Frankreich als ein nationales Unglück empfunden; im Ausland trauerten alle Feinde Deutschlands, die Slawen in Rußland und in Oestreich voran, während Deutschland selbst eine reservierte Haltung beobachtete. Kaiser Wilhelm sagte am 1. Januar 1883 zu seinen Generalen: „Ein turbulenter Geist ist aus der Welt geschieden."

Charles Freycinet.

Der Ministerpräsident Freycinet scheiterte am 29. Juli an der ägyptischen Frage und hatte den Senator Duclerc zum Nachfolger. Auch dieser blieb nicht lange im Amt, worauf am 28. Januar 1883 Fallières an die Spitze eines neuen Kabinetts trat. Schon am 17. Februar 1883 nahm dasselbe seine Entlassung und machte einem Ministerium Ferry Platz, das bis zum 30. März 1885 im Amt blieb, worauf der Kammerpräsident Brisson am 6. April ein neues Ministerium bildete. In diese Zeit fiel die Ausdehnung der französischen Kolonialpolitik in Afrika und in Ostasien. In

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Westafrika gründete Frankreich mehrere Kolonien und schloß zur Sicherung seines dortigen Besitzstands Verträge mit dem Deutschen Reiche und mit dem Kongostaat. Nach der großen Insel Madagaskar ging 1883 eine französische Expedition ab und legte, auf den Vertrag von 1841 sich berufend, der dortigen Königin ein Ultimatum vor, worin die Anerkennung eines französischen Protektorats über die Nordwestküste der Insel und die Berechtigung Frankreichs zum Grunderwerb im Gebiete der Howas verlangt wurde. Da diese Forderungen zurückgewiesen wurden, so schoß der Admiral Pierre die Hafenstadt Mashunga und andere Städte zusammen und bemächtigte sich der zweitgrößten Stadt der Insel, Tamatawe, und des dortigen Zollamtes. Der Admiral Miot, welcher 1884 das Kommando übernahm, setzte sich in Vohemar, im Nordosten der Insel, fest, brachte einige Stämme zur Unterwerfung, erlitt aber im September 1885, als er die Stellungen der Howas angriff, einige Verluste. Doch wurde im Dezember 1885 ein Friedensvertrag abgeschlossen, wonach die Königin der Howas ihre diplomatische Korrespondenz mit den auswärtigen Mächten durch Vermittlung des französischen Residenten in Atananarivo führen, in der inneren Verwaltung aber unabhängig sein und 20 Millionen Frank Kriegsentschädigung zahlen und Frankreich das Recht haben sollte, die Bai von Diego-Saurez zu besetzen und die dort für notwendig erachteten Einrichtungen zu treffen.

Jules Ferry.

Am meisten Aufmerksamkeit beanspruchte die französische Expedition nach Tongking. Diese Verwicklung datierte von dem zweiten Kaiserreich. Napoleon III. hatte nach einem fast vierjährigen Kriege durch den Vertrag von Saigun am 5. Juni 1862 von Anam die Provinz Cochinchina erworben. Der am 25. Juni 1867 geschlossene zweite Vertrag erweiterte jenes Gebiet. Die Republik übernahm diese Lage und setzte die Eroberungspolitik fort. Der am 15. März 1874 mit

(c) Instituto Cervantes de Madrid

dem König Tuduc von Anam abgeschlossene Vertrag von Saigun bildete die Grundlage der neueren Ansprüche Frankreichs. Diesem Vertrage gemäß wurde von Frankreich die Unabhängigkeit Anams anerkannt, aber dessen auswärtige Politik sollte von Frankreich geleitet werden und französische Residenten mit bewaffneter Macht sollten in Anam Stellung haben. China, das in dem Herrscher von Anam einen tributpflichtigen Vasallen sah, protestierte in einer Note vom 10. Juni 1875 dagegen, daß Frankreich ein förmliches Protektorat über Anam beanspruchte, daher jener Vertrag zunächst nicht ausgeführt wurde. Der diplomatische Streit dauerte mehrere Jahre fort; Frankreich bestand auf der Ausführung des Vertrags von 1874; China beharrte auf seinem Protest. Der von dem französischen Gesandten Bourrée in Peking abgeschlossene Vertrag, dessen Grundlage die Anerkennung der formellen Lehenshoheit Chinas und die Begrenzung des französischen Protektorats auf einen Teil des Tongking war, wurde von der französischen Regierung nicht anerkannt und der Gesandte abberufen. Die Ueberrumpelung und Besetzung der Stadt Hanoi, welche der französische Kapitän Rivière am 2. April 1882 ausführte, gab das Signal zu den neuen Feindseligkeiten. Die Anamiten rückten gegen Hanoi vor, um dasselbe den Franzosen wieder zu entreißen. Ihre Versuche, den Platz zu erstürmen, wurden zurückgewiesen; doch hielten sie die Stadt eingeschlossen. Bei einem Ausfall aus Hanoi fiel Kapitän Rivière, und seine Mannschaft wurde unter ziemlichen Verlusten zurückgeschlagen. Aber die Einnahme der Forts von Huë zwang den König von Anam, den ihm am 23. August 1883 vorgelegten Vertragsentwurf zu unterzeichnen und eben damit das Protektorat Frankreichs über ganz Tongking und Anam anzuerkennen. Da nach diesem Vertrag die chinesische Regierung mit ihrem Vasallen in Huë nur durch Vermittlung des französischen Gesandten verhandeln sollte, so erhob sie einen neuen Protest.

Der Kontreadmiral Courbet, welchem alle militärische und administrative Gewalt übertragen wurde, erstürmte am 16. Dezember 1883 die Außenwerke der Stadt Sontai und besetzte die Stadt, nahm am 12. März 1884 die Stadt Bacnieh und am 12. April Hanghoa. Auf dies hin wurde am 11. Mai 1884 in Tientsin ein Präliminarvertrag mit China, am 7. Juni ein neuer Vertrag mit Anam und am 17. Juni ein Vertrag mit Kambodscha abgeschlossen. Aber

(c) Instituto Cervantes de Madrid

der Ueberfall einer französischen Kolonne, welche von General Millot befehligt wurde, bei Langson (am 23. und 24. Juni 1884) durch die Chinesen zerstörte alle Friedenshoffnungen. Frankreich forderte von der chinesischen Regierung wegen Verletzung des Vertrags von Tientsin eine Kriegskostenentschädigung von 250 Millionen Frank, ermäßigte dieselbe auf 80 Millionen, erhielt aber von China nur 3½ Millionen angeboten. Nun erhielt Courbet den Befehl, wertvolles Material zu zerstören und günstige Pfandobjekte wegzunehmen. Er fuhr am 18. August 1884 mit zehn Schiffen den Min-Fluß hinauf, vernichtete die chinesische Flotte und zerstörte das Arsenal von Futscheu. Die im Norden der Insel Formosa gelegene Hafenstadt Kelung konnte er wegen der vorliegenden Torpedolinien von der See aus nicht nehmen, erstürmte aber am 8. März 1885 nach viertägigen Kämpfen die dortigen Stellungen und zwang die chinesischen Truppen, Kelung zu räumen und sich nach Tamsui zurückzuziehen.

Der neue Oberbefehlshaber, General Brière de l'Isle, rückte von Bacnieh gegen Langson vor, siegte im Oktober 1884 bei Lang-Kep und bei Chu und in anderen Gefechten, konnte aber nicht weiter vordringen, weil er zu wenig Mannschaft hatte. Da dieser Krieg in Frankreich sehr unbeliebt war, so scheute sich die Regierung, immer neue Kriegskredite zur Ausrüstung von Verstärkungsmannschaften den Kammern vorzulegen, und trat deshalb von Anfang an mit ungenügenden Streitkräften auf dem Kriegsschauplatz auf. General Brière nahm 1885 den Vormarsch nach Langson, der wichtigsten Stadt des nördlichen Tongking, wieder auf, schlug den Feind in mehreren Gefechten und eroberte am 12. Februar Langson. Dort ließ er den General Negrier mit wenigen Truppen und kehrte nach Hanoi zurück. Dieser wurde am 22. März von einer chinesischen Uebermacht angegriffen, schlug sie zwar zurück, wurde aber, als er am 23. zur Offensive überging, selbst besiegt und mußte sich, schwer verwundet, nach Langson zurückziehen. Die Stadt wurde von den Franzosen geräumt und der Rückzug nach dem Delta angetreten. Die Nachricht hiervon hatte den Sturz des Ministeriums Ferry am 30. März zur Folge, worauf Brisson ein neues Kabinett bildete. Dieser wies den Antrag, daß das französische Heer Tongking räumen solle, mit nationaler Entrüstung zurück, ließ sich von den Kammern 200 Millionen bewilligen und schickte Verstärkungen unter dem neuen Oberbefehlshaber

(c) Instituto Cervantes de Madrid

General Courcy nach Tongking. Aber bevor diese dort ankamen, war der Friede schon gesichert. Am 3. April 1885 wurde der Präliminarvertrag in Paris unterzeichnet und dieser von der chinesischen Regierung angenommen. Der definitive Friede wurde am 18. Juni in Tientsin geschlossen. China überließ das ganze Tongking den Franzosen und eröffnete dem internationalen Handel, welchem bisher nur chinesische Hafenstädte offen standen, auch Binnengrenzplätze; Frankreich verzichtete auf jede Kriegsentschädigung und räumte die von ihm besetzten Inseln. Neue Feindseligkeiten wurden von den Anamiten in Huë verübt, wohin General Courcy sich am 4. Juli begeben hatte. In der Nacht auf den 6. Juli wurde das Gesandtschaftsgebäude und die von den französischen Truppen besetzte Citadelle von einer ungeheuren Menschenmenge angegriffen. Dieselbe wurde zurückgeschlagen und an Stelle des Königs, der diese antifranzösische Bewegung unterstützt hatte, ein neuer König eingesetzt. Die fanatisierten Anamiten fielen über die Christen her und töteten Tausende derselben. In Kambodscha, wo der König mit dem Vertrag von 1884 nicht zufrieden war, dauerten die Aufstände fort. Auch in Tongking hatte Frankreich noch 1886 einzelne Banden, besonders die rebellischen „Schwarzflaggen" zu bekämpfen, welche während dieses ganzen Krieges im Feld gestanden waren. Dabei ist die Eigentümlichkeit zu konstatieren, daß vier Jahre lang zwischen Frankreich und China Krieg geführt wurde, ohne daß einer dieser Staaten eine förmliche Kriegserklärung erlassen hätte. Am 25. April 1886 wurde zwischen Frankreich und China ein Handelsvertrag geschlossen, der dem französischen und europäischen Handel wesentliche Vergünstigungen gewährte.

Eine große Gefahr für Frankreich war die Thätigkeit der Anarchisten, welche die Bourgeoisrepublik umstürzen, Vaterland, Eigentum, Familie, Religion abschaffen und mit Mord gegen alle ihre Gegner vorgehen wollten, wie dies aus dem Prozeß des anarchistischen russischen Fürsten Krapotkin und der Communardin Luise Michel und den in Pariser Versammlungen gehaltenen Reden hervorging. Das Zurückgehen der französischen, namentlich der Pariser Industrie, welche die Brotlosigkeit vieler Tausende von Arbeitern zur Folge hatte, vermehrte die Zahl der Anarchisten in bedenklichem Grade. Ihre Versammlungen vom Februar und März 1885 waren sehr bereit zur Eröffnung der sozialen Revolution; sie fanden aber die Regierung zum Widerstand gerüstet.

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Die von Gambetta geplante Verfassungsreform, welche hauptsächlich eine Aenderung des Wahlgesetzes für den Senat und die Kammer bezweckte, wurde von seinen Anhängern wieder aufgenommen. Der auf den 4. August 1884 nach Versailles berufene Kongreß beschloß, daß die Reform des Senatswahlgesetzes durch ein zwischen Senat und Kammer zu vereinbarendes Gesetz geregelt werden, daß kein Mitglied der ehemaligen Regentenhäuser als Präsident der Republik wählbar sein solle, und bezeichnete als endgültige Regierungsform die republikanische. Darauf wurde den Kammern ein Gesetz über die Senatorenwahlen vorgelegt, das von denselben im Dezember 1884 angenommen wurde. Die Lebenslänglichkeit der 75 Senatoren und ihre Wahl durch den Senat wurde abgeschafft und beschlossen, daß sämtliche 300 Mitglieder des Senats nach dem gleichen Wahlmodus, von den Departements und den Kolonien, gewählt werden und daß die Zahl der von den Gemeinden delegierten Wähler mit der Zahl der Gemeindeeinwohner steigen solle, während bisher jede Gemeinde, die größte wie die kleinste, nur einen einzigen Delegierten für die Senatswahlen zu wählen hatte. Infolge dieses Gesetzes hatten die Senatorenwahlen vom 15. Januar 1885 das für die Republikaner günstige Ergebnis, daß der Senat aus 233 Republikanern verschiedener Richtungen und 67 Monarchisten bestand. Für die Wahl der Abgeordneten, deren Zahl um 39 vermehrt, also auf 595 erhöht wurde, wurde von beiden Kammern 1885 das Listenwahlsystem genehmigt. Die Wahlen vom 4. Oktober 1885 wurden nach demselben vorgenommen und verdoppelten die Zahl der monarchistischen Abgeordneten. Es wurden 200 Monarchisten, 280 gemäßigte Republikaner und 115 Radikale gewählt. Waren die beiden letzteren Gruppen einig, so standen sie als überwältigende Mehrheit von 395 den 200 Monarchisten gegenüber. Am 28. Dezember 1885 erfolgte die Wahl des Präsidenten der Republik auf die nächsten sieben Jahre durch den Kongreß. Der bisherige Präsident Grevy wurde mit 457 Stimmen wiedergewählt. An die Stelle des zurücktretenden Kabinetts Brisson übernahm am 7. Januar 1886 Freycinet die Bildung eines neuen Ministeriums.

Durch den Tod des Grafen Chambord, welcher am 24. August 1883 in Frohsdorf erfolgte, wurde der Graf Philipp von Paris Chef des „Hauses Frankreich" und als solcher von der legitimistisch-orleanistischen Partei anerkannt,

(c) Instituto Cervantes de Madrid

wie der Tod des Prinzen Louis Napoleon, des einzigen Sohnes Napoleons III., welcher freiwillig den Feldzug der Engländer gegen die Zulu in Südafrika mitmachte und am 1. Juni 1879 bei einer Rekognoszierung getötet wurde, den Prinzen Jerome Napoleon, den Sohn des ehemaligen Königs von Westfalen, zum Chef der Familie Bonaparte machte. Letzterer entzweite sich mit seinem ältesten Sohne, Viktor Napoleon, der sich von seinem Vater trennte und einen besonderen Kreis von Bonapartisten um sich scharte. Der Ausfall der Abgeordnetenwahlen von 1885, welcher dem Einfluß der monarchistischen Prätendenten zugeschrieben wurde, und das fast monarchische Auftreten des Grafen von Paris bei Gelegenheit der Vermählung seiner Tochter mit dem Kronprinzen von Portugal (1886) erregten das Mißtrauen der Republikaner. Dieselben glaubten nur dann vor monarchistischen Attentaten sicher sein zu können, wenn sämtliche Prinzen aus Frankreich ausgewiesen würden. Beide Kammern vereinigten sich über die Bestimmungen des Gesetzes vom 23. Juni 1886, wonach die Prätendenten und ihre erstgeborenen Söhne, also der Graf von Paris und sein ältester Sohn und der Prinz Jerome Napoleon und sein ältester Sohn, sofort ausgewiesen und die Regierung ermächtigt werden sollte, durch Dekret auch die übrigen Mitglieder der Familien Orleans und Napoleon auszuweisen; zugleich wurden dieselben sämtlich von allen öffentlichen oder Wahlämtern ausgeschlossen. Der Herzog von Aumale, welcher, wie die Herzoge von Chartres und von Alençon, bereits durch das Dekret vom 25. Februar 1883 in den Stand der Nichtaktivität versetzt worden war, wurde 1886 durch ein Dekret des Präsidenten Grevy seines Ranges als General beraubt. Die durch diese Verfügungen betroffenen Prinzen erhoben dagegen Protest, leisteten aber Folge und reisten sofort ab. Die militärischen Anordnungen und das Auftreten des neuen Kriegsministers Boulanger schienen auf eine möglichst baldige Eröffnung des Revanchekrieges berechnet zu sein.

7) Italien.

(1873—1886.)

Nach dem Sturze des Ministeriums Minghetti, das seit 10. Juli 1873 im Amt gewesen war, übernahmen am 19. März 1876 die Liberalen das Ministerium und behaup-

(c) Instituto Cervantes de Madrid

teten sich darin trotz aller Fehler, die sie begingen. Zwar wechselten häufig die Ministerien, aber es war nur ein Personenwechsel, kein Systemwechsel. Es handelte sich dabei immer nur, welcher Führer der verschiedenen Gruppen der Liberalen, Depretis, Crispi, Cairoli, Nicotera, Zanardelli, die Ministerpräsidentschaft übernehmen solle. In der inneren Politik standen das Unterrichtswesen, die Wahlreform und das Steuerwesen hauptsächlich auf der Tagesordnung der Kammer. Die Vorliebe derselben für Interpellationen und für lange Debatten über die auswärtige Politik ließ für gesetzgeberische Arbeiten wenig Zeit übrig.

Humbert, König von Italien.

Das Jahr 1878 brachte zwei wichtige Ereignisse. Am 9. Januar starb König Viktor Emanuel, der Begründer der Einheit Italiens und der freisinnigen Verfassung. Die Leiche des Königs wurde am 17. Januar, unter Teilnahme des deutschen Kronprinzen, mehrerer anderer Prinzen und einer ungeheuren Volksmenge, im Pantheon beigesetzt. Der älteste Sohn Viktor Emanuels, der neue König Humbert I., leistete am 19. Januar vor dem versammelten Parlamente den Verfassungseid und erließ eine Amnestie für alle politischen Verbrechen und Preßvergehen. Die Sympathien des Königs galten dem Deutschen Reiche, mit dessen Kaiserhaus er längst in intimen Beziehungen stand. Am 7. Februar starb Papst Pius IX., der Feind der Einheit Italiens und der Begründer des kirchlichen Absolutismus. Die Leiche des ersten unfehlbaren Papstes wurde in eine Kapelle der Peterskirche gebracht und in der Nacht vom 12. Juli 1881 dem Testamente gemäß in der Kirche von St. Lorenzo beigesetzt. Kardinal Pecci wurde, wie bereits erwähnt worden ist, am 20. Februar 1878 zum Papst gewählt und nahm den Namen Leo XIII. an.

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Unter dem Ministerium Depretis wurde 1877 der obligatorische Elementarunterricht für das Alter vom 6. bis zum 9. Jahre eingeführt, nebst der von Cairoli beantragten Bestimmung, daß der Religionsunterricht in den Volksschulen nur fakultativ sein und nur auf besonderes Verlangen der Eltern in besonderen Unterrichtsstunden erteilt werden solle. Das Wahlreformgesetz brauchte bis zu seiner definitiven Annahme vier Jahre, von 1879 bis 1882. Die „Liga der Demokratie", welche 1879 unter Garibaldis Vorsitz eine Versammlung in Rom hielt, stellte starke Forderungen an das Ministerium; sie verlangte Einführung des allgemeinen Stimmrechts, Abschaffung des Abgeordneteneides, Aufhebung des Garantiegesetzes und des offiziellen Kultus, Umänderung des Steuersystems zu gunsten der Besitzlosen, Verwendung der den frommen Stiftungen gehörigen 115 Millionen zum Nutzen der Armen, Bewaffnung der ganzen Nation zum Zweck der Befreiung der unerlösten Provinzen. Das allgemeine Stimmrecht, welches den ungebildeten Massen die Entscheidung über das Schicksal des Staates in die Hand gab, einzuführen, wagten die liberalen Minister nicht. Dieselben legten zwei Gesetzentwürfe vor, von denen der eine durch Herabsetzung des Zensus und des wahlfähigen Alters die Zahl der Wähler von 650000 auf 2600000 vermehrte und nur diejenigen, welche nicht lesen und nicht schreiben konnten, unter allen Umständen von der Ausübung des Wahlrechts ausschloß, der andere die Listenwahl einführen wollte. Beide Vorlagen wurden 1882 von den Kammern genehmigt.

Die grenzenlose Schwäche, welche die liberalen Minister gegenüber der „Italia irredenta" (das unerlöste Italien) und gegenüber den republikanischen und sozialdemokratischen Vereinen zeigten, konnte Italien keine Achtung im Ausland verschaffen und Italiens Interessen nicht fördern. Die Italiener, welche in den letzten Jahren manche Provinz ohne ihr Verdienst erbeutet hatten, fanden es unbegreiflich, daß der Berliner Kongreß von 1878 ihnen nicht ein Stück von der orientalischen Beute zugewiesen hatte. Es wurden Volksversammlungen veranstaltet, in welchen allen italienischen Provinzen, welche noch den Fremden unterworfen waren, das Recht, sich dem Mutterlande anzuschließen, zugesprochen wurde. Als solche Provinzen bezeichneten sie Südtirol, Görz, Triest, Istrien, Dalmatien, Kanton Tessin, Nizza, Korsika, Malta. Daß der Versuch einer Annexion dieser Provinzen

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Italien in einen Krieg mit Oestreich, der Schweiz, Frankreich und England stürzen würde, kümmerte diese sonderbaren Politiker, welche sich zu dem Bunde der Italia irredenta vereinigten, nicht. Indem die Regierung die Italia irredenta gewähren ließ, machte sie sich zur Mitschuldigen. Die republikanischen und sozialdemokratischen Vereine, deren es mehr als 200 waren, erfreuten sich der nämlichen rücksichtsvollen Behandlung. Offen wurde in diesen Vereinen vom Sturz der Monarchie, von der Vernichtung der Bourgeoisie und von der Gründung des sozialistischen Chaos gesprochen; ja sogar Mörder wurden als Märtyrer gefeiert. Man fand an Häusern von Städten, in welchen der König auf der Reise verweilte, Plakate mit den Worten: „Tod dem Könige! Nieder mit der Monarchie!" Die Folgen konnten nicht ausbleiben. Am 17. November 1878 erfolgte bei dem Einzug des Königs in Neapel das Attentat des Koches Passanante, wobei der König leicht, der Ministerpräsident Cairoli schwer verwundet wurde.

Depretis.

Trotzdem erklärte sich der Minister Zanardelli in der Kammer gegen die Auflösung der Vereine, gegen Maßregelung der Presse und gegen Ausnahmegesetze und mußte durch ein Mißtrauensvotum der Kammer daran erinnert werden, daß bei solchen Grundsätzen kein Staat bestehen könne. Das Ministerium Cairoli-Zanardelli mußte einem Kabinett Depretis Platz machen.

Unter solchen Umständen genoß Italien bei den auswärtigen Mächten keine Achtung und kein Vertrauen und stand unter denselben vollständig isoliert. Jahrelang stritten sich Italien und Frankreich, wer von ihnen beiden den größten Einfluß in Tunis habe, jedes mit der Absicht, Tunis bei nächster Gelegenheit zu einem Vasallenstaat zu machen; die französische Regierung leugnete Italien gegenüber jeden Gedanken an eine Besetzung der Regentschaft Tunis ab, und wenige Wochen nachher mußten die leichtgläubigen italienischen

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Minister hören, daß Frankreich durch den Vertrag von Bardo (12. Mai 1881) sich zum Herrn von Tunis gemacht habe und daß dieser Raub schon auf dem Berliner Kongreß besprochen worden sei. Vergebens suchte Cairoli die deutsche Reichsregierung und die anderen Kabinette zu einer Intervention in dieser tunesischen Frage zu veranlassen; alle lehnten ab. Als dann vollends am 19. Juni in Marseille ein Streit zwischen französischen und italienischen Arbeitern entstand und letztere wie ein gehetztes Wild durch die Straßen gejagt wurden und französische Zeitungen die Ausweisung aller Italiener aus Frankreich verlangten, da erhielt denn doch die Franzosenfreundschaft einen starken Stoß. Die Organe der Konservativen verlangten den engen Anschluß Italiens an Deutschland und Oestreich, welcher allein eine feste und solide Stütze darbiete. Ein solcher Anschluß wurde aber von diesen Staaten nur dann angenommen, wenn die italienische Regierung den Bestrebungen der Italia irredenta energisch entgegentrat. Der Ministerpräsident Depretis, welcher trotz des Vertrags von Bardo alles Heil für Italien nur in Frankreich sah, gegen Oestreich die größte Abneigung hegte und mit der radikalen Partei es nicht verderben wollte, war schwer zur Erkenntnis der wirklichen Sachlage zu bringen. Mancini, der Minister des Auswärtigen, sah ein, daß Italien nur durch den Anschluß an Mitteleuropa sich vor der drohenden Auflösung bewahren könne. Fürst Bismarck gab ihm den Rat, er solle die Schwenkung der auswärtigen italienischen Politik durch einen Besuch des Königspaares in Wien einleiten. Am 27. Oktober 1881 trafen der König und die Königin, von Depretis und Mancini begleitet, in Wien ein und wurden aufs glänzendste und freundlichste empfangen. Der Anschluß Italiens an das deutsch-östreichische Defensivbündnis erfolgte in den ersten Monaten des Jahres 1883, worüber Mancini in den Kammern einige Aufschlüsse gab. Von da an ging Italien in allen auswärtigen Fragen, besonders in der ägyptischen Krisis, im Einverständnis mit Deutschland und Oestreich vor.

Bald darauf sehen wir Italien einer unverständlichen Kolonialpolitik sich hingeben. Während jedermann glaubte, daß es seine begehrlichen Blicke auf Tripolis richte, schickte es 1885 Schiffe und Landungsmannschaften nach dem Roten Meer, wo es seit 1882 bereits die Assab-Bai besaß, ohne jedoch die Anerkennung seiner Souveränität über diese Ko-

(c) Instituto Cervantes de Madrid

lonie von der Pforte und von Aegypten erlangen zu können. Es besetzte am 25. Januar 1885 das nördlich von Assab gelegene Beilul, am 5. Februar die Hafenstadt Massaua, am 10. April die südlich davon liegende kleine Festung Arafali und schickte eine Gesandtschaft an den König Johannes von Abessinien, der mit Mißtrauen diese Erwerbungen, besonders die von Massaua, verfolgte. Diese Schritte konnte Italien nicht thun, ohne sich mit England hierüber verständigt zu haben. Um dasselbe sich zu verpflichten, bot Italien der englischen Regierung seinen militärischen Beistand gegen den Mahdi an, stellte aber die zwei Bedingungen, daß keine Vereinbarung getroffen werde, welche Italiens Pflichten gegenüber Deutschland und Oestreich verletzen könnte, und daß England mit Italien ein Uebereinkommen treffe, wodurch die Erhaltung des gegenwärtigen Besitzstandes an den Mittelmeerküsten als eine gemeinsame Aufgabe der zwei Vertragsstaaten festgestellt werde. Aber England lehnte den Antrag ab, weil durch dessen Annahme Europa und die mohammedanische Welt zu der Ansicht verleitet würden, England sei nicht imstande, ohne Hilfe einer befreundeten Macht den Aufstand im Sudan niederzuschlagen. Da jene Erwerbungen gar keinen greifbaren Nutzen hatten und die Zahl der Soldaten durch die dort herrschende Glühhitze dezimiert wurde, so wurde die Expedition nach dem Roten Meer bald sehr unpopulär in Italien.

Die Laufbahn Garibaldis ging ihrem Ende entgegen. Nachdem er noch im März 1882 der sechsten Säkularfeier der sizilischen Vesper in Palermo beigewohnt hatte, starb er am 2. Juni 1882 in Caprera, wo er im Beisein eines königlichen Prinzen, mehrerer Minister und Repräsentanten der Kammern, des Heeres und der Marine beerdigt wurde. In Rom wurde auf dem Kapitol eine Trauerfeier für ihn veranstaltet. Seine Ansichten über die französische Republik, für welche er 1870 eine so auffallende Sympathie kundgegeben hatte, hatte er, hauptsächlich infolge der Vorgänge in Tunis, wesentlich geändert. „Deutschland hat der Menschheit einen großen Dienst geleistet, indem es dieses Volk gedemütigt hat," sagte er in seinen letzten Tagen. König Humbert zeigte bewundernswerte Großherzigkeit, als er am 8. September 1884 nach Neapel reiste, wo die Cholera aufs heftigste wütete, die gefährlichsten Räume der dortigen Spitäler besuchte und den Kranken die Hand reichte. Die Abgeordnetenwahlen vom 23. Mai 1886 ergaben eine Mehrheit für das Ministerium Depretis.

(c) Instituto Cervantes de Madrid

8) Rußland unter Alexander II. und Alexander III.

(1871—1886.)

Rußland benutzte die politische Lage des Jahres 1870 und erklärte in einer Note vom 31. Oktober 1870, daß es diejenigen Bestimmungen des Parisers Vertrags von 1856, welche die Souveränitätsrechte des Kaisers im Schwarzen Meere einschränkten und die Zahl und Größe der Kriegsschiffe, die Rußland dort halten dürfe, vorschrieben, nicht mehr anerkenne und zu weiteren Unterhandlungen bereit sei. Die Kabinette von London und von Wien zeigten sich sehr entrüstet über diesen eigenmächtigen Schritt, während die am meisten dabei beteiligte Türkei sich nicht darüber aufregte. Bismarck, welcher nun seinen Dank für die russische Neutralität abtragen konnte, schlug zur Erledigung dieser Frage eine Konferenz der Unterzeichner des Pariser Vertrags in London vor. Sämtliche Mächte nahmen den Vorschlag an, worauf die „Pontuskonferenz" am 17. Januar 1871 eröffnet wurde. Der französische Minister Favre wollte diese Gelegenheit benutzen, um sich als Bevollmächtigter der französischen Republik nach London zu begeben und dort den wenn auch nur diplomatischen Beistand der europäischen Mächte für das bedrängte Frankreich zu gewinnen. Da er aber ohne deutschen Geleitschein Paris nicht verlassen konnte und Bismarck ihn darauf aufmerksam machte, daß für ihn jetzt in Paris wichtigere Interessen auf dem Spiele ständen als in London, so ließ sich die provisorische Regierung durch den Herzog von Broglie vertreten. In der Schlußsitzung der Konferenz vom 13. März wurde von sämtlichen Bevollmächtigten ein Protokoll unterschrieben, worin die Verhältnisse des Schwarzen Meeres neu geregelt und die Wünsche Rußlands berücksichtigt waren.

Kaiser Alexander II. hatte seiner Regierung drei große Ziele vorgesteckt: die Aufhebung der Leibeigenschaft, die Herstellung eines für Kriegs- und Handelszwecke weit angelegten Eisenbahnnetzes und die Reorganisation des Heerwesens. Im Jahre 1871 war die erste Aufgabe vollständig gelöst; an der zweiten wurde von Jahr zu Jahr weiter gearbeitet; für die dritte war das Gesetz vom 1. Januar 1874, wodurch die allgemeine Wehrpflicht eingeführt wurde, maßgebend. Die Russifizierung Polens und der Ostseeprovinzen,

(c) Instituto Cervantes de Madrid

wo Rußland mit seinem Nivellierungssystem gegen Sprache und Religion vorging, machte von Jahr zu Jahr größere Fortschritte. Die Unterstützung der slawischen Volksstämme auf der Balkanhalbinsel führte nach dem Scheitern der diplomatischen Verhandlungen 1877 zum Krieg. Wir haben von dem Verlauf desselben, von dem Berliner Kongreß und von der infolgedessen entstandenen Erkaltung der bisher intimen Verhältnisse zwischen Deutschland und Rußland bereits gesprochen.

Die gefährlichsten Feinde der kaiserlichen Regierung waren in jener Zeit die Nihilisten, welche seit 1874 eine „sozialrevolutionäre" Partei bildeten, immer mehr dem schändlichsten Terrorismus huldigten und ihre Zwecke durch blutige Mittel zu erreichen suchten. In der Partei herrschte seit 1879 eine strenge Organisation, wonach eine anordnende Kommission und ein Exekutivkomitee, ohne deren Wissen und Willen nichts unternommen werden durfte, gewählt wurden. Das nihilistische Programm von 1880 forderte Volksvertretung, Selbstverwaltung, volle Freiheit des Gewissens, des Wortes, der Presse, der Vereine, der Versammlungen, allgemeines Wahlrecht, Umwandlung des stehenden Heeres in ein territoriales. Die Häupter dieser Verschwörung hatten ihre Netze über ganz Rußland, besonders über die großen Städte, ausgebreitet, fällten Todesurteile und sorgten für die Vollstreckung derselben, hatten geheime Druckereien, verteilten Flugschriften und erließen Proklamationen. Die nihilistische Partei rekrutierte sich hauptsächlich aus der halbgebildeten Welt, aus verkommenen Studenten und emanzipierten Mädchen und wurde durch die Lauheit der Beamten und durch die Unzufriedenheit mit dem Regierungssystem sehr unterstützt in ihrem katilinarischen Treiben. In allen Kreisen der Bevölkerung, selbst in Adels- und Offizierskreisen, ja sogar unter den Organen der Geheimen Polizei fanden sich Anhänger der Nihilisten. Am verhaßtesten war in Rußland die vom Kaiser Nikolaus 1826 errichtete sogenannte Dritte Abteilung, welche, unmittelbar unter dem Kaiser stehend, überall, wo die Justiz nicht ausreichte, auf administrativem Wege einschritt und willkürlich, wen sie nur wollte, unter polizeiliche Aufsicht stellte, in entlegene Provinzen verwies, zeitlebens im Gefängnis behielt. Die Zahl dieser „Verschickungen" war erstaunlich groß. 60000 Personen wurden in den Jahren 1870 bis 1877 nach Sibirien, die doppelte Zahl nach europäischen Provinzen ge-

(c) Instituto Cervantes de Madrid

schickt. Die Mißstimmung und Erbitterung über diese Verschickungen war so groß und so allgemein, daß der Adel des Petersburger Gouvernements am 5. März 1881 in einer Eingabe den Kaiser um Aufhebung derselben bat.

Die Nihilisten richteten ihre Mordwaffen zuerst auf die höheren Beamten. Das Attentat der Wera Sassulitsch auf den Petersburger Stadthauptmann, General Trepow, am 5. Februar 1878, ihre Freisprechung durch das Geschwornengericht, was die Zuweisung aller politischen Verbrechen an die Militärgerichte zur Folge hatte, die Ermordung des Generals Mesenzow, des Chefs der dritten Abteilung der Geheimen Kanzlei des Kaisers, am 16. August 1878, die Ermordung des Fürsten Krapotkin, Gouverneurs von Charkow, am 21. Februar 1879, das Attentat auf den General Drentelen, Chefs der dritten Abteilung, am 25. März 1879 wiesen auf den Abgrund hin, vor dem man stand. Die Nihilisten faßten den Beschluß, durch Ermordung des Kaisers ihre katilinarischen Ziele zu erreichen. Am 14. April 1879 feuerte Solowjew mehrere Revolverschüsse auf den Kaiser ab, als dieser seinen Morgenspaziergang in der Umgegend des Winterpalastes machte, traf aber nicht; am 1. Dezember 1879 erfolgte das Attentat auf den kaiserlichen Zug in Moskau, das aber den nachfolgenden Bagagewagen traf; am 17. Februar 1880 fand die Dynamitexplosion im Winterpalast statt, wodurch einige Soldaten, aber kein Mitglied der kaiserlichen Familie verletzt wurde. Die Stelle eines Generalgouverneurs mit außerordentlichen Vollmachten, welche für Petersburg, Charkow, Odessa 1879 geschaffen worden war, hatte sich den Attentaten gegenüber als machtlos erwiesen; daher wurde das Petersburger Gouvernement aufgehoben, eine oberste Exekutivkommission eingesetzt, zum Präsidenten derselben Loris Melikow ernannt und diesem alle politische und militärische Gewalt übertragen. Am 3. März 1880 wurde ein, übrigens erfolgloses, Attentat auf Melikow gemacht. Derselbe suchte Reformen auf dem Gebiete des Gefängniswesens, der Zivilverwaltung und der Presse durchzuführen, um der Regierung wie der Bevölkerung mehr Vertrauen zu verschaffen.

Unter der Teilnahme der großen Staatskörper und unter den Sympathiebezeigungen aller europäischen Monarchen feierte Alexander II. am 2. März 1880 sein 25jähriges Regierungsjubiläum. Die Kaiserin Maria Alexandrowna, die Tochter des Großherzogs Ludwig II. von Hessen, starb

(c) Instituto Cervantes de Madrid

am 3. Juni 1880 in Petersburg, worauf der Kaiser am 31. Juli sich in der Stille mit der Fürstin Dolgoruki trauen ließ, welche ihm bereits mehrere Kinder geboren hatte, die nun den Namen „Fürsten Juriew" erhielten. Im folgenden Jahre, am 13. März 1881, erfolgte die längst gefürchtete Katastrophe. Der Kaiser fuhr nachmittags von der Michaelreitbahn nach dem Winterpalast zurück; durch eine Sprengbombe, welche gegen seinen Wagen geworfen wurde, wurden mehrere Personen verwundet, und als er aus dem Wagen stieg, um nach den Verwundeten zu sehen, wurde eine zweite Bombe geworfen, welche dem Kaiser beide Beine zerschmetterte, den Unterleib aufriß und das Gesicht verletzte. Bewußtlos wurde er in den Palast gebracht und starb dort nach einer Stunde. Die Leiche wurde am 27. März in die Gruft der Peter-Pauls-Kathedrale gesenkt, welcher Feierlichkeit der Kronprinz des Deutschen Reiches und viele andere Prinzen beiwohnten. Von den Attentätern starb einer an seinen Wunden, fünf andere wurden durch den Strang hingerichtet; eine Frau, welche im Zustand der Schwangerschaft war, wurde zu lebenslänglicher Zwangsarbeit begnadigt.

Alexander II. hinterließ fünf Söhne und eine Tochter. Unmittelbar nach seinem Tode wurde der älteste Sohn als Kaiser Alexander III. proklamiert. Er war am 10. März 1845 geboren und seit dem 9. November 1866 mit der dänischen Prinzessin Dagmar (Maria Feodorowna) vermählt und hatte damals drei Söhne und zwei Töchter. Der neue Kaiser, welcher durch die Proklamation des nihilistischen Exekutivkomitees vom 14. März gewarnt wurde, nicht dem Beispiele seines Vaters zu folgen, hatte eine äußerst schwierige Stellung; denn es war weder rätlich, die Forderungen der Nihilisten, welche zunächst die Einführung konstitutioneller Einrichtungen bezweckten, zu erfüllen, noch schien es zweckmäßig, ihre nicht sämtlich unberechtigten Wünsche ganz unberücksichtigt zu lassen. Nach langem Schwanken siegte der Cäsarismus. In seinem Manifest vom 11. Mai 1881 appellierte der Kaiser an die ihm von Gott verliehene „selbstherrscherliche Gewalt", welche zu befestigen und zu bewahren seine Pflicht sei, und erklärte seinen Entschluß, die Zügel der Regierung fest anzuziehen. Infolge dieser Entscheidung reichte Melikow am 16. Mai sein Entlassungsgesuch ein, worauf der panslawistische Graf Ignatjew, der frühere Botschafter von Konstantinopel, zum Minister des Innern ernannt wurde.

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Das nihilistische Komitee beantwortete das Manifest mit der Erklärung, daß es den ihm aufgedrängten Krieg annehme, und bedrohte den Kaiser mit dem Schicksal seines Vaters. Von Polizei und Militär bewacht, lebte der Kaiser mit seiner Familie meist in den Schlössern Gatschina oder Peterhof und sah sich genötigt, die herkömmliche Krönung in Moskau zu verschieben. Dieselbe erfolgte erst am 27. Mai 1883 unter dem Zuströmen einer ungeheuren Volksmenge, welcher verschiedene Festlichkeiten geboten wurden.

Der Kaiser suchte Ordnung in die innere Verwaltung zu bringen, die herrschenden Mißbräuche, die Bestechungen und Betrügereien und die das Volk drückende Willkürherrschaft des Beamtentums, namentlich des niederen, zu beseitigen und in allen Zweigen des Staatshaushalts Sparsamkeit einzuführen, worin er in seinem eigenen Haushalt mit gutem Beispiel voranging. Durch den Ukas vom 9. Januar 1882 wurden alle Pflichtverhältnisse der Bauern gegenüber den früheren Grundbesitzern bis zum 1. Januar 1883 gelöst und bestimmt, daß von da an die Bauern Grundeigentümer sein sollten und daß die Krone als Loskaufsdarlehen 80 Prozent der Schätzungssumme für das abgetretene Land gewähren sollte. Ein zweiter Ukas, vom Juni 1882, ordnete die allmähliche Aufhebung der Kopfsteuer an, wodurch die Steuerlast der Bauern bedeutend ermäßigt und zugleich eine gerechtere Steuerbelastung der ganzen Bevölkerung angebahnt werden sollte. Mit der päpstlichen Kurie wurde nach langjährigem Kirchenstreit 1883 ein friedliches Abkommen getroffen, worin die Wiederherstellung der russischen Botschaft im Vatikan und die Begnadigung der abgesetzten polnischen Bischöfe verabredet und über die Besetzung der Pfarreien und das Aufsichtsrecht des Staates über die Seminarien und die dort angestellten Lehrer ein Einvernehmen erzielt wurde. Doch erhob sich schon 1884 ein neuer Konflikt, weil der Papst die Klagen einer Deputation über religiösen Druck angenommen hatte; infolgedessen wurde der russische Gesandte von Butenjew wieder zurückgerufen.

Die nihilistischen Attentate auf hohe Beamte nahmen ihren Fortgang. Die vielen großen Brände, welche in mehreren Städten ausbrachen, wurden nihilistischen Racheakten zugeschrieben. In anderen Städten fanden planmäßige Verfolgungen und Mißhandlungen der zahlreichen jüdischen Einwohnerschaft statt, denen gegenüber der Minister des Innern,

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Graf Ignatjew, eine auffallende Gleichgültigkeit kundgab. Wir haben gesehen, daß derselbe, welcher zugleich zum Deutschenhaß und zu panslawistischen Abenteuern aufreizte, 1882, fast gleichzeitig mit dem Fürsten Gortschakow, von seinem Amte entbunden wurde.

In Asien machte die russische Eroberungspolitik von Jahr zu Jahr größere Fortschritte. Rußland schloß 1872 einen Handelsvertrag mit Kaschgar, einer früheren Provinz des chinesischen Reiches, und als daraus 1874 ein Konflikt mit China entstand, wurde dieser durch englische Intervention beigelegt. Das im chinesischen Turkestan gelegene Kuldscha-Gebiet wurde 1871 von den Russen besetzt, weil die chinesische Regierung die räuberischen Einfälle der dortigen Volksstämme in das russische Gebiet nicht unterdrückte. Da China die bedingungslose Wiederabtretung des Gebiets verlangte und Rußland nicht darauf eingehen wollte, so schien ein Krieg aus diesem Konflikt hervorgehen zu wollen. Es gelang der europäischen Diplomatie, dies zu verhindern und Rußland zur Zurückgabe des größten Teiles des Kuldscha-Gebiets zu veranlassen. Gegen Khiwa, dessen Chan Feindseligkeiten gegen russische Unterthanen ausübte, zog 1873 ein russisches Heer unter General Kauffmann und eroberte die Stadt. Der Chan mußte den Vertrag vom 28. Juli 1873 unterschreiben, worin er das Gebiet auf dem rechten Ufer des Amu an Rußland abtrat, die Anlegung russischer Faktoreien gestattete und sein Land dem russischen Handel öffnete. General Kauffmann rückte 1875 in das Chanat Chokand ein, zwang durch glückliche Gefechte den Chan zur Abtretung von Gebiet, und General Skobelew nahm 1876 den Rest des ehemaligen Chanats, worauf dasselbe als „Provinz Ferghana" dem russischen Reiche einverleibt wurde. In dem Vertrag vom 7. Mai 1875 trat Japan die dem russischen Amurgebiet gegenüberliegende Insel Saghalin an Rußland ab, wofür dieses sämtliche Kurilen an Japan überließ. Um die Stadt Merw, welche auf dem Marsch nach Herat, dem „Schlüssel Indiens", liegt, zu erreichen, rückte ein russisches Heer von 20000 Mann 1879 in das von den Tekke-Turkmenen bewohnte Gebiet ein, wurde aber von diesen am 9. September bei Dengiltepe geschlagen und mußte sich zurückziehen. Unter General Skobelew gingen die Russen aufs neue vor und erstürmten am 24. Januar 1881 Göktepe und Dengiltepe, die beiden stärksten Bollwerke der Turkmenen, nach neun-

(c) Instituto Cervantes de Madrid

stündigem Kampfe, worauf sich die Häuptlinge unterwarfen und das eroberte Turkmenengebiet dem russischen Reiche einverleibt wurde. Merw selbst fiel den Russen wenige Jahre darauf zu. Am 11. Februar 1884 erklärten Vertreter der Turkmenenstämme von Merw dem russischen Kommandanten in Ashabad ihre Bereitwilligkeit, sich dem „Weißen Zar" zu unterwerfen, und leisteten sofort den Unterthaneneid. Das unterworfene Gebiet umfaßte etwa 280 000 Einwohner. Rußland versäumte nicht, diesen äußersten Vorposten in Mittelasien mit seinen kaukasischen Gebieten durch die Eisenbahn zu verbinden. Am 14. Juli 1886 war die transkaukasische Eisenbahn bis Merw vollendet und wurde dem Verkehr übergeben. Auch die Stadt Sarachs, welche zwischen Merw und der afghanischen Grenze liegt, wurde von den Russen besetzt, die nun hart vor Afghanistan standen, das die Engländer als eine Vormauer von Indien ansehen. Bald erhoben sich Grenzstreitigkeiten zwischen Rußland und Afghanistan, wobei es sich hauptsächlich um den Besitz der Stadt Pendscheh handelte. Die Truppen der beiden Reiche standen hart an der Grenze einander gegenüber. Die englisch-russische Kommission, welche eine feste Grenze zwischen dem russischen und afghanischen Gebiet vereinbaren sollte, kam darin überein, daß die beiderseitigen Truppen die Stellungen, welche sie innehatten, nicht verlassen sollten. Da die Afghanen dieses Abkommen nicht beachteten, über den Kuschkfluß gingen, Stellungen einnahmen, welche das russische Lager beherrschten, und auf die Aufforderung des russischen Generals Komarow nicht zurückgingen, so rückte letzterer vor und schlug am 30. März 1885 die Afghanen nach Herat zurück, bezog aber wieder seine früheren Stellungen. Dies gab den Anlaß zu langen diplomatischen Verhandlungen zwischen Rußland und England, die damit beendigt wurden, daß Pendscheh den Russen zugesprochen und genaue Bestimmungen über den Besitz des Zulfikarpasses festgesetzt wurden. Am 13. Februar 1886 hielten die Russen einen feierlichen Einzug in Pendscheh und setzten dort eine russische Verwaltung ein. Durch den kaiserlichen Ukas vom 23. Juni 1886 wurde die Bestimmung des Berliner Friedensvertrags, daß das an Rußland abgetretene Batum ein Freihafen sein solle, aufgehoben, ohne daß die Mitunterzeichner des Vertrags hierüber gefragt worden wären. Da Rußland zugleich bedeutende Befestigungen in Batum anordnete und seine Kriegsflotte im Schwarzen Meere sehr ver-

(c) Instituto Cervantes de Madrid

stärkte, so glaubten die europäischen Regierungen Grund zu der Befürchtung zu haben, daß Rußland, das sich durch die vorläufige Lösung der bulgarischen Frage nicht befriedigt fühlte, sich zu einem neuen Angriff auf die Balkanhalbinsel und auf Türkisch-Asien rüste.

9) Großbritannien und Irland.

(1871—1886.)

Das Ministerium Gladstone, welches seit dem 9. Dezember 1868 im Amte war, hatte einige Erfolge in seiner auswärtigen Politik zu verzeichnen. Der Sultan von Sansibar, welcher nebst seinen Unterthanen einen sehr lebhaften Sklavenhandel trieb, wurde durch die Sendung eines diplomatischen Agenten und durch eine Flottendemonstration genötigt, in dem Vertrag vom 5. Juni 1873 sich zur Abschaffung der Sklaverei zu verpflichten. Im westlichen Afrika, wo die Engländer gemäß dem Vertrag vom 6. April 1872 die holländischen Besitzungen an der Goldküste samt der Stadt Elmina übernommen hatten, entstand 1873 ein Streit mit dem König von Aschanti, welcher jene Besitzungen als sein Eigentum beanspruchte. Der englische General Wolseley besiegte den Feind, zerstörte am 4. Februar 1874 dessen Hauptstadt Kumassi und zwang den König zur Unterzeichnung des Friedensvertrags vom 13. Februar. Die englische Regierung vereinigte darauf die Goldküste, die Sklavenküste und das Gebiet von Lagos zu der „Goldküstenkolonie" und stellte sie unter zwei Gouverneure. Die unterworfenen Stämme mußten der englischen Regierung unbedingten Gehorsam leisten und die Sklaverei aufheben. In der Streitfrage, welche England mit den Vereinigten Staaten über den Besitz der San-Juan-Inselgruppe hatte, lautete der Schiedsrichterspruch des Kaisers Wilhelm zu gunsten der letzteren. In der Frage der Wahlreform, welche durchzuführen die Aufgabe eines liberalen Kabinetts war, handelte es sich teils um Ausdehnung des Wahlrechts, teils um Einführung der geheimen Abstimmung. Die vom Ministerium vorgelegte Ballot-Bill, welche der Erreichung letzteren Zweckes diente, wurde 1872 von beiden Häusern des Parlaments genehmigt. Da aber Gladstone der Mehrheit des Unterhauses sich nicht mehr sicher fühlte, so glaubte er, an das Volk appellieren zu müssen, und riet der Königin 1874 zur Auflösung des Parlaments. Die

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Neuwahlen entschieden gegen ihn. Die Konservativen erhielten eine Mehrheit von etwa fünfzig Stimmen über die Liberalen und die irischen Homeruler. Die letzteren hatten sich 1872 von den Feniern getrennt und erstrebten eine Heimatregierung (Home-rule) mit einem für alle inneren Angelegenheiten Irlands selbständigen irischen Parlament.

Infolge des Ausfalles der Wahlen trat das liberale Kabinett zurück, und Disraeli bildete am 20. Februar 1874 ein toristisches oder konservatives Ministerium, das bis zum 28. April 1880 im Amt blieb. Für England brach damit eine neue Aera an, welche man die imperialistische oder cäsarische nannte. Denn Disraeli war es weit weniger um die Weiterentwicklung der wichtigen Gesetzgebungsfragen zu thun, als um die Erreichung glänzender politischer Erfolge, um die Erneuerung jener Zeiten, wo England schwache europäische Staaten und unzivilisierte Völkerschaften fremder Weltteile, unter Nichtachtung jedes Rechts und unter Anwendung der gewaltthätigsten Mittel, unter das Joch des Stärkeren beugte. Die „britischen Interessen" traten wieder in den Vordergrund der englischen Politik. Daß Disraeli der Königin Viktoria, wie wir gesehen haben, den Titel „Kaiserin von Indien" (Empress of India, Indiae Imperatrix) verschaffte, dankte ihm diese dadurch, daß sie ihn am 12. August 1876 zum Viscount von Hughenden, Grafen von Beaconsfield ernannte, infolgedessen er in das Oberhaus eintrat.

Disraeli.
Nach einem Stich aus dem Verlag der Dürrschen Buchhandlung in Leipzig.

Die Entwicklung der orientalischen Krisis gab dem Lord Beaconsfield ein reiches Feld für seine imperialistische Thätigkeit. Ihm hauptsächlich war es zuzuschreiben, daß der russischen Regierung von den Früchten ihres Feldzugs, die sie bereits in der Hand zu haben glaubte, gerade die wertvollsten entrissen wurden, und daß England, welches in dieser Krisis keinen Schuß gethan hatte, durch die englisch-türkische

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Konvention vom 4. Juni 1878 die Insel Cypern erhielt, wogegen es den Schutz sämtlicher türkischen Provinzen in Asien übernahm.

Um Afghanistan, das unter dem russenfreundlichen Emir Schir Ali stand, ihrem Einfluß zu unterwerfen, ließ die englische Regierung, nachdem der Emir ihre Forderungen zurückgewiesen hatte, drei Armeeabteilungen 1878 unter dem Oberbefehl des Generals Browne in Afghanistan einrücken. Mehrere Pässe und Ortschaften, darunter die wichtige Stadt Kandahar, wurden besetzt. Schir Ali floh; sein Sohn, Yakub-Chan, übernahm die Herrschaft und schloß am 26. Mai 1879 mit den Engländern den Vertrag von Gundamak, worin er jenen die östlichen Gebirgspässe überließ und das Recht, eine Gesandtschaft in Kabul zu unterhalten, zugestand. Darauf hielt am 24. Juli Major Cavagnari an der Spitze der englischen Gesandtschaft seinen Einzug in Kabul. Aber am 3. September erhob sich dort ein Soldatenaufstand, in welchem Cavagnari mit seinem aus 67 Personen bestehenden Gefolge ermordet wurde. Yakub Chan flüchtete sich, da im ganzen Lande Anarchie herrschte, vor seinen eigenen Leuten ins englische Lager, von wo er, da die Engländer ihm mißtrauten, nach Indien gebracht wurde. Um jene Gewaltthat zu rächen, rückten die Engländer unter General Roberts gegen Kabul vor. Dieser besetzte die Stadt am 13. Oktober 1879 und ließ viele Afghanen, welche an dem Blutbad teilgenommen hatten, hinrichten. Dadurch wurde die Erbitterung des freiheitsliebenden Volkes gesteigert; ein starkes afghanisches Heer griff die Engländer vor Kabul an und nötigte den General Roberts, am 15. Dezember 1879 Kabul zu räumen und ein verschanztes Lager zu beziehen. Dort schlug er die Angriffe des Feindes zurück, drang wieder gegen Kabul vor und besetzte die Stadt zum zweitenmal. Den Häuptlingen der Afghanen erklärte er am 13. April 1880, daß er das Land räumen werde, wenn sie einen neuen Emir wählen würden, der im Lande Ordnung halte und freundschaftliche Beziehungen mit England pflege. Darauf wurde Abdurrhaman als Emir proklamiert. Der Prätendent Ejub-Chan, welcher von Herat gegen Kandahar vorrückte, wurde mehrmals geschlagen und zur Flucht nach Persien genötigt. Die Engländer räumten das Land, Abdurrhaman wurde allgemein als Emir anerkannt, Friede und Ordnung hergestellt.

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Um dem Handel Englands neue Märkte zu eröffnen, suchte das Ministerium Beaconsfield die nordöstlich vom Kapland gelegenen Länder (Transvaal-Republik, Zululand, Betschuanaland, Basutoland, Oranje-Freistaat) zu unterwerfen und zu einer „südafrikanischen Konföderation unter englischer Flagge" zu vereinigen. England hatte zwar die von holländischen Boeren am Ende der vierziger Jahre gegründete Transvaal-Republik 1854 ausdrücklich als selbständigen Staat anerkannt; aber 1877 verlangte es die Einverleibung des Landes in die Kapkolonie, ließ Truppen einmarschieren und in Prätoria, dem Sitz der Transvaalregierung, die englische Flagge aufhissen. Das „südafrikanische Konföderationsgesetz", welches die Regierung zur Einverleibung Transvaals ermächtigte, wurde vom Parlament genehmigt. Der nächste Angriff der Engländer galt den Zulukaffern. Ihr König, Cetewayo, lehnte die Forderungen der Engländer, daß er die Bai von Santa Lucia an England abtreten und die Niederlassung eines englischen Residenten in seinem Lande gestatten solle, ab und stellte eine Heeresabteilung an der Grenze auf. Als die Engländer unter dem Oberbefehlshaber Lord Chelmsford im Zululand einrückten, wurden sie am 22. Januar 1879 bei Isandula geschlagen. Im englischen Heere befand sich Prinz Louis Napoleon, welcher durch Waffenthaten die Aufmerksamkeit Frankreichs auf sich ziehen wollte. Bei einer von seiten des Armeeoberkommandos mit der größten Unvorsichtigkeit unternommenen Rekognoszierung fiel er am 1. Juni 1879, von den Assagai-Stichen der Zulu durchbohrt. Als aber General Wolseley das Oberkommando übernahm, wurden die Zulu am 4. Juli 1879 bei Ulundi geschlagen, König Cetewayo mußte sich ergeben, das ganze Land unterwarf sich. Der Kampf gegen die Basuto und andere Volksstämme dauerte unter wechselnden Erfolgen fort.

Diese Gelegenheit benutzten die Transvaalboeren, um die verhaßte Fremdherrschaft abzuschütteln. Sie stellten 1880 ein kleines Heer auf, erklärten Transvaal für eine selbständige Republik und wählten Krüger zum Präsidenten derselben. Durch ihr rasches und energisches Handeln errangen sie sehr günstige Erfolge. Unter ihrem Kommandanten Joubert bemächtigten sie sich mehrerer Orte, brachten 1881 dem englischen General Colley, welcher zwei Regimenter befehligte und später verstärkt wurde, drei Niederlagen bei und erklärten sich bereit zu Unterhandlungen. Diese wurden von

(c) Instituto Cervantes de Madrid

dem Ministerium Gladstone eröffnet, am 6. März 1881 ein Waffenstillstand, am 4. August ein Friedensvertrag geschlossen. Die Transvaalboeren erhielten in der Verwaltung ihrer eigenen Angelegenheiten volle Unabhängigkeit, mußten aber die Suzeränität der Königin von England anerkennen und einen englischen Residenten in Prätoria zulassen, ohne dessen Genehmigung sie keinen Vertrag abschließen und keinen diplomatischen Verkehr mit einer auswärtigen Macht unterhalten durften. So lästig auch diese Beschränkungen waren, so war doch vorderhand nicht mehr zu erreichen, daher der Volksrat den Vertrag genehmigte, nicht ohne daß er die Hoffnung auf baldige Aenderung desselben aussprach. Um eine solche herbeizuführen, wurde 1883 eine Gesandtschaft, an deren Spitze der Präsident Krüger stand, nach England geschickt. Nach längeren Verhandlungen wurde in London am 27. Februar 1884 ein neuer Vertrag abgeschlossen. Diesem gemäß nahm Transvaal den Namen „Südafrikanische Republik" an; die Suzeränität Englands über Transvaal wurde aufgehoben; die Republik erhielt das Recht, mit auswärtigen Mächten Verträge zu schließen; doch hatte England das Recht, gegen diese Verträge ein Veto einzulegen, ausgenommen gegen die mit dem Oranje-Freistaat und den nördlichen Kaffernstämmen geschlossenen Verträge; die Schuld Transvaals an England wurde von 10 Millionen Mark auf 7 Millionen herabgesetzt und eine neue Westgrenze vereinbart, durch welche einige Gebiete des Betschuanalandes der Republik einverleibt wurden. Die Gesandtschaft reiste nach Berlin und wurde am 8. Juni 1884 von Kaiser Wilhelm empfangen. Nach der Rückkehr der Gesandtschaft wurde der mit England abgeschlossene Vertrag zwar vom Volksrat genehmigt, aber gegen Englands Vetorecht, gegen die Bezahlung der Schuld und gegen die Grenzregulierung Protest eingelegt. Das Bestreben der „Südafrikanischen Republik" war, über ganz Südafrika sich auszudehnen und die englische Herrschaft von dort zu verdrängen. Die Transvaalboeren schlossen mit Dinizulu, dem Sohn und Nachfolger des verstorbenen Königs Cetewayo, einen Vertrag, worin er ihnen einen Teil des Zululandes abtrat, aus dem sie die „Neue Republik" machten; sie besetzten weitere Gebiete des Betschuanalandes und schlossen mit dem Oranje-Freistaat ein Schutz- und Trutzbündnis.

Inzwischen war das Mandat des Unterhauses abgelaufen, und am 30. März 1880 und in den folgenden Tagen

(c) Instituto Cervantes de Madrid

wurden die Neuwahlen vorgenommen. Die liberale Partei erfocht einen glänzenden Sieg. Gewählt wurden 349 Liberale, 235 Konservative und 65 Homeruler. Infolgedessen reichte Beaconsfield sein Entlassungsgesuch ein, und Gladstone übernahm am 28. April 1880 aufs neue die Präsidentschaft des Ministeriums. Die schwierigste Frage für das liberale Kabinett war die Herstellung geordneter Zustände in Irland. Ohne Aenderung der parlamentarischen und agrarischen Verhältnisse war die Lösung dieser Aufgabe unmöglich. Die letzteren waren bekanntlich die Folge jener massenhaften Beraubungen, welche schon im zwölften Jahrhundert begannen und bis an das Ende des siebzehnten Jahrhunderts fortdauerten. Von den etwa 23 Millionen Morgen bebauten Bodens sind 20½ Millionen im Besitz von 10000 Personen, die übrigen 2½ Millionen Morgen sind im Besitz von 72000 Personen, so daß die große Masse einer Bevölkerung von mehr als 5 Millionen Einwohnern gar keinen Grundbesitz hat. Fast aller Boden ist im Besitz der eingewanderten englischen und schottischen Familien, während der irische Bauer größtenteils nur Pächter oder Taglöhner ist. Solcher Pachtstellen gibt es in Irland etwa 600000. Die Existenz des Pächters beruhte bisher auf der Willkür des Grundbesitzers, der jenen jederzeit entlassen konnte. Solche rechtlose Zustände werden am Ende des neunzehnten Jahrhunderts schwerer ertragen als in früherer Zeit. Das Ministerium Gladstone suchte durch verschiedene Gesetzvorlagen gewisse Härten zu mildern. Aber solange es nicht diese Bodenverhältnisse ganz umgestaltete und die Pächter zu Eigentümern machte, war mit solchen Vorlagen nichts gewonnen. Andererseits schien es fast eine Unmöglichkeit zu sein, daß das von sechs Jahrhunderten geraubte Gut auf friedlichem Wege in die Hände der Irländer komme. Daher glaubten diese berechtigt zu sein, durch Anwendung von Gewaltthaten jeder Art das zu erringen, was ihnen die Reform verweigerte. Der Haß der Irländer gegen die Regierung, gegen das Parlament, gegen alles, was „Engländer" hieß, war nahezu so stark wie der Haß der Sklaven gegen ihre Peiniger. Die irische Landliga, welche von dem Parlamentsmitglied Parnell geleitet wurde, forderte die Einstellung aller Pachtzahlungen, die Abschaffung des Grundherrentums, die Zurückgabe des Bodens an das irische Volk, die Errichtung eines irischen Parlaments und die Herstellung der nationalen Unabhängig-

(c) Instituto Cervantes de Madrid

keit Irlands. Gutsbesitzer, welche den Pacht einforderten, und Pächter, welche denselben bezahlten, wurden mit dem Tode bedroht; die agrarischen Verbrechen nahmen von Jahr zu Jahr zu. Gladstone legte 1881 dem Parlament die Zwangsbill, welche den Vizekönig von Irland zur Verhaftung jedes Schuldigen oder Verdächtigen ermächtigte, und die irische Waffenbill, welche den Ankauf und das Tragen der Waffen in Irland regeln sollte, vor, und nachdem dieselben von beiden Häusern genehmigt waren, brachte er die irische Landbill ein, welche das Verhältnis zwischen Pächtern und Grundbesitzern auf billiger Grundlage ordnete. Auch diese Bill erhielt die Genehmigung des Parlaments; sie war geeignet, den günstigsten Einfluß auszuüben; aber die Landliga blieb bei ihrem Losungswort: „Keine Pachtzahlung!" Der von ihr nach Dublin einberufene „irische Nationalkonvent" faßte am 17. September 1881 die schärfsten Beschlüsse gegen das „verruchte System der Fremdherrschaft". Die Landliga wurde zwar als eine ungesetzliche Verbindung aufgelöst, wirkte aber im geheimen fort, und an ihre Stelle trat 1882 die irische „Nationalliga", welche die gleichen Zwecke verfolgte.

Parnell.

Die unversöhnlichen Fenier schickten von Nordamerika aus ihre entschlossensten Leute nach England, um durch Dynamitattentate öffentliche Gebäude samt ihren Bewohnern der Vernichtung preiszugeben und hohe Beamte ermorden zu lassen. Ungeheures Aufsehen erregte die Blutthat von Dublin am 6. Mai 1882, wobei der neuernannte Staatssekretär für Irland, Lord Cavendish, und der Unterstaatssekretär Bourke unmittelbar nach ihrer Ankunft in Dublin bei einem Spaziergang im Phönixpark von mehreren Personen angefallen und ermordet wurden. Die Regierung suchte dem Uebel teils durch Vorlegung der Zwangsbill zur wirksameren

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Unterdrückung der Verbrechen in Irland (1882) und der Dynamitbill (1883), teils durch Abschaffung einiger sozialen und wirtschaftlichen Mißbräuche abzuhelfen, hatte aber damit keine nennenswerten Erfolge.

Neben den irischen Angelegenheiten erregte auch die Wahlreformbill die Aufmerksamkeit des Parlaments und der Nation. Die von Gladstone 1883 vorgelegte Bill dehnte das 1867 den Mietern in den Städten eingeräumte Wahlrecht auf die auf dem Lande befindlichen Mieter, wo bisher nur die Hausbesitzer stimmberechtigt waren, aus und vermehrte die Zahl der Wähler um zwei Millionen (von drei auf fünf Millionen), glich also eine Ungleichheit zwischen Stadt und Land aus. Diese Bill wurde vom Unterhaus am 25. Juni 1884 genehmigt, vom Oberhaus am 8. Juli abgelehnt. Obgleich der Widerstand des letzteren gegen die beim Volke so beliebte Wahlreform in der Presse und in Versammlungen aufs schärfste besprochen wurde, verharrten die Konservativen doch in ihrer Opposition und erklärten, daß das Oberhaus die Wahlreformbill nicht genehmigen könne, wenn die Regierung sich nicht verpflichte, daß die Bill erst mit der Annahme eines zweiten, die Neueinteilung der Wahlkreise behandelnden Gesetzes Gültigkeit erhalte. Hierüber kam zwischen Gladstone und Salisbury ein Kompromiß zustande, worauf in der Herbstsession von 1884 die Wahlreformbill aufs neue dem Parlament vorgelegt und von beiden Häusern genehmigt wurde. Fast gleichzeitig wurde die Bill für die Neueinteilung der Wahlkreise im Parlament eingebracht, durch welche die Zahl der Unterhausmitglieder von 658 auf 670 vermehrt wurde, und zwar hatte England 465, Schottland 72, Irland 103, Wales 30 Vertreter zu wählen. Diese Bill wurde im Juni 1885 von beiden Häusern angenommen.

Die auswärtige Politik des Ministeriums Gladstone fand in England weder Achtung noch Vertrauen. Im Sudan und Afghanistan hatte es sich zum Rückzug entschlossen und gegenüber der deutschen Kolonialpolitik so ungeschickt als möglich operiert. In der Abstimmung über eine Steuerfrage blieb es im Unterhaus in der Minderheit, worauf es sein Entlassungsgesuch einreichte. Lord Salisbury, der Führer der toristischen Opposition, bildete am 24. Juni 1885 ein neues Kabinett. Infolge des neuen Wahlgesetzes mußte das Unterhaus am 18. November aufgelöst und zu Neuwahlen ge-

(c) Instituto Cervantes de Madrid

schritten werden. Dieselben ergaben in den Städten einen Sieg der Konservativen, auf dem Land, wo zwei Millionen neue Wähler auftraten, einen großen Sieg der Liberalen. Letztere hatten 331, die Konservativen 253, die irische Nationalpartei 86 Stimmen. Somit hatten die Liberalen eine starke Mehrheit über die Konservativen, aber nicht die absolute Mehrheit im Unterhaus; diejenige der beiden großen Parteien hatte die Mehrheit im Unterhaus, welche die unter Parnells Führung stehenden Irländer für sich gewann. Aber die Stimmen der Parnelliten waren nur um den Preis der administrativen Trennung Irlands von Großbritannien und bedeutender agrarischer Konzessionenzu erkaufen. Gladstone war bereit, diesen Preis zu bezahlen, Salisbury nicht. Da die Mehrheit der irischen Wähler die Selbständigkeit Irlands wünschte, so wollte Gladstone, welcher das Recht der Mehrheiten anerkannte, den Irländern ein besonderes Parlament gewähren mit einem diesem Parlament verantwortlichen irischen Ministerium und dem Rechte der Gesetzgebung in allen lokalen Angelegenheiten Irlands, unter Wahrung des Vetorechts der Krone. Er berief sich dabei auf Oestreich-Ungarn, wo der östreichische Reichsrat und der ungarische Reichstag die lokalen, die aus beiden hervorgehenden Delegationen die gemeinsamen Angelegenheiten beraten. Aber nicht alle Mitglieder der liberalen Partei teilten in dieser irischen Frage Gladstones Ansichten und Pläne. Viele derselben hielten durch eine solche Trennung Irlands von Großbritannien die Integrität des Reiches und Englands Stellung unter den großen Nationen für bedroht und glaubten, daß die Einsetzung einer irischen Lokalregierung nur der Anfang zur Einführung der Personalunion oder vielmehr der vollständigen politischen Trennung Irlands wäre. Am meisten widersetzten sich diesem Plane die protestantischen Bewohner Irlands, da sie von der Ausführung desselben nur ihre eigene Knechtung erwarteten; sie sprachen daher zur Be-

Salisbury.

(c) Instituto Cervantes de Madrid

seitigung dieser Gefahr bereits von der Errichtung einer besonderen protestantisch-irischen Lokalregierung.

Mit dem neuen Unterhaus, das eine relative liberale Mehrheit hatte und den Konservativen nur im Bund mit den Parnelliten eine Mehrheit verschaffte, zu regieren, war für das Kabinett Salisbury nicht lange möglich. Bei der Adreßberatung vom 26. Januar 1886 wurde ein Zusatzantrag eingebracht, welcher das Bedauern aussprach, daß in der Thronrede keine Maßregeln angekündigt seien, welche es den ländlichen Arbeitern erleichtern würden, Landanteile unter billigen Bedingungen zu erhalten. Dieser Antrag wurde von Gladstone und 76 Parnelliten unterstützt, von den liberalen Unionisten, welche an der legislativen Union Englands und Irlands festhielten, bekämpft und mit 329 gegen 250 Stimmen genehmigt. Auf dies hin trat das Kabinett Salisbury zurück, und Gladstone bildete am 3. Februar ein neues Ministerium, in welches Männer wie Hartington und Göschen als Unionisten nicht mehr eintraten, und aus welchem Chamberlain und andere bald wieder austraten. Denn Gladstone war entschlossen, dem Parlament zwei Gesetzentwürfe vorzulegen, von denen der eine eine politische, der andere eine soziale und wirtschaftliche Reform in Irland beabsichtigte. Jene, die irische Verwaltungsbill oder Homerulebill, am 8. April dem Unterhaus vorgelegt, bezweckte die Errichtung eines irischen Parlaments und einer irischen Regierung in Dublin; diese, die Landankaufsbill, welche am 16. April eingebracht wurde, verlangte für die Jahre 1887 bis 1890 50 Millionen Pfund Sterling zum Ankauf großer irischer Landgüter, welche in Staatspächtereien für irische Farmer umgewandelt werden und in den Besitz der Pächter übergehen sollten. Nach langen Debatten wurde die Homerulebill am 7. Juni 1886 vom Unterhaus in der zweiten Lesung mit 341 gegen 311 Stimmen abgelehnt. Die Mehrheit bestand aus 248 Konservativen und 93 liberalen Unionisten, die Minderheit aus 226 Liberalen und 85 Parnelliten. Gladstone hatte nun die Wahl, sein Entlassungsgesuch einzureichen oder das Unterhaus aufzulösen und Berufung an das Land einzulegen. Er wählte das letztere, sprach sich in einem Manifest an seine Wähler darüber aus, daß das Land nur die Wahl zwischen Anwendung von Zwangsmaßregeln gegen Irland oder Einführung eines irischen Parlaments habe, löste das Unterhaus am 26. Juni auf und schrieb die Neu-

(c) Instituto Cervantes de Madrid

wahlen auf den 1. Juli und die folgenden Tage aus. Aber er hatte sich getäuscht. Das Resultat der Wahlen zeigte, daß der größere Teil der Wähler festhielt an der Union Irlands mit Großbritannien und von den Gladstoneschen irischen Reformplänen große Gefahren für das Gesamtreich fürchtete. Gewählt wurden 317 Konservative, 76 liberale Unionisten, 191 liberale Anhänger des Homerule und 86 Parnelliten. Dieses Ergebnis war eine gründliche Niederlage Gladstones; denn er hatte für seine Homerulebill eine Minderheit von 277 gegen 393; andererseits hatten die Konservativen keine absolute Mehrheit im Unterhaus gewonnen und erhielten eine solche nur durch den Anschluß einer der drei anderen Parteien. Zur Beseitigung von Homeruleanträgen waren sie zwar des Beistandes der liberalen Unionisten sicher und hatten dadurch die Mehrheit; für andere gesetzgeberische Akte aber hatten sie diesen Beistand nicht und mußten die Koalition der drei anderen Parteien fürchten, welche zusammen eine Mehrheit von 353 gegen 317 Konservative bildeten. Das Kabinett Gladstone gab am 20. Juli 1886 sein Entlassungsgesuch ein, worauf die Königin am 21. Juli Lord Salisbury zu sich berief. Dieser unterhandelte zunächst mit Lord Hartington, dem Führer der liberalen Unionisten, und suchte ihn zum Eintritt in das neue Kabinett zu bewegen. Da Hartington ablehnte, so bildete Salisbury ein ausschließlich konservatives Kabinett. Dasselbe leistete am 3. August den Amtseid und nahm aus den Händen der Königin die Amtssiegel entgegen.

10) Spanien und Portugal.

(1870—1886.)

Der spanische „Königssucher", Ministerpräsident Prim, ließ sich durch das Scheitern der hohenzollerischen Kandidatur nicht irre machen in seinen Bestrebungen. Er wandte sich im Oktober 1870 an den Herzog Amadeus von Aosta, den zweiten Sohn des Königs Viktor Emanuel von Italien, welcher 1869 die spanische Krone ausgeschlagen hatte, und trug sie ihm aufs neue an. Diesmal nahm der Herzog am 2. November die Krone an, worauf er am 16. November von den Cortes mit 191 gegen 63 Stimmen zum König gewählt wurde. Die vertriebene Königin Isabella und der Prätendent Don Karlos protestierten gegen diese

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Wahl. Bevor der König in Madrid eintraf, wurde Prim, dessen staatsmännische Kunst und dessen Einfluß dem fremden König sehr von Nutzen gewesen wären, am 27. Dezember 1870 durch Meuchelmörder, die sofort spurlos verschwanden, tödlich verwundet, infolgedessen er am 30. Dezember starb. Die allgemeine Annahme war, daß dieser Mord mit der Königswahl im Zusammenhang stehe. Am 2. Januar 1871 kam König Amadeus in Madrid an. Nachdem er in der Versammlung der Cortes den Verfassungseid geleistet hatte, legte Marschall Serrano die Regentschaft nieder und erhielt von Amadeus den Auftrag, ein neues Kabinett zu bilden. Von allen auswärtigen Mächten als König anerkannt, fand Amadeus in seinem Lande selbst unüberwindliche Schwierigkeiten. Der spanische Adel trat ihm mit Uebermut und Geringschätzung gegenüber; die Klerikalen haßten ihn als den Sohn Viktor Emanuels und als freisinnigen Herrscher; die einflußreichsten Parteien der Cortes, die Moderados und die Progressisten, bekämpften einander fortwährend, wobei es sich nicht um die Interessen des Landes und des Thrones, sondern um den Besitz des Ministeriums handelte. In dem kurzen Zeitraum von zwei Jahren hatte Spanien sechs Ministerien. Die Republikaner und die Karlisten unternahmen mehrere Aufstände, die jedoch bald unterdrückt wurden. Ein Attentat, welches in der Nacht vom 18. Juli 1872 auf den König und die Königin, die nach dem Palast zurückfuhren, gemacht wurde, blieb unentdeckt. Auf einer Rundreise durch das Land fand der König eine sehr kalte Aufnahme; seine militärischen Anordnungen fanden nicht einmal bei allen Offizieren Gehorsam. Da erkannte Amadeus, daß es in diesem von Parteien zerrissenen Lande für einen Fremden keine Hoffnung, eine feste Stellung zu erringen, gebe. Er erklärte am 8. Februar 1873 dem progressistischen Ministerpräsidenten Zorilla seinen Entschluß, die Krone niederzulegen, erließ am 11. Februar eine Abdankungsbotschaft an die Cortes und reiste am 12. Februar mit seiner Familie über Lissabon nach Italien zurück, wo er wieder in seine frühere Stellung als Generalleutnant und Mitglied des Senats eintrat.

In Spanien wurde am 11. Februar die Republik proklamiert und am 12. zur Ausübung der Exekutivgewalt eine Regierung eingesetzt, in welcher Figueras die Präsidentschaft, Castelar das Auswärtige übernahm. Die Cortes wurden aufgelöst und am 1. Juni die konstituierenden Cortes

(c) Instituto Cervantes de Madrid

eröffnet, in welchen die extremsten Republikaner saßen. Die Versammlung erklärte sich für die Föderativrepublik, nach dem Muster der Vereinigten Staaten, und wählte eine Kommission zur Ausarbeitung einer demokratischen Verfassung. Da aber von den Parteiführern jeder befehlen, keiner der Regierung gehorchen wollte, so traten bald anarchische Zustände ein. Im Süden erhoben die Intransigenten (Unversöhnlichen) die rote Fahne und errichteten in Malaga, Sevilla, Cartagena Communen; im Norden drangen die Karlisten unter Führung des Don Karlos und seines Bruders Don Alfonso vor. In der Exekutive herrschte Uneinigkeit und Energielosigkeit; nach Figueras' Rücktritt folgten sich in der Präsidentschaft Pi-y-Margall, Nikolas Salmeron, Castelar. Letzterer, früher der heftigste Feind monarchischer Ausnahmemaßregeln, ließ sich von den Cortes unbeschränkte Vollmachten für militärische und politische Maßregeln, selbst für Verhängung des Belagerungszustandes, erteilen, legte die Beratung des Verfassungsentwurfes beiseite, vertagte die Cortes vom 18. September bis 2. Januar und übte thatsächlich eine Diktatur aus. Die von den Intransigenten besetzten Städte Alcoy, Sevilla, Cadiz, Valencia wurden von den Regierungstruppen genommen; die Seefestung Cartagena, wo General Contreras als Präsident der Republik Murcia diktatorisch auftrat, die benachbarten Hafenstädte Almeria und Alicante bombardierte und brandschatzte, wobei er in Konflikt mit dem wackeren deutschen Seekapitän Werner geriet, wurde am 12. Januar 1874 von General Lopez Dominguez genommen, nachdem Contreras mit seinem Anhang auf einem Kriegsdampfer sich nach Algier geflüchtet hatte. Die Karlisten, von den französischen Behörden begünstigt, machten Fortschritte, konnten nur mit Mühe an der Einnahme der Stadt Bilbao verhindert werden und hielten sich das ganze Jahr hindurch in dem gebirgigen Terrain, mit Grausamkeit gegen ihre Gegner und gegen wehrlose Gefangene wütend.

Bei der Wiedereröffnung der Cortes am 2. Januar 1874 forderte Castelar zur Unterdrückung der Aufstände weitere diktatorische Vollmachten, wurde aber durch ein Votum der Cortes, welchen sein Vorgehen gegen die Aufständischen antirepublikanisch erschien, zum Rücktritt von der Präsidentschaft genötigt. Bevor ein Nachfolger gewählt wurde, wurden die Cortes in der Frühe des 3. Januar auf Befehl des

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Generalkapitäns von Madrid, Pavia, gesprengt, die konstitutionellen Gewalten suspendiert, die politischen Klubs aufgelöst, die extreme Presse unterdrückt. Marschall Serrano, der Urheber jenes Staatsstreichs, übernahm als „Präsident der Exekutivgewalt der Republik" die Regierung und beauftragte den General Zabala, später den Progressisten Sagasta mit der Bildung eines neuen Kabinetts. Die gegen die neue Regierung gerichteten republikanischen Aufstände wurden rasch bewältigt. Die größte Gefahr drohte von den Karlisten. Diese hatten den Regierungsgeneral Moriones am 24. Februar 1874 am Flusse Sommorrostro zurückgeschlagen und Tolosa besetzt, wurden aber von Serrano am 28. April aus ihren festen Stellungen am Sommorrostro zurückgeworfen und die Festung Bilbao entsetzt. In den Kämpfen vom 25. bis 27. Juni wurde General Concha von den Karlisten bei Estella geschlagen und fiel. Zu gleicher Zeit drang Don Alfonso in Katalonien ein, eroberte am 15. Juli 1874 die kastilische Stadt Cuença und ließ dort aufs schändlichste plündern und morden. General Laserna, welcher nach Conchas Tod den Oberbefehl über die Nordarmee übernahm, wurde, als er gegen Tolosa vorrückte, von der feindlichen Uebermacht zurückgedrängt. Da eilte Serrano selbst herbei, verstärkte die Armee bis auf 80 000 Mann und wollte die bei Estella verschanzten Karlisten durch einen umfassenden Angriff nach der französischen Grenze zurücktreiben.

Alfons XII., König von Spanien.

Inzwischen rief General Martinez Campos am 29. Dezember 1874 in Murviedro den Sohn der Exkönigin Isabella als König Alfons XII. von Spanien aus. Die ganze Armee trat auf seine Seite, und Serrano legte den Oberbefehl und die Präsidentschaft nieder. Alfons, welcher damals bei seiner Mutter in Paris lebte, hielt am 14. Ja-

(c) Instituto Cervantes de Madrid

nuar 1875 seinen Einzug in Madrid und übernahm, noch nicht ganz 18 Jahre alt, die Regierung. Der konservative Staatsmann Canovas-del-Castillo, der bisherige politische Ratgeber des Königs, bildete ein neues Ministerium und legte einer Notabelnversammlung einen Verfassungsentwurf zur Beratung vor, in welchem zwar der Grundsatz der Kultusfreiheit ausgesprochen, aber die katholische Religion für die Staatsreligion erklärt und die Duldung einer anderen Religion und eines anderen Gottesdienstes in einer Weise eingeschränkt war, daß der klerikalen Intoleranz zur Unterdrückung des Protestantismus, der sich in mehreren Städten Spaniens festgesetzt hatte, Mittel genug an die Hand gegeben waren. Dieser Verfassungsentwurf wurde am 20. Januar 1876 von den neugewählten Cortes genehmigt.

Zu gleicher Zeit mußte Don Karlos seinen Prätendentenkrieg aufgeben. Diejenigen, welche durch ihre bedeutenden Geldbeiträge bisher es ihm möglich gemacht hatten, eine Armee zu unterhalten, französische Legitimisten, östreichische Feudale, depossedierte italienische Fürsten und die römischen Jesuiten, wurden, zumal da sie keine namhaften Erfolge sahen, allmählich karger in ihren Unterstützungen. Infolgedessen ließ in der Armee die Begeisterung für die karlistische Sache sehr nach. Viele Offiziere traten auf die Seite des Königs Alfons; andere gingen nach Frankreich; General Cabrera unterwarf sich dem König. Nachdem General Laserna nach einigen glücklichen Gefechten von den Karlisten zum Rückzug genötigt worden war, übernahm General Quesada den Oberbefehl über die auf 100000 Mann verstärkte Armee, schlug die Karlisten zurück, entsetzte Pamplona und nahm mehrere Städte, darunter Estella, den festesten Platz von Navarra. König Alfons übernahm selbst den Oberbefehl und hielt am 28. Februar 1876 seinen Einzug in Pamplona, an welchem Tage Don Karlos mit dem Reste seiner Truppen die französische Grenze überschritt. Der Karlistenaufstand war überwältigt, König Alfons zog am 20. März 1876 an der Spitze seiner Truppen als Sieger in Madrid ein. Den baskischen Provinzen, welche so treu zu Don Karlos gehalten hatten, wurden durch einen Cortesbeschluß von 1876 ihre Fueros oder Reservatrechte entzogen und diese Provinzen den übrigen völlig gleichgestellt.

Nun konnte die Regierung auch an eine energische Be-

(c) Instituto Cervantes de Madrid

kämpfung des Aufstandes auf der Insel Cuba denken, deren Besitz wegen ihres Reichtums an Zucker und Tabak für die spanischen Finanzen so wichtig war. Der Generalgouverneur Jovellar und der General Martinez Campos hielten am 14. Juni 1878 ihren Einzug in Habana und konnten der Regierung melden, daß fast alle Aufständischen samt dem Zentralkomitee sich ergeben hätten. Darauf wurden durch ein Gesetz die näheren Bestimmungen über die Aufhebung der Sklaverei in Cuba festgestellt, wie dies schon 1873 hinsichtlich der Insel Portorico geschehen war.

Infolge der langjährigen politischen Zerrüttung waren die finanziellen Zustände des Landes höchst ungünstig. Die Staatsschuldenkasse konnte ihren Verpflichtungen nicht mehr nachkommen, den Beamten wurde ihr voller Gehalt nicht mehr ausbezahlt, die außerordentliche Kriegssteuer mußte beibehalten werden. Die Unduldsamkeit der Bischöfe gegen protestantische Schulen und Gottesdienste wurde vom Ministerium Canovas unbeanstandet gelassen, die Einwanderung der 1880 aus Frankreich ausgewiesenen Jesuiten geduldet, obgleich denselben der Aufenthalt in Spanien nicht gestattet war. Canovas konnte sich nicht mehr länger halten; er mußte 1881 die Ministerpräsidentschaft dem Führer der Liberalen, Sagasta, überlassen. Dieser erließ eine weitgehende Amnestie und traf auf dem Gebiete des Unterrichtswesens liberale Einrichtungen, gegen welche der Nuntius vergeblich protestierte. Die Frage, welche Art von Genugthuung die spanische Regierung von Frankreich wegen der Beleidigung des Königs fordern solle, erregte Zwiespalt im Kabinett, daher 1883 Sagasta zurücktrat und der Kammerpräsident Possada de Herrera ein neues Kabinett bildete. Da aber dieser damit debütierte, daß er, um aufs neue chaotische Zustände in Spanien hervorzurufen, die Einführung des allgemeinen Stimmrechts und die Reform der Verfassung in sein Programm aufnahm, so mußte er schon nach drei Monaten infolge der Adreßdebatte zurücktreten, worauf am 18. Januar 1884 Canovas aufs neue ein konservatives Ministerium bildete.

Durch heftige Erdbeben und durch das Auftreten der Cholera wurde Spanien 1884 und 1885 schwer heimgesucht. König Alfons, welcher 1878 dem Attentat des Kataloniers Moncasi und 1879 dem des Galiciers Otero ausgesetzt, aber beidemal unverwundet geblieben war; welcher 1883 eine

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Reise nach München, nach Wien und nach Homburg zu den Manövern gemacht hatte, auf der Rückreise in Paris eine so schändliche Beschimpfung hatte erdulden müssen und in Madrid mit nationaler Begeisterung empfangen worden war; welcher sich 1885 bei dem bereits angeführten Karolinenstreit als einen maßvollen und verständigen Beurteiler und als einen vertrauensvollen Freund des Deutschen Reiches gezeigt hatte, trat im gleichen Jahre der Cholera gegenüber mit der nämlichen Unerschrockenheit auf wie König Humbert in Neapel. Er besuchte am 2. Juli 1885, ohne irgend jemand vorher eine Mitteilung hiervon gemacht zu haben, nur von einem Adjutanten begleitet, die Choleraspitäler in Aranjuez und ging von einem Krankenbett zum anderen. Aber es war ihm ein kurzes Leben beschieden. Am 25. November 1885 starb er im Schloß Pardo an der Schwindsucht, welche ihn schon längst ergriffen hatte. Groß war die Trauer aller spanischen Patrioten; denn der König hatte es verstanden, in einem Lande, wo Aufstände der extremen Parteien und Militärrevolutionen permanent zu sein schienen, die Ruhe zu erhalten. Er war zweimal vermählt. Am 23. Januar 1878 hatte er sich mit der Prinzessin Mercedes, der Tochter des Herzogs von Montpensier und der Infantin Luise, vermählt. Aber schon am 26. Juni dieses Jahres starb die Königin. Darauf vermählte er sich am 29. November 1879 mit der Erzherzogin Marie Christine von Oestreich. Kinder dieser Ehe waren zwei Prinzessinnen, von denen die eine, Mercedes, am 11. September 1880, die zweite, Maria Theresia, am 13. November 1882 geboren war. Bei dem Tode des Königs sah die königliche Witwe einer dritten Entbindung entgegen. Dem Gesetze gemäß übernahm sie die Regentschaft. Sie leistete den Eid auf die Verfassung, nahm das Entlassungsgesuch des Ministeriums Canovas an und beauftragte Sagasta mit der Bildung eines neuen Kabinetts. Dieser erließ eine allgemeine Amnestie, verhängte, da Aufstände der Karlisten, der Republikaner und der Anarchisten zu fürchten waren, den Belagerungszustand über die Städte San Sebastian, Barcelona und Cartagena und ernannte den Marschall Martinez Campos, den treuen Anhänger des verstorbenen Königs, zum Oberbefehlshaber der Nordarmee. Die neugewählten Cortes, in welchen Sagasta eine starke Mehrheit hatte, wurden am 10. Mai 1886 eröffnet. Am 17. Mai 1886 wurde die Königin von einem Prinzen entbunden, der bei der Taufe

(c) Instituto Cervantes de Madrid

die Namen Alfonso Leon erhielt und sofort als König Alfonso XIII. proklamiert wurde. Die Königin erhielt am 2. Juli vom Papst Leo XIII., dem Paten des jungen Königs, die Goldene Rose zugeschickt. Das Schreiben des Don Karlos, welcher gegen die Proklamierung Alfonsos XIII. Protest einlegte und erklärte, er werde niemals seinen Rechten entsagen, fand zunächst keine Beachtung.

In Portugal, wo die Republikaner und Anarchisten bei dem Volke weniger Anklang fanden als in Spanien, nahm die politische Entwicklung des Landes einen ruhigeren Verlauf. Das 1873 von spanischen und portugiesischen Republikanern erlassene Manifest an das portugiesische Volk, worin dasselbe aufgefordert wurde, für die Errichtung einer Iberischen Republik mitzuwirken, wurde von der portugiesischen Presse entschieden zurückgewiesen. Weder das Königshaus noch das Volk haben jemals Lust bezeigt, dem mehrfach gewünschten Anschluß Portugals an Spanien ihren Beifall zu spenden. Auch die parlamentarischen Kämpfe hatten nicht die gleiche Schärfe wie in Spanien. Es handelte sich dabei hauptsächlich um das regelmäßig wiederkehrende Defizit im Staatshaushalt, das jeder Opposition Gelegenheit gab, das Ministerium zu bekämpfen und dessen Sturz anzustreben. In den Cortes standen sich einerseits die Regeneradores (Konservativen) unter der Führung des Staatsrats de Fontes Pereira, andererseits die Historiker unter Marquis von Loulé und von Braamcamp und die von dem Bischof von Vizeu geleiteten Reformisten (Liberale) gegenüber, von welchen die beiden letzteren Parteien sich zuweilen zu einer großen Progressistenpartei vereinigten. Wir sehen bald die eine, bald die andere Partei an der Regierung und die obengenannten Führer derselben an der Spitze der Ministerien. Die Vorlegung des 1881 mit England abgeschlossenen Delagoa-Vertrags, wonach England seine Waren frei durch das portugiesische Gebiet der Delagoa-Bai (in Südafrika) von und nach Transvaal befördern, in der dortigen Hafenstadt Lorenzo-Marques Lagerräume für zollfreie Güter errichten und von dieser Stadt eine Eisenbahn nach dem in Transvaal liegenden Prätoria bauen und auf eigene Rechnung betreiben durfte, und die Genehmigung dieses Vertrages seitens der Cortes benutzten die Republikaner in Lissabon, um der Regierung und der Dynastie den Vorwurf der Preisgebung portugiesischen Gebietes zu machen. Durch einen Wechsel des

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Ministeriums wurde die in Volksversammlungen hervorgerufene Aufregung gestillt. Der am 26. Februar 1884 mit England abgeschlossene Kongovertrag, worin letzteres die portugiesische Oberhoheit über das untere Kongogebiet anerkannte und hinsichtlich der Schiffahrt, des Handels und der Erhebung von Zöllen die anderen Nationen sehr beeinträchtigte, konnte, da Deutschland und Frankreich dagegen protestierten, nicht ausgeführt werden. In dem Vertrag, welchen Portugal am 14. Februar 1885 mit der „Internationalen afrikanischen Gesellschaft" oder dem „Kongostaat" schloß, erhielt Portugal das ganze Küstenland südlich von der Kongomündung bis zu seinem bisherigen Grenzfluß Lodga und nördlich derselben noch einen Gebietsteil mit den Stationen Landana, Malemba und Cabinda an der Seeküste. Weitere Erwerbungen im westlichen Afrika machte Portugal durch den am 10. September 1885 mit dem König von Dahomey geschlossenen Vertrag. Diesem gemäß übernahm Portugal das Protektorat über die ganze Küste von Dahomey, und der Hafen von Zomai wurde für portugiesisches Gebiet erklärt; ohne Portugals Genehmigung sollte der König von Dahomey mit keiner anderen Macht Verträge abschließen, und er mußte sich verpflichten, der regelmäßigen Abschlachtung der Kriegsgefangenen zu entsagen. Am 15. Dezember 1885 starb der Titularkönig Ferdinand, Herzog von Sachsen-Koburg-Gotha-Kohary, welcher 1836 mit der Königin Maria II. von Portugal sich vermählt, nach der Geburt seines ersten Sohnes den Königstitel erhalten und nach dem Tode der Königin 1853—1855 die Regentschaft für den noch unmündigen Kronprinzen geführt hatte. In zweiter Ehe vermählte er sich 1869 mit Elise Hensler, die zur Gräfin von Edla erhoben wurde. Der älteste Sohn des regierenden Königs Ludwig, der Kronprinz Karl, Herzog von Braganza, vermählte sich am 22. Mai 1886 mit der Prinzessin Amalie von Orleans, Tochter des Grafen Philipp von Paris.

11) Belgien und Holland.

(1870—1886.)

Die Klerikalen und die Liberalen stritten in Belgien seit Jahrzehnten um den Besitz des Ministeriums. Das liberale Kabinett Frère-Orban, welches 1857 die Regierung

(c) Instituto Cervantes de Madrid

übernommen hatte, mußte 1870 infolge der Wahlen zurücktreten und einem klerikalen Ministerium Platz machen, an dessen Spitze Baron von Anethan stand. Die Macht des Klerus, welche auf der durch die Verfassung garantierten Selbständigkeit der Kirche beruhte, wurde durch diesen Kabinettswechsel gestärkt. Der Klerus leitete in Belgien das ganze Volksschulwesen, hatte besondere, von Jesuiten geleitete Gymnasien und eine eigene Universität, welche stärker besucht war als die beiden Staatsuniversitäten, und übte durch die vielen Klöster, in welchen 1876 mehr als 24000 Mönche und Nonnen waren, einen großen Einfluß auf das Landvolk aus. Der Bankrott der von den Klerikalen errichteten Bank, die von dem päpstlichen Grafen Langrand-Dümonceau geleitet wurde, die Kapitalien des Volkes in sich aufnahm und dadurch die Herrschaft der Klerikalen über die Massen des Volkes noch verstärken sollte, hatte 1871 Straßentumulte in Brüssel und die Entlassung des Ministeriums zur Folge. Darauf bildete der 77jährige Staatsmann Graf de Theux ein neues, gleichfalls klerikales Ministerium, in welchem nach dem Tode des Grafen 1874 der Finanzminister Malou die Leitung übernahm. Den Forderungen der Vlamen, daß sie vor den Kriminalgerichten nicht in französischer, sondern in ihrer Muttersprache abgeurteilt werden sollten, wurde 1873 von den Kammern im wesentlichen entsprochen.

Die Ergänzungswahlen vom 11. Juni 1878 verschafften den Liberalen im Senat und in der Abgeordnetenkammer die Mehrheit. Das Ministerium Malou mußte zurücktreten, und Frère-Orban trat an die Spitze des liberalen Kabinetts. Das den Kammern vorgelegte neue Schulgesetz sollte die Herrschaft der Geistlichkeit über die Schulen vermindern und letztere unter die ausschließliche Aufsicht der Gemeinde- und Regierungsbehörden bringen; der Religionsunterricht in den Elementarschulen des Staates sollte nicht mehr obligatorisch sein. Nach heftigen Debatten wurde dieses Gesetz von beiden Kammern genehmigt, worauf es am 1. Juli 1879 die Bestätigung des Königs erhielt. Die Bischöfe sprachen sich in ihren Hirtenbriefen aufs schärfste gegen dieses Gesetz aus und verlangten, daß kein Katholik zur Ausführung desselben mitwirke. Die Verhandlungen der Regierung mit der päpstlichen Kurie über das oppositionelle Verhalten der Bischöfe riefen einen Konflikt hervor, infolgedessen die Regierung 1880 ihren Gesandten im Vatikan zurückrief. Dem Drängen der

(c) Instituto Cervantes de Madrid

unter der Führung des Abgeordneten Janson stehenden Radikalen auf Einführung des allgemeinen Wahlrechts konnte von der liberalen Regierung, welche darin nur eine Waffe für die Klerikalen sah, nicht nachgegeben werden. Der in diesem Sinne gestellte Antrag wurde 1883 von der Kammer abgelehnt. Aber die Abgeordnetenwahlen vom 10. Juni 1884 verschafften den Klerikalen in der Kammer eine Mehrheit von 34 Stimmen. Das liberale Kabinett reichte sein Entlassungsgesuch ein, worauf am 16. Juni Malou wieder ein klerikales Ministerium bildete. Um auch im Senat die Mehrheit zu bekommen, löste Malou denselben auf und ließ Neuwahlen veranstalten. Das Ergebnis derselben war, daß die Klerikalen im Senat eine Mehrheit von 17 Stimmen erhielten. Die Gesandtschaft im Vatikan wurde wiederhergestellt und den Kammern ein neues Schulgesetz vorgelegt, das den Elementarunterricht wieder unter die Herrschaft des Klerus bringen sollte. Der Staat sollte keinen Beitrag mehr zu den Kosten für die Elementarschulen geben und den Gemeinden die Wahl lassen, ob sie auf ihre Kosten eigene Gemeindeschulen halten oder die schulpflichtigen Kinder in die bestehenden Privatschulen, die unter der Leitung der Geistlichkeit standen und in denen Schulbrüder und Schulschwestern das Lehramt ausübten, schicken wollten. Dieses Gesetz, welches die Genehmigung der Kammern erhielt, erregte unter den Liberalen große Aufregung, rief Straßendemonstrationen in Brüssel hervor, hatte aber die unvermeidliche Folge, daß nur in den großen Städten, wo liberale Gemeindevertretungen waren und der Geldpunkt nicht den Ausschlag gab, die Gemeindeschulen mit ihren Laienlehrern fortbestanden, während in dem größten Teil der Landgemeinden der Elementarunterricht rettungslos in die Hände der Geistlichkeit fiel. Da die Gemeinderatswahlen vom 19. Oktober 1884 zu gunsten der Liberalen ausfielen und als ein Protest gegen das klerikale Ministerium und gegen das neue Schulgesetz anzusehen waren, so verlangte König Leopold II. den Rücktritt der extremsten Mitglieder des Ministeriums. Es erfolgte der Rücktritt des ganzen Ministeriums und die Ernennung des bisherigen Ackerbauministers Beernaert zum Ministerpräsidenten. Die Abgeordnetenwahlen vom Juni 1886 verstärkten die Reihen der Klerikalen; die Kammer hatte nun 98 klerikale und 40 liberale Mitglieder. Die Arbeiterunruhen, welche 1886 in Lüttich, Charleroi und anderen Fabrikorten ausbrachen und die gröbsten

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Exzesse im Gefolge hatten, hatten ihren Grund teils in den sozialistischen Aufreizungen, teils darin, daß manche Fabrikherren ihre Arbeiter, besonders die Frauen und Kinder, zu sehr ausbeuteten. Gesetze, wie sie in Deutschland zum Schutz der Arbeiter erlassen worden sind, fehlen noch in Belgien. König Leopold II., unter dessen Protektorat die „Internationale afrikanische Gesellschaft" stand, nahm, wie angeführt worden ist, 1885, nach dem Schluß der Berliner Kongokonferenz, mit Genehmigung der Kammern den Titel „Souverän des Kongostaates" an, ernannte den berühmten Afrikareisenden Stanley, welcher die Forschungen dieser Gesellschaft geleitet hatte, zum Gouverneur des Kongostaates und setzte ein besonderes Ministerium für denselben ein, das seinen Sitz in Brüssel hatte und unter dem Präsidium des Obersten Strauch stand.

Leopold II, König von Belgien.

Wie in Belgien, so handelte es sich auch bei den Kammerverhandlungen in Holland vielfach um eine Reform des Unterrichtsgesetzes und des Wahlgesetzes. Das von dem Ministerium Heemskerk vorgelegte Gesetz über Reform des höheren Unterrichts, welchem möglichst viele Freiheit überlassen wurde, erhielt 1874 die Genehmigung der Kammern. Das liberale Kabinett Kappeyne van de Copello setzte in den Kammern das Elementarunterrichtsgesetz durch, in welchem das Prinzip der Konfessionslosigkeit beibehalten war, der Einfluß des Staates auf die Gemeindeschulen vermehrt und die materielle Lage des Lehrerstandes verbessert wurde. Da aber der König auf die weiteren Vorschläge des Kabinetts, welche eine Erweiterung des Wahlrechts und die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht bezweckten, nicht einging, so trat das Ministerium Kappeyne 1879 zurück und machte dem konservativen Ministerium van Lynden Platz. Dieses hielt sich

(c) Instituto Cervantes de Madrid

bis 1883 im Amt, worauf Heemskerk wieder die Ministerpräsidentschaft übernahm.

Inzwischen hatte Holland eine militärische Expedition gegen das im Norden von Sumatra gelegene, unter einem Sultan stehende malaiische Reich Atchin unternommen. Die Seeräubereien der Bewohner dieses Reiches gaben Holland, das den südlichen Teil von Sumatra bereits in seinem Besitz hatte, den erwünschten Anlaß, 1873 dem Sultan den Krieg zu erklären. General Köhler landete mit seinen Truppen bei der Stadt Atchin, griff den festungsartigen Palast des Sultans, den sogenannten Kraton, an, wurde aber zurückgeschlagen; er selbst fiel, seine Mannschaft schiffte nach Batavia zurück. Darauf wurden Verstärkungen nach Indien geschickt und der Oberbefehl dem General van Smieten übertragen. Dieser eroberte am 24. Januar 1874 den Kraton, legte Befestigungen in den besetzten Gebieten an, zwang mehrere Radjas zur Unterwerfung, wagte aber nicht, in das Innere des Landes vorzudringen, wohin der Sultan sich zurückgezogen hatte. Der Krieg dauerte fort, verschlang ungeheure Summen und kostete viele Menschenleben, lieferte aber kein befriedigendes Resultat.

Wichtige Ereignisse traten in dem königlichen Hause Oranien ein. Die Gemahlin des Königs Wilhelm III., Prinzessin Sophie von Württemberg, starb am 3. Juni 1877. Von den zwei Söhnen dieser Ehe war der eine, Prinz Wilhelm, am 4. September 1840, der andere, Prinz Alexander, am 25. August 1851 geboren. Jener lebte fast ununterbrochen in Paris; dieser schien bei der Schwäche seiner geistigen Kräfte der Ausübung der Regentenpflichten nicht gewachsen zu sein; beide Prinzen waren unvermählt. Bei solch ungünstigen Aussichten war das Land sehr erfreut darüber, daß der sehr beliebte, verwitwete Bruder des Königs, Prinz Heinrich, Statthalter von Luxemburg, am 24. August 1878 sich mit Prinzessin Marie, Tochter des Prinzen Friedrich Karl von Preußen, vermählte. Diesem Beispiele folgend, vermählte sich der König am 9. Januar 1879 in Arolsen mit der Prinzessin Emma von Waldeck. Wenige Tage darauf, am 13. Januar 1879, starb Prinz Heinrich, ohne Nachkommen zu hinterlassen; am 11. Juni 1879 starb Kronprinz Wilhelm, am 21. Juni 1884 Prinz Alexander. Mit diesem starb der oranische Mannsstamm aus, bis auf den letzten Zweig, den König selbst. Aus seiner zweiten Ehe hatte er eine Tochter,

(c) Instituto Cervantes de Madrid

die am 31. August 1880 geborene Prinzessin Wilhelmine. Nach der Verfassung von 1848 kommt in Holland nach dem Aussterben des Mannsstammes die weibliche Linie zur Regierung; also hat diese Prinzessin das nächste Thronfolgerecht. Die nächste Erbberechtigung nach dieser hat die Großherzogin von Weimar, eine Schwester des Königs, und deren Kinder, die zweitnächste Prinz Albrecht von Preußen, der Sohn einer Schwester des Königs Wilhelm II. Anders steht es mit dem Großherzogtum Luxemburg, in welchem die weibliche Linie nicht successionsfähig und der Herzog von Nassau der legitime Thronfolger ist. Infolge dieser Ereignisse wurde den Kammern 1884 ein Regentschaftsgesetz vorgelegt und die Königin Emma für die Zeit der Minderjährigkeit ihrer Tochter zur Regentin von Holland ernannt. Das Gesetz wurde von den Kammern angenommen und zugleich bestimmt, daß während der Regentschaft jede Verfassungsrevision zulässig sei, mit Ausnahme der auf die Thronfolgeordnung sich beziehenden Artikel.

In Amsterdam und im Haag fanden 1885 massenhafte Kundgebungen für Einführung des allgemeinen Stimmrechts statt, auf welche Ministerpräsident Heemskerk mit Vorlegung eines Entwurfs zur Ausdehnung des Stimmrechts in den Kammern erwiderte. Dieser Entwurf wurde in der Kammer nicht angenommen. Da dieselbe 1886 auch die Vorlage über den Volksschulunterricht ablehnte, wurde sie aufgelöst. Die Neuwahlen vom 22. Juni hatten das Ergebnis, daß 19 Orthodoxe, 19 Ultramontane und 1 Konservativer, zusammen 39 Nichtliberale und 47 Liberale gewählt wurden. Bei der Eröffnung der Kammern am 14. Juli kündigte der König in seiner Thronrede neue Entwürfe zu einer Revision der Verfassungsgesetze an, worauf die Kammer in ihrer Adresse den Wunsch aussprach, daß der Gesetzgebung bei der Verfassungsrevision möglichst viele Freiheit bezüglich der Ausdehnung des Wahlrechts gegeben werde. Doch hatte die Regierung zuvor aufs bestimmteste erklärt, daß sie einer Verfassungsrevision, welche die Einführung des allgemeinen Wahlrechts zum Ergebnis haben würde, niemals ihre Zustimmung erteilen werde. Die in Amsterdam am 25. Juli 1886 und in den folgenden Tagen ausgebrochenen Unruhen waren von Anarchisten angefacht und geleitet.

(c) Instituto Cervantes de Madrid

12) Dänemark, Schweden und Norwegen.

(1871—1886.)

In Dänemark herrschte seit 1872, wo die radikale Partei die Mehrheit in der Zweiten Kammer oder dem Folkething erhielt, ein tiefer Zwiespalt zwischen dieser einerseits und der Ersten Kammer oder dem Landsthing und der Regierung andererseits. Im Folkething, das aus dem allgemeinen Wahlrecht hervorgeht und 102 Mitglieder zählt, gewann die radikale Partei oder, wie sie sich selbst nannte, die „Vereinigte Linke" bei den Wahlen von 1884 mehr als 80 Sitze, während sie im Landsthing, das aus 66 Mitgliedern besteht, von denen der König 12 zu ernennen hat, nur etwa 12 Parteigenossen hat. Der König hat nicht bloß in Verfassungsfragen, sondern gegen alle Gesetze und Beschlüsse der Kammern ein absolutes Veto. Die sozialistische Propaganda hat in den letzten Jahren in Dänemark große Fortschritte gemacht. Die oppositionelle und sozialistische Presse agitierte in Kopenhagen und auf dem Land; die Wahlen von 1884 brachten zwei Sozialdemokraten in das Folkething; überall wurden Schützenvereine gegründet, mit dem ausgesprochenen Zweck, die Regierung im Notfall mit den Waffen in der Hand zur Kapitulation zu zwingen. Die Mehrheit des Folkething verfolgte das Ziel, den König zur Annahme des Parlamentarismus und demgemäß zur Wahl seiner Minister aus der radikalen Kammermehrheit zu nötigen, um dann die unbeschränkte Herrschaft über die Regierung und das Land auszuüben. Das Mittel, das sie hierfür wählte, bestand darin, daß sie die meisten Vorlagen der Regierung, zum Teil ohne irgendwelche Debatte, ablehnte. Aber König Christian IX., das Ministerium und das Landsthing blieben unerschütterlich in ihrer durch die Verfassung von 1849 ihnen zugewiesenen defensiven Stellung. So oft auch das Folkething in seinen Adressen von dem Willen des Volkes und von der Notwendigkeit einer Ministerveränderung sprach: immer antwortete der König, das Folkething habe gar nicht das Recht, im Namen des Volkes zu sprechen; dies stehe nur den vereinigten Kammern des Reichstags zu; er selbst halte fest an der Verfassung, und diese gebe ihm das Recht, seine Minister nach eigenem Willen zu wählen. Die Regierung, an deren Spitze 1870—1874 Graf Holstein von Holsteinborg, 1874—1875 Fonnesbech,

(c) Instituto Cervantes de Madrid

1875—1886 Estrup stand, wollte in einer Zeit, wo alle Mächte große Rüstungen vornahmen, nichts versäumen, um Kopenhagen und das Land gegen Ueberraschungen zu schützen, und legte daher einen Landesverteidigungsplan vor, der die Befestigung Kopenhagens nach der See- und Landseite, die Anlegung von Festungswerken an den Häfen am kleinen Belt und die Vergrößerung der Kriegsflotte bezweckte. Aber das Folkething lehnte die für diese Zwecke geforderten Kredite ab. Es entstand die nämliche Situation, wie wir sie in Preußen in der Konfliktszeit gefunden haben: das Folkething verwarf das vorgelegte Budget, das Landsthing genehmigte dasselbe, und die Regierung sah sich genötigt, mit einem provisorischen Finanzgesetz fortzuregieren. Die Erbitterung der gegen die Regierung aufgehetzten Bevölkerung entlud sich am 21. Oktober 1885 in einem Attentat gegen den Ministerpräsidenten Estrup. Ein Schriftsetzer namens Rasmussen feuerte auf denselben, als er eben in seine Wohnung eintreten wollte, zwei Revolverschüsse ab, verwundete ihn jedoch nicht. Auf dies hin zogen etwa 12000 Personen vor die Wohnung des Ministerpräsidenten und brachten ihm ihre Huldigungen dar.

Die Verhandlungen mit Island, welches eine selbständige Stellung erstrebte, wurden 1874 durch Gewährung einer den Wünschen Islands entsprechenden Verfassung beendigt. Die Insel erhielt ihre eigene Gesetzgebung und Verwaltung; die Volksvertretung oder das Althing besteht aus 30 vom Volk und 6 vom König gewählten Mitgliedern und zerfällt in eine obere Abteilung von 12 und eine untere von 24 Mitgliedern; die legislative Gewalt ist in die Hände des Königs und des Althing, die exekutive in die des Königs gelegt. Die königliche Autorität wird durch den Minister für Island, unter dessen Verantwortung ein vom König ernannter Landeshauptmann als königlicher Stellvertreter fungiert, ausgeübt. Zur Feier des tausendjährigen Bestehens des isländischen Staates, welcher 1380 zugleich mit Norwegen an Dänemark gekommen war, reiste Christian IX. mit großem Gefolge selbst nach Island und hielt am 1. August 1874, an welchem Tage die neue Verfassung in Kraft trat, großen Empfang. Die mit Schweden abgeschlossene Münzkonvention erhielt 1873 die Genehmigung der Reichstage beider Länder, und 1875 trat auch das Storthing von Norwegen der Konvention bei.

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Der Reichstag in Schweden war nicht freigebiger in Bewilligung der Exigenzen für militärische Zwecke; doch waren die Gründe andere. König Karl XV., dessen Sympathien für Frankreich den Enkel des Marschalls Bernadotte verrieten, glaubte nach dem deutsch-französischen Kriege sein Land vor den Gefahren einer deutschen Invasion schützen zu müssen und legte daher dem Reichstag Gesetzentwürfe über Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, Reorganisation des Heeres, Anschaffung von Kriegsmaterial und Erbauung von Festungen vor. Aber die Mehrheit der Kammer, welche aus Grundbesitzern besteht, deren Güter mit jährlichen Abgaben im Wert von zehn Millionen Kronen belastet waren, lehnte, da sie nicht neue Steuern übernehmen wollte, die Vorlagen ab, mit Ausnahme der über Einführung der allgemeinen Wehrpflicht. Im schwedischen Reichstag ist der Bauernstand stark vertreten; derselbe wählt in die Zweite Kammer zwei Drittel ihrer Mitglieder, und zwar nach einem ziemlich hoch berechneten Zensus, und auch in der Ersten Kammer, welche von den Gemeindevertretungen der Lehensbezirke und von den Magistraten der größeren Städte gewählt wird, besteht die Mehrzahl der Mitglieder aus Gutsbesitzern und Großbauern. Hier ist also der Boden für einen strengen Konservatismus, der an seiner Verfassung von 1866 festhält, politische Neuerungen nicht liebt und im Staatshaushalt große Sparsamkeit ausübt.

Oskar II., König von Schweden.

Am 18. September 1872 starb König Karl. Da er keinen Sohn hinterließ, so folgte ihm auf dem Thron sein Bruder, Oskar II. Dieser, am 21. Januar 1829 geboren, hatte sich inzwischen hauptsächlich mit dem Studium der Kriegsgeschichte beschäftigt, mehrere kriegsgeschichtliche Werke heraus-

(c) Instituto Cervantes de Madrid

gegeben und auch Poesien veröffentlicht. Seine politischen Sympathien galten nicht Frankreich, sondern Deutschland. Wir haben ihn 1875 in Berlin gefunden, wo er dem Fürsten Bismarck und dem Generalfeldmarschall Moltke den ersten Besuch machte und in einem Offizierskasino am Schlusse eines Toastes den Wunsch aussprach, daß das kameradschaftliche Verhältnis zwischen der deutschen und der schwedischen Armee und das Freundschaftsverhältnis zwischen beiden Völkern immer mehr sich entwickeln möchte. Die Vermählung des Kronprinzen Gustav Adolf (1881) mit der badischen Prinzessin Viktoria, der Enkeltochter des Kaisers, gab diesen Beziehungen ein noch intimeres Gepräge.

Die neue Regierung beabsichtigte, da sie die Abneigung des Reichstags gegen eine Umgestaltung des Landheeres sah, die Reorganisation der Marine und machte demselben Vorschläge, wonach im Laufe der nächsten zehn Jahre zum Zwecke der Küstenverteidigung eine starke Flotte gebaut werden sollte, fand aber auch damit keinen Anklang. Dem schwedischen Konservatismus mußte die Neigung des norwegischen Storthing zu willkürlicher Auslegung und Aenderung der Verfassung und die Art und Weise, wie letztere bewerkstelligt werden sollte, in hohem Grade unsympathisch sein.

In Norwegen hatte die Frage, ob der Staatsrat, das heißt die Minister des Königs, von denen ein Teil in Stockholm zu verweilen, ein anderer als Regierung in Christiania zu fungieren hat, den Sitzungen des Storthing beiwohnen solle oder nicht, einen langjährigen und heftigen Streit veranlaßt. Die Verfassung verlangte die Nichtbeteiligung der Minister an den parlamentarischen Verhandlungen. Das Storthing beschloß in drei aufeinander folgenden Sessionen, daß die Minister aufgefordert werden sollten, den Sitzungen des Storthing beizuwohnen, wie es in anderen konstitutionellen Ländern üblich sei; der König lehnte aber dreimal die Sanktionierung dieses Beschlusses ab. Darauf erklärte das Storthing, daß die Verfassung dem König nur bei organischen, die Verfassung abändernden Gesetzen ein absolutes, bei allen anderen nur ein aufschiebendes Veto verleihe, und zwar in der Weise, daß das königliche Veto nur zweimal gültig sei, aber wenn der nämliche Beschluß zum drittenmal gefaßt worden sei, seine Wirksamkeit verliere, daß also obiger Beschluß ein für das Königreich Norwegen gültiges Gesetz sei.

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Die Regierung erwiderte, jener Beschluß schließe eine Verfassungsänderung in sich, werde also, wenn auch noch so oft erneuert, durch das absolute Veto des Königs aufgehoben; die Verfassung sei ein Vertrag zwischen Krone und Volksvertretung, der ohne die freie Zustimmung beider nicht einseitig geändert werden dürfe. Das Storthing dagegen erklärte, daß jener Beschluß keine Verfassungsänderung enthalte, somit dem absoluten Veto nicht unterliege, und beharrte darauf, daß der dreimal gefaßte Beschluß Gesetzeskraft habe. Es handelte sich also zuletzt um die Frage, ob durch jenen Storthingsbeschluß die Verfassung eine Aenderung erleide oder nicht.

Das Storthing ging wie ein französischer Konvent vor, betrachtete die Minister, welche trotz aller Beschlüsse desselben den Sitzungen nicht beiwohnten, als Hochverräter und beschloß am 23. April 1883, sie sämtlich in Anklagestand zu versetzen. Die radikale Partei hatte bei den Wahlen von 1882 unter der ländlichen Bevölkerung, welche zwei Drittel der Mitglieder des Storthing zu wählen hat, eine starke Agitation veranstaltet. Das Resultat ihrer Wahlagitation war, daß von den 114 Storthingssitzen die Radikalen 83, die konstitutionelle Partei (Konservative und Liberale) nur 31 errang. Nun sollte das Vetorecht des Königs durch die Anklage und Verurteilung der Minister beseitigt werden. Bei diesem Zahlenverhältnis der Parteien konnten die Radikalen eine Ministeranklage wohl riskieren. Es besteht ja in Norwegen die eigentümliche Einrichtung, daß die 114 Mitglieder des neugewählten Storthing in der ersten Session der dreijährigen Legislaturperiode aus ihrer Mitte die 28 oder 29 Mitglieder des Lagthing wählen und daß der Rest der Storthingsmitglieder das Odelsthing bildet, so daß das Storthing aus zwei Abteilungen, Lagthing und Odelsthing, besteht, die aber nicht, wie in anderen Parlamenten, zwei voneinander unabhängige, nach verschiedenen Wahlsystemen gewählte Kammern bilden; denn das Lagthing ist ja nichts anderes als ein vom Storthing gewählter Ausschuß. Sehr wichtig ist die Stellung des Lagthing dadurch, daß die 29 Mitglieder desselben im Verein mit den 9 Mitgliedern des Höchstengerichts das Reichsgericht bilden. Da das radikale Storthing ein radikales Lagthing wählte, so bestand die Mehrheit des Reichsgerichts, selbst wenn die Angeklagten von ihrem Recht, ein Drittel der Richter abzulehnen,

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Gebrauch machten, aus Radikalen, und die Verurteilung der Minister war sicher; die Mehrheit des Reichsgerichts war ja von den Anklägern selbst gewählt.

Die 1883 gegen den Ministerpräsidenten Selmer und gegen die zehn anderen Minister und Staatsräte erhobene Anklage umfaßte drei Punkte. Die Handlungsweise derselben wurde als eine landesschädliche bezeichnet, weil sie dem König abgeraten hätten, dem vom Storthing viermal mit Zweidrittelmehrheit gefaßten Beschluß, daß die Minister an den Verhandlungen des Storthing teilnehmen sollten, zuzustimmen; den Beschluß des Storthing, daß die freiwilligen Schützenvereine (welche den Kern eines später zu bildenden Parlamentsheeres bilden sollten) einen Staatszuschuß erhalten sollten, zu bestätigen; den Beschluß, daß das Storthing zwei Mitglieder aus seiner Mitte in die Zentralverwaltung der Staatseisenbahnen zu wählen habe, gutzuheißen. Sämtliche Angeklagte wurden 1884 verurteilt, und zwar acht für abgesetzt erklärt und mit Geld bestraft, drei bloß mit Geld bestraft. Ministerpräsident Selmer reichte nach seiner Verurteilung sein Entlassungsgesuch ein, und der König bewilligte dasselbe unter Anerkennung seiner treuen Dienste. Er berief ein neues, gleichfalls konservatives Ministerium, in welches er auch die drei Staatsräte, denen ihr Amt nicht entzogen worden war, aufnahm. Aber dasselbe konnte sich gegenüber der Storthingsmehrheit nicht halten, und andere Persönlichkeiten, an die sich der König wandte, lehnten ab, zumal da der König sich entschieden weigerte, nötigenfalls mit Gewalt gegen die radikale Partei vorzugehen. So blieb ihm nichts übrig, als den Storthingspräsidenten Sverdrup mit der Bildung eines neuen Ministeriums zu beauftragen; doch stellte er die Bedingung, daß in das Kabinett nicht lauter Radikale aufgenommen werden dürften, und daß auf die Errichtung eines Parlamentsheeres verzichtet werden müßte. Das aus Radikalen und Liberalen zusammengesetzte Ministerium Sverdrup übernahm am 26. Juni 1884 die Regierung. Darauf genehmigte das Storthing die Vorlage über die Teilnahme der Minister an den parlamentarischen Verhandlungen und über die Erweiterung des parlamentarischen und kommunalen Wahlrechts. Infolge dieses Ausgangs des Konflikts hatte die Krone nicht mehr Befugnisse als der Präsident einer Republik. Das schwedische Ministerium und das schwedische Volk waren damit nicht zufrieden; ersteres, vom König zu

(c) Instituto Cervantes de Madrid

einer Aeußerung aufgefordert, sprach sich dahin aus, daß das zwischen beiden Reichen bestehende Unionsverhältnis ein solch einseitiges Vorgehen in Verfassungsfragen nicht gestatte.

13) Die Schweiz.

(1871—1886.)

Wie die Schweizer 1848 durch Gründung ihres Bundesstaates Deutschland überholt hatten, so sahen sie sich 1867 und 1870 durch Einführung der norddeutschen und deutschen Bundesverfassung von Deutschland überholt. Dem Partikularismus der einzelnen Kantone waren noch zu viele Zugeständnisse gemacht. Es handelte sich also darum, die schweizerische Bundesverfassung weiter zu entwickeln und die sämtlichen Kantonen gemeinsamen Angelegenheiten dem Einfluß der Kantone zu entziehen und der Kompetenz des Bundes zuzuweisen. Der Ständerat und der Nationalrat einigten sich in der vom 6. November 1871 bis zum 5. März 1872 tagenden Bundesversammlung über einen Entwurf zur Revision der Bundesverfassung. Dieser Entwurf, in wesentlichen Punkten der deutschen Reichsverfassung nachgebildet, hatte die Ultramontanen, die Welschen und die Partikularisten zu Gegnern. Er mußte der Abstimmung der einzelnen Kantonsregierungen und des Gesamtvolkes vorgelegt werden und wurde bei der Abstimmung vom 12. Mai 1872 von 13 Kantonen gegen 9 und von 261106 Schweizer Bürgern gegen 252816 abgelehnt. Durch dieses Resultat wurden die Revisionsfreunde nicht entmutigt, sondern sie beschlossen, den Kampf aufs neue aufzunehmen. Unter dem Einfluß der Revisionsfrage wurden bei den Nationalratswahlen vom 27. Oktober 89 Freunde und 46 Gegner der Revision gewählt. Die Verfassungsrevision wurde aufs neue aufgenommen und nach langen Beratungen der neue Revisionsentwurf am 31. Januar 1874 von beiden Räten angenommen. In der Zentralisation des Rechts- und Militärwesens waren dem Föderalismus einige Zugeständnisse gemacht, in allen kirchlichen Fragen, angesichts der neueren Vorgänge, den Ultramontanen nicht nachgegeben und hinsichtlich des obligatorischen Referendums beschlossen, daß Bundesgesetze und Beschlüsse allgemeiner Natur der Volksabstimmung unterworfen werden sollten, wenn 30000 Bürger oder 8 Kan-

(c) Instituto Cervantes de Madrid

tone es verlangten. Bei der Volksabstimmung vom 19. April 1874 wurde der Revisionsentwurf von 14½ Kantonen gegen 7½ und von 340186 Bürgern gegen 198182 angenommen. Für die Bundesrechtspflege wurde als oberster Gerichtshof ein aus 9 Richtern bestehendes Bundesgericht eingesetzt, das seinen Sitz in Lausanne hatte und am 15. Dezember 1874 eröffnet wurde.

Zu gleicher Zeit hatte die Schweiz einen Kampf mit der römischen Kurie zu bestehen. Im Widerspruch mit dem Breve vom 20. Februar 1819, wodurch Genf auf ewige Zeiten dem Bistum Lausanne (oder Freiburg) zugeteilt wurde, löste Pius IX. 1872 die katholischen Gemeinden des Kantons Genf von dem Freiburger Sprengel ab und ernannte den Pfarrer Mermillod von Genf, seit 1864 Bischof von Hebron in partibus infidelium, zum apostolischen Vikar und Bischof von Genf. Der Genfer Staatsrat protestierte gegen diese Eigenmächtigkeit, wandte sich an den Bundesrat, und dieser verfügte, als Mermillod fortfuhr, bischöfliche Funktionen auszuüben, die Ausweisung desselben aus der Schweiz, welche Maßregel am 17. Februar 1873 ausgeführt wurde. Sein Rekurs an die Bundesversammlung wurde zurückgewiesen. Ebenso energisch wurde gegen den Bischof Lachat von Basel verfahren, der seinen Sitz in Solothurn hatte und zu dessen Sprengel die Kantone Aargau, Basel, Bern, Luzern, Solothurn, Thurgau, Zug gehörten. Da dieser zwei Pfarrer wegen Nichtanerkennung des Unfehlbarkeitsdogmas absetzte und exkommunizierte und die Forderung der fünf liberalen Diözesanstände (Luzern und Zug hielten es mit dem Bischof), Amtsentsetzung und Exkommunikation, zu deren einseitiger Verhängung er nicht berechtigt sei, zurückzunehmen, ablehnte, so beschloß die Diözesankonferenz mit fünf gegen zwei Stimmen gegen den Bischof Lachat die Amtsentsetzung und lud das Domkapitel ein, einen den Kantonen genehmen Bistumsverweser zu erwählen. Auf die ablehnende Antwort des Domkapitels beschloß die Konferenz, den Vorort Solothurn zu ersuchen, eine geeignete Persönlichkeit für die Stelle eines Bistumsverwesers vorzuschlagen. Gegen die Amtsentsetzung Lachats protestierten 97 Geistliche des Jura in einer an die Berner Regierung gerichteten Schrift vom 13. März 1873, worauf diejenigen, welche ihren Protest nicht zurücknahmen (solcher waren es 69), vom Appellations- und Kassationshof in Bern abgesetzt wurden. Die infolgedessen an verschiedenen

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Orten des Jura ausgebrochenen Unruhen wurden durch Militär unterdrückt, die renitenten Gemeinden durch Einquartierung zum Gehorsam gebracht und die Geistlichen mit Ausweisung aus dem Jura bestraft, bis sie ihren Protest zurückgenommen hätten. Da aber die Ausweisung eines Schweizer Bürgers im Widerspruch mit der Bundesverfassung stand, welche die Entziehung des Niederlassungsrechtes nur bei wiederholter Begehung schwerer Verbrechen gestattete, so verlangte der Bundesrat, auf den Rekurs der Geistlichen, vom Berner Regierungsrat die Zurücknahme des Ausweisungsdekrets. Dieser leistete der Aufforderung Folge, erließ aber 1874 zur Wahrung der staatlichen Rechte und Ordnung ein freisinniges Kirchengesetz und 1875 ein Kultuspolizeigesetz, welche beide bei der Abstimmung des Berner Volkes genehmigt wurden. Die jurassischen Geistlichen kehrten wieder in ihre Gemeinden zurück und wurden 1878 ganz amnestiert. Der Staatsrat von Genf hatte schon 1873 ein Kirchengesetz vorgelegt, worin bestimmt war, daß die Geistlichen von den Gemeindemitgliedern gewählt werden und den Eid auf die Kirchengesetze leisten sollten. Dieses Gesetz wurde am 23. März 1873 von dem Genfer Volke genehmigt.

Gegen alle diese Maßregeln, welche gegen Mermillod, Lachat und die jurassischen Geistlichen ergriffen worden waren, protestierte Papst Pius IX. in seiner Encyklika vom 21. November 1873 in einer sehr verletzenden Sprache. Darauf forderte der Bundesrat am 12. Dezember den Nuntius Agnozzi auf, die Schweiz zu verlassen. Die Folge dieser kirchlich-politischen Konflikte war die Bildung altkatholischer (christkatholischer) Gemeinden, die Errichtung einer altkatholisch-theologischen Fakultät in Bern, die Beratung und Annahme einer altkatholischen Kirchenverfassung 1875, die Stiftung eines altkatholischen Bistums und die Erwählung des Professors Herzog in Bern zum altkatholischen Bischof 1876, in welcher Eigenschaft derselbe von den Regierungen von Bern, Aargau, Genf, Solothurn und Neuenburg anerkannt wurde.

Neue Aufregung entstand, als Papst Leo XIII. 1883 dem obengenannten Mermillod das Bistum Freiburg übertrug, zu welchem die katholischen Kirchen von Freiburg, Genf, Waadt, Neuenburg gehörten, und außerdem beabsichtigte, den Abbé Savoy zum Hilfsbischof zu ernennen und ihm Lausanne als Residenz anzuweisen, während Mermillod seinen

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Wohnsitz in Genf nehmen sollte. Da dies auf eine Zweiteilung der Diözese Freiburg und auf die Errichtung eines selbständigen Bistums Genf hinwies, so protestierten Waadt und Neuenburg gegen die Aufstellung eines Hilfsbischofs, und Genf erklärte, daß es, da es infolge eines von der Bundesversammlung anerkannten Beschlusses vom 19. Februar 1873 dem schweizerischen (altkatholischen) Nationalbistum, an dessen Spitze Bischof Herzog in Bern stehe, angehöre, Mermillod nicht als Bischof von Genf anerkenne. Auf dies hin wurde die Ernennung Savoys zum Hilfsbischof von der Kurie zurückgezogen, die 1873 gegen Mermillod verfügte Ausweisung vom Bundesrat aufgehoben, derselbe als Bischof von Freiburg anerkannt, aber den beteiligten Kantonen ihre Rechte (also auch Genf sein Recht der Nichtanerkennung Mermillods) gewahrt. Auch hinsichtlich des Bistums Basel und der Bistumsverhältnisse im Kanton Tessin, welcher früher den italienischen Bistümern Mailand und Como zugeteilt, aber seit 1859 von denselben abgetrennt war, wurden feste Bestimmungen getroffen. Nach einem zwischen dem Bundesrat und der Kurie am 3. September 1884 in Bern abgeschlossenen Vertrag wurde Dompropst Fiala in Solothurn zum Verweser des Bistums Basel und der von den Diözesankantonen abgesetzte Bischof Lachat provisorisch zum apostolischen Administrator von Tessin ernannt, mit der Bestimmung, daß nach dessen Tode die Bistumsverhältnisse in Tessin definitiv geregelt werden sollten. Darauf reichte Lachat ein Gesuch um Entlassung von dem Amte eines Bischofs von Basel ein; der Papst erteilte ihm den Titel eines Erzbischofs von Damiette und ernannte 1885 Fiala zum Bischof von Basel.

Der Bundesversammlung von 1874 wurde der Entwurf einer neuen Militärorganisation vorgelegt. Danach sollte das schweizerische Heer künftig nicht mehr aus Auszug, Reserve und Landwehr, sondern nur noch aus Auszug und Landwehr bestehen, der Schwerpunkt der militärischen Erziehung in die Volksschule und darüber hinaus bis zum Beginn des militärpflichtigen Alters verlegt und zu diesem Zwecke eine angemessene turnerische Ausbildung der Jugend angeordnet werden. Die beiden Räte nahmen die Bestimmungen über den militärischen Jugendunterricht an und beschlossen, daß der Rekrutenunterricht der Infanterie 45, der Kavallerie und der Guiden 60, der Artillerie 55 Tage

(c) Instituto Cervantes de Madrid

dauern, und daß die Infanterie- und Schützenbataillone alle zwei Jahre einen Wiederholungskurs von 16 Tagen durchmachen sollten. Das Heer wurde in acht Divisionen eingeteilt und am Polytechnikum Zürich für allgemein militärwissenschaftliche Fächer (Taktik, Strategie, Kriegsgeschichte) ein Lehrstuhl gegründet. Eine Ergänzung dieses Gesetzes bildete das vom Bundesrat 1886 durchberatene Gesetz über die Organisation des Landsturms, dessen Stärke auf 200 000 Mann berechnet wurde. Die Vorlage über die Befestigung des Gotthard, als eines Terrainabschnittes von der größten strategischen und wirtschaftlichen Bedeutung, wurde 1885 von den beiden Räten angenommen.

Die ersten Verhandlungen über den Bau der Gotthardbahn und der Berliner Vertrag vom 10. Juni 1870 sind bereits erwähnt worden. Dieselben wurden nach Beendigung des deutsch-französischen Krieges wieder aufgenommen und am 28. Oktober 1871 von Deutschland, Italien und der Schweiz ein Vertrag in Berlin unterzeichnet, worin die Kosten für den ganzen Bau auf 187 Millionen Frank berechnet waren, von denen Deutschland und die Schweiz je 20, Italien 45 Millionen übernahm und die übrigen 102 Millionen durch Ausgebung von Aktien und Obligationen gedeckt werden sollten. Da aber, nachdem der Bau schon weit gediehen war, die Kosten für den Gesamtbau auf 289 Millionen angeschlagen wurden, was ein Mehrerfordernis von 102 Millionen ausmachte, so beschloß die Luzerner Gotthardkonferenz von 1877, einige kostspielige Linien nicht auszuführen und dadurch die Mehrausgabe von 102 auf 46 Millionen herabzusetzen, wovon Deutschland und Italien je 10, die Schweiz 8 Millionen zahlen und der Rest durch Prioritäten gedeckt werden sollte. Zugleich wurde den Kantonen der Ost- und Westschweiz für die dortigen Alpenpässe, Splügen und Simplon, eine Subvention von 4½ Millionen bewilligt und zwischen Italien und der Schweiz 1878 ein Vertrag für die Subvention der Monte-Cenere-Bahn abgeschlossen. Letztere wurde am 10. April 1882 eingeweiht. Die Durchstechung des Gotthard, 1872 begonnen, wurde 1880 vollendet. Die festliche Einweihung der Gotthardbahn erfolgte am 21. bis 24. Mai 1882 durch einen Festzug von Mailand nach Luzern und von Luzern nach Mailand unter Beteiligung des schweizerischen Bundespräsidenten Bavier, des deutschen Ministers Bötticher und des italienischen Ministers Baccarini.

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Die Eröffnung des regelmäßigen Verkehrs dieser Bahn, welche dem Weltverkehr einen bedeutenden Umschwung gab und besonders die für Handel, Wissenschaft und Kunst wichtige Verbindung zwischen Deutschland und Italien förderte, fand am 1. Juni 1882 statt.

Das schweizerische Asylrecht wurde von den Sozialisten, Nihilisten und Anarchisten, welche aus aller Herren Länder in die Schweiz kamen und sich besonders in Genf, Bern, Zürich, Freiburg und Basel niederließen, sehr mißbraucht. Viele derselben forderten in der Presse offen zu Diebstahl, Mord und Aufruhr auf und standen in Verbindung mit jenen schlimmen Gesellen, welche zu Anfang der achtziger Jahre von der Schweiz aus die Attentate in Straßburg, Stuttgart, Wien und am Niederwalddenkmal planten und teilweise ausführten. Der Bundesrat ordnete in den Jahren 1879 und 1881, 1884 und 1885 die Ausweisung mehrerer Anarchisten an und kam dadurch den internationalen Pflichten der Schweiz nach.

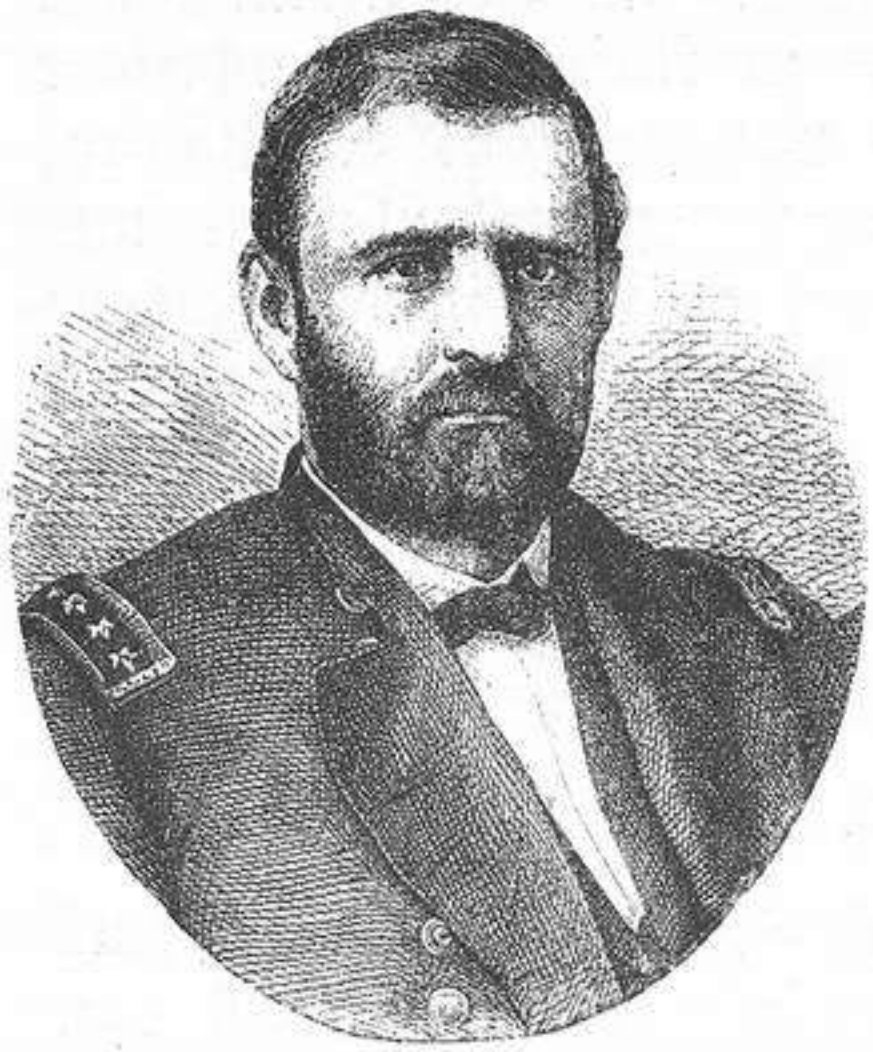
6. Außereuropäische Staaten.

(1869—1886.)

General Grant, welcher vom 4. März 1869 bis zum 4. März 1873 Präsident der Vereinigten Staaten von Nordamerika war, begünstigte jenes Korruptionssystem, bei welchem die Günstlinge des Präsidenten, sofern sie unbedingte Ergebenheit zeigten, die einträglichsten Posten und Konzessionen erhielten und gegen Bestrafung ihrer Pflichtwidrigkeiten geschützt waren. Trotzdem wurde er bei der Wahl von 1872 auch für die Periode von 1873—1877 zum Präsidenten gewählt. Da die Beamtenkorruption fortdauerte, so gaben sich die Reformrepublikaner alle Mühe, zu verhüten, daß Grant zum drittenmal Präsident würde, worauf er sich Hoffnung machte, obgleich die Geschichte der Union keinen ähnlichen Fall nachzuweisen hat. Gewählt wurde für 1877—1881 der republikanische Kandidat Hayes, Gouverneur von Ohio. Dieser bezeichnete in seiner Botschaft vom 5. März 1877 als die Ziele seiner Politik die Reform des Zivildienstes, in welchem die Ernennung zu einem Amt nur als Auszeichnung für Tüchtigkeit angesehen werden sollte, die Wiederaufnahme der Hartgeldzahlung gegenüber der Papiergeldwirtschaft und die Unterstützung der Freischulen durch

(c) Instituto Cervantes de Madrid

die Staatsregierungen. Dem Deutschamerikaner Senator Karl Schurz, dem Führer der Reformpartei, übertrug er das Ministerium des Innern. Derselbe reiste, um die Indianerstämme von der Fortsetzung ihres kriegerischen Lebens abzubringen, selbst zu denselben in den fernen Westen, forderte sie auf, sich der Feldarbeit und der Viehzucht zu widmen und ihre Kinder in die Schule zu schicken, und fand bei mehreren Stämmen eine günstige Aufnahme. Bei der Präsidentenwahl von 1880 wurde von den Republikanern Garfield, Senator von Ohio, als Kandidat aufgestellt. Derselbe wurde gewählt und trat am 4. März 1881 sein Amt an. In seiner Botschaft that er die nämlichen politischen Anschauungen kund, wie sie sein Vorgänger hatte. Er wählte ein schutzzöllnerisches Kabinett, in welchem Blaine das Auswärtige übernahm. Am 2. Juli 1881 erfolgte im Bahnhof zu Washington ein Attentat auf Garfield. Der Attentäter namens Guiteau, von kanadisch-französischer Abkunft, feuerte aus nächster Nähe zwei Schüsse auf ihn ab, welche beide trafen. Derselbe hatte vergebens von Garfield den Konsulatsposten in Marseille zu erhalten gesucht und wollte durch dessen Ermordung die Reformpartei vernichten und die Partei der Korruptionisten (Stalwarts), zu welcher der Vizepräsident Arthur, früher Hafenkontrolleur von New York, gezählt wurde, ans Staatsruder bringen. Er wurde verhaftet, zum Tode verurteilt und durch den Strang hingerichtet. Die Verwundung Garfields war lebensgefährlich. Er starb am 19. September 1881.



General Grant.

Der Verfassung gemäß ging das Amt eines Präsidenten bei dessen Tode, Abdankung u. s. w. auf den Vizepräsidenten über. Arthur leistete daher am 22. September auf dem Kapitol in Washington den Präsidenteneid und trat sein Amt an. Seine Botschaft vom 5. Dezember 1881 sprach von der glänzenden Finanzlage, welche einen Ueberschuß von 100 Millionen Dollar aufwies, so daß bei einer Fortdauer

(c) Instituto Cervantes de Madrid

solcher Zustände binnen zehn Jahren die ganze Staatsschuld getilgt werden konnte. Gegen die Vielweiberei der Mormonen und gegen die massenhafte Einwanderung der Chinesen, welche die Löhne der amerikanischen Arbeiter herunterdrückten, wurden 1882 Gesetze gegeben. Bei der Präsidentenwahl von 1884 standen der frühere Minister Blaine und der Gouverneur von New York, Cleveland, als Präsidentschaftskandidaten einander gegenüber. Da die unabhängigen Republikaner sich von Blaines Präsidentschaft nur eine Fortsetzung der Grantschen Mißregierung versprachen, wonach bei dem Amtsantritt eines Präsidenten nach dem Grundsatz: „Dem Sieger gehört die Beute" verfahren und alle Beamtenstellen, ohne Rücksicht auf Befähigung, unter die Anhänger desselben verteilt wurden, so fand Blaines Kandidatur selbst unter den Republikanern eine starke Opposition. Die Massenversammlungen der Deutschen in New York, in welchen Karl Schurz als Redner auftrat, erklärten sich entschieden gegen Blaine als den Typus der amtlichen Korruption. Diese Spaltung unter den Republikanern verschaffte dem demokratischen Kandidaten Cleveland den Sieg. Infolgedessen gelangte die oberste Gewalt, welche 24 Jahre lang, seit der Wahl des Republikaners Lincoln, in den Händen der republikanischen Partei gewesen war, wieder in die der demokratischen Partei. In der Rede, welche Cleveland bei seinem Amtsantritt am 4. März 1885 hielt, sprach er sich hinsichtlich der Beziehungen zu den auswärtigen Staaten für die Politik der Unabhängigkeit aus, welche durch die Lage des Landes, durch seine Gerechtigkeitsliebe und durch seine Macht begünstigt sei, und für die Politik des Friedens, welche, den Interessen des Landes und seiner Neutralität angemessen, sich

Karl Schurz.

(c) Instituto Cervantes de Madrid

jeder Beteiligung an auswärtigen Händeln und ehrgeizigen Bestrebungen in anderen Erdteilen enthalte und deren Einmischung in die Politik der Vereinigten Staaten zurückweise. Der Beamtenkorruption suchte er möglichst zu steuern und eine tüchtige Verwaltung herzustellen, welcher es nicht um Bereicherung, sondern um fleißige und solide Arbeit zu thun war. Selbst die Presse der unterlegenen republikanischen Partei mußte die Geschäftstüchtigkeit der neuen Verwaltung anerkennen. Das Gesetz über die Nachfolge in der Präsidentschaft, welches 1885 vom Kongreß genehmigt und 1886 von Cleveland bestätigt wurde, sollte der Möglichkeit vorbeugen, daß, falls der Präsident und der Vizepräsident unvermutet sterben oder aus anderen Gründen nicht mehr in der Lage sein sollten, ihr Amt fortzuführen, das Präsidentenamt eine Zeitlang unbesetzt bliebe. Für diesen Fall bestimmte das Gesetz, daß die Kabinettsminister in einer bestimmten Reihenfolge zum Präsidentenamt berufen werden sollten, und zwar zuerst der Staatssekretär oder Minister des Auswärtigen, nach diesem der Sekretär des Schatzamtes oder Finanzminister, darauf der Kriegsminister, zuletzt der Generalanwalt. Derjenige Minister, welcher das Präsidentenamt übernimmt, sollte dasselbe bis zum Schlusse des für den verstorbenen Präsidenten oder Vizepräsidenten bestimmten Amtstermins bekleiden.

Die Arbeiterfrage wurde in den Vereinigten Staaten immer schwieriger. Das Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern war kein normales mehr. Der Notstand in der Arbeiterbevölkerung nahm nie gekannte Dimensionen an. In der Stadt New York wurde in den ersten Wintermonaten des Jahres 1885 die Zahl der Arbeitslosen auf etwa 75000 geschätzt, welche sich alle um den Beistand der Wohlthätigkeitsanstalten bewarben. Man schätzte die Zahl der unbeschäftigten Lohnarbeiter in den Vereinigten Staaten auf 500000. Dies machte mit Frauen und Kindern etwa drei Millionen Menschen, welche mitten im strengen Winter an den notwendigsten Lebensbedürfnissen Mangel litten. Man sprach bereits von der Notwendigkeit einer allgemeinen gesetzlichen Suspension der Einwanderung. Nachdem man durch das Antichinesengesetz die Konkurrenz der mongolischen Rasse auszuschließen gesucht und zur Erreichung dieses Zweckes 1884 noch ein strenges Zusatzgesetz erlassen hatte, führte der Notstand so weit, daß man durch strenge Handhabung der

(c) Instituto Cervantes de Madrid

sogenannten Paupergesetze und durch das Verbot der Einführung kontraktlich angeworbener Arbeiter dem weiteren Zufluß europäischer Arbeitskräfte entgegenzutreten suchte. Der Präsident Cleveland forderte in einer Botschaft vom 22. April 1886 den Kongreß auf, die Lösung des schwierigen Problems der Arbeiterfrage durch eine wohl überlegte und unparteiische Gesetzgebung in Angriff zu nehmen, und gestand dabei zu, daß das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit ein wenig befriedigendes und die Unzufriedenheit der Arbeiter großenteils durch die unüberlegten Forderungen der Arbeitgeber hervorgerufen sei. Tausende von Arbeitern stellten am 1. Mai 1886 ihren Arbeitgebern das Ultimatum, wonach der Arbeitstag von zehn auf acht Stunden herabgesetzt werden sollte, ohne daß der bisherige Lohn vermindert werden dürfe. Das längst gefürchtete Gewitter brach am 4. und 5. Mai 1886 in Chicago los, der größten Fabrikstadt der Welt, wo meilenweit Fabrik an Fabrik sich reiht. Dort waren ein paar tausend Anarchisten, welche sich ein Geschäft daraus machten, die unzufriedenen Arbeiter zum Aufstand und Mord aufzureizen. Nachdem bei einem Angriff, welchen streikende Arbeiter auf eine Fabrik machten, einige derselben getötet oder verwundet worden waren, riefen die Anarchisten in einer Volksversammlung: „Zu den Waffen! zu den Waffen!" Als die Polizei dieselben unterbrach und die Volksmenge aufforderte, sich zu zerstreuen, warfen die Anarchisten Dynamitbomben in die Reihen der Polizei und feuerten mit ihren Revolvern auf dieselbe. Darauf machten die Polizisten gleichfalls Gebrauch von ihren Schutzwaffen, infolgedessen der Platz in wenigen Minuten mit Toten und Verwundeten bedeckt war. Man schätzte die Verluste der Polizisten und der Anarchisten auf ein paar hundert Mann; mehrere Anarchisten wurden verhaftet.

Präsident Cleveland.

(c) Instituto Cervantes de Madrid

In Europa erregte die Nachricht von diesen Szenen des Klassenkrieges eine gewisse Genugthuung. Die amerikanischen Behörden hatten lange genug ruhig zugesehen, wie die fenische Presse die englische Regierung mit den abscheulichsten Drohungen überhäufte und fenische Dynamitarden nach London auszogen und dort ein Attentat um das andere unternahmen, und wie in New York der deutsche Anarchist Most in seiner Zeitung „Die Freiheit", die massenhaft in Deutschland und der Schweiz verbreitet wurde, einen Blutdurst, wie wir ihn bei Marat kennen gelernt haben, kundgab, und hatte alle Aufforderungen europäischer Regierungen zur Ergreifung energischer Maßregeln zurückgewiesen. Jene Dynamitattentate und Arbeiteraufstände in Chicago und anderen Städten zeigten der Republik der Vereinigten Staaten, daß die Anarchisten nicht nur die monarchischen, sondern auch die republikanischen Regierungen, überhaupt jede Regierung, welche die staatliche Ordnung aufrechtzuhalten sucht, hassen und bekämpfen; daß sie nicht die europäischen Throne zu stürzen suchen, um in Amerika die Geldsäcke der Fabrikherren und der Eisenbahnbarone zu hüten, und daß sie in einer Republik bei den meist geringeren Defensivkräften derselben weit günstigere Chancen haben als in einer Monarchie.

Die Republik Mexiko hatte nach dem Sturze des Kaisers Maximilian meist ruhige Zeiten. Der Präsident Juarez, welcher 1861 zum erstenmal zum Präsidenten gewählt worden war, erhielt dieses Amt 1867 zum zweitenmal und 1871 zum drittenmal. Als er am 18. Juli 1872 starb, wurde der Präsident des obersten Gerichtshofes, Lerdo de Tejada, zum Präsidenten der Republik gewählt. Gegen ihn erhob sich 1876 der General Porfirio Diaz, der sich im Kriege gegen Maximilian ausgezeichnet hatte, und schlug die Regierungstruppen zurück. Er hielt am 1. Dezember seinen Einzug in Mexiko und wurde 1877 vom Kongreß zum Präsidenten gewählt. Seine Regierung war, abgesehen von einigen Grenzstreitigkeiten mit den Vereinigten Staaten, eine durchaus friedliche, für das Land günstige. Nach Ablauf seiner Amtszeit übergab er am 1. Dezember 1880 die Präsidentschaft dem zu seinem Nachfolger gewählten General Manuel Gonzalez, auf welchen 1884 wieder Porfirio Diaz folgte. Der Kongreß von 1873 und 1874 beschloß Gesetze, durch welche die obligatorische Zivilehe eingeführt, den religiösen Körperschaften die Erwerbung von Grund-

(c) Instituto Cervantes de Madrid

eigentum verboten, alle Mönchsorden untersagt, Staat und Kirche getrennt, jede Religion geduldet und die Autorität über die verschiedenen Religionen dem Staate gewahrt wurde. Infolge dieser Gesetze breitete sich der Protestantismus in Mexiko immer mehr aus. Das Blutbad, das im November 1878 einige hundert Fanatiker an den Protestanten in Atzala (im Staat Puebla) anrichteten, zeigte, daß der spanische Jesuitismus, welcher jahrhundertelang Mexiko beherrscht hatte, dort noch nicht erloschen war.

In mehreren Staaten Amerikas finden wir Konflikte der Regierung mit den Klerikalen. Die Regierung von Guatemala wies 1872 die Jesuiten aus dem Lande, verbannte 1873 den rebellischen Erzbischof und hob sämtliche Klöster auf. In Venezuela wurde 1873 die obligatorische Zivilehe eingeführt, der apostolische Vikar, welcher dagegen protestierte, 1874 auf ein Schiff gebracht und nach Rom geschickt und 1876 die Anerkennung der Staatsgesetze seitens der Bischöfe durch Absetzungen und durch die Drohung, daß die venezuelische Kirche sich vom Papst unabhängig machen werde, erzwungen. In Argentinien wurde 1884 der päpstliche Nuntius ausgewiesen, weil er von der protestantischen Vorsteherin eines Lehrerinnenseminars verlangt hatte, daß dem Bischof das Aufsichtsrecht über die Erteilung des Religionsunterrichts eingeräumt und der katholische Katechismus im Seminar gelehrt werden solle, und weil er, über diese Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Staates zur Rede gestellt, in seiner Antwort an den Präsidenten und an das Ministerium sich eine unverschämte Sprache erlaubt hatte.

Das Kaiserreich Brasilien sah sich 1851 in einen Krieg mit der argentinischen Republik und ihrem Diktator Rosas verwickelt, wobei es Uruguay und den Führer der argentinischen Opposition, den Gouverneur Urquiza, nebst seinen Truppen zu Bundesgenossen hatte. In der Schlacht von Monte-Caseros wurde Rosas durch die Truppen der Verbündeten am 3. Februar 1852 vollständig besiegt, worauf er das Land verließ und sich nach England begab. Der Krieg von 1865—1870, welchen Brasilien, im Bund mit Uruguay und der Argentinischen Republik, gegen Paraguay führte, war durch die Feindseligkeiten hervorgerufen, welche Lopez, der Präsident von Paraguay, gegen die Regierung von Uruguay und gegen Brasilien ausübte. Die Kriegs-

(c) Instituto Cervantes de Madrid

leistungen der beiden Bundesgenossen waren nicht bedeutend; dagegen erfochten die brasilischen Truppen 1868 und 1869 unter dem Marschall Caxias und später unter dem Grafen Ludwig von Eu, einem Sohne des Herzogs von Nemours und Schwiegersohn des Kaisers Pedro II. von Brasilien, mehrere Siege. Als Lopez 1870 fiel, wurde Friede geschlossen. Paraguay mußte die Kriegskosten bezahlen, und Brasilien hatte sich durch seine Siege die ungestörte Schiffahrt auf dem La Plata und seine Großmachtstellung in Südamerika gesichert.

Das Vorgehen des Bischofs von Olinda gegen die in Brasilien sehr zahlreichen Freimaurer rief einen Konflikt hervor. Unter Berufung auf ein päpstliches Breve, welches die Freimaurer mit dem Banne belegte, befahl der Bischof 1873 den unter ihm stehenden Brüderschaften, alle Freimaurer aus ihren Reihen auszustoßen, bedrohte dieselben mit dem Bann und weigerte sich, Freimaurer und ihre Kinder zu trauen, zu taufen, zu firmen u. s. w. Diese wandten sich an das Ministerium, dessen Präsident selbst zu den Freimaurern gehörte. Darauf entschied der Staatsrat, daß päpstliche Bullen das Placet der Regierung bedürfen; daß kein Geistlicher das Recht zu einer in das Staatsrecht übergreifenden Verordnung habe, ohne das Placet der Regierung eingeholt zu haben; daß somit keine gegen die Freimaurer gerichtete kirchliche Zensur oder Strafmaßregel bürgerliche Gültigkeit haben könne. Als trotzdem der Bischof von den Kanzeln seiner Diözese das obengenannte päpstliche Breve verlesen ließ, wurde er verhaftet und vor den höchsten Gerichtshof gestellt. Dieser verurteilte ihn 1874 wegen Ungehorsams gegen die Staatsgesetze zu vierjährigem Gefängnis mit Zwangsarbeit. Zu der gleichen Strafe wurde der Bischof von Para, welcher den nämlichen Ungehorsam gezeigt

Dom Pedro II., Kaiser von Brasilien.

(c) Instituto Cervantes de Madrid

hatte, verurteilt. Der Kaiser begnadigte beide zu einfacher Festungshaft.

Die Sklavenfrage, über deren Lösung zwischen der Regierung und den Kammern seit Jahren verhandelt wurde, fand endlich 1885 ihre Erledigung unter dem konservativen Ministerium Cotegipe-Vanderley, dessen Vorlage von den Kammern genehmigt wurde. Nach diesem Gesetz sollte die Sklaverei in Brasilien allmählich ganz abgeschafft und diejenigen Sklaven, welche über 60 Jahre alt waren, sofort für frei erklärt werden. Die übrigen Sklaven sollten, je nach ihrem Alter und Wert, in verschiedene Klassen geteilt, erst nach 17 Jahren alle frei sein. Die Sklavenhalter sollten entschädigt und die hierfür nötigen Gelder durch Erhebung einer Steuer von fünf Prozent von allen öffentlichen Einkünften, mit Ausnahme der Ausfuhrsteuer, gewonnen werden. Nach der Freilassung sollten die Sklaven noch drei Jahre bei ihren seitherigen Herren um geringen Lohn arbeiten, damit sie sich an die neuen Lebensverhältnisse gewöhnen könnten.

Der Versuch, welchen der Präsident der Republik Guatemala, General Barrios, machte, die fünf voneinander völlig unabhängigen Republiken Zentralamerikas in eine einheitliche Republik umzuwandeln, mißlang. In einem Manifest vom 6. März 1885 proklamierte Barrios die Vereinigung der fünf Republiken. Honduras stimmte ihm bei; aber San Salvador, Nikaragua und Costarica verwarfen das Projekt, schlossen miteinander ein Schutz- und Trutzbündnis und stellten eine gemeinschaftliche Armee von 20000 Mann auf. Die Truppen des Präsidenten Barrios wurden geschlagen; Honduras schloß sich an die Verbündeten an; in Guatemala wurde ein neuer Präsident gewählt und am 16. April 1885 von den Bevollmächtigten der fünf Republiken der Friedensvertrag unterzeichnet, welcher die Trennung derselben besiegelte.

Die Republik Chile, welche vermöge der Energie ihrer Bewohner der bedeutendste von allen an der Westküste Südamerikas gelegenen Staaten war, führte seit 1879 den sogenannten Salpeterkrieg mit den verbündeten Republiken Bolivia und Peru. Seit Jahrzehnten bestand zwischen Chile und Bolivia Streit über den Besitz eines Grenzgebiets, welches große Guanolager, ausgedehnte Salpeterschichten und reiche Silberadern hatte. Die Regierungen verständigten sich

(c) Instituto Cervantes de Madrid

1866 über den gemeinschaftlichen Besitz und die gemeinschaftliche Ausbeutung dieses Gebietes. Da Bolivia den Vertrag nicht hielt und eine chilenische Handelsgesellschaft in der neuaufgekommenen Hafenstadt Antofagasta willkürlich besteuerte, so schickte Chile 1879 eine Flotte ab und ließ Antofagasta besetzen und das ganze dortige Salpetergebiet mit Beschlag belegen. Darauf erfolgte am 1. März die Kriegserklärung Bolivias und am 2. April der Abschluß einer Allianz Bolivias mit dem auf Chile eifersüchtigen Peru. Bald gelang es den Chilenen, die Hafenstädte Pisagua und Iquique zu besetzen, das Landheer der Bolivianer und Peruaner bei Dolores zu besiegen und die ganze südperuanische Provinz Tarapaca mit ihren reichen Guanolagern und Salpeterminen wegzunehmen. Chile war Herr zur See und blockierte Arica und andere Häfen Perus. In Bolivia und Peru herrschte große Aufregung über den Verlauf des Krieges; die dortigen Regierungen wurden gestürzt; in Bolivia traten eine Zeitlang anarchische Zustände ein; in Peru wurde General Pierola zum Präsidenten gewählt und schaltete in diktatorischer Weise.

Unter General Baquedano schlugen die Chilenen 1880 das Heer der Verbündeten bei Tacna, worauf die Bolivianer nach Hause zogen, nahmen die Stadt und erstürmten Arica. Die Regierung der Vereinigten Staaten von Nordamerika, welche das Recht der Intervention in allen amerikanischen Staaten zu haben glaubte und ihr eigenes Interesse mehr durch die Existenz schwacher als starker Staaten gewahrt wußte, wollte zwischen den kriegführenden Staaten den Frieden vermitteln. Da aber diese über die Bedingungen sich nicht einigen konnten und die siegreichen Chilenen den Vorschlag, daß die drei Staaten sich dem Schiedsrichterspruch der Unionsregierung unterwerfen sollten, ablehnten, so begann der Krieg aufs neue. Die Chilenen schlugen das peruanische Heer bei Lurin, Chorillos und Miraflores und besetzten am 17. Januar 1881 die Hauptstadt Lima. Der Kongreß wurde berufen, und an Stelle des flüchtigen Pierola wurde Calderon zum Präsidenten von Peru gewählt. Dieser kam bald in Konflikt mit dem chilenischen General Lynch, welcher an Baquedanos Stelle den Oberbefehl übernommen hatte, wurde nebst dem Minister des Auswärtigen verhaftet und nach Chile gebracht. Die Unionsregierung drängte aufs neue ihre Vermittlung auf und mutete der

(c) Instituto Cervantes de Madrid

chilenischen Regierung zu, daß sie nicht auf einer Gebietsabtretung als Vorbedingung für Friedensverhandlungen bestehen dürfe. Doch beharrte diese gerade auf diesem Punkt und erinnerte in einem Rundschreiben vom 21. Dezember 1881 daran, daß die Unionsregierung bei ihren internationalen Konflikten (namentlich in den Kriegen mit Mexiko) nicht das mindeste Bedenken getragen habe, Gebietsabtretungen im größten Umfang dem besiegten Gegner als erste Bedingung aufzuerlegen.

Die Peruaner waren in einer schlimmen Lage. Lima mit der Hafenstadt Callao, die ganze lange Seeküste, die Eisenbahnen und Telegraphen waren im Besitz des Feindes. In der südlichen Provinz Arequipa fungierte Admiral Montero als Vizepräsident, und General Caceres schloß sich ihm an; im Norden wurde General Iglesias zum Präsidenten ernannt; jene traten als Führer der nationalen Partei auf und wollten keinen Friedensvertrag, der eine Gebietsabtretung in sich schloß, anerkennen; dieser sah ein, daß Peru bei längerer Fortsetzung des Krieges noch härtere Bedingungen bekommen werde, und steuerte mit vollen Segeln dem Frieden zu. Peruanische und chilenische Bevollmächtigte einigten sich am 3. März 1883 über die Friedensbedingungen, an deren Spitze die bedingungslose Abtretung der Provinz Tarapaca an Chile stand. Montero und Caceres erklärten den Friedensvertrag für unannehmbar und wurden von Iglesias geschlagen. Dieser unterzeichnete den Vertrag, worauf die chilenischen Truppen Lima räumten und das Zollhaus in Callao den peruanischen Behörden übergaben. Der in Lima versammelte Kongreß bestätigte Iglesias als provisorischen Präsidenten und genehmigte am 10. März 1884 den Friedensvertrag. Am 4. Mai wurde auch zwischen Chile und Bolivia Friede geschlossen. Der Kampf zwischen Iglesias und Caceres dauerte fort. Letzterem gelang es sogar 1884, bis vor Lima vorzurücken und in die Stadt einzudringen; aber er wurde wieder zurückgeschlagen und zog sich nach der Bergstadt Arequipa zurück. Verhandlungen zwischen beiden Gegnern, von dem nordamerikanischen Gesandten 1885 eingeleitet, führten zu keinem Ergebnis. Caceres erlitt neue Niederlagen, wußte aber seinen Gegner zu täuschen, den größten Teil der Truppen desselben von der Hauptstadt wegzulocken und stand plötzlich am 1. Dezember 1885 vor Lima. Er drang in die Stadt ein und zwang Iglesias, der

(c) Instituto Cervantes de Madrid

sich mit 2500 Mann in den Regierungspalast und die anstoßenden Kirchen eingeschlossen hatte, zur Kapitulation. Letzterer reiste nach Europa ab; Caceres wurde am 15. März 1886 durch Volkswahl zum Präsidenten auf vier Jahre ernannt.

Der zwischen Chile und Argentinien schon seit Jahren bestehende Streit über den Besitz Patagoniens wurde unter Vermittlung der Vereinigten Staaten am 23. Juli 1881 durch den Vertrag von Buenos Ayres beigelegt. Chile blieb im Besitz der Meerenge von Magelhaens, mit Ausnahme ihrer östlichen Ausmündung in den Atlantischen Ozean, das Feuerland wurde geteilt, und in Patagonien bildeten die Cordilleren der Anden die Grenzlinie, so daß der östliche, größere Teil an Argentinien, der westliche Teil mit dem schmalen Küstensaum und den vorliegenden zahlreichen Inseln im Großen Ozean an Chile fiel.

7. Kultur und Litteratur im neunzehnten Jahrhundert.

Von allen Erfindungen des neunzehnten Jahrhunderts hatte keine auf das ganze Leben des Volkes einen so maßgebenden Einfluß ausgeübt wie die der Eisenbahnen und Telegraphen. Das Verkehrswesen wurde dadurch ganz umgestaltet, die Entfernungen verkürzt, die Völker einander näher gebracht. Wenn auch Industrie und Handel in erster Linie die wohlthätigen Einwirkungen der neuen Verkehrsmittel zu genießen hatten, so waren diese doch zugleich vom größten Einfluß auf die sozialen Zustände des Volkes, auf die politischen und militärischen Verhältnisse der Staaten. Letzteres hat sich besonders im deutsch-französischen Kriege bewährt, in welchem die Eisenbahnen ebenso rasch die Truppen auf ihre ersten Aufstellungsplätze führten, als sie die Verwundeten und Kranken in die heimatlichen Lazarette brachten. Ein Vergleich zwischen der Lage der Verwundeten 1813 in der Schlacht bei Leipzig und derjenigen in den großen Schlachten von 1870 wird den Unterschied am besten veranschaulichen. Die erste Eisenbahn in Europa wurde 1825 in England, die erste in Deutschland 1835 zwischen Nürnberg und Fürth eröffnet. In den vierziger Jahren wurden in Preußen und in dem übrigen Deutschland große Bahnstrecken gebaut, ohne daß man eine Ahnung davon gehabt hätte, welch großer Um-

(c) Instituto Cervantes de Madrid

schwung dadurch auf den verschiedenen Gebieten des Lebens herbeigeführt werde. In Preußen wurden zuerst großenteils Privatbahnen gebaut, welche erst in den siebziger und achtziger Jahren durch Kauf in die Hände des Staates übergingen, der, obgleich er das finanzielle Interesse nicht in die vorderste Linie stellte, reiche Einnahmen von seinen Bahnen hatte. Süddeutschland dagegen baute fast ausschließlich Staatsbahnen. Der Schaffung eines großen, das ganze Deutschland umfassenden einheitlichen Eisenbahnnetzes stand die deutsche Kleinstaaterei im Wege, welche es liebte, ihre eigenen Bahnen zu wandeln, um die Interessen und die Wünsche der Nachbarstaaten sich wenig zu kümmern und dem Ganzen keine Opfer zu bringen. Als Fürst Bismarck sein Reichseisenbahnprojekt der Nation vorlegte, war es zu spät; die Einzelstaaten hatten sich zu sehr an die freie Verfügung über ihr Besitztum gewöhnt, übrigens auch viel Geld an manche wenig nutzbringende Bahnen verschleudert.

Nicht geringer war der Umschwung auf dem Gebiete der Wissenschaft und der Kunst. Zunächst war es noch die Poesie, welche das geistige Terrain beherrschte. Die großen Schöpfungen der Heroen von Weimar ließen keine Rivalität aufkommen; Goethe fesselte aufs neue die Nation, als er ihr in „Dichtung und Wahrheit" die Bekenntnisse seines Lebens mitteilte. Die Befreiungskriege brachten uns die frischen Kriegs- und Freiheitslieder Arndts, Schenkendorfs und Körners, von denen letzterer als Lützowscher Jäger am 26. August 1813 im Kampf mit den Franzosen bei Gadebusch fiel. Nach Napoleons Sturz trat für Wissenschaften und Künste eine Zeit reicher Blüte und Fruchtbarkeit ein. Deutschland wurde der Mittelpunkt des geistigen Lebens; je weniger es im Ausland als politische Macht galt, desto mehr war man dort geneigt, dem „Volk der Dichter und der Denker" seine Anerkennung zu zollen. Es begann das Vorherrschen der Romantik in Litteratur und Kunst, deren Repräsentanten die beiden Brüder Schlegel (August Wilhelm und Friedrich), Novalis (von Hardenberg), Tieck, Brentano und Achim von Arnim waren. Die Dichter dieser Gattung flüchteten sich vor der Revolution, dem Kriegslärm und dem Liberalismus der Neuzeit in das magische Dunkel des Mittelalters, in die Sinnlichkeit des Orients, in das Minnewesen des Rittertums und in die Mystik des Katholizismus, zu welchem mehrere von ihnen, darunter Friedrich Schlegel, übertraten. Tieck schrieb

(c) Instituto Cervantes de Madrid

später soziale Novellen, deren Stoffe dem wirklichen Leben entnommen waren. Rückert und Graf Platen waren Meister in der Form und besaßen eine außerordentliche Sprachgewalt; jener zeigte in seinen lyrischen Gedichten eine reiche Gedankenwelt und verstand es trefflich, indische, persische und arabische Gedichte nachzubilden; dieser, welcher die Technik der lyrischen Dichtung vollständig beherrschte, benutzte die dramatische Form zu satirischen Zwecken und begeisterte die Leser durch den Ausdruck seiner nationalen Ideen.

An die Romantiker schloß sich die schwäbische Dichtergruppe an, Uhland, Kerner, Schwab, Karl Mayer,

Ludwig Uhland.

Friedrich Rückert.

Möricke, Wilhelm Hauff. Der bedeutendste und populärste von diesen, dessen Ruf ganz Deutschland erfüllte und dessen Lieder, alle Volksschichten durchdringend, noch heute gesungen werden, war Uhland; seine Lieder, Balladen und Dramen, welch letztere die packende Leidenschaft entbehren, sind einem einfachen, aber tiefen Gemüt entquollen. Eine eigentümliche Erscheinung in diesem Kreise war Justinus Kerner, poetisch reich angelegt, voll Humor und tiefster Empfindung, stark angehaucht von mystischer Romantik. Gleichzeitig waren Oestreichs Lyriker und Dramatiker: Anastasius Grün (Graf von Auersperg), Nikolaus Lenau (Niembsch von Strehlenau) und Grillparzer, dessen „Ahnfrau" von ergreifender Wirkung war und der in der „Medea" (im „Goldenen Vlies") einen Charakter voll Leidenschaft und dämonischer Kraft zeichnete.

(c) Instituto Cervantes de Madrid

In der Mitte der zwanziger Jahre kam in der deutschen Litteratur jener Radikalismus auf, welcher, unzufrieden mit den politischen Zuständen Deutschlands, alles Bestehende in Kirche und Staat bekämpfte, das Vaterland und seine Helden gering schätzte und verhöhnte und für die französische Revolution und das französische Wesen die größte Bewunderung zeigte. Hierin wurde der deutsche Radikalismus bestärkt durch das litterarische Judentum, dessen Hauptrepräsentanten Börne und Heine waren. Beide, obgleich getaufte Juden, verhöhnten und schmähten das Christentum, verlästerten ihr deutsches Vaterland und trieben Götzendienst mit Frankreich und Napoleon. Börne, welcher mit wenig positiven Kenntnissen und wenig Verständnis der Wirklichkeit die Politik beherrschen zu können glaubte, schuf jene Feuilletonlitteratur, welche durch Dreistigkeit und Witzeleien den Mangel an historischem Verständnis zu ersetzen suchte. Heine, der ungleich Bedeutendere von beiden, errang sich durch seine „Reisebilder" und durch sein „Buch der Lieder" viel Beifall, und manche seiner Gedichte verraten ein echt deutsches Gemüt. „Von der menschlichen Größe unserer klassischen Dichter besaß er nichts. Geistreich ohne Tiefe, witzig ohne Ueberzeugung, selbstisch, lüstern, verlogen und doch zuweilen unwiderstehlich liebenswürdig, war er auch als Dichter charakterlos und darum merkwürdig ungleich in seinem Schaffen." Den Byronschen Weltschmerz mit Selbstgefälligkeit zur Schau tragend, gehört Heine zu den Dichtern, welche beständig den Spiegel vor das Gesicht halten. An Heine schloß sich das „junge Deutschland" an, das in Gutzkow seinen talentvollsten und gewandtesten Vertreter hatte und Theodor Mundt, Gustav Kühne und Heinrich Laube unter seine bekanntesten Mitglieder zählte. In den Kreisen des „jungen Deutschlands" war viel die Rede von politischer und sozialer Reform, von Emanzipation des Fleisches, von Ersetzung des Christentums durch Philosophie und Humanität. Aus der Menge der späteren politischen und unpolitischen Dichter ist noch Emanuel Geibel anzuführen, dessen „Zeitstimmen" und „Juniuslieder" ein tiefes Gemüt und religiöse Gesinnung verraten und der in seinen späteren Gedichten warme Begeisterung für die Neugestaltung des Vaterlandes kundgab. Immermann erwarb sich einen bedeutenden Namen durch seine Dramen und durch die liebliche Idylle „Oberhof", Freytag durch meisterhafte kulturhistorische Schilderungen, Heyse durch die Anmut seiner Novellen.

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Unter den Meistern der bildenden Künste nimmt als Bildhauer den ersten Rang ein Thorwaldsen aus Kopenhagen, welcher den Geist der antiken Plastik in die moderne Skulptur wieder einführte, berühmt durch seinen „Alexanderzug", durch seine Bilder aus der heiligen Geschichte, durch die Statuen Gutenbergs und Schillers und durch den sterbenden Löwen in Luzern. Neben ihm ist Dannecker aus Stuttgart anzuführen, dessen berühmteste Werke zwei Christusstatuen und die „Ariadne auf dem Tiger" sind; Rauch aus Arolsen schuf das Denkmal der Königin Luise im Mausoleum zu Charlottenburg, das Denkmal Friedrichs des Großen unter den Linden in Berlin und die Standbilder Scharnhorsts, Blüchers und Bülows. Zu Rauchs Schülern gehören Kiß, welcher die mit dem Tiger kämpfende Amazone zu Pferd dargestellt hat, und Rietschel, von welchem die kolossale Statuengruppe „Goethe und Schiller" in Weimar und der Entwurf zu dem großartigen Lutherdenkmal in Worms herrühren. Schadow aus Berlin verfertigte die „Siegesgöttin mit dem Viergespann" auf dem Brandenburger Thor in Berlin und mehrere Statuen, Schwanthaler in München das Kolossalbild der „Bavaria" und die Statuen Mozarts in Salzburg und Goethes in Frankfurt. In der Baukunst erwarb sich großen Ruhm Schinkel in Berlin durch das Denkmal auf dem Kreuzberg und durch das Museum, Klenze in München durch die „Glyptothek" und die „Walhalla".

Chr. Daniel Rauch.

Groß waren die Leistungen mehrerer genialen Künstler in der Malerei, für welche die Malerakademien in Düsseldorf und in München maßgebend waren, welch letztere unter dem Mäcenat des Kronprinzen und Königs Ludwig I. stand. Während Overbeck aus Lübeck seine Motive hauptsächlich der biblischen Geschichte entnahm und neben Marienbildern das figurenreiche Gruppenbild „Triumph der Religion in den Künsten" ausführte, griff Cornelius aus Düsseldorf in die

(c) Instituto Cervantes de Madrid

hellenische Welt und schmückte die Glyptothek mit Fresken aus dem antiken Sagenkreis, schuf später die Wand- und Deckengemälde in der Pinakothek und Ludwigskirche zu München und die Kartons zu den Wandgemälden in den Hallen des neuzuerbauenden Campo-Santo in Berlin, wohin er 1841 berufen wurde. Schraudolph übernahm die ihm von König Ludwig I. übertragene Aufgabe, den Dom zu Speier mit Wandgemälden auszuschmücken, Kaulbach zierte das Treppenhaus des neuen Museums in Berlin mit sechs Bildern aus der Weltgeschichte (Turmbau zu Babel, Zerstörung von Jerusalem, Homer, Hunnenschlacht, Kreuzzüge, Zeitalter der Reformation). Die Schulen zu München und zu Düsseldorf hatten noch manche berühmte Namen aufzuzählen: Heß, Dietz, Schwind, Rottmann, Schadow, Lessing und andere.

Peter Cornelius.

Bei dem Aufschwung der anderen Künste blieb die Musik nicht zurück. Hatten die Tonkünstler der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts, Händel und Bach, vorzugsweise mit kirchlicher Musik sich beschäftigt, so kam später mit Gluck, Haydn, Mozart, Beethoven die weltliche Musik zur Herrschaft. Diese Meister, und nach ihnen Karl Maria von Weber, Schubert, Mendelssohn, Schumann und in der neuesten Zeit Richard Wagner, erhoben die deutsche Musik zu einer Höhe, die sie in keinem anderen Volke erreicht hat.

Bis in die dreißiger Jahre nahm unstreitig die Poesie die erste Stelle ein. Ein Gedicht von Goethe, Uhland, Kerner war in jenen Jahren ein Ereignis ersten Ranges. Sie mußte von da an ihre bevorzugte Stellung an die Philosophie abtreten, welche in den beiden Schwaben Schelling und Hegel hervorragende Vertreter hatte. Die Bedeutung Schellings, welcher zu zeigen versuchte, „wie sich Gott zweifach offenbare in den gleichlaufenden Sphären der Natur und der Geschichte", welcher „die Einheit des Realen und des Idealen behauptete und die Natur als den sichtbaren Geist, den Geist als die unsichtbare Natur er-

(c) Instituto Cervantes de Madrid

klärte", beruhte „nicht sowohl in der Aufstellung bleibender Grundlagen der wissenschaftlichen Forschung, als vielmehr in der lebendigen Anregung, welche er durch die großen Gesichtspunkte seiner Spekulation, durch den Reichtum seiner Ideen und durch die geistvolle Zusammenfassung scheinbar weit voneinander entlegener Gedanken auf seine Zeitgenossen ausgeübt hat". Sein Landsmann Hegel stellte das Leben der Welt als den unendlichen dialektischen Prozeß des sich selbst denkenden absoluten Geistes dar und glaubte damit die Einheit von Sein und Denken nachgewiesen zu haben, ohne zu bedenken, daß „das große Rätsel, wie aus der Idee die wirkliche Welt hervorgehe, ein Geheimnis war und blieb, weil es das Geheimnis des weltschaffenden Gottes ist". Seine Vorlesungen und Schriften über Aesthetik, Rechtsphilosophie und Geschichtsphilosophie gehörten zu seinen bedeutendsten Leistungen. Sein Satz: „Das Wirkliche ist vernünftig und das Vernünftige ist wirklich," hat manchen seiner Anhänger zu ganz falschen Schlüssen verleitet. Die gefährlichen Folgen seiner Lehre zeigten sich in dem maßlosen sophistischen Dünkel, den sie ihren Jüngern einflößte, wozu die für alle Nichteingeweihten unverständliche Sprache der Hegelschen Philosophie viel beitrug. „Hegel weckte allerdings in der deutschen Wissenschaft die bewußte Staatsgesinnung, aber durch die Sophistenkünste seiner dialektischen Methode beförderte er zugleich jenen zuchtlosen Geist der Ueberhebung, der bereits die überlieferte Ordnung des Staates und der Kirche zu verrücken und zu unterwühlen begann." Die Richtigkeit dieses Urteils zeigte sich am deutlichsten an den von Arnold Ruge 1838 herausgegebenen „Hallischen", später „Deutschen Jahrbüchern". Die Mitarbeiter dieser Zeitschrift bildeten eine geistige Aristokratie, welche den Hegelschen Apparat auf alle Verhältnisse des Staats und der Kirche anwandte, in diktatorischer Weise sprach und absprach, über die Universitäten und deren Mitglieder ein unerbittliches Gericht hielt

Richard Wagner.

(c) Instituto Cervantes de Madrid

und durch ihre zersetzende und umstürzende Kritik, durch ihren von Jahr zu Jahr zunehmenden Radikalismus die polizeilichen Verbote von 1840 und 1843 herausforderte.

Die philosophische Aera wurde durch die politische Aera des Jahres 1848 abgelöst. Geschichte und Politik standen von da an im Vordergrund der geistigen Arena und nehmen noch heute diese Stellung ein. Wilhelm von Humboldt stellte in einer Abhandlung von 1822 dem Historiker die zweifache Aufgabe, das Geschehene thatsächlich zu ergründen und das Erforschte dergestalt zu verbinden, daß die Notwendigkeit der Ereignisse erwiesen und die Ratschlüsse der göttlichen Weltregierung erkannt würden. Diese Aufgabe suchten mehrere deutsche Historiker, soweit es möglich ist, zu lösen. Hervorragend waren Niebuhr durch seine römische Geschichte, Schlosser durch seine Geschichte des achtzehnten Jahrhunderts, Ranke durch eine große Anzahl von Werken über deutsche, englische, französische, päpstliche Geschichte, Raumer durch seine Geschichte der Hohenstaufen, Dahlmann durch die Geschichte der englischen und französischen Revolution, Gervinus durch seine Geschichte der deutschen Litteratur und durch die des neunzehnten Jahrhunderts, Häusser durch seine neuere deutsche Geschichte, Giesebrecht durch die Geschichte der deutschen Kaiserzeit, Sybel durch die Geschichte der Revolutionszeit, Duncker durch die Geschichte des Altertums, Treitschke durch die deutsche Geschichte im neunzehnten Jahrhundert. Von allen diesen Namen, denen noch manche vom besten Klang beizufügen wären, ist keiner bedeutender als der Rankes. Er bildet einen scharfen Gegensatz zu Schlosser. Während dieser, dessen „wissenschaftliche Stärke in der umfassenden Kenntnis der Litteraturgeschichte" und in der Nachweisung des Zusammenhangs derselben mit der politischen Geschichte besteht, sich berufen fühlte, „über den sittlichen Wert und Unwert alles Geschehenen nach dem strengen Gesetze Kantischer Pflichtenlehre abzuurteilen" und sein eigenes ethisches Urteil dem Leser

F. v. Ranke.

(c) Instituto Cervantes de Madrid

aufzudrängen, erklärte Ranke gleich in seiner ersten Schrift, er wolle „bloß zeigen, wie es eigentlich gewesen ist". Damit wies er auf die Erforschung und Prüfung der Quellen und auf eine objektive Geschichtschreibung hin, welche aus den Quellenberichten schöpft und die Thatsachen für sich sprechen läßt. Der moralisierenden Geschichtschreibung Schlossers, welche von Rottecks, alles nach den Grundsätzen des modernen Liberalismus und Konstitutionalismus beurteilender Geschichtschreibung noch überboten wurde, stellte Ranke die diplomatische Geschichtschreibung gegenüber. Bei dieser rein sachlichen Behandlung des Stoffes und der vornehmen Zurückhaltung des Darstellers, dessen Produkte den Eindruck eines marmornen Kunstwerks machen, entging er nicht der Gefahr, das ethische Moment in der Geschichte zu wenig zu beachten. Die Ereignisse der sechziger und siebziger Jahre brachten es mit sich, daß das Interesse für Geschichte und Politik nicht erlahmte.

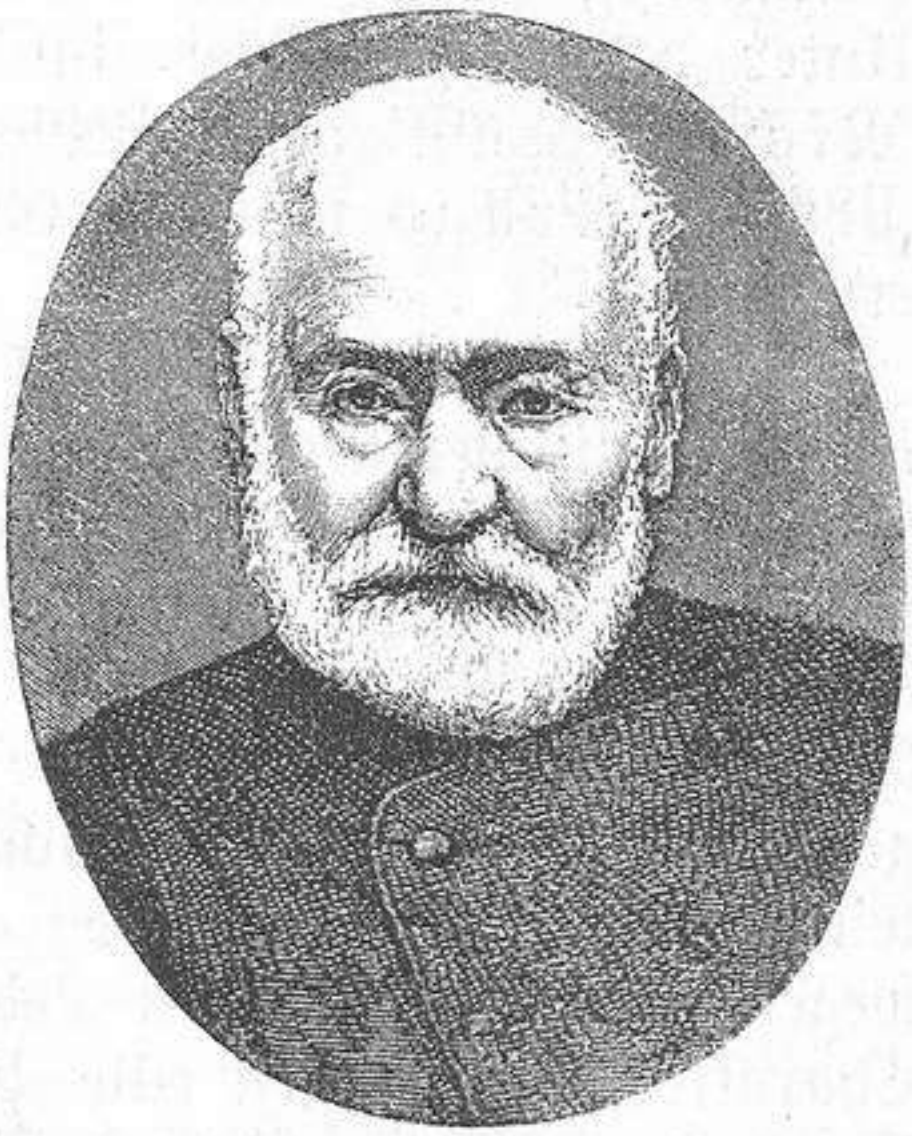
Alexander von Humboldt.

Auch in anderen Disziplinen wurde in diesem Zeitraum Großes geleistet. Hand in Hand mit den Forschungen der Historiker gingen die Forschungen der Germanisten (Jakob und Wilhelm Grimm, Uhland, Lachmann), die sprachvergleichenden Studien Wilhelms von Humboldt und Bopps, die Forschungen auf dem Gebiet der klassischen Philologie und Altertumswissenschaft (Friedrich August Wolf, August Böckh und Gottfried Hermann). Karl Ritter in Berlin schuf die neue Wissenschaft der vergleichenden Erdkunde; Alexander von Humboldt eröffnete durch seine Reiseberichte, welche „unübertroffene Muster streng wissenschaftlicher Länderbeschreibung" sind, und durch seinen „Kosmos" den Naturwissenschaften neue Bahnen und wies ihnen neue Richtungen an. In allen Zweigen des Wissens wurden große Fortschritte gemacht. Die Zahl der Preßerzeugnisse, und zwar sowohl der Bücher als der Zeitschriften und der Zeitungen, stieg ins Unglaubliche. In jährlichen Versammlungen kamen die Fachgenossen aus ganz

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Deutschland zusammen und tauschten Ansichten und Anschauungen aus.

In Frankreich wurde die klassische Litteratur, wie wir sie in dem Zeitalter Ludwigs XIV. gefunden haben, verdrängt durch die neuromantische Poesie der Frau von Staël, der Tochter des Ministers Necker (Romane: „Delphine" und „Corinne" und Buch „Ueber Deutschland"), Chateaubriands („Genius des Christentums" und „Märtyrer"), Lamartines („Poetische Betrachtungen", „Religiöse und poetische Harmonien", „Jocelyn", „Fall eines Engels" und „Geschichte der Girondisten"), Viktor Hugos, welcher als Lyriker, Dramatiker und Romanschriftsteller sich in Frankreich einen großen Ruf verschafft hat und als Typus der romantischen Schule Frankreichs gilt. Seine Gedichte zeichnen sich mehr durch Bilder- und Farbenpracht und durch Neigung zum Uebertriebenen und Ungeheuerlichen als durch große Gedanken und tiefe Gemütsstimmung aus. Der Liederdichter Béranger trug durch seine satirische Bekämpfung der Restauration viel dazu bei, dieselbe in Mißkredit zu bringen und das Volk auf die Julirevolution vorzubereiten. Als Vertreterin des sozialen Sitten- oder Tendenzromans ist George Sand (Marquise von Düdevant) zu nennen. Die Malerei huldigte hauptsächlich der historischen Richtung und verherrlichte die großen Ereignisse der Revolution und des napoleonischen Kaiserreichs. Hervorragend durch ihre Kunstwerke waren die Maler David, Gerard, Robert, Vernet, Delacroix und Delaroche. Auf dem Gebiete der Geschichtschreibung zeichneten sich aus: Thiers durch seine Geschichte des Konsulats und des Kaiserreichs, der es an der unbefangenen und unparteiischen Beurteilung fehlt, Thierry durch seine „Geschichte der Eroberung Englands durch die Normannen", seine „Briefe über die Geschichte Frankreichs" und andere Werke, Mignet besonders durch seine „Geschichte der franzö-



Viktor Hugo.

(c) Instituto Cervantes de Madrid

sischen Revolution", Jules Michelet durch seine römische Geschichte, seine französische Geschichte und seine Uebersicht über die neue Geschichte, Martin durch seine 16 Bände umfassende Geschichte von Frankreich, Guizot durch seine Geschichte der englischen Revolution, seine Studien zur modernen Geschichte und seine Geschichte der Zivilisation in Europa, Taine durch sein Werk über die „Entstehung des modernen Frankreichs", worin er sich zur Aufgabe macht, die französische Revolution auf Grund von Aktenstücken zu schildern, wie sie wirklich war, und die vielen Legenden und Lügen unbarmherzig aufzudecken, worin ihm Sybel vorangegangen ist. Unter den Philosophen sind Comte, Cousin und Karl Michelet, auf dem Gebiete der Naturwissenschaften der Physiker Arago und der Geolog Elie de Beaumont zu erwähnen.

In Großbritannien und Irland suchte die Romantik die heimischen Balladen und Volksdichtungen auf, sammelte sie und beschrieb in Romanen das einfache Leben der mittelalterlichen Vorzeit. In Schottland ertönten die Volkslieder des Naturdichters Robert Burns, und der fruchtbarste Dichter jener Zeit, Walter Scott, sammelte alte Volksgesänge und schilderte geschichtliche Stoffe einer früheren Zeit teils in epischen Dichtungen, teils in Romanen, welche ihn wegen seiner anziehenden Lebensbilder und seiner treffenden Charakterschilderungen eine Zeitlang zum populärsten Dichter Europas machten. Der größte Dichter, welchen England seit Shakespeare und Milton hatte, war Lord Byron, ein Gemisch von Faust und von Don Juan, welchem schon in seiner Jugend in den schottischen Hochlanden der Sinn für die Poesie der Natur erwachte und der nach einer vernachlässigten Erziehung und nachdem er sich den Zerstreuungen und Ausschweifungen Londons hingegeben hatte, mit zerrissenem Herzen und voll Weltschmerz nach Portugal und Spanien, nach Griechenland, Kleinasien und Konstantinopel, später an den Rhein, in die Schweiz und nach Italien reiste und 1823 nach Mesolongi ging, um an dem Freiheitskampf der Griechen teilzunehmen, und dort starb. Die ersten Gesänge seines „Childe Harold", welche 1812 erschienen und in denen er seine Empfindungen und Anschauungen niederlegte, machte ihn schnell zu einem Dichter ersten Ranges. Bald folgte sein „Don Juan", „Der Giaur", „Die Braut von Abydos", „Der Korsar", die Dramen „Manfred", „Marino Faliero", „Die beiden Foscari" und

(c) Instituto Cervantes de Madrid

seine Balladen. „In seinem schönsten und frechsten Werke, dem Don Juan, offenbarte sich neben einer Fülle frivolen Spottes eine so wunderbare Kenntnis der süßen Geheimnisse des Herzens, neben einem Radikalismus, der alles Heilige in Frage zu stellen schien, eine so laute Begeisterung für echte Menschengröße, daß die Dichtung wohl unreife junge Köpfe verwirren konnte, aber alle tiefen und freien Geister bezaubern mußte; über allen seinen Werken lag jener Zauber des eigenen Erlebnisses, dem die Dichtung ihre Macht verdankt." Der Irländer Thomas Moore schilderte in seinen „Irischen Melodien" die Schönheiten der Natur seiner Heimat und die Leiden seines Volkes. In der Romanlitteratur der neueren Zeit haben Bulwer, Dickens und Thackeray am meisten Berühmtheit erlangt. In der Geschichtschreibung ragen Macaulay und Froude am meisten hervor; jener durch seine Geschichte Englands unter Jakob II., in welcher er „bei genauester Kenntnis der Thatsachen ein bewundernswertes Darstellungstalent in der Schilderung von Charakteren und geschichtlichen Begebenheiten" zeigt; dieser durch seine Geschichte Englands von Heinrich VIII. bis zur Elisabeth, welche auf gründlichen Forschungen beruht.

Lord Byron.

Der größte Dichter des neueren Italiens, Manzoni, schilderte in seinem Roman „Die Verlobten" die kirchlichen, politischen und sozialen Zustände Oberitaliens unter der spanischen Herrschaft. Die Dramen Alfieris, Niccolinis und Silvio Pellicos und die lyrischen Gedichte Pindemontes, Foscolos und Leopardis stellten sich die Aufgabe, die moralische und politische Wiedergeburt der Nation herbeizuführen. Unter den Bildhauern nimmt Canova die erste Stelle ein, welcher an die Meisterwerke des Altertums anknüpfte und seinen Statuen einen anmutigen Reiz verlieh, daher seine jugendlichen und weiblichen Gestalten am meisten Beifall fanden. Cherubini, Spontini und Rossini waren die bedeutendsten Opernkomponisten Italiens. Auf dem Ge-

(c) Instituto Cervantes de Madrid

biete der Geschichtschreibung sind Botta (Geschichte Italiens 1490—1814 in 10 Bänden und 1789—1814 in 4 Bänden), Colletta (Geschichte des Königreiches Neapel 1734—1825), Farini, dessen „Geschichte über den römischen Staat" 1850 erschien, und Ranalli, der 1855 eine italienische Geschichte schrieb, besonders zu erwähnen.

In Rußland sind die bedeutendsten Dichter und Schriftsteller Alexander Puschkin und Iwan Turgenjew. Jener verschaffte sich am meisten Anerkennung durch seine Novellen und durch sein vaterländisches Drama „Boris Godunow", dieser teils durch die „Memoiren eines Jägers", welche das russische Landleben schildern, teils durch seine die inneren Zustände des gegenwärtigen Rußlands beschreibenden Romane, in welchen zuerst der Name „Nihilismus" auftauchte. Unter den russischen Historikern ist Solowjew anzuführen, welcher 1851 eine „Geschichte Rußlands seit den ältesten Zeiten" herauszugeben begonnen hat, die bis zum Jahr 1772 reicht und von großer Bedeutung ist, weil ihm gestattet war, die Staatsarchive zu benutzen. Außerdem veröffentlichte er mehrere Spezialwerke über Polen, über Nowgorod, über das Haus Rurik und über Alexander I.

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Namenverzeichnis des XI. und XII. Bandes.

A.

Abdul Aziz, türk. Sultan XI, 75; ermordet XII, 168.
Abdul Hamid II., Sultan XII, 168.
Abdul Kerim, türk. General XII, 169.
Abdullah, Mahdi XII, 184.
Abdul Medschid, türk. Sultan, ruft die Hilfe der Westmächte an XI, 57; Erlasse 75; Tod 75.
Abdurrhaman, Emir v. Afghanistan XII, 232.
Aberdeen, Lord, tritt aus dem Ministerium XI, 58.
Abolitionisten XI, 115.
Adams, John, Präsident der Vereinigten Staaten von Nordamerika XI, 113;
— Quincy, Präsident der Vereinigten Staaten XI, 116.
Adolf, Herzog von Nassau XI, 225.
Affre, Erzbischof in Paris, tödlich verwundet XI, 9.
Agnozzi, Nuntius XII, 262.
Alabama, Kaperschiff XI, 241.
Albert, Kronprinz v. Sachsen XI, 183; bei St. Privat XII, 41; Kommandant der Maasarmee 42;
— Mitglied der provisorischen Regierung in Paris XI, 6; revolutionäre Regierung 9.
Albrecht, Erzherzog, Mission nach Berlin XI, 92; Oberbefehlshaber der italien. Armee 194; der gesamten östr. Armee 197;
— Prinz von Preußen, Regent von Braunschweig XII, 164.
Aleko Pascha XII, 186.
Alexander, Fürst von Bulgarien XII, 179. 185; v. Ostrumelien 187; Krieg gegen Serbien 188; Generalgouverneur 189; Verschwörung 191; Abdankung 191;
— II., Kaiser von Rußland XI, 66; Zusammenkunft in Stuttgart 70; Reformen 70; in Paris 232; in Ems XII, 3; Telegramm an Kaiser Wilhelm 97; Dreikaiserzusammenkunft 153; in Berlin 155; rettet Serbien 169; in Moskau 170; in Bulgarien 173; Reformen 223; Regierungsjubiläum 225; Ermordung 226;
— III., Kaiser von Rußland, Zusammenkunft in Danzig, in Skierniewicze, in Kremsier XII, 158; in Bulgarien 172. 173. 175; Manifest 226;
— Prinz von Hessen, Oberbefehlshaber d. 8. Bundesarmeekorps XI, 181; Rückzug 207.
Alexandria, Bombardement von XII, 180.
Alfons XII, Prinz von Asturien XI, 252. 254; Karolineninseln XII, 149; in Homburg 159; Skandal in Paris 159; als König proklamiert 243; Oberbefehl 244; Attentat 245; Choleraspital 246; Vermählung 246; Tod 246.
— XIII., König von Spanien XII, 247.
Alfonso, Don XII, 242. 243.
Alma, Schlacht an der XI, 62.
Almonte, mexikan. General XI, 129; Chef der provisorischen Regierung 130.
Alsensund, Uebergang über den XI, 168.
Alvarez, Präsident v. Mexiko XI, 126.
Alvensleben I., preuß. General XI, 180; XII, 46;
— II., preuß. General XII, 38.
Amadeus, Herzog von Aosta XI, 253; König von Spanien XII, 240; Abdankung 241.
Amiens, Schlacht bei XII, 72.
Andrassy, Graf, ungar. Ministerpräsident XI, 234; Minister des Auswärtigen XII, 153. 155; Rücktritt 157; Note an die Pforte 167; Kongreß 176; gegen Hohenwart 193; Reichsminister 194; Verhandlungen mit der Pforte 196.
Anethan, von, belg. Ministerpräsident XII, 249.
Antonelli, Kardinalstaatssekretär XI, 195; Konflikt mit Rußland 260.
Anviti, Oberst in Parma, ermordet XI, 95.
Arabi-Bei XII, 180. 181.
Arago, Emanuel, Mitglied der provisor. Regierung Frankreichs XI, 6. 8; XII, 58.
Arnaud, St., Oberbefehlshaber des franz. Heeres in der Krim XI, 61; Tod 63.
Arnim, Achim von XII, 277;
— Graf, preuß. Gesandter in Rom XII, 103; Prozeß 152.
Arnim-Boytzenburg, Graf v., preuß. Ministerpräsident XI, 36. 169.

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Arthur, Präsident der Vereinigten Staaten XII, 266.
Aspromonte, Treffen bei XI, 107.
Assy, Mitglied der Commune XII, 108; gefangen 113.
Atchin, holländ. Expedition nach XII, 252.
Auersperg, Adolf, Fürst, östr. Ministerpräsid. XII, 194; Rücktritt 197;
— Carlos, Fürst v., östr. Ministerpräsident XI, 235.
Auerswald, preuß. General, ermordet XI, 29.
August, Prinz v. Württemberg XI, 186; bei St. Privat XII, 41.
Aumale, Herzog von XII, 217.
Aurelle de Paladines, franz. General XII, 65. 66; abgesetzt 69; Kommandant der Pariser Nationalgarde 107.

B.

Back XII, 132; Bürgermeister 135.
Bakunin, russ. Flüchtling, in Dresden XI, 39.
Balaklawa, Schlacht bei XI, 63.
Baquedano, chilenischer General XII, 274.
Baraguay d'Hilliers, franz. Admiral XI, 61.
Barbès, franz. Revolutionär XI, 9.
Bardoux, franz. Abg., XII, 209.
Barrios, Präsident von Guatemala XII, 273.
Barrot, Odilon, französ. Minister XI, 4.
Bassermann, bad. Abgeord., Antrag auf Berufung eines deutschen Parlaments XI, 24. 25.
Batthyani, Ludwig, ungar. Ministerpräsident XI, 44; hingerichtet 47.
Bazaine, franz. General, in Mexiko XI, 130; Abzug nach Frankreich 134; bei Metz XII, 25; Oberbefehlshaber 34; Ausfälle 66; Kapitulation 68; verurteilt 115; entflieht 115.
Beaumont, Treffen bei XII, 45.
Beauregard, General der Konföderierten XI, 120. 122.
Becher, Reichsregent XI, 41.
Becker, Oskar, Attentat XI, 146.
Bedeau, franz. General, verhaftet XI, 12; verbannt 12.
Beernaert, belg. Ministerpräsident XII, 250.
Beke, östr. Reichsfinanzminister XI, 235.
Belcredi, Graf v., östr. Ministerpräsident XI, 140. 141; Rücktritt 234.
Belfort, Kapitulation von XII, 80;
— Schlacht bei XII, 77.
Bem, poln. General, beim Wiener Aufstand XI, 33; im ungar. Aufstand 45; flieht in die Türkei 47.
Benedek, östr. General, bei Solferino XI, 96; Marschallsrat 173; Oberbefehlshaber der östr. Armee 185. 188. 189; nach Olmütz 196.
Benedetti, Graf, franz. Botschafter XI, 199. 200; legt einen Vertragsentwurf vor 203. 230; nach Ems XII, 6; Audienz bei König Wilhelm 6. 8.
Bennigsen, v., Interpellation über Luxemburg XI, 228; Adreßentwurf XII, 100; Kompromißvorschlag 144.
Bentheim, preuß. General XII, 72.
Berezowski, Attentat XI, 232.
Berg, russ. General, in Polen XI, 73.
Berger, östr. Minister XI, 235.
Berliner Kongreß XII, 177.
Bernstorff, Graf, norddeutscher Botschafter in London XII, 18.
Beseler, Wilhelm, Statthalter von Schleswig-Holstein XI, 52.
Beust, v., sächs. Minister, Antrag auf Reform der Bundesverfassung XI, 157; bei der Londoner Konferenz 166; Einmischung in die Nikolsburger Verhandlungen 202; verläßt d. sächs. Staatsdienst 212; in Salzburg 232; östr. Minister d. Auswärtigen 233; Ausgleich 234; Reichskanzler 235; Depeschen an Metternich XII, 16; Verhandlungen mit Bismarck 153; Entlassung und Tod 194.
Beyer, preuß. General XI, 180; bad. Kriegsminister 224; gegen Dijon XII, 74.
Bismarck v., preuß. Staatsminister XI, 149, Antezedentien 150; im Landtag 155; Ministerpräsident u. Minister des Auswärtigen 155; Lücke in der Verfassung 156; Konvention mit Rußland 157; Unterredung mit Karolyi 158; gegen den Fürstenkongreß 159; diplomatischer Feldzug gegen Dänemark 162; Unterredung mit d. Augustenburger 169; Februarnote 171; Unterredung mit Gramont 171; mit von d. Pforten 171; in Gastein 171. 172; Erhebung in den Grafenstand 172; diplomatische Aktenstücke in d. schleswig-holsteinischen Konflikt 172. 173; Enthüllungen über Napoleons Anträge 174; Attentat 176; Unterhandlungen m. Hannover 179; nach d. Kriegsschauplatz 188; in Nikolsburg 200; weist Benedetti ab 203; Friedensverhandlungen mit Bayern 210. 211; Dotation 214; Entwurf der nordd. Bundesverfassung 217. 218; über Süddeutschland 220; Zollverein 222; Zollparlament 223; Luxemburger Streit 228. 229; Napoleons Bündnisantrag 230; kandiotischer Aufstand 256; Enthüllungsdepesche XII, 3; benachrichtigendes Telegramm 9; bei Eröffnung des Bundesrats 11; Rundschreiben 12; Enthüllungen 12; im Hauptquartier 27; vor Sedan 49; Kapitulationsverhandlungen 50; Rundschreiben 60; Unterredung mit Favre 61; Kapitulation von Paris 82; Präliminarien von Versailles 84. 86; Frankfurter Friede 89; Kaiserproklamation 95; in den Fürstenstand erhoben 100; Dotation 100; nicht nach Kanossa 121; über d. Kulturkampf 122; Zivilehe 123; Attentat 124; Verhandlungen mit der Kurie 128; Reichseisenbahn-Projekt 136; Sozialdemokratie 140; Militärkompromiß 144; Kolonialpolitik 146; Karolineninseln 149; päpstlicher Orden 150; Arnimscher Prozeß 152; Verhandlungen mit Oestreich 152; Dreikaiserzusammenkunft 153; Defensivbündnis 157; dritte Direktorstelle 160; Bismarckspende 160; Bismarckfeier 161; braunschweigische Erbfolge 163; über russisch-türk. Krieg 170; Rundschreiben 176; Kongreß 177; in

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Franzensbad 191; Pontuskonferenz 223.
Bismarck-Bohlen, Graf, Gouverneur d. Elsaß XII, 74. 130.
Blaine, Minister des Auswärtigen in den Vereinigten Staaten XII, 266. 267.
Blanc, Louis, Mitglied der provisorischen Regierung in Paris XI, 6; Arbeiterparlament 8; revolutionäre Regierung 9.
Blanqui, franz. Revolutionär XI, 9; XII, 108.
Blenker, Kommandant der Aufständischen in d. Pfalz XI, 40.
Blome, Graf v., östr. Gesandter XI, 171.
Blum, Robert, in Wien XI, 33; erschossen 34.
Blumenau, Gefecht bei XI, 198.
Blumenthal, preuß. General und Generalstabschef XI, 190; XII, 24.
Bocchesen XI, 238.
Bonaparte, Peter, Prinz XI, 265.
Bonin, Adolf v., preußischer General XI, 186;
— Eduard v., preuß. General XI, 52.
Böning erschossen XI, 43.
Booth, Wilkes XI, 125.
Börne, Ludwig XII, 279.
Bose, preuß. General XI, 198; XII, 30.
Bosquet, franz. General in der Krim XI, 63. 68.
Botta, ital. Historiker XII, 288.
Bouet-Villaumez, Graf, frz. Vizeadmiral XII, 25. 34.
Boulanger, franz. Kriegsminister XII, 217.
Bourbaki, franz. General XII, 25; Oberbefehl 69. 72; bei Belfort 77; Selbstmordversuch u. Absetzung 78.
Bourke, irischer Unterstaatssekretär XII, 236.
Bourrée, franz. Gesandter XII, 213.
Boyer, franz. General XII, 62.
Braamcamp, portugiesischer Staatsmann XII, 247.
Brandenburg, Graf, preuß. General XII, 38;
— Graf v., preuß. Ministerpräsident XI, 36. 37; Zusammenkunft in Warschau und Tod 50.
Bray, Graf v., bayr. Minister XI, 225; in Versailles XII, 91.
Brea, franz. General, ermordet XI, 9.
Bredow, v., preuß. General XII, 38.
Bremen, im Zollverein XII, 237.
Brenner, Baron v., östr. Bevollmächtigter in Nikolsburg XI, 200.
Brentano, Dichter XII, 277;
— Präs. der provisor. Regierung in Baden XI, 40; nach Amerika 43.
Brestel, östr. Finanzminister XI, 235.
Brière de l'Isle, französ. General XII, 214.
Brisson, franz. Ministerpräsident XII, 211. 214. 216.
Broglie, Herzog v., franz. Ministerpräsident XII, 118. 204. 206.
Bronsart, preuß. Oberstleutnant XII, 49.
Browne, engl. General XII, 232.
Bruck, Baron v., östreich. Handelsminister XI, 34; ermordet sich 138.
Buchanan, James, Präsident der Vereinigten Staaten XI, 118.
Buchner, östr. General XI, 45.
Büffet, franz. Minister XI, 265; XII, 205.
Bull-Run, Schlacht bei XI, 122.
Buol-Schauenstein, Graf v., östr. Minister des Auswärtigen XI, 79.
Buren, van, Präsident der Vereinigten Staaten XI, 116.
Burns, schottischer Dichter XII, 286.
Burnside, Oberbefehlshaber der Unionstruppen XI, 123.
Butler, General der Unionstruppen XI, 122.
Byron, Lord XII, 286.

C.

Cabrera, karlistischer General XII, 244.
Caceres, peruanischer General XII, 275; Präsident 276.
Cadorna, ital. General XII, 103.
Cairoli, ital. Minister XII, 220.
Calderon, Präsident v. Peru XII, 274.
Cambridge, Herzog v., in der Krim XI, 61.
Cambriels, franz. General XII, 74.
Campbell, Oberbefehlshaber des engl. Heeres in Ostindien XI, 111.
Camphausen, preuß. Ministerpräsident XI, 36.
Campos, Martinez, span. General XII, 243; in Cuba 245; Oberbefehlshaber 246.
Canning, Lord, Generalgouverneur in Indien XI, 111.
Canova, Bildhauer XII, 288.
Canovas-del-Castillo, span. Ministerpräs. XII, 244. 245. 246.
Canrobert, franz. General, Oberbefehlshaber in der Krim XI, 63. 67; im ital. Feldzug 94; in Chalons XII, 25; kriegsgefangen 68.
Castelar, span. Minister XII, 241; Präsident 242.
Castelfidardo, Treffen bei XI, 103.
Cavagnari, englischer Major XII, 232.
Cavaignac, franz. General XI, 9; Haupt der Exekutivgewalt und Kabinettspräsident 10; fällt durch bei der Präsidentenwahl 10; verhaftet 11; verbannt 12.
Cavendish, Staatssekretär für Irland XII, 236.
Cavour, Graf, sardinischer Ministerpräsident XI, 66; auf dem Pariser Kongreß 84; Staatskunst 87; Zusammenkunft in Plombières 89; in Baden-Baden 89; über Preußen 90; Unterhandlungen mit dem Papst 106; Tod 106.
Caxias, brasil. Marschall XII, 272.
Cetewayo, König der Zulukaffern XII, 233.
Chambord, Graf v. XII, 117; Schreiben 204; Tod 216.
Champigny, Schlacht bei XII, 80.
Chancellorsville, Schlacht bei XI, 123.
Changarnier, franz. General, Kommandant der Pariser Nationalgarde XI, 10; bewältigt den Sozialistenaufstand 11; der Oberbefehl abgenommen 11; verhaftet 11; verbannt 12.
Chanzy, franz. General XII, 69; Niederlagen 70. 71; Generalgouverneur von Algerien 115.
Charlotte, Kaiserin v. Mexiko XI, 131; wahnsinnig 133. 134.

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Charras, franz. Oberst, verhaftet XI, 12.
Chateaubriand XII, 285.
Chelmsford, Lord, engl. General XII, 233.
Chrestovics, Generalgouverneur XII, 186.
Christian VIII., König von Dänemark, veröffentlicht den „offenen Brief" XI, 23;
— IX., Prinz von Glücksburg, zum König von Dänemark designiert XI, 53; Thronbesteigung 160; Gesamt-Staatsverfassung 160; Waffenstillstand und Friede 168; Konflikt mit Folkething XII, 254; in Island 255.
Chrulew, russ. General, in der Krim XI, 66.
Chrzanowski, Oberbefehlshaber des sardin. Heeres XI, 22.
Cialdini, sardin. General XI, 103; im Etschgebiet 193.
Cissey, franz. General XII, 112; Ministerpräsid. 204. 205.
Clam-Gallas, Graf v., östr. General XI, 186.
Clam-Martinitz XII, 193.
Cleveland, Präsident d. Vereinigten Staaten XII, 267. 269.
Clinchant, franz. General XII, 78. 79; gegen die Commune 112.
Clüseret, General der Commune XII, 110; gefangen 113.
Cochery, franz. Abg., Interpellation XII, 5.
Coffinières, Kommandant von Metz XII, 34.
Cohen, Karl, Attentat XI, 177.
Colfax, Vizepräs. der Vereinigten Staaten XI, 126.
Colletta, ital. Historiker XII, 288.
Colley, engl. General XII, 233.
Colombey-Nouilly, Schlacht bei XII, 36.
Commune, Pariser XII, 108.
Comonfort, Präs. v. Mexiko XI, 127. 130.
Concha, span. General XI, 252; XII, 243.
Contreras, span. General XII, 242.
Cornelius, Maler XII, 281.
Cotegipe-Vanderley, brasil. Ministerpräs. XII, 273.
Courbet, französ. Kontreadmiral XII, 213. 214.
Courcy, französ. General XII, 215.
Cremer, französ. General XII, 75.
Crémieux, Mitglied der provisor. Regierung in Paris XI, 6; XII, 58; in Tours 59.
Cuba, Aufstand XI, 254.
Cusa, Hospodar von Moldau und Walachei XI, 76.
Custozza, Schlacht bei XI, 22, 194.

D.

Dahlmann, Historiker XII, 283.
Dalwigk, v., hess. Minister XI, 220; Zollverein 222; in Versailles XII, 91.
Dannecker, Bildhauer XII, 280.
Darboy, Erzbischof v. Paris, Konzil XI, 247; XII, 110; erschossen 112.
Darü, Graf, franz. Minister XI, 264. 265; Rücktritt 266.
Davis, Jefferson, Führer der demokrat. Partei in den Vereinigten Staaten XI, 118; Präsident der Konföderation 119. 125.
Deak, Franz, Führer der nationalen Partei in Ungarn XI, 140. 141; Ausgleich 234.
Debschütz, preuß. General XII, 75.
Decaen, franz. General XII, 34.
Degenfeld, Graf v., östr. Feldzeugmeister XI, 200.
Delbrück, preuß. Minister XII, 90; Versailler Verträge 91; Dotation 100.
Delescluze, Mitglied der Commune XII, 108; fällt 113.
Delyannis, griech. Minister XI. 256; XII, 190.
Dembinski, poln. General im ungar. Aufstand XI, 45. 47; flieht in die Türkei 47.
Denfert, Kommandant von Belfort XII, 79, 80.
Depretis, ital. Minister XII, 219. 220. 221.
Detmold, deutscher Reichsminister XI, 41.
Diaz, Porfirio, mexikan. General XI, 134; XII, 270.
Dinder, Erzbischof v. Posen XII, 129.
Dinizulu, König der Zulukaffern XII, 234.
Disraeli, engl. Minister, Wahlreformbill XI, 239; Ministerpräs. XII, 231; Graf v. Beaconsfield 231; Rücktritt 235.
Döllinger, Stiftspropst v. XI, 250.
Dombrowski, General der Commune XII, 111. 112.
Dominguez, span. General XII, 242.
Dondukow, Fürst XII, 185.
Döring, preuß. Oberst XI, 180.
Dossenbach, Treffen bei XI, 26.
Douay, Abel, franz. General, bei Weissenburg XII, 28;
— Felix, französ. General, XII, 25; in Chalons 43; bei Remilly 45; gegen die Commune 112.
Douglas, Führer der demokrat. Partei in den Vereinigten Staaten XI, 118.
Dreikönigsbündnis XI, 48.
Dresdener Konferenzen XI, 54.
Drouin de Lhuys, franz. Minister XI, 176. 203; Entlassung 204.
Ducatel, Julius XII, 111.
Düclerc, franz. Ministerpräs. XII, 211.
Dücrot, franz. General XII, 43; Ausfall 80.
Düfaure, franz. Ministerpräsident XII, 205. 207.
Düfour, Oberbefehlshaber des eidgenössischen Heeres XI, 81.
Dulce, span. General XI, 251.
Dunajewski, östr. Finanzminister XII, 199.
Duncker, Historiker XII, 283.
Düpanloup, Bischof v. Orleans, Konzil XI, 247.
Düpont de l'Eure, Mitglied der provis. Regierung in Paris XI, 6.
Düppeler Schanzen, Erstürmung der XI, 165.

E.

Edelsheim, v., bad. Minister XI, 208.
Ejub Chan, Prätendent in Afghanistan XII, 232.
Elsenhans, Redakteur in Rastadt, erschossen XI, 43.
Erfurter Parlament XI, 48.
Ernst, Erzherzog, östr. General XI, 185;
— Herzog v. Koburg XI, 180;
— August, Herzog v. Cumberland XII, 162. 163.
Escobedo, mexikan. General XI, 134.
Espartero XI, 253.
Esterhazy, Moritz, Graf v., östr. Minister XI, 140.
Estrup, dän. Ministerpräs. XII, 255.
Eugenie, Gemahlin des Kai-

(c) Instituto Cervantes de Madrid

sers Napoleon XI, 14; Suezkanal 258; Kriegslust 266; XII, 9; Regentschaft 25; Flucht n. England 58.
Eynatten, östr. General XI, 138.

F.

Faidherbe, franz. General XII, 72. 73.
Failly, de, franz. General XI, 243; Mentana 244; bei Bitsch XII, 25; in Chalons 43; bei Beaumont 45; Absetzung 46.
Falk, preuß. Kultusminister XII, 120; Maigesetze 122; Rücktritt 128.
Fallières, franz. Ministerpräsident XII, 211.
Fanti, sardin. General und Kriegsminister XI, 103.
Farini, ital. Historiker XII, 288;
— ital. Ministerpräs. XI, 108.
Farragut, Admiral der Unionsflotte XI, 122.
Farre, franz. General XII, 71;
Favre, Jüles XII, 57; Minister d. Auswärtigen 58; Rundschreiben 59; Unterredung mit Bismarck 61; Kapitulation 82; Präliminarien 84; Frankfurter Friede 89; Pontuskonferenz 223.
Fenner von Fenneberg beim Wiener Aufstand XI, 33; Kommandant in d. Pfalz 40.
Ferdinand I., Kaiser von Oestreich, nach Innsbruck XI, 31; nach Olmütz 32; Abdankung 34; bewilligt die Forderungen des ungar. Reichstags 43; Manifest gegen Ungarn 44;
— II., König v. Neapel und Sizilien XI, 18. 86; Tod 100;
— Titularkönig v. Portugal XI, 253; XII, 248.
Ferry, Mitglied der provisorischen Regierung Frankreichs XII, 58; Unterrichtsminister 208. 210. 211.
Festetics, Graf v., östr. General XI, 185. 188.
Fiala, Bischof von Basel XII, 263.
Fickler, bad. Revolutionär XI, 41. 42.
Figueras, Präs. der span. Regierung XII, 241. 242.
Filangieri, neapol. General XI, 19.
Fillmore, Präs. der Vereinigten Staaten XI, 117.
Fiquelmont, Graf v., östr. Minister XI, 31.
Flies, preuß. General XI, 181.
Flocon, Mitglied der provis. Regierung in Paris XI, 6.
Flourens, Mitglied d. Commune XII, 108; fällt 110.
Fonnesbech, dän. Ministerpräs. XII, 254.
Fontes Pereira, portugies. Staatsrat XII, 247.
Forcade de la Roquette, franz. Minister XI, 263. 264.
Forey, franz. General in Mexiko XI, 130.
Fourichon, französ. Vizeadmiral XII, 34; Mitglied der Regierung in Tours 59.
Fourtou, französ. Minister XII, 206.
Franchi, Kardinal-Staatssekretär XII, 128.
Franckenstein, v., bayr. Reichsrat XII, 92.
Frankfurt, Friede von XII, 89.
Fransecky, preuß. General XI, 198; bei Gravelotte XII, 42; vor Paris 68; in Montargis 70; gegen Bourbaki 78; bei Champigny 80.
Franz II., Großh. v. Mecklenburg-Schwerin XII, 25; gegen Orleans 66. 69; gegen Chanzy 70; nach Alençon 71;
— IV., Herzog v. Modena, flieht XI, 21; Absolutismus 86; flieht 95;
— II., König von Neapel und Sizilien XI, 100: Rückzug nach Gaeta 102; Kapitulation 104;
— Joseph, Kaiser v. Oestreich XI, 34, Zusammenkunft in Bregenz 49; in Warschau 50; in Olmütz 59; in Mailand 86; übernimmt den Oberbefehl in Italien 96; Zusammenkunft in Villafranca 98; Zusammenkunft in Teplitz 145; sucht Napoleons Vermittlung 195; Krönung in Ungarn 234; Suezkanal 258; Dreikaiserzusammenkunft XII, 153; Defensivbündnis 157; Skierniewicze 158; böhmisches Staatsrecht 193. 194;
— Karl, Erzherzog, verzichtet auf die Thronfolge XI, 34.
Fredericksburg, Schlacht bei XI, 123.
Freibodenmänner XI, 115.
Frère-Orban, belg. Ministerpräs. XII, 249.
Freycinet, franz. Ministerpräs. XII, 208. 211. 216.
Freydorf, v., bad. Minister, Zollverein XI, 222; in Versailles XII, 91.
Freytag, Gustav XII, 279.
Friedrich, Großh. von Baden XI, 221; XII, 15; in Versailles 94. 96;
— Herzog v. Augustenburg XI, 160; in Kiel 162; Unterredung mit Bismarck 169; verläßt Holstein 178;
— VII., König v. Dänemark, Gesamtverfassung XI, 24. 160; Tod 160;
— Karl, preuß. Prinz, im dänischen Feldzug XI, 164; Düppeler Schanzen 165; Alsensund 168; Oberbefehlshaber der Ersten Armee 183. 186; bei Königgrätz 192; Oberbefehlshaber der Zweiten Armee XII, 24; bei Vionville 38; Zernierungsarmee vor Metz 42; Kapitulation von Metz 68; Generalfeldmarschall 68; gegen Orleans 68; nach Le Mans 71; Dotation 100;
— Wilhelm, Kronprinz von Preußen, Oberbefehlshaber der Zweiten Armee XI, 183; bei Königgrätz 192; Suezkanal 258; Oberbefehlshaber der Dritten Armee XII, 24; bei Weißenburg 28; bei Wörth 28; vor Sedan 48; Generalfeldmarschall 68; Schreiben an Leo XIII. 127; Stellvertreter 140; in Madrid 159.
— — I., Kurfürst von Hessen XI, 49; Staatsgefangener in Stettin 180; Entschädigungsvertrag 225; Vermögensbeschlagnahme 226.
— — IV., König v. Preußen, in der Revolution XI, 34; lehnt die Kaiserkrone ab 39; nimmt nicht teil an dem Krimkrieg 64; Neuenburger Konflikt 81; Erkrankung 81; Tod 146.
Friesen, v., sächs. Minister XI, 212.
Fröbel, Julius, beim Wiener Aufstand XI, 33.
Frossard, französ. General XII, 25; bei Saarbrücken 27; bei Spicheren 31.
Froude, Historiker XII, 287.
Fuad Pascha, türk. Minister XI, 75.

(c) Instituto Cervantes de Madrid

G.

Gablenz, v., östr. Feldmarschallleutnant XI, 164. 168; Statthalter v. Holstein 172; verläßt Holstein 178; im böhm. Feldzug 185. 188; Waffenstillstandsgesuch 197.
Gagern, Friedrich v., hess. General, fällt XI, 25;
— Heinrich v., Präs. der Nationalversammlung XI, 26; legt sein Mandat nieder 41.
Gambetta, franz. Advokat und Abgeordneter XI, 262; Minister des Innern XII, 58; Diktator in Tours 59; Proskriptionsliste 83. 84; Rücktritt 84; gegen Mac Mahon 206; Präs. der Kammer 207; Rede in Cherbourg 208; Listenwahl 209; Ministerpräs. 210; Rücktritt u. Tod 211.
Garfield, Präs. der Vereinigten Staaten XII, 266.
Garibaldi, Joseph, in Rom XI, 16. 18. 85; im ital. Feldzug 94; Expedition nach Sizilien 101; nach Neapel 102; legt die Diktatur nieder 103; Rom oder den Tod 107; verwundet bei Aspromonte 107; rückt in Tirol ein 193. 205; im Kirchenstaat 242. 243; Mentana 244; bei Dijon XII, 75. 78. 79; nach Caprera 79; Liga 219; Tod 222.
Garnier-Pagès, Mitglied der provisor. Regierung in Paris XI, 6. 8; XII, 58.
Gasteiner Konvention XI, 172.
Geibel, Emanuel XII, 279.
Georg, König v. Hannover XI, 180; Kapitulation 181; Entschädigungsvertrag 225; Welfenlegion 226; Vermögensbeschlagnahme 226; Tod XII, 162.
Georgios, König v. Griechenland XI, 78; beim kandiotischen Aufstand 256; Vermählung 260.
Gersdorff, preuß. General XII, 46.
Gervinus, Historiker XII, 283.
Gettysburg, Schlacht bei XI, 123.
Giers, v., russ. Minister des Auswärtigen XII, 158; in Franzensbad 191.
Giesebrecht, Historiker XII, 283.
Gioberti, Präs. des sardinischen Ministeriums XI, 22.
Giskra, östr. Minister XI, 235.
Gladstone, engl. Minister XI, 238; Ministerpräs. 239; XII, 230; Rücktritt 231; Ministerpräs. 235; Wahlreformbill 237; Rücktritt 237; Ministerpräs. 239; Homerulebill 239; Rücktritt 240.
Glais-Bizoin, Mitglied der provis. Regierung Frankreichs XII, 58; in Tours 59.
Glümer, preuß. General XII, 75.
Gneisenau, Graf, preuß. General XII, 27.
Göben, preuß. General XII, 73; Dotation 100.
Golther, württemb. Kultusminister XI, 224.
Goltz, von der, preuß. General XII, 36; gegen Langres 75.
Gonzalez Bravo, span. Minister XI, 251. 252;
— Manuel, Präs. v. Mexiko XII, 270.
Gordon, engl. General XII, 182. 183.
Görgei, ungar. General XI, 45; Oberbefehlshaber 45; Kriegsminister 46; Niederlage 46; Diktatur und Kapitulation 47.
Gortschakow, Alex., Fürst, russ. Reichskanzler XI, 69; weist die Intervention in Polen zurück 73; XII, 153. 156. 172:
— Michael, Fürst, rückt in die Donaufürstentümer ein XI, 57; Oberbefehlshaber in der Krim 66; Rückzug von Sebastopol 68; Statthalter von Polen 71.
Görtz-Wrisberg, Graf, braunschweigischer Staatsminister XII, 164.
Goßler, v., preuß. Kultusminister XII, 128.
Gotthardbahn XII, 264.
Goulard, franz. Bevollmächtigter XII, 89.
Govone, ital. General XI, 174.
Grach, preuß. Artillerieoffizier, in Silistria XI, 60.
Graham, engl. General XII, 182.
Gramont, Herzog v., franz. Botschafter 171; Verhandlungen mit Beust 232; Minister des Auswärtigen 266; über die hohenzollerische Kandidatur XII, 5; Telegramme an Benedetti 6, 8; im Senat 10; Rücktritt 33.
Grant, Oberbefehlshaber der Unionstruppen XI, 123; Präs. d. Vereinigt. Staaten 126, XII, 265.
Grävell, deutscher Reichsminister XI, 41.
Gravelotte, Schlacht bei XII, 41.
Grevy, Präs. der franz. Republik XII, 207; Märzdekrete 208; Wiederwahl 216.
Grillparzer XII, 278.
Grousset, Mitglied der Commune XII, 109; gefangen 113.
Grün, Anastasius XII, 278.
Guerazzi, Präs. des republ. Ministeriums in Toscana XI, 16.
Gueydon, franz. Vizeadmiral XII, 34.
Guiteau, Attentat XII, 266.
Guizot, franz. Geschichtschreiber XII, 286.
Gurko, russ. General XII, 172. 175.
Gutzkow, Karl XII, 279.
Gyulay, Franz, östr. Oberbefehlshaber im ital. Krieg XI, 94; Rückzug 95.

H.

Hacke, v. sächsischer General, Oberbefehlshaber der Exekutionsarmee XI, 161.
Halleck, Oberbefehlshaber der Unionstruppen XI, 122.
Hamburg im Zollverein XII, 137.
Hardegg, württemb. General XI, 181.
Harrison, Präsident der Vereinigten Staaten XI, 116.
Hartington, liberaler Unionist XII, 239. 240.
Hartmann, bayr. General XII, 46.
Hasner, östr. Kultusminister XI, 235; Ministerpräsident 237.
Hassenpflug, kurhessischer Ministerpräsident XI, 49.
Hatzfeld, Graf XII, 210.
Hauff, Wilhelm XII, 278.
Haußmann, Seinepräfekt XI, 265.
Häusser, Historiker XII, 283.
Havelock, engl. General, im indischen Aufstand XI, 111.
Hayes, Präsident der Vereinigten Staaten XII, 265.
Haymerle, v., Minister des Auswärtigen XII, 157. 158.
Haynau, östreich. General nimmt Brescia XI, 22; Venedig 23; in Ungarn 46, 47.

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Hecker, bad. Abgeordneter XI, 24; Aufstand im Oberland 25, nach Nordamerika 38, 43.
Heemskerk, holländ. Ministerpräsident XII, 251, 252. 253.
Hefele, Bischof von Rottenburg XI, 247.
Hegel, Philosoph XII, 282.
Heine, Heinrich XII, 279.
Heinrich, Prinz der Niederlande XII, 252.
Helene, Herzogin von Orleans XI, 5.
Henkel von Donnersmarck, Präfekt von Deutschlothringen XII, 68.
Hentzi, östr. General, fällt bei der Verteidigung Ofens XI, 46.
Herbst, östr. Justizminister XI, 235.
Herwarth von Bittenfeld, preuß. General, Uebergang über den Alsensund XI, 168; Oberbefehlshaber der Elbarmee 183, 186; bei Königgrätz 192; Dotation 214.
Herwegh, Dichter im badischen Aufstand XI, 26.
Herzog, altkatholischer Bischof XII, 262.
Heß, östr. Feldmarschalleutnant XI, 96.
Heubner, Mitglied der provisorischen Regierung in Sachsen XI, 39.
Heydt, von der, preuß. Finanzminister XI, 148. 149.
Heyse, Paul XII, 279.
Hicks Pascha XII, 181.
Hödel, Attentat XII, 140.
Hoffmann, bad. General XI., 38.
Hohenlohe-Ingelfingen, Ad. Fürst von, preuß. Ministerpräsident XI, 148; Rücktritt 149.
Hohenlohe-Schillingsfürst, Chlodwig, Fürst v., bayr. Ministerpräsident XI, 220; Zollverein 222; Rücktritt 225; Rundschreiben über Konzil 246; Statthalter XII, 135; Botschafterkonferenz 178.
Hohenlohe-Schillingsfürst, Fürst v., Kardinal XII, 121.
Hohenwart, Graf XII, 192; Entlassung 194; Führer der Feudalen 195.
Hohenzollern, Anton Fürst, von, preuß. Ministerpräsident XI, 82; Unterredung mit Pepoli 90; Rücktritt 148; Telegramm über die hohenzollerische Kandidatur XII, 7.
Holstein von Holsteinborg, Graf, dänischer Ministerpräsident XII, 254.
Hooker, Oberbefehlshaber der Unionstruppen XI, 123.
Hoost, von der, Oberbefehlshaber des schleswig-holsteinischen Heeres XI, 53.
Hübner, Baron, östr. Gesandter in Paris XI, 90.
Hugo, Viktor, verhaftet und verbannt XI, 12; Dichter XII, 285.
Humbert, König von Italien XII, 218; Attentat 220; in Wien 221; Cholera 222.
Humboldt, Alexander von XII, 284.
Humboldt, Wilhelm v. XII, 283. 284.

J.

Jachmann, preuß. Kontreadmiral XI, 165.
Jackson, amerikan. General XI, 113; Präsident der Vereinigten Staaten 116.
Janson, belg. Abgeordneter XII, 249.
Jefferson, Thomas, Präsident der Vereinigten Staaten XI, 113.
Jellachich, Banus, von Kroatien XI, 32. 44; Oberbefehlshaber des östreich. Heeres in Ungarn 45; des serbisch-kroatischen Heeres 46.
Iglesias, Präsident von Peru XII, 275. 276.
Ignatiew, Graf, russ. Minister des Innern XII, 158; Botschafter in Konstantinopel 168; Londoner Protokoll 171; Minister 226. 228.
Immermann, Karl XII, 279.
Inkermann, Schlacht bei XI, 63.
Interim XI, 48.
Internationale in London XII, 106.
Jochmus, deutscher Reichsminister XI, 41.
Johann, König von Sachsen XI, 180;
— östr. Erzherzog, Reichsverweser von Deutschland XI, 26. 28; legt sein Amt nieder 48.
John, östr. Generalstabschef XI, 194; in Wien 197. 200; Reichskriegsminister 235.
Johnson, Andrew, Vizepräsident der Vereinigten Staaten XI, 123; Präsident 125; Konflikt mit dem Kongreß 125. 126;
Johnson, General der Konföderirten XI, 124.
Jolly, bad. Staatsminister XI, 224; in Versailles XII, 91.
Jonin, russ. Gesandter XII, 185.
Jörg, bayr. Abgeordneter XII, 14.
Joubert, General der Transvaalrepublik XII, 233.
Jovellar, span. General XII, 245.
Isabella II., Königin von Spanien XI, 250; goldene Rose 251; in San Sebastian 252; verläßt Spanien 252; Abdankung 252; Protest XII, 240.
Iskender Bei XI, 60.
Island, Verfassung XII, 255.
Ismail Pascha, Chedive v. Aegypten XI, 257; Suezkanal 258, XII, 179. 180.
Italia irredenta XII, 219.
Juan, Don, span. Tronprätendent XI, 252.
Juarez, Präsident von Mexiko XI, 127; Konflikt mit dem Ausland 128; verläßt Mexiko 130; Einzug in Mexiko 134; Präsident XII, 270.

K.

Kalnoky, Graf, Minister des Auswärtigen XII, 158.
Kamecke, preuß. General XII, 31.
Kandern, Treffen bei XI, 25.
Kandia, Aufstand XI, 255.
Kantakuzenos, Fürst XII, 186.
Kanzler, General, päpstlicher Kriegsminister XI, 244; XII, 103.
Kappeyne van de Copello, holländ. Ministerpräsident XII, 251.
Karagiorgiewitsch, Alexander, Fürst von Serbien XI, 76.
Karl, Fürst von Canino, römischer Revolutionär XI, 15;
— Herzog von Braganza XII. 248;
— II., Herzog von Parma, flieht XI, 21; ermordet 86;
— XV., König von Schweden XII, 256;
— König von Württemberg XII, 14;
— Prinz von Bayern, Oberbefehlshaber der bayrisch. Armee XI, 181;

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Karl, Prinz v. Hohenzollern, Fürst von Rumänien XI, 76; in Bulgarien XII, 173; König 179;
— Albert, König von Sardinien, Verfassung XI, 20; rückt in d. Lombardei ein 21; Niederlagen 22; Abdankung und Tod 22.
Karlos, span. Thronprätendent XI, 252; Aufstand 254; Protest XII, 240; Aufstand 242. 243. 244.
Karolyi, Graf v., östr. Gesandter in Berlin XI, 158; in Nikolsburg 200.
Kauffmann, russ. General XI, 261; XII, 228.
Kaulbach, Maler XII, 281.
Kaulbars, bulg. Minister XII 185;
— russisch. Bevollmächtigter XII, 191.
Kenrick, Erzbischof v. Sankt Louis, Konzil XI, 247.
Kerner, Justinus XII, 278.
Ketteler, Bischof von Mainz, Konzil XI, 249.
Kettler, preuß. General XII, 79.
Khevenhüller, Graf XII, 188.
Kinkel, Gottfried, verurteilt XI, 43; befreit 43.
Kirchbach, preuß. General XII, 29; vor Sedan 46; vor Paris 81.
Kiß, Bildhauer XII, 280.
Klapka, ungar. General XI, 45.
Klenze, Baumeister XII, 280.
Knotz, östreich. Abgeordneter XII, 199.
Köhler, holländ. General XII, 252.
Komarow, russ. General XII, 229.
Kongokonferenz XII, 151.
Kongostaat XII, 152.
Königgrätz, Schlacht bei XI, 190.
Konstantin, Großfürst, Statthalter von Polen XI, 71.
Kossuth, Ludwig, Führer der ungar. Opposition XI, 43; Finanzminister 44; Präsident der provisorischen Regierung 45; Gouverneurpräsident 46; Abdankung 47; flieht in die Türkei 47.
Krapotkin, Fürst XII, 215.
Krementz, Bischof von Ermeland XII, 118; Erzbischof von Köln 129.
Kremsier, Reichstag in XI, 34.
Krüdener, russ. General XII, 172. 173.
Krüger, Präsident der Transvaalrepublik XII, 233. 234.
Kübeck, v., östr. Präsidialgesandter XI, 212.
Kuhn v., Feldmarschallleutnant, östr. Reichskriegsminister XI, 235.
Kühne, Gustav XII, 279.
Kullmann, Attentat XII, 124.

L.

Lachat, Bischof XII, 261. 263.
Ladmirault, franz. General XII, 25; gegen die Commune 112.
La Farina, ital. Nationalverein XI, 84.
Lagrange, Charles, franz. Revolutionär XI, 3; verhaftet 12.
Lamarmora, sardinischer General, in der Krim XI, 66; Generalstatthalter von Rom XII, 103.
Lamartine, Mitglied der provisorischen Regierung in Paris XI, 6; Exekutivkommission 8; Dichter XII, 285.
Lamberg, östr. General, ermordet XI, 44.
Lambert, Graf, Statthalter von Polen XI, 71.
Lamoricière, franz. General, verhaftet XI, 11; verbannt 12; Oberbefehlshaber des päpstlichen Heeres 102; bei Castelfidardo 103; Kapitulation 103.
Langensalza, Treffen bei XI, 181; Kapitulation von 181.
Langiewicz, Führer im poln. Aufstand XI, 72.
Langrand-Dümonceau päpstlicher Graf XII, 249.
Laserna, span. General XII, 243. 244.
Lassalle XII, 139.
Laube, Heinrich XII, 279.
Lauth, Bürgermeister von Straßburg XII, 132.
Lanza, neapolitan. General XI, 101.
Larisch, Graf v., östr. Finanzminister XI, 140.
Latour, östr. Kriegsminister XI, 32; ermordet 32.
Lavalette, franz. Minister des Auswärtigen XI, 256. 262.
Layard bekämpft die orientalische Politik des engl. Ministeriums XI, 58.
Leboeuf, franz. General XI, 206; Kriegsminister 232. 264; archiprêt 267; Generalstabschef XII, 34; kommandierender General 34; kriegsgefangen 68.
Lebrün, franz. General XII, 43.
Ledochowski, Erzbischof von Posen, in Versailles XII, 99; verhaftet und abgesetzt 125; Kardinal 125; Verzichtleistung 129.
Ledrü-Rollin, Mitglied der provisorischen Regierung in Paris XI, 6; Exekutivkommission 8; revolutionäre Regierung 9; flieht nach England 11.
Lee, General der Konföderierten XI, 121. 122. 123; Kapitulation 124.
Legeditsch, östr. Feldmarschall, rückt in Holstein ein XI, 53.
Leiningen, Graf v., außerordentlicher östr. Gesandter in Konstantinopel XI, 56.
Lenau, Nikolaus XII, 278.
Leo XIII., Verhandlungen mit Berlin XII, 127; Vermittler 149; Orden an Bismarck 150; Wahl 218; Verhandlungen mit der Schweiz 262. 263.
Leopold, Erbprinz v. Hohenzollern, span. Thronkandidatur XI, 254, XII, 4, Rücktritt von der Kandidatur 7;
— Erzherzog, östr. General XI, 185. 188.
— Großherzog von Baden, flieht aus Karlsruhe XI, 40; Tod 43.
— II., Großherzog v. Toscana XI, 16; Aufhebung der Verfassung 86; flieht 95;
— II., König von Belgien XII, 151; Souverän des Kongostaates 152. 251.
Lerdo de Tejada, Präsident von Mexiko XII, 270.
Le Sourd, franz. Geschäftsträger in Berlin XII, 5; Kriegserklärung 11.
Lesseps, Ferdinand v., Suezkanal XI, 258.
Lichnowski, Fürst, ermordet XI, 29.
Lincoln, Abraham, Präsident der Vereinigten Staaten XI, 118; Aufruf zu den Waffen 121; Abschaffung der Sklaverei 123; wiedergewählt 123; ermordet 125.
Liprandi, russ. General in der Krim XI, 63.
Lissa, Seetreffen bei XI, 205.
Lobkowitz, Fürst, Vizepräsi-

(c) Instituto Cervantes de Madrid

dent der östreich. Kammer XII, 199.
Loftus, Lord, engl. Botschafter in Berlin XII, 18.
Londoner Konferenz XI, 230.
Londoner Protokoll von 1852 XI, 53.
Lopez, mexikan. Oberst XI, 134.
— Präsident von Paraguay XII, 271, 272.
Lorencez, franz. General in Mexiko XI, 129.
Loris Melikow, russ. General XII, 172; Präsident der Exekutiv-Kommission 225; Rücktritt 226.
Louis Philipp, König der Franzosen, Abdankung XI, 5; Flucht nach England 6; Tod 6.
Loulé, Marquis v. XII, 247.
Lüderitz XII, 146.
Lüders, russ. General in Ungarn XI, 47; Statthalter von Polen 71.
Ludwig, Graf v. Eu XII, 272;
— III., Großherzog von Hessen XI, 220;
— I., König von Bayern, Abdankung XI, 25; Kunstmäcen XII, 280;
— II., König von Bayern XII, 14; trägt die Kaiserwürde an 94; Cäsarenwahnsinn 164; Tod 163;
— König von Portugal XI, 253.
Luise, Herzogin von Parma XI, 95.
Luitpold, Prinz, Regent von Bayern XII, 164.
Lutz, bayr. Minister XII, 91; Kanzelparagraph 120.
Lynch, chilenischer General XII, 274.

M.

Macaulay, Historiker, XII, 287.
Mac Clellan, Oberbefehlshaber der Unionstruppen XI, 122.
Mac Dowell, General der Unionstruppen XI, 121.
Mac Mahon, franz. General, vor Sebastopol XI, 68; im ital. Feldzug 94; Herzog v. Magenta 95; bei Straßburg XII, 25; bei Wörth 28; in Chalons 43; nach Reims 43; nach Sedan 44; gegen die Kommune 111. 112; Präs. der französ. Republik 118. 203; Rücktritt 207.
Madagaskar, franz. Expedition nach XII, 212.
Madison, Präs. der Vereinigten Staaten XI, 113.
Magenta, Schlacht bei XI, 95.
Magnan, französ. General XI, 11.
Mahdi XII, 181. 184.
Mailath, Graf v., ungar. Hofkanzler XI, 140.
Malmö, Waffenstillstandsvertrag von XI, 28.
Malou, belg. Finanzminister XII, 249; Ministerpräs. 250; Rücktritt 250.
Mamiani, Präs. des radikalen Ministeriums in Rom XI, 15.
Mancini, ital. Minister XII, 221.
Manin, Präs. der provisor. Regierung in Venedig XI, 21; geht in die Verbannung 23; ital. Nationalverein 84.
Manning, Erzbischof von Westminster, Konzil XI, 249.
Manstein, preuß. General XII, 41.
Manteuffel, Edwin v., preuß. General, Statthalter von Schleswig XI, 172; Ministerrat 173; rückt in Holstein ein 178; Mainfeldzug 206; Befehlshaber der Mainarmee 207; vor Metz XII, 41; Oberbefehl über die Nordarmee 68. 72; über die Südarmee 76; Okkupationsarmee 88; Generalfeldmarschall 88; Dotation 100; Statthalter 134; Tod 135;
— v., preuß. Minister des Innern XI, 37; Minister des Auswärtigen 50; in Olmütz 50; Rücktritt 82.
Manzoni, ital. Dichter XII, 287.
Maret, Bischof von Sura, Konzil XI, 247.
Marie, Mitglied der provis. Regierung in Paris XI, 6; Exekutivkommission 8.
Marie Christine, Königin von Spanien XII, 246; Goldene Rose 247.
Marquez, mexikan. General XI, 129. 134.
Marrast, Mitglied der provisor. Regierung in Paris XI, 6.
Martin, Bischof von Paderborn XII, 125;
— französ. Geschichtschreiber XII, 286.
Marx, Karl, Leiter der Internationale XII, 106.
Masella, Nuntius in München XII, 128.
Mathy, badischer Staatsminister XI, 208; Denkschrift 221; Tod 224.
Maupas, Pariser Polizeipräfekt XI, 11.
Maximilian, Erzherzog, Kaiser von Mexiko XI, 130; Einzug in Mexiko 131; Achtdekrete 132; in Queretaro 134; erschossen 134;
— II., König von Bayern XI, 25; Zusammenkunft in Bregenz 49.
Maybach, Minister d. öffentlichen Arbeiten XII, 136.
Mayer, Karl, Dichter XII, 278.
Mazzini, ital. Revolutionär, in Rom XI, 16. 18. 85.
Meade, Oberbefehlshaber der Unionstruppen XI, 123.
Meglia, Nuntius in München XII, 124.
Meier, Vertreter des Bremer Lloyd XII, 151.
Mejia, mexikan. General XI, 127; erschossen 134.
Melchers, Erzbischof v. Köln, Kardinal XII, 129.
Menabrea, ital. General, Ministerpräs. XI, 243.
Menschikow, Fürst, außerordentlicher russ. Gesandter in Konstantinopel XI, 57; Gouverneur der Krim 62; Entlassung 66.
Mensdorff-Pouilly, Graf v., östr. Minister des Auswärtigen XI, 140; im schleswig-holstein. Konflikt 170. 173; Rücktritt 233.
Mentana, Treffen bei XI, 244.
Mermillod, Bischof XII, 261, 262. 263.
Merode, päpstlicher Kriegsminister XI, 102.
Messenhauser, Kommandant der Wiener Nationalgarde XI, 33; erschossen 34.
Metternich, östr. Reichskanzler, Abdankung XI, 30.
Metz, Kapitulation von XII, 68.
Meza, dän. General XI, 165.
Michael, Großfürst XII, 172.
Michel, Luise XII, 215.
Michelet, franz. Geschichtschreiber XII, 286.
Midhat Pascha, Großwesir XII, 171.
Mieroslawski, Oberbefehlshaber der sizil. Aufständischen XI, 19; in Berlin 36; Kommandant der Aufständischen in Baden 40; beim poln. Aufstand 72.
Mignet, franz. Geschichtschreiber XII, 286.

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Millot, franz. General XII, 214.
Milan, König von Serbien XII, 179.
Miljutin, russ. Kriegsminister XII, 156.
Minghetti, ital. Ministerpräsident XI, 108.
Miot, franz. Admiral XII, 212.
Miramare, Vertrag von XI, 131.
Miramon, mexikan. General XI, 127; erschossen 134.
Missourikompromiß XI, 115.
Mittermaier, Prof. in Heidelberg, Präs. des Vorparlaments XI, 25.
Mittnacht, württ. Minister XII, 90. 91.
Molé, Graf, franz. Ministerpräsident XI, 3. 4.
Möller, v., Oberpräs. von Elsaß-Lothringen XII, 130. 134.
Moltke, preuß. General, Chef des preuß. Generalstabs, über den ital. Feldzug XI, 99; im dänischen Feldzug 164. 168; in Regensburg 171; Ministerrat 173; Feldzugsplan im östreich. Feldzug 182; Kriegsrat in Gitschin 189; gegen Wien 196; in Nikolsburg 200; Direktiven zum Mainfeldzug 206; Urteil über den Mainfeldzug 208; Dotation 214; Luxemburger Streit 229; Kriegsplan XII, 20; im Hauptquartier 27; vor Metz Schlachtplan 35; vor Sedan 49; Kapitulationsverhandlungen 50; Vortrag beim König 64; in den Grafenstand erhoben 68; Direktiven gegen Bourbaki 76; Dotation 100; Generalfeldmarschall 101; über die franz. Armee 115; über Reichsmilitärges. 143. 145.
Monroe, Präs. der Vereinigten Staaten XI, 114.
Monroedoktrin XI, 114.
Montero, Vizepräsident von Peru XII, 275.
Montez, Lola, Gräfin von Landsfeld XI, 25.
Montpensier, Herzog v., XI, 251. 254.
Mony, franz. Abg. XI, 267.
Moore, irischer Dichter XII. 287.
Mörike, Eduard XII, 278.
Moriones, span. General XII, 243.
Morny, Graf, XI, 11.
Mortara, Schlacht bei XI, 22.
Most, Anarchist XII, 270.
Motterouge, de la, franz. General XII, 64. 65.
Mouy, Graf XII, 190.
Mühler, preuß. Kultusminister XII, 119; Rücktritt 120.
Mukhtar Pascha XII, 174; in Kairo 184.
Mülbe, von der, preuß. General XI, 164.
Mundt, Theodor XII, 279.
Murad V., Sultan XII, 168.
Murawiew, russ. General, in Kleinasien XI, 68.
Mussa Pascha, Kommandant von Silistria XI, 60.
Mutius, preuß. General XI, 186.

N.

Nachimow, russ. Admiral XI, 58; tödlich verwundet 67.
Nachtigal, Generalkonsul XII, 147.
Nana Sahib, Maharattenhäuptling XI, 110. 111.
Napier, Charles, engl. Admiral XI, 61;
— Robert, engl. General, in Abessinien XI, 241.
Napoleon, Jerome, Prinz, in der Krim XI, 61; Mission nach Berlin 80; im ital. Krieg 97; in Berlin 233; Enthüllungen XII, 17. 18; Chef der Familie 217; Ausweisung 217;
— Louis, Prinz, Präsident d. Republik XI, 10; Staatsstreich 11; Präsident auf zehn Jahre 12; Kaiser 13; Vermählung 14; Intervention in Rom 16; Abneigung gegen Rußland 56; Zusammenkunft in Stuttgart 70; Interventionsversuch in Polen 73; Anträge an Preußen 80; Vermittlung im Neuenburger Konflikt 81; Attentat 88; Zusammenkunft in Plombières 89; Neujahrsgruß 90; Allianzantrag an Preußen 92; Oberbefehl über das franz.-sardin. Heer 94; bei Magenta 95; Einzug in Mailand 95; Zusammenkunft in Villafranca 98; tritt Garibaldi entgegen 102; Konvention mit Italien 108; Intervention in Mexiko 129; Zusammenkunft in Baden-Baden 145; Anträge an Preußen 174; Vertrag mit Oestreich 175; Einmischung in den preuß.-östr. Krieg 195; nimmt die Kriegsdrohung zurück 203; Luxemburger Frage 227; Besuch in Salzburg 232; Verhandlungen mit Isabella 252; oppositionelle Stimmung 261; Senatskonsult 265; Volksabstimmung 266; Kriegsfrage XII, 9; unterhandelt mit Italien 18; Kriegsplan 23; übernimmt das Oberkommando 25; bei Saarbrücken 27; legt das Oberkommando nieder 34; nach Chalons 36; in Sedan 49; nach Wilhelmshöhe 55; in England 56; Tod 56;
Napoleon, Louis, Prinz, Sohn des vorigen XII, 27; Volljährigkeit 204; Tod 217. 233;
— Viktor, Prinz XII, 217.
Narvaez, Marschall, span. Ministerpräsid. XI, 251; Tod 251.
Nationalversamml. in Frankfurt eröffnet XI, 26.
Negrier, franz. General XII, 214.
Neipperg, östr. General XI, 182.
Nemours, Herzog von XI, 5.
Nesselrode, Graf, russ. Minister des Auswärtigen XI, 69.
Neuenburg, Republik XI, 81.
Nicotera, ital. Freischarenführer XI, 242.
Niebuhr, Historiker XII, 283.
Niel, franz. Ingenieurgeneral, in der Krim XI, 66; im ital. Feldzug 94; bei Solferino 96; Kriegsminister 231; stirbt 231.
Nihilisten XII, 224.
Nikolai, Großfürst, Oberbefehlshaber d. Südarmee XII, 170. 172.
Nikolaus, Fürst von Montenegro XII, 173;
— Kaiser v. Rußland, läßt in Ungarn einmarschieren XI, 46; Zusammenkunft in Warschau 49. 50; Absichten auf die Türkei 55; Gespräch mit Seymour 56; Zusammenkunft in Olmütz 59; verwirft die Friedensbedingungen 64; Tod 66.
Nikolsburg, Präliminarien von XI, 201.
Nina, Kardinal-Staatssekretär XII, 128.
Nobiling, Attentat XII, 140.
Noisseville, Schlacht b. XII, 66.
Novaliches, span. General XI, 252.
Novalis XII, 277.
Novara, Schlacht bei XI, 22.

(c) Instituto Cervantes de Madrid

O.

Obernitz, v., Kommandant der württ. Division XII, 14; bei Sedan 46.
Obrenowitsch, Michael, Fürst v. Serbien XI, 76;
— Milan IV, Fürst von Serbien XI, 76;
— Milosch, Fürst v. Serbien XI, 76.
O'Donnell, span. General, Ministerpräsident XI, 250.
Oktoberdiplom XI, 138.
Ollivier, franz. Minister XI, 264. 267; über d. hohenzollerische Kandidatur XII, 7; in d. Kammer 10; Rücktritt 33.
Olmützer Vertrag XI, 50. 182.
Omer Pascha, türk. General XI, 58. 60; bei Eupatoria 66.
Orleans, Kämpfe vor XII, 69.
Orsini, Felix, Attentat auf Napoleon XI, 88.
Ortega, mexikan. General XI, 127. 130.
Oskar II., König v. Schweden XII, 256. 257. 258.
Osman Digma XII, 181.
— Pascha, türk. Admiral XI, 58;
— türk. General XII, 173. 174;
Otto, König von Bayern XII, 166;
— König von Griechenland XI, 60. 77; Absetzung 77.
Oubril, v., russ. Botschafter in Berlin XII, 3.
Oudinot, franz. Marschall, vor Rom XI, 16. 18.
Overbeck, Maler XII, 280.

P.

Pagnerre, Mitglied der provisor. Regierung in Paris XI, 6.
Palacky, Präs. des Slawenkongresses in Prag XI, 31.
Palikao, Graf, franz. Ministerpräsident XII, 33; in der Kammer 57.
Pallavicino, ital. Oberst, bei Aspromonte XI, 107;
— ital. Nationalverein XI, 84.
Palmerston, Lord, engl. Minister XI, 58.
Paris, Kapitulation von XII, 82.
Parnell, irischer Agitator XII, 235. 238.
Paskewitsch, Fürst, russ. Feldmarschall; in Ungarn XI, 46; in Bulgarien 60; Tod 71.
Passanante, Attentat XII, 220.
Pavia, Generalkapitän von Madrid XII, 243.
Pedro II., Kaiser von Brasilien XII, 272.
Pelissier, Oberbefehlshaber des franz. Heeres in der Krim XI, 67; Eroberung von Sebastopol 68.
Pelletan, Mitglied der provisor. Regierung Frankreichs XII, 58.
Pepe, Wilhelm, neapolit. Revolutionär u. General XI, 19; geht in d. Verbannung 23.
Pepoli, Marchese, Mission nach Düsseldorf XI, 89. 90.
Persano, ital. Admiral XI, 204.
Persigny, Vikomte von, Vertrauter Napoleons XI, 11; Mission nach Berlin 80.
Petersburg, Schlacht bei XI, 124.
Peuker, Befehlshaber der Reichstruppen im bad. Aufstand XI, 42.
Pfordten, von der, bayr. Minister XI, 171; Verhandlungen in Nikolsburg 208; in Berlin 211; Rücktritt 220.
Pfuel, v., preuß. General, Ministerpräs. XI, 36.
Philipp, Graf v. Paris XII, 204. 216; Ausweisung 217.
Philippovich, östr. Feldzeugmeister XII, 196.
Picard, Mitglied der provisor. Regierung Frankreichs XII, 58; in Versailles 84.
Pierce, Franklin, Präs. der Vereinigten Staaten XI, 117.
Pierola, Präs. v. Peru XII, 274.
Pierre, franz. Admiral XII, 212.
Pillersdorff, Freih. v., östr. Minister XI, 31.
Pinard, franz. Minister XI, 262.
Pius IX., Papst, Reformen im Kirchenstaat XI, 14; Flucht nach Gaeta 15; Rückkehr nach Rom 18; Reaktion 86; Encyklika u. Syllabus 109; ökumenisches Konzil 245; Unfehlbarkeit 249; Schreiben an König Wilhelm XII, 19; Ablehnung der Vorschläge Viktor Emanuels 103. 104; gegen Bismarck 121; Brief an Kaiser Wilhelm 123; Encyklika gegen d. Maigesetze 125; stirbt 127. 218; Encyklika gegen d. schweiz. Bundesrat 262.
Pi-y-Margall, Präs. d. span. Regierung XII, 242.
Platen, Graf v. XII, 278.
Plener, östr. Abg. XII, 199;
— östr. Handelsminister XI, 235.
Plewna, Kapitulation von XII, 174.
Podbielski, preuß. General XI, 200; XII, 45.
Polk, James, Präs. d. Vereinigten Staaten XI, 116.
Possada-de-Herrera, span. Ministerpräs. XII, 245.
Potocki, Graf, östr. Ackerbauminister XI, 235; Ministerpräs. 237; Rücktritt 238.
Pourtalès, Friedrich, Graf v., Revolution in Neuenburg XI, 81.
Pouyer-Quertier, franz. Finanzminister XII, 89.
Prankh, v., bayr. Kriegsminister XII, 91.
Prazak, östr. Justizminister XII, 199.
Prendergast, engl. General, in Oberbirma XI, 113.
Prim, span. General XI, 252; Ministerpräs. 253; Thronkandidaturen 254; XII, 240; ermordet 241.
Prittwitz, v., Gouverneur v. Ulm XII, 14.
Proudhon, Mitglied der franz. Regierung in Paris XI, 9.
Puschkin, russ. Dichter XII, 288.
Puttkammer, v., preußischer Kultusminister XII, 128; Minister des Innern 128.
Pyat, Mitglied der Commune XII, 108.

Q.

Quentin St., Schlacht bie XII, 73.
Quesada, span. General XII, 244.

R.

Radetzki, Graf, russ. General XII, 172. 175;
— östr. Feldmarschall, Rückzug XI, 20; rückt vor u. siegt über die Sardinier 21, 22; Tod 94.
Radowitz v., preuß. General übernimmt das Ministerium des Auswärtigen XI, 50; Rücktritt 50.
Raglan, Lord, Oberbefehlshaber des engl. Heeres in der Krim XI, 61; Tod 67.

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Ramming v., östr. General XI, 185. 188.
Ramorino, sardinischer General erschossen XI, 22.
Ranalli, ital. Historiker XII, 288.
Ranke, Historiker XII, 283. 284.
Raspail, franz. Revolutionär XI, 9.
Ratazzi, ital. Ministerpräsident XI, 107. 242; Rücktritt 243.
Rauch, Bildhauer XII, 280.
Rauscher, Erzbischof v. Wien, Konzil XI, 247.
Raveaux, Reichsregent XI, 41.
Reille, franz. General XII, 49. 52.
Reinkens, altkathol. Bischof XI, 250.
Reuß, Prinz v., Mission an Napoleon XI, 195.
Reventlow-Preetz, Graf v., Statthalter von Schleswig-Holstein XI, 52.
Rheinbaben, preuß. General XII, 31.
Ricasoli, ital. Ministerpräsident XI, 106.
Richmond, Schlacht bei XI, 122.
Rieger, tschechischer Führer XI, 31; XII, 193.
Rietschel, Bildhauer XII, 280.
Ritter, Karl XII, 284.
Riviére, franz. Kapitän XII, 213.
Roberts, engl. General XII, 232.
Rochebouet, de la, franz. Ministerpräs. XII, 207.
Rochefort, franz. Journalist XI, 262; verhaftet 265; Mitglied der provisorischen Regierung XII, 58; tritt aus 62.
Rodich v., östr. Feldmarschallleutnant XI, 238.
Römer, württ. Justizminister XI, 41; sprengt das Rumpfparlament 42.
Roon, preuß. Kriegsminister XI, 143; Reorganisation der Armee 143. 144; Dotation 214; im Hauptquartier XII, 27; Versailler Verträge 91; Dotation 100; in den Grafenstand erhoben 101.
Rosas, Diktator von Argentinien XII, 271.
Rossi, Pellegrino, päpstlicher Minister XI, 15; ermordet 15.
Rouher, franz. Staatsminister XI, 245; Vizekaiser 263; in Reims XII, 43.
Rückert, Friedrich XII, 278.
Rüdiger, russ. General in Ungarn XI, 47.
Ruge, Arnold XII, 283.
Rumpfparlament in Stuttgart XI, 41.
Russel, Odo, engl. Bevollmächtigter, in Versailles XII, 85.

S.

Saarbrücken, Gefecht bei XII, 27.
Sagasta, span. Minister des Auswärtigen XII, 6; Ministerpräs. 243. 245. 246.
Said Bargasch, Sultan v. Sansibar XII, 147. 149.
Salazar-y-Mazarredo, span. diplomatischer Agent XII, 4. 6.
Salisbury, Ministerpräs. in England XII, 237; Rücktritt 239; Ministerpräs. 240.
Salmeron, Präs. der span. Regierung XII, 242.
Sand, George XII, 285.
Santa Anna, Präs. v. Mexiko XI, 126.
Sassulitsch, Wera XII, 225.
Savfet Pascha, Minister des Auswärtigen XII, 171.
Savigny, v., preuß. Gesandter in Frankfurt XI, 178.
Schadow, Bildhauer XII, 280.
Scheel-Plessen, Baron v., Oberpräs. v. Schleswig-Holstein XI, 178.
Schelling, Philosoph XII, 282.
Schilder, russ. General XI, 61.
Schinkel, Baumeister XII, 280.
Schir Ali, Emir v. Afghanistan XII, 232.
Schlegel, August Wilhelm XII, 277;
— Friedrich XII, 277.
Schlick, östr. General XI, 45.
Schlosser, Historiker XII, 283. 284.
Schlözer, v., preuß. Botschafter XII, 129.
Schmeling, preuß. General XII, 74;
Schmerling, Ritter v., östr. Staatsminister XI, 138; Entlassung 140; im Herrenhaus XII, 200.
Schmidt, preuß. Hauptmann XII, 156.
Schofield, General d. Unionstruppen XI, 124.
Schraudolph, Maler XII, 281.
Schüler, Reichsregent XI, 41.
Schurz, Karl, befreit Kinkel aus d. Gefängnis XI, 43; Minister des Innern XII, 266. 267.
Schwab, Gustav XII, 278.
Schwanthaler, Bildhauer XII, 280.
Schwarzenberg, Felix, Fürst v., östr. Ministerpräs. XI, 34; gegen Hinausdrängung Oestreichs aus Deutschland 39; gegen d. preuß. Unionsbestrebungen 47; Zusammenkunft in Warschau 49. 50; in Olmütz 50; Undankbarkeit gegen Rußland 55;
— Fürst v., Erzbischof von Prag, Konzil XI, 247.
Scott, Walter, Dichter XII, 286.
Sebastopol, Belagerung u. Eroberung von, XI 62. 68.
Sedan, Schlacht bei XII, 46.
Selmer, norwegischer Ministerpräs. XII, 259.
Senestrey, Bischof v. Regensburg, Konzil XI, 249.
Serrano, span. General XI, 251; Regent 253; Ministerpräs. XII, 241; Präs. der Exekutivgewalt 243.
Seydel, Oberbürgermeister in Berlin XI, 170.
Seymour, engl. Admiral XII, 180;
— Hamilton Sir, engl. Gesandter in Petersburg XI, 50.
Sheridan, General d. Unionstruppen XI, 124.
Sherman, General d. Unionstruppen XI, 124.
Sigel, Kommandant der Aufständischen in Baden XI, 40; nach Amerika 43.
Simeoni, Kardinal-Staatssekretär XII, 128.
Simon, Heinrich, Reichsregent XI, 41;
— Mitglied der provisor. Regierung Frankreichs XII, 58; Ministerpräs. 205. 206.
Simpson, Oberbefehlshaber des engl. Heeres in der Krim XI, 67.
Sinope, Seeschlacht bei XI, 58.
Skobelew, russ. General XII, 228.
Smieten van, holländ. General XII, 252.
Smolka, Präs. der östr. Kammer XII, 199.
Sobolew, Ministerpräs. XII, 185.
Soledad, Konvention v. XI, 129.
Solferino, Schlacht bei XI, 96.

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Solms-Braunfels, Prinz zu, östr. General XI, 179.
Solowjew, Attentat XII, 225;
— russ. Geschichtschreiber XII, 288.
Spaur, Graf v., bayr. Gesandter in Rom XI, 16.
Sperling, v., Generalstabschef XII, 24.
Spicheren, Schlacht bei XII, 31.
Staatswappen, preußisches XI, 216.
Stadion, Franz, Graf v., östr. Minister des Innern XI, 34;
— Graf v., östr. General im ital. Feldzug XI, 94.
Staël, Frau von XII, 285.
Stanley, Afrikareisender XII, 151; Gouverneur des Kongostaates 251.
Stefano, San, Friedensvertrag von XII, 175.
Steinmetz, preuß. General XI, 186. 188; Dotation 214; Oberbefehlshaber der Ersten Armee XII, 24; bei Gravelotte 41; Gouverneur v. Posen 42.
Stephan, Erzherzog, Palatinus von Ungarn XI, 44.
Stephens, Alexander, Führer der demokrat. Partei in d. Vereinigten Staaten XI, 118; Vizepräs. der Konföderation 119.
Stephenson, engl. General XII, 184.
Stiehle, v., Generalstabschef XII, 24.
Stoffel, v., franz. Militärattaché in Berlin XII, 23.
Stranski XII, 186.
Straßburg, Kapitulation von XII, 62.
Strauch, Oberst, Präs. des Kongoministeriums XII, 251.
Stroßmayer, Bischof v. Sirmium, Konzil XI, 247.
Struve, Journalist XI, 24; Aufstand im Oberland 25; Freischarenzug 38; gefangen 38; nach Amerika 43.
Stülpnagel, von, Kommandant des württ. Armeekorps XII, 91.
Succow, v., württb. Kriegsminister XI, 224; XII, 91.
Suezkanal, Eröffnung XI, 258.
Suleiman Pascha, türk. General XII, 173. 175.
Sverdrup, norwegischer Ministerpräs. XII, 259.
Sybel, Historiker XII, 283.
Sznayde, poln. General, Kommandant der Aufständischen in der Pfalz XI, 40.

T.

Taaffe, Graf v., östr. Minister XI, 235; Ministerpräs. XII, 197.
Taine, franz. Geschichtschreiber XII, 286.
Tann, v. der, bayr. General XII, 46; gegen Orleans 64; bei Coulmiers 66.
Tantia Topi, Führer des indischen Aufstandes XI, 111.
Taylor, amerikan. General XI, 116; Präs. der Vereinigten Staaten 117.
Tegetthoff, östreich. Kontreadmiral XI, 134; b. Helgoland 166; bei Lissa 205.
Tell-el-Kebir, Schlacht bei XII, 181.
Terry, General der Unionstruppen XI, 124.
Tewfik Pascha XII, 180.
Theodor, König von Abessinien XI, 240; Tod 241.
Theux, de, Graf, belgischer Ministerpräs. XII, 249.
Thibo, König v. Oberbirma XI, 113.
Thiele, v., preuß. Unterstaatssekretär XII, 4. 5.
Thierry, französ. Geschichtschreiber XII, 286.
Thiers, franz. Minister XI, 4; verhaftet und verbannt 12; gegen den Krieg XII, 10; Rundreise 60. 62; Unterredung mit Bismarck 62; Chef der vollziehenden Gewalt 84; in Versailles 84; Präliminarvertrag 86; Präs. der franz. Republik 113; Anleihe 113; Armeeorganisation 114; Verdienste 117; Rücktritt 118; Geschichtschreiber 286.
Thomas, Herzog v. Genua XI, 253.
Thorwaldsen, Bildhauer XII, 280.
Thun, Graf von, östreich. General XI, 185. 198.
Tieck, Ludwig XII, 277.
Tiedemann, Gouverneur von Rastadt, erschossen XI, 42.
Tientsin, Vertrag von XII, 213; Friede von 215.
Tisza, ungar. Ministerpräs. XII, 202.
Todt, Mitglied der provisor. Regierung in Sachsen XI, 39.
Tongking, franz. Expedition nach XII, 212.
Topete, span. Admiral XII, 252; Marineminister 253.
Totleben, russ. Ingenieuroffizier, in Sebastopol XI, 63. 66; vor Plewna XII, 174.
Transvaal-Republik XII, 233. 234.
Treitschke, Histor. XII, 283.
Tresckow, preuß. General XII, 74; Belfort 80.
Trikupis, griech. Minister XII, 190.
Trochü, französ. General, Präs. der Regierung XII, 58. 81.
Trützschler, Reichstagsabgeordneter, erschossen XI, 42.
Tschernajew, russ. General XII, 169.
Tuduc, König von Anam XII, 213.
Tümpling, preuß. General XII, 46.
Turgenjew, russ. Dichter XII, 288.
Tyler, John, Präs. der Vereinigten Staaten XI, 116.
Tzschirner, Mitglied der provisorischen Regierung in Sachsen XI, 39.

U.

Uhland, Ludwig XII, 278.
Uhrich, Kommandant von Straßburg XII, 31; Kapitulation 62.
Urquiza, Gouverneur in Argentinien XII, 271.
Usedom, Graf von, preuß. Gesandter XI, 176.

V.

Varnbüler, v., württ. Minister XI, 221; Zollverein 222.
Versailler Verträge XII, 91.
Versailles, Präliminarvertrag von XII, 86.
Vierkönigsbündnis XI, 48.
Viktor Emanuel II., König von Sardinien XI, 22; nationale Gesinnung 87; Thronrede 90; Einzug in Mailand 95; übernimmt den Oberbefehl 103; König von Italien 104; im Krieg gegen Oestreich 193; Waffenstillstand 203; Einzug in Venedig 206; unterhandelt mit dem Papst XII, 102; im Quirinal 105; in Wien und Berlin 153; Tod 218.
Viktoria, Königin von Großbritannien und Irland, Kaiserin von Indien XI, 112; XII 231.

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Villafranca, Präliminarvertrag von XI, 98.
Vinoy, franz. General XII, 44; Kommandant der Pariser Armee 81. 108; gegen die Commune 112.
Vionville, Schlacht bei XII, 38.
Visconti-Venossa, ital. Minister XII, 102; Rundschreiben 104.
Vogel v. Falckenstein, preuß. General XI, 180; Mainfeldzug 206. 207; Gouverneur von Böhmen 207; Dotation 214; Gouverneur der nördlichen Provinzen XII, 24.
Vogt, Reichsregent XI, 41.
Voigts-Rhetz, v., preuß. General XI, 189. 192; bei Vionville XII, 38.
Vorparlament in Frankfurt XI, 25.

W.

Waddington, franz. Minister XII, 157. 208.
Wagner, Richard XII, 281.
Walewski, Graf, franz. Minister XI, 69.
Wallon, franz. Abgeordneter XII, 205.
Wartensleben, Graf v., Generalstabschef XII, 76.
Welden, östr. General XI, 45.
Werder, preuß. General XII, 31; gegen Dijon 73; bei Belfort 77; beim 14. Armeekorps 91; Dotation 100.
Werther, v., preuß. Botschafter in Paris XII, 5. 7.
Wessenberg, östr. Ministerpräsident XI, 32.
Wielopolski, Graf XI, 71. 73.
Wiener Friede XI, 168.
Wilhelm, Herzog v. Braunschweig XII, 162;
— Herzog von Württemberg XII, 197;
— III., König von Holland XI, 227; Luxemburger Handel 227; Wiedervermählung XII, 252;
Wilhelm, König von Württemberg zur Annahme der Reichsverfass. gezwungen XI, 39; Zusammenkunft in Bregenz 49;
— Prinz von Baden XI, 181;
— Prinz von Preußen, in d. Revolution XI, 35; nach London 35; bewältigt d. bad. Aufstand 42. 43; Zusammenkunft in Warschau 49; Stellvertreter 81; Ansprache 83; Gespräch mit Cavour 89; im ital. Krieg 92. 97; Reorganisation der Armee 143; Zusammenkunft in Baden-Baden 145; Zusammenkunft in Teplitz 145; König 146; Attentat 146; in Compiègne 147; Krönung 147; Konfliktzeit 147; Einladung z. Fürstenkongreß 159; in Gastein 171; Erbhuldigung i. Ratzeburg 172; zur Armee 188; Kriegsrat in Gitschin 189; Verhandlungen mit Napoleon 195; Einzug in Berlin 210; Eröffnung des nordd. Reichtags 217; in Paris 232; in Kiel 233; in Ems XII, 6; über die hohenzollerische Kandidatur 6. 8; nach Berlin 11; bei Eröffnung des Reichtags 12; Schreiben an Pius IX. XII, 19; übernimmt das Oberkommando 27; Proklamation 33; bei Gravelotte 40; vor Sedan 48; in Versailles 57; Präliminarvertrag 86; Kaiserproklamation 95; Telegramm an Alexander 97; Rückkehr nach Berlin 98; erster deutscher Reichstag 98; Siegeseinzug 101; Schreiben an die Bischöfe 119; Antwort an d. Papst 123; Schreiben an Leo XIII. 127; Attentat 139. 140; Botschaft über Sozialgesetze 142; in Mailand 153; Defensivbündnis 157; Danzig und Skierniewicze 158; an Alfons 159; Bismarckfeier 161; über russisch.-türkisch. Krieg 170; über Gambetta 211.
Willisen, preuß. General in Schleswig-Holstein XI, 53; Mission nach Wien 93.
Wilson, engl. General im indischen Aufstand XI, 111.
Wimpffen, franz. General XII, 46; Oberbefehl 49; Kapitulations-Verhandlungen 50.
Windischgräz, Alfred, Fürst v., bewältigt den Aufstand in Prag XI, 31; vor Wien 33; erstürmt Wien 33; rückt in Ungarn ein 45; Niederlage 45.
Windthorst, Führer des Zentrums XII, 124. 126; in Braunschweig 163.
Wolff, Drumond XII, 184.
Wollmann XII. 118.
Wolseley, engl. General XII, 181. 183; XII. 230; im Zululand 233.
Wörth, Schlacht bei XII, 28.
Wrangel, preuß. General, Einmarsch in Dänemark XI, 28; rückt in Berlin ein 37; Oberbefehlshaber im dänischen Feldzug 164.

Z.

Zanardelli, ital. Minister XII, 220.
Zankow, bulgar. Verschwörung XII, 191.
Zastrow, preußisch. General XII, 78.
Zichy, Graf v., östr. Kommandant in Venedig XI, 21.
Zorilla, span. Ministerpräsident XII, 241.
Zuloaga, Präsident von Mexiko XI, 127.
Zulukaffern, XII, 233.
Zürich, Friede von XI, 98.

(c) Instituto Cervantes de Madrid

Berichtigungen.

Band VI. S. 92 Z. 17 von unten ist nach „geplündert" zu lesen: „die auf dem Tübinger Schloß befindliche, von Herzog Christoph gesammelte Bibliothek nach München abgeführt".

" " S. 97 Z. 20 von unten sollte gedruckt sein: „Rakoczi" statt: „Ragoczy".

" VIII. S. 287 Z. 9 u. 10 von oben sind die Worte: „von Philadelphia nach Baltimore verlegt" zu streichen.

" " S. 287 Z. 16 von oben ist zu lesen: „Howe" statt: „Cornwallis".

" " S. 287 Z. 17 von oben ist zu lesen: „dieser" statt: „Howe".

" " S. 290 Z. 4 u. 5 von oben sind die Worte: „das Küstengebiet des Hudson und Delaware beherrschenden" zu streichen.

" " S. 292 Z. 1 von oben ist zu lesen: „der englische Schriftsteller" statt: „der französische Schriftsteller".

(c) Instituto Cervantes de Madrid

(c) Instituto Cervantes de Madrid

(c) Instituto Cervantes de Madrid

© Universitätsbibliothek Heidelberg

Digitized by Google

(c) Instituto Cervantes de Madrid

BECKER'S

WELTGESCHICHTE

11-12